Veröffentlichungen des
Deutschen Historischen Institus London

Publications of the
German Historical Institute London

Veröffentlichungen
des Deutschen Historischen
Instituts London

Herausgegeben von Hagen Schulze

Band 59

Publications of the
German Historical Institute
London

Edited by Hagen Schulze

Volume 59

R. Oldenbourg Verlag München 2005

Thomas Wittek

Auf ewig Feind?

Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg

R. Oldenbourg Verlag München 2005

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Druckerei Vertriebs GmbH &Co. KG,
Kirchheim b. München

ISBN-13: 978-3-486-57846-1
ISBN-10: 3-486-57846-4

INHALT

Vorwort 9

Einleitung: Fragestellungen – Methode – Quellen 11

I. Deutschlandbilder in Grossbritannien und die Rolle der Massenmedien 25

1. Die Formung von Fremdbildern: Theoretische Grundlagen 25
1.1 Perzeption und Realität: Das Problem der Wahrnehmung des „Anderen“ 25
1.2 „Länderimages“ als Orientierungsrahmen in den internationalen Beziehungen 29
1.3 Außenpolitik und Öffentlichkeit im Zeitalter der Massenmedien 34

2. Die Presse in Großbritannien: Entwicklung und Strukturen 41
2.1 Der Aufstieg der Zeitung zum modernen Massenmedium 41
2.2 Das Selbstverständnis der Journalisten und das Konzept des *Fourth Estate* 44
2.3 Pressekonzentration und Pressebarone im frühen 20. Jahrhundert 52
2.4 Presse und Parteien: Die politische Ausrichtung der ausgewählten Tageszeitungen 59

3. Deutschland aus britischer Perspektive: Vom Deutschen Bund zum Kaiserreich 69
3.1 Diffus und mehrdeutig: Britische Deutschlandinterpretationen vor dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 ... 69
3.2 Freund oder Feind? Britische Deutschlandbilder zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg 75
3.3 Deutschland in der britischen Kriegspropaganda 83
3.3.1 Die Organisation der Propaganda und die Rolle der Presse 84
3.3.2 Fakt und Fiktion: Das Bild der Deutschen in der Propaganda 91

II. Wandel und Kommunikation des Deutschlandbildes zwischen 1918 und 1925 99

1. Journalisten und Politiker im Kommunikationsprozess 99
1.1 Britische Auslandskorrespondenten in Deutschland: Idealisten, Realisten, Propagandisten 99

1.1.1 Ausgewählte Beispiele: ... 103
H. N. Brailsford ... 103
G. E. R. Gedye ... 110
F. A. Voigt ... 116
G. Ward Price ... 121
1.1.2 Das Arbeitsumfeld der Auslandskorrespondenten und die Rolle des Auswärtigen Amtes ... 126
1.2 Deutschlanderfahrungen in der Fleet Street: Chefredakteure und Verleger ... 142
1.3 Deutschland und das politische *Establishment* in Whitehall und Westminster ... 152
1.4 Wege des Informationsaustausches oder die „Organisation der Kommunikation" ... 166
1.4.1 Die Pressearbeit der britischen Regierung: Improvisation versus Institutionalisierung ... 167
1.4.2 Politiker und Journalisten: Kommunikation über persönliche Netzwerke ... 186
1.4.3 Die pressepolitischen Aktivitäten der deutschen Botschaft ... 193

2. Zentrale Themen der Berichterstattung ... 200
2.1 Niederlage und Revolution: Die Infragestellung des bisherigen Deutschlandbildes ... 200
2.1.1 Die Kontroverse um die Revolution: Genuine Umwälzung oder Täuschungsmanöver? ... 201
2.1.2 „Hang the Kaiser!" Die Northcliffe-Presse und Deutschland im Wahlkampf 1918 ... 215
2.1.3 „Encountering the Enemy": Erste Begegnungen von Siegern und Besiegten ... 228
2.2 Die Pariser Friedenskonferenz im Fokus der Presse ... 234
2.2.1 Der Versailler Vertrag: Ein gerechter und fairer Frieden? ... 237
2.2.2 Ungerechtfertigtes „Gejammer" oder berechtigter Protest? Die deutschen Reaktionen aus britischer Sicht 253
2.3 Die Implementierung des Friedensvertrags: Krisen und Konflikte ... 266
2.3.1 Die Ruhrbesetzung: Deutschland als Opfer französischer Aggression ... 272
2.3.2 Nur 100 000 Mann? Abrüstung und geheime Aufrüstung Deutschlands ... 291
2.4 Auf dem Weg zur Normalisierung: Kooperation statt Konfrontation ... 297
2.4.1 Die vorläufige Regelung der Reparationsfrage: Der Dawes-Plan ... 299

2.4.2 Britische Deutschlandpolitik im öffentlichen Konsens? Die Presse und Locarno ... 302
2.5 Die erste deutsche Demokratie: Weimar in britischer Wahrnehmung ... 316
2.5.1 Die Gründung der Republik und die Arbeit der Nationalversammlung ... 317
2.5.2 Parlament, Präsident, Parteien: Das politische System Weimars in der Praxis ... 325
2.5.3 Politischer Extremismus: Rechte und linke Feinde der Republik ... 340
2.5.4 Richter kontra Rechtsstaat: Die politische Parteinahme der Justiz ... 348
2.6 Die deutsche Wirtschaft: Konkurrenz oder Sanierungsfall? .. 351
2.6.1 Deutschland zwischen Krise und Boom ... 353
2.6.2 Die Inflation und ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen ... 359
2.6.3 Hugo Stinnes als Prototyp des deutschen Wirtschaftsführers ... 364

3. Das Deutschlandbild in den *Newsreels* ... 369
3.1 Die Entwicklung des Stummfilms zum Nachrichtenmedium 369
3.2 Produktion und Publikum der Newsreels in den 1920er Jahren ... 375
3.3 Die Deutschen auf der Leinwand ... 381

Ergebnisse: Britische Aussenpolitik und das Deutschlandbild in den Massenmedien ... 391
1. Entstehung und Kommunikation des Deutschlandbildes in den Massenmedien: Theorie und Praxis ... 392
2. Kontinuitäten und Diskontinuitäten britischer Deutschland-interpretationen ... 398
3. Frankreichs Außenpolitik als Katalysator für eine Neubewertung Deutschlands ... 404
4. Die Diskussion um den Versailler Vertrag – Wegbereiter für die *Appeasementpolitik?* ... 406

Abkürzungsverzeichnis ... 413

Quellen und Literatur ... 415
Quellen ... 415
Literatur ... 418

Abstract ... 433

Register ... 435

VORWORT

Die vorliegende Arbeit wurde im November 2003 von der Philologisch-Historischen Fakultät der Universität Augsburg als Dissertation angenommen und für die Druckfassung überarbeitet sowie an einigen Stellen gekürzt.

Ich hatte das große Glück, im Verlauf meiner Arbeit von drei akademischen Lehrern betreut bzw. beraten zu werden, denen ich – auf unterschiedliche Weise, aber in gleichem Maße – sehr viel verdanke. Prof. Andreas Wirsching hat mich unter seine wissenschaftliche Fittiche genommen, obwohl ich für ihn anfangs ein unbeschriebenes Blatt war. Er hat mich immer wieder ermutigt, ausgetretene Pfade zu verlassen, und gleichzeitig dafür gesorgt, dass ich die wesentlichen Fragen nie aus dem Blick verloren habe. Sein in mich gesetztes Vertrauen und seine rückhaltlose Unterstützung waren ein zusätzlicher Ansporn, die Arbeit zu einem guten Ende zu bringen. Prof. Albrecht P. Luttenberger hatte immer ein offenes Ohr für mich. Unsere Gespräche gingen oft über mein Promotionsthema hinaus, haben mir aber gerade deshalb über manche Hürde hinweggeholfen. Prof. Christiane Eisenberg schließlich stand mir insbesondere in der Konzeptionsphase mit nützlichen Ratschlägen zur Seite.

Ermutigung, Unterstützung und Hilfestellung erhielt ich außerdem von den beiden Direktoren des Deutschen Historischen Instituts London, Prof. Hagen Schulze und Prof. Lothar Kettenacker, sowie den Research Fellows Dr. Michael Schaich, Dr. Dominik Geppert und Dr. Markus Mößlang. Letzterer betreute die Arbeit sozusagen „auf der Zielgeraden". Seine Anregungen bei der Erstellung der Druckfassung haben dazu beigetragen, dass der Text im Vergleich zum ursprünglichen Manuskript lesbarer und argumentativ stringenter geworden ist.

Ein ganz besonderer Dank gilt Dr. Andreas Edel, der gewissermaßen der gute Geist der Studie war. Denn er war es, der mich überhaupt erst ermutigt hat, das Wagnis einer Promotion einzugehen, und der immer zur Stelle war, wenn mein Elan zu erlahmen drohte.

Einen wichtigen Beitrag zum Gelingen haben auch die Teilnehmer der Oberseminare von Prof. Wirsching und Prof. Luttenberger geleistet, die Grundlagen und Richtung der Untersuchung immer wieder in Frage gestellt und mir mit konstruktiver Kritik den richtigen Weg gewiesen haben. Gleiches gilt für die Mitglieder des Arbeitskreises Deutsche England-Forschung, denen ich im Rahmen ihrer Jahrestagung im Mai 2003 einige meiner Thesen vorstellen durfte.

Den Archivaren und Bibliothekaren, die mir bei meinen Forschungen weiterhalfen, bin ich ebenfalls zu Dank verpflichtet: den Mitarbeitern des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, der *British Library*, des *Public Record Office*, des *House of Lords Record Office,* der *Bodleian Library* in Oxford sowie der *British Library of Political and Economic Science* an der LSE, vor allem aber Nick Mays und seinem Team des Archivs der *Times*, das jetzt unter dem

Dach der *News International plc* beheimatet ist, und Peter McNiven von der *John Rylands University Library* in Manchester, die das Archiv des *Manchester Guardian* verwaltet. Luke McKernan vom *British Universities Film & Video Council* hat mich in die Geschichte der *Newsreels* eingeführt und mir den Zugang zu der neu aufgebauten Datenbank, der *British Universities Newsreel Database*, gewährt. Die Mitarbeiter des *British Film Institute*, des *Imperial War Museum*, der *Pinewood Film Studios* und des *ITN Archive* haben mir unbürokratisch und mit viel Enthusiasmus geholfen, die noch existierenden Filmkopien der Wochenschauen zu sichten.

Ferner hat sich eine Reihe von Freunden um die Arbeit verdient gemacht. Hubert Krech, Markus Landsherr und Moritz von Riedesel haben das Manuskript gelesen und mir wertvolle Anregungen gegeben. Nike Gräfin Harrach war nicht so involviert, wie sie hätte sein sollen. Dafür hat sie mich immer wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt, wenn ich in allzu akademische Gefilde abzudriften drohte, und hat gleichzeitig nie an meinen Fähigkeiten gezweifelt. Dank gebührt auch meiner Lektorin Meike Homann, vor allem für ihre Geduld, die ich auf eine harte Probe gestellt habe.

Eine solche Studie ohne finanzielle Unterstützung zu erstellen, ist schlechterdings unmöglich. Dank schulde ich dafür dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Deutschen Historischen Institut London, die mir zwei längere Forschungsaufenthalte in Großbritannien ermöglicht haben. Gefördert wurde die Arbeit zudem durch die Universität Augsburg, ohne deren Hilfe ich das Projekt nicht hätte zu Ende führen können. Dem Beirat des Deutschen Historischen Instituts London und seinem Direktor, Prof. Hagen Schulze, bin ich für die Aufnahme in die Schriftenreihe des Instituts dankbar.

Ein letzter, aber nicht minder großer, Dank gilt meiner Familie, die zu jeder Zeit hinter mir gestanden und mir den Rücken gestärkt hat. Mein früh verstorbener Vater war es, der mein Interesse für Geschichte geweckt und gefördert hat. Ihm ist dieses Buch gewidmet.

Düsseldorf, im März 2005 *Thomas Wittek*

EINLEITUNG: FRAGESTELLUNGEN – METHODE – QUELLEN

Das Urteil der historischen Forschung über das Bild der Weimarer Republik in Großbritannien ist bis dato von einer nicht zu leugnenden Unbestimmtheit und Widersprüchlichkeit geprägt. Während es über das Feindbild von den Deutschen als den „Hunnen", das die britische Propaganda während des Ersten Weltkriegs so wirkungsvoll in Szene setzte, keinen Dissenz gibt, gehen die Ansichten der Geschichtswissenschaft über die in den folgenden 1920er und 30er Jahren in der Öffentlichkeit Großbritanniens kursierenden Vorstellungen und Meinungen über Deutschland auseinander. Stellvertretend hierfür seien zwei Aussagen aus dem kürzlich erschienenen Festband zum 50-jährigen Bestehen der Deutsch-Englischen Gesellschaft angeführt. Peter Alter bestreitet in seinem Beitrag, dass sich das deutsch-britische Verhältnis in der Nachkriegszeit tief greifend veränderte.

> Die Ressentiments gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner blieben vor allem bei den Briten noch viele Jahre lebendig, in viel stärkerem Maße als beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Denken in den Kategorien von Siegern und Verlierern spielte bei ihnen noch längere Zeit eine Rolle.[1]

Dagegen stellt Michael Howard in seinem Aufsatz fest:

> Unter der britischen Bevölkerung dominierte der Wunsch nach Versöhnung – nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit den Deutschen. Das während des Krieges vorherrschende Bild des Hunnen mit der Pickelhaube verblaßte erstaunlich schnell und wurde zur unangenehmen Erinnerung.[2]

Damit ist die zentrale Frage aufgeworfen, die im Zentrum der folgenden Ausführungen steht: War das britische Deutschlandbild nach dem Ersten Weltkrieg von Kontinuität nach dem Motto des berühmt-berüchtigten Propagandafilms *Once a Hun, always a Hun!* geprägt?[3] Oder erfolgte nach dem Friedensschluss von Versailles und der Gründung der Weimarer Republik ein Wandel? Blieb das Bild tatsächlich „unscharf"[4] und aufgespalten in eine Vielzahl individueller, unterschiedlich motivierter, sich zum Teil ausschließender Einzelbilder[5] oder lassen sich übergreifende Tendenzen erkennen?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, bietet sich aus Sicht des Historikers aus einer Vielzahl von Gründen eine Untersuchung der britischen Massen-

---

1 Alter, Beschwerliche Reise, S. 142.
2 Howard, Haßliebe, S. 133.
3 Der Film war 1918 vom Propagandaministerium, dem *Ministry of Information*, produziert worden und transportierte die Botschaft, dass der brutale, skrupellose Charakter der deutschen „Hunnen" unveränderlich feststehe und deshalb auch nach dem Krieg kein Handel mit den Deutschen getrieben werden könne.
4 Recker, Demokratische Neuordnung, S. 111.
5 Meyers, Drittes Reich, S. 137.

medien in der Zeitspanne vom Waffenstillstand 1918 bis zum Vertrag von Locarno 1925 an. Das angebrochene Zeitalter der modernen Massenkommunikation[6] erlebte im Großbritannien der Zwischenkriegszeit einen ersten Höhepunkt. Das etablierte Massenmedium Zeitung setzte seine im 19. Jahrhundert begonnene Expansion fort und verzeichnete neue Auflagenrekorde. Gleichzeitig erreichte auch das verhältnismäßig junge Nachrichtenmedium Film ein Millionenpublikum. Beide waren zu einem der wichtigsten Vehikel für die Verbreitung von „Länderimages" geworden.[7] Es spricht aber nicht nur diese hohe Zahl an Rezipienten für eine Konzentration auf Presse und Film, sondern auch die in ihnen gebotene Informationsdichte, denn die Berichterstattung deckte ein breites Spektrum ab, von der Politik über die Wirtschaft bis zu Gesellschaft und Kultur. Außerdem ist der Nachweis von relativ kurzfristigen Veränderungen im britischen Deutschlandbild am ehesten in solchen tagesaktuellen Medien zu erwarten. Die Zuversicht, einen solchen Wandel aufzeigen zu können, gründet sich nicht zuletzt darauf, dass sowohl die Presse als auch der Film während des Ersten Weltkriegs im Dienst des offiziellen Propagandaapparats standen und maßgeblich an der Verbreitung der britischen Hasspropaganda gegen Deutschland mitgewirkt hatten, so dass Veränderungen umso mehr auffallen müssen.

Die Instrumentalisierung der Massenmedien für Propagandazwecke ist nicht der einzige Anknüpfungspunkt zur Politik. Die Bedeutung einer massenmedial abgebildeten und verstärkten „öffentlichen Meinung" für politisches Entscheidungshandeln beschäftigt die Wissenschaft seit langem.[8] Die Frage danach stellt sich erst recht für einen Zeitabschnitt, in dem die außenpolitischen Interessen Großbritanniens der dauerhaften Aufrechterhaltung eines Feindbildes entgegenstanden, der Politik also an einem Wandel der Perzeption Deutschlands gelegen sein dürfte. Spätestens nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles strebte London eine Normalisierung der deutsch-britischen Beziehungen an, die mit dem erfolgreichen Abschluss der Locarno-Konferenz vorläufig erreicht war. Es ist deshalb naheliegend, der Hypothese nachzugehen, ob es Versuche seitens der Politik gab, das Deutschlandbild in eine bestimmte Richtung zu lenken, oder ob möglicherweise umgekehrt die Massenmedien außenpolitische Entscheidungen beeinflussten. Die „Nähe" von Presse und Film zur Politik rechtfertigt deshalb ebenfalls eine Fokussierung auf diese beiden Medien.

---

[6] Die Definition der Begriffe „Massenkommunikation" und „Massenmedien", so wie sie der Untersuchung zu Grunde liegt, wird im weiteren Verlauf vorgenommen.

[7] Der Begriff des „Länderimages" ist aus der Vergleichenden Literaturwissenschaft entliehen. Zur Definition und zur Anwendung in der Nationenbildforschung siehe Teil I, Kapitel 1.2.

[8] Vgl. z.B. jüngst DELHAES, Politik und Medien und DONSBACH (Hrsg.), Chancen und Gefahren. Zur Entwicklung in Großbritannien vgl. u.a. SEATON, Politics and Media.

Die historische Perzeptionsforschung hat bei der Untersuchung der medialen Wahrnehmung Deutschlands in England[9] bisher andere Schwerpunkte gesetzt. Von besonderem Interesse waren die britischen Reaktionen einerseits auf die Reichsgründung 1871 und andererseits auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/90.[10] Eindeutig im Blickpunkt standen jedoch die beiden Perioden des unverhohlenen Antagonismus und Konflikts, also die des wilhelminischen Kaiserreichs und des Ersten Weltkriegs sowie die des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs.[11] Die Phasen nach diesen beiden ideologischen wie kriegerischen Auseinandersetzungen, in denen eine Umorientierung und Neubewertung des beiderseitigen Verhältnisses stattfand, fanden hingegen nur geringe wissenschaftliche Beachtung.[12] Die Zwischenkriegszeit wird – wenn überhaupt – meist nur punktuell und thematisch eng begrenzt behandelt.[13]

Nicht nur hier existiert also eine Forschungslücke, sondern es fehlt nach wie vor auch an empirischen und theoretisch fundierten Gesamtanalysen des britischen Deutschlandbildes in den 1920er und 30er Jahren.[14] Aussagen dazu

---

9 Eine einheitliche Sprachregelung zur Benutzung der Begriffe „England" und „English" sowie „Great Britain" und „British" existierte in den 1920er Jahren nicht. Wie zahlreiche Zitate aus der Presse belegen, bezeichneten beide denselben Gegenstand, weshalb sie auch im Folgenden synonym verwendet werden.

10 SCHAARSCHMIDT, Außenpolitik und öffentliche Meinung; LEHMANN, Deutsche Vereinigung. Vgl. hierzu auch die Überblicksdarstellungen bei LIST und NOLDEN, Zerrbild Deutschland.

11 Das Interesse am Kaiserreich ist vor allem fokussiert auf die Person Wilhelms II., dessen Rezeption durch die britische Presse inzwischen umfassend behandelt ist. Vgl. REINERMANN, Kaiser in England sowie REBENTISCH, Gesichter des Kaisers. Neuere Erkenntnisse zur Wahrnehmung des Kaiserreichs allgemein sind zu finden bei KRUMEICH, Zweites Reich, S. 168–184. Bei den Studien zur Perzeption des Nationalsozialismus durch die englische Presse dominiert die Fragestellung nach der Akzeptanz der *Appeasementpolitik*. MORRIS, Appeasement; GANNON, British Press; KIESER, Englands Appeasement-Politik. Zur Darstellung Hitlers und des Nationalismus allgemein siehe u.a. KEHOE, British Press and Nazi Germany sowie GRANZOW, Mirror of Nazism.

12 Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg liegt bislang nur eine ältere Studie aus den 70er Jahren von Buchow vor. BUCHOW, Deutschland in der englischen Presse.

13 Reinermann hat das Kaiserbild zwischen 1918 und 1921, also nach der Abdankung Wilhelms II. und dessen Gang ins holländische Exil, in seine Abhandlung einbezogen. REINERMANN, Kaiser, Kapitel IV. Einen mit dieser Untersuchung thematisch und zeitlich ähnlichen Ansatz hat Loohs verfolgt, die sich aber auf das Bild Deutschlands in der britischen Satire beschränkt hat. LOOHS, Deutschlandbild im Punch. Einem Teilaspekt des britischen Deutschlandbildes in der Zwischenkriegszeit hat sich Clemens gewidmet, der Wahrnehmung und Deutung des Nationalsozialismus von 1920 bis 1939 untersucht hat, sich dabei aber auf die offiziellen Akten konzentriert und Presseveröffentlichung nur ausnahmsweise einbezogen hat. CLEMENS, Herr Hitler. Für die Perzeption der Weimarer Republik durch die amerikanische Presse gibt es dagegen inzwischen eine umfangreiche Studie von Müller, dessen Aufbau und methodischer Zugang in vielerlei Hinsicht Vorbild für die vorliegende Arbeit war. MÜLLER, Weimar.

14 Selbst in dem Sammelband von Wendt zu der wegweisenden Tagung des Arbeitskreises Deutsche England-Forschung, der sich 1983 mit dem britischen Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts befasst hat, sucht man vergeblich nach einem Beitrag zur Perzeption der Weimarer Republik. WENDT (Hrsg.), Deutschlandbild.

werden zwar teilweise in den zahlreichen wahrnehmungsgeschichtlichen Überblicksdarstellungen mitgeliefert.[15] Meist bleiben die hier präsentierten Ergebnisse, wie anfangs schon kurz angedeutet, aber oberflächlich und disparat. Unter der Annahme, dass die nur 14 Jahre währende Existenz der Weimarer Republik zu kurz für einen tatsächlichen Wandel gewesen ist, geht etwa Wolf D. Gruner davon aus, dass die propagandistisch untermauerten Stereotype vom übersteigerten „Nationalismus", „Militarismus" und der „Verpreußung Deutschlands" nach dem Ersten Weltkrieg dominant blieben, durch den Nationalsozialismus eine erneute Bestätigung erfuhren und das Deutschlandbild im Ausland im Grunde bis heute maßgeblich bestimmen.[16] Die entgegengesetzte Auffassung vertritt Peter Pulzer, der darauf verweist, dass infolge der Republikgründung, des zunehmenden Abrückens der Briten von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands sowie des offenen Hegemoniestrebens Frankreichs, das nun die Rolle des Störenfrieds übernahm, die negative Überzeichnung des Deutschlandbildes aus der Propaganda in den 20er Jahren rasch verblasste.[17] Nach Meinung des eingangs zitierten Peter Alter wiederum war das britische Urteil außerhalb der zwei Phasen intensiver Wahrnehmung Deutschlands, nämlich als Herausforderer und Konkurrent zwischen 1885 und 1914 sowie nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ab Januar 1933, trotz fortdauernder Ressentiments im Grunde von Gleichgültigkeit und Desinteresse geprägt.[18]

Letzterer These ist schon an dieser Stelle zu widersprechen, denn nimmt man den Umfang der Berichterstattung in der Presse oder die Anzahl der allein in der ersten Hälfte der 20er Jahre publizierten Bücher zum Thema Deutschland als Indikator, kann von einem spürbaren Nachlassen des englischen Interesses nach Ende des Ersten Weltkriegs keine Rede sein.[19] Der Zusammenbruch des Kaiserreichs, die Novemberrevolution 1918/19 und die Republikgründung sowie das weitere Schicksal der ersten deutschen Demokratie wurden von der

---

15 Zuletzt z.B. ROBBINS, Present and Past; KIELINGER, Kreuzung und der Kreisverkehr.

16 GRUNER, L'Image, S. 54. In diesem Sinne auch Duncan MacIntyre, der aber betont, dass zumindest der Versuch einer Neubewertung unternommen wurde. MACINTYRE, Images of Germany, S. 4.

17 PULZER, Vorbild, S. 244f.

18 ALTER, Herausforderer, S. 164–167.

19 Der Katalog der British Library verzeichnet für die Jahre 1919 bis 1925 allein 20 Publikationen englischsprachiger Autoren, in denen der Begriff „Germany" bzw. „German" bereits im Titel auftaucht. Als Auswahl seien hier genannt: Meyrick Booth, Social Reconstruction in Germany, London 1919; William H. Dawson, The Evolution of Modern Germany, London 1919; Percy Brown, Germany in Dissolution, London 1920; Henry A. Franck, Vagabonding Through Changing Germany, London/New York 1920; Alan Lethbridge, Germany as it is today, London 1921; Eric Surrey Dane, A Report on the Economic Conditions Prevailing in Germany, London 1922; John Murray, The Truth About Germany, Leeds 1922; Joseph King, The Collaps of Germany. The Facts About Reparations, London 1923; John Hartmann Morgan, The Present State of Germany, London 1924; George Peabody Gooch, Germany etc., London 1925.

britischen Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt. Ausschlaggebend war dafür von Anfang an die Bedeutung der innenpolitischen Entwicklung im Deutschen Reich für die Umsetzung des Vertrags von Versailles. Dieser war die Grundlage für die deutsch-britischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit. Die Auseinandersetzungen um seine Folgen für Deutschland sowohl in Deutschland selbst als auch in Großbritannien sowie zwischen den Regierungen in London, Paris und Berlin bestimmten die außenpolitische Agenda bis zur Annahme des Dawes-Plans 1924 bzw. zum Abschluss des Locarno-Pakts 1925, mit denen eine vorläufige Regelung der strittigen Fragen erreicht war. Die anhaltenden Diskussionen sorgten dafür, dass das britische Interesse an den Vorgängen in Deutschland wach gehalten wurde.

Dass die Perzeption Weimars in England trotzdem bisher kaum einen Niederschlag in der Forschung gefunden hat, ist nicht nur aus diesem, sondern aus noch einem ganz anderen Grund eigentlich überraschend. Folgt man der Argumentation Martin Gilberts, dann liegen die Wurzeln der britischen *Appeasementpolitik* gegenüber Hitler gerade in diesen ersten Nachkriegsjahren, in denen die moralische Legitimität der Versailler Friedensordnung in der englischen Öffentlichkeit erschüttert wurde. Dazu leistete die Instabilität der Weimarer Republik einen wesentlichen Beitrag, denn dafür, dass eine Konsolidierung nicht wirklich gelang, machten viele Briten die in ihren Augen für Deutschland zu harten, ja erniedrigenden Friedensbestimmungen verantwortlich.[20] Auf deren Durchsetzung beharrte zudem der *Entente*-Partner Frankreich kompromisslos, was in der Ruhrkrise 1923 fast zu einem Bruch der Allianz geführt hätte.

Entsprechend dieser komplexen Problemlage verfolgt die vorliegende Untersuchung mehrere Ziele. Neben der Darstellung von Kontinuität und Wandel des Deutschlandbildes in den britischen Massenmedien wird der Blick auch auf die Bedingungen für die Entstehung dieses Bildes gerichtet. In Anbetracht der Bedeutung des Versailler Vertrags und der Rolle Frankreichs für die britische Perzeption Deutschlands in der ersten Hälfte der 20er Jahre heißt das, dass eine Einbettung in den außenpolitischen Kontext unerlässlich ist. Nur so eröffnet sich die Möglichkeit, einen eventuellen Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Weimarer Republik, der Formung des britischen Bildes von ihr und der Außenpolitik Londons herzustellen.

Gleichzeitig soll analysiert werden, welche Akteure dieses Bild in Großbritannien kommunizierten, d.h. es müssen diejenigen unter den Journalisten und Politikern identifiziert werden, die maßgeblich an der Verbreitung von bestimmten Vorstellungen und Meinungen über Deutschland beteiligt waren. Dabei gilt es zu eruieren, welche Faktoren das jeweilige individuelle Bild dieser

---

20 Laut Gilbert entwickelte sich in Großbritannien ein regelrechter „Schuldkomplex" je mehr ins Bewusstsein drang, dass die These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands nicht zu halten war und damit die Berechtigung der „strafenden" Teile des Versailler Vertrags in Frage gestellt wurde. GILBERT, Roots of Appeasement, S. 9–11.

Akteure determinierten, welchen Einfluss beispielsweise persönliche Erlebnisse Einzelner, die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über Deutschland oder ihre politischen Präferenzen hatten. Oder konkret gefragt: Bestand möglicherweise eine Abhängigkeit zwischen der jeweiligen Biographie, der individuellen Wahrnehmung und der Verbreitung des Wahrgenommenen? Vor dem Hintergrund des vorliegenden Erkenntnisinteresses müssen Journalisten und Politiker auch deshalb berücksichtigt werden, als diese Akteure zwei Personengruppen darstellen, die „in Konfliktphasen überwiegend diejenigen Argumente und Informationen veröffentlichen wollen, die ihre eigene Einstellung stützen" und damit im Kommunikationsprozess „aktiv" eigene Interessen verfolgen.[21] Inwiefern das auch auf das von ihnen propagierte Deutschlandbild zutrifft, sollen die weiteren Ausführungen ebenfalls erhellen.

Außerdem soll der Versuch unternommen werden, die Kommunikationswege zwischen den Akteuren aufzudecken, die sowohl über persönliche Kontakte als auch über die offiziellen Pressestellen der Regierungen liefen. Letztere institutionalisierte Form der Informationsverbreitung gewann in der Zwischenkriegszeit ganz erheblich an Bedeutung und war ein Ergebnis der veränderten Medienlandschaft sowie der staatlichen Propagandaaktivitäten während des Ersten Weltkriegs. Das gewachsene Informationsbedürfnis, das die Massenmedien zu befriedigen versuchten, und die Erfahrungen aus den staatlichen Lenkungsversuchen ließen nicht nur die britische Regierung nach neuen Kommunikationsformen mit der medialen Öffentlichkeit suchen, sondern gerade die deutsche Reichsregierung sah in der Pressebeeinflussung ein wichtiges Instrument der eigenen Außendarstellung und damit der Außenpolitik.[22] Im Zusammenhang mit der Informationsgewinnung der englischen Zeitungen, insbesondere ihrer Korrespondenten in Berlin, ist folglich auch nach den Mitteln und Erfolgen der deutschen Pressepolitik zu fragen.

Aus diesen Zielen ergibt sich der Aufbau der Studie, der überwiegend thematischen, teilweise aber auch chronologischen Gesichtspunkten folgt. Am Anfang stehen in Teil I einige generelle theoretische Bemerkungen zur Entstehung von Fremdbildern und ihrer Signifikanz in den internationalen Beziehungen sowie zur Definition der Öffentlichkeit und ihres Einflusses auf die Außenpolitik. Um die Reichweite des Mediums Zeitung besser einordnen zu können, folgt ein kurzer Abriss über die Entwicklung der Presselandschaft in Großbritannien im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Ergänzt wird dies um einen Überblick der Entstehung und des Inhalts britischer Deutschlandbilder im gleichen Zeitraum, der die Voraussetzung dafür ist, Veränderungen in den 20er Jahren aufzeigen zu können.

---

21 ESSER, Schlagzeilen, S. 22. Nach Essers Definition zeichnen sich gesellschaftliche Akteure durch drei Merkmale aus: Sie haben bestimmte Ziele, sie haben das Potenzial zur Beeinflussung von Situationen und sie verfolgen bestimmte Handlungsstrategien zur Umsetzung ihrer Interessen.

22 Vgl. hierzu MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik.

Der eigentliche Schwerpunkt liegt auf Teil II, in dem auf zwei unterschiedlichen Analyseebenen versucht wird, Antworten auf die oben angeschnittenen Fragen zu finden. Die erste Ebene umfasst die Akteure im Kommunikationsprozess. Der Blick auf die Biographien der Auslandskorrespondenten der hier ausgewählten Tageszeitungen, der Chefredakteure und Verleger sowie der Politiker soll zeigen, welche jeweiligen Vorstellungen diese von Deutschland hatten und wie diese Bilder entstanden waren. Darüber hinaus werden die Strukturen der Kommunikation untersucht, d.h. es wird danach gefragt, auf welchen individuellen oder institutionalisierten Wegen der Informations- und Meinungsaustausch zwischen diesen Personengruppen ablief. Die zweite Ebene besteht aus der Identifizierung und Beschreibung der zentralen Themen der Berichterstattung – also den Inhalten –, aus denen sich das britische Bild Deutschlands in der Weimarer Zeit zusammensetzte, sowie aus der Verknüpfung mit der Akteursebene. Abgerundet wird dieser Hauptteil durch die Analyse des Deutschlandbildes in den Wochenschauen, den *Newsreels*, wobei eine vom schriftlichen Medium Zeitung getrennte Behandlung des Bildmediums Film sinnvoll und notwendig erschien.

Beide Medien werden im Folgenden unter dem Begriff „Massenmedien" zusammengefasst. Dies ist nicht unproblematisch, denn streng genommen umfassen Massenmedien oder Massenkommunikationsmittel mehr, nämlich alle Medien, die durch Techniken der Verbreitung und Vervielfältigung mittels Schrift, Bild, und/oder Ton optische bzw. akustische Aussagen an eine Vielzahl von Menschen vermitteln.[23] Nach dem technischen Entwicklungsstand der frühen 1920er Jahre müssten demnach auch Flugblatt, Plakat und Buch dazugezählt werden. In Anbetracht der um ein vielfaches größeren Reichweite und der großen Bedeutung, die die damaligen Entscheidungsträger Zeitung und Film zumaßen, ist die hier vorgenommene Eingrenzung aber durchaus zu vertreten.[24]

Die unterschiedlichen Dimensionen der vorliegenden Untersuchung erfordern ein interdisziplinäres Vorgehen, das auf die Erkenntnisse mehrerer, benachbarter Forschungsrichtungen zurückgreift, nämlich der Perzeptionsgeschichte, der literaturwissenschaftlichen Komparatistik, der empirischen Sozialforschung, der Kommunikations- und der Politikwissenschaft. Die Perzeptionsgeschichte bedient sich schon länger Erkenntnissen der Sozialpsychologie und der von ihr aufgestellten Kognitionstheorie. Im Zentrum stehen dabei die Wahrnehmungsmechanismen und damit zusammenhängende Verhaltensmuster von Individuum und Gruppe. Unstrittig ist inzwischen, dass das, was als Realität angesehen wird, ein Konstrukt im Kopf jedes Einzelnen ist, das

---

23 So die Definition bei BURKART, Kommunikationswissenschaft, S. 168.

24 Zur Diskussion dieser Problematik, insbesondere der Begriffe „Medien", „Massenmedien", „Kommunikation" und „Massenkommunikation", vgl. ausführlich ebd., S. 38–70 und 164–174.

sich – vereinfachend formuliert – aus Bildern, Stereotypen und Vorurteilen zusammensetzt, und dass schon bei der Aufnahme neuer Informationen eine Selektion stattfindet, die sich daran orientiert, was zu den vorhandenen Vorstellungen passt.[25]

Zum Verständnis, wie Bilder einer anderen Nation entstehen, hat auch die „Image"-Forschung der literaturwissenschaftlichen Komparatistik einen wichtigen Beitrag geleistet. Mittels der Erfassung und des Vergleichs von Einzel- und Kollektivaussagen über den „Anderen" sowie deren Einbettung in den historischen Prozess der Literarisierung und Sozialisierung versucht dieser – auch Imagologie genannte – Forschungszweig, Genese, Aussehen und Wirkung nationenbezogener Vorstellungen erklärbar zu machen.[26] Bei der dafür nötigen Auswertung von Texten hat wiederum die empirische Sozialforschung eine aussagekräftige Methode entwickelt. Gemeint ist die Inhaltsanalyse, deren qualitative Variante hier als Hauptinstrument eingesetzt wurde, um Veränderungen des Deutschlandbildes sichtbar zu machen. Bei diesem „subjektiv-interpretierenden Verfahren" werden die Aussagen eines Textes vor dem Hintergrund des soziokulturellen Umfelds erfasst und interpretiert.[27] Unter diesem Zugriff lassen sich Bedeutungsvielfalt und Vielschichtigkeit des Gesagten verstehen sowie die Momentaufnahmen aus der tagesaktuellen Berichterstattung in Beziehung zu bereits vorhandenen Stereotypen, Vorurteilen und Motiven im britischen Deutschlandbild setzen.[28]

Zudem wurde die Kommunikationswissenschaft herangezogen, da ein massenmedial vermitteltes Bild und damit ein Teilbereich öffentlicher Kommunikation untersucht wird, wobei die Individualkommunikation, in diesem Fall zwischen Journalisten und Politikern, ebenfalls Beachtung findet. Schließlich

---

25 Diese Erkenntnis hat ihren Niederschlag in der Theorie der kognitiven Dissonanz gefunden, wonach jeder bei der Wahrnehmung der Außenwelt bemüht ist, eine Konsistenz mit vorhandenen Wahrnehmungs- und Deutungsmustern herzustellen bzw. Dissonanzen zu vermeiden. Dazu immer noch grundlegend FESTINGER, Dissonanz. Vgl. auch BECKMANN, Kognitive Dissonanz.

26 FISCHER, Imagologie, S. 56–58.

27 SCHNEPPER, Nationenbilder, S. 43. Dabei steht die Erfassung des Textes in seiner Gesamtheit im Mittelpunkt. Denn nach Siegfried Kracauer soll der qualitative Analytiker frei von jeder vorgefassten Meinung über den manifesten Inhalt „auf der Suche nach gewichtigen Kategorien das Ganze des Inhalts" erforschen. Zit. nach FRIEDRICHS, Methoden, S. 318.

28 Ebd., S. 315–318. Die empirische Sozialforschung kennt auch ein quantitatives Verfahren, bei der die Häufigkeit bestimmter Worte oder Begriffe untersucht wird. In der ungekürzten Fassung der vorliegenden Arbeit kam – zumindest bei den Tageszeitungen – ein solches Verfahren ebenfalls zum Einsatz. Denn die Vorstellungen, Stereotype und Vorurteile, aus denen sich das Deutschlandbild der Korrespondenten und Redakteure zusammensetzte, fanden ihren Ausdruck in der Wortwahl. Begriffe wie „Prussianism" oder „Hun" wurden bewusst verwendet, um ein negatives Bild aufrechtzuerhalten, genauso wie mit dem Ausdruck „new Germany" beabsichtigt wurde, positive Veränderungen anzuzeigen. Die quantitative Analyse ist aber für die Druckfassung vor allem deshalb verzichtenswert, weil sie die Ergebnisse der qualitativen Analyse im Wesentlichen bestätigte.

sind auch Fragestellungen der Politikwissenschaft einbezogen worden. Insbesondere die Theorien der Internationalen Politik bieten nützliche Forschungsansätze wie z.B. die Interdependenztheorie, nach der sich sowohl Innen- und Außenpolitik gegenseitig bedingen als auch eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen Staaten besteht, oder die Machttheorie, die von „nationalem Interesse" als handlungsleitender Determinante ausgeht.[29] Gleiches gilt für die Theorie politischer Systeme, etwa wenn es darum geht, die Wahrnehmung von Aufbau und Funktion der Weimarer Demokratie aus britischer Sicht einzuordnen.

Die mehrdimensionalen Fragestellungen der Untersuchung verlangt nicht nur eine solche interdisziplinäre Herangehensweise, sondern auch eine breite Quellengrundlage. Gemäß dem vorrangigen Erkenntnisinteresse standen die Massenmedien, also hier die Zeitungen und Nachrichtenfilme, im Mittelpunkt. Gerade Zeitungen können – genauso wie Bild- und Tonquellen – Stimmungen, Vorstellungen und Interessen sichtbar machen, auf deren Basis politische Entscheidungen getroffen werden. „Dies gilt in besonderer Weise für demokratische Systeme, in denen sich gesamtstaatliche Zielvorstellungen als Ergebnis öffentlich geführter Auseinandersetzungen durchsetzen."[30] Die Presse ist in diesem Prozess eine Schnittstelle und eröffnet verschiedene Perspektiven. Hier treffen die Darstellung der „Wirklichkeit" in den Berichten und Reportagen der Auslandskorrespondenten mit den Meinungsäußerungen der Redaktionsmitglieder in den Leitartikeln sowie der Politiker bei öffentlichen Kundgebungen, in Parlamentsdebatten oder Pressekonferenzen und den Reaktionen der Leser in Leserbriefen aufeinander.

Die Zeitungen boten eine Fülle an Material, was einerseits im Sinne repräsentativer Erkenntnisse von Vorteil war, andererseits aber auch Probleme bei der Bearbeitung schaffte. Um trotz des großen Umfangs eine handhabbare Basis zu erhalten, war daher eine Begrenzung der zu untersuchenden Publikationen unumgänglich. Bei der Auswahl stand die Berücksichtigung möglichst aller politischen Lager im Vordergrund. Ein weiteres Kriterium war der Stellenwert der einzelnen Zeitung, der an der Auflage und der Zusammensetzung der Leserschaft gemessen wurde. Im Hinblick auf die Zielsetzung der Untersuchung war hier wichtig, inwieweit das jeweilige Blatt in der politischen Führungsschicht Beachtung fand. Entscheidend war außerdem die Unterhaltung eines eigenen Korrespondentennetzes.

Gemäß diesen Kriterien wurden fünf Tageszeitungen ausgewählt, die alle in die Kategorie der *political press* fallen: stellvertretend für die konservativ-uni-

---

[29] Letztere ist unter der Bezeichnung „politischer Realismus" geläufig. Vgl. hierzu umfassend BEYME et al. (Hrsg.), Politikwissenschaften oder aktuell BERG-SCHLOSSER und STAMMEN, Politikwissenschaft.

[30] STEINBACH, Zeitgeschichte und Massenmedien, S. 36. Für Steinbach ist es deshalb unverständlich, warum massenmediale Quellen von Historikern immer noch vergleichsweise selten genutzt werden. Ebd., S. 44.

onistische Seite die *Times* und der *Daily Telegraph*, für das liberale Meinungsspektrum der *Manchester Guardian* und als Stimme der Arbeiterbewegung der *Daily Herald*. Die ersten drei gehören zur Gruppe der so genannten „Qualitätszeitungen".[31] Als Vertreter der „Boulevardpresse" wurde die *Daily Mail*, die in den 20er Jahren die höchsten Auflagen erzielte, in die Auswahl mit aufgenommen. Da Letztere konservativ-imperialistisch ausgerichtet war, ergab sich ein Übergewicht konservativer Publikationen, was aber durchaus den Verhältnissen in der britischen Presselandschaft insgesamt entsprach. Die Auswahl ist also auch insofern repräsentativ.[32]

Unter der Annahme, dass sich das Bild von einer anderen Nation nicht innerhalb weniger Monate, sondern über einen längeren Zeitraum hinweg verändert, erschien es darüber hinaus zweckmäßig, sich bei der systematischen Auswertung auf zentrale zeitliche Abschnitte in den krisenhaften Anfangsjahren der Weimarer Republik zu konzentrieren, von denen zu erwarten war, dass sie die englische Perspektive nachhaltig beeinflussten. Es wurden deshalb drei Zeiträume untersucht: Der erste schließt die unmittelbare Nachkriegsphase vom Waffenstillstand über die Novemberrevolution bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 28. Juni 1919 ein. Der zweite bezieht sich auf das Jahr 1923, das Krisenjahr der Weimarer Republik, in dem die junge Demokratie zu scheitern drohte und gleichzeitig eine Neuorientierung der britischen Außenpolitik gegenüber Frankreich stattfand. Der dritte umfasst das Jahr 1925, in dessen Verlauf mit dem Tod Eberts und der Wahl Hindenburgs zum Präsidenten eine innenpolitische Wende eintrat und außenpolitisch mit dem Locarno-Pakt eine Verständigung unter den ehemaligen Kriegsgegnern gelang. Zusätzlich wurden aus den übrigen Jahren Stichproben genommen, deren Auswahl sich an einzelnen Ereignissen orientierte, so etwa im März 1920 (Kapp-Lüttwitz-Putsch), im Mai 1921 (Londoner Ultimatum) und im April 1924 (Veröffentlichung des Dawes-Plans). Die Ereignisse und Auswertungszeiträume wurden bewusst ergebnisoffen ausgewählt, um einen möglichst objektiven Eindruck des in der Presse verbreiteten Deutschlandbildes zu erhalten.

Eine ähnliche Schwerpunktsetzung erfolgte bei der Bearbeitung der Nachrichtenfilme, wobei hier die Auswahl insofern von Anfang an eingeschränkt war, als dass von vielen *Newsreel*-Ausgaben keine Filmkopien mehr existieren. In diesen Fällen ließ sich ihr Inhalt nur noch über die Beschreibung der Szenen bzw. der Zwischentitel auf den vollständig erhaltenen so genannten „issue" bzw. „dope sheets" rekonstruieren. Über eine neu angelegte Datenbank, in der diese „Informationszettel" erfasst sind, war es möglich, eine Liste aller *Newsreel*-Beiträge zusammenzustellen, die zwischen 1918 und 1925 in den

---

31 Auf den *Daily Herald* trifft dies nur mit Einschränkungen zu. Von der Redaktionsleitung wurde durchaus eine möglichst große Leserschaft knapp unterhalb der Auflage der Massenblätter angestrebt und auch seine Aufmachung orientierte sich an den so genannten *popular journals* der Boulevardpresse.

32 Vgl. CURRAN, Capitalism and Press, S. 195–230.

britischen Kinos liefen und sich in irgendeiner Form mit Deutschland beschäftigten.[33] Die Auswahl der Themen an sich ist zwar bereits ein aufschlussreicher Indikator für das Bild der Deutschen, das so auf den britischen Kinoleinwänden entstand, konnte aber eine Auswertung des Filmmaterials nicht ersetzen. Hierbei erwies sich die Übersetzung der Bilder in ein schriftliches Format als besondere Schwierigkeit. Als Behelf wurde die bei Filmhistorikern gängige Beschreibung der Kameraeinstellungen und Bildsequenzen gewählt.

Das Problem der Transkription von bewegten Bildern mag ein Grund sein, warum sich die historische Forschung mit filmischen Quellen bisher vergleichsweise selten beschäftigt. In Anlehnung an traditionelle Herangehensweisen bei der Interpretation von Dokumenten wird der Film zumeist auf das reduziert, was schriftlich an ihm ist, also Inhaltsangaben, Drehbücher und Rezensionen.[34] Folglich gibt es kein allgemein verbindliches wissenschaftliches Instrumentarium zur Analyse von „Laufbildern".[35] Generell ist jedoch zu beachten, dass Filmdokumente elementare Informationen enthalten können, indem sie das Verhalten von Menschen in konkreten Situationen oder den jeweiligen Stand der Technik dokumentieren, während sie gleichzeitig durch die Auswahl und Manipulation der Bilder einen einseitigen oder sogar falschen Eindruck von realen Geschehnissen vermitteln können.[36] Der vorgenommene Vergleich mit der Darstellung in der Presse ist aber ein gutes Korrektiv und kann darüber hinaus Anhaltspunkte für unterschiedliche Interpretationen desselben Ereignisses liefern.

Daneben wurden auch Nachlässe, Memoiren und Biographien der relevanten Personengruppen, also der Deutschlandkorrespondenten der ausgewählten Tageszeitungen, der Chefredakteure und Verleger sowie der politischen Führungsspitze, einbezogen. Nur auf diesem Weg lassen sich fundierte Aussagen über die Entstehung individueller Fremdbilder der einzelnen Akteure und über ihre Folgen für das von ihnen jeweils im konkreten Fall kommunizierte Deutschlandbild treffen. Darüber hinaus wird dadurch die Annahme zu bestätigen sein, dass mithilfe dieser Quellengattung zumindest ansatzweise persönliche Querverbindungen zwischen Journalisten und Politikern aufgedeckt und eine Struktur informeller Kommunikation nachgezeichnet werden können. Zur Kontrolle der angenommenen Rückkoppelung zwischen der Wahrnehmung der Weimarer Republik in den Medien mit der in der Politik wurden

---

33 Die Datenbank wurde unter der Federführung des *British Universities Film and Video Council* erstellt und ist unter dem Namen *British Universities Newsreel Database* für die Wissenschaft zugänglich.

34 MATTL (Hrsg.), Bild und Geschichte, Vorwort S. 7.

35 Ebd.

36 ALDGATE, Cinema, S. 8–11. Als Beispiel für elementare Informationen führt Aldgate die Reaktion der Menschenmengen bei der Ankunft Chamberlains 1938 in Berchtesgarden und bei seiner Rückkehr von der Münchner Konferenz vor der Downing Street im selben Jahr an, während die Art und Weise, wie die Ereignisse rund um die Krise präsentiert wurden, nach seiner Auffassung ein Beispiel für eine bestimmte „Botschaft" sind. Ebd.

ergänzend dazu die Diskussionen im Kabinett, so wie sie in den *Cabinet Minutes* wiedergegeben sind, und die wichtigsten außenpolitische Debatten im Unterhaus einer Prüfung unterzogen.

Da sowohl auf britischer als auch auf deutscher Seite eine Institutionalisierung der regierungsamtlichen Pressepolitik stattfand, mithin eine Dokumentation der offiziellen Kontakte zwischen Regierung und Presse in England und Deutschland existiert, mussten die Aktenbestände der dafür zuständigen Stellen ebenfalls berücksichtigt werden. Dabei handelte es sich in erster Linie um die Dokumente des *News Department* des *Foreign Office* bzw. der „Vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amts".[37] Als große Erleichterung hat sich erwiesen, dass die Geschichte beider Behörden, ihre Entstehung, ihr Auftrag, ihre Gliederung und Arbeitsweise im Zusammenspiel mit anderen Regierungseinrichtungen bereits größtenteils erforscht sind, so dass dieser Bereich vernachlässigt werden konnte und eine Konzentration auf die pressepolitischen Aktivitäten möglich war.[38]

Obwohl eine umfassende, verschiedene Aspekte einbeziehende Perspektive und eine methodisch vielschichtige Herangehensweise gewählt wurden, ist unbestreitbar, dass einer solchen Untersuchung Grenzen gesetzt sind. So wäre es vermessen zu behaupten, *das* britische Deutschlandbild in den frühen 20er Jahre konturieren zu können. Die Wahrnehmung einer anderen Nation und die Formung eines Fremdbildes sind subjektive Vorgänge, so dass es prinzipiell immer so viele Bilder gibt wie wahrnehmende Individuen. Selbst der weit weniger hoch gegriffene Anspruch, die Perzeption der Weimarer Republik durch die englischen Massenmedien zu rekonstruieren, ist nur unter Einschränkungen zu erfüllen. Die ausgewählten Zeitungen und *Newsreels* bilden zwangsläufig nur einen Teil der veröffentlichten Meinung über Deutschland ab. Verallgemeinernde Aussagen sind jedoch dann zulässig, wenn man die untersuchten Publikationen als „Sprachrohre" bestimmter politischer Richtungen oder gesellschaftlicher Gruppen betrachtet und ihnen eine meinungsbildende Funktion unterstellt. Auf Grund der repräsentativen Auswahl sind unter dieser Voraussetzung durchaus allgemeine Trends und Tendenzen aufzeigbar.[39]

Eine an Fallbeispielen durchgeführte Analyse der durch die Massenmedien verbreiteten Vorstellungen, wie sie im Folgenden unternommen wird, sagt allerdings noch nichts über die Wirkung auf die Rezipienten. Hierfür müsste

---

37 Mitunter finden sich solche Vorgänge auch in den Sachakten. Soweit sie über die Register der beiden Außenministerien bzw. ihrer Aktenpublikationen aufzufinden waren, sind sie in die Analyse eingeflossen.

38 Für das *News Department* vgl. TAYLOR, Projection of Britain. Für die Presseabteilung der Reichsregierung siehe BAUER, Amtliche Pressepolitik.

39 Es wird zukünftigen Arbeiten überlassen bleiben, durch eine Ausweitung des Zeitrahmens oder die Hinzuziehung weiterer Quellen die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zu verifizieren oder falsifizieren.

der Kommunikationsprozess in seiner komplexen Gesamtheit dargestellt und interpretiert werden, also das Ineinandergreifen der verschiedenen Bereiche und Phasen kommunikativen Geschehens „von der Produktion bis zur Rezeption einschließlich ihrer Wirkungen und Rückwirkungen".[40] Dabei stößt man unweigerlich auf ein fast unüberwindliches Hindernis: Wie lässt sich nachvollziehen, was z.B. der typische *Daily Mail*-Leser nach der Lektüre eines Berichts oder Kommentars dachte und wie dadurch sein Deutschlandbild beeinflusst wurde? Eine Antwort auf diese Frage ist noch am ehesten von der Kommunikationswissenschaft zu erwarten, die aber nach wie vor um brauchbare Methoden und schlüssige Theorien ringt, mit denen sich die Wirkung moderner Massenmedien zuverlässig messen ließe.[41]

Die Leser- bzw. Zuschauerebene wird hier aber nicht komplett ausgeblendet. Zumindest im Bereich der Politik soll der Nachweis eines Einflusses der Presse oder gegebenenfalls einer Wechselwirkung erbracht werden. Auch das ist mit Schwierigkeiten verbunden. Zu belegen, dass ein bestimmter Artikel oder ein einzelnes Gespräch (z.B. zwischen einem Chefredakteur und einem Regierungsmitglied) eine Entscheidung in diese oder jene Richtung lenkte, dürfte in den seltensten Fällen gelingen. Die Kontakte zwischen Journalisten und Politikern waren häufig informeller Art, der Informationsaustausch oder etwaige Interventionen fanden meist bei Gesprächen in Clubs, im Rahmen privater Treffen oder bei gesellschaftlichen Anlässen statt. Das Quellenmaterial bietet jedoch genügend Anhaltspunkte für fundierte Aussagen über die Kommunikationswege zwischen Journalisten und Politikern sowie die ausgetauschten Inhalte. Daraus lassen sich Schlüsse über den Anteil ziehen, den die journalistische Publizistik am Meinungsbildungsprozess der politisch Handelnden hatte. Unbestritten ist, dass das Presseecho als Stimmungsbarometer diente und auf diese Weise in die Kalkulation, die einem bestimmten (außen)politischen Kurs zu Grunde lag, einging.

Diese und die anderen beschriebenen Schwierigkeiten, die sich so oder ähnlich bei jedem perzeptionsgeschichtlichen Projekt stellen, sollten kein Hinderungsgrund sein, sich entsprechenden Fragestellungen zu widmen. Die Entschlüsselung der Mechanismen, mit denen Wirklichkeit konstruiert wird, auf der die Beziehungen zwischen Nationen aufbauen, kann helfen, Konflikte prinzipiell besser durchschaubar zu machen.[42] Die „Entzauberung" solcher Wirklichkeitskonstrukte und die „Reflexion über die Agenturen der Wirklichkeitsvermittlung von Pädagogen bis zu Journalisten und Politikern" berühren die gesellschaftliche und politische Praxis und sind nicht zuletzt aus diesem

---

40 GEBHARDT, Interesse an Pressegeschichte, S. 15.

41 Zu den bisher entwickelten verschiedenen Ansätzen der Medienwirkungsforschung von der „Theorie der Massengesellschaft" an ihrem Beginn in den 1920er und 30er Jahren bis zur „Agenda-Setting-Hypothese" in den 1970er und 80er Jahren siehe den Überblick bei BURKART, Kommunikationswissenschaft, Kapitel 5.3.

42 NIEDHART, Länderimages, S. 86.

Grund von geschichts- und sozialwissenschaftlichem Interesse.[43] Die „verwickelte Korrelation zwischen der Wahrnehmung der Außenwelt, der Formung eines Fremdbildes und dem nationalen politischen Entscheidungshandeln" ist folglich kein antiquarisches Problem; „vielmehr liegt die politische Aktualität dieses Problemfeldes tagtäglich auf der Hand, und es wird aktuell bleiben, solange es überhaupt internationale Beziehungen gibt."[44]

[43] Ebd.
[44] Wendt (Hrsg.), Deutschlandbild, Einleitung S. 10.

I. DEUTSCHLANDBILDER IN GROSSBRITANNIEN UND DIE ROLLE DER MASSENMEDIEN

1. Die Formung von Fremdbildern: Theoretische Grundlagen

1.1 Perzeption und Realität: Das Problem der Wahrnehmung des „Anderen"

Der Versuch, andere Nationen, Kulturen und Völker, aber auch gesellschaftliche Gruppen oder einzelne Individuen zu begreifen, erfolgt in der Regel mithilfe von Vorstellungen über deren Charakter, Interessen und Verhaltensweisen.[1] Diese Vorstellungen verdichten sich zu Bildern, die in den Beziehungen zwischen Menschen, Gruppen oder Nationen eine entscheidende Rolle spielen. Je nachdem, ob das Bild, das ein Individuum, eine Gruppe oder eine Nation von seinem Partner bzw. Gegner hat, vorwiegend positiv oder negativ ist, wird sich das jeweilige Verhalten eher freundlich oder feindlich gestalten.[2] Das Problem von derartigen Fremdbildern besteht darin, dass sie verallgemeinernd wirken, nicht selten mit Stereotypen und Vorurteilen behaftet sind und deshalb nicht unbedingt mit der Realität übereinstimmen.[3]

Die Vorstellung, dass wir die Welt, so wie sie wirklich ist, mit unseren Sinnen erfassen und mit unserem Verstand begreifen könnten, ist ohnehin ein Trugschluss. Die Wahrnehmung der Umwelt ist ein subjektiver Vorgang, bei dem jeder einzelne Mensch Reize aufnimmt und zu einem Bild verarbeitet, das ein individuelles Konstrukt der ihn umgebenden physischen Wirklichkeit darstellt. Einer der Ersten, der sich mit diesem Phänomen befasste, der amerikanische Publizist Walter Lippmann, unterscheidet in seiner Pionierstudie über die öffentliche Meinung deshalb auch zwischen der „Außenwelt" und der „inneren Vorstellung", zwischen der Realität und den „Bildern in unseren Köpfen", die wir uns von der Welt außerhalb schaffen.[4] Diese existieren in Form „kognitiver Karten"[5], mit deren Hilfe die Navigation in einem Meer scheinbar überwältigender Komplexität vonstatten geht.

Die kognitive Sozialpsychologie und die historische Perzeptionsforschung sind sich inzwischen weitgehend einig, dass sich der Wahrnehmungsprozess an vorgefertigten Kategorien orientiert, den Stereotypen und Vorurteilen, dass er von Einstellungen beeinflusst wird und dass daraus Bilder entstehen,[6] die zur

---

1 Kühnhardt, Wahrnehmung als Methode, S. 14.
2 Ruf, Einfluß von Bildern, S. 21.
3 Fischer, Imagologie, S. 59.
4 Lippmann, Öffentliche Meinung, S. 9 und 28.
5 Downs und Stea, Kognitive Karten, S. 24.
6 Vgl. auch die sehr instruktive Einführung bei Schwarz, Reise, S. 17–28. Hier S. 20.

„Reduktion von Komplexität“[7] dienen. Um uns im Alltag besser zurechtzufinden, entwerfen wir in unseren Köpfen also eine vereinfachte Vorstellung der „realen“ Welt. Obwohl wahrgenommene Realität und objektive Realität sehr stark divergieren können, ist Erstere gleichwohl existent und bildet die Grundlage für unser Handeln. Zwischen der Wahrnehmungs- und der Handlungsebene findet folglich eine Interaktion statt, die nur in den seltensten Fällen unterbrochen wird.[8] Die Untersuchung der Wahrnehmungsebene ist deshalb auch für das Verständnis historischer Entscheidungssituationen und Prozesse in vielen Fällen notwendig, wenn nicht sogar unverzichtbar.[9]

Den Begriff des Stereotyps hat ebenfalls Walter Lippmann geprägt.[10] Dabei handelt es sich um stark simplifizierende, generalisierende und klischeehafte Vorstellungen, die man mit einzelnen Personen und Gruppen verbindet.[11] Sie sind Teil des Lernprozesses, bei dem eine Serie von Assoziationen geformt wird, aus denen eine festgelegte Sichtweise entsteht.[12] Zumeist beruhen sie auf Hörensagen, Anekdoten und unvollständigen Erfahrungen, weshalb sie den objektiven Tatsachen nur selten Rechnung tragen.[13] Wie die Sozialpsychologie belegen konnte, zeichnen sich Stereotype durch Universalität und Konstanz aus, d.h. sie durchziehen alle Lebens- und Themenbereiche und sind schwer zu beeinflussen oder zu verändern.[14] Selbst durch empirisch gewonnene, wissenschaftliche Erkenntnisse lassen sie sich kaum widerlegen, da bei ihrer Formung Emotionen eine große Rolle spielen, sie also nicht kognitiv reflektiert werden.[15] Darüber hinaus beinhalten sie kollektive Erfahrungen von gesellschaftlichen Gruppen oder Nationen und damit eine Wahrheit, die auf einer anderen Diskursebene gewonnen wurde als auf der der Wissenschaft.[16] Ein Koordinatensystem aus Stereotypen ist per se nichts Negatives, sondern kann im Gegenteil gesellschaftlich und psychologisch sogar von Nutzen sein, eben weil es durch Verallgemeinerungen „die Welt unserem Zugriff zugänglicher“[17]

---

7 Dieser Ausdruck ist der Luhmann’schen Systemtheorie entnommen, nach der von einer Reduktion der Komplexität im engeren Sinne immer dann gesprochen werden sollte, „wenn das Relationsgefüge eines komplexen Zusammenhangs mit weniger Relationen rekonstruiert wird“. Luhmann, Soziologische Aufklärung, S. 49.

8 Niedhart, Länderimages, S. 82f.

9 In der Regel wird „stärker aufgrund der jeweiligen Wahrnehmung der Realität reagiert […] als aufgrund der Realität selbst, die man nur ausschnittweise kennt.“ Niedhart, Perzeption, S. 39–52. Hier S. 41.

10 Lippmann, Öffentliche Meinung, S. 61.

11 Klineberg, Dimension, S. 44.

12 Cullingford, My Country, S. 3.

13 Klineberg, Dimension, S. 44.

14 Kleinsteuber, Stereotype, S. 41–50.

15 Zijderveld, Clichés, S. 26.

16 Husemann, Stereotypes, S. 24.

17 Klineberg, Dimension, S. 45. Ebenso Allport, Natur des Vorurteils, S. 201: „Das Stereotyp wirkt in zweierlei Weise: als Entwurf zur Rechtfertigung für kategorische Annahme oder Ablehnung einer Gruppe und als Prüfungs- oder Auswahlentwurf, um Denken und Wahrnehmen einfach zu halten.“

macht und Menschen damit Sicherheit, Stabilität und vor allem Orientierung bietet.[18]

Bei der Entstehung und Verfestigung nationenbezogener Stereotypen wirken gemeinsam erlebte, von starken Gefühlen begleitete Ereignisse als Katalysatoren, wie z.B. Situationen kollektiver Konkurrenz, Konflikte zwischen nationalen und sozialen Gruppen, Bedrohungsängste, Krieg, Besatzung und Unterdrückung.[19] In solchen Phasen können durchaus variable Völkerbilder einseitig emotional aufgeladen werden. Durch die Nationalisierung und die Entstehung der Massenpresse im 19. Jahrhundert erfuhren die Benutzung und die Rolle nationaler Stereotype im öffentlichen Leben einen qualitativen Sprung.[20] Das Konzept des Nationalismus speiste sich aus der Unterscheidung zwischen dem eigenen Land, dessen Vorzüge betont, und den anderen Nationen, dessen Defizite herausgestrichen wurden.[21] Gerade darin liegt die Orientierungsfunktion des Stereotyps, die es ermöglicht, sich durch die Beschreibung des „Anderen" (Hetero-Stereotyp) und den Entwurf eines Selbstbildes (Auto-Stereotyp) voneinander abzugrenzen.

Das Vorurteil erfüllt im Prinzip die gleiche Funktion. Abstrakt ausgedrückt ist damit die automatische Präferenz dieses oder jenes Objekts gemeint, eine unterbewusste Reaktion für oder gegen etwas.[22] Charakteristisch für ein so vorformuliertes Urteil ist, dass es vorschnell erfolgt, in der Regel auf unzulänglicher Kenntnis des Tatbestandes beruht und sich unzulässiger Verallgemeinerungen bedient.[23] Vorurteile basieren auf Stereotypen, unterscheiden sich vom Stereotyp aber in der Rigidität, mit der sie sich behaupten.[24] Kennzeichnend für die ethnische Variante ist außerdem die meist negative Wertung des Objekts, auf das sie sich beziehen.[25]

Vorurteile sind negative oder ablehnende Einstellungen einem Menschen oder einer Menschengruppe gegenüber, wobei dieser Gruppe infolge stereotyper Vorstellungen bestimmte Eigenschaften von vornherein zugeschrieben werden, die sich aufgrund von Starrheit und gefühlsmäßiger Ladung, selbst bei widersprechender Erfahrung, schwer korrigieren lassen.[26]

---

18 Zijderveld, Clichés, S. 27. Lippmann bezeichnet Stereotype deswegen als „Verteidigungsanlagen", hinter denen wir uns sicher fühlen. Lippmann, Öffentliche Meinung, S. 72.

19 Hahn, Stereotypen, S. 195.

20 Ebd., S. 197.

21 Cullingford, My Country, S. 4.

22 Ebd., S. 3.

23 Blaicher, Erstarrtes Denken, Einleitung S. 12.

24 Schwarz, Reise, S. 20.

25 Allport, Natur des Vorurteils, S. 20f.

26 So die Definition von Earl Davis aus dem Jahr 1964 zit. nach Schwarz, Reise, S. 20. Die Wissenschaft ringt nach wie vor um allgemein verbindliche Standards bei der Definition bzw. Abgrenzung der Begriffe Stereotyp und Vorurteil. Darauf kann an dieser Stelle aber nicht näher eingegangen werden. Verwiesen sei hierzu u.a. auf den Aufsatz von Six, Stereotype und Vorurteile, S. 41–54.

Einstellungen wiederum sind als das Resultat von Erfahrungen, Lernprozessen und Kenntnissen, von Bedürfnissen, Motivation und Interessen sowie von Werten und Normen zu verstehen, die sich aus der individuellen Sozialisationsgeschichte ergeben.[27] Sie bilden das „Voraussetzungssystem" eines Menschen, das die Perspektive bestimmt, unter der ein Objekt betrachtet wird, und das von Land zu Land und Kulturkreis zu Kulturkreis unterschiedlich sein kann.[28] Jede Nation hat spezifische kollektive Erinnerungen, intellektuelle Traditionen sowie politische, ökonomische und soziale Wertesysteme, die zusammen ein übergreifendes Kultursystem bilden. Dieses ermöglicht die Kohäsion und Integration seiner Mitglieder, indem es die Ideen, Konzepte und Interpretationen der Realität liefert, die sowohl die Position des Individuums in der Gesellschaft, als auch das kollektive Selbstbewusstsein seiner Gesellschaft in Beziehung zu anderen Gesellschaften definieren.[29] Die Wahrnehmung einer anderen Nation ist folglich stets das Produkt des kulturellen Systems der wahrnehmenden Nation oder dessen, was dafür gehalten wird. Fehlwahrnehmungen können auf Fehleinschätzungen oder Zuweisungen bestimmter Fakten zu Stereotypen beruhen.[30] Es besteht aber immer auch die Möglichkeit, dass sich infolge veränderter Werteinstellungen, technischer Wandlungsvorgänge oder auf Grund offenkundiger ideologischer Neigungen und Absichten die Perzipierenden zu neuen Wahrnehmungsbildern des „Anderen" kommen oder sogar bewusst kommen wollen.[31]

Aus dem bisher Dargelegten lässt sich folgern, dass Stereotype und Vorurteile zusammen mit Einstellungen die Wahrnehmung der Wirklichkeit strukturieren. Auf ihrer Basis erfolgt schon bei der Informationsaufnahme eine Selektion, die einer Interpretation gleichkommt, weshalb der Prozess der Wahrnehmung auch nicht klar vom Akt der Interpretation trennbar ist.[32] Sowohl einzelne Personen als auch Gruppen sind dabei bemüht, die von der Außenwelt gesendeten Signale in schon bestehende Wahrnehmungs- und Deutungsmuster einzupassen, oder mit den Worten Leon Festingers: Jeder strebt danach, „eine Harmonie, Konsistenz oder Kongruenz zwischen seinen Meinungen, Attitüden, Kenntnissen und Wertvorstellungen herzustellen" und kognitive Dissonanzen zu vermeiden.[33]

---

27 Diese weit gefasste Definition ist das Desiderat aus den Überlegungen von REINERMANN, Kaiser, Einleitung S. 20; SCHWARZ, Reise, S. 19; MÜLLER, Weimar, S. 18.

28 Vgl. hierzu SCHMIDT, Konstruktivismus, S. 16f.

29 HUSEMANN, Stereotypes, S. 24.

30 KÜHNHARDT, Wahrnehmung, S. 15.

31 Ebd.

32 „Es gibt keine Trennung von Wahrnehmung und Interpretation. Der Akt der Wahrnehmung ist der Akt der Interpretation." So die Feststellung von John Richards und Ernst von Glaserfeld, zit. nach SCHMIDT, Konstruktivismus, S. 18.

33 FESTINGER, Dissonanz, S. 253. Der Grundgedanke seiner Theorie wurde durch andere Sozialwissenschaftler bestätigt, allerdings mit der Einschränkung, dass nicht ausschließlich Informationen aufgenommen werden, die die eigene Meinung unterstützen, sondern manchmal auch sich widersprechende, wobei die Selektion dann auf der Ebene der Informationsbewertung stattfindet. Vgl. die Zusammenfassung bei MÜLLER, Weimar, S. 18f.

Bilder schließlich können als das Endprodukt des geschilderten Wahrnehmungsvorgangs bezeichnet werden. Sie umfassen „die Summe der auf eine Person, eine Gruppe von Personen oder auf Dinge der Umwelt bezogenen Vorstellungen, die aus der Bewusstwerdung des eigenen Ichs in Bezug auf einen anderen entstehen".[34] Damit unterscheidet sich die Definition des Bildes nicht wesentlich von der des „Images", das sich aus der „strukturierten Gesamtheit von Einzel- und Kollektivaussagen" bzw. einem „äußerst komplexen Zusammenwirken von Vorstellungen" über den oder das „Andere" zusammensetzt.[35] Es spricht deshalb nichts dagegen, beide Begriffe in der so definierten Form synonym zu verwenden.[36] Kennzeichnend für das Bild/Image ist, dass es nicht nur die Summe der Vorstellungen von einem Gegenüber symbolisiert und sie bis zu einem unterschiedlich starken Grad generalisiert,[37] sondern auch seine Historizität und Varianz, d.h. es ist veränderbar und seine Auswahl, Formgebung, Wirksamkeit usw. sind an gesamtgesellschaftlich-historische Umstände gebunden.[38] Einmal entwickelt, übernimmt es für jede künftige Begegnung mit dem Bildobjekt die beschriebene Filterfunktion.[39] Darüber hinaus ist es mit anderen Bildern in einem hierarchisch aufgebauten Bildersystem verbunden, einer Art Assoziationskette, die von einer eingehenden Information ausgelöst wird.[40] In diesem Zusammenhang warnt Gottfried Niedhart allerdings vor dem statischen Zustand, der mit dem Begriff „Bild" häufig assoziiert wird. Tatsächlich handelt es sich gerade bei der Wahrnehmung fremder Gesellschaften und politischer Systeme um Perzeptionsprozesse, um Serien von Perzeptionen und Handlungen,[41] was bedeutet, dass sich Bilder auch wandeln können.

1.2 „Länderimages" als Orientierungsrahmen in den internationalen Beziehungen

Individuen oder Gruppen von Akteuren, die außenpolitische Entscheidungen treffen, legen ihrem Handeln ihr jeweiliges Wirklichkeitskonstrukt zu Grunde.

---

34 Schwarz, Reise, S. 21. Vgl. auch die gleich lautende Definition von Ruf: „Ein Bild ist die Gesamtheit der Vorstellungen (Perzeptionen), die ein Bildinhaber von einem in seiner Umgebung befindlichen Gegenstand hat." Ruf, Bilder, S. 63.

35 Fischer, Imagologie, S. 57.

36 Unter Verweis auf die moderne Werbepsychologie und auf Public Relations stuft Reinermann das „Image" wegen seiner speziellen Eigenschaften, die häufig erfunden sind, und wegen seiner Betonung der äußeren Erscheinung als Sonderform des Bildes ein. Reinermann, Kaiser, Einleitung S. 22. Eine solche Abgrenzung ist sicher in dieser Weise zu begründen, verspricht aber für die weiteren Ausführungen keinen Erkenntnisgewinn.

37 Ruf, Bilder, S. 63.

38 Fischer, Imagologie, S. 58.

39 Schwarz, Reise, S. 21.

40 Ruf, Einfluß, S. 24.

41 Niedhart, Länderimages, S. 83.

Bilder, die sie sich von anderen Ländern machen, sind ein wichtiger Bestandteil ihres Realitätsmodells und dienen ihnen als Orientierungsrahmen. Bei der Wahrnehmung anderer Nationen laufen die gleichen Prozesse ab wie bei der Perzeption der Außenwelt allgemein. Das bedeutet, es findet auch hier eine Selektion bei der Aufnahme von Informationen statt, Verallgemeinerungen werden vorgenommen, positive und negative Wertungen erfolgen, aus denen eine bestimmte Sichtweise entsteht. Ein so geformtes Länderbild umfasst die Gesamtheit von Attributen, die eine Person erkennt oder sich vorstellt, wenn sie eine andere Nation betrachtet. Es verbindet Überzeugungen mit Gefühlen gegenüber dieser Nation und mit Ansichten, was in Bezug auf sie getan werden sollte.[42] Dabei gilt auch hier die Grundregel für alle Perzeptionsprozesse, dass das für echt gehaltene Länderbild der Wirklichkeit nahe kommen kann, in den meisten Fällen jedoch zum Teil erhebliche Differenzen zur Realität bestehen.

In den internationalen Beziehungen besteht deshalb immer die Gefahr, dass Entscheidungen auf der Grundlage von „Fantasieprodukten" gefällt werden.[43] In Einzelfällen ist sogar Wahrnehmungsblindheit möglich, so dass es zu politischer Inflexibilität, ja zu Politikverlust kommen kann.[44] Die Disparität zwischen Wirklichkeit und Wahrnehmung ist bei Länderbildern zudem tendenziell größer als bei Objekten der unmittelbaren Umgebung, da die Distanz zum Gegenstand größer ist. Dies erschwert den direkten Kontakt und damit Erfahrungen aus erster Hand. Vielfach muss deshalb das Bild anderer als Ersatz dienen. Das persönliche Umfeld wie Familie und Freunde, Bildungsinstitutionen wie Schule und Universität sowie Kultur und Massenmedien gehören zu den Einrichtungen, die Länderbilder transportieren oder propagieren.[45] Bei ihrer Verarbeitung und Einordnung bestimmen neben der Sozialisation und dem Kultursystem jedes Einzelnen auch seine Einstellung zur politischen Lage des betrachteten Landes, die Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Ländern sowie, falls vorhanden, persönliche Kontakte mit Angehörigen der anderen Nation die individuelle Perspektive.[46]

Eine Ausgewogenheit des auf diese Weise zustande gekommenen Urteils über fremde Nationen findet in der Praxis allerdings selten ihren Niederschlag. Oft genug setzen sich beim „Bild vom Anderen" die Vorurteile und nicht die Erkenntnis durch.[47] Dies hängt mit der affektiven Seite von Vorurteilen und Stereotypen zusammen. Schon Walter Lippmann hat festgestellt, dass Letztere

---

42 So die Definition von SCOTT, International Images, S. 72.

43 BUCHANAN und CANTRIL, Nations, S. 45.

44 NIEDHART, Perzeption und Image, S. 40.

45 „Inwieweit sie nur Übermittler oder selbst Schöpfer von Bildern sind, kann letztlich nicht eindeutig geklärt werden. Zumindest läßt sich festhalten, daß auch Bilder, ähnlich wie Vorurteile und Stereotype, anerzogen oder erworben werden, eben durch Erziehung in Familie und Schule oder durch – unreflektierte – Internalisierung der Vorgaben der Medien." SCHWARZ, Reise, S. 24.

46 Ebd.

47 GRUNER, L'Image, S. 31.

„mit Präferenzen belastet, von Zuneigung oder Abneigung überdeckt, mit Befürchtungen, Lustgefühlen, starken Wünschen, Stolz und Hoffnungen verbunden" sind.[48] „Was immer an die Stereotype rührt, wird mit dem dazugehörigen Gefühl beurteilt."[49] Dies gilt gerade für Länderbilder, die sich in besonderem Maße auf die zwei affektiven Komponenten Sympathie und Antipathie stützen.

Außer dem emotionalen Faktor sind bei der Formung von nationalen Images bestimmte Gesetzmäßigkeiten zu beobachten, die sich auf geographische, historische und politische Gegebenheiten zurückführen lassen. An erster Stelle ist hier die räumliche Nähe oder Distanz zu nennen. Benachbarte Völker hegen wegen vergangener oder aktueller Konflikte fast immer negative, von Misstrauen geprägte Heterostereotype voneinander. Dieses Gesetz der Nachbarschaft ist auch dann gültig, wenn mehrere Länder nebeneinander liegen. Allerdings kann in diesem Fall nach dem „Sandwich-Prinzip"[50] davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerungen der Länder, die das in ihrer Mitte befindliche umrahmen und sich nicht direkt berühren, positive Heterostereotype ausbilden. Bestehen zwischen zwei Nationen tatsächliche oder vermeintliche Übereinstimmungen auf politischem, ökonomischem, sozialem oder kulturellem Gebiet, so ist es nach dem Gesetz der Ähnlichkeit sehr wahrscheinlich, dass sie Sympathien füreinander entwickeln, wenn sie sich dieser Gleichartigkeit bewusst werden. Darüber hinaus ist in Europa noch ein geschichtlich zu begründendes West-Ost-Gefälle festzustellen, wonach das jeweils westlichere Land als zivilisatorisch und kulturell höher stehend angesehen wird.[51]

Die gemeinsame Historie von Nationen spielt eine große, manchmal dominierende Rolle. Das Image eines anderen Landes besteht nicht selten zum überwiegenden Teil aus vereinfachten Bildern der Vergangenheit, die den objektiven Blick auf die Gegenwart verstellen können.[52] Erschwerend kommt hinzu, dass in den internationalen Beziehungen ein Widerstreben zu konstatieren ist, bestehende Vorstellungen über anderen Nationen zu revidieren. Vor dem Hintergrund gefährlicher oder gar katastrophaler Erfahrungen in der Geschichte ist dies nur allzu verständlich, aber es behindert die unter Umständen nötige Änderung geltender Paradigmen oder die objektive Analyse einer gegebenen Situation.[53]

---

48 LIPPMANN, Öffentliche Meinung, S. 88.

49 Ebd.

50 Global existiert außerdem ein Nord-Süd-Gesetz, das von den klimatischen bzw. den damit verbundenen materiellen und kulturellen Unterschieden bestimmt wird. Demnach gelten nördliche Völker als kühl, zurückhaltend, diszipliniert und traditionsfeindlich, während südliche als leidenschaftlich, unzuverlässig, schmutzig und rückständig eingestuft werden. Vgl. zu diesen vier Gesetzen die ausführlichen Erläuterungen des Sozialpsychologen KOCH-HILLEBRECHT, Deutschenbild, S. 235–255.

51 Ebd.

52 COOPER, Myth of Prussia, S. 226.

53 BUFFET und HEUSER, Historical Myths, S. 273.

In diesem Zusammenhang ist auch die Fähigkeit zur Projektion von Macht oder die relative Machtlosigkeit zu nennen. Das Image eines Landes hängt nicht zuletzt davon ab, wie bedrohlich sein Potenzial zur Dominanz – sei es politisch, militärisch, wirtschaftlich oder kulturell – und sein Wille diese auszuüben, von anderen eingestuft wird. Allgemein gilt die Regel, je machtloser und je exotischer ein Land desto positiver ist sein Bild und umgekehrt. Das Beispiel Deutschlands im 19. Jahrhundert ist hierfür ein Beleg.

> Here we see a country increase rather than decline; and accordingly we see its reputation grow steadily worse. […] In the early century, Germany is charming, picturesque, the abode of enthusiastic thinkers, poets, musicians and scholars, who live in quaint, medieval-style cities or statelets with strongly feudal political structures. A century later, Germany is the land of Prussian monocled officers and ruthlessly technological scientists, men who have state loyalty instead of human morality.[54]

Eine weitere Gesetzmäßigkeit besteht in der Gleichsetzung der Regierung mit der Bevölkerung eines anderen Landes.[55] Nur wenn ein ausdrücklicher Hinweis darauf erfolgt, wird normalerweise zwischen beiden differenziert. Ansonsten werden sie als eine Einheit betrachtet, d.h. in den internationalen Beziehungen tritt normalerweise die jeweilige Regierung stellvertretend für ein ganzes Volk als Akteur auf. Allerdings kann die Art der Verbindung, die von der wahrnehmenden Seite zwischen Bevölkerung und Regierung hergestellt wird, von Nation zu Nation variieren.[56]

Zentrale Fragestellungen für die vorliegende Arbeit sind neben Definition, Aufnahme, Verbreitung und Gefahren von Länderbildern sowie den Gesetzmäßigkeiten bei ihrer Entstehung der zeitliche Ablauf und die Voraussetzungen für einen Wandel. Wie schon kurz im vorigen Abschnitt genannt, gehört zu den Faktoren, die das Image einer Nation verändern können, die teilweise oder komplette Modifikation des Voraussetzungssystems des Wahrnehmenden, wie z.B. eine Neudefinition der eigenen Interessen. Die gleiche Wirkung können politische Ereignisse, veränderte sozioökonomische Rahmenbedingungen, das aufbereitete Informationsangebot der Massenmedien sowie die aus persönlichen Kontakten gesammelten Erfahrungen entfalten.[57]

Mit dem Einfluss politischer Ereignisse haben sich insbesondere Karl W. Deutsch und Richard L. Merritt beschäftigt, die zu folgenden Ergebnissen gekommen sind: Abgesehen davon, dass Meldungen über Ereignisse in einem fremden Land möglicherweise gar nicht registriert werden, weil sie als irrelevant eingestuft werden oder der jeweilige Rezipient sie nicht aufnehmen will, können sie das bestehende Bild aber auch verstärken, ihm neue Aspekte hinzufügen, ohne es gravierend zu verändern, es vereinfachen und verdeutlichen, in-

---

54 Leersson, Anglo-German Relationship, S. 76.
55 Buchanan und Cantril, Nations, S. 95.
56 Ebd.
57 Schwarz, Reise, S. 27.

dem sie bisher nur Angenommenes in scheinbar real Gegebenes verwandeln, die Wichtigkeit des Bildes ändern oder es komplett umorganisieren.[58] Bei dem Versuch, die Ausmaße von Veränderungen zu quantifizieren, kamen die beiden Sozialforscher zu dem Schluss:

> Almost nothing in the world seems to be able to shift the images of 40 percent of the population in most countries, even within one or two decades. Combinations of events that shift the images and attitudes even of the remaining 50 to 60 percent of the population are extremely rare, and these rare occasions require the combination and mutual reinforcement of cumulative events with spectacular events and substantial government efforts as well as the absence of sizable cross-pressures.[59]

Überträgt man dieses Resultat auf den hier gewählten Untersuchungszeitraum und die beiden Länder, so zeigt sich, dass die genannten Voraussetzungen für einen möglichen Wandel zwar nicht gänzlich, aber doch größtenteils erfüllt werden. Aufsehen erregende Ereignisse wie die militärische Niederlage des Deutschen Reiches, die Novemberrevolution oder auch die Ruhrbesetzung treten in Kombination mit der kontinuierlichen Diskussion über den Friedensvertrag von Versailles auf. Gleichzeitig wird das Interesse an der Aufrechterhaltung des Feindbildes aus der Propaganda in Großbritannien schwächer, womit ein Faktor, der einer Veränderung des Deutschlandbildes entgegensteht, entfällt. Die neue Konstellation im internationalen Gefüge nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der britische Wunsch nach einer Phase der Entspannung ergänzen das für einen Wandel günstige Umfeld.[60]

Zu bedenken ist dabei, dass signifikante Veränderungen in einem Länderbild nicht als einheitlicher Prozess ablaufen, sondern graduell erfolgen, bei einigen schneller, bei anderen langsamer, und bei Dritten finden möglicherweise gar keine Korrekturen statt. Dies bedeutet, dass lange Zeit alte und neue, positive und negative, zutreffende und nicht zutreffende Elemente nebeneinander existieren können.[61]

> Die Vorstellung über den anderen stellen Überlagerungen verschiedener Schichten dar, die sowohl dem affektiven als auch dem kognitiven Bereich zuzuordnen sind, die zum Teil von langer Dauer sind und ein Eigenleben führen, ohne einen Bezug zur gegenwärtigen Realität haben zu müssen, zum Teil aber auch weniger stabil sind und momentanen Informationen über den anderen entspringen.[62]

Welche Wirkung Länderimages in den internationalen Beziehungen haben, außer dass sie Handelnden und Beobachtern als Orientierungshilfe dienen, ist

---

58 DEUTSCH und MERRITT, Effects and Events, S. 139f.
59 Ebd., S. 183.
60 Laut Carmen Müller sind Phasen der Entspannung und neue internationale Konstellationen die Bedingung dafür, dass veränderte Stereotype auch offiziell toleriert werden. MÜLLER, Weimar, S. 30.
61 In diesem Sinne auch SCHWARZ, Reise, S. 28.
62 NIEDHART, Länderimages, S. 85.

in der Forschung umstritten.[63] Bisher ist es nur vereinzelt gelungen, außenpolitische Entscheidungen direkt auf bestimmte Länderbilder zurückzuführen. Gesichert ist aber inzwischen die Erkenntnis, dass das „Bild vom Anderen" in der Politik nicht nur rein betrachtend, mithin passiv ist, sondern dass die Art des Konfliktaustrags zwischen Staaten ganz wesentlich davon abhängt, „was Völker und Staatsführer voneinander wissen, welche Vorstellungen sie von der Gegenseite haben, welches Bild sie sich vom Gegenüber machen".[64] Dass das Urteil über andere oft genug aus Vorurteilen besteht, dass das Bild häufig ein Zerrbild ist, kann das Resultat von ungewollten Fehlinterpretationen sein. Nicht selten ist es aber auch das Ergebnis von bewussten Manipulationen.[65] „Aus der Vorurteilsforschung ist bekannt, dass das ‚Bild vom Anderen' häufig benutzt wird, um von eigenen Problemen abzulenken bzw. um zur innenpolitischen Stabilisierung durch die Schaffung eines ‚äußeren Feindbildes' beizutragen."[66] In jedem Fall können falsche Vorstellungen oder unzutreffende Überzeugungen, insbesondere wenn sie Ängsten und Psychosen entspringen, Konflikte verschärfen und Krisen eskalieren lassen, indem sie zu politischen Aktionen drängen „wie im Juli 1914, als das alte Europa am nationalen Vorurteil zerbrach".[67] Allerdings muss ein bestimmtes Image nicht notwendigerweise zu einer bestimmten Politik führen. Den Ausschlag gibt letztlich die Selbstwahrnehmung der eigenen Interessenlage.[68] Wenn die Strategie, die das Eigenbild nahe legt, nicht mit der übereinstimmt, die das Fremdbild angeraten erscheinen lässt, dann kann das „Image vom anderen bei der Formulierung der Politik weitgehend zurücktreten".[69]

1.3 Aussenpolitik und Öffentlichkeit im Zeitalter der Massenmedien

Die Frage nach dem Zusammenspiel des Dreiklangs aus Politik, Öffentlichkeit und Medien ist im Bereich der auswärtigen Beziehungen erst in jüngerer Zeit aktuell geworden. Bis ins 20. Jahrhundert hinein galt die Außenpolitik als ausschließliche Domäne der Exekutive. Kennzeichnend für dieses Politikverständ-

---

63 Dazu existieren zwei sich widersprechende Thesen: Die eine besagt, dass Bilder von einem anderen Land die Beziehungen zu diesem Land beeinflussen, nach der anderen reflektieren sie diese nur. Vgl. Klineberg, Dimension, S. 51f.

64 Niedhart, Perzeption und Image, S. 42.

65 Ebd.

66 Gruner, L'Image, S. 31.

67 Krumeich, Deutschland, S. 183f.

68 Niedhart, Länderimages, S. 84.

69 Niedhart, Perzeption und Image, S. 51. Als Beispiel nennt Niedhart die britische Außenpolitik in den 1930er Jahren. Das negative Deutschlandbild legte eine andere Strategie nahe als das britische Interesse am Frieden. Mit der Formulierung der *Appeasementpolitik* wurde zweitem der Vorrang gegeben. Ebd.

nis waren Ausdrücke wie „Kabinettspolitik" und „Geheimdiplomatie".[70] Eine fundamentale Veränderung trat mit dem Ersten Weltkrieg ein, dem eine massive Expansion der medialen Kommunikation vorausgegangen war, der das Interesse an den internationalen Beziehungen sprunghaft ansteigen ließ und dem eine Beteiligung der Legislative in den europäischen Demokratien an den nationalen Außenpolitiken folgte. Seitdem sind verschiedene Hypothesen aufgestellt, unterschiedliche Theorien entwickelt und zahlreiche Analysen durchgeführt worden, ohne dass dabei ein einheitliches Bild über den Zusammenhang von Außenpolitik und Öffentlichkeit im Zeitalter der Massenmedien entstanden wäre.

Die zentrale Bedeutung der Öffentlichkeit als Bezugsgröße für gesellschaftliches Handeln ist mittlerweile unbestritten. Gleichwohl tauchen bereits bei der Definition des Begriffs Schwierigkeiten auf und auch nach ausführlicher Diskussion ist der Wissensstand über Strukturen und Funktion dieses Gebildes nach wie vor dürftig.[71] Ähnlich verhält es sich mit den Massenmedien. Ihre Bedeutung für Art und Ausgestaltung der Öffentlichkeit bzw. der öffentlichen Meinung – beide Begriffe werden häufig synonym verwendet – ist unstrittig. Welche Rolle die Medien genau spielen, darüber gehen die Interpretationen jedoch auseinander. Einmal sind sie Stimme, Reflektor oder Organ der öffentlichen Meinung, ein anderes Mal ihr Kontrolleur, Regulator oder Schöpfer.[72] Auf Einzelheiten des Verlaufs der Kontroversen und der Geschichte der verschiedenen Konzeptionen von der klassischen liberalen Öffentlichkeit im 19. Jahrhundert bis zur Idee von Gegen- und Teilöffentlichkeiten in der modernen Mediengesellschaft kann hier nicht eingegangen werden.[73] Einige Erläuterungen zum Verständnis des Begriffspaares „Öffentlichkeit" und „öffentliche Meinung", so wie es den weiteren Ausführungen zu Grunde liegt, erscheinen aber zweckmäßig.

Hilfreich für eine Annäherung an eine allgemein verbindliche Auslegung sind die Überlegungen Jörg Requates, der dafür plädiert, Öffentlichkeit zunächst nicht als Akteur, sondern eher als einen Raum oder eine Sphäre aufzufassen wie im Englischen und Französischen, wo unverfänglicher von „public sphere" oder „sphère public" bzw. „public space" oder „espace publique" die Rede ist.[74] Konstituiert wird diese Sphäre in erster Linie durch öffentliche Kommunikation, die in identifizierbaren Strukturen abläuft. Auf diese öffentlichen Kommunikationsstrukturen wirken vielfältige Faktoren ein wie z.B. gesellschaftliche Formierungsprozesse, die Entwicklung von Nachrichtentechnik und von Verkehr, die Urbanisierung usw. Ihre kommunikative Bündelung und Reflexion erfahren all diese Faktoren in den Medien.

---

70 RATTINGER et al. (Hrsg.), Außenpolitik, S. 10.
71 So der Befund von GERHARDS und NEIDHARDT, Strukturen und Funktionen, S. 34.
72 BURNS, Public Opinion, S. 51.
73 Vgl. dazu den aktuellen Überblick bei HOHENDAHL (Hrsg.), Öffentlichkeit, S. 65–97.
74 REQUATE, Öffentlichkeit, S. 8f.

Doch da gesellschaftliche Prozesse von den Medien nicht einfach abgebildet werden, sondern von ihnen in unterschiedlicher Weise interpretiert, konstruiert und nicht zuletzt mit geprägt wurden und werden, kommt den Medien bei der Untersuchung gesellschaftlicher Kommunikationsprozesse eine Schlüsselfunktion zu.[75]

Die These, die Niklas Luhmann in diesem Zusammenhang aufgestellt hat, nämlich dass das, was wir „über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen", wir durch die „Massenmedien wissen", geht aber wohl zu weit.[76] Die Vorstellung von mehr oder weniger unvermittelt nebeneinander existierenden Teilöffentlichkeiten, von denen die massenmediale nur eine von vielen ist, greift hingegen zu kurz.[77]

Plausibler erscheint das Stufenmodell, das Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt in Anlehnung an systemtheoretische Ansätze entwickelt haben und das eine Verbindung zwischen Teilöffentlichkeiten und der gesamten massenmedialen Öffentlichkeit erlaubt. Diesem Modell liegt die Reichweite von Kommunikation zu Grunde.[78] Vorgeschlagen wird eine Unterteilung in drei Ebenen: eine „kleine" Öffentlichkeit, worunter alle möglichen Formen von Kommunikation zwischen Menschen heterogener Provenienz verstanden wird, die mehr oder minder zufällig aufeinander treffen, eine „mittlere" Öffentlichkeit, die Versammlungen und kollektive Proteste umfasst, sowie die „große" Öffentlichkeit der Massenmedien. Letztere unterscheidet sich qualitativ in mehrfacher Hinsicht von den beiden ersten Ebenen. Zu nennen ist zunächst ihre Permanenz, außerdem wird sie von einem erweiterten technischen und professionellen Apparat getragen, und schließlich ist das Publikum relativ abstrakt und in seinen Reaktionsmöglichkeiten eingeschränkt. Nach der Definition von Gerhards und Neidhardt ist massenmediale Öffentlichkeit

ein intermediäres System, dessen politische Funktion in der Aufnahme (Input) und Verarbeitung (Throughput) bestimmter Themen und Meinungen sowie in der Vermittlung der aus der Verarbeitung entstehenden öffentlichen Meinungen (Output) einerseits an die Bürger, andererseits an das politische System besteht.[79]

Läuft der Verarbeitungsprozess diskursiv ab, werden Themen und Meinungen also abgewogen und korrigiert, dann wird der öffentlichen Kommunikation eine Validierungsfunktion zugeschrieben. Verdichten sich bestimmte öffent-

---

75 Ebd., S. 9.

76 LUHMANN, Massenmedien, S. 9.

77 Vgl. die Kritik Requates an entsprechenden Konzeptionen aus dem Bereich der *gender studies*, die seiner Meinung nach den anderen Charakter der massenmedialen Öffentlichkeit gegenüber den diversen Teilöffentlichkeiten einzelner gesellschaftlicher Gruppen verkennen. „Denn nahezu jede Teilöffentlichkeit ragt gewissermaßen in die massenmediale Öffentlichkeit hinein, kann dort einen bestimmten Raum einnehmen, ist aber dann den Mechanismen und Eigengesetzlichkeiten der Massenmedien unterworfen." REQUATE, Öffentlichkeit, S. 11f.

78 GERHARDS und NEIDHARDT, Strukturen und Funktionen, S. 50–56.

79 Ebd., S. 34f.

liche Meinungen, so dass sie handlungsrelevant werden, erfüllt eine solche massenmediale Öffentlichkeit eine Orientierungsfunktion. Je offener das von den Massenmedien gebildete System für Themen und Meinungen sowie für gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen ist, desto eher schafft es gesellschaftliche Transparenz.[80]

Genau an diesem Punkt setzt die Kritik an der massenmedialen Öffentlichkeit an. Jürgen Habermas beispielsweise beklagt in seiner wegweisenden Arbeit zum Strukturwandel der Öffentlichkeit den Verlust der kritischen Funktion, den die Medienöffentlichkeit durch die Kommerzialisierung im 19. Jahrhundert erlitten hat. Seitdem nehme sie lediglich eine rein affirmative Rolle ein, wobei ihr von mächtigen Privatinteressen kreierter, quasi-politischer Anspruch nicht auf Argumenten, sondern auf Stereotypen und Symbolen basiere.[81] Die britische Presse übernahm dabei in vielerlei Hinsicht eine Vorreiterrolle. Früher als die Presse in anderen Ländern Europas baute sie eigene Strukturen auf, bildete einen eigenständigen Journalistenberuf aus und erlebte einen sukzessiven Ausbau der Marktmacht einzelner Verleger. Mit dieser Institutionalisierung nahm auch ihre Steuerungsmacht zu.[82] Die Dominanz wirtschaftlicher Interessen und die beschleunigten Konzentrationsprozesse erwiesen sich besonders in der Zwischenkriegszeit in Bezug auf die Offenheit des medialen Systems Presse als für Themen und Meinungen problematisch. Ein restriktiver Zug in der Funktionsweise der Massenpresse war nicht zu übersehen. „Throughout the inter-war years, in fact, it became evident that mass circulation newspapers were putting their own arbitrary constraints on what constituted news, and even firmer constraints on free and open discussion."[83] Auf Grund dieser Steuerungsmöglichkeiten stehen moderne Massenmedien deshalb ständig unter Manipulationsverdacht.[84]

Daraus ergibt sich fast automatisch die Frage nach der Bedeutung der massenmedialen Öffentlichkeit für politische Entscheidungen. Unter Zeitgenossen in der britischen Politik und den Medien bestand während der 1920er und 30er Jahre kein Zweifel, dass die öffentliche Meinung in Form der Presse nicht nur innen-, sondern auch außenpolitische Entscheidungsprozesse beeinflusst. Laut dem Diplomaten Harold Nicolson war sie zu einem „konstanten Faktor bei der Konzeption und Exekution von Außenpolitik"[85] geworden, und sein Kollege Victor Wellesley nannte den Druck einer „neugierigen, anspruchsvollen,

---

80 Ebd., S. 42f.

81 HABERMAS, Strukturwandel, S. 195 und 230.

82 Nach Requate verhält sich die Steuerungsmacht proportional zur Institutionalisierung. REQUATE, Öffentlichkeit, S. 15.

83 BURNS, Public Opinion, S. 44.

84 Nach Ansicht von Luhmann führt dieser Verdacht aber zu keinen nennenswerten Konsequenzen, „da das den Medien entnommene Wissen sich wie von selbst zu einem selbstverstärkenden Gefüge zusammenschließt". LUHMANN, Massenmedien, S. 9.

85 NICOLSON, Modern Diplomacy, S. 599.

aber oft schlecht informierten öffentlichen Meinung“[86] als einen von mehreren Faktoren, die die Bewegungsfreiheit und damit die Effektivität der britischen Außenpolitik einschränkten. Was Politiker und Diplomaten, also die außenpolitische Handlungsebene, für eine in ihren Kalkulationen zu berücksichtigende Größe halten, wird unweigerlich zu einem Einflussfaktor.[87] Allerdings ist Vorsicht geboten, wenn ein bestimmter Kurs oder eine einzelne Entscheidung damit begründet wird, dass die öffentliche Meinung dafür oder dagegen sei.

> Einschlägige Aussagen müssen mit größter Sorgfalt geprüft werden, denn Journalisten und Oppositionspolitiker werden oft, um ihre eigene Stärke zu demonstrieren, der öffentlichen Meinung zugute schreiben, was faktisch auf eine Initiative der Regierung zurückgeht. Andererseits neigen Regierungen dazu, international schwer zu verantwortende Entscheidungen mit dem Druck der öffentlichen Meinung zu entschuldigen.[88]

In jedem Fall besteht ein wesentlicher Teil der Politik in modernen Demokratien aus der Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Dafür sind Massenmedien unabdingbar.[89] In den internationalen Beziehungen ist dabei – ähnlich wie bei der Wahrnehmung von anderen Ländern – die Distanz zum Gegenstand zu beachten. In Fragen der Außenpolitik fehlt in der Mehrzahl der Fälle die Möglichkeit des eigenen Erlebens, die bei innenpolitischen Problemen bis zu einem gewissen Grad gegeben ist, da politische Entscheidungen sich hier unmittelbarer auswirken können. Bei der Beurteilung der Außenpolitik der eigenen und von fremden Regierungen ist die Bevölkerung eines Landes wegen der größeren „Entfernung“ deshalb umso mehr auf Informationen und Meinungen des Mittlers Medien angewiesen. Dieser Umstand bietet gleichzeitig den Regierenden ein Einfallstor für Lenkungsversuche, denn sie haben auf dem Gebiet der Außenpolitik nicht selten einen Informationsvorsprung oder sogar ein Monopol und können deshalb ihre Darstellung der Ereignisse hier eher unwidersprochen als in anderen Bereichen vermitteln.[90]

Zu der Frage, wer wen beeinflusst, hat die Forschung vier Hypothesen aufgestellt. Erstens: Die öffentliche Meinung spielt keine Rolle bei der Formulierung von Außenpolitik. Zweitens: Die öffentliche Meinung wird durch die Regierenden kontrolliert. Drittens: Die öffentliche Meinung übt selbst einen kontrollierenden Einfluss auf die Außenpolitik aus. Viertens: Die öffentliche Meinung und die Außenpolitik beeinflussen sich wechselseitig.[91] In Anbetracht der bisherigen Ausführungen sowie der Beachtung der Massenmedien durch die britische Politik in der Zwischenkriegszeit und ihren Bemühungen auf dem

---

86 WELLESLEY, Diplomacy, S. 7 f.
87 PRONAY und SPRING (Hrsg.), Propaganda, S. 4.
88 SCHAARSCHMIDT, Außenpolitik, S. 31.
89 TUNSTALL, Media in Britain, S. 8.
90 Vgl. YOUNGER, Public Opinion, S. 32.
91 Zu den einschlägigen Studien, auf die sich diese Hypothesen stützen, vgl. RATTINGER et al. (Hrsg.), Außenpolitik, S. 17.

Gebiet der Informationssteuerung erscheint das letzte Modell, das Beziehungen in beide Richtungen annimmt, der Realität am nächsten zu kommen.

Die Art der wechselseitigen Beziehungen zwischen Medien und Außenpolitik können unterschiedliche Gestalt annehmen. Nach Yoel M. Cohen dienen Medien zum einen als Informationsquelle und zwar sowohl für Minister, Abgeordnete und Diplomaten als auch für Interessengruppen und die breite Öffentlichkeit.[92] Zum anderen können Medien selbst die außenpolitische Agenda bestimmen oder als Vehikel genutzt werden, mit dem Abgeordnete und Interessengruppen die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger auf ein bestimmtes Thema zu lenken versuchen. Umgekehrt kann sich darüber hinaus die Regierung ihrer bedienen, um der Öffentlichkeit eine bestimmte Politik zu erklären und Unterstützung für sie zu mobilisieren. Durch das gezielte Lancieren von Informationen können einzelne Mitglieder der politischen Führungsebene sie sogar instrumentalisieren, um eine bestimmte Politik schon in der Formulierungsphase zu behindern oder zu fördern. Auf die gleiche Weise können Regierungen bei internationalen Verhandlungen versuchen, die Aktionen einer anderen Regierung zu beeinflussen. Medien sind also auch ein Kommunikationskanal, der in außenpolitischen Entscheidungsprozessen auf vielfältige Weise zum Einsatz kommen kann. Cohen spricht deshalb von der „Mediendiplomatie", die im Zeitalter der Massenkommunikation entstanden sei.[93]

Das schwierigste Problem ist damit aber noch nicht gelöst, nämlich das der Kausalität. Wie stellt man fest, ob sich Einfluss in der einen oder anderen Richtung auf Entscheidungen ausgewirkt hat? Einfluss ist eine Kategorie, die kaum in Form von konkretem Verhalten zu identifizieren und zu messen ist.[94] Zwei unterschiedliche Wege sind denkbar, um dennoch eine Antwort zu erhalten: Versteht man Öffentlichkeit/öffentliche Meinung im obigen Sinn als eine zu einem bestimmten Zeitpunkt oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums in den Massenmedien gegebene Themen- bzw. Meinungsstruktur, dann ist diese auf der Grundlage von Medienanalysen aufzuzeigen. Es gilt konkret zu eruieren, wer wann welche Themen vermittelt und wie das eigene bzw. fremde (außen)politische Entscheidungssystem darauf reagiert.[95] Ein anderer Weg eröffnet sich, wenn man öffentliche Meinung als die Summe privater Meinungen definiert, denen das politische System Aufmerksamkeit schenkt. In diesem Fall rücken individuelle Meinungen und ihre Träger in den Vordergrund wie z.B. außenpolitische Berater, Forschungseinrichtungen oder Lobbyisten.[96] Dabei handelt es sich nicht um sich ausschließende Alternativen. Eine Kombination beider Vorgehensweisen ist denkbar und verspricht erst recht Erfolg, wenn die

92 Cohen, Media Diplomacy, S. 5.
93 Ebd.
94 Rosenau, Public Opinion, S. 10.
95 Rattinger et al. (Hrsg.), Außenpolitik, S. 13f.
96 Ebd.

Produzenten von Themen und Meinungen in den Massenmedien, also die Journalisten, gleichzeitig eine Gruppe von Akteuren sind, deren private Ansichten von Politikern beachtet werden, wie dies im Großbritannien der Zwischenkriegszeit der Fall war. Wie die weiteren Ausführungen zeigen werden, waren die Übergänge zwischen der politischen und publizistischen Führungsschicht des Landes in den 1920er und 30er Jahren fließend. Man kannte sich, verkehrte häufig auch privat miteinander und tauschte Informationen und Meinungen aus. Insofern bietet der gewählte Untersuchungszeitraum ideale Voraussetzungen, um beide Ansätze zu verbinden.

2. Die Presse in Grossbritannien: Entwicklung und Strukturen

2.1 Der Aufstieg der Zeitung zum modernen Massenmedium

Die Printmedien in Großbritannien entfalteten zwischen der Mitte des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts eine zuvor in diesem Bereich nicht gekannte Dynamik. Die Veränderungen waren fundamental. Kennzeichen dafür war eine enorme Expansion sowohl der Anzahl der erscheinenden Publikationen als auch der jeweiligen Auflagen. Begleitet wurde dieser Prozess durch die Industrialisierung von Herstellung und Vertrieb der Zeitungen sowie durch die Professionalisierung der Journalisten.[1] Es ist deshalb keineswegs übertrieben zu behaupten, dass die Zeitung bereits in dieser Zeit zu dem modernen Massenmedium aufstieg, wie wir es heute kennen. Die Ursachen dafür waren einerseits steuer- und bildungspolitischer, andererseits technischer Natur.

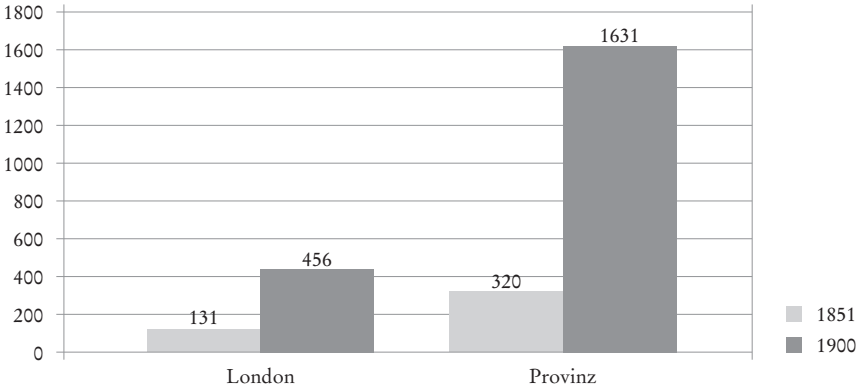
Voraussetzung für die immer weitere Verbreitung von Tages- und Wochen- sowie Lokal- und Regionalzeitungen war die Entstehung einer Massenleserschaft. Entscheidend dafür wiederum war die Ausweitung der Schulbildung im Zuge des *Education Act* von 1870.[2] Große Teile der Bevölkerung waren bis dato Analphabeten und fielen auf Grund ihrer fehlenden Lesefähigkeit als potenzielle Zeitungsleser aus. Die Alphabetisierung schritt in den folgenden drei Jahrzehnten jedoch zügig voran und wurde durch die Einführung der Schulpflicht sowie die Abschaffung der Schulgebühren noch beschleunigt.[3] Schätzungen zufolge beherrschten um die Jahrhundertwende 97 Prozent aller Briten das Lesen und Schreiben.[4] Nicht zu unterschätzen waren außerdem die Veränderungen der Arbeits- und Lebensgewohnheiten vieler Menschen in dieser Zeit. Unter der Regentschaft Queen Victorias erlebte Großbritannien eine Phase wirtschaftlichen Wachstums und zunehmenden Wohlstands, was sich u.a. in steigenden Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten niederschlug. Mehr Freizeit und größere Kaufkraft ließen die Nachfrage nach Information und Unterhaltung, wie sie z.B. Zeitungen boten, in die Höhe schnellen.[5]

Neben dem Analphabetismus hatte ein weiteres Hemmnis für ein nachhaltiges Prosperieren der Presse in einer Reihe von Steuerabgaben bestanden, die auf Papier, die Veröffentlichung von Anzeigen und auf jedes verkaufte Zeitungsexemplar erhoben wurden.[6] Diese „taxes on knowledge“ wurden zwi-

---

1 Baylen, British Press, S. 33.
2 Koss, Rise and Fall, Bd. 1, S. 2.
3 Der Besuch einer Schule war ab 1880 für alle Kinder verpflichtend und ab 1891 kostenfrei. Harris, Daily Press, S. 29.
4 Williams, Mass Communication, S. 49f.
5 Ebd., S. 50.
6 Curran, Media and Power, S. 82. Engl. „paper“-, „advertisement“- und „stamp-duty“.

Abbildung 1: Anzahl der regelmäßig publizierten Zeitungstitel



Quelle: Smith, History of the Press, S. 64.

schen 1853 und 1861 nach und nach abgeschafft.[7] Befreit von den steuerlichen Fesseln wurde das Geschäft mit der Verbreitung von Informationen und Meinungen deutlich lukrativer, und es setzte eine regelrechte Gründungswelle ein. Vor allem in den ländlichen Gebieten von England, Wales und Schottland erschienen neue Regional- und Lokalzeitungen, aber auch in London stieg die Zahl der Zeitungstitel deutlich an.

Über die Reichweite der Presse in diesem Zeitraum liegen nur Schätzungen vor.[8] Demnach bewegte sich die Gesamtauflage der Tageszeitungen mit nationaler Zirkulation im Jahr 1850 um 60 000 Exemplare, während die der Sonntagszeitungen deutlich höher bei etwa 275 000 lag.[9] Der Grund für diese Diskrepanz ist darin zu suchen, dass der Sonntag der einzige arbeitsfreie Tag der Woche war und die meisten Berufstätigen sonst keine Zeit zum Zeitunglesen hatten. Das erste Blatt, das die Schwelle von einer Million Exemplaren überschritt, war folglich eine Sonntagszeitung, die *Lloyds Weekly News*, im Jahr 1896.[10] Der Aufschwung der Tageszeitungen begann entsprechend später und

---

7 Die Steuer auf Anzeigen im Jahr 1853, die Stempelsteuer zwei Jahre später und die Papiersteuer schließlich 1861. Koss, Rise and Fall, Bd. 1, S. 1. Mit ausschlaggebend für diese Entscheidung war das massive Anschwellen der illegal gedruckten Publikationen, die keine Steuern abführten, dadurch billiger verkauft werden konnten und so den etablierten „gestempelten" Zeitungen das Wasser abgruben. Boyce, Fourth Estate, S. 20.

8 Die Aufzeichnungen der Verlage darüber sind lückenhaft und ungenau. Erst 1930 wurde mit dem *Audit Bureau of Circulations* eine Institution gegründet, die die Auflagen von Presseerzeugnissen statistisch erfasste. Cunningham, Daily Newspapers, S. 16. Wadsworth bezeichnet den Zeitraum zwischen 1850 und 1930 deshalb als „period of secrecy". Wadsworth, Newspaper Circulations, S. 1.

9 Williams, Mass Communication, S. 49.

10 Ebd.

vollzog sich langsamer. Das in den 1890ern meistverkaufte Blatt, der *Daily Telegraph*, erreichte lediglich eine Auflage von 300000. Erst 1911 gelang dem *Daily Mirror* als erster Tageszeitung der Durchbruch der Ein-Millionen-Marke.[11]

Die Produktion und der Vertrieb solcher Mengen waren nicht denkbar ohne eine Reihe von technischen Entwicklungen, die Erstellung, Druck und Verteilung der Zeitungen revolutionierten. An erster Stelle ist hier die flächendeckende Ausbreitung des Eisenbahnnetzes zu nennen. Nur dadurch war es möglich, die Ausgaben noch am selben Tag in praktisch jeden Winkel des Landes zu bringen, was in erster Linie den Londoner Tageszeitungen zugute kam, die jetzt den Wettbewerb mit den lokalen und regionalen Blättern aufnehmen konnten.[12] Durch die Einführung von Zeitungsverkäufern und das Aufkommen von spezialisierten Händlern wie W.H. Smith, die Läden mit einem umfangreichen Zeitungs- und Büchersortiment an jedem Bahnhof eröffneten, wurden die Vertriebswege nicht nur erweitert, sondern darüber hinaus auch effizienter.[13]

Ein weiterer Meilenstein war die Entwicklung der Telegrafie. Diese ermöglichte die Übermittlung von Informationen in Sekundenschnelle. Die Kolonialmächte sorgten für eine rasche Verbreitung der neuen Technik, indem sie ihre Territorien rund um den Globus mit Unterseekabeln verbanden und überall Telegrafenämter eröffneten.[14] Damit erfuhr der Nachrichtentransport eine ungeahnte Beschleunigung, denn nun konnte das, was an einem Tag z.B. in Delhi passierte, am nächsten Morgen in den Londoner Zeitungen stehen. Insbesondere die neu gegründeten Nachrichtenagenturen wie *Reuters* nutzten die Möglichkeiten der Telegrafie und bauten ein weltweites Korrespondentennetz auf, um einen möglichst umfangreichen Service anbieten zu können, so dass auch Lokal- und Regionalzeitungen in die Lage versetzt wurden, unabhängig von den großen Londoner Blättern über das Geschehen in Großbritannien, Europa und der Welt ausführlich zu berichten.[15] Ein weiteres neues Kommunikationsmittel, das Telefon, erwies sich ebenfalls als nützliches Instrument für die schnelle, direkte Nachrichtenübermittlung und erleichterte den Journalisten darüber hinaus die Informationsgewinnung ungemein. Neue Techniken in Form von innovativen Maschinen hielten auch in die Druckereien Einzug. Die Rotationspresse und die Setzmaschine vereinfachten und beschleunigten die Herstellung der Zeitungen und schufen somit die Voraussetzungen, die steigenden Auflagen innerhalb nur weniger Stunden zu produzieren.[16]

---

11 Ebd.

12 Das Eisenbahnnetz expandierte zwischen 1850 und 1880 von 6635 auf 17935 Meilen. HARRIS, Daily Press, S. 29.

13 WILLIAMS, Mass Communication, S. 50.

14 BAYLEN, British Press, S. 33.

15 WILLIAMS, Mass Communication, S. 50.

16 Ebd.

All dies veränderte die britische Presse nachhaltig, so der langjährige *News Editor* der *Daily Mail*, Tom Clarke:

> Communications made the country geographically ‚smaller', while the interests of the people were growing wider. Mechanical aids to printing, and improvements in news transmission and distribution – such as the telegraph – spurred the newspapermen to greater achievement. New daily papers were established to give more and speedier news from home and abroad.[17]

Die zunehmende Ausbreitung der Presse veränderte aber nicht nur das Medium selbst, sondern hatte auch gesellschaftliche und politische Folgen. Sie bewirkte, dass aus einer „regional und sozial fragmentierten Öffentlichkeit eine nationale Kommunikationsgemeinschaft" entstand.[18] Der Zugang zu einer solch umfassenden Massenleserschaft in Kombination mit der gleichzeitig vollzogenen Ausweitung des Wahlrechts wiederum bedeutete, dass die Presse als Instrument der politischen Einflussnahme immer wichtiger wurde.[19]

2.2 Das Selbstverständnis der Journalisten und das Konzept des *Fourth Estate*

Parallel zur wachsenden Reichweite der Druckerzeugnisse wurde von Seiten führender Vertreter der britischen Presse eine Neudefinition der eigenen Rolle in Staat und Gesellschaft vorgenommen. Damit wurde die Expansion ideologisch begleitet und die eigene Bedeutung theoretisch untermauert. Der Beginn dieser Reflexion über die eigene Rolle innerhalb der britischen Presse lässt sich bis in die 1820er Jahre zurückverfolgen. Unter dem Eindruck des Einflusses der Parteien auf die meisten Zeitungen und der Kontrolle des Staates über die Mehrzahl der Publikationen sowie des schlechten Rufes der Journalisten – sie galten wahlweise als Schmierfinken oder Demagogen, die entweder von Politikern bezahlt wurden oder das Volk gegen die Herrschenden aufwiegelten – entwickelten führende Zeitungsleute das Konzept einer freien, von Regierungen und Parteien unabhängigen Presse.[20] Diese sollte die öffentliche Meinung widerspiegeln und so die Funktion eines Bindeglieds zwischen Regierenden und Regierten wahrnehmen.[21] Gleichzeitig, so die idealtypische Vorstellung, würde der unzensierte Abdruck von divergierenden Ansichten einen Schutz vor Machtmissbrauch garantieren, so dass die Presse in die Lage versetzt würde, als Kontrollinstanz der staatlichen Organe zu fun-

17 Clarke, Northcliffe, S. 36.
18 Schulz, Aufstieg, S. 66.
19 Smith, History, S. 57.
20 Boyce, Fourth Estate, S. 20–22.
21 Schulz, Aufstieg, S. 72.

gieren.[22] Dem zu Grunde lag die vor allem in der liberalen Reformbewegung verbreitete Vorstellung von der Öffentlichkeit als einen freien, um objektive Erkenntnis bemühten Diskurs eines gebildeten Publikums, der zur Bestimmung des vernünftigen Gesamtwillens und zur Selbstorganisation der Nation führen sollte.[23] Die Presse war dabei das Medium, in dem sich der politische Wille artikulierte.[24]

Um diesen Zustand zu erreichen, mussten möglichst alle Restriktionen fallen, die das Agieren der Journalisten behinderten. Dazu gehörten die Beseitigung jedweder Zensur sowie die Abschaffung der schon erwähnten Steuern auf Papier, Anzeigenverkauf und Druck. Die Vordenker der Pressefreiheit waren allerdings keineswegs nur von altruistischen Erwägungen getrieben, sondern sie verfolgten damit auch ganz eigennützige Motive. Zum einen hatten sie erkannt, dass sich ungefärbte Informationen besser verkaufen ließen als politische Agitation, es also eine Frage der ökonomischen Vernunft war, sich aus der bis dahin üblichen Umarmung der Parteien zu lösen.[25] Zum anderen wollten sie sich selbst eine anerkannte, respektable Stellung innerhalb von Gesellschaft und Staatswesen schaffen.[26]

Eine Vorreiterrolle bei der ideologischen Fundierung des eigenen Wirkens übernahm die *Times*, die als erste Zeitung den Anspruch erhob, frei von Regierungseinfluss zu sein.[27] Diese Eigenwerbung gründete sich auf die Priorität, die der Nachrichtenbeschaffung und -vermittlung vor der Verbreitung politischer Propaganda gegeben wurde. Zu diesem Zweck hatte die *Times* ein weltweites Korrespondentennetz aufgebaut und behauptete von sich selbst, sie verfüge über „correspondents all over the inhabited world, who have access to the most authentic sources of information in foreign courts and countries".[28]

Der höhere Stellenwert, den die *Times* der Verbreitung von Informationen vor politischer Rücksichtnahme gab, brachte sie 1852 in Konflikt mit Premierminister Lord Derby, der der Zeitung wegen ihrer Kritik an der französischen

---

22 Der erste Protagonist dieses Konzepts in England war Jeremy Bentham, der zu den so genannten „philosophical radicals" gehörte. Diese Gruppe war der überzeugendste und einflussreichste Exponent der „public opinion theory", wonach die öffentliche Meinung eine moralische Instanz war, die mittels Anprangerung den Missbrauch der Macht durch den Gesetzgeber verhindern könne. Die öffentliche Meinung wiederum finde in der Presse ihren Ausdruck, so Bentham, denn „in this instrument may be seen not only an appropriate organ of the public opinion tribunal, but the only regularly and constantly acting one". Andere Vertreter dieses Konzepts wie James Mill forderten deshalb, dass der Presse keinerlei Restriktionen in ihrer Freiheit zu kommentieren und zu kritisieren auferlegt werden dürften. BOYCE, Fourth Estate, S. 20–22. Vgl. auch KOSS, Rise and Fall, Bd. 1, S. 34–36.

23 CURRAN, Media and Power, S. 6.

24 SCHULZ, Aufstieg, S. 69.

25 REQUATE, Journalismus, S. 46.

26 BOYCE, Fourth Estate, S. 20f.

27 ESSER, Schlagzeilen, S. 58.

28 THE TIMES, 22. Juni 1836, zit. nach REQUATE, Jornalismus, S. 46.

Regierung vorwarf, sie mische sich in unverantwortlicher Weise in Staatsangelegenheiten ein.[29] Die verbale Attacke war für den ehemaligen Auslandskorrespondenten und Leitartikler Henry Reeve Anlass, sich in zwei Kommentaren grundsätzlich mit dem Prinzip der Pressefreiheit und der Kernaufgabe des Journalismus zu befassen. Seine Definition der eigenen Rolle lautete auf den Punkt gebracht: „the first duty of the press is to obtain the earliest and most correct intelligence of events of the time and instantly disclosing them, to make them the common property of the nation."[30] Diese Verpflichtung der Presse ergänzte er durch einen hohen ethischen Maßstab, den die Journalisten bei ihrer Arbeit anzulegen hätten. „The duty of the journalist is the same as that of the historian – to seek out the truth, above all things, and to represent to his readers not such things as statecraft would wish them to know but the truth as near as he can attain it."[31] Das Verhältnis der Presse zu den drei staatlichen Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative umschrieb Reeve drei Jahre später in der *Edinburgh Review*, die er inzwischen als Chefredakteur leitete. Seiner Überzeugung nach hatte der Journalismus seit seinen Anfängen im 17. Jahrhundert einen solchen Einfluss erlangt, dass er tatsächlich zu einem *Fourth Estate* geworden war, einer vierten Gewalt, die mächtiger als jede der anderen drei war.[32]

Reeve lieferte damit die klassische Theorie von einer Presse, die unbeschränkt in ihrer Freiheit dem Wohl der Allgemeinheit diente, indem sie die Öffentlichkeit informierte, divergierende Meinungen publizierte und auf diese Weise den Willen des Volkes repräsentierte.[33] Diese Stilisierung setzte sich auch in den folgenden Jahrzehnten fort. Nicht wenige der Chefredakteure und Verleger sahen sich selbst in der Rolle des „unabhängigen Wächters" über das Wohlergehen der Nation, der der Regierung sorgsam auf die Finger schaute.[34] Die selbst propagierte frühe Unabhängigkeit der britischen Presse ist inzwischen allerdings von der Forschung als Mythos entlarvt worden.[35] Denn in Wirklichkeit bestand weiter eine hohe Affinität zwischen Journalismus und Politik. Viele Zeitungen unterhielten enge Beziehungen zu Parteien und Politikern und fühlten sich deren Zielen verbunden.[36] Die Pressefreiheit als Ergebnis der Emanzipation von staatlicher Kontrolle wurde von den Journalisten allem Anschein nach weniger als Gelegenheit zur Entpolitisierung der Presse verstanden, sondern vielmehr als die Freiheit, eine politische Wahl zu treffen.[37]

---

29 WILLIAMS, Mass Communication, S. 51.
30 THE TIMES, 6. und 7. Februar 1852, zit. nach ebd.
31 Ebd.
32 So Reeve in der *Edinburgh Review* vom Oktober 1855. Zit. nach BOYCE, Fourth Estate, S. 23.
33 Ebd.
34 BAYLEN, British Press, S. 41.
35 KOSS, Rise and Fall, Bd. 1, S. 2; BOYCE, Fourth Estate, S. 27.
36 NEGRINE, Mass Media, S. 42.
37 KOSS, Rise and Fall, Bd. 1, S. 3.

Wie groß die Nähe zwischen Politik und Journalismus in der spätviktorianischen Epoche war, lässt sich u.a. an der zunehmenden personellen Verflechtung ablesen. So saßen vor 1880 nicht mehr als sechs Zeitungsbesitzer als Abgeordnete im Unterhaus. In den drei Jahrzehnten zwischen 1880 und 1910 stieg diese Zahl bereits auf 30. Im selben Zeitraum wurde auch die Gruppe der *Members of Parliament*, die zuvor als Journalisten gearbeitet hatten, ständig größer. Sie wuchs von elf auf 49 an.[38] Das im Konzept des *Fourth Estate* per Definition festgelegte Gegenüber von Presse und Politik hatte also keine klare Trennung der beiden Sphären zur Folge und stellte offenkundig auch kein Hindernis für einen regen Austausch der Akteure dar. Im Gegenteil, vielen Journalisten diente ihre publizistische Karriere als Sprungbrett für eine politische und umgekehrt.

Ungeachtet dieser Widersprüche erfüllte die Idee der Presse als vierte Gewalt ihren Zweck. Sie erlaubte es den Journalisten, einen eigenen Platz im politischen System Großbritanniens zu beanspruchen und eine Befreiung von staatlicher Kontrolle einzufordern. Auch wenn die Unabhängigkeit zunächst ein Mythos blieb, so entfaltete dieser doch seine Wirkung, indem er der britischen Presse die Glaubwürdigkeit einer scheinbar überparteilichen Institution verlieh. Gleichzeitig verankerte er in der Politik das Bewusstsein, dass die öffentliche Meinung, so wie sie durch die Zeitungen wiedergegeben wurde, künftig ein wichtiger, in Entscheidungen einzukalkulierender Faktor war.[39] Und schließlich ebnete er der Presse den Weg zum ökonomischen Durchbruch, indem er als schlagkräftiges Argument für die Abschaffung steuerlicher Beschränkungen diente, wodurch die Produktionskosten sanken und auch über einen niedrigeren Preis neue Käuferschichten erschlossen werden konnten.

Die zwischen 1880 und 1918 fortschreitende Kommerzialisierung und der damit verbundene verstärkte Wettbewerb auf dem britischen Zeitungsmarkt stießen in den Redaktionen eine Neuorientierung und eine Neudefinition des eigenen Rollenverständnisses an. Unter dem Druck des wirtschaftlichen Erfolges, der nur durch eine Ausweitung der Leserschaft dauerhaft zu sichern war, entstand ein neues theoretisches Konzept, das auf dem des *Fourth Estate* aufbaute und unter dem Schlagwort *New Journalism* firmierte.[40] Die Protagonisten, allen voran der Gründer der *Pall Mall Gazette*, W.T. Stead, hatten bei ihrem Versuch, ein Massenpublikum zu gewinnen, in erster Linie die unteren Mittelschichten im Auge, die durch wachsenden Wohlstand und zunehmende Alphabetisierung gekennzeichnet waren.[41] Um diese Zielgruppe zum Kauf einer Zeitung zu bewegen, waren erhebliche Veränderungen bei der Auswahl der Themen und deren Präsentation nötig.

---

38 Negrine, Mass Media, S. 43f.; Esser, Schlagzeilen, S. 62.
39 Koss, Rise and Fall, Bd. 1, S. 2f. Vgl. auch Esser, Schlagzeilen, S. 58f.
40 Boyce, Fourth Estate, S. 27.
41 Ebd.

Das Ergebnis war, dass der Anteil politischer Nachrichten deutlich verringert wurde. Reden von Politikern wurden nicht mehr verbatim abgedruckt, sondern die wichtigsten Aussagen lediglich zusammengefasst. Leitartikel und Kommentare verloren ebenfalls an Umfang. Stattdessen erhielten Meldungen aus dem Gesellschaftsbereich, dem Sport und „sensationelle" Geschichten wie beispielsweise Kriminalfälle ein größeres Gewicht, die zudem in kurzer und leicht verständlicher Form aufbereitet wurden.[42] Das äußere Erscheinungsbild der meisten Zeitungen wurde ebenfalls an die veränderten Anforderungen angepasst. Die wichtigsten Nachrichten kamen jetzt immer öfter auf die Titelseite, die zuvor bei fast allen Blättern aus Anzeigen bestanden hatte. Außerdem wurden einfacher zu lesende Schriftarten, Zwischenüberschriften, Illustrationen, Fotos und ein übersichtlicheres Layout eingesetzt, auch um neue Leser anzusprechen.[43]

Stead begründete außerdem einen neuen Reportagestil, den sozialkritischen Kampagnenjournalismus.[44] Damit prangerte er beispielsweise die Zustände in den Londoner Slums oder die Kinderprostitution an, wobei nicht nur die Auswahl der Themen die viktorianische Gesellschaft schockierte, sondern auch die sensationsheischende Art der Darstellung mittels Techniken des *New Journalism* wie Interview, Augenzeugenbericht und aussagekräftige Schlagzeile.[45] Stead war davon überzeugt, dass es die Aufgabe der Presse war, mit solchen Mitteln Missstände aufzudecken und die Politik durch öffentlichen Druck zum Handeln zu zwingen. Nach seinem Konzept des „Government by Journalism"[46] sollte die Presse nicht nur kontrollierende vierte Gewalt sein, sondern den Willen des Volkes interpretieren, kommunizieren und durch Agitation den Kurs der Regierung bzw. die Gesetzgebung des Parlaments im Sinne der Masse beeinflussen. Der Journalist war für Stead „the uncrowned king of an educated democracy" und die Presse „the voice of democracy".[47]

Die Auswirkungen der Kommerzialisierung wurden von den Journalisten folglich nicht als Schwächung der eigenen Stellung innerhalb des politischen

---

42 NEGRINE, Mass Media, S. 46; ESSER, Schlagzeilen, S. 63f.

43 NEGRINE, Mass Media, S. 46. Siehe dazu auch KOSS, Rise and Fall, Bd. 1, S. 431f. Viele Elemente waren nicht neu. Den Trend zu einem leichteren Reportagestil und einer Verwässerung der politischen Berichterstattung zu Gunsten von Sensationsgeschichten hatten bereits die „penny papers" begründet, die nach der Abschaffung der „stamp duty" im Juni 1855 zum Preis von einem Penny auf den Markt kamen und deren Vorreiter, der *Daily Telegraph*, sich verstärkt Themen aus dem Bereich „sex and crime" widmete. Andere wie der *Morning Star*, die *Daily News* und der *Standard* übernahmen diesen Stil. Sportberichterstattung, Gesellschaftskolumnen und spezielle Frauenseiten existierten in anderen Zeitungen ebenfalls schon vor 1880. BAYLEN, British Press, S. 38. Ebenso WILLIAMS, Mass Communication, S. 53.

44 WILLIAMS, ebd.

45 Ebd.

46 Unter diesem Titel veröffentlichte er 1886 in der *Contemporary Review* einen Artikel, in dem er seine Vorstellungen ausführte. Vgl. BAYLEN, British Press, S. 38, sowie REQUATE, Journalismus, S. 48f.

47 Zit. nach REQUATE, ebd, S. 49.

Systems, sondern als eine Stärkung wahrgenommen. Zwar mussten inhaltliche Abstriche bei der politischen Berichterstattung zu Gunsten von Unterhaltung und Sensationen hingenommen werden, dafür erreichte man ein aber wesentlich größeres Publikum. Die wachsende Zahl von Anzeigen bedeutete darüber hinaus einen wirksamen Schutz vor wirtschaftlicher Einflussnahme von außen und damit einen höheren Grad der Unabhängigkeit.[48] Steads Vorstellung von einer direkten Beeinflussung der Regierungspolitik durch die Presse blieb allerdings Utopie. Die Innovationen des *New Journalism* in Bezug auf Inhalt und Aufmachung waren hingegen wegweisend und mitverantwortlich für steigende Auflagen.[49]

Noch waren die meisten Publikationen jedoch weit davon entfernt, eine wirkliche Massenleserschaft zu erreichen. Dies gelang erst den um die Jahrhundertwende gegründeten so genannten „popular papers" wie der *Daily Mail*, deren erste Ausgabe 1896 erschien, dem *Daily Express*, der 1900 erstmals in Druck ging, und dem *Daily Mirror*, der 1903 zum ersten Mal in den Verkauf kam.[50] Diese Blätter setzten konsequent auf die Bedienung des vermeintlichen Massengeschmacks, d.h. ihr Inhalt bestand zu einem noch höheren Anteil aus unterhaltsamen Themen wie Kriminalfällen, Gerichtsreportagen, gesellschaftlichem Klatsch, Sport sowie Kuriosem und Außergewöhnlichem.[51] Dass diese Mischung das richtige Rezept für Verkaufserfolge war, bewies die rasant steigende Auflage der *Daily Mail*. Nur vier Jahre nach ihrer Gründung lag sie bereits bei über 900000 Exemplaren.[52] Der „Vater" der *Mail*, Alfred Harmsworth, der spätere Lord Northcliffe, hatte in seine Konzeption die anders gelagerten Vorlieben und Lesegewohnheiten seiner potenziellen Klientel aus der neu entstandenen gebildeten unteren Mittelschicht aufgenommen. Denn die war nicht so sehr an Nachrichten aus der Politik, sondern hauptsächlich an Zerstreuung interessiert, so der langjährige *Special Correspondent* der *Mail* und Chefreakteur des *Mirror*, Hamilton Fyfe: „Newspapers are read, not […] for political instruction, but as a means to passing the time. They have become part of the lives of the masses. They provide entertainment, distraction, a means of escape from thought."[53]

Für die Qualitätspresse bedeuteten die Massenblätter eine gefährliche Konkurrenz, denn sie verlor Leser und sah sich dem Druck ausgesetzt, den Verkaufspreis zu senken, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Infolge wachsender finanzieller Probleme gerieten viele Tageszeitungen zwischen 1910 und 1920 nach und nach unter den Einfluss reicher Mäzene, die mit ihrer Unterstützung politische Absichten verfolgten, oder wurden von direkten Zahlungen der Par-

48 Vgl. Esser, Schlagzeilen, S. 59.
49 Baylen, British Press, S. 38. Ebenso Esser, Schlagzeilen, S. 64.
50 Williams, Mass Communication, S. 55.
51 Ebd., S. 56.
52 Ebd.
53 Fyfe, Sixty Years, S. 167.

teien abhängig. Ein herausragendes Beispiel ist die *Pall Mall Gazette*, die unter der Leitung W.T. Steads ein Exponent des unabhängigen, kritischen *New Journalism* war. Im Jahr 1915 wurde sie von Davidson Dalziel übernommen und von ihm zu einem zuverlässigen Sprachrohr der konservativen Partei umgeformt.[54] Viele Journalisten sahen darin zu diesem Zeitpunkt nichts Verwerfliches oder Anstößiges mehr, da sie entweder selbst in der Politik gewesen waren oder sich als „political animals" verstanden, die sich mithilfe der publizistischen Macht ihrer Zeitungen Zugang zur politischen Elite verschaffen wollten, um deren Entscheidungen auf diesem Wege zu beeinflussen.[55] Der Mitbegründer der *Daily Mail*, Kennedy Jones, sprach deshalb sogar von einer Umkehrung des Rollenverständnisses der Presse. „Instead of giving expression to the mandate of the people it voices the cajolery of the various leaders."[56]

Die engen personellen Verbindungen gepaart mit der finanziellen Abhängigkeit hatten zur Folge, dass die Qualitätspresse weit davon entfernt war, ihre für sich reklamierte Kontrollfunktion auszuüben.

> the press was an extention of the political system, not a check or balance to Parliament and Executive, but inextricably mixed up with these institutions. Government was not ‚government by journalism' as Reeve and Stead understood it, but government by politicians, with journalists acting as go-betweens, advisers, and, occasionally, opponents of the practising politicians.[57]

Die historische Forschung spricht deshalb auch wahlweise von einer „Dreiecksbeziehung"[58], einem „byzantinischen Netzwerk"[59] oder einem „Triumvirat"[60] aus Verbindungen zwischen Politikern, Verlegern und Redakteuren, was den Parteien erlaubte, über die Zeitungen ihre Ideen und ihr Programm einem größeren Publikum zu vermitteln, während auf die Journalisten durch ihre Nähe zur Politik etwas vom „Glanz der Macht" fiel.[61]

Das hielt die meisten Zeitungen jedoch nicht davon ab, auch weiter am Kern des Konzepts des *Fourth Estate* festzuhalten und damit Werbung in eigener

---

54 Andere Beispiele waren der *Standard*, der aus dem Parteivermögen der Konservativen subventioniert wurde, sowie der *Globe*, der unter Vermittlung der konservativen Parteizentrale von Burnhams Newspaper Ltd. gekauft wurde. Bei den liberalen Zeitungen sah das Bild ähnlich aus. Die *Daily News* wurde noch während des Burenkriegs von einem Syndikat aufgekauft, das Lloyd George organisiert hatte, und wurde dann von George Cadbury übernommen. Der *Daily Chronicle* wurde 1918 an die Gruppe von Sir Henry Dalziel verkauft, hinter der sich ebenfalls Lloyd George verbarg, und die *Westminster Gazette* unter der Leitung von J.A. Spender war ein Organ des Parteiflügels um Asquith und Grey und zudem auf Spenden der Liberalen angewiesen, um überleben zu können. Boyce, Fourth Estate, S. 28.

55 Ebd., S. 29.

56 Jones, Fleet Street, S. 345f.

57 Boyce, Fourth Estate, S. 29.

58 Koss, Rise and Fall, Bd. 1, S. 15.

59 Requate, Journalismus, S. 50.

60 Negrine, Mass Media, S. 39.

61 Ebd., S. 40.

Sache zu machen. Im Jahr 1919 erschien kaum ein Blatt, das nicht von sich behauptete unabhängig zu sein.[62] Wie sehr der britische Journalismus diesen Glaubenssatz verinnerlicht hatte, zeigt sich nirgendwo deutlicher als in der Anweisung des neu berufenen Chefredakteurs der *Times*, Henry Wickham Steed, zur politischen Ausrichtung der Traditionszeitung.

> It is important that we should maintain our independence of any and every government and of any and every individual Minister. This independence may be friendly, neutral or hostile, according as a government or Minister may seem to promote, or to be lukewarm or negligent towards, what we regard as national interests.[63]

Steed hatte wie andere führende Köpfe seiner Zunft auch erkannt, dass die Presse schon deshalb gezwungen war, ihr Image von Freiheit und Überparteilichkeit aufrecht zu erhalten, weil ihr ein erheblicher Verlust an Prestige und Glaubwürdigkeit drohte, wenn ihre Vertreter als zu eng mit Politikern verbunden wahrgenommen wurden.[64]

Paradoxerweise sorgten zwei bereits angesprochene Entwicklungen dafür, dass sich parallel zu den Verflechtungen auf der persönlichen Ebene der Abstand zwischen Presse und Politik in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auf anderen Ebenen vergrößerte. Der Aufstieg der *popular journals* hatte zur Folge, dass die Bedeutung politischer Themen zurückging, da diese sich für den kommerziellen Erfolg einer Zeitung als nicht förderlich erwiesen hatten.[65] Gleichzeitig entstand ein Segment, das allein durch die verkaufte Auflage und die Anzeigen überleben konnte und somit nicht auf die finanzielle Unterstützung von Parteien oder Politikern angewiesen war. Die Massenblätter lösten darüber hinaus einen Verdrängungswettbewerb aus, der in eine Konzentrationswelle mündete, die den Verlegern der profitablen Massenpresse einen eindeutigen Vorteil verschaffte. Auf Grund ihrer Kapitalstärke gelang es ihnen, sich eine große Anzahl von Titeln unterschiedlicher Kategorien – Morgen-, Abend-, Sonntags- oder Tageszeitungen mit lokaler, regionaler oder nationaler Verbreitung – einzuverleiben. Es entstanden regelrechte Verlagsimperien, über die „Pressebarone" wie Lord Northcliffe, Lord Rothermere oder Lord Beaverbrook herrschten und die den Zeitungsmarkt unter sich aufteilten.[66]

---

62 Jones, Fleet Street, S. 344f.

63 Steed Papers, „Memorandum on Times' Policy Regarding Political Developments", undatiert [1919 oder 1920, der Verf.], TNL Archive, HWS/3.

64 Boyce, Fourth Estate, S. 34.

65 Stephen Koss sieht darin die sich selbst erfüllende Prophezeiung des *New Journalism*, wonach die Masse der potenziellen Leser wenig an Politik und der bis dahin vorherrschenden Parlamentsberichterstattung in den etablierten Zeitungen interessiert war. Koss, Rise and Fall, Bd. 1, S. 5.

66 Northcliffe, bürgerlich Alfred Harmsworth, und Rothermere, vor der Erhebung in den Adelsstand Harold Harmsworth, waren zudem noch Brüder. Mehr zu ihren privaten und geschäftlichen Verbindungen im folgenden Kapitel.

2.3 Pressekonzentration und Pressebarone im frühen 20. Jahrhundert

Die Veränderungen der Eigentümerstrukturen in der britischen Presse zwischen der Jahrhundertwende und den 1930er Jahren waren ebenso revolutionär wie die technischen Innovationen in der Nachrichtenübermittlung und im Vertrieb oder die Veränderungen in Inhalt und Aufmachung der Zeitungen. Während in der viktorianischen Ära die meisten Publikationen in den Händen von kleinen Familienbetrieben gelegen hatten, gelang es nun einigen wenigen Verlegern, viele verschiedene Titel unter dem Dach ihrer Konzerne zu bündeln.[67] Insbesondere die Zwischenkriegszeit war gekennzeichnet durch zwei allgemeine Trends, die Ausdruck für diesen Konzentrationsprozess waren. Infolge von Übernahmen, Verschmelzungen und Einstellungen sank die Gesamtzahl der Zeitungstitel. Davon waren kleinere regionale Morgen- und Abendzeitungen besonders betroffen. Gleichzeitig nahm die Gesamtauflage aller in Großbritannien erscheinenden Tageszeitungen zu, wovon fast ausschließlich die in London herausgegebenen „National dailies" profitierten.[68]

Diese Zahlen veranschaulichen den Verdrängungswettbewerb zu Lasten der Lokal- und Regionalzeitungen und zu Gunsten der großen nationalen Tages-

Tabelle 1: Anzahl der in der Provinz erscheinenden Tageszeitungen

	Morgen	Abend
1921	41	89
1925	36	85
1930	31	82
1935	29	79
1939	25	77

Quelle: Royal Commission, Report presented to Parliament, S. 188.

Tabelle 2: Auflagenentwicklung aller Tageszeitungen (in Tausend)

	London		Provinz	
	Morgen	Abend	Morgen & Abend	Gesamt
1920	5430	1940	7300	14670
1925	7440	1980	7080	16500
1930	8650	2030	7270	17950
1935	9390	1830	6960	18180
1939	10570	1900	6990	19460

Quelle: Seymour-Ure, Press and Party, S. 236.

67 Williams, Mass Communication, S. 61.
68 Eldrigde, Mass Media, S. 28.

zeitungen. Es fand also neben der Konzentration auch eine Zentralisation statt, die sich in einer Dominanz der Londoner Blätter über den gesamten britischen Zeitungsmarkt ausdrückte und in diesem Ausmaß im Vergleich zu den Presselandschaften in anderen europäischen Ländern und in den USA einmalig war.[69]

Die Kombination all dieser Entwicklungen bedeutete, dass eine Hand voll Verleger über eine nie da gewesene publizistische Macht verfügte, „die keine geographischen und sozialen Grenzen, keine festen parteipolitischen und kulturellen Bindungen mehr kannte."[70] Die Pressezaren repräsentierten auch insofern einen neuen Verlegertypus, als sie überwiegend „self-made men"[71] waren und nicht wie die meisten Politiker dem Establishment angehörten. Ihre Verlagshäuser glichen dabei in Organisation und Führungsstruktur Industrieunternehmen und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erlaubte es ihnen, ihre Zeitungen zur Verfolgung ihrer eigenen Agenda zu benutzen und mit ihrer geballten publizistischen Macht den Versuch zu unternehmen, der Politik ihren Stempel aufzudrücken.[72]

Bei vielen zeitgenössischen Beobachtern lösten die Möglichkeiten, die sich den Pressebaronen allein durch die Zahl ihrer Zeitungen und die hohen Auflagen boten, die veröffentlichte Meinung zu steuern, große Besorgnis aus.[73] Nicht wenige sahen darin eine Gefahr für die Demokratie, denn die Verlagsimperien bildeten im Grunde ein lockeres Kartell. Je nach Betrachtungsweise teilten sich sechs bis acht Unternehmen den Großteil der Auflage sowohl der nationalen als auch der Provinzpresse.[74] Aber auch die Art und Weise, wie die Pressezaren mit ihrer Macht umgingen, war Anlass für kontroverse Diskussionen. Kein anderer war dabei umstrittener als der Erfinder der *popular journals* und Auslöser der Revolution auf dem Zeitungsmarkt, Alfred Harmsworth.

Nach der erfolgreichen Etablierung der *Daily Mail* hatte Harmsworth, der 1904 in den Adelsstand erhoben worden war und seit 1905 den Titel Lord Northcliffe führte, sein Medienimperium sukzessive ausgebaut.[75] Die finan-

---

69 WILLIAMS, Mass Communication, S. 61. Ebenso SEYMOUR-URE, Press and Party, S. 233.

70 SCHULZ, Aufstieg, S. 75.

71 WILLIAMS, Mass Communication, S. 65.

72 Ebd.

73 ELDRIGDE, Mass Media, S. 28.

74 TUNSTALL und PALMER, Media Moguls, S. 115.

75 Zum Verlag von Alfred Harmsworth gehörten neben der *Mail* und der *Times* der *Weekly Dispatch* sowie die Londoner *Evening News*. Sein Bruder Harold kontrollierte zur gleichen Zeit mit dem *Daily Mirror* ein weiteres Massenblatt, außerdem die *Sunday Mail*, den *Sunday Pictorial* sowie den *Daily Record* und in Glasgow die *Evening News*. Zudem gehörte beiden gemeinsam die Amalgamated Press, die größte Magazingruppe in Großbritannien. Ein weiterer Bruder, Lester Harmsworth, besaß darüber hinaus eine Reihe von Lokalzeitungen im Südwesten Englands. Die Auflage der im Besitz der Harmsworth-Brüder befindlichen Blätter betrug im Jahr 1921 zusammen über 6 Millionen, was nahezu einem Drittel der Gesamtauflage der britischen Presse entsprach. ELDRIDGE, Mass Media, S. 28.

zielle Grundlage dafür bildeten Bahn brechende Neuerungen im Anzeigenbereich. Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts waren die meisten Zeitungen auf das Anzeigengeschäft angewiesen, da die Verkaufserlöse die Herstellungskosten nicht mehr deckten.[76] Allerdings beschränkte sich Werbung auf Kleinanzeigen, die die meisten Zeitungen in langen Spalten auf der ersten Seite abdruckten. Bei der Einführung der *Daily Mail* brach Northcliffe mit diesem Brauch und verkaufte ganze Seiten an einzelne Werbekunden. Entscheidender war jedoch, dass er den Preis pro Anzeige, der sich vorher nur nach deren Größe gerichtet hatte, an die Auflagenhöhe band. Damit erhöhte sich der Umsatz schlagartig und steigerte sich, je mehr Exemplare verkauft wurden. Nur so konnte Northcliffe die *Mail* zum niedrigen Preis von einem halben Penny auf den Markt bringen, ein wesentlicher Faktor für die Etablierung einer Massenleserschaft.[77] Außerdem gab er als erster Zeitungsbesitzer Anteile von seinem Unternehmen, der Associated Newspapers, aus und beschaffte sich so zusätzliches Kapital, das ihm auch spektakuläre Übernahmen ermöglichte, wie 1908 den Erwerb der *Times*.[78]

Die Pressebarone sahen sich selbst in einer so starken Position, dass sie glaubten, mit der Politik auf gleicher Augenhöhe zu stehen. Sie waren davon überzeugt, dass sie in ebensolcher Weise ihre Leser repräsentierten, wie die Politiker ihre Wähler. Northcliffe betonte, dass er stellvertretend für die über eine Million Menschen spreche, die täglich die *Daily Mail* kauften, die „1 104 000 Who Know Daily" wie er sie nannte, oder die „mobocracy", wie ein Zeitgenosse etwas abfällig meinte.[79] Bestärkt wurde er darin zum einen durch seine Gabe, intuitiv zu erfassen, welche Themen die Menschen bewegten. Laut Hamilton Fyfe hatte er „a penetrating insight into the mass mind".[80] In einer Zeit, als es noch keine Meinungsumfragen gab, gelang es Northcliffe nach allgemeiner Ansicht besser als irgendeinem anderen Zeitungsmacher einzuschätzen „what the public wants", was einer der Hauptgründe für den Erfolg vor allem der *Daily Mail* war.[81] Zum anderen meinte er, dass sich infolge der schrittweisen Ausweitung des Wahlrechts die Gewichte zwangsläufig zu Un-

---

76 WILLIAMS, Mass Communication, S. 58.

77 Ebd, S. 59.

78 Northcliffe hinterlegte eine Kaution von 320 000 Pfund bei der Bank von England im Namen des Chefredakteurs Moberly Bell, um der Traditionszeitung aus akuten finanziellen Schwierigkeiten zu helfen. Effektiv hatte er damit bereits die Kontrolle übernommen, was offiziell zunächst aber nicht bekannt gegeben wurde. BOURNE, Harmsworth Dynasty, S. 34 f.

79 BOYCE, Crusaders, S. 101.

80 FYFE, Sixty Years, S. 72.

81 Laut dem „General Manager" der *Continental Daily Mail* und späteren überzeugten Sozialisten Norman Angell besaß Northcliffe „the common mind to an uncommon degree." Northcliffe selbst erklärte einmal: „Most of the ordinary man's prejudices are my prejudices and are therefore the prejudices of my newspapers." Beides zit. nach WINTOUR, Rise and Fall, S. 11. Vgl. auch TAYLOR, British Press, S. 33.

gunsten der Politik verschoben, denn für die Verbreitung politischer Botschaften in einer entstehenden Massenwählerschaft wurde eine moderne Massenpresse zunehmend unverzichtbar. Und so stellte Northcliffe schon 1903 fest, dass „every extension of the franchise renders more powerful the newspaper and less powerful the politician".[82] Hinzu kam, dass er glaubte, seine Leser durch das, was in seinen Zeitungen stand, tatsächlich beeinflussen zu können. Gegenüber dem Chefredakteur des *Daily Express*, R.D. Blumenfeld, erklärte er: „There is no doubt of our power over the public. We can cause the whole country to think with us overnight whenever we say the word."[83] Der Pressemagnat war deshalb davon überzeugt, dass er mit seiner geballten Zeitungsmacht sowohl den Politikern und Parteien seine Ideen aufzwingen als auch die politische Agenda bestimmen konnte.[84]

Northcliffe stand damit nicht allein. Auch Beaverbrook war in das Zeitungsgeschäft eingestiegen und hatte 1916 den *Daily Express* aufgekauft, „to set up a propaganda paper", wie er selbst zugab.[85] Dessen ungeachtet beschrieb er das ideale Verhältnis der Presse zur Politik als eines der „völligen Unabhängigkeit".[86] Das beinhaltete an vorderster Stelle das Recht der Presse auf Kritik, wenn die politische Führung eine Richtung einschlug, der die „Nation nicht zustimmte".[87] Pikanterweise saß Beaverbrook seit 1910 als liberaler Abgeordneter im Unterhaus, war also Pressevertreter und Politiker in einer Person. Nach seinem Wechsel ins Oberhaus, der mit seiner Erhebung zum Baron 1916 verbunden war, pflegte er weiter enge Beziehungen sowohl zu Liberalen als auch zur konservativen Partei und hielt sich bei der Ausübung seiner verlegerischen Tätigkeit nur selten an seinen eigenen Ratschlag, Überparteilichkeit walten zu lassen.[88]

---

82 Zit. nach BOYCE, Crusaders, S. 100.

83 BLUMENFELD, Press, S. 49.

84 ELDRIDGE, Mass Media, S. 28. Northcliffe war stolz auf die politische Unabhängigkeit seiner Zeitungen und auf seine fehlenden persönlichen Kontakte zu Politikern. Beaverbrook berichtet, dass er ihm oft erzählte, er sei „better off as a journalist because he did not have to consort with Ministers or ex-Ministers". Lord Beaverbrook, Politicians and the War 1914–16, London 1960, S. 91. An den Chefredakteur der *Mail* Thomas Marlowe schrieb er: „The *Daily Mail* was not made by licking Ministers' boots." Zit. nach WINTOUR, Rise and Fall, S. 16.

85 Zit. nach GOLDING und MURDOCH, Structure, S. 142. Die *Express*-Gruppe des in Kanada geborenen Industriellen Lord Beaverbrook, mit bürgerlichem Namen William Maxwell Aitken, war der größte Konkurrent des Zeitungsimperiums der Harmsworth-Brüder. Sie umfasste jedoch weniger Titel und bestand im Wesentlichen aus dem *Daily Express* und dem *Sunday Express*, zu denen später der *Evening Standard* hinzukam. Beaverbrook gelang es, die Zirkulation seiner Zeitungen in den 1920er und 30er Jahren auf über vier Millionen hoch zu schrauben. WILLIAMS, Mass Communication, S. 62.

86 BEAVERBROOK, Politicians, S. 10.

87 Ebd.

88 KOSS, Rise and Fall, Bd. 2, S. 386.

Ganz ähnlich verhielt es sich mit Lord Rothermere. Dieser hatte sich zu Lebzeiten seines älteren Bruders Lord Northcliffe hauptsächlich um die finanzielle Seite des gemeinsamen Presseimperiums gekümmert.[89] Nach dessen Tod im Jahr 1922 zeigte sich Rothermere aber genauso interessiert, über seine Zeitungen in der Politik zu intervenieren.[90] Wie viele andere in dieser Zeit war auch er von der Vorstellung beherrscht, dass die Massenpresse einen solchen Einfluss auf die politische Einstellung ihrer Leser hatte, dass sie Wahlen entscheiden konnte.[91] Rothermere ging sogar so weit zu behaupten, allein von der Unterstützung seines Konglomerats hänge es ab, wer Premierminister werde. Nachdem der Führer der Konservativen, Andrew Bonar Law, im Herbst 1922 Lloyd George als Regierungschef abgelöst hatte, schrieb Rothermere an Beaverbrook: „If Bonar Law places himself in my hands I will hand him down to posterity in three years as one of the most successful prime ministers in history, and if there is a general election I will get him returned again."[92] Beaverbrook seinerseits war sich sicher, dass kein Politiker und keine Partei einer Kampagne der Presse widerstehen konnte, wenn diese geschickt und im psychologisch richtigen Moment geführt wurde.[93]

Obwohl Politiker sich bitter über die Macht der Zeitungen beklagten, die nach den Worten Winston Churchills „one of the most menacing features of public life" darstellte, zumal die Presse seiner Meinung nach von Leuten kontrolliert wurde, die sie nur zur Befriedigung ihrer „Launen" benutzten,[94] bleibt die Frage, über wie viel Einfluss die Pressebarone tatsächlich verfügten. Bei genauerer Betrachtung endeten die meisten direkten Interventionen mit einem

---

89 BOURNE, Harmsworth Dynasty, S. 79.

90 GOLDING und MURDOCH, Structure, S. 141. Rothermere übernahm die Mehrheit an Associated Newspapers, dem Konzern seines Bruders, und leitete nach dessen Ableben eine weitreichende Neuordnung der Eigentumsverhältnisse auf dem britischen Zeitungsmarkt ein. So verkaufte er die *Times* an John Jacob Astor, dessen Bruder Waldorf bereits 1915 die Wochenzeitung *The Observer* von Northcliffe erworben hatte. Rothermere blieben mit der *Daily Mail* und dem *Daily Mirror* die zwei führenden nationalen Massenblätter plus die Zeitungen, die ohnehin in seinem und dem Besitz seines Bruders gewesen waren. Außerdem kam es zwischen ihm und Beaverbrook zu einer Überkreuzbeteiligung. Rothermere erwarb jeweils 49 Prozent der Anteile am *Daily* und am *Sunday Express*. Beaverbrook übernahm 1923 die Zeitungskette von Sir Edward Hulton, verkaufte sie an Rothermere weiter, behielt aber mit 51 Prozent die Mehrheit am *Evening Standard*. Zu diesen beiden traten die Brüder Berry hinzu, die als Lord Camrose und Lord Kemsley von ihrer regionalen Basis in Wales aus expandierten und sich u.a. die *Sunday Times*, die *Financial Times* und den *Daily Telegraph* einverleibten, so dass alles in allem vier große Verleger die nationale Presse in der Zwischenkriegszeit dominierten. Vgl. GOLDING und MURDOCH, Structure, S. 136. Ebenso CURRAN und SEATON, Power, S. 51.

91 ADDISON, Lord Rothermere, S. 192.

92 Zit. nach TAYLOR, Beaverbrook, S. 207.

93 WILLIAMS, Mass Communication, S. 65.

94 So Churchill in einer Diskussion mit Premierminister Lloyd George und Transportminister Sir Eric Geddes, die ihm zustimmten. MCEWEN (Hrsg.), Riddell Diaries, Eintrag vom 22. August 1919.

Fehlschlag. So scheiterte Northcliffes Versuch, bei einer Nachwahl in Portsmouth 1894 ins Unterhaus gewählt zu werden, obgleich er alle Lokalzeitungen aufgekauft hatte und diese seine Kandidatur massiv unterstützen.[95] Die Veröffentlichung des „Zinoviev-Letter" durch die *Daily Mail* während des Wahlkampfes 1924 erfolgte mit der Absicht, die britische Arbeiterbewegung durch eine konstruierte Verbindung zur Kommunistischen Internationalen zu diskreditieren, um auf diese Weise die amtierende Labour-Regierung zu Fall zu bringen. Letzteres gelang zwar, aber die Stimmzahl für die Arbeiterpartei stieg dennoch um eine Million.[96]

Rothermere und Beaverbrook versuchten Anfang der 30er Jahre gemeinsam, die konservative Partei dazu zu bringen, eine Freihandelszone innerhalb des Britischen Empire einzurichten. Als dies nicht gelang, gründeten sie sogar eine eigene Partei, deren Kandidaten von der geballten Macht der *Mail*- und der *Express*-Gruppe publizistischen Beistand erhielten. Als der konservative Premier Stanley Baldwin die Rolle der Presse zum Wahlkampfthema machte und mit Rücktritt drohte, sollten Kandidaten der Pressezaren gegen die der Tories gewinnen, brach deren Kampagne zusammen.[97] Die Ambitionen der Besitzer der beiden Massenblätter kommentierte Baldwin mit dem berühmt gewordenen Satz: „What proprietorship of these papers is aiming at is power, and power without responsibility – the prerogative of the harlot throughout the ages."[98]

Der in vielen Fällen erfolglose Versuch der Pressebarone, ihre Leser dazu zu bringen, eine bestimmte Partei zu wählen, ein bestimmtes Produkt zu kaufen[99] oder sich für eine bestimmte Sache zu engagieren, als Maßstab für ihre Macht bzw. Ohnmacht zu nehmen, heißt jedoch, ihren Einfluss misszuverstehen. Sie scheiterten zwar damit, das konkrete Handeln in einzelnen Situationen direkt zu beeinflussen, aber sie erzeugten ein allgemeines Meinungsklima, ein Umfeld, in dem bestimmte Ansichten oder Werte vorherrschten. „Their main significance lay in the way in which their papers provided cumulative support for conservative values and reinforced opposition, particularly among the middle class, to progressive change."[100] Zu diesem Zweck schufen sie Feindbilder, mit deren Hilfe die Dominanz bestehender politischer Normen erhalten blieb. Das prominenteste Beispiel dafür war die Arbeiterbewegung in Gestalt der Labour

---

95 WILLIAMS, Mass Communication, S. 66.

96 MARGACH, Abuse of Power, S. 43f. Zinoviev war der Präsident der dritten Kommunistischen Internationalen und rief in dem Brief an die British Communist Party die britische Armee und die Iren zur Revolution auf. Das Schreiben stellte sich später jedoch als Fälschung heraus.

97 CURRAN und SEATON, Power, S. 60.

98 Ebd., S. 49.

99 Northcliffe versuchte beispielsweise seine Leser davon zu überzeugen, Erbsen zu züchten und alle Männer dazu zu bringen, einen neuen Hut zu tragen, der aussah wie eine Mischung aus Melone und Homburg. WILLIAMS, Mass Communication, S. 63.

100 CURRAN und SEATON, Power, S. 60.

Party, die als von Moskau gesteuerte, britische Marxisten gebrandmarkt wurde.[101] Anders ausgedrückt lag die Bedeutung der Massenpresse in dieser Zeit darin, in der Öffentlichkeit Unterstützung für den Status quo zu mobilisieren, indem bestimmte Themen diskutiert wurden, während andere marginalisiert oder ignoriert wurden.[102] Diese Erkenntnis war die Grundlage für die Kritik des Sozialisten Norman Angell, der 1922 konstatierte:

> what England thinks is largely controlled by a very few men, not by virtue of the direct expression of any opinion of their own but by controlling the distribution of emphasis in the telling of facts: so stressing one group of them and keeping another group in the background as to make a given conclusion inevitable.[103]

Die Ära der Pressebarone stellte trotz einiger bis dato unbekannter Charakteristika keine Anomalie in der Entwicklung der britischen Presse dar. Vielmehr kumulierten einzelne Tendenzen und wurden dadurch verstärkt sichtbar, die zuvor lediglich unterschwellig vorhanden waren. So bedeutete die Nutzung ihrer Zeitungen für politische Propaganda keinen Bruch mit der Tradition. Im Gegenteil, es waren eigentlich die Pressezaren, die den Anteil politischer Agitation zu Gunsten der Unterhaltung zurückführten.[104] Auch untergruben sie die Rolle der Presse als *Fourth Estate* durch ihre Einmischungsversuche in die Politik nicht, sondern durch die konsequente Kommerzialisierung lösten sie sie eigentlich erst aus der Umklammerung der Parteien.[105] Eine Markt beherrschende Stellung einzelner Publikationen hatte es auch im 19. Jahrhundert schon gegeben, wie das Beispiel der *Times* beweist.

Neu war allerdings, in welchem Ausmaß Verleger wie Northcliffe und Beaverbrook ihre Imperien bis in Detailfragen des unternehmerischen sowie des redaktionellen Tagesgeschäfts kontrollierten. Von Beaverbrook wird berichtet, dass er an nur einem Tag 147 Instruktionen an den Chefredakteur des *Daily Express* richtete.[106] Northcliffe soll regelmäßig nach der Lektüre der Konkurrenzblätter schon morgens um 6 Uhr seine Mitarbeiter angerufen und mit der Frage „Wake up! Have you seen the papers yet?" auf Trab gebracht haben.[107] Der Journalist Sisley Huddleston berichtet, wie Northcliffe, der von seinen Angestellten nur „the Chief" genannt wurde, Zeitungen durcharbeitete,

---

101 Die erste Labour-Regierung unter Ramsey MacDonald wurde in den Zeitungen der Pressebarone als marxistisches Regime gebrandmarkt. Im Wahlkampf 1924 wurde die Beschwörung einer „roten Gefahr" weiter zugespitzt. Die Wähler stünden vor der Alternative zwischen Moderaten und Marxisten bzw. dem Erhalt britischer Zivilisation oder Fremdherrschaft, erklärte z.B. der *Daily Mirror* unter der Überschrift „Vote British, not Bolshie". Ebd.

102 WILLIAMS, Mass Communication, S. 66.

103 ANGELL, Press and Society, S. 27. Für Angell war die billige Massenpresse deshalb auch die „schlimmste aller Bedrohungen" für moderne Demokratien. Ebd., S. 16.

104 CURRAN und SEATON, Power, S. 49.

105 SEYMOUR-URE, Press and Party, S. 255.

106 WILLIAMS, Mass Communication, S. 63.

107 Zit. nach CURRAN und SEATON, Power, S. 53.

gleichzeitig telefonierte, Sekretärinnen Briefe diktierte und ständig die Arbeit seiner Redakteure verglich und kritisierte.[108] Seine Unzufriedenheit mit einem Artikel konnte für den Autor nicht selten die Entlassung zur Folge haben.[109] Auch Beaverbrook hatte eine gefürchtete Reputation, was den Umgang mit seinen Mitarbeitern anging[110], und Rothermere erklärte ganz offen: „I run my papers. If an editor will not obey my instructions, he is on the doorstep the next day. I do not allow my editors to criticise my policy. They have to do what they are told. That is the modern way of running newspapers."[111] Mit solcher Rücksichtslosigkeit sicherten die Pressemagnaten ihre persönliche Dominanz, was zur Folge hatte, dass die traditionelle Trennung zwischen der wirtschaftlichen und der redaktionellen Seite des Zeitungsgeschäfts mehr und mehr verwischte. „The power of the press barons brought commercial interests and values firmly into the day to day editorial decision-making process."[112]

2.4 Presse und Parteien: Die politische Ausrichtung der ausgewählten Tageszeitungen

Die strukturellen Veränderungen in der britischen Presse bedeuteten eine dauerhafte Spaltung der Zeitungslandschaft in zwei Kategorien: auf der einen Seite die schnell wachsenden auflagenstarken Blätter, die sich konsequent am Publikumsgeschmack orientierten, auf der anderen die schrumpfende, auflagenschwache Qualitätspresse, die von Beginn an eng mit der Politik verwoben war.[113] Während Letztere trotz propagierter Unabhängigkeit bewusst und durchgängig die politische Linie einer bestimmten Partei unterstützte, bezogen Erstere meist nur in bestimmten Situationen und auf Geheiß ihrer Eigentümer klar Stellung. Wie schon angedeutet, vertraten aber auch die Massenblätter eine gewisse Grundhaltung bzw. vermittelten Werte, die sich eindeutig in das konservative Meinungsspektrum einordnen lassen.

Der Prototyp des *popular journal*, die *Daily Mail*, bildete hier keine Ausnahme. Konzipiert war sie als eine Zeitung für die im Entstehen begriffene untere Mittelschicht, „working men and women" wie Büroangestellte, Ladeninhaber

---

108 Huddleston, My Time, S. 206.

109 Von Zeitzeugen wurden verschiedenste Vorfälle überliefert. Den Chefredakteur des *Weekly Dispatch* feuerte Northcliffe am Telefon mit der simplen Feststellung „You were the Editor." Als ein glückloser Redakteur eine Pause in der Konversation während eines Lunches mit der Geschichte füllte, er habe schon dreimal Schiffbruch erlitten, unterbrach ihn Northcliffe abrupt mit den Worten „vier Mal!". Curran und Seaton, Power, S. 53.

110 „Fleet Street was strewn with the corpses of *Express* editors", erinnerte sich einer seiner Angestellten. Zit. nach ebd.

111 So Rothermere bei einem Lunch im Ritz gegenüber seinen Verlegerkollegen Lord Riddell und Henry Dalziel. McEwen (Hrsg.), Riddell Diaries, Eintrag vom 8. November 1918.

112 Williams, Mass Communication, S. 64.

113 Esser, Schlagzeilen, S. 65. Ebenso Negrine, Mass Media, S. 39.

und Handwerker, die täglich mit dem Zug zur Arbeit pendelten und bisher kaum Zeitungen gekauft hatten.[114] Einer der Slogans, mit dem sie warb, lautete folgerichtig „The Busy Man's daily journal".[115] Von den übrigen Zeitungen unterschied sie sich nicht so sehr in der Aufmachung – das Layout war eher traditionell –, sondern vielmehr im Themenmix.[116] Von den acht Seiten, aus der eine Ausgabe normalerweise bestand, waren zwei für Nachrichten reserviert, eine für Meldungen von der Börse, den Polizeibericht und Gerichtsreportagen, eine für Sport sowie eine speziell für Frauen.[117] Die sehr kurzen, komprimierten Kommentare auf der Meinungsseite wurden durch Rubriken ergänzt wie „Political Gossip", „In Society" und „The World's Press".[118] Alle Artikel waren außerdem deutlich kürzer und anschaulicher als in den Qualitätszeitungen geschrieben und deckten eine größeres Spektrum ab.[119] Obwohl das Gewicht stärker auf „human interest stories" lag, war die *Mail* kein Sensationsblatt im heutigen Sinn. „it did not have much sex or scandal, priding itself on being a respectable family paper. […] Its content was bright and entertaining not brash and sensational."[120]

Der Erfolg war durchschlagend. Von der ersten Ausgabe, die am 4. Mai 1896 erschien, wurden 397215 Exemplare verkauft, die zu diesem Zeitpunkt höchste jemals von einer Morgenzeitung erreichte Auflage.[121] Nur vier Jahre später hatte die *Daily Mail* fast die 1-Million-Marke übersprungen.[122] In den 1920er Jahren lag die Zirkulation konstant zwischen 1,5 und 1,8 Millionen,[123] und die *Mail* war eine der profitabelsten Tageszeitungen Englands.[124]

Solange ihr Erfinder Lord Northcliffe lebte, war sie sein uneingeschränktes Sprachrohr. Im Zentrum von Northcliffes Credo standen die vermeintlichen Interessen der britischen Nation und des Empire. Diese beinhalteten die Verhinderung von politischen oder gesellschaftlichen Umstürzen im Innern und nach Außen den Schutz vor Bedrohungen durch andere Mächte, also die Bewahrung des Status quo.[125] Die Nation wurde für Northcliffe und seine Redakteure durch die Mittelklasse, aus der die Masse der *Mail*-Leser stammte, repräsentiert. „For the Daily Mail the middle class and the nation were one. In its heydey in the early 1920s the Mail was addressing an imagined and idealized version of the middle class, drawing it into the political nation while aligning it

114 Bourne, Harmsworth Dynasty, S. 29.
115 Ebd.
116 Wadsworth, Newspaper Circulations, S. 24.
117 Mit Titel- und Rückseite waren es acht.
118 Herd, March of Journalism, S. 240.
119 Bourne, Harmsworth Dynasty, S. 29.
120 Williams, Mass Communication, S. 56.
121 Herd, March of Journalism, S. 240.
122 Williams, Mass Communication, S. 56.
123 Jeffery und McClelland, Daily Mail, S. 29.
124 Camrose, British Newspapers, S. 50.
125 Pound und Harmsworth, Northcliffe, S. 426. Ebenso Taylor, Great Outsiders, S. 110.

against the organized working class."[126] Parteipolitisch nicht festgelegt stand die *Daily Mail* unter der Leitung Northcliffes den Konservativen am nächsten, ohne sich dadurch die Freiheit nehmen zu lassen, wenn nötig eigene Positionen zu vertreten. An diesen Grundsätzen änderte sich auch nichts, nachdem Northcliffes Bruder Rothermere die Führung des Verlags übernommen hatte.

Während die *Daily Mail* dem Höhepunkt ihres publizistischen Erfolgs entgegen strebte, hatte die *Times* zu diesem Zeitpunkt offenkundig ihren Zenit überschritten. Als Northcliffe sie 1908 erwarb, befand sie sich in einem Prozess des langsamen Verfalls. Weder das Layout noch die Organisation der Redaktion entsprachen den Anforderungen des modernen Pressewesens. Die Auflage und der Ertrag gingen stetig zurück, so dass die *Times* unter einer erheblichen Kapitalschwäche litt.[127] Nichtsdestotrotz war ihre journalistische Reputation immer noch unerreicht, und sie galt nach wie vor als das Sprachrohr des politischen „Establishment",[128] was sich auch in ihrer Leserschaft widerspiegelte. Diese bestand aus Politikern und Diplomaten, den Spitzen der Wirtschaft, hohen Beamten, Wissenschaftlern, den Kirchenoberen, der Militärführung sowie Teilen der städtischen und ländlichen Aristokratie, kurz der Führungsschicht des Landes.[129]

Nachdem bekannt wurde, dass ausgerechnet Northcliffe, der Begründer der Boulevardpresse, diese seriöse Institution des britischen Journalismus aufgekauft hatte, war die Furcht bei seinen Kritikern in liberalen Kreisen groß, dass der Pressebaron die Traditionszeitung ruinieren könnte.[130] Stattdessen setzte er jedoch eine rasche Modernisierung in Gang. Zunächst wurde die Drucktechnik mit großem Aufwand auf den neuesten Stand gebracht.[131] Nach dem Tod des altgedienten Chefredakteurs Moberly Bell im Jahr 1911 und der Berufung des wesentlich jüngeren Geoffrey Dawson 1912 zu seinem Nachfolger begann außerdem eine Überarbeitung des Layouts und eine Neugewichtung der Inhalte. Damit wurde die *Times* optisch attraktiver, angenehmer zu lesen und dadurch interessanter für eine breitere Käuferschicht.[132] Vor allem aber reduzierte Northcliffe den Preis innerhalb nur eines Jahres von drei auf einen Pence. Die Auflage, die 1913 noch bei 40 000 Exemplaren gelegen hatte, stieg bis 1914 in kurzer Zeit auf bis zu 150 000.[133] Für Northcliffe die Bestätigung,

---

126 Jeffery und McClelland, Daily Mail, S. 41.
127 Bourne, Harmsworth Dynasty, S. 34; Thompson, Northcliffe, S. 145f.
128 Thompson, Northcliffe, S. 145.
129 Stutterheim, Press in England, S. 125.
130 Thompson, Northcliffe, S. 145. Siehe auch Herd, March of Journalism, S. 268.
131 Hudson, British Journalists, S. 43.
132 So wurde eine Hauptnachrichtenseite eingeführt, die der Meinungsseite gegenüberlag, außerdem eine kürzere Form des Kommentars, der „light leader". Die Überschriften wurden neu gestaltet. Erstmals gab es jetzt auch Buchrezensionen sowie Artikel über Mode und andere frauenrelevante Themen. Bourne, Harmsworth Dynasty, S. 36–38; Herd, March of Journalism, S. 269.
133 History of the Times, Bd. 4, S. 152–154.

dass der Preis ein wesentlicher Faktor für Erfolg oder Misserfolg einer Tageszeitung war.[134]

Der Redaktion ließ der Pressemagnat im Vergleich zu seinen anderen Zeitungen zunächst relativ große Freiheiten. Zum einen wollte er den Ruf der *Times* nicht beschädigen, zum anderen deckte sich ihre konservative Ausrichtung ohnehin größtenteils mit Northcliffes Ansichten.[135] Unter der Leitung Dawsons änderte sich die generelle Haltung der *Times* folglich nicht, die darin bestand, die Politik der amtierenden Regierung zu unterstützen und nur in Ausnahmefällen eine Gegenposition zu beziehen. Dies galt insbesondere in Fragen der Außenpolitik.[136] Als Northcliffe sich nach Ende des Ersten Weltkriegs mit Premierminister Lloyd George überwarf und verstärkt in die Redaktionsarbeit eingriff, führte dies zum Bruch mit Dawson, der im Februar 1919 seinen Posten aufgab.[137]

Sein Nachfolger Wickham Steed, der vorher lange Zeit Außenpolitik-Chef gewesen war, zeigte sich wesentlich zugänglicher für den Einfluss Northcliffes. Seiner Auffassung nach war es die Aufgabe des Chefredakteurs, die politische Linie seiner Zeitung in Absprache mit dem Eigentümer festzulegen und dafür zu sorgen, dass die Redaktion sie akzeptierte.[138] Hinzu kam, dass Steed den Groll Northcliffes auf den Premier teilte. Lloyd George hatte seiner Meinung nach in der Außenpolitik gegenüber Frankreich und den USA schwere Fehler begangen und das Prestige Großbritanniens auf der Pariser Friedenskonferenz verspielt.[139]

Als die *Times* 1922 in den Besitz J.J. Astors überging, kehrte Dawson an die Spitze der Redaktion zurück. Seine Bedingung war allerdings, dass ihm freie Hand bei der Ausübung seiner Arbeit garantiert wurde. Gegenüber Astor betonte er: „The Power of the Proprietors is exercised properly by the appointment and dismissal of the Editor, not by interfering with his work or doing it themselves."[140] Dawson war außerdem davon überzeugt, dass eine gute Zeitung die öffentliche Meinung sowohl reflektieren als auch führen musste.[141]

---

134 Northcliffe, Newspapers, S. 18.

135 Thompson, Northcliffe, S. 145f.

136 Stutterheim, Press in England, S. 122. Ebenso Scarborough, British Press, S. 514.

137 Zu Anlass und Hintergründen vgl. ausführlicher Teil II, Kapitel 1.2.

138 Steed, Press, S. 44.

139 Die *Times* sollte deshalb folgende Punkte betonen: „The damage done to the nation by the shiftiness, prevarication, recklessness and extravagance of the present administration; […] by explaining that England who, at the close of the war enjoyed unprecedented prestige has, through the faults of present Ministers, successively lost the confidence of France, the United States and Italy, to say nothing of the smaller nations." „Memorandum on Times' Policy Regarding Political Developments", undatiert [1919 oder 1920, der Verf.], Steed Papers, TNL Archive, HWS/3.

140 „Memorandum on the Duties and Responsibilities of the Editor and the Relationship with the Proprietors/Manager", 18. November 1922, Dawson Papers, Correspondence with J.J. Astor, TNL Archive, GGD/3.

141 Ebd.

Eine redaktionelle Politik, die sich in der Kritik an der Regierung erschöpfte, so sein indirekter Vorwurf an Steed, erfüllte diesen Anspruch nicht. Deshalb besann sich die *Times* unter Dawsons Führung auf ihre traditionelle Haltung des „Fair play" gegenüber allen Regierungen jedweder politischen Couleur, und der Chefredakteur rühmte sich 1925 der freundschaftlichen Beziehungen, die die *Times* zu Ministern sowohl der konservativen als auch der Labour Party unterhielt.[142] Drei Jahre nach seiner Rückkehr zog Dawson zudem eine positive Bilanz der Auflagenentwicklung. Sie war trotz einer Preiserhöhung von knapp 180000 im Jahr 1922 auf über 190000 Ende 1925 gestiegen.[143]

Im Gegensatz zu den Konzernstrukturen von Northcliffes Associated Newspapers, in die die *Daily Mail* und bis 1922 auch die *Times* eingebunden waren, hatte sich der *Daily Telegraph* als Familienbetrieb aus der viktorianischen Zeit in die 20er Jahre hinüber gerettet. Der *Telegraph* war das Produkt des langjährigen Besitzers und Chefredakteurs Edward Levy-Lawson, der seit 1903 den Titel Lord Burnham führte und der ein Beispiel für den Typus des „proprietor/editor" war, wie es ihn schon im 19. Jahrhundert gegeben hatte.[144] Sein Sohn Harry übernahm die Kontrolle im gleichen Jahr, in dem Levy-Lawson die Peerswürde verliehen wurde, und führte die Zeitung in derselben Weise weiter. Als Eigentümer und Chefredakteur in einer Person kümmerte er sich sowohl um die finanzielle als auch um die publizistische Seite, wobei Harry Levy-Lawson letztere noch stärker prägte als sein Vater.[145]

Allerdings kämpfte der *Telegraph* unter seiner Ägide mit einer ständig sinkenden Auflagenzahl. Die Tageszeitung, die sich einst selbst gerühmt hatte, über die „höchste Zirkulation der Welt" zu verfügen,[146] verlor zwischen 1908 und 1928 scheinbar unaufhaltsam an Lesern. Von rund 230000 Exemplaren vor dem Ersten Weltkrieg ging die Auflage danach auf 180000 zurück und sank bis zum Verkauf des *Telegraph* an William Berry 1928 kontinuierlich weiter auf weniger als 90000.[147] Ein Hauptgrund für den nachlassenden Absatz war die Konkurrenz durch die Massenblätter. Da diese tendenziell auf dieselbe konservative Zielgruppe schielten, in Inhalt und Aufmachung aber wesentlich zeitgemäßer erschienen, konnte sich der *Telegraph* im außerordentlich harten Wettbewerb nicht behaupten. Lawson dagegen fehlte bei der Themenauswahl für

142 „Retrospect", Weihnachten 1925, Dawson Papers, TNL Archive, GGD/3.
143 Ebd.
144 Der *Daily Telegraph and Courier* war 1855 gegründet und noch im selben Jahr von Edward Lawsons Vater Joseph Levy übernommen worden. Zusammen mit seinem Sohn, der schon bald den Chefredakteursposten übernahm, verwandelte er die Zeitung in ein profitables Unternehmen. DNB 1912–21, S. 331f. Edward Levy-Lawson führte ähnlich wie die Pressebarone Northcliffe und Beaverbrook die Geschäfte und leitete gleichzeitig die Redaktion. CURRAN und SEATON, Power, S. 56.
145 BURNHAM, Peterborough Court, S. 161.
146 Ebd., S. 113.
147 Ebd., S. 115. Vgl. auch SEYMOUR-URE, Press and Party, S. 237, sowie CUNNINGHAM, Daily Newspapers, S. 17.

die Nachrichtenseiten der „common touch".[148] „The result was that the *Daily Telegraph* in the immediate post-war period, despite much editorial improvement […] seemed solid and dull."[149]

Was die politische Ausrichtung anging, so schrieb sich der *Telegraph* konsequent die Sache der Konservativen auf die Fahnen. Das entsprach den Präferenzen Lawsons, der lange für Unionisten im Unterhaus gesessen hatte und nach dem Tod seines Vaters 1916 als zweiter Lord Burnham ins Oberhaus gewechselt hatte.[150] Vor allem darin lag in den Augen von Mitbewerbern wie Lord Beaverbrook der Wert der Zeitung. „The […] quality of the *Daily Telegraph* is its sure and steady interpretation of the movements and opinions among the innumerable middle class and upper class people in Great Britain."[151] Hinzu kam, dass Burnham dank seiner genauen Kenntnisse der politischen Szenerie und seiner persönlichen Kontakte über Informationen verfügte, die vor allem den Leitartikeln des *Telegraph* zusätzliches Gewicht verliehen.[152] Deshalb war das Blatt trotz schwindender Auflage eines der einflussreichsten Organe im konservativen Meinungsspektrum.

Der *Manchester Guardian* war ähnlich wie der *Telegraph* eines jener elitären *quality journals*, deren Chefredakteure danach trachteten, die regierende Klasse zu beeinflussen und die sich selbst als Mitglieder des politischen Establishments verstanden.[153] Die Zeitung gehörte trotz ihrer relativ kleinen Auflage von 40000 bis 50000 Exemplaren zu den bekanntesten liberalen Blättern in Großbritannien und stand unter der Leitung einer der herausragendsten Persönlichkeiten des englischen Journalismus, Charles Prestwich Scott.[154] Diesem gelang es in den 57 Jahren, in denen er Chefredakteur und zeitweise auch alleiniger Besitzer war,[155]

---

148 BURNHAM, Peterborough Court, S. 167.

149 Ebd.

150 BENTLEY, Levy-Lawson, S. 533.

151 Zit. nach BURNHAM, Peterborough Court, S. 170.

152 Ebd., S. 166.

153 BOYCE, Crusaders, S. 99.

154 Einigermaßen sichere Zahlen sind nur für die Jahre 1908 und 1938 belegt. Demnach lag die Auflage bei 36000 respektive 50431 Exemplaren. CUNNINGHAM, Daily Newspapers, S. 17. Die Auflage unabhängiger regionaler Tageszeitungen in der Größe des *Manchester Guardian* oder *Yorkshire Post* konnte nach Einschätzung von Seymour-Ure im Untersuchungszeitraum zwischen 25000 und 50000 Exemplaren pendeln. SEYMOUR-URE, Press and Party, S. 237. Scott strebte höhere Verkaufszahlen an, aber nicht um jeden Preis. Wichtiger war ihm, dass der Charakter der Zeitung erhalten blieb. Vgl. CROZIER, C.P.S. in Office, S. 98. Crozier war von 1912 bis 1932 *News Editor* unter Scott und wurde dann sein Nachfolger als Chefredakteur.

155 Die Position des Chefredakteurs bekleidete er von 1872 bis 1929. Im Jahr 1905 kaufte Scott den *Manchester Guardian*. Um die finanzielle Unabhängigkeit des Blattes zu sichern, splittete er die Anteile 1913 auf und beteiligte seine beiden Söhne Edward und John sowie seinen Schwiegersohn und Stellvertreter Charles E. Montague. Daran war die Bedingung geknüpft, dass die Zeitung auch künftig im Besitz von Familienmitgliedern blieb. HAMMOND, Scott, S. 70. Hammond war *Special Correspondent* des *Manchester Guardian* und berichtete u.a. über die Pariser Friedenskonferenz.

aus einer Zeitung mit begrenzter lokaler Bedeutung eine Publikation von nationalem Rang und mit internationalem Ruf zu formen.[156] Dabei übte Scott eine Kontrolle über Ausrichtung, Inhalt und Aufmachung des *Guardian* aus, die zwar weit von den rabiaten Methoden der Pressebarone entfernt war, in ihrem Ausmaß an deren Dominanz aber heranreichte. Schriftliche Anweisungen über die politische Linie gab es bei Scott nicht. Allerdings erwartete er von seinen Redakteuren und Reportern eine Sensibilität für den liberalen „outlook" seiner Zeitung.[157] Insbesondere von den Verfassern der Leitartikel verlangte er, dass sie bei ihren Kommentaren berücksichtigten, zu welcher Auffassung Scott in dieser oder jener Frage tendierte,[158] auch wenn er ihnen ansonsten relativ große Freiheiten einräumte und sich eine Vielfalt individuellen Denkens wünschte.[159]

Seine Hauptaufgabe als Chefredakteur sah er in der Zusammenführung der einzelnen Teile zu einem einheitlichen Ganzen.

> For him the Editor was the personality, controlling, directing, harmonising, which gave unity of purpose and of character to the paper. He was not equally interested in all parts; […] But he felt […] strongly that the organism, if it was to be a consistent whole, must reflect a single personality.[160]

Um das zu erreichen, kam es nicht selten vor, dass Scott Artikel, die für die Meinungsseite bestimmt waren, überarbeitete oder sogar in der Schublade verschwinden ließ, wenn sie nicht seinen Vorstellungen entsprachen.[161] Ihn selbst beschäftigten vor allem Fragen der Außenpolitik und der irischen Unabhängigkeitsbestrebungen, wozu er zahlreiche Kommentare verfasste. „His editorials were models of incisive and lucid criticism – the analyses and utterance of a well-stocked and persuasive mind."[162]

Was die Prinzipien des Journalismus anging, so war Scott einer derjenigen, die maßgeblich an der Formulierung eines Ethos mitwirkten. Einige seiner Überlegungen dazu haben noch heute ihre Gültigkeit. Zum Verhältnis von Nachricht und Meinung sowie zur Ausgewogenheit der Berichterstattung traf er anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des *Guardian* 1921 die seither viel zitierte Feststellung:

> Comment is free but facts are sacred. Propaganda, so called, by this means is hateful. The voice of opponents, no less than that of friends, has a right to be heard. Comment is also justly subject to self-imposed restraint. It is well to be frank; it is even better to be fair.[163]

---

156 Hudson, British Journalists, S. 45. Ebenso Andrews und Taylor, Lords and Laborers, S. 13.
157 Ayerst, Manchester Guardian, S. 241.
158 Ebd.
159 Hammond, Scott and Guardian, S. 307. Ebenso Crozier, C.P.S. in Office, S. 93.
160 Hammond, Scott and Guardian, S. 318.
161 Ebd., S. 307.
162 Andrews und Taylor, Lords and Laborers, S. 20.
163 So Scott in seinem Artikel „On Journalism – The Manchester Guardian's First Hundred Years" vom 5. Mai 1921. Zit. nach Hammond, Scott, S. 161 f.

Die Beziehung zwischen Presse und Politik sah er nicht zwangsläufig als eine der strikten Trennung. Ganz im Gegenteil, für Scott war ein Wechsel vom Journalismus in die Politik und zurück – wie für viele andere seiner Kollegen in dieser Zeit auch – unproblematisch. Er selbst war Mitglied der liberalen Partei und für diese eine Zeit lang als Abgeordneter im Unterhaus, ohne dafür seine Tätigkeit als Chefredakteur aufzugeben.[164] Seine guten Kontakte zur Führungsspitze der Liberalen hielt er danach aufrecht, und während der Amtszeit von Lloyd George war er ein regelmäßiger Gast in 10 Downing Street.[165]

Noch offenkundiger war die Verquickung von Presse und Politik im Fall des *Daily Herald*. Die erste Ausgabe erschien 1911 mit Unterstützung der Gewerkschaften als Streikblatt der Londoner Drucker und erreichte schnell eine Auflage von 26000 Stück.[166] Nach Ende des Streiks wurde auch die Zeitung zunächst eingestellt. Unter maßgeblicher Mithilfe des Labour-Abgeordneten George Lansbury wurde der *Daily Herald* jedoch ein Jahr später als Tageszeitung wiederbelebt.[167] Dabei war es für ihn wie für die Leserschaft, die vornehmlich aus Arbeitern bestand, von Anfang an klar, dass das Blatt „eine Waffe im Kampf der Arbeiter" sein sollte.[168]

Lansbury selbst übernahm nicht nur einen Posten im Vorstand der Genossenschaft, die als finanzieller Träger der Zeitung fungierte, sondern war von 1913 bis 1922 auch Chefredakteur.[169] Bei der Leitung der Redaktion ließ er sich von zwei Grundsätzen leiten. Erstens sah er es als seine Aufgabe an, „to represent truth and follow her wherever she may lead",[170] und zweitens sollte es keine „Zensur" abweichender Meinungen geben.[171] Letzteres handelte ihm den Vorwurf ein, dass der *Herald* keine klare Linie verfolgte.[172] Lansbury sah dagegen sehr wohl eine einheitliche Richtung gewahrt.

> running through each edition there was at all times a clear cut Socialist appeal. Our apparent inconsistency was due to the fact that I, as editor and director, insisted on giving the very fullest freedom of expression to all our paid and unpaid contributors, and allowed all sides of our movement to state their case.[173]

In den ersten Jahren seiner Existenz hatte der *Daily Herald* vor allem finanziell mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Weil die Preise für Papier und Druckerschwärze infolge des Kriegsausbruchs stiegen, musste nur zwei Jahre nach der Gründung das Erscheinungsintervall von täglich auf wöchentlich um-

---

164 Andrews und Taylor, Lords and Laborers, S. 19f.
165 Näheres zu seinen persönlichen Beziehungen in die Politik in Teil II, Kapitel 1.4.2.
166 Fienburgh, Momentous Years, S. 7.
167 Postgate, Lansbury, S. 138. Lansbury war MP für den Wahlkreis „Bow and Bromley" im Osten Londons. Lansbury, Miracle, S. 7f.
168 Postgate, Lansbury, S. 143.
169 Ebd., S. 134–136. Siehe auch Lansbury, Miracle, S. 37.
170 Lansbury, ebd., S. 25.
171 Postgate, Lansbury, S. 138.
172 Lansbury, My Life, S. 176.
173 Ebd.

gestellt werden.[174] Nach Kriegsende gelang es Lansbury neues Kapital aufzutreiben, und der *Daily Herald* startete am 31. März 1919 erneut als Tageszeitung.[175] Die Auflage zeigte in den folgenden Jahren trotz einiger Schwankungen einen stetigen Aufwärtstrend: 1921 lag sie bei 211000 und stieg bis 1925 weiter auf 350000 Stück.[176] Das selbst gesteckte Ziel von einer halben Million Exemplaren wurde jedoch regelmäßig verfehlt. Nur in politisch oder wirtschaftlich ereignisreichen Zeiten näherte sich die Zirkulation dieser Zahl kurzfristig.[177]

Dennoch erreichte der *Daily Herald* die Gewinnzone nicht. Grund dafür war das Anzeigenaufkommen, das viel zu niedrig war, um Profite erwirtschaften zu können.[178] Wiederholt musste Lansbury deshalb bei den Lesern und den Gewerkschaften um Spenden bitten, um eine drohende Einstellung abzuwenden.[179] 1922 gelang es ihm schließlich mit tatkräftiger Unterstützung von Ernest Bevin, dem Architekten der *Transport and General Workers Union* und einer der Führungsfiguren der Arbeiterbewegung, eine gemeinsame Übernahme der Zeitung durch den Dachverband der Gewerkschaften, den *Trade Union Congress*, und durch die Labour Party einzufädeln. Bevin hatte erkannt, dass die Arbeiterpartei nur dann eine reelle Chance hatte, eine Mehrheit im Parlament zu gewinnen, wenn sie die Unterstützung einer Zeitung mit einer Massenleserschaft hatte.[180] Mit dieser Entscheidung war das finanzielle Überleben des *Daily Herald* zunächst gesichert. Auf das Betreiben von Arthur Henderson wurde außerdem der im Zeitungsgeschäft erfahrene Hamilton Fyfe, der zuvor in Diensten Northcliffes gestanden hatte, als neuer Chefredakteur verpflichtet.[181]

---

174 Fienburgh, Momentous Years, S. 7. Der Name wurde entsprechend von *The Daily Herald* in *The Herald* geändert, was dann nach Kriegsende wieder rückgängig gemacht wurde.

175 Lansbury, Miracle, S. 16. Vgl. auch Eldridge, Mass Media, S. 21.

176 Seymour-Ure, Press and Party, S. 237.

177 Richards, Daily Herald, S. 301–303. Nach der Übernahme durch die Zeitungsgruppe Odhams und einem „Relaunch" im Jahr 1930 übersprang gleich die erste Ausgabe die Ein-Millionen-Marke. Seymour-Ure, Press and Party, S. 247f.

178 Lansbury selbst beschrieb die Folgen mit den Worten: „The more copies we sold, the more money we lost." Lansbury, Miracle, S161.

179 Ebd., S. 4. Vgl. auch Fyfe, Sixty Years, S. 192f.

180 Fienburgh, Momentous Years, S. 7. Fyfe berichtet, dass die Führung der Gewerkschaften und der Labour Party zunächst von der Idee nicht begeistert war und außer Bevin nur Arthur Henderson einsah, wie wichtig eine Zeitung war, die verlässlich den Standpunkt der Arbeiterbewegung vertrat. Fyfe, Sixty Years, S. 193.

181 Fyfe hatte als Folge seiner Kriegserlebnisse eine Affinität zur Arbeiterbewegung entwickelt und einige Vorträge für die Labour Party gehalten. Zunächst wollte er das Angebot nicht annehmen, da die Auflage zu diesem Zeitpunkt merklich sank, was er auf die zu offensichtliche Propaganda in der Zeitung zurückführte, die zudem noch zwischen mehreren Extremen schwankte. „It spoke with many voices, from the hoarse but affecting tones of its director, who […] preached a vague good-will, to the shrill cries of the youthful Communists on his staff, […] advocating implacable class war." Fyfe, Seven Selves, S. 243.

Diesem gelang es, die zentrifugalen Kräfte innerhalb der Redaktion, die von moderaten sozialistischen Ideen bis zu kommunistischer Ideologie reichten, zu kontrollieren und aus dem *Daily Herald* eine auch von der Konkurrenz ernst genommene Tageszeitung zu machen.[182] Unter Fyfes Führung folgte das Blatt allerdings nicht bedingungslos der Linie, die von der Labour Party vorgegeben wurde. Entgegen den Erwartungen und sehr zum Missfallen der Parteiführung erlaubte sich der Chefredakteur auch Kritik, was während der ersten Labour geführten Regierung 1924 zu erheblichen Spannungen zwischen Fyfe und Premierminister Ramsay MacDonald führte.[183]

Die nach wie vor starke Politisierung des *Daily Herald* war auch eines der größten Hindernisse, das der Akquirierung einer tatsächlichen Massenleserschaft im Weg stand.

> The most successful British national dailies […] have been run by proprietors and managements whose first priority is maximising the success of their paper. For the *Herald*'s owners, the paper was merely a means to a political end and its fortunes subordinate to political and industrial objectives.[184]

Das hatte u.a. zur Folge, dass unpolitische, unterhaltende Geschichten, die den Massengeschmack trafen, deutlich unterrepräsentiert waren.[185] Eine möglichst hohe Auflage war jedoch gar nicht das Ziel der Verantwortlichen. Sie strebten danach, den Einfluss des *Daily Herald* zu erhöhen, und der maß sich nach Ansicht von Lansbury nicht an den Verkaufszahlen. Dabei verwies er auf die konservativen Qualitätszeitungen, die trotz kleiner Zirkulation von großer Bedeutung waren.[186] Insofern erfüllte der *Daily Herald* seinen Zweck, denn er trug wesentlich dazu bei, dass der Arbeiterbewegung in den 1920er Jahren der Durchbruch gelang.[187]

182 Ebd., S. 248–253.

183 MacDonald beschwerte sich wiederholt bei Fyfe, dass der *Herald* der Regierung „mehr schade als nutze". Dieser antwortete, dass die Zeitung kein Regierungsorgan sei, sondern das der Arbeiterbewegung, und er es als seine Aufgabe ansehe, unterschiedliche Meinungen wiederzugeben und Kritik der Basis aufzunehmen. Ebd., S. 257–259.

184 Richards, Daily Herald, S. 307.

185 Ebd., S. 308.

186 Lansbury, My Life, S. 175.

187 Fienburgh, Momentous Years, S. 7.

3. Deutschland aus britischer Perspektive: Vom Deutschen Bund zum Kaiserreich

3.1 Diffus und mehrdeutig: Britische Deutschlandinterpretationen vor dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71

Eine Beschreibung des britischen Deutschlandbildes ist mit einigen Schwierigkeiten verbunden, denn in den vergangenen Jahrhunderten existierte in Großbritannien kein einheitliches Bild über Deutschland und die Deutschen. Immer wieder waren die diesbezüglichen Vorstellungen, die in der Öffentlichkeit zirkulierten, einem Wandel unterworfen. Zudem interessierten sich viele Briten bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts kaum für ihre Nachbarn in der Mitte Europas, so dass weite Teile der Bevölkerung überhaupt keine klare Vorstellung von Deutschland hatten. Bevor das Deutsche Reich um die Jahrhundertwende durch die Massenpresse für ein breites Publikum ein Thema wurde, beschäftigte sich hauptsächlich die britische Führungsschicht, bestehend aus Gelehrten, Geistlichen, Politikern und Diplomaten, intensiver mit Deutschland.[1] Sowohl vor, als auch nach diesem Zeitpunkt existierte eine Vielzahl sich zum Teil widersprechender Bilder, Vorurteile und Stereotype, von denen keines ein Monopol beanspruchen konnte. Vielmehr überwog in unterschiedlichen Phasen eher die eine oder die andere Sicht. Hierin zeigt sich die Ambivalenz, die lange Zeit für die Perzeption Deutschlands in Großbritannien charakteristisch war.

Grundlegend für diese uneinheitliche britische Perspektive waren eine Reihe sich bedingender Faktoren. An erster Stelle stand die Definition der eigenen Position im Verhältnis zum europäischen Kontinent im Allgemeinen sowie der eigenen außenpolitischen Interessen, die für das Verhältnis zu den deutschen Staaten maßgeblich waren. Hinzu kam die Entwicklung in Deutschland selbst, die die Aufmerksamkeit auf britischer Seite, den Grad der Beschäftigung und den Umfang der Kontakte mitbestimmte. Auf diese Determinanten wird im Folgenden näher eingegangen.

Bis zur Gründung des Deutschen Reiches 1871 setzte sich das britische Deutschlandbild aus verschiedenen Elementen zusammen, die sich grob unter vier Überschriften subsumieren lassen und die gleichzeitig nebeneinander existierten: ein barbarisch-unheimliches, ein pittoresk-beschauliches, ein geistig-fortschrittliches und ein politisch-machtloses.[2]

---

1 Pulzer, Vorbild, S. 235.

2 Die vier Überschriften beruhen auf den bisherigen Forschungsergebnissen der Geschichts- und der vergleichenden Literaturwissenschaft, die sich m.E. in dieser Form zuspitzen lassen.

Der „Ruch des Unheimlichen", der mit wenigen Variationen und Modifikationen von Epoche zu Epoche tradiert wurde, wurde Deutschland schon im Mittelalter zugeschrieben.[3] Unter Rückgriff auf die Beschreibungen der Völker Germaniens aus der Antike wurde in den Lateinchroniken das Bild eines rätselhaften, halb-barbarischen Landes entworfen, dessen Bevölkerung völlig ungebildet, bösartig, wild und trunksüchtig war.[4] Die Unzivilisiertheit und Rückständigkeit der Deutschen blieb in den folgenden Jahrhunderten als Stereotyp mehr oder weniger stark präsent. Hinzu trat das der Irrationalität. Sagen und Legenden wie die in England früh bekannt gewordene von Dr. Faustus ließen das Land als einen Ort merkwürdiger und wunderbarer Begebenheiten erscheinen, in dem dämonische Gestalten ihr Unwesen trieben.[5] Diese Note des Befremdlichen und Unheimlichen wurde am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den Schauerromanen der Gattung *Gothic Novel*, deren gruselige Handlungen meist nach Deutschland verlegt wurden, aufgegriffen und bis ins Dämonische verzerrt.[6]

Etwa zur gleichen Zeit erfuhr das Bild des unheimlichen, ungebändigten Deutschen in der Literatur eine Neubewertung und Umdeutung. Unter dem Eindruck der Romantik und dem Einfluss Rousseaus erschienen die Eigenarten des „traditionellen Barbaren" nun auch in einem positiven Licht, da jetzt der „Naturmensch" dem „Kulturmenschen" vorgezogen wurde.[7] Attribute wie Bodenständigkeit, Mut, Treue, Tapferkeit, Leidenschaft, Lebenskraft, Loyalität und Unverfälschtheit, die den Deutschen zugeschrieben wurden, zeichneten die Figuren in den Ritterromanen eines Sir Walter Scott ebenso aus wie die deutschen Raubritterbarone, die George Eliot kreierte. Die Ritterromantik projizierte so alle positiven Tugenden der Zeitströmung in das deutsche Mittelalter hinein, obwohl auch hier ein Zwiespalt blieb. Für Eliot repräsentierten seine Rittergestalten nämlich „die dämonischen Kräfte, die für immer mit Schönheit, Tugend und den sanften Seiten des Lebens in Konflikt ständen".[8]

Die Reiseberichte aus dieser Periode, allen voran der von Madame de Staël *De l'Allemagne* aus dem Jahr 1810, ließen das Interesse an Deutschland und seiner Kultur sprunghaft ansteigen und lösten eine regelrechte Flut von Deutschlandreisen aus.[9] Die verstärkten Kontakte führten nicht nur dazu, dass

---

3 Dose, Soul of Germany of Germany, S. 28.

4 Ebd. Ebenso Koch-Hillebrecht, Deutschenbild, S. 184f.

5 Blaicher, Konstanten, S. 262f.

6 So setzte beispielsweise der größenwahnsinnige Frankenstein in dem gleichnamigen Roman von Mary Shelley seinen neuen Menschen in Ingolstadt zusammen. Schwarz, Reise, S. 35. Siehe auch Koch-Hillebrecht, Deutschenbild, S. 186, sowie Blaicher, Konstanten, S. 262.

7 Koch-Hillebrecht, Deutschenbild, S. 186.

8 Zit. nach ebd.

9 Deutschland wurde bald darauf in die so genannte „Grand Tour" jedes Gentleman aufgenommen, wozu die Aufwertung der deutschen Staaten im Verlauf des gemeinsamen Kampfes gegen Napoleon ihr Übriges beitrug. Schwarz, Reise, S. 34.

„der Deutsche“ etwas von seiner bisherigen Abstraktheit verlor und in England konkrete Gestalt annahm, sondern sie trugen maßgeblich zur Verbreitung eines beschaulich-pittoresken Deutschlandbildes bei. Gefördert wurde dies durch die staatliche Zersplitterung in politische Einheiten jedweder Größenordnung, die vor den napoleonischen Kriegen nur lose durch das Heilige Römische Reich und danach durch den Deutschen Bund zusammengehalten wurden. Deutschland war zu diesem Zeitpunkt in Großbritannien mehr ein geographischer, denn ein politischer Begriff.[10]

Thus the image was born in England of a peaceful, rural Germany in whose small states architecture and the arts, especially painting and music blossomed. Romanticism consolidated this image: picturesque castles, cathedrals and ruins, and the Biedermeier motifs of frustrated writers, drinking students and obsequious inkeepers are all part of the image of pleasant, historical Germany.[11]

Das Bild vom friedlichen, ländlich-hinterwäldlerischen Deutschland, das seine ganze Aufmerksamkeit der Pflege der Künste widmete, gipfelte im Diktum vom Land der Dichter und Denker, welches von deutschen wie englischen Intellektuellen gleichermaßen propagiert und zum festen Bestandteil des britischen Deutschlandbildes wurde. Darin drückte sich eine Verschiebung der englischen Perspektive aus, die den Blick verstärkt auf die geistig-fortschrittlichen Entwicklungen im deutschsprachigen Raum richtete.

Erste Begegnungen von Engländern mit deutschem Denken und deutscher Kultur hatte es bereits im Zeichen der Reformation gegeben mit dem Ergebnis, dass das bis dato auf der Insel vorherrschende Stereotyp des Unheimlichen um das der Gelehrsamkeit und des Forscherdrangs ergänzt wurde. Die Kombination führte dazu, dass Deutschland von nun an als „das Land des Okkulten, der Alchimie, der Zauberei“ galt, als „Territorium des Unheimlichen schlechthin“, in dem alles denkbar und möglich schien.[12]

Diese negative Sichtweise wich im 19. Jahrhundert einer durchweg positiven Anerkennung der Leistungen des deutschen Geisteslebens und der Wissenschaft. In der Philosophie, der Literatur und den Naturwissenschaften übernahm Deutschland eine führende Position in Europa. Das Studium an einer deutschen Universität wurde für englische Wissenschaftler und Studenten geradezu zu einer Pflicht. Das hier wurzelnde Bild eines liberalen und toleranten geistigen Lebens in Deutschland blieb in Großbritannien noch lange dominant.[13]

Der typische Deutsche erschien in dieser Epoche nach der Beschreibung des englischen Historikers F.W. Maitland als „an unpractical, dreamy, sentimental being, looking out with mild blue eyes into a cloud of music and metaphysics

10 Birke, Britain and Germany, S. 12.
11 Ebd.
12 Dose, Soul of Germany, S. 30.
13 Pulzer, Vorbild, S. 236f.

and tobacco smoke".[14] In der englischen Literatur tauchte zudem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstärkt Pflichtauffassung als deutsches Charaktermerkmal auf.[15] Mit der Figur des deutschen Professors erfolgte schließlich eine weitere Typisierung. Dieser galt einerseits als gelehrt und von philosophischem Idealismus angetrieben, gleichzeitig aber auch als pedantisch, dogmatisch, arrogant, mitunter etwas kauzig und so vertieft in seine Studien, dass ihm die Zeit für die Kultivierung sozialer Umgangsformen fehlte. Auch der deutsche Student wurde als Typus entdeckt, der mit seinen Schmissen, den langen Säbeln, der Liebe zum Bier und zu seinem Ehrenkodex auf englische Beobachter befremdlich wirkte.[16]

Das Gesamtbild vom harmlosen romantischen Deutschland, das durch seine wissenschaftliche Überlegenheit glänzte, überwog so lange, wie Deutschland als Ganzes im Konzert der europäischen Großmächte ein politisches Vakuum blieb. Denn in diesem Punkt waren die außenpolitischen Interessen Großbritanniens tangiert, die nach den Kriegen gegen Napoleon ein in den internationalen Beziehungen nach außen machtloses Konglomerat von deutschen Staaten im Zentrum Europas vorsahen. Nur so, glaubte man in London, war die Machtbalance auf dem Kontinent zu wahren. Deutschland war also die Rolle des Stabilisators in der europäischen Friedensordnung zugedacht.[17]

Dieses Konzept der *Balance of Power* war das Resultat der relativen Distanz zum Kontinent, unter der sich die soziale Ordnung und die politischen Institutionen Englands in der frühen Neuzeit entwickelt hatten, während gleichzeitig die überseeische Expansion voranschritt. Der Aufbau der Flotte und des Kolonialreichs führte dazu, dass das Hauptinteresse Großbritanniens die Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts in Europa war, um so die eigene unabhängige Existenz zu sichern.[18]

Metternichs System, das nach dem Wiener Kongress implementiert wurde, erlaubte es Großbritannien erst recht, dem europäischen Kontinent den Rücken zu kehren und sich ungestört um sein Weltreich zu kümmern.[19] Der Deutsche Bund war aus Sicht der englischen Führungseliten der Ruhepol in der europäischen Politik, der ein Gegengewicht zu den eigentlichen Rivalen Russland und Frankreich bildete. Der britische Botschafter in Wien Lamb schrieb beispielsweise 1832 in einem Brief an Außenminister Lord Palmerston:

---

14 Zit. nach ebd., S. 235.

15 Die Romane der Zeit sprachen immer wieder davon, dass der moderne Deutsche „a man of duty" sei. KOCH-HILLEBRECHT, Deutschenbild, S. 187f.

16 Ebd. Zur Typisierung deutscher Figuren in der englischen Literatur siehe auch BLAICHER, Deutschlandbild, Kapitel II und V. Dort sind Offizier und die Hausfrau als weitere Typen hinzugefügt.

17 GRUNER, Aspekte, S. 59.

18 BIRKE, Britain and Germany, S. 11f.

19 Ebd., S. 15.

Our real interest in Germany is that it should be strong, united, monarchical and federal, under these conditions, incapable of aggression itself, and repelling it from the East and West, it becomes the key stone of the peace of Europe. Let us look to the best means of fulfilling this great European and therefore English object.[20]

Während die mit der Bundesakte gefundene Lösung den außenpolitischen Vorstellungen Englands entgegen kam, lieferte die innere Entwicklung der deutschen Staaten den liberalen *Whigs* schlagkräftige Argumente in der Auseinandersetzung um eine Ausweitung des Wahlrechts vor dem ersten Reformgesetz 1832. Die Restauration und der restriktive Konservatismus auf dem Kontinent – speziell in Hannover und dort personifiziert durch Georg IV., der gleichzeitig auf dem englischen Thron saß – wurden in der britischen Innenpolitik als Gegenbild oder, genauer gesagt, als abschreckendes Beispiel genutzt. Die Deutung deutscher Verhältnisse in einer Weise, die für den eigenen Standpunkt am nützlichsten war, wurde hier, wie später noch öfter, als Negativbeispiel für die innenpolitische Diskussion funktionalisiert.[21]

Es war nur konsequent, dass die politischen Entscheidungsträger aus dem Lager der Whigs und Reformer die liberale Bewegung in Deutschland und deren Ziel, die Gründung eines konstitutionellen Einheitsstaates, prinzipiell unterstützten. Die Revolution von 1848/49 stürzte die britische Führung jedoch in ein Dilemma. Auf der einen Seite war sie willkommen, da die berechtigte Hoffnung bestand, in einem vereinigten deutschen Staat werde sich eine gesellschaftliche und politische Ordnung ausbilden, die dem britischen Wertgefüge entsprach.[22] Angesichts der Radikalität der deutschen Republikaner und der territorialen Ambitionen der Frankfurter Paulskirchenversammlung, wie sie der Krieg um Schleswig-Holstein offenbarte, sah man andererseits in London vitale Interessen bedroht.[23] Genau hier lag die Grenze der englischen Toleranz gegenüber Veränderungen in Deutschland, die nur so lange begrüßt wurden, wie sie die Stabilität des europäischen Staatensystems und die Aufrechterhaltung des Friedens nicht durch eine Verschiebung der Machtverhältnisse gefährdeten.[24] Letzteres erforderte nämlich zwangsläufig ein stärkeres Engagement Großbritanniens in Europa, wodurch Kapazitäten zur Lösung kolonialer sowie innenpolitischer Probleme gebunden worden wären, und was darüber hinaus eine Abkehr vom Prinzip des „non-interventionism" bedeutet

---

20 Lamb an Palmerston, 30. Juni 1832, zit. nach GRUNER, Aspekte, S. 71. Anders die wörtliche Wiedergabe bei Wolfgang Mommsen, der den ersten Satz in verkürzter Form zitiert. Zudem heißt es bei ihm „federated" anstelle von „federal" und „option" statt „object". Die ganze Passage schreibt er außerdem Palmerston zu und nicht Lamb, macht aber keine Quellenangabe. MOMMSEN, Englandbild, S. 219

21 GRUNER, Aspekte, S. 68f. Vgl. auch SCHWARZ, Reise, S. 36f.

22 HILDEBRAND, Allianz und Antagonismus, S. 314 und 323.

23 Ebd.

24 BIRKE, Britain and Germany, S. 16. Ebenso MOMMSEN, Anglo-German Relations, S. 12.

hätte, dem in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts die britische Führungsschicht und die Öffentlichkeit zuneigten.[25]

Die in Deutschland unterschwellig weiter vorhandenen nationalistischen und chauvinistischen Töne, wie sie z.B. in der italienischen Krise von 1859/60 erneut an die Oberfläche drangen, blieben dennoch nicht unbemerkt.[26] Eher negativ besetzt war auch das Bild Preußens, das trotz der gemeinsamen Waffenbrüderschaft gegen Napoleon als aggressiver Emporkömmling und Militärstaat wahrgenommen wurde.[27] Sowohl in privater als auch in offizieller Korrespondenz war immer wieder vom preußischen Militarismus die Rede, von dem die Existenz des im Vergleich zu den anderen Großmächten jungen Staatswesens abhinge.[28] Nichtsdestotrotz gestalteten sich die deutsch-britischen Beziehungen in dieser Periode insgesamt konfliktfrei. Das Ziel Großbritanniens war die Konsolidierung Deutschlands und Verbesserung der Zusammenarbeit der Einzelstaaten im Rahmen des Bundes.[29] Eine Einigung Deutschlands wurde nicht generell abgelehnt, sondern von aufeinander folgenden Regierungen und den Parteien zeitweise sogar begrüßt. Immerhin bestand damit die Aussicht auf einen einheitlichen Wirtschaftsraum und damit einen attraktiven Handelspartner in Mitteleuropa.[30] Außerdem sah es noch in den 1860er Jahren so aus, als ob es statt der Bismarck'schen Gewaltlösung eine evolutionäre politische Entwicklung unter den Vorzeichen eines Liberalismus nach englischem Muster geben könnte.[31]

Nicht unerwähnt bleiben sollen an dieser Stelle die engen dynastischen Beziehungen, die die überaus positive britische Sicht auf Deutschland zusätzlich beförderten. Verantwortlich dafür war die Hochzeit Königin Viktorias mit

---

25 Die prinzipielle Nichteinmischung war aber kein Dogma. Auch in dieser Zeit war Großbritannien zum politischen und militärischen Eingreifen bereit, wenn es die nationalen Interessen erforderten. HILDEBRAND, Großbritannien, S. 19.

26 GRUNER, L'Image, S. 47f.

27 Preußen sei eine „upstart power", schrieb Lord Castlereagh in einem Memorandum, das 1792/93 entstand. Der damalige britische Außenminister warnte deshalb vor einer zu engen Bindung seines Landes an Preußen. Dadurch steige nur die Wahrscheinlichkeit, dass Großbritannien in kontinentale Streitigkeiten verwickelt werde, was nicht seinen Interessen entspreche. Zit. nach GRUNER, Aspekte, S. 61.

28 Ebd., S. 62–64. Der Behauptung Adolf Birkes, dass bis zum Wandel der Beziehungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „Prussia stood for all that was good in Germany", kann angesichts der vielen gegenteiligen Äußerungen kaum zugestimmt werden. BIRKE, Britain and Germany, S. 13.

29 GRUNER, Aspekte, S. 72.

30 Zudem würde eine stärkere Macht in der Mitte Europas die Aufmerksamkeit der eigentlichen Gegner Englands – Frankreich und Russland – von ihren kolonialen Konflikten mit dem Empire ablenken. HILDEBRAND, Großbritannien, S. 17.

31 Damit ist der bekannte Konflikt zwischen Bismarck und von der Goltz gemeint, in dem eine Rolle spielte, dass Letzterer als ein potenzieller Kanzlerkandidat des liberal gesinnten Thronfolgers und späteren Kaisers Friedrich galt, weshalb er von Bismarck politisch ins Abseits manövriert wurde. MOMMSEN, Englandbild, S. 219.

Albert von Sachsen-Coburg-Gotha im Jahr 1840. Die Ehe erwies sich als Glücksfall für die englische Monarchie, die nach den Regentschaften der äußerst unbeliebten Hannoveraner Georg IV. und Wilhelm IV. in einem Popularitätstief steckte.[32] Viktoria und Albert gelang es, sich durch ihr Wirken innerhalb kurzer Zeit hohes Ansehen zu erwerben. Mit Bescheidenheit, Intelligenz, Ernst, Sachverstand und vor allem unermesslichem Arbeitseifer – kurzum mit dem, was unter typisch deutschen bzw. preußischen Tugenden firmierte –, trat Albert überdies aus dem Schattendasein heraus, das ihm die englische Verfassung als Prinzgemahl eigentlich zuwies. Neben seinem Einsatz für die Wissenschaften und Künste in seiner neuen Heimat widmete er sich mit Leidenschaft dem deutschen nationalen Einigungsprozess und nahm als Mentor und Berater der Königin in diesem Sinne Einfluss auf diese.[33] Nicht zuletzt auf Alberts Initiative hin lässt sich die erneute Propagierung der traditionellen These von der „natürlichen Allianz" zwischen England und Deutschland zurückführen.[34]

Das Wohlwollen auf britischer Seite hielt bis zum deutsch-französischen Krieg von 1870/71 an. Dieser bedeutete allerdings eine echte Zäsur in den britisch-deutschen Beziehungen, denn langfristig markierte die deutsche Vereinigung unter preußischer Führung den Beginn der Rivalität zwischen beiden Ländern, die wiederum erhebliche Folgen für das britische Deutschlandbild hatte.[35]

3.2 Freund oder Feind? Britische Deutschlandbilder zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg

Die Entfremdung und das Gegeneinander, die das Verhältnis der beiden Nationen in den Jahren von 1870/71 bis 1914 in wachsendem Maß prägten und schließlich zum offenen Bruch führten, stellten keine zwangsläufige Entwicklung dar.[36] Die Gründung des Deutschen Reiches bedeutete zwar eine machtpolitische Verschiebung zu Gunsten Deutschlands, trieb aber per se noch keinen Keil zwischen London und Berlin. Stimmen wie die des konservativen

---

32 Georg (regierte von 1820–30) galt im Volk als eitler und vergnügungssüchtiger Dandy. Sein Bruder und Nachfolger Wilhelm (regierte von 1830–37) wurde wegen seiner Willensschwäche, seiner Beschränktheit und mangelnden Bildung verachtet. Beide waren zudem Symbole für den an Deutschland kritisierten Despotismus. Rogasch, Zwei Jahrhunderte, S. 113f.

33 Ebd., S. 116f.

34 Viktoria selbst gebrauchte den Ausdruck von Deutschland als „natural ally" in einem Brief an Lord John Russell vom 27. Mai 1864. Zit. nach Fischer, Deutscher Kultureinfluß, S. 68.

35 Birke, Britain and Germany, S. 20.

36 Ebd., S. 21.

Oppositionsführers Disraeli, der die Reichsgründung im Unterhaus mit der französischen Revolution verglich und im Ergebnis für bedeutender hielt, weil sie das Gleichgewicht der Kräfte zerstört hatte, blieben zunächst die Ausnahme.[37] In Anbetracht des traditionellen britisch-französischen Gegensatzes herrschte in einigen Teilen der politischen Klasse Englands sogar eine gewisse Genugtuung über den Ausgang des deutsch-französischen Krieges. „For some observers the fate which had befallen France was a just commentary on its decadence, arrogance and absurd pretensions."[38]

Solange die deutsche Regierung eine Politik der Saturiertheit verfolgte, stellte der junge deutsche Nationalstaat keine Gefahr für Großbritannien und seine vitalen Interessen dar. Im Gegenteil, er konnte durchaus unter dem Schirm der *Pax Britannica* die gleiche stabilisierende Wirkung ausüben wie der Deutsche Bund nach dem Wiener Kongress. Primär waren es weiterhin Frankreich, Russland und die USA, die von London als weltpolitische Rivalen und potenzielle Kontrahenten betrachtet wurden. Außenpolitisch bestand demzufolge zunächst eine weitgehende Kongruenz der britischen Vorstellungen, die auf die Wahrung des Status quo in Europa abzielten, und der Politik Bismarcks, der die Erhaltung des Friedens als Prämisse für die Existenz des Reiches ansah.[39] Weder sein dazu entworfenes Bündnissystem noch dessen Geist und Mechanik waren jedenfalls ursächlich für den aufkommenden Antagonismus. Die Periode zwischen 1871 und 1890 war vielmehr gekennzeichnet durch eine weit reichende Normalität in den beiderseitigen Beziehungen.[40]

Dennoch löste der deutsch-französische Krieg gerade in der britischen Öffentlichkeit, aber auch am Hof und im *Foreign Office*, einige Irritationen aus. Ereignisse wie die Schlacht von Sedan oder die Beschießung von Paris reaktivierten alte „Barbaren"-Klischees über die Deutschen aus dem Mittelalter. Ihre Verkörperung fanden sie in Bismarck, der sich selber im Sinne positiver nationaler Identifizierung auf den *furor teutonicus* berief.[41] Die englischen Sympathien wanderten so auf die Seite des gedemütigten und geschlagenen Frankreich und das erst recht, als im Friedensschluss von Versailles die Annexion Elsass-Lothringens besiegelt wurde. Die territoriale Erweiterung des

---

37 „This war [deutsch-französischer Krieg, der Verf.] represents the German Revolution, a greater political event than the French Revolution of last century. […] The balance of power has been entirely destroyed, and the country which suffers most, and feels the effects of this great change most, is England." So Benjamin Disraeli am 9. Februar 1871 im House of Commons. PD/C, III, 204, Spn. 81f, 9. Februar 1871.

38 Robbins, Present and Past, S. 19f.

39 Alter, Herausforderer, S. 169.

40 Hildebrand, Allianz und Antagonismus, S. 314.

41 Müllenbrock, Trugbilder, S. 313f. Der Ausdruck *furor teutonicus* war in England schon seit dem 12. Jahrhundert negativ besetzt und diente zur Kennzeichnung der den Deutschen zugeschriebenen Kampfeswut und Aggressivität. Er geht zurück auf den römischen Dichter Lukan, der damit Kimbern und Teutonen beschrieb. Vgl. Blaicher, Deutschlandbild, S. 13f.

Reiches auf das Gebiet des westlichen Nachbarn wurde in der britischen Presse als Triumph der militärischen Kaste Deutschlands verstanden. Dadurch war absehbar, dass Frankreich auf Revanche sinnen würde, was für ständige Unruhe auf dem Kontinent sorgen musste. Außerdem schien eine liberale Entwicklung in Deutschland in naher Zukunft blockiert.[42] Einer der führenden englischen Liberalen, William E. Gladstone, meinte sogar, dass das preußische Militärsystem nach seinem Sieg „has now become the system of Germany".[43]

Die widersprüchlichen Reaktionen, die die Reichsgründung in Großbritannien hervorgerufen hatte, blieben in den folgenden Jahren charakteristisch für die britische Sicht auf Deutschland. Das Urteil der Eliten und der Öffentlichkeit oszillierte nach 1871 zwischen zwei Polen: Einerseits war das Deutsche Reich ein willkommener Partner in der Außen- und Kolonialpolitik, in der Wirtschaft, im Handel und der Wissenschaft. Andererseits war es auf genau den gleichen Gebieten Herausforderer, ja gefährlicher Rivale Großbritanniens.[44] Bis zur Jahrhundertwende entstand so ein neues „pattern", das das bis dahin gültige Deutschlandbild ablöste,[45] dessen Kern die These von zwei unterschiedlichen, parallel existierenden Deutschlands war. Die Historiographie spricht deshalb zu Recht von der Entstehung einer „Zwei-Deutschland-Theorie".[46] Sie stellte ein dichotomes Perzeptionsraster dar, demgemäß es sowohl ein „positives" als auch ein „negatives" Deutschland gab.

Bewundert wurden in England nach wie vor die deutsche Kultur und das Bildungswesen. Die Hochachtung vor Organisation und Effizienz der Universitäten nahm nach 1871 sogar eher noch zu, so dass die deutschen Hochschulen eine beachtliche Ausstrahlung auf die entsprechenden englischen Institutionen ausübten.[47]

Anerkennung riefen außerdem die Leistungen auf technischem und industriellem Gebiet hervor, obwohl hier die Sorge herrschte, dass Großbritanniens Stellung als „workshop of the world" in Gefahr geraten könnte.[48] Tatsächlich holte die deutsche Wirtschaft in Atem beraubendem Tempo auf, und in vielen

---

42 Vgl. hierzu umfassend die bereits angeführte Arbeit von SCHAARSCHMIDT, Außenpolitik.

43 Zit. nach PULZER, Vorbild, S. 237. Gladstone beklagte in der *Edinburgh Review* vom Oktober 1870 öffentlich die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch das im Entstehen begriffene Reich. „To wrench a million and a quarter of a people of a country to which they have belonged for some two centuries, and carry them over to another country of which they have been the almost hereditary enemies, is a proceeding not be justified in the eyes of the world." Zit. nach ALTER, Herausforderer, S. 168.

44 Ebd., S. 162f.

45 Wie Wolfgang Mommsen gezeigt hat, hatte dieses aus ganz anderen Komponenten bestanden. MOMMSEN, Anglo-German Relations, S. 15. Siehe auch SCHWARZ, Reise, S. 41.

46 Vgl. z.B. OTTO und SCHULZ (Hrsg.), Großbritannien und Deutschland, Einleitung S. 5.

47 MOMMSEN, Englandbild, S. 216. Das deutsche Universitätsmodell wurde auch an traditionsreichen britischen Hochschulen, die sich selbst als vorbildlich ansahen, wie etwa in Oxford diskutiert. Vgl. SCHALENBERG, Rezeption, S. 198–226.

48 ROBBINS, Present and Past, S. 21.

Bereichen entstand eine direkte Konkurrenz zwischen deutschen und britischen Unternehmen. Allerdings bedeutete das nicht, dass sich die englische Industrie automatisch auf der Verliererseite wiederfand.

Naturgemäß wuchs die Wirtschaft des deutschen Nachzüglers schneller als die der älteren Industrienation, die aber keinesfalls stagnierte, sondern ebenfalls erhebliche Zuwächse verzeichnete. Die Annäherung fand also auf einem langfristig steigenden Niveau statt. Wir haben es insgesamt mit einer Beziehung zu tun, die zwar partiell harte Konkurrenz, aber kaum echte Verlierer kannte.[49]

In der öffentlichen Wahrnehmung erschienen die deutschen Unternehmer phasenweise jedoch als diejenigen, die der heimischen Wirtschaft rücksichtslos das Wasser abgruben. Diese irrationalen Panikschübe verliefen parallel zu den Wachstumsstockungen, die zwischen 1880 und 1905 in Großbritannien immer wieder auftraten, und wurden durch die irrige Vorstellung angeheizt, der Welthandel sei ein Nullsummenspiel, in dem einer nur auf die Kosten des anderen gewinnen könne.[50] Erschwerend kam hinzu, dass deutsche Wettbewerbspraktiken wie Exportsubventionen durch verbilligte Eisenbahntarife und die tatkräftige Unterstützung durch Konsularbeamte sowie ein durch prohibitive Zölle und Kartelle geschützter Binnenmarkt dem britischen Verständnis von Fairness zuwiderliefen.[51]

Uneingeschränkte Bewunderung wurde dagegen dem systematischen Aufbau des sozialen Wohlfahrtsstaats durch Bismarcks Versicherungen zuteil. Diese hatten in britischen Augen Modellcharakter und standen in starkem Kontrast zu den „muddled arrangements which prevailed in Britain".[52] Nicht umsonst reisten mehrfach Minister, Abgeordnete und Gewerkschafter aus London persönlich nach Deutschland, um sich vor Ort ein Bild über Vorzüge und Nachteile des deutschen Sozialversicherungssystems zu machen, darunter 1908 auch der spätere Premierminister Lloyd George.[53]

Was die politische Ebene betraf, so war die Einstellung gegenüber dem liberalen und gebildeten Deutschland nach wie vor positiv, während Bismarcks „Junkerregiment" bzw. die preußische Machtelite trotz des relativ hohen Maßes an gegenseitigem Respekt und ebensolcher Achtung zwischen den aristokratischen Schichten beider Länder misstrauisch beäugt wurde.[54] Die

---

49 BERGHOFF, Wirtschaftliche Rivalität, S. 87.
50 Ebd., S. 93f.
51 Ebd.
52 ROBBINS, Present and Past, S. 25.
53 Bereits 1890 kam der konservative Minister Sir John Gorst zu diesem Zweck nach Deutschland. Es folgten weitere Besuche etwa 1907 des liberalen MP Harold Cox, 1908 einer Abordnung des Gewerkschaftsdachverbands *Trade Union Congress* sowie ebenfalls 1908 des für die geplante *National Insurance* zuständigen Assistenten im Finanzministerium William Braithwaite. Welche Teile des deutschen Systems schließlich in die englische Gesetzgebung Eingang fanden vgl. HENNOCK, German Models, S. 127–142.
54 MOMMSEN, Englandbild, S. 216.

britischen Hoffnungen auf eine innenpolitische Liberalisierung des neuen deutschen Staates richteten sich nach einem möglichen Ableben Wilhelms I. und dem dann wohl folgenden Abtreten des „wicked man" Bismarck auf den Kronprinzen Friedrich.[55] Dieser galt als Anhänger der Liberalen und nicht zuletzt wegen seiner englischen Gemahlin „Vicky" auch als anglophil.[56]

Die negative Seite verdichtete sich in dem Begriff des „Prussianism", womit die offensichtliche Fixierung der Deutschen auf den militärisch geprägten Obrigkeitsstaat sowie der während Bismarcks Kanzlerschaft vorherrschende Antiliberalismus und der Kasernengeist gemeint waren. Die Reichsgründung unter den Vorzeichen von „Blut und Eisen" hatte den Blick für ein Deutschland geöffnet, das sich offenkundig dem Primat der Macht und Gewalt verschrieben hatte. Lord Arthur Russell formulierte schon 1872 die Quintessenz des „Preußischen", das in Großbritannien einen Abwehrreflex auslöste.

Prussia now represents all that is most antagonistic to the liberal and democratic ideas of the age: military despotism, the rule of the sword, contempt for sentimental talk, indifference to human suffering, imprisonment of independent opinion, transfer by force of unwilling populations to a hateful yoke, disregard of European opinion, total want of greatness or generosity etc. etc.[57]

Verkörpert wurde dieses Bild durch die preußische Offizierskaste, die sich durch adelige Abstammung, Arroganz und blinden Gehorsam auszeichnete.[58]

Die Ablehnung dieser Züge des Kaiserreichs bedeutete, wie anfangs angedeutet, nicht notwendigerweise eine Belastung des deutsch-britischen Verhältnisses. Der Außenminister und ehemalige Premier Lord Derby konnte im Juli 1875 mit Recht erklären, dass es zwischen beiden Staaten keine grundsätzlichen Interessenkonflikte gab.[59] Und die *Times* beschrieb die Haltung Großbritanniens in den beiderseitigen Beziehungen als neugierige Distanz.

We have no jealousy of the new Empire. Within its own bounds we wish it every success. But we feel that an enormous power for good or evil has risen somewhat suddenly in the midst of us, and we watch with interested attention for signs of its character and intentions.[60]

Der Umschlag zur Dominanz der negativen Sicht begann schleichend mit der deutschen Kolonialpolitik, dem Thronwechsel im „Drei-Kaiser-Jahr" 1888 und der Entlassung Bismarcks zwei Jahre darauf. Der Prozess beschleunigte sich entscheidend mit dem Beginn der deutschen Flottenrüstung ab 1897, die den Weltmachtanspruch des Kaiserreichs unter der Führung Wilhelms II. unter-

---

55 Der Ausdruck „wicked man" stammte von Königin Viktoria. ALTER, Herausforderer, S. 169.

56 Sein potenzieller Einfluss auf die deutsche Innenpolitik wurde in England jedoch überschätzt. Vgl. HILDEBRAND, Großbritannien, S. 34.

57 Zit. nach MOMMSEN, Anglo-German Relations, S. 15.

58 BLAICHER, Deutschlandbild, S. 38.

59 Vgl. PRIBRAM, England and Great Powers, S10.

60 Zit. nach HILDEBRAND, Reichseinigung, S. 227.

mauern sollte.[61] Das Auftreten des jungen Monarchen, der sich rhetorisch des Öfteren vergaloppierte, trug ebenfalls zur Verschlechterung des Klimas bei.[62] Die Veränderungen hatten Folgen.

> Je mehr die deutsche Politik als ‚latecomer' im System imperialistischer Rivalitäten, in den außenpolitischen Fragen unruhig, ja aggressiv auftrat, desto irritierter wurden die englischen Führungsschichten. […] Das Auftreten der Deutschen in der weltpolitischen Arena trieb die Kosten des Empire, indem sie eine Formalisierung der Kolonialherrschaft verlangten, in die Höhe, und ebenso die Ausgaben für die britische Flotte. Die primäre Reaktion der Briten war jene der Abwehr, gepaart mit Irritation und Ablehnung des lautstarken Stils der deutschen Weltpolitik.[63]

Unabhängig vom undiplomatischen Verhalten auf der internationalen Bühne oder von der verfassungsrechtlichen Rückständigkeit des preußisch-deutschen Reiches war für britische Politiker vor allem die Erkenntnis ernüchternd, dass im Herzen des Kontinents ein neues Machtzentrum entstanden war, das sich von einer potenziellen in eine reale Bedrohung für die eigene Position zu verwandeln schien.[64]

Das Resultat war eine vorsichtige Neuorientierung der englischen Außenpolitik, die eine Verbesserung der Beziehungen zu den anderen Großmächten Russland und Frankreich anstrebte, ohne sich die Möglichkeit einer Verständigung mit Deutschland zu verbauen.[65] In diese Strategie fügte sich die *Entente Cordiale* mit Frankreich von 1904 nahtlos ein, die in London keineswegs als ein festes Bündnis verstanden wurde. Im Fall einer Krise hielt man sich weiter alle Optionen offen.[66] Das berühmte Memorandum des Abteilungsleiters im *Foreign Office*, Sir Eyre Crowe, aus dem Jahr 1907 bedeutete ebenfalls keinen Paradigmenwechsel. Es war einerseits eine bittere Anklage der Methoden und Ziele der deutschen Politik in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten. Im gleichen Atemzug stellte Crowe andererseits aber klar, dass das Deutsche Reich in der Gesellschaft der Großmächte willkommen war und mit dem Wohlwollen Englands rechnen konnte, so lange es nicht auf Kosten anderer Nationen die Dominanz in Europa oder gar der Welt ansteuerte.[67] Die Sondierungen über eine mögliche politische Übereinkunft und ein Flottenabkommen, die zwischen London und Berlin bis zum Scheitern der Haldane-Mission 1912 immer

---

61 Alter, Herausforderer, S. 170.

62 Vgl. hierzu ausführlich Reinermann, Kaiser, Kapitel I und II.

63 Mommsen, Englandbild, S. 224.

64 So Robbins, Present and Past, S. 20: „The new German Empire […] inevitably upset the balance of power in Europe as it had been understood by the Foreign Office. It was not a matter of whether the state was ‚good' or ‚bad' but simple a fact of geopolitical life."

65 Zum britischen Dilemma, wie sowohl die imperiale Weltmachtrolle als auch die europäische Rolle aufrechterhalten werden konnte, vgl. z.B. Gade, Gleichgewichtspolitik.

66 Robbins, Present and Past, S. 23.

67 Crowe, Public Servant, Einleitung S. XII. In den darauf folgenden Jahren gelangte er mehr und mehr zu der Überzeugung, dass das deutsche Ziel tatsächlich die Weltherrschaft war. Ebd., S. 137f.

wieder aufgenommen wurden, verdeutlichen, dass eine Konfrontation oder gar ein Krieg zwischen beiden Ländern nicht vorgezeichnet war.

Während die politisch Verantwortlichen in der Beurteilung der deutschen Herausforderung geteilter Meinung waren, wuchs in der britischen Öffentlichkeit die Grundstimmung, dass Deutsche Gewaltmenschen wären, gegen die im Zweifel nur Gegengewalt helfen könnte. Eine Ursache dafür war das veränderte Klima in Deutschland. Der neudeutsche imperialistische Zeitgeist, dem sich das protestantische Bürgertum sowie die Intelligenz und nach der zweiten Marokkokrise 1911 zunehmend auch die Konservativen verschrieben hatten, entfaltete unübersehbar eine antienglische Stoßrichtung. In diesen Kreisen wurde die Vorstellung, dass England entschlossen war, die deutschen Weltmachtträume zu vereiteln, zur fixen Idee.[68]

Auf der Insel wurde die zunehmend feindselige Einstellung aufmerksam registriert. Erst in dieser Phase entwickelte sich bei der Masse der Bevölkerung das Bild des angeblich aggressiven, machthungrigen Deutschen, der vom preußischen Militarismus nicht lassen könne.[69] Dies fand seinen Niederschlag u.a. in der Populärliteratur, die mit Invasions- und Spionagegeschichten Verkaufserfolge feierte.[70] Darin wurde erneut Rekurs genommen auf das unheimlich-rätselhafte Deutschland und das ihm inhärente barbarische Element, das aus dem englischen Gesichtskreis nie ganz verschwunden war und jetzt aus politischer Abwehrhaltung und erwachtem Misstrauen gegen die neue kontinentaleuropäische Vormacht rasch und Ziel bewusst wieder aufbereitet wurde.[71] Bezeichnend war, wie aus dem romantischen Klischee vom friedfertigen, träumerischen Deutschen mit den „warmen blauen Augen" der Teutone mit den „cold blue eyes" wurde, der nur darauf wartete gegen England loszuschlagen, wie etwa Rudyard Kipling anlässlich der zweiten Marokkokrise schrieb.[72] Gegenstimmen, die vor allem im liberalen Lager laut wurden und für eine nüchterne Beurteilung des deutsch-britischen Verhältnisses eintraten und Verständnis für das deutsche Drängen nach einer überseeischen Machtstellung äußerten, hatten es zunehmend schwerer durchzudringen.[73]

Die sich widersprechenden Meinungen über das wilhelminische Deutschland lassen einen Bruch in der britischen Wahrnehmung deutlich werden. Für weite Teile der Führungsschicht stellte das Reich im Grunde und überspitzt formuliert „bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs nur einen Störfaktor dar, der die Aufmerksamkeit der britischen Regierung von den wichtigen Proble-

---

68 MOMMSEN, Englandbild, S. 224f.
69 Ebd.
70 Vgl. Erskine Childers *The Riddle of the Sands* (1902) oder William le Queux *The Invasion of 1910* (1906) bzw. *The Spies of the Kaiser* (1910), um nur eine kleine Auswahl zu nennen. PULZER, Vorbild, S. 239, sowie GRUNER, L'Image, S. 52.
71 MÜLLENBROCK, Trugbilder, S. 312.
72 Ebd., S. 316.
73 MOMMSEN, Englandbild, S. 225f.

men in Übersee zeitweise ablenken konnte".[74] Als ein echtes Ärgernis galt lediglich der deutsche Schlachtflottenbau. Spätestens 1910 war jedoch klar, dass Großbritannien das Wettrüsten zur See gewinnen würde. So lange die stabile Ordnung eines machtpolitisch ausbalancierten Staatensystems in Kontinentaleuropa nicht gefährdet war und Großbritannien freie Hand bei der Lösung kolonialer und innenpolitischer Probleme hatte, verhielt sich die britische Regierung dementsprechend neutral bis wohlwollend gegenüber Geschehnissen in Deutschland und den außenpolitischen Aktionen der Berliner Regierung, „wie rätselhaft sie den Briten auch manchmal erscheinen mochten".[75]

In der öffentlichen Wahrnehmung hatte jedoch schon vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs längst eine Homogenisierung des Deutschlandbildes hin zum Negativen eingesetzt.

> Noch bevor ein deutscher Soldat fremdes Territorium betreten hatte, lag das Klischee vom teutonischen Barbaren-Krieger bereits griffbereit, war der Kaiser zum Kriegsgott stilisiert worden, galt Deutschland als Hort der drei ‚Vogelscheuchen' Autokratie, Bürokratie und Militarismus, war das deutsche Evangelium die brutale Gewalt."[76]

Das Auseinanderlaufen der Wahrnehmung Deutschlands durch die Masse der Bevölkerung und die politische Elite ist ein Phänomen, das auch nach dem Krieg zu beobachten war, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Die weitere Untersuchung wird dies zeigen.

3.3 Deutschland in der britischen Kriegspropaganda

Vor dem Ersten Weltkrieg war die systematische Nutzung von Kommunikationsmedien zur Flächen deckenden Beeinflussung der gesamten Bevölkerung ein in Großbritannien relativ unerforschtes Terrain und für die Regierung nicht von sonderlich großem Interesse gewesen.[77] Parteien und Politiker hatten, wie gezeigt, durchaus ein Bewusstsein für die wachsende Bedeutung der Öffentlichkeit entwickelt und versucht, Teile der Presse für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dies war aber selektiv geschehen und hatte sich auf das Erringen der Meinungsführerschaft im politischen Wettbewerb untereinander beschränkt. Mit dem Eintritt des Landes in den Krieg änderte sich das jedoch grundlegend. Die Dimension des Konflikts, der mit zunehmender Dauer in einen totalen Kampf um Sieg oder Niederlage ausartete, erforderte eine Mobilisierung aller militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ressourcen. Dafür wurde die Propaganda ein immer wichtigeres Mittel:[78] „[…] words were seen as powerful movers of men and women; they became mobilizers of the

---

74 Alter, Herausforderer, S. 163.
75 Ebd.
76 Dose, Soul of Germany, S. 24.
77 Messinger, British Propaganda, S. 1f.
78 Sanders und Taylor, Propaganda, S. 19.

national spirit, calls to courage, to sacrifice and, finally, to simple endurance."[79] Der Aufbau der erforderlichen Organisation und die Ausarbeitung wirksamer Techniken war ein eindrucksvoller Fall gelungener Improvisation, denn die britische Regierung verfügte vor Beginn der Auseinandersetzung nicht einmal ansatzweise über eine funktionsfähige Propagandaabteilung. Am Ende des Krieges besaß sie dagegen die höchst entwickelte und, wenn man ihrem Ruf Glauben schenken darf, die effektivste Propagandawaffe aller Krieg führenden Nationen.[80]

Die britische Presse hatte daran einen wesentlichen Anteil. Sie ließ sich nicht nur ohne großen Widerstand zur Verbreitung der Propagandabotschaften einspannen, auch personell unterstützte sie den staatlichen Apparat in vielen Bereichen. Die Mechanismen, die dabei am Werk waren, lohnen hier eine nähere Untersuchung, denn sie hatten Folgen, die das Verhältnis der Presse zur Politik in der Nachkriegszeit maßgeblich bestimmten.

Was den Inhalt der britischen Propaganda betraf, so war das Bild der Deutschen ein zentrales Element. Die Kriminalisierung und die Dämonisierung, die in der Karikatur von den „Baby mordenden Hunnen" gipfelte, diente dazu, den Kriegseintritt Großbritanniens zu rechtfertigen und die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass alle Anstrengungen unternommen werden mussten, um bis zum Sieg weiterzukämpfen. Die Propagandisten konnten dabei auf vorhandene negative Stereotype der „Zwei-Deutschland-Theorie" sowie auf rechtlich und moralisch zweifelhafte Entscheidungen der deutschen Führung von der Invasion des neutralen Belgien bis zum unbeschränkten U-Bootkrieg referieren. Vor der Folie dieses Feindbilds wird klar sichtbar, inwieweit hier nach Ende der Kampfhandlungen Veränderungen eintraten oder nicht.

Zudem lässt sich auf diese Weise bewerten, wie wirksam die Propaganda über einen längeren Zeitraum war. Unter zeitgenössischen Beobachtern galt es als sicher, dass das Resultat der propagandistischen Aktivitäten ein anhaltendes Klima des Hasses war, das beispielsweise die Atmosphäre bei den Friedensverhandlungen in Paris vergiftete und einen Ausgleich zwischen Siegern und Besiegten verhinderte.[81] Der Effekt war, dass in den 1920er und 30er Jahren die Diskussion über die Wirkung der Propaganda ebenso emotional aufgeladen wurde wie ihr Inhalt.[82] Enthüllungen, dass ein erheblicher Teil der staatlichen Agitation auf Fehlinformationen und Fabrikationen beruht hatte, führten dazu, dass Propaganda als gefährliches Instrument zur Manipulation der Massen angesehen wurde.[83] Bis heute ist sich die Forschung jedoch uneins, welchen

---

79 MARQUIS, Words as Weapons, S. 467.
80 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 11.
81 MESSINGER, British Propaganda, S. 250.
82 MARQUIS, Words as Weapons, S. 469.
83 GRANT, Propaganda and State, S. 11f. Ein Meilenstein bei der Aufdeckung von Propagandalügen war die Untersuchung des Labour-Politikers und Kriegsgegners Arthur Ponsonby, *Falsehood in Wartime* (1928).

Anteil die Kriegspropaganda tatsächlich an den weiter bestehenden Friktionen in den Beziehungen der ehemaligen Gegner hatte und ob nicht die Rivalitäten und Animositäten aus der Vorkriegszeit eine ebenso große Bedeutung hatten.[84]

3.3.1 Die Organisation der Propaganda und die Rolle der Presse

Der Aufbau staatlicher Propagandastellen erfolgte in Großbritannien nach dem Eintritt des Landes in den Krieg ad hoc und zunächst ohne erkennbares System. Für die Schaffung entsprechender Einrichtungen gab es kein Vorbild, sie mussten deshalb zwangsläufig improvisiert werden, was zu einer Reihe von Problemen führte. So waren die Zuständigkeiten der involvierten Ämter und Ministerien nicht klar abgegrenzt und die Methoden wurden sukzessive aus der praktischen Erfahrung entwickelt.[85] Die Regierung konzentrierte ihre Anstrengungen dabei anfangs auf zwei komplementäre Felder: die Unterdrückung von Informationen mithilfe der Zensur und die Steuerung der von der Presse veröffentlichten Nachrichten.[86] Die gesetzliche Grundlage für die Zensur bildete der so genannte *Defence of the Realm Act*, ein Notstandsgesetz, das das Parlament in einer ersten Fassung noch im August 1914 verabschiedete. Darin war geregelt, dass die Publikation von Informationen, die dem Feind direkt oder indirekt von Nutzen sein konnten, ein Vergehen war. Ebenso stand unter Strafe Meldungen zu drucken, die mit einiger Wahrscheinlichkeit in zivilen oder militärischen Kreisen Großbritanniens und seiner Verbündeten die Moral untergraben oder gar Defätismus hervorrufen konnten.[87] Zur Überwachung und Durchsetzung dieser Regelungen wurde das *Press Bureau* gegründet, das die Veröffentlichung sensibler Informationen per Anordnung stoppen konnte.[88]

Im Außenministerium entstand zur gleichen Zeit das *News Department*, das mit dem Pressebüro zusammenarbeiten und die britische Kriegspolitik erklären und rechtfertigen sollte.[89] Die Mitarbeiter dieser kleinen Abteilung sahen sich selbst weniger als Propagandisten, sondern vielmehr als Lieferanten von offiziellen Informationen, die sie Journalisten auf Anfrage zur Verfügung stell-

---

84 MESSINGER, British Propaganda, S. 250.

85 Sanders und Taylor verweisen zu Recht auf die mehr als lückenhafte Quellenlage, die eine genaue Rekonstruktion der Anfänge der verschiedenen Organisationen nicht mehr zulässt, woraus sich in der Rückschau dieses verwirrende Bild ergibt. Über evtl. Vorkriegsplanungen für die Errichtung eines Propagandaapparats existieren keinerlei Belege mehr. SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 22.

86 MARQUIS, Words as Weapons, S. 476.

87 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 17. Erste Versuche, den Informationsfluss zu kontrollieren, hatte es bereits 1911 mit der Anpassung des „Official Secret Act" gegeben, der sich auf den Verrat von Staatsgeheimnissen bezog. Die Überarbeitung der ersten Fassung aus dem Jahr 1889 war eine Antwort auf das grassierende Spionagefieber. Ebd.

88 Gemeint ist das System der so genannten „D(efence)-Notices". JONES, British Press, S. 47f.

89 BAYLEN, British Press, S. 42.

ten.[90] Ihre Zielgruppe waren sowohl die Vertreter der heimischen Zeitungen als auch die Korrespondenten aus verbündeten und neutralen Staaten.[91] Die Nachrichtenabteilung stand in engem Kontakt zu den anderen Ministerien und Stellen, die direkt in Propagandaaktionen involviert waren, und entwickelte sich in der ersten Phase des Krieges zum eigentlichen Koordinationszentrum.[92] Dies war eine logische Konsequenz aus der Priorität, die der Auslandspropaganda gegeben wurde, und aus der Tatsache, dass die Beziehungen zu anderen Staaten bis dahin die ausschließliche Domäne des *Foreign Office* gewesen waren.

Der Vorrang, den die britische Regierung zunächst Propagandaaktivitäten im Ausland gab, fand auch institutionell seinen Niederschlag. Anfang September 1914 nahm das *Neutral Press Committee*, das unter der Ägide des Innenministeriums stand und die deutsche Propaganda in neutralen Staaten konterkarieren sollte, seine Arbeit auf.[93] Die größte und wichtigste Einrichtung, das *War Propaganda Bureau* im Wellington House, das wie die anderen Stellen unter höchster Geheimhaltung arbeitete, konzentrierte sich ebenfalls darauf, den Bevölkerungen der „neutralen und der Dominion-Staaten den Eintritt Großbritanniens in den Krieg und einzelne politische und strategische Entscheidungen während des Krieges verständlich zu machen".[94] Lediglich das parlamentarische Rekrutierungskomitee, das sich die Gewinnung von Freiwilligen für die Armee auf die Fahnen geschrieben hatte, war an der Heimatfront aktiv und betrieb offen und direkt Propaganda.[95] Die Regierung vertraute ansonsten offenbar auf die nachhaltige Wirkung des deutsch-britischen Antagonismus, der sich in der Vorkriegszeit verschärft hatte, sowie auf die Welle patriotischer Begeisterung, die die offizielle Kriegserklärung ausgelöst hatte.[96]

In Bezug auf die Presse ging diese Kalkulation voll auf. Hatte es in den Tagen vor dem Kriegsausbruch in den Zeitungen noch eine heftige Kontroverse über Sinn oder Unsinn einer Beteiligung Großbritanniens gegeben, so erfolgte danach in weiten Teilen der Presse eine Solidarisierung mit der Regierungspolitik und der Nation.[97] Selbst viele liberale Blätter, die den Krieg abgelehnt

---

90 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 37.

91 TAYLOR, Foreign Office and Propaganda, S. 876.

92 Ebd., S. 878. Das Außenministerium beließ es nicht bei seiner beratenden und koordinierenden Funktion, sondern engagierte sich mit der Zeit zunehmend in direkter Propagandaarbeit, u.a. erfolgte die Verteilung von Propagandamaterial über seine diplomatischen Vertretungen. SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 38–40.

93 TAYLOR, Foreign Office and Propaganda, S. 877.

94 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 41. Vgl. auch BUITENHUIS, War of Words, S. 13.

95 Das Komitee arbeitete unter der Führung des Kriegsministeriums, stützte sich aber auf die Parteiapparate, sprich Parteifunktionäre und Wahlkreisorganisationen, und war somit keine amtliche Propagandaabteilung im eigentlichen Sinn. SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 24.

96 Ebd., S. 22.

97 MARQUIS, Words as Weapons, S. 470.

hatten, konnten sich dem Sog der allgemeinen Stimmung nicht entziehen.[98] Dies lag u.a. daran, dass Verleger und Chefredakteure sich nun bemüßigt fühlten, ihren Beitrag zu einem möglichst schnellen siegreichen Ende des Krieges zu leisten, und nicht wenige taten dies voller Enthusiasmus.[99] Die Folge war, dass in vielen Redaktionen, sei es aus patriotischer Überzeugung oder sei es aus Furcht vor staatlicher Repression, eine Form der Selbstzensur geübt wurde, die der Regierung die Steuerung des Informationsflusses und der veröffentlichten Meinung wesentlich erleichterte.[100] Das bedeutete jedoch nicht, dass die Presse ihre Kritikfähigkeit gegenüber der politischen Führung verlor. Der Skandal um die völlig unzureichende Versorgung der britischen Truppen mit Granaten im Frühjahr 1915, den die Zeitungen Northcliffes, allen voran die *Daily Mail*, an die Öffentlichkeit brachten, ist nur eines von mehreren Beispielen. Insgesamt gesehen erwies sich die britische Presse jedoch als ein wichtiges und williges Instrument des offiziellen Propagandaapparats.[101]

Dennoch verlief die Beziehung zwischen beiden Seiten nicht störungsfrei. Gerade in der Anfangsphase des Krieges gab es zum Teil erhebliche Spannungen, die aus den unklaren Zensurregeln, mangelnden Informationen über den Kriegsverlauf und der unübersichtlichen Organisation der staatlichen Stellen resultierten.[102] Besonders das Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Tätigkeit des Pressebüros führte in den Redaktionen zu erheblichem Unmut. Sowohl der Erste Seelord Winston Churchill, als auch Premierminister Herbert Asquith hatten im August 1914 versichert, dass das neu geschaffene Amt die Öffentlichkeit umfassend über den Verlauf der militärischen Operationen informieren werde. Tatsächlich klagte die Presse über die strikte Zensur, durch die auf Druck der Militärs keinerlei aktuelle Nachrichten von der Front zur Veröffentlichung freigeben wurde. Kriegsminister Kitchener verbannte sogar alle Reporter von der Front.

Die Geheimniskrämerei der Streitkräfte, die das Pressebüro dominierten, hielt bis in das Jahr 1915 an und führte zu einer Eskalation des Konflikts mit Teilen der Presse. Zu beobachten war dabei auf offizieller Seite eine bemerkenswerte Verschiebung der Motivation. Stand anfangs die Sorge im Mittelpunkt, dass der Feind in den Besitz militärisch verwertbarer Informationen

---

98 Ein prominentes Beispiel war die *Daily News*, die ihre Haltung um 180 Grad wendete. JONES, British Press, S. 47. Die wenigen Zeitungen, die ihrem Anti-Kriegskurs konsequent treu blieben, stammten überwiegend aus dem sozialistischen Lager und standen der Labour Party nahe wie z.B. der *Herald* und der *Labour Leader*.

99 MARQUIS, Words as Weapons, S. 486.

100 THOMPSON, Northcliffe, S. 226. Vgl. ebenso MARQUIS, Words as Weapons, S. 470.

101 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 34.

102 „various government agencies tried to deal with the press via a web of competing, barely controlled hierarchies with feuding staffs and perpetual bitter rivalries." MARQUIS, Words as Weapons, S. 472. Die weiteren Ausführungen basieren auf SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 26–35.

kommen könnte, wuchs mit Rückschlägen wie der gescheiterten Dardanellen-Expedition und dem Skandal um die mangelhafte Versorgung der Front mit Munition[103] die Furcht, die Moral der Zivilbevölkerung in Großbritannien könnte leiden. Bei ihrer Arbeit achteten die Zensoren deshalb stärker auf die negativen Folgen, die schlechte Nachrichten für die öffentliche Meinung haben konnten, und versuchten, den Informationsfluss so zu steuern, dass ein optimistischeres Bild vom Kriegsverlauf entstand. Schleichend wandelte sich das Pressebüro auf diese Weise von einer Zensurbehörde zu einer Propagandaorganisation.

Nachdem eine Manipulation der Presse in den beiden genannten Fällen jedoch nicht in gewünschtem Umfang gelungen war, setzte sich die Einsicht durch, besser mit als gegen die Journalisten zu arbeiten. Der Kurswechsel, der dementsprechend eingeleitet wurde, erfolgte auf drei Ebenen: Erstens wurde den Journalisten der Zugang zu Informationen deutlich erleichtert. Besuche an der Westfront, bei der Flotte, in Munitionsfabriken und Kriegsgefangenenlagern wurden organisiert, der persönliche Kontakt zu Militärs und Regierungsvertretern intensiviert. Insbesondere das *News Department* des Außenministeriums verfolgte einen solchen individuellen Ansatz und bemühte sich, die Journalisten auf regelmäßigen Pressekonferenzen erschöpfend über die außenpolitischen Aspekte des Kriegsgeschehens zu informieren. Auf dem Wege dieser indirekten Beeinflussung gelang es der Regierung, die Presse zum Medium ihrer Propagandaaktivitäten zu machen. Das war

> nicht unbedingt eine Frage der bewußten Akzeptanz auf Seiten der Presse, als Verteiler der amtlichen Propaganda zu fungieren, ganz sicher nicht in der Anfangsphase des Krieges, als die große Masse der Propagandatätigkeit unter dem Mantel strikter Geheimhaltung durchgeführt wurde. Es gab viele Fälle, in denen Zeitungen nur allzu bereit waren, amtliche Propaganda zu verbreiten, weil sie inhaltlich derselben Meinung waren.[104]

Zweitens nahmen offizielle Institutionen verstärkt die Dienste von Journalisten in Anspruch, um von ihrem Fachwissen bei der Nachrichtenauswahl, Texterstellung und Verbreitung von Meinungen zu profitieren. Bemühungen in dieser Richtung hatte es von Beginn an gegeben. Bei der Festsetzung der Richtlinien für die Arbeit von Wellington House hatte eine Konferenz bekannter Chefredakteure mitgewirkt.[105] Sir George Riddell, Besitzer der *News of the World* und Vorsitzender des Zeitungsverlegerverbandes, hatte als Mittler zwischen der Regierung auf der einen und den Chefredakteuren auf der anderen Seite fungiert und war im Frühjahr 1915 vom Kriegsministerium und der Admiralität

---

103 Der so genannte „shell scandal".

104 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 34.

105 Darunter Geoffrey Dawson von der *Times*, J.L. Garvin vom *Observer*, Sidney Low von *The Standard*, J.A. Spender von der *Westminster Gazette* und J. St. Low Strachey vom *Spectator*. Ebd., S. 41.

zu deren offiziellem Pressesprecher ernannt worden.[106] Im Mai 1915 übernahm der ehemalige Chefredakteur von *Pall Mall Gazette*, *Westminster Gazette* und *Daily News*, Edward T. Cook, die Leitung des Pressebüros und holte eine Reihe von Journalisten als Berater in die mittlerweile auf 300 Mitarbeiter angewachsene Zensurbehörde.[107] Die informellen, auch sozialen Kontakte zwischen den Pressebaronen und Spitzenpolitikern waren ebenfalls ein wirkungsvoller Teil der Propagandastrukturen. Die vielen, mitunter täglichen Treffen in ungezwungener Umgebung boten die Möglichkeit, abzustimmen, was die Nation wissen durfte, und wirkten auf die Verleger disziplinierend.[108]

> Press and politicians […] were members of the same clubs, guests at the same dinner parties and active members of the same narrow spectrum of political parties. Press restraint somehow became identified with gentlemanliness, and doing the right thing became a matter of fulfilling obligations to fellow-members of the club, rather than meeting a professional responsibility for informing readers.[109]

Den Höhepunkt der Mitarbeit von Journalisten im amtlichen Propagandaapparat bildete 1918 die Berufung Beaverbrooks zum Informationsminister und die Ernennung Northcliffes zum Direktor der Abteilung für Feindpropaganda, die im Crewe House Quartier nahm. Die beiden Pressebarone zogen zahlreiche weitere bekannte Köpfe des britischen Journalismus nach. Für Northcliffes *Department for Propaganda in Enemy Countries* arbeiteten u.a. der Gründer des Journals *The New Europe* R.W. Seton-Watson, der Außenpolitik-Chef der *Times* Henry Wickham Steed und Hamilton Fyfe von der *Daily Mail*.[110]

Drittens wurde der amtliche Propagandaapparat wegen der Kritik der Presse, der Doppelungen und Rivalitäten sowie der ungenügenden Ergebnisse in der zweiten Hälfte des Krieges mehrfach umstrukturiert. In den ersten Monaten des Jahres 1916 erfolgte eine erste Reorganisation, die allerdings nur von kurzer Dauer war. Nach dem Wechsel an der Spitze der britischen Regierung

---

106 In dieser Funktion war er regelmäßiger Gast in den Ministerien und erhielt „private Informationen", die er an die Chefredakteure weitergeben durfte. MARQUIS, Words as Weapons, S. 473.

107 Zusammen mit dem ehemaligen Kolonialbeamten Sir Frank Swettenham als Co-Direktor. SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 31.

108 MARQUIS, Words as Weapons, S. 476.

109 Ebd., S. 485.

110 MESSINGER, Propaganda and State, S. 163–78. Seton-Watson war ursprünglich für das *Intelligence Bureau* tätig, das sich mit der Erstellung von Analysen über die innenpolitische Lage in den Feindstaaten beschäftigte, auf deren Basis dann die anderen Stellen Strategien für ihre Propaganda entwickeln sollten. Bei der Gründung des Informationsministeriums wurde diese Abteilung dem *Foreign Office* zugeschlagen und ging im *Political Intelligence Department* auf. Zusammen mit Steed erstellte Seton-Watson im Frühjahr 1918 für Northcliffes *Department for Propaganda in Enemy Countries* einen Plan, wie die Moral in Österreich-Ungarn mit Mitteln der Propaganda unterminiert werden konnte. Fyfe war ab Juli 1918 im Crewe House für die Propaganda gegen Deutschland verantwortlich. FYFE, Seven Selves, S. 228f.

Anfang Dezember drängte der neue Premierminister Lloyd George, der dem Einsatz von Propagandamethoden zur Manipulation der öffentlichen Meinung deutlich aufgeschlossener gegenüber stand als sein Vorgänger Asquith, auf einen erneuten Umbau.[111] An dessen Ende stand ein zentrales Informationsamt, das dem Premier direkt unterstellt war. Das neue Amt hatte die Oberaufsicht über sämtliche Propagandastellen, deren Aufgaben neu zugeschnitten und eindeutiger abgegrenzt wurden. Außerdem oblag ihm die Koordination mit den anderen Ministerien.[112] Mit dieser Maßnahme sollte der Informationsaustausch verbessert und damit die Effektivität gesteigert werden.

Zudem rückte die Heimatfront zunehmend ins Blickfeld. Die schweren Verluste der Materialschlachten und des U-Bootkrieges ließen einen moralischen Zusammenbruch der Zivilbevölkerung befürchten. Um das zu verhindern, beschloss das Kabinett Anfang Juni 1917 der Inlandspropaganda, die bisher völlig vernachlässigt worden war, eine höhere Priorität einzuräumen. Dazu wurde das *National War Aims Committee* (NWAC) ins Leben gerufen, dessen Zweck es sein sollte

> der Nation immer vor Augen zu halten, welche Ursachen zum Weltkrieg geführt haben und von welch entscheidender Bedeutung für das Leben der Menschen und ihrer Freiheit die Fortführung des Kampfes ist, bis die bösen Mächte, die diesen Konflikt ausgelöst haben, für immer vernichtet sind.[113]

Das Komitee profitierte bei seiner Arbeit von den Erfahrungen der Rekrutierungskampagnen und machte sich ebenfalls die Parteistrukturen zu Nutze, die sein organisatorisches Rückrat bildeten. Obwohl offiziell eigenständig, war das NWAC de facto eine Regierungsbehörde und wurde bald nach seiner Gründung in den staatlichen Propagandaapparat eingegliedert.[114]

Die Restrukturierung ging weiter und fand schließlich mit der Errichtung des Informationsministeriums am 4. März 1918 ihren Abschluss. Oberflächlich betrachtet war damit die für einen reibungslosen Ablauf nötige Zentralisation erreicht. Das Ministerium war in drei Hauptabteilungen gegliedert, die unter einem gemeinsamen Dach alle Aktivitäten bündeln sollten: eine für Inlands- und Auslandspropaganda, eine für Veröffentlichungen aller Art und eine weitere für individuelle Propaganda und Besucherbetreuung. In der Realität behielt jedoch das NWAC seine alleinige Kompetenz für die Inlandspropaganda.[115] Northcliffes Abteilung für Feindpropaganda unterstand auf sein Insistieren – wie das Informationsministerium – direkt dem Premierminister und führte da-

---

111 MESSINGER, British Propaganda, S. 4; TAYLOR, Foreign Office and Propaganda, S. 886.
112 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 62.
113 Anweisung des NWAC an die Redner, die im ganzen Land bei Versammlungen auftraten. Zit. nach ebd., S. 64.
114 Ebd.
115 Ebd., S. 72.

mit ebenfalls eine Parallelexistenz.[116] Auch die Vielfalt der Institutionen bestand im Grunde weiter, nur jetzt unter dem Dach des neuen Ministeriums.

In fact, the appointments and the new administrative structure introduced had a relatively limited impact. Journalists had long been assisting in official propaganda and the ministry did not develop an approach significantly different from that pursued to date.[117]

Mit der Einbindung der Presselords Beaverbrook und Northcliffe in den offiziellen Propagandaapparat kulminierte die Kollaboration der britischen Presse mit dem Staat. Zwar existierte schon zuvor auf vielen Ebenen eine enge Zusammenarbeit, aber die Berufung der zwei umstrittenen Verleger rief vor allem im Unterhaus Sorgen und Ablehnung hervor. Viele Abgeordnete hatten das Gefühl, dass hier eine Grenze überschritten und der Regierung ein Instrument an die Hand gegeben wurde, das die Manipulation der Massen nicht nur zur Mobilisierung für die Kriegsanstrengungen erlaubte, sondern von einem skrupellosen Politiker wie Lloyd George auch zum eigenen Machterhalt gebraucht werden konnte.[118] Dies umso mehr, als das Informationsministerium und die Abteilung für Feindpropaganda dem Premierminister und nicht dem Parlament unterstand.[119] Aus der Sicht Lloyd Georges war die Inthronisierung der Pressebarone ein geschickter Schachzug, mit dem er meinte, zwei seiner in der Vergangenheit schärfsten Kritiker und mögliche künftige „troublemaker" unter Kontrolle bekommen zu können. Diese Form der personellen Einbindung war ein generelles Kennzeichen der Instrumentalisierung der britischen Presse

---

116 Zusätzlich verstrickte sich Informationsminister Beaverbrook noch in eine Auseinandersetzung mit dem *Foreign Office* über das *Intelligence Bureau*. Der Pressebaron wollte die nachrichtendienstliche Abteilung unbedingt in seinem Ministerium haben. Das Außenamt hingegen versteifte sich darauf, dass die dort gewonnenen Informationen nicht nur für die Propaganda, sondern vor allem für die politischen Entscheidungsträger relevant waren, und beanspruchte die Abteilung für sich. Die Auseinandersetzungen zogen sich über Monate hin und wurden erst durch einen Kompromissvorschlag Lloyd Georges gelöst. Ebd., S. 74–80.

117 GRANT, Propaganda and State, S. 29. Zu demselben Schluss kommen SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 210. Es stellt sich die Frage, warum dann überhaupt ein neues Ministerium und die Berufung der beiden Pressezaren nötig waren. Laut H.G. Wells, einem der Deutschlandexperten im Crewe House, war die neue Struktur ein Instrument Lloyd Georges, um Beaverbrook und Northcliffe zu beschäftigen und so zu verhindern, dass sie sich zu sehr in die Politik einmischten. BUITENHUIS, War of Words, S. 137. Sanders und Taylor hingegen sehen darin den Teil eines größeren Plans des Premiers, der zum Ziel hatte, die Zuständigkeiten des Außenministeriums zu beschneiden und damit dessen Einfluss auf die Propaganda und die Politik der Downing Street zu minimieren. SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 75.

118 Ebd., S. 201.

119 In einer Parlamentsdebatte im August 1918 zeigte sich, dass eine Mehrheit der Abgeordneten der Propaganda äußerst skeptisch gegenüberstand. Die Inanspruchnahme der Dienste von Beaverbrook und Northcliffe wurde mit allgemeinem Missfallen aufgenommen. Ebd.

für die Propaganda. Einerseits behielten die Zeitungen ihre Unabhängigkeit und eine relativ große Freiheit, die Regierung im Rahmen der Zensur zu kritisieren, andererseits waren sie Teil des Systems.

> Indem die Regierung Macht und Kompetenz der Presse, wann immer möglich, für ihre Dienste in Anspruch nahm, einige Presseleute zum integralen Bestandteil der Landesverteidigung machte und bestimmte wichtige Redakteure und Verleger mit Auszeichnungen und Positionen bedachte, wodurch sie selbst ein vitales Interesse am Erhalt des Systems bekamen, konnte die Regierung das enorme Potential der Presse für die Dauer des Krieges voll ausnutzen.[120]

Die britische Presse wurde folglich eher mit ihrem stillen Einverständnis als durch staatlichen Zwang zum Erfüllungsgehilfen der amtlichen Propaganda, wobei auch ihr Patriotismus sicherlich eine wichtige Rolle spielte.

3.3.2 Fakt und Fiktion: Das Bild der Deutschen in der Propaganda

Nach der Diskussion über eine Beteiligung Großbritanniens am Krieg, die Kabinett, Parlament, Presse und damit auch Öffentlichkeit in Gegner und Befürworter gespalten hatte, war das vorrangige Ziel der Propagandisten in der ersten Phase der Auseinandersetzung, dem Gegner die Schuld zuzuweisen und ihn moralisch zu diskreditieren.[121] Auf diese Weise sollte eine nachträgliche Rechtfertigung des umstrittenen Entschlusses, in den Krieg gegen Deutschland einzutreten, geliefert und ein nationaler Schulterschluss bewirkt werden. Die Verletzung der belgischen Neutralität durch deutsche Truppen bei ihrem Angriff auf Frankreich war nicht nur der offizielle *casus belli*, sondern auch der Aufhänger für die unmittelbar danach einsetzende Kampagne zur Verdammung Deutschlands und zum Aufbau eines wirksamen Feindbildes. Dabei kamen verschiedene Grundelemente propagandistischer Techniken zum Einsatz wie Stereotype („bull-necked Prussian officers“), abwertende Bezeichnungen („Boches“, „Huns“), entlarvende Kategorisierungen („German Militarists“) und Geschichten über angebliche Gräueltaten, die bei der Herabsetzung des Gegners besonders wirksam waren.[122]

Kristallisationspunkt war der preußische Militarismus, der für den Ausbruch des Krieges und seine inhumanen Auswüchse verantwortlich gemacht wurde.[123] Der Begriff des „Prussianism“ avancierte jetzt erst recht zu einem

---

120 Ebd., S. 35.

121 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 116.

122 Neben den genannten vier identifiziert Marquis noch weitere vier Grundelemente, die zur Mobilisierung der Massen bzw. deren Teilnahme am Kriegseinsatz dienten: die Selektion oder Auslassung von Fakten („evacuations called ‚rectifications of the line‘ and retreats unmentioned“), Slogans („war to end wars“), einseitige Darstellungen („small victories inflated, large defeats censored“) und den „bandwagon“-Effekt („all patriotic people join the Army“). MARQUIS, Words as Weapons, S. 486.

123 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 116.

„Synonym für den militärisch geprägten deutschen Machtstaat", der einem schrankenlosen Hegemonialstreben huldigte.[124] Als Beweis dafür dienten zum einen die offensichtliche Missachtung internationalen Rechts durch die Führung des Kaiserreichs, zum anderen die Repressalien, mit denen die deutschen Militärs aus Furcht vor einem Volkskrieg auf vermeintliche Angriffe aus der Mitte der belgischen Zivilbevölkerung antworteten.[125] Gerade die *popular journals* setzten an diesen zwei Punkten an, um den Gegner in ein möglichst schlechtes Licht zu rücken.

> Der deutsche Soldat wurde von der englischen Massenpresse unter Aufgriff der berüchtigten ‚Hunnenrede' Wilhelms II. als barbarischer Hunnenkrieger gezeichnet, der Nonnen vergewaltigt, Kindern die Hände abhackt und eine Spur von Plünderung, Brandschatzung und allgemeiner Zerstörung hinterläßt. Im Namen der ‚Kultur' – so wurde ihnen vorgeworfen – waren die ‚Hunnen' zum Vernichtungsfeldzug gegen die westliche Zivilisation aufgebrochen.[126]

Reporter der *Daily Mail* – wie die der anderen Massenblätter – waren in den ersten Monaten des Krieges maßgeblich an der Verbreitung angeblicher deutscher Gräueltaten beteiligt, die es möglich erscheinen ließen, dass obige Vision Wirklichkeit wurde. Hamilton Fyfe, der von der Westfront aus Frankreich berichtete, listete in mehreren Artikeln für die *Mail* im August 1914 Akte der Brutalität deutscher Soldaten in Belgien und Frankreich auf. So beschrieb er u.a., wie Helfern vom Roten Kreuz die Hände abgeschnitten und Frauen und Kinder als menschliche Schutzschilde in Kampfhandlungen missbraucht worden waren. Bei seinen Berichten stützte er sich auf Erzählungen verwundeter Soldaten der britischen Expeditionsstreitmacht.[127] Im September veröffentlichte die *Mail* Reportagen über das Massaker von Löwen und über weitere Kriegsverbrechen in anderen belgischen und französischen Städten.[128] Der Großteil der englischen Presse brachte ähnliche Horrorgeschichten aus den von Deutschen besetzten Gebieten, deren Wahrheitsgehalt jedoch nicht vor Ort verifiziert werden konnte und die vielfach übertrieben waren.[129]

---

124 OTTO und SCHULZ, Großbritannien, Einleitung S. 6.

125 DOSE, Soul of Germany, S. 23.

126 Ebd. Es war kein Zufall, dass das Etikett des „Hunnen" auf die Eingebung eines Reporters der *Daily Mail* zurückging. Lovat Fraser hatte wenige Jahre zuvor in einem Artikel, der sich nahtlos in die Serie von Veröffentlichungen über einen kommenden Krieg gegen Deutschland einfügte, eine imaginäre Invasion Großbritanniens beschrieben, in der deutsche Zeppeline britische Städte bombardierten und deutsche Truppen im Gleichschritt durch das Land marschierten und dabei Tod und Zerstörung hinterließen. Diese Vision hatte er „The March of the Hun" genannt. TAYLOR, Great Outsiders, S. 143.

127 THOMPSON, Northcliffe, S. 231.

128 Ebd.

129 BOURNE, Lords of Fleet Street, S. 43. Die *Times* etwa berichtete am 29. August 1914, Löwen habe „aufgehört zu existieren". In Wirklichkeit trug nur ein Achtel der Stadt Schäden davon. MARQUIS, Words as Weapons, S. 487. Nach neueren Erkenntnissen der historischen Forschung bewegte sich die deutsche Kriegsführung in Belgien allerdings keineswegs immer im Rahmen des geltenden Rechts. Wie z.B. Kramer herausgefunden

Weite Teile der Presse übernahmen bei der Verbreitung von Berichten über deutsche Verbrechen eine initiative Funktion, indem sie von sich aus Gerüchte über solche Vorkommnisse aufnahmen und abdruckten. Die amtlichen Propagandastellen wiederum erfanden zwar keine deutschen Kriegsverbrechen, nutzten die im Umlauf befindlichen Horrorgeschichten aber aus und förderten ihre Bekanntmachung „als ein Mittel, die moralische Verdammung des Feindes gleichbleibend wachzuhalten".[130] Im Rahmen der Rekrutierungskampagnen wurden in den ersten zwei Kriegsjahren beispielsweise Plakate gedruckt, die deutsche Schandtaten in Belgien sowie andere barbarische Akte wie die Versenkung der *Lusitania* oder die Beschießung Scarboroughs durch deutsche Kriegsschiffe thematisierten.[131]

Ein zentrales Element in der offiziellen Propaganda war der so genannte Bryce-Report.[132] Die britische Regierung beschloss Mitte Dezember 1914 ein Komitee einzusetzen, das die Gräuelgeschichten untersuchen sollte und das Premierminister Asquith persönlich berichtete.[133] Den Vorsitz führte der Juraprofessor und ehemalige britische Botschafter in den USA, Lord Bryce, an dessen Integrität – wie an der der anderen Mitglieder – keine Zweifel bestanden.[134] Die Kommission befragte alliierte Soldaten und belgische Flüchtlinge zu den Vorgängen nach dem Einmarsch deutscher Truppen und stützte sich außerdem

---

hat, erschossen deutsche Soldaten in Belgien und Frankreich insgesamt über 5000 Zivilisten. Bei dem Massaker in Löwen starben Ende August 1914 allein 209 Bewohner. Ursachen waren u.a. der hohe Erfolgsdruck, unter dem die deutschen Truppen standen, der überraschend starke Widerstand der Belgier, die Furcht vor französischen Freischärlern bzw. dem Beginn eines Guerillakampfes hinter den eigenen Linien sowie die nachlassende Disziplin auf Grund der langen Gewaltmärsche und der schlechten Versorgung, die überdies Requirierungen und Plünderungen nötig machte. Anders als die britische Propaganda glauben machen wollte, waren die Exzesse aber nicht auf die angebliche Brutalität des deutschen Offizierskorps oder die angeborene Bestialität der deutschen Truppen zurückzuführen. KRAMER, Greueltaten, S. 85–114. Vgl. neuerdings umfassend HORNE und KRAMER, Deutsche Kriegsgreuel.

130 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 116.

131 Die Gräuelpropaganda war aber nicht der Schwerpunkt der Arbeit des Rekrutierungskomitees. Die Kampagnen zur Gewinnung von Freiwilligen konzentrierten sich auf Appelle an das patriotische Pflichtgefühl und den Aufbau sozialen Drucks. In letztere Kategorie fielen z.B. Plakate mit Überschriften wie „Britische Frauen sagen: Geh!" oder „Was hast Du im Großen Krieg gemacht, Vati?". Ebd., S. 117.

132 Der offizielle Name lautete „Report of the Committee on Alleged German Outrages".

133 Dazu umfassend MESSINGER, Propaganda and State, S. 71–9. Siehe auch BUITENHUIS, War of Words, S. 27.

134 Bryce war Mitglied des Oberhauses, hatte in Deutschland studiert, besaß die Ehrendoktorwürde verschiedener deutscher Universitäten und war Träger des höchsten deutschen Ordens, des „Pour le Mérite". In der Kommission saßen außerdem der bekannte Historiker H.A.L. Fisher, der Herausgeber der *Edinburgh Review*, Harold Cox, der berühmte Jurist und Verfassungshistoriker Sir Frederick Pollock, die bekannten Anwälte Sir Edward Clarke, MP, Sir Kenelm Digby und Sir Alfred Hopkinson. Ebd., S. 72f.

auf erbeutete Tagebücher deutscher Soldaten. Sie versuchte allerdings nicht zu bewerten, welche der Berichte Gerüchte aus zweiter oder dritter Hand oder der Fantasie entsprungen waren, sondern präsentierte sie bei der Veröffentlichung ihres Reports im Mai 1915 als Beweise. Die Kommissionsmitglieder schlussfolgerten aus dem, was sie gehört hatten, dass die Deutschen in Belgien tatsächlich eine umfassende Strategie der Einschüchterung verfolgt und dabei schlimmste Verbrechen an der Zivilbevölkerung verübt hatten. Geschildert wurden z.B. die wahllose Zerstörung von Gebäuden, die Vergewaltigung und Verstümmelung von Frauen, die Exekution von Kindern und das Abschneiden von Gliedmaßen bei Babies. Die Presse in Großbritannien, aber auch im befreundeten Ausland und in den neutralen Staaten stürzte sich besonders auf diese sensationsheischenden Teile des Berichts, die als Fakt akzeptiert wurden.[135] Amtliche Propagandastellen wie Wellington House und das parlamentarische Rekrutierungskomitee halfen, den Bryce-Report in möglichst großer Zahl zu verbreiten.[136]

Deutsche Kriegsgräuel blieben in den folgenden Jahren wichtiger Bestandteil der britischen Propaganda. Das erfolgreichste Projekt des NWAC, das ab 1917 die Moral der Heimatfront heben sollte, war der „Deutsche Verbrechens"-Kalender.[137] Auf jedem Monatsblatt war eine Gräueltat des Feindes dargestellt und der Jahrestag jedes „Verbrechens gegen die Menschlichkeit" rot eingekreist. Vier Monate lang waren Untaten in Belgien das Thema, darunter die Verwüstung der Stadt Löwen, die Hinrichtung der Krankenschwester Edith Cavell[138] sowie die Deportation belgischer und französischer Arbeiter. Fünf Monate lang wurden Zwischenfälle aus dem U-Bootkrieg behandelt wie die Versenkung der *Lusitania* und die Erschießung Kapitän Fryatts, der mit seinem Handelsschiff ein deutsches U-Boot gerammt hatte. Die restlichen Monate erinnerten u.a. an die Beschießung Scarboroughs und an die Zeppelin-Angriffe.[139] Zugute kamen den britischen Propagandisten bei ihrer Arbeit Fehler der deutschen Führung, die kontinuierlich Material für neue Kampagnen lieferte. Prominentestes Beispiel war der Ent-

---

135 Versuche von deutscher Seite, den Bericht zu konterkarieren, blieben außerhalb der deutschsprachigen Welt ohne Wirkung. Die Publikation des Berichts war einer der größten Propagandaerfolge der Briten während des gesamten Krieges. Ebd., S. 75.

136 Wellington House verkaufte den Bericht zum günstigen Preis von einem Pence. SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 120f.

137 Ebd., S. 119.

138 Sie wurde wegen Beihilfe zur Flucht gefangener alliierter Soldaten getötet. Streng nach Kriegsrecht ließ sich ihre Hinrichtung vielleicht rechtfertigen. Aus propagandistischer Sicht erwies sich ihr Fall für die Deutschen aber als Katastrophe, denn ihr Tod löste weltweit Empörung aus, die vom Wellington House gezielt genährt wurde, indem sie als „Engel der Barmherzigkeit" beschrieben wurde, während die Deutschen durch die strikte Befolgung des Kriegsrechts das Stereotyp der teutonischen Brutalität und gnadenlosen Unmenschlichkeit erfüllten. Ebd., S. 122.

139 Ebd., S. 119.

schluss zum unbeschränkten U-Bootkrieg, der gegen geltendes Kriegsrecht verstieß.[140]

Dass die Gräuelpropaganda sich zu einem Selbstläufer entwickelte und ein Klima schuf, in dem den Deutschen alles zugetraut wurde, offenbarte der Fall der angeblichen Leichenverwertungsfabrik. Die *Times* und die *Daily Mail* berichteten Mitte April 1917, dass die Deutschen in einer Anlage in Lüttich menschliche Leichen zu Seife einkochten.[141] Die Geschichte ging auf einen Artikel im Berliner *Lokal-Anzeiger* zurück und war über Umwege bis nach London gelangt. Im britischen Propagandaapparat gab es zunächst massive Zweifel an der Echtheit, da im deutschen Original nicht von Leichen die Rede war, sondern das Wort „Kadaver" verwendet worden war, welches üblicherweise tote Tiere bezeichnete. Im Wellington House hielt man die Meldung deshalb für „totalen Blödsinn" und fürchtete bei einer propagandistischen Verwertung um die eigene Glaubwürdigkeit. Das Außenministerium jedoch kam nach längerem Diskutieren und unter Hinzuziehung von Sprachwissenschaftlern, deren Meinung zufolge mit Kadavern auch menschliche Leichen gemeint sein konnten, zu dem Schluss, dass sich die Existenz einer solchen Fabrik nicht beweisen ließ, es aber in Anbetracht der vielen Gräueltaten keinen Grund gab, warum die Geschichte nicht genauso gut wahr sein konnte.[142] Wellington House erhielt daraufhin den Auftrag, die Meldung auszuschlachten und produzierte eine Flugschrift mit dem Titel „A Corpse Conversion Factory". Die britische Öffentlichkeit erfuhr erst 1925 von offizieller Seite, dass es sich dabei um ein bloßes Gerücht gehandelt hatte.[143]

Drei Gründe waren dafür verantwortlich, dass die Berichte über Akte deutscher Barbarei während der gesamten Dauer des Krieges glaubwürdig blieben.

---

140 Eine Steilvorlage war auch der Ausspruch von Reichskanzler Bethmann Hollweg, der in einem letzten Gespräch mit dem britischen Botschafter Goschen am 6. August 1914 den Vertrag, in dem die Neutralität Belgiens garantiert wurde, als einen bloßen „Fetzen Papier" bezeichnete, deretwegen England Deutschland den Krieg erklärte. Vgl. Bericht Goschens an Grey, 6. August 1914, abgedruckt in: HÖLZLE (Hrsg.), Quellen, Nr. 271, S. 488–491.

141 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 123 f.

142 Außenminister Balfour selbst teilte diese Ansicht. Ebd. In diesem Sinne äußerte sich auch der damalige Unterstaatssekretär im Foreign Office Lord Robert Cecil auf Nachfrage im Unterhaus. Schreiben von Percy Koppel, 22. Oktober 1925, PRO, FO 395/404, P1503/1503/145.

143 Der Fall der Leichenverwertungsanstalt geriet in die Schlagzeilen, weil der ehemalige Leiter des militärischen Geheimdienstes im alliierten Hauptquartier, Brigadegeneral John Charteris, durch eine missverständliche Äußerung bei einem Besuch in den USA Ende Oktober 1925 den Eindruck erweckt hatte, er selbst habe die Geschichte im Krieg erfunden. Bei seiner Rückkehr dementierte er genauso wie das Kriegsministerium, damit etwas zu tun gehabt zu haben. Vgl. THE TIMES, 4. November 1925 und THE MANCHESTER GUARDIAN, 4. November 1925. Im Außenministerium wurde daraufhin der Vorgang noch einmal überprüft und festgestellt, dass die Geschichte nur auf Hörensagen beruht hatte. Schreiben von Percy Koppel, 22. Oktober 1925, PRO, FO 395/404, P1503/1503/145. Bei einer Debatte im Unterhaus bestätigte das Foreign Office dann, dass die „Leichenverwertungsfabrik" trotz

Der erste war psychologischer Natur. Die britische Bevölkerung war völlig unvorbereitet in den Krieg mit Deutschland hineingeraten und „wollte" glauben, dass der Feind zu allem Möglichen Dingen fähig war. Die Horrorgeschichten halfen dabei, vorhandene Zweifel an der Kriegsteilnahme Großbritanniens zu überwinden und Hemmungen, andere Menschen zu töten, abzubauen.[144] Die Gräuelpropaganda hatte zweitens mit dem Bryce-Bericht einen offiziellen Stempel erhalten. Die Regierung hatte ihr durch die Kommission quasi ein Glaubwürdigkeitszertifikat verliehen. Drittens basierte die Propaganda auf einer Reihe unbestreitbarer Tatsachen: Deutschland hatte die ersten Schüsse des Krieges abgefeuert und das neutrale Belgien angegriffen, hatte Teile Frankreichs besetzt und am unbeschränkten U-Bootkrieg – aus welchen Gründen auch immer – festgehalten. Die britische Behauptung, dass Militaristen das Land führten, war ebenfalls nicht aus der Luft gegriffen.[145]

Die amtliche Propaganda sowie die patriotische Presse beschworen so vier Jahre lang das Feindbild vom aufgedunsenen preußischen Unhold mit Pickelhaube und Säbel, der im Stechschritt die Welt erobern will, eifrig Soldaten massakriert, Frauen vergewaltigt, Babies verstümmelt sowie Kirchen schändet und plündert.[146] Untermauert wurde das Stereotyp vom barbarischen Hunnen durch Beispiele aus der deutschen Geschichte und dem Geistesleben, mit denen der aggressive Charakter und die expansionistischen außenpolitischen Ziele der Deutschen erklärt wurden. Politiker, Philosophen, Geistliche und natürlich der Kaiser wurden zitiert, um den Glauben an die Gewalt und den Drang nach Weltherrschaft als nationale Eigenschaften der Deutschen plausibel erscheinen zu lassen.[147] Eben jener Wilhelm II. personifizierte in der Bildsprache der Propagandisten diese negativen Eigenschaften. Schon wegen seines hohen Bekanntheitsgrades war der Monarch ein Synonym für Deutschland und konnte

---

der Vermutung, es handele sich bloß um ein Gerücht, für Propagandazwecke benutzt worden war. SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 116. Das Eingeständnis, das einen erheblichen Wirbel in der Presse auslöste, war der Beginn einer kritischen Untersuchung der eigenen Propaganda, die etliche Gräueltaten als Erfindung entlarvte. Die Folge war ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber staatlich gelenkter Propaganda.

144 MARQUIS, Words as Weapons, S. 487f. Aus dem gleichen Grund wurden Geschichten, die die menschliche Seite des Feindes zeigten wie die Verbrüderungen zu Weihnachten 1914, als deutsche, britische und französische Soldaten an der Westfront zusammen Fußball spielten und Weihnachtslieder sangen, unterdrückt. Vgl. dazu neuerdings JÜRGS, Frieden im Krieg.

145 MARQUIS, Words as Weapons, S. 495. Ebenso BUITENHUIS, War of Words, S. 10f.

146 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 116.

147 Die britischen Propagandisten bedienten sich besonders der Schriften Treitschkes und Nietzsches. Sehr beliebt war ein Zitat aus Nietzsches Werk *Jenseits von Gut und Böse*: „[...] man muss [...] sich aller empfindsamen Schwächlichkeit erwehren: Leben selbst ist wesentlich Abneigung, Verletzung, Überwältigung des Fremden und Schwächeren, Unterdrückung, Härte, Aufzwingung eigener Formen, Einverleibung und mindestens, mildestens, Ausbeutung" Friedrich Nietzsche, Werke, Bd. 8, Leipzig 1906, S. 237f. Zit. nach SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 119.

zudem durch sein „persönliches Regiment“ als Hauptschuldiger am Kriegsausbruch gebrandmarkt sowie persönlich für die vermeintlichen Übergriffe deutscher Truppen verantwortlich gemacht werden.[148]

Ein solches Feindbild erfüllte gleich mehrere Zwecke. Es diente einerseits der Kriminalisierung und Diskreditierung der Deutschen und lieferte damit eine Rechtfertigung für den Krieg, indem dieser zu einem Kampf zwischen Gut und Böse stilisiert wurde. Zum anderen war es ein Instrument zur Bekämpfung des Pazifismus' und der Rufe nach einem Verhandlungsfrieden, die mit zunehmender Dauer der Auseinandersetzung vor allem im Lager der Sozialisten, aber auch bei den Liberalen lauter wurden.[149] Außerdem stützte ein solches Feindbild die Strategie der Koalitionsregierung Lloyd Georges, dessen erklärtes Ziel es war, den Krieg mit einem „knock-out blow“ gegen das Deutsche Reich zu beenden.[150] Das Ergebnis war, dass am Ende des Krieges „as a result of systematic and ceaseless atrocity campaigns, English public opinion had been convinced that the Germans were sub-human.“[151]

148 Vgl. Rebentisch, Gesichter des Kaisers, S. 205f.

149 Um diesen Strömungen entgegen zu wirken, ließ beispielsweise Northcliffe in der *Daily Mail* Auszüge aus Henry De Halsalles Propagandamachwerk *Degenerate Germany* abdrucken, mit dem der Autor nicht nur demonstrieren wollte, dass die Deutschen die „degenerierteste Rasse“ in ganz Europa waren, sondern er sich explizit gegen die pazifistischen Ideen der politischen Linken richtete. De Halsalle, Degenerate Germany, Einleitung S. V. Auch das NWAC versuchte durch den Einsatz des Stereotypes des „Hunnen“, den Einfluss der Kriegsgegner zu minimieren, die in der Union of Democratic Control und der Independent Labour Party organisiert waren. Sanders und Taylor, Propaganda, S. 125.

150 Reynolds, Britannia Overruled, S. 102.

151 Postgate und Vallance, English People's Opinion, S. 235.

II. WANDEL UND KOMMUNIKATION DES DEUTSCHLANDBILDES ZWISCHEN 1918 UND 1925

1. Journalisten und Politiker im Kommunikationsprozess

1.1 Britische Auslandskorrespondenten in Deutschland: Idealisten, Realisten, Propagandisten

Die Korrespondenten, die in den 1920er Jahren für die hier untersuchten britischen Zeitungen aus Deutschland berichteten, nahmen eine Schlüsselposition innerhalb der Personengruppen ein, die an der Formung und Kommunikation des Deutschlandbildes in den Massenmedien beteiligt waren. Ihre Artikel waren zentraler Bestandteil der Berichterstattung und stellten die wichtigste Informationsquelle für die Redaktionen in London dar. Es ist daher unabdingbar, sich im Rahmen der vorliegenden Arbeit eingehender mit den Auslandskorrespondenten zu beschäftigen. Im Mittelpunkt der folgenden Kurzbiographien von einigen ausgewählten Korrespondenten steht die Frage, inwiefern ihnen Bildung, Ausbildung, politische Überzeugungen und persönliche Erfahrungen mit Deutschland als Grundlage für spätere Interpretationsmuster dienten, die dann in ihre Berichte einflossen. Wie die Perzeptionsforschung gezeigt hat, sind die Bilder in den Köpfen von solchen Akteuren prinzipiell sowohl verfestigt als auch fließend. Sie entspringen einerseits momentanen Informationen, sind andererseits aber auch von langer Dauer und können ein Eigenleben führen, ohne dass sie eine Verbindung zur gegenwärtigen Realität haben.[1] Bei der Untersuchung biographischer Faktoren geht es darum zu eruieren, welche fest gefügten Vorstellungen die Korrespondenten von Deutschland hatten, wo diese Fremdbilder ihren Ursprung hatten und – soweit dies möglich ist – wie sie sich beim Zusammentreffen mit der Realität auswirkten oder veränderten. Bevor jedoch auf die Biographien einiger Korrespondenten im Einzelnen eingegangen wird, sollen vorab übergeordnete Aspekte und Faktoren angeführt werden, die von wesentlicher Bedeutung für das Entstehen der Fremdbilder waren.

Dafür, wie die deutsche Wirklichkeit tatsächlich erlebt wurde, war vor allem die Verweildauer der Journalisten in Deutschland eine wichtige Determinante. Generell lässt sich feststellen, dass das Bild, das der jeweilige Korrespondent von den dortigen Verhältnissen zeichnete, umso differenzierter war, je länger er sich dort aufhielt.[2] Die Kenntnis des deutschen Alltags aus eigener Anschauung,

---

1 Niedhart, Länderimages, S. 85. Vgl. auch Teil I, Kapitel 1.2.

2 Dieses Phänomen stellten auch die Verleger und Chefredakteure fest. So beklagte etwa Lord Northcliffe gegenüber C.P. Scott eine zunehmende einseitige Identifikation seiner Auslandskorrespondenten mit ihren Gastländern. „Said great trouble with his [correspondents, der Verf.] was they tended to become too much naturalized in the country they were in – married foreign wives and lost their independent stand-point." Gespräch zwischen Scott und Northcliffe in Manchester, 21. Mai 1921, Scott Papers, Memoranda and Correspondence, BL, SADM 50906.

die sich im Laufe der Zeit einstellte, und der persönliche Umgang mit Deutschen aus allen sozialen Schichten führten häufig dazu, dass die Auslandskorrespondenten den Problemen Deutschlands wesentlich aufgeschlossener gegenüberstanden als das allgemeine Publikum im Ausland sonst.[3] Entscheidend für die Verweildauer war wiederum der Zweck des Aufenthalts beziehungsweise der Auftrag des jeweiligen Journalisten. Für den Untersuchungszeitraum sind hier drei Kategorien klar unterscheidbar:
– *War Correspondents*, die nur kurze Zeit in Deutschland blieben,
– *Special Correspondents*, die nach Bedarf eingesetzt wurden,
– feste Deutschlandkorrespondenten, die mehrere Jahre lang berichteten.

Die ersten britischen Journalisten, die nach dem Waffenstillstand nach Deutschland kamen, waren die *War Correspondents*, die zusammen mit den britischen Besatzungstruppen Anfang Dezember 1918 ins Rheinland einrückten.[4] Die Mehrzahl von ihnen blieb nur wenige Wochen und kehrte noch vor Weihnachten nach England zurück. In Ergänzung dazu engagierten viele englische Zeitungen um die Jahreswende 1918/19 Journalisten aus neutralen Ländern wie den Niederlanden oder Schweden, für die es einfacher und sicherer war, sich in dieser innenpolitisch chaotischen Phase in Deutschland zu bewegen.[5]

Wenn es die Lage erforderte, wurden in der Zwischenkriegszeit außerdem immer wieder so genannte *Special Correspondents* nach Deutschland geschickt. Üblicherweise erhielten Vertreter dieser zweiten Gruppe den Auftrag, über ein bestimmtes Ereignis zu berichten oder auf einer längeren Reise Reportagen über Themen abseits des Alltagsgeschehens zu liefern. Besonders während des Krisenjahres 1923 machten viele Zeitungen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Ein solches Beispiel ist der *Daily Mail*-Reporter George Ward Price, der im September und Oktober 1923 in Deutschland unterwegs war, um über die Separatisten im Rheinland zu berichten. Ward Price war zuvor schon mit

---

[3] MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 59.

[4] Der Vormarsch begann, wie in den Waffenstillstandsbedingungen vorgesehen, am 1. Dezember 1918. Unter den Reportern waren bekannte Größen des britischen Journalismus wie William Beach Thomas von der *Daily Mail*, Philip Gibbs vom *Daily Chronicle*, Perceival Phillips von der *Westminster Gazette*, Henry W. Nevinson vom *Nation* und Charles E. Montague, der schon vor dem Krieg für den *Manchester Guardian* geschrieben hatte, während des Krieges u.a. als Pressezensor im Hauptquartier der Alliierten arbeitete, nach dem Krieg zum *Guardian* zurückkehrte und dort zum Stellvertreter von Chefredakteur und Herausgeber C.P. Scott aufstieg. Vgl. NEWTON, British Policy, S. 279; MONTAGUE, Disenchantment, S. 183f; NEVINSON, Last Changes, S. 151.

[5] Die *Times* beispielsweise bediente sich der Dienste des Schweden Gunnar Cederschiold, der Anfang Dezember 1918 von London aus zu einer einmonatigen Tour durch Deutschland aufbrach. Cederschiold an den Manager der *Times*, 4. Dezember 1918, Cederschiold: Managerial File, TNL Archive. Im Februar 1919 hatte die *Times* außerdem einen niederländischen Journalisten nach Weimar geschickt, der von der dort tagenden Nationalversammlung berichtete. Brain an Dawson, 8. Februar 1919, Dawson Papers, Correspondence with Ernest Brain, TNL Archive, GGD/1.

Sonderaufträgen mehrfach ins Deutsche Reich gereist, wie etwa im Anschluss an die Versailler Friedenskonferenz im Sommer 1919 oder zur Beobachtung der Kriegsverbrecherprozesse in Leipzig im Mai 1921.[6] Ein anderes Beispiel ist der Publizist Henry Noel Brailsford. Dieser kam im Auftrag des *Daily Herald* in den Jahren 1919 und 1922 zweimal nach Deutschland. Seinen Aufenthalten, die jeweils mehrere Wochen dauerten, lagen keine besonderen Anlässe zugrunde, sondern es waren eher typische Reportagereisen mit dem Ziel, eine Bestandsaufnahme der Veränderungen im Land zu liefern.[7] Dieses Arrangement spiegelt das lockere Arbeitsverhältnis zwischen ihm und seinem Arbeitgeber wider, bei dem Brailsford nicht fest angestellt war, sondern für den er auf Honorarbasis schrieb.

Die dritte Gruppe bildeten die festen Deutschlandkorrespondenten, die meist mehrere Jahre blieben und ihre Büros in Berlin hatten. Die Mehrzahl wurde in der zweiten Jahreshälfte 1919 in die deutsche Hauptstadt entsandt, nachdem sich die innenpolitische Lage einigermaßen stabilisiert hatte und außenpolitisch mit dem Vertrag von Versailles der Kriegszustand zwischen beiden Ländern offiziell beendet war. Sie waren bei der Presseabteilung der Reichsregierung akkreditiert und übernahmen den größten Teil der Berichterstattung über Deutschland. Mitte der 1920er Jahre waren 22 britische Journalisten bei der Presseabteilung registriert. Sie stellten damit die zweitgrößte Gruppe der insgesamt 198 Auslandskorrespondenten, die in dieser Zeit aus Berlin berichteten.[8] Zu dieser Kategorie gehörten Morgan Philips Price vom *Daily Herald*, Harold Daniels von der *Times* und Frederick Augustus Voigt vom *Manchester Guardian*. Zur Unterstützung ihrer Repräsentanten in Berlin leisteten sich einige Zeitungen darüber hinaus weitere Korrespondenten in anderen großen Städten wie etwa München oder Köln. Die Stadt am Rhein genoss als Hauptquartier der britischen Besatzungsarmee einen besonderen Stellenwert. So hatte beispielsweise die *Times* mit George Gedye dort einen eigenen Rheinlandkorrespondenten.

Neben der Dauer des Aufenthalts und der genauen Kenntnis der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Weimarer Republik waren eine Reihe weiterer Faktoren entscheidend für die Einstellung der Korrespondenten gegenüber Deutschland. Als besonders prägend hat sich bei ihnen die Phase zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr erwiesen, in die Studium und erste Berufserfahrungen im Journalismus fielen. Die Beschäftigung mit deutscher Philosophie, Literatur, Geschichte oder Sprache gepaart mit einem Besuch in Deutschland im Rahmen der Universitätsausbildung, wie sie sich im Werdegang vieler Korrespondenten findet, führte im Allgemeinen zu einem positiven

---

6 Ward Price, Correspondent, S. 112f. und 152–154.

7 Leventhal, Last Dissenter, S. 154–157 und 170f.

8 Mit 25 akkreditierten Journalisten bildeten die Amerikaner die größte Gruppe. „Verzeichnis der in Berlin arbeitenden ausländischen Journalisten“, Aufzeichnung, undatiert [Mai 1924, der Verf.], PA AA, Presseabteilung P 66/1, Bd. 2.

Urteil. Das berufliche Umfeld konnte eine ähnlich starke Wirkung haben und zwar sowohl in positiver als auch in negativer Richtung. Ansichten von Kollegen oder Vorgesetzten, denen die Korrespondenten während ihrer Ausbildung ausgesetzt waren, färbten bis zu einem gewissen Grad ihr Deutschlandbild oder wurden sogar ganz übernommen. In beiden Fällen gilt, dass Einstellungen und Urteile – ob positive oder negative – die in dieser Lebensphase gewonnenen wurden, meist von langer Dauer waren und die Tendenz der Berichterstattung des jeweiligen Journalisten bestimmten.

Ein weiterer wichtiger Faktor war das Kriegserlebnis in den Schützengräben. Bei einer Reihe von Korrespondenten hatte es, wie bei vielen anderen Soldaten auch, ein Gemeinschaftsgefühl mit dem Gegner erzeugt sowie den Wunsch geweckt, künftige Konflikte friedlich zu lösen. Daraus resultierte eine verständnisbereite, offene Sichtweise auf das Nachkriegsdeutschland.

Und schließlich sind die Zeitumstände zu berücksichtigen, denn das Deutschlandbild der britischen Auslandskorrespondenten entwickelte sich nicht losgelöst vom Meinungsklima, das in Großbritannien vorherrschte. So existierten zwischen 1864 und 1939 zwei in ihrer Haltung zu Deutschland gegensätzliche Strömungen. Auf der einen Seite eine prodeutsche Richtung, deren Vertreter unter den Liberalen und in der Arbeiterbewegung zu finden waren, und die wegen ihrer moralischen Überzeugungen als Idealisten bezeichnet werden können. Auf der anderen Seite eine antideutsche Richtung, die Anhänger vor allem unter den Konservativen hatte, und die auf Grund ihrer Weltsicht als Realisten gelten können.[9]

> The former preached the gospel of international morality and goodwill, the latter the morality of the state and the need to defend national interests; the former disliked war, the latter defended or even glorified it; the former urged arbitration and conciliation, the latter scorned them as a slight to national honour; the former upheld the freedom of the individual, the latter a sense of duty to the state.[10]

Wie die folgenden biographischen Skizzen verdeutlichen, sind gemäß dieser Definition auch unter den britischen Auslandskorrespondenten, die in den 1920er Jahren in Deutschland ihrem Beruf nachgingen, sowohl Idealisten als auch Realisten zu finden. Vergleicht man die Einstellungen der Vertreter beider Lager zudem mit dem Inhalt ihrer Berichte, so bietet dieses Raster eine gute Möglichkeit festzustellen, inwiefern ihre vorgefassten Meinungen und ihre politische Haltung ihr Bild von Deutschland in dieser Zeit beeinflussten. Oder anders ausgedrückt: Schrieben Idealisten tendenziell prodeutsche und Realisten antideutsche Artikel oder veränderten sich ihre Positionen unter dem Einfluss der Wirklichkeit und löste sich dieser Gegensatz damit auf? Problematisch ist dieses Schema allerdings insofern, als dass seine Rigidität keinen Raum für Fälle lässt, die weder der einen noch der anderen Seite eindeutig zuzuordnen

---

9 Diese Einteilung geht zurück auf KENNEDY, Idealists and Realists.
10 Ebd., S. 138.

sind.[11] Hinzu kommt, dass das Raster um eine Kategorie erweitert werden muss, denn auf der inhaltlichen Ebene sind nicht nur idealistische oder realistische Positionen anzutreffen, sondern als Folge des Ersten Weltkriegs auch propagandistische. Die folgende Klassifizierung basiert auf diesem erweiterten Modell.

Unter den vier Auslandskorrespondenten, die in den Kurzbiographien vorgestellt werden, sind alle drei Richtungen – Idealisten, Realisten und Propagandisten – vertreten. Ihre Auswahl stellt den Versuch dar, einen möglichst repräsentativen Querschnitt zu bilden. Dass die vier für unterschiedliche Deutschlandbilder standen, die zu einem gewissen Teil politisch motiviert und typisch für die zu dieser Zeit in Großbritannien vorherrschenden Interpretationsmuster waren, war dabei eins von mehreren Kriterien. Berücksichtigt wurde außerdem, dass alle vier für eine der hier untersuchten Zeitungen arbeiteten und dass vom Reporter auf Honorarbasis über den Sonder- bis hin zum Deutschlandkorrespondenten die damals gängigen Abstufungen der Korrespondententätigkeit vertreten waren.[12]

1.1.1 Ausgewählte Beispiele: H. N. Brailsford, G. E. R. Gedye, F. A. Voigt, G. Ward Price

H. N. Brailsford

Der Journalist Henry Noel Brailsford galt in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen als einer der herausragendsten Publizisten, die der Labour Party nahe standen. Gleichzeitig war er aber auch einer der umstrittensten.[13] Im Laufe seiner Karriere schrieb er für eine ganze Reihe namhafter regionaler und überregionaler Zeitungen, darunter von 1917 bis 1922 auch für den *Daily Herald*.[14] In seinen Artikeln übte Brailsford immer wieder scharfe Kritik an der Politik der Alliierten gegenüber Deutschland und warb dafür, dem geschla-

---

11 Was Kennedy selbst erkannt hat, die Gültigkeit seiner These dennoch nicht in Frage gestellt sieht. Ebd., S. 138f. MacIntyre bezweifelt in seiner Dissertation hingegen, dass eine solche Kategorisierung überhaupt zutreffend ist: „there is no necessary connection between an idealist perception and a pro-German attitude, a realist perception and an anti-German attitude. Although idealist and realist perceptions do on occasions coincide with pro- and anti-German attitudes respectively, this should not be allowed to obscure the fact that the coincidence is far from being a consistent one. […] Various groups or individual perceptions of a situation could be similar and yet produce quite different attitudes towards the same object within the situation. The failure to make such a distinction could be regarded as a flaw in Kennedy's argument." MacIntyre, Images of Germany, S. 31.

12 Die Gruppe der Kriegsreporter findet wegen ihrer extrem kurzen Aufenthaltsdauer und der zum Teil nicht-britischen Herkunft keine Berücksichtigung.

13 Leventhal, Last Dissenter, S. 147 und 154. Der folgende Abschnitt stützt sich im Wesentlichen auf diese Biographie sowie auf die Veröffentlichungen Brailsfords im *Daily/The Herald*.

14 Danach übernahm er den Chefredakteursposten beim *New Leader*, dem offiziellen Presseorgan der Labour Party.

genen Feind mehr Vertrauen entgegen zu bringen. Mit seinem Widerstand gegen einen Diktatfrieden und insbesondere gegen überzogene Reparationsforderungen, seinem Eintreten für die Interessen des Deutschen Reiches sowie seinem Werben für eine neue, auf dem Völkerbund basierende Ära der internationalen Beziehungen vertrat er Positionen, die sich weitgehend mit denen der Labour Party deckten, der er selbst angehörte.

Die Vorstellungen Brailsfords von Deutschland und den Deutschen trugen idealisierende Züge, die typisch waren für Vertreter und Sympathisanten der Arbeiterbewegung in Großbritannien.[15] So war Brailsford davon überzeugt, dass sich in der Novemberrevolution die Kräfte des „besseren" Deutschland nachhaltig durchgesetzt und die Demokratie auf Dauer Fuß gefasst hätten.[16] Von der britischen Politik forderte er, dies anzuerkennen und sich um eine Aussöhnung mit den Deutschen zu bemühen, anstatt die junge Republik durch Wiedergutmachungsforderungen „in der Wiege zu erdrosseln" und die Bevölkerung in die Arme der Bolschewisten zu treiben.[17] Ein Blick auf seinen Werdegang zeigt, dass Brailsfords Interpretation der Ereignisse in Deutschland maßgeblich durch seine persönlichen Erfahrungen und seine politische Sozialisation geprägt war.

Brailsford wuchs in einer sehr frommen Familie auf. Sein Vater war Geistlicher, und schon früh begann der Sohn, gegen dessen strenge Erziehung aufzubegehren. Diese Erfahrung, aus der sich Brailsfords unbändiger Freiheitsdrang erklärte, sollte sein gesamtes späteres Leben prägen, in deren Verlauf er sich dem Kampf gegen jede Form von autoritärer Herrschaft verschrieb.[18]

In seinen letzten Schuljahren hatte er ein besonderes Interesse an alten Sprachen entwickelt und schrieb sich 1890 an der Universität Glasgow für Latein, Griechisch, Philosophie und Mathematik ein. Maßgeblich beeinflusst wurde Brailsford im Verlauf seines Studiums durch die Ideen des deutschen Philosophen Hegel, die von seinem Dozenten Edward Caird als eine „Philosophie des Fortschritts" interpretiert wurden.[19] Sein Studium schloss er 1894 mit einem Master of Arts in Philosophie und klassischen Sprachen ab und arbeitete zunächst ein Jahr lang als Assistent von Robert Adamson, der an der Universität Glasgow die Professur für Logik inne hatte.[20]

---

15 Vgl. dazu ausführlich KRIEGER, Labour Party.

16 In dieser Weise interpretierte Brailsford das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919. Mit ihrer Entscheidung, für das Zentrum, die SPD oder die liberalen Parteien zu stimmen, hätten 66 Prozent aller Deutschen bewiesen, dass sie Republikaner und Antimilitaristen seien. THE HERALD, 1. Februar 1919, LA „Wilson Or Spartacus".

17 THE HERALD, 7. Dezember 1918, LA „The Folly Of Indemnities" sowie THE HERALD, 28. Dezember 1918.

18 Brailsford kam 1873 in Muirfield, Yorkshire, zur Welt und blieb ein Einzelkind. KINGSLEY, Brailsford, S. 137.

19 LEVENTHAL, Last Dissenter, S. 14–17.

20 Die Prüfungen absolvierte er mit „first class honours" in Logik und Moralphilosophie sowie „second class honours" in Griechisch und Latein. KINGSLEY, Brailsford, S. 137.

Nachdem er 1895 einige Zeit als Gaststudent in Oxford verbracht hatte, reiste Brailsford nach Berlin, wo er Sommerkurse über die Geschichte der Philosophie unter anderem bei Carl Stumpf und Friedrich Paulsen belegte.

This first trip to Germany was a kind of intellectual pilgrimage for the young Hegelian, confirming an infatuation with German culture as well as improving his facility with the language. Although the visit lasted only two months, the uncritical reverence that it inspired coloured his subsequent image of Germany.[21]

Einen nachhaltigen Eindruck hinterließen bei ihm vor allem die Angehörigen der unteren sozialen Schichten wie der Arbeiterschaft, von denen Brailsford auch Jahrzehnte später noch schwärmte, wie freundlich, hilfsbereit, fröhlich und geistreich sie gewesen seien. Ganz im Gegensatz zu den deutschen Staatsdienern, die ihm als arrogant und unhöflich in Erinnerung blieben.[22]

Ursprünglich hatte Brailsford vorgehabt, als Dozent an der Universität zu lehren. Als diese Pläne scheiterten, entschied er sich stattdessen für den Beruf des Journalisten. Zunächst schrieb er gelegentlich für Zeitungen in Schottland wie den *Glasgow Herald* und den *Scotsman*, später auch für den *Manchester Guardian*.[23] Der Durchbruch gelang ihm aber erst in London. Hier arbeitete er ebenfalls zunächst auf freier Basis für verschiedene liberale Blätter, darunter die *Daily News*. Dort erhielt er eine Festanstellung und stieg im Laufe der Zeit zum führenden Leitartikler auf.

Seine Liaison mit der liberalen Presse war allerdings nicht von Dauer. Grund dafür waren Brailsfords politische Überzeugungen, die immer weniger im Einklang mit der Politik der liberalen Partei standen, sondern eher auf einer Linie mit der der Labour Party lagen. Schon während seines Studiums war er in Kontakt mit der Arbeiterbewegung gekommen und hatte eine gewisse Vorliebe für sozialistische Ideen entwickelt.[24] Im Jahr 1907 trat er dann der *Independent Labour Party* (ILP) bei.[25] Auslöser für seine Abkehr von der *Daily News* war schließlich die sich zuspitzende Auseinandersetzung um das Frauenwahlrecht in Großbritannien. Brailsford unterstützte die Suffragetten-Bewegung in ihrem Kampf für gleiche Rechte und gab seinen Redakteursposten aus Protest gegen den kompromisslosen Kurs der liberalen Regierung in dieser Frage schließlich auf.[26] Danach arbeitete er nie wieder als fest angestellter Redakteur für eine

---

21 LEVENTHAL, Last Dissenter, S. 21.

22 THE DAILY HERALD, 9. Dezember 1918, LA „Is It A New Germany?".

23 Brailsford hatte sich Hoffnungen gemacht, auf Dauer beim *Manchester Guardian* bleiben zu können, nachdem er 1898 den Auftrag erhalten hatte, für das Blatt eine Reportagereise nach Kreta zu unternehmen und auf dem Rückweg durch Frankreich auch über die Dreyfuß-Affäre berichtete. Seine Hoffnungen wurden aber von C.P. Scott enttäuscht. LEVENTHAL, Last Dissenter, S. 38–42.

24 Ebd., S. 24.

25 WHO'S WHO, Brailsford, S. 376.

26 Brailsford spielte als Mitbegründer und Sekretär des *Conciliation Committee for Women's Suffrage* selbst eine aktive Rolle in der Suffragetten-Bewegung. KINGSLEY, Brailsford, S. 138.

große Zeitung, sondern bevorzugte eine Tätigkeit als freiberuflicher Publizist.[27]

Brailsfords Sympathien für die Ziele der Suffragetten resultierten aus einem tief verwurzelten Humanismus, der auch seine Vorstellungen von den internationalen Beziehungen maßgeblich beeinflusste. Seiner Meinung nach hatte jedes Volk das Recht auf Selbstbestimmung und kulturelle Eigenständigkeit, was ausdrücklich auch diejenigen einschloss, die unter der Herrschaft des britischen Empire lebten, egal ob Iren, Ägypter oder Inder. Von der britischen Außenpolitik verlangte er, den Kampf unterdrückter Völker für nationale Eigenständigkeit zu einem ihrer Hauptanliegen zu machen.[28]

Vor diesem Hintergrund sind auch seine Sympathien für die deutsche Expansionspolitik in den Jahren vor 1914 zu sehen. Das Deutsche Reich war in seinen Augen im Konzert der europäischen Mächte der „underdog", der „Zuspätkommer", den die Hauptkonkurrenten England und Frankreich nicht als gleichberechtigten Mitspieler anerkennen wollten.[29] Für Brailsford stand fest, dass die Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht so sehr im außenpolitischen Kurs des Kaiserreichs zu suchen war, sondern tiefer lag. Gemäß einer der Kernthesen der sozialistischen Kapitalismuskritik war er davon überzeugt, dass dieser Krieg – wie alle Kriege in dieser Epoche – vielmehr Resultat der ökonomischen Rivalität der großen Mächte war. Eine These, zu der Brailsford mehrere Bücher veröffentlichte.[30]

Während des Krieges stand er in engem Kontakt zu den Gründern der *Union of Democratic Control* (UDC), darunter Ramsey MacDonald, Charles Trevelyan, Norman Angell, E.D. Morel, Bertrand Russell und Arthur Ponsonby, ein Personenkreis, der eine führende Rolle sowohl in der Arbeiter-, als auch in der britischen Friedensbewegung spielte. Zusammen mit den Gewerkschaften und der Labour Party attackierte die UDC die Geheimdiplomatie der Vorkriegszeit und setzte sich für eine Demokratisierung der außenpolitischen Entscheidungsprozesse ein.[31] Eine weitere zentrale Forderung, für die auch

---

27 LEVENTHAL, Last Dissenter, S. 64f.

28 KINGSLEY, Brailsford, S. 137.

29 „he recognized the mistreatment suffered at the hands of rivals determined to thwart its expansion overseas. The provocative conduct which repeatedly threatened to disrupt the peace of Europe was Germany's protest ‚against the toils of a vast diplomatic intrigue which were gradually hemming her in'. Menaced by territorial encirclement, excluded from the exploitation of Marocco by devious Anglo-French arrangements, an aggrieved Germany could retaliate only by arming militarily, cowing its antagonists into belatedly conceding a place in the sun." LEVENTHAL, Last Dissenter, S. 100.

30 Das wichtigste erschien 1914 unter dem Titel *The War of Steel and Gold* und wurde zu einem Klassiker der sozialistischen Literatur. KINGSLEY, Brailsford, S. 137.

31 Wohl war man sich über diese Ziele grundsätzlich einig. Wie sie erreicht werden sollten – durch einen Verständigungsfrieden oder einen Sieg der Alliierten – und wie ein Frieden gerade in Bezug auf die politische und territoriale Neuordnung Deutschlands aussehen sollte, darüber gingen die Vorstellungen aber auseinander. Vgl. KRIEGER, Labour Party, S. 15.

Brailsford warb, war die grundsätzliche Neuordnung der internationalen Beziehungen. Diese sollten künftig auf dem Prinzip basieren, Konflikte auf dem Verhandlungsweg friedlich zu regeln. Als Forum sollte ein Völkerbund dienen.[32] Für sein publizistisches Wirken im Sinne einer internationalen Verständigung erhielt Brailsford, der auch in der *League of Nations Society* engagiert war, im August 1918 den *League of Nations Prize*.[33]

Was die künftige Rolle Deutschlands in Europa anging, so deckten sich die Vorstellungen Brailsfords ebenfalls mit denen führender Köpfe der britischen Arbeiterbewegung. Entscheidend war für sie, dass der Militarismus in seiner preußischen Variante durch eine Demokratisierung des Kaiserreichs zerschlagen wurde. Dieses Ziel beruhte auf der Überzeugung, dass eine demokratische Regierung zu einer aggressiven Politik im Stil Wilhelms II. nicht fähig gewesen wäre. Das deutsche Volk selbst sei unschuldig und sei durch eine kriegslüsterne Junkerklasse in den Krieg gezogen worden.[34] Entsprechend dieser Argumentation sah Brailsfords Konzept von einer europäischen Nachkriegsordnung weder die Ächtung oder Erniedrigung eines der Beteiligten durch Schuldzuweisungen noch Wiedergutmachungsleistungen vor.[35]

Als Plattform zur Verbreitung seiner Ansichten nutzte Brailsford seit 1917 auch den *Daily Herald*. Unter der Leitung des Labour-Politikers George Lansbury versuchte das Blatt während des Krieges, seiner pazifistischen Linie treu zu bleiben und wandte sich, je länger der Krieg dauerte desto vehementer gegen seine Fortsetzung.[36] Friedensinitiativen wie die deutsche vom Dezember 1916 wurden ausdrücklich begrüßt. Lansbury ließ aus diesem Anlass sogar eine Sonderausgabe drucken, auf deren Titelseite in großen Buchstaben „YES!" prangte.[37] Ähnlich positiv wurden in der Redaktion die Bemühungen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson aufgenommen, der im Januar 1917 einen „Frieden ohne Sieg" propagierte.[38]

---

32 LEVENTHAL, Last Dissenter, S. 133 und 138.

33 Ausgezeichnet wurde sein Essay *Foundations of Internationalism*, der in der *English Review* erschien und in dem er schlüssig darlegte, dass ein Völkerbund nur dann effektiv arbeiten könne, wenn er von einem Geist des Internationalismus getragen werde. Der Aufsatz wurde später auch in den USA unter dem Titel *The Covenant of Peace* veröffentlicht. Ebd., S. 145.

34 KRIEGER, Labour Party, S. 16.

35 LEVENTHAL, Last Dissenter, S. 138.

36 Lansbury und seine Mitstreiter waren davon überzeugt, dass die Schuld am Kriegsausbruch, wenn überhaupt, die Regierungen aller beteiligten Staaten gleichermaßen traf. In seinen Erinnerungen stellte der Labour-Politiker fest: „There was no excuse for British statesmen, none for the Tsar or Kaiser: bloodguiltiness rests on them all. So when war came that was the attitude we took up. We could not support our own people in such a war, and of course could give no support to her enemies, so we stood by waiting for a chance to make propaganda for peace." LANSBURY, My Life, S. 182.

37 POSTGATE, Lansbury, S. 163. Northcliffe dagegen titelte in einer Sondernummer der *Evening News*: „NO!".

38 Ebd., S. 164.

Die Aussichten auf einen Verständigungsfrieden waren allerdings schon deshalb schlecht, weil nicht nur die militärische Führung in Deutschland weiter auf einen Durchbruch an der Westfront hoffte, sondern auch die Koalitionsregierung unter Lloyd George kompromisslos auf einen Sieg setzte. Als sich im Herbst 1918 eine Niederlage der Deutschen immer deutlicher abzeichnete, wuchs bei Brailsford die Furcht, dass die Sieger die Stunde des Triumphs auskosten könnten, ohne an die langfristigen Folgen zu denken.[39] Bereits am 2. November 1918 warnte er vor einem Diktatfrieden. Verhandlungen im eigentlichen Sinne könne es zwar kaum geben, da die Deutschen nach ihrer Niederlage über keinerlei Verhandlungsmasse mehr verfügten, dennoch gebe es sehr wohl eine moralische Grenze, die die Alliierten bei ihren Forderungen nicht überschreiten dürften, nämlich die 14 Punkte Wilsons, auf deren Grundlage die deutsche Regierung den Waffenstillstand angeboten hätte.[40] In den Wochen nach Ausbruch der Novemberrevolution verfolgte Brailsford die innenpolitischen Veränderungen im Deutschen Reich aufmerksam. Seinem Eindruck nach war die Mehrheit der Deutschen von ihren Weltmachtansprüchen geheilt, hatte mit der Aristokratie und dem Militarismus abgeschlossen und entsprach nun dem Ideal eines genuin demokratischen Volkes, das sich künftig auf den Wiederaufbau seines Landes konzentrieren würde.[41] Zwar bemerkte er sehr wohl, dass alte Strukturen, etwa in den Ministerien in der Wilhelmstraße, fortbestanden, glaubte aber nicht, dass diese Relikte des kaiserlichen Regimes je wieder entscheidenden Einfluss in Deutschland gewinnen könnten.[42]

Mit Sorge beobachtete Brailsford dagegen den Wahlkampf in Großbritannien, in den er selbst als Labour-Kandidat für den Wahlkreis Montrose Burghs in Schottland involviert war.[43] Forderungen wie „Make the Germans pay!" quittierte er mit harscher Kritik. Eine Abwälzung der Kriegskosten auf den geschlagenen Gegner war für ihn volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Da die Deutschen Reparationsleistungen nur über den Export von Gütern unter anderem nach Großbritannien erbringen könnten, würde dies zu Auftragsverlusten und Arbeitsplatzabbau bei britischen Unternehmen führen. Um die Repara-

---

39 LEVENTHAL, Last Dissenter, S. 146.

40 THE HERALD, 2. November 1918, LA „Wilson Or Balfour".

41 Ebd., 18. Januar 1919, LA „The German Revolution". Brailsfords Tendenz, die Ergebnisse der Novemberrevolution als endgültigen Sieg der demokratischen Kräfte über die alte Ordnung zu interpretieren und für alle innenpolitischen Probleme Deutschlands die Außenpolitik der Alliierten verantwortlich zu machen, blieb allerdings nicht unwidersprochen. So bezweifelte etwa Morgan Philips Price, dass die Institutionen und Geisteshaltung des Kaiserreichs restlos verschwunden seien. Price warnte außerdem davor, die Einheit der sozialistischen Parteien zu über- und die reaktionären Kräfte in Deutschland zu unterschätzen. PRICE, Three Revolutions, S. 168.

42 THE DAILY HERALD, 20. Mai 1919, LA „The Peace Of Strangulation".

43 Brailsford verfehlte allerdings die nötige Mehrheit für einen Sitz im Parlament. KINGSLEY, Brailsford, S. 138.

tionszahlungen einzutreiben, sei darüber hinaus eine dauerhafte Besetzung Deutschlands nötig. Dies hätte fatale Folgen für die junge Demokratie in Deutschland. „To make debt-slaves of the German people can have only one of two results. Either they will make a violent Bolshevist revolution and repudiate the debt, or they will rally to the old war-lords and prepare for another war of liberation."[44]

Mitte Februar 1919 startete Brailsford für den *Daily Herald* zu einer mehrmonatigen Erkundungstour durch die Länder Mitteleuropas. Seine Reise führte ihn auch nach Berlin, wo er im April und Mai insgesamt drei Wochen verbrachte.[45] Besonders beeindruckt war er von der Bereitschaft der Deutschen, mit denen er zusammentraf, für die Fehler der Vergangenheit einzustehen und Wiedergutmachung für die Verwüstungen in Nordfrankreich und Belgien zu leisten.[46] Als bedrückend empfand er die weit verbreitete Hoffnungslosigkeit infolge der anhaltenden alliierten Blockade.[47] In einer Reihe von Reportagen beschrieb er die Reaktionen in Deutschland auf die Ergebnisse der Versailler Friedenskonferenz. Der Schock vieler Deutscher über die als zu hart empfundenen Bestimmungen stieß bei Brailsford auf großes Verständnis. Nach seiner Überzeugung musste dieser Frieden zwangsläufig zu einer Diskreditierung der Weimarer Republik führen. Neben der alleinigen deutschen Kriegsschuld und den Reparationen, die für ihn ein Spiegelbild des kapitalistischen Imperialismus mit dem Ziel der Zerstörung eines Wettbewerbers waren, kritisierte er insbesondere die territorialen Bestimmungen.[48]

Bei diesem sowie einem weiteren Deutschlandbesuch Brailsfords im Juni 1922 hinterließen die Lebensumstände der Menschen, insbesondere die verbreitete Armut und die Lebensmittelknappheit, tiefe Spuren. Zwar hatte sich die Lage in den drei Jahren zwischen 1919 und 1922 oberflächlich verbessert. In Sachsen, durch das er im Juni 1922 kam, seien die Fabriken ausgelastet, die Geschäfte voll und genügend Arbeit vorhanden. Doch Brailsford bemerkte auch die stark gestiegenen Lebensmittelpreise, die nach wie vor vorhandenen Zeichen der Unterernährung in den Arbeiterfamilien und die Verarmung weiter Teile der bürgerlichen Mittelschicht.[49] Für ihn war dies der Beweis, dass die ökonomischen Bestimmungen des Versailler Vertrags desaströse Folgen hatten, so wie er es schon 1919 vorausgesagt hatte.[50]

---

44 The Herald, 7. Dezember 1918, LA „The Folly Of Indemnities".

45 Neben der deutschen Hauptstadt besuchte Brailsford außerdem Bern, Wien, Budapest, Warschau und Brest-Litovsk. Leventhal, Last Dissenter, S. 154f. Laut Philips Price traf Brailsford erst im Mai in Berlin ein. Price, Three Revolutions, S. 167.

46 The Daily Herald, 20. Mai 1919, LA „The Peace Of Strangulation".

47 Leventhal, Last Dissenter, S. 158.

48 Besonders scharf verurteilte er, dass unter dem Banner des Selbstbestimmungsrechts der Völker Gebiete mit mehrheitlich deutscher Bevölkerung unter die Kontrolle von Frankreich und Polen kommen sollten. Ebd. Siehe auch The Daily Herald, 12. Mai 1919.

49 Leventhal, Last Dissenter, S. 170f und The Daily Herald, 11. Juli 1922.

50 Vgl. The Daily Herald, 30. Juni 1919, LA „Germany's Right To Work".

Vergegenwärtigt man sich den beruflichen Werdegang Brailsfords und seine moralischen und politischen Überzeugungen, so ist er wohl unzweifelhaft in die Gruppe der Idealisten zuzuordnen. Seine Ansichten prägten sowohl sein Deutschlandbild als auch seine Berichte über Deutschland, die er in den 1920er Jahren verfasste. Dies lässt sich insbesondere an seiner Bewertung von Verlauf und Ergebnis der Novemberrevolution festmachen, zeigt sich aber auch in seiner Kritik an der alliierten Politik gegenüber Deutschland, die seiner Ansicht nach eine Aussöhnung mit dem ehemaligen Kriegsgegner und eine dauerhafte Befriedung Europas auf dem Altar nationaler Machtinteressen opferte.

G. E. R. Gedye

Unter den britischen Auslandskorrespondenten, die in den 1920er und 30er Jahren aktiv waren, gehörte George Eric Rowe Gedye zu den Profiliertesten. Sein Ruf gründete auf den Berichten des Rheinlandkorrespondenten der *Times* über die Ruhrbesetzung. Gedye war bereits im Dezember 1918 als Nachrichtenoffizier nach Deutschland gekommen und hatte sich bis zum Beginn seiner journalistischen Karriere 1922 profunde Kenntnisse der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse seines Gastlandes erworben. Die unmittelbare Konfrontation mit dem französischen Besatzungsregime an der Ruhr führte dazu, dass Gedye in seinen Berichten einen dezidiert prodeutschen Standpunkt einnahm. Im Jahr 1925 schickte ihn die *Times* als Österreichkorrespondent nach Wien. Von dort berichtete er auch für andere renommierte englische und amerikanische Tageszeitungen, darunter den *Daily Telegraph* und die *New York Times*. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Berlin vollzog Gedye in seiner Haltung zu Deutschland einen deutlichen Schwenk und machte sich nun als vehementer Kritiker des Dritten Reiches und der britischen *Appeasementpolitik* einen Namen.[51]

Gedye stammte aus einer Händlerfamilie und immatrikulierte sich nach seinem Schulabschluss an der London University.[52] Schon während des Studiums versuchte er sich als Journalist und Autor, allerdings ohne großen Erfolg.[53] Bei Ausbruch des Krieges im August 1914 wurde er vom London University Officer's Training Corps zum 12. Batallion des Gloucestershire Regiment versetzt und kämpfte mit seiner Einheit ab November 1915 an der Westfront, wo er in der Schlacht an der Somme im September 1916 verwundet wurde.[54] Ab Mai 1918 diente er beim Intelligence Corps in Frankreich und begleitete die britischen Besatzungstruppen in seiner Funktion als Nachrichtenoffizier im

---

51 Gedye Papers, IWM, GERG, Introduction. Nach dem Anschluss Österreichs im März 1938 wurde er von der Gestapo des Landes verwiesen.

52 Gedye wurde im Mai 1890 in Clevedon, Somerset, geboren. Er war der älteste Sohn von George Edward Gedye, einem Lebensmittelhändler, der in Bristol seinen Geschäften nachging, und von dessen Frau Lillie Rowe. GREENE, Gedye, S. 425.

53 Ebd.

54 Gedye Papers, IWM, GERG, Introduction.

November und Dezember 1918 bei ihrem Vormarsch durch Belgien nach Deutschland.[55] Seine Aufgabe bestand unter anderem darin, für die britische Waffenstillstandskommission Informationen über die militärische, politische und wirtschaftliche Situation im Deutschen Reich zu sammeln.[56] In der Zeit von November 1918 bis März 1919 berichtete er zum Beispiel über revolutionäre Tendenzen in der deutschen Armee, über die Behandlung von britischen Kriegsgefangenen und belgischen Zivilisten durch deutsche Truppen, die Aktivitäten des Spartakus-Bundes in Berlin, die Lage in Bayern nach dem Attentat auf Kurt Eisner, den Verlauf der Nationalversammlung in Weimar sowie die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln.[57]

Dabei blieb Gedye nicht nur an seinem Stationierungsort in Köln, sondern unternahm in der zweiten Februarhälfte 1919 zusammen mit einem weiteren britischen Offizier eine Erkundungsreise über Berlin nach Frankfurt an der Oder.[58] Sein Augenmerk lag zum einen auf dem Zustand der deutschen Armee, die seinem Eindruck nach wegen fehlender Transportkapazitäten und mangelnder Disziplin als kampfkräftige Truppe aufgehört hatte zu existieren. Zum anderen interessierte ihn die Nahrungsmittelknappheit, die er als so gravierend einschätzte, dass Hilfe von außen dringend nötig war.[59] Besonders überrascht war er von den Reaktionen der Deutschen, auf die er bei dieser Reise traf: „Everywhere I went I was treated with the greatest civility by both the Military and Civil Authorities. In the streets, and travelling, we attracted a certain amount of attention, but I experienced no unpleasantness from anybody, either in Berlin or Frankfurt."[60]

Seine Eindrücke von den Verhältnissen in Deutschland vertiefte Gedye während seiner Tätigkeit als Sekretär des Kommissars der „Inter Allied Rhineland High Commission" in Köln. In dieser Funktion arbeitete er etwas mehr als drei Jahre von 1919 bis 1922 für die alliierten Besatzungsbehörden.[61] Während dieser Zeit entstanden auch eine Reihe von Artikeln über die Situation in Deutschland, die er unter dem Synonym „Eric Gordon" verfasste und die einen guten Eindruck von dem Bild vermitteln, das Gedye vom Land des ehemaligen Feindes gewonnen hatte.[62] So zeigte er beispielsweise wenig Ver-

---

55 Ebd.

56 Gedye Papers, IWM, GERG 8, „Papers relating to work in Germany as Intelligence Officer".

57 Ebd.

58 Vom 13. Februar bis 1. März 1919. Seine Erlebnisse hielt er u.a. in zwei Tagebüchern fest. Gedye Papers, IWM, GERG 8, Fol. 20–63. Siehe auch GEDYE, Revolver-Republik, S. 18–22.

59 Gedye Papers, IWM, GERG 8, Fol. 64–82, „Report on visit to Frankfurt on Oder".

60 Ebd.

61 Gedye an C.P. Scott, 29. November 1921, Scott Papers, General Correspondence – ‚A'- Sequence, MGA, A/G14/16.

62 Gedye Papers, IWM, GERG 9, „Text of articles written under the pseudonym ‚Eric Gordon' on the situation in Germany". Leider lässt sich nicht mehr nachvollziehen, ob und wenn ja, wo diese Artikel veröffentlicht wurden.

ständnis für die nach dem Krieg in England geführte Debatte, ob man die Musik deutscher Komponisten wieder aufführen oder besser boykottieren sollte. Seiner Meinung nach änderte die Tatsache, dass Deutsche und Engländer fünf Jahre lang versucht hatten sich gegenseitig umzubringen, absolut nichts am künstlerischen Wert auch nur einer Note von Wagners *Siegfried*.[63]

In Deutschland beobachtete er gleichzeitig ein deutliches Nachlassen des noch in Lissauers Hymne gepflegten Hasses auf England. Der tägliche Kontakt zwischen Deutschen und Engländern im Rheinland habe dazu geführt, dass die Deutschen englische Qualitäten wie Fairness und Korrektheit schätzen gelernt hätten. Gedye plädierte deshalb dafür, der deutschen Regierung entgegenzukommen, wenn diese sich in Anbetracht der eigenen desolaten wirtschaftlichen Lage Hilfe suchend an England wandte, anstatt weiter die „Hass-Propaganda" aus Kriegszeiten zu kultivieren.[64] Die Weigerung der Deutschen, die alleinige Kriegsschuld auf sich zu nehmen, konnte er zumindest nachvollziehen. In einem Brief an seinen Vater machte er die Propaganda dafür verantwortlich, die in allen am Krieg beteiligten Ländern dazu geführt habe, dass man sich im Recht glaubte.

> When I imagined being shut off for 4 years from the enemy's side, I could well understand why all Allied papers think Germany alone was responsible for war, atrocities, etc., etc., and why the bulk of Germans still honestly think England's commercial jealousy and France's longing for revenge for 1870, caused the careful encirclement and crushing of the gallant and innocent Fatherland, and even the broader minded more enlightened Germans will not say more than that their militarist foot was just as much to blame as militarist France or naval and trade-proud England.[65]

Kritisch beurteilte Gedye die politische Lage in der jungen Weimarer Republik. Zwar hätten sich die Revolutionäre durchgesetzt, und die Sozialdemokraten versuchten nun, für die Demokratie und die Symbole der Republik wie die schwarz-rot-goldene Flagge zu werben. Gleichzeitig seien aber die Monarchisten dabei, diese Bemühungen zu unterminieren. Der Geburtstag des Kaisers und der Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches würden noch immer von vielen Menschen gefeiert. Dass die Republik noch keine festen Wurzeln geschlagen hatte, zeige auch der mangelnde Respekt vor der Verfassung und ihren Repräsentanten, was sich in allerlei Witzen äußerte, die über Reichspräsident Ebert kursierten, so Gedye. Das Bonmont von der „Republik ohne Republikaner" entspreche deshalb durchaus der Realität.[66]

Nach den fehlgeschlagenen Versuchen vor dem Krieg im Journalismus Fuß zu fassen, nahm Gedye im November 1921 einen erneuten Anlauf. Dem *Manchester Guardian* bot er sich als Korrespondent an und verwies unter anderem

---

63 Gedye Papers, IWM, GERG 9, Fol. 87-9A, „Is Art International?"
64 Ebd., Fol. 76–83, „Gott strafe…?"
65 Gedye an seinen Vater George, 12. Februar 1921, Gedye Papers, IWM, GERG 13.
66 Gedye Papers, IWM, GERG 9, Fol. 44–7, „The Republic Without Republicans".

auf seine zahlreichen guten Kontakte zu den Besatzungsbehörden, der britischen Armee und dem britischen Generalkonsul.[67] Der Chefredakteur des *Guardian*, C.P. Scott, ging darauf anscheinend aber nicht ein, denn nur wenige Monate später nahm Gedye im Mai 1922 das Angebot von Lord Northcliffe bei dessen Besuch in Köln an, der ihn zum lokalen Korrespondenten für die *Times* und die *Daily Mail* berief.[68]

Gedyes große Stunde schlug mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen im Januar 1923. Konsequent nutzte er seinen Vorteil, direkt am Ort des Geschehens zu sein, und berichtete vom ersten Tag des Einmarsches der Franzosen in Essen exklusiv für die *Times*, die ihm daraufhin den gut bezahlten Titel „Our Special Correspondent" verlieh.[69] Erhielt er anfangs noch viel Lob für seine Arbeit, so stießen seine Artikel, die mit zunehmender Dauer der Ruhrbesetzung immer kritischer gegenüber Frankreich wurden, bald auf wachsenden Widerspruch.[70] Bereits im Februar ermahnte ihn der *Foreign News Editor* der *Times*, Ralph Deakin, strikte Neutralität zu wahren.

> The general feeling here is that the French have made a mistake in carrying out their plan of occupation and that their mistake is bound to have terrible effects on Europe; but there is no inclination, in all this, to make a hero or martyr of the German or to change sides by forsaking France in favour of Germany.[71]

Kritik kam auch von der britischen Abteilung der „Inter Allied Rhineland High Commission" in Koblenz, die in Gedyes Artikeln ebenfalls einen Hang zur Einseitigkeit feststellte. Alles, was die Franzosen und Belgier diskreditieren könnte, werde von Gedye ausführlich übermittelt, positive Dinge jedoch weggelassen, hieß es in einem Bericht an das *Foreign Office* in London.[72] Gedye

---

67 Gedye an C.P. Scott, 29. November 1921, Scott Papers, General Correspondence – ‚A'-Sequence, MGA, A/G14/16.

68 GEDYE, Revolver-Republik, S. 79. Northcliffe war zu diesem Zeitpunkt schon sehr krank. Auf der Fahrt von Brüssel nach Köln entwickelte er Symptome einer Lebensmittelvergiftung, und weil es ihm auch in den folgenden Tagen nicht gut ging, verbrachte er die meiste Zeit in der Residenz des britischen Oberkommandierenden General Godley. POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 861. Ebenso THOMPSON, Northcliffe, S. 391. Wie sich später herausstellte, waren dies die ersten ernsthaften Anzeichen einer schleichenden Streptokokkeninfektion, die sein Herz und sein Gehirn angriff und an der er später starb. TAYLOR, Great Outsiders, S. 213. Gedye beschrieb seine Berufung später mit den Worten: „Lord Northcliffe kam nach Köln, erlitt einen Nervenzusammenbruch und ernannte mich zum dortigen Lokalkorrespondenten der *Times* und der *Daily Mail*. Das wenigstens ist die Erklärung, die ein gütiger Freund für meine *Times*-Berufung gab, und ich weiß auch keine andere." GEDYE, Revolver-Republik, S. 79.

69 GREENE, Gedye, S. 426.

70 Noch im Januar hatte der Chefredakteur der *Times*, Geoffrey Dawson seinem Rheinlandkorrespondenten gedankt und zu seinen hervorragenden Berichten gratuliert. Dawson an Gedye, 23. Januar 1923, Gedye Papers, IWM, GERG 13.

71 Deakin an Gedye, 9. Februar 1923, Correspondence between Ralph Deakin and G.E.R. Gedye, TNL Archive, TT/FN/1/RD/1.

72 Bericht der „Inter Allied Rhineland High Commission", British Department, Koblenz an das Foreign Office, 30. August 1923, PRO, FO 371/8806, C15001/2751/18.

rechtfertigte sich damit, dass die schlimmsten Auswirkungen der französischen Besatzungspolitik in Großbritannien gar nicht bekannt seien[73] und schickte in den Sommermonaten ausführliche Memoranden mit Hintergrundinformationen an die *Times*-Redaktion.[74] Dennoch kam im Oktober erneut eine Beschwerde aus London, dass seine Artikel von antifranzösischen Vorurteilen geprägt seien.[75] Gedye vermutete dahinter eine französische Intrige, um ihn mundtot zu machen. Offenkundig gebe es Versuche von Seiten Frankreichs, Downing Street gegen seine Person aufzubringen, schrieb er in seiner Antwort und setzte sich gegen die wiederholten Vorwürfe vehement zur Wehr.

In 1919 already it was perfectly clear to me that unless we oppose French policy vigorously, we should arrive at exactly the point which we have reached today, just as today I can see the time fast approaching when the French, having achieved their aim of splitting off the Rhine and Ruhr from Germany […] will […] ‚squeeze us out' of Cologne […]. Knowing all this, I do try to reveal the facts to the people at home […]. I feel that I am being – in the words of the Prime Minister – ‚neither pro-French, nor pro-German, but pro-British'.[76]

Über die Separatistenbewegung im Rheinland hatte Gedye wiederholt berichtet und dabei schon früh die Vermutung geäußert, dass diese von Frankreich unterstützt, wenn nicht sogar gesteuert wurde.[77] Versuche der Separatistenführer, Ende Oktober 1923 eine unabhängige Rheinlandrepublik auszurufen, kamen für Gedye deshalb keineswegs überraschend.[78] In den folgenden Wochen und Monaten thematisierte er die Aktivitäten der Separatisten und die indirekte und direkte Beteiligung der französischen Besatzungsorgane immer wieder, was dazu führte, dass die französischen Behörden ihn als eines der größten Hindernisse ansahen, „to establish what Gedye called ‚government by desperados'".[79] Methoden und Ziele der Separatisten im Rheinland und die

---

73 Gedye an Deakin, 10. Juli 1923, Correspondence between Ralph Deakin and G.E.R. Gedye, TNL Archive, TT/FN/1/RD/1.

74 Vgl. die Memoranden vom 7., 13. sowie 21. Juli 1923, Memoranda by G.E.R. Gedye, TNL Archive, BNS/3.

75 Diesmal von Aubrey L. Kenndy, dem Vertreter von *Foreign Editor* Harold Williams. Kennedy an Gedye, 3. Oktober 1923, Correspondence between Aubrey L. Kennedy and G.E.R. Gedye, TNL Archive, ALK/1.

76 Gedye an Kennedy, 10. Oktober 1923, ebd. Auf deutscher Seite wurde Gedyes Arbeit jedenfalls sehr geschätzt. So war in einem Schreiben der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes von den „für uns wertvollen Berichten" Gedyes die Rede. Schreiben des Leiters der Presseabteilung Kiep an Minister Südekum vom 27. August 1925, PA AA, Presseabteilung P 16, Maßnahmen zur Hebung des deutschen Ansehens in den USA.

77 The Times, 18. September 1923 und The Times, 4. Oktober 1923.

78 Ebd., 22. Oktober 1923, „Rhine Republic Proclaimed – Aix-la-Chapelle Seized".

79 Greene, Gedye, S. 426. Sir Eyre Crowe, Staatssekretär im *Foreign Office*, bestätigte dem Chefredakteur der *Times*, Geoffrey Dawson, im Januar 1924, dass die französischen Besatzungsbehörden auf Grund seiner Berichte gegen Gedye „voreingenommen" seien. Crowe an Dawson, 15. Januar 1924, PRO, FO 371/9772, C748/91/18.

Verstrickung Frankreichs beschrieb der Korrespondent später in einem Buch mit dem bezeichnenden Titel *The Revolver Republic*.[80]

Die britische Politik der „wohlwollenden Neutralität" hielt Gedye in dieser Phase für fatal. Aus seiner Sicht war – anders als noch im August 1914 – nun Deutschland das Opfer eines Aktes völlig ungerechtfertigter Aggression, und die Deutschen setzten in dieser Situation auf die Vermittlung und Unterstützung Großbritanniens. Vergeblich, wie Gedye gegenüber Deakin beklagte. Langfristig fürchtete er deshalb eine erhebliche Belastung der ohnehin nicht einfachen deutsch-britischen Beziehungen:

> the Germans, sick and tired of waiting for us to realise the actual situation, are at last definitely adopting a French Orientierung, in which England can go to the devil so long as France is satisfied. And personally, I think our policy justifies the Germans up to the hilt – we have proved ourselves as of no movement here in the Rhineland ever since the start. […] There is just a last hope that at the last moment, we shall show that we can stand up to the French, but I do not expect to see it fulfilled.[81]

In der Rückschau Gedyes war die Ruhrbesetzung der Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien nach dem Krieg. Hatten die meisten Briten zuvor das Interesse an den politischen Querelen auf dem europäischen Kontinent weitgehend verloren und unterschwellig ihre durch die Propaganda bestätigten Vorurteile gegen die Deutschen weiter gepflegt, so waren sie nun gezwungen, ihre Ansichten zu überdenken. Denn, so Gedye,

> the vision of Germany on the verge of collapse awoke everyone from their apathy, while the spectacle of the tenacious resistance of the population of the occupied territories aroused respect and sympathy, and inspired confidence in the inherent worth of the German nation.[82]

Die Schwäche Deutschlands, die die französische Außenpolitik offenbart hatte, und das Hegemoniestreben Frankreichs, dessen Ausdruck die Ruhrbesetzung war, beendete nach Auffassung Gedyes die britische Feindschaft gegenüber Deutschland und legte das Fundament für eine Ära der Kooperation, deren Symbol die Locarno-Verträge waren.[83]

Die Gründe, warum Gedyes Sympathien in seiner Zeit als Rheinlandkorrespondent der deutschen Seite gehörten, sind vielschichtig. Zum einen lehnte er jede Form des Extremismus und der Gewalt ab.[84] Zum anderen hielt er die französische Politik schlicht für verfehlt. Seine Abneigung gegen Frankreich, die sich nach dem Eindruck seines Kollegen und Freundes Philip Gibbs sogar

---

80 George Gedye, *The Revolver Republic* (1930). Dt. Ausgabe unter dem schon zitierten Titel: Die Revolver-Republik. Frankreichs Werben um den Rhein, Köln 1931.

81 Gedye an Deakin, 4. Januar 1924, Correspondence between Ralph Deakin and G.E.R. Gedye, TNL Archive, TT/FN/1/RD/1.

82 GEDYE, Reconciliation, S. 125.

83 Ebd.

84 GREENE, Gedye, S. 426.

in regelrechten Hass steigerte,[85] hinderte ihn allerdings nicht daran, auch Fehlentwicklungen in Deutschland wie den im Zuge der Ruhrbesetzung wachsenden extremen Nationalismus zu kritisieren.[86] Eine Einordnung Gedyes in eine bestimmte Kategorie fällt deshalb schwer. Eigentlich gehörte er mit seiner prodeutschen Sichtweise eher in das Lager der Idealisten, er schrieb aber interessanterweise für eine konservative Zeitung. Ihm selbst ging es nicht darum, bewusst einseitig Partei zu ergreifen, vielmehr fühlte er sich dem journalistischen Grundsatz der Objektivität verpflichtet und wollte in erster Linie Fakten über die Verhältnisse in Deutschland vermitteln.[87]

F. A. Voigt

Als Deutschlandkorrespondent mit Sitz in Berlin war Frederick Augustus Voigt eine der zentralen Figuren im Team der Auslandskorrespondenten des *Manchester Guardian*.[88] Allein schon wegen der Länge seines Aufenthalts in der Weimarer Republik, aber vor allem wegen der Qualität seiner Berichte etablierte er sich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen als einer der bekanntesten und profiliertesten Vertreter seiner Profession.[89] Mit den anderen *Foreign Correspondents* des *Guardian* teilte Voigt gewisse Grundsätze und Überzeugungen.

> They shared a belief in the unity of European culture and they tended to associate themselves closely, somtimes in love and sometimes in hate, with the country in which they were stationed. They interpreted what they saw in terms first of that country and secondly in terms of its impact on Europe. They were, of course, deeply concerned with Britain's role in Europe and with the effect on it what happened in Paris or Berlin or Vienna […]. But they were, perhaps, less concerned with diplomatic affairs than were some of the other English Correspondents.[90]

Unter den Auslandskorrespondenten in Berlin war Voigt eine feste Größe und unterhielt vielerlei Kontakte zu Vertretern der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Führungsschicht des Landes.[91]

---

85 Gibbs, Pageant, S. 241.

86 Was von deutscher Seite nicht unbedingt wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde. Ganz im Gegensatz zu seinen Berichten über den rheinischen Separatismus. „He noted wryly that, while the German Press regarded his dispatches at that time as ‚objective', when he turned his attention to manifestations of extreme German nationalism in the Rhineland his lack of ‚objectivity' was immediately deplored." Greene, Gedye, S. 426.

87 Gedye, Reconciliation, S. 122.

88 Ayerst, Manchester Guardian, S. 501.

89 Wiskemann, Voigt, S. 1015.

90 Ayerst, Manchester Guardian, S. 500. Dabei genossen sie alle journalistischen Freiheiten, denn C.P. Scott, dem Chefredakteur des *Guardian*, lag es fern, seinen Korrespondenten vorzuschreiben, über was sie berichten oder welchen Standpunkt sie einnehmen sollten. Vgl. Wadsworth, Special Correspondence, S. 147.

91 Voigt gehörte unter anderem dem Verein der Ausländischen Presse in Berlin an. Vgl. „Mitgliederverzeichnis des Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V." [April 1925], PA AA, Presseabteilung, P 27 Beiakten, Bd. 1.

Voigt stammte aus einer deutschen Familie.[92] Seine Eltern waren um 1880 nach England gekommen und verdienten ihren Lebensunterhalt im Weinhandel.[93] Frederick Augustus, der ursprünglich Fritz August hieß, studierte nach seinem Schulabschluss am Birkbeck College in London Französisch, Deutsch und Englisch. Sein Studium schloss er 1915 ab und erhielt für seine Leistungen in Deutsch „first class honours".[94]

Schon während seiner Studienzeit hatte er erste Kontakte zu Mitarbeitern des *Manchester Guardian* geknüpft. So gab er sowohl dem *Chief Foreign Correspondent* J.G. Hamilton als auch dem *Lobby Correspondent* Harold Dore Deutschunterricht.[95] Beide waren gute Freunde und standen in engem Kontakt mit dem Herausgeber und Chefredakteur des *Guardian*, C.P. Scott. Eine Verbindung, die Voigt den Einstieg in den Journalismus ungemein erleichtern sollte, denn bereits im Dezember 1914 verwand sich Dore in einem Empfehlungsschreiben an Scott für seinen Deutschlehrer. Voigts Verstand sei ausgebildet und bereit für die Arbeit als Journalist, schrieb Dore. Der junge Mann spreche Deutsch und Englisch als Muttersprachen, sei trotz mehrmaliger Aufenthalte in Deutschland aber nicht „pro-German", da er die französische Kultur der deutschen vorziehe.[96] Ähnlich positiv äußerte sich auch einer von Voigts Dozenten am Birkbeck College gegenüber Scott.[97]

Einen möglichen Arbeitsbeginn beim *Guardian* verhinderte zunächst der Erste Weltkrieg. Voigt wurde nach seinem Studienabschluss 1916 zur Armee eingezogen und diente als Mannschaftsdienstgrad bei der Royal Garrison Artillery, unter anderem an der Westfront.[98] Seine Erlebnisse in den Schützengräben verarbeitete er in Briefen und Tagebüchern, aus denen nach Kriegsende ein Buch mit dem Titel *Combed Out* entstand.[99] Eindringlich beschrieb Voigt darin die Schrecken des Stellungskrieges, die die deutschen Soldaten nicht an-

---

92 Voigt wurde im Mai 1892 in Hampstead als jüngstes von fünf Kindern geboren.

93 Wiskemann, Voigt, S. 1015. Wann die Eltern Ludwig Reinhard Voigt und seine Frau Helene Mathilde Elisabeth geb. Hoffmann nach England übersiedelten, lässt sich nicht mehr feststellen. In einem Empfehlungsschreiben an C.P. Scott im Jahr 1914 spricht der Lobby Correspondent des *MG* Harold Dore von „some 30 or 40 years ago". Dore an Scott, 2. Dezember 1914, Scott Papers, Foreign Correspondence, MGA, Box 204/34 a–h. Sowohl Voigts Vater als auch seine Mutter nahmen später die britische Staatsangehörigkeit an. Dore an Scott, 19. Februar 1919, Scott Papers, Foreign Correspondence, MGA, Box 204/76.

94 Wiskemann, Voigt, S. 1015.

95 Dore an Scott, 2. Dezember 1914. Siehe auch Ayerst, Manchester Guardian, S. 502.

96 Dore an Scott, ebd.

97 Voigt habe sich ein umfangreiches Wissen über die Deutschen und Deutschland sowie über die Franzosen und Frankreich angeeignet. Er spreche beide Sprachen, sei an beiden Ländern gleichermaßen interessiert und besitze die nötigen Qualitäten, um im Journalismus zu bestehen. Bithell an Scott, 3. Dezember 1914, Scott Papers, Foreign Correspondence, MGA, Box 204/35 a–b.

98 Wiskemann, Voigt, S. 1015.

99 Frederick Voigt, *Combed Out* (1920).

ders erlebten als die britischen, wie er in Gesprächen mit deutschen Kriegsgefangenen erfuhr. Je länger der Krieg dauerte, desto überzeugter war er, dass beide Seiten gleichermaßen dafür verantwortlich waren und dass die einzig vernünftige Lösung in einem Verständigungsfrieden lag.[100]

Nach seiner Demobilisierung Anfang 1919 wandte sich sein Freund Dore erneut an Scott, um Voigt in Erinnerung zu bringen – offenbar mit Erfolg.[101] Voigt bekam eine Stelle in der Anzeigenabteilung des *Manchester Guardian*, wurde aber schon bald in die Redaktion versetzt, wo er für die Auswertung ausländischer Zeitungen zuständig war und Scott persönlich Zusammenfassungen lieferte.[102] Am Ende des Jahres bot ihm Scott an, für ein Jahressalär von 500 Pfund plus Reisekosten als Assistent von Hamilton nach Berlin zu gehen mit der Perspektive, im Falle von Hamiltons Abwesenheit dessen Vertretung zu übernehmen und je nach Lage der Dinge innerhalb Deutschlands zu den jeweiligen Orten des Geschehens zu reisen und von dort für den *Guardian* zu berichten.[103] Eine Offerte, über die Voigt anscheinend nicht lange nachzudenken brauchte. Im Februar 1920 reiste er nach Berlin, und eines der ersten Ereignisse, über das er für den *Guardian* schrieb, war der Kapp-Lüttwitz-Putsch Anfang März.

Da Hamilton Deutschland schon nach kurzer Zeit wieder verließ, übernahm Voigt den Posten des Deutschlandkorrespondenten und blieb in dieser Funktion fast ununterbrochen von 1920 bis zu seiner Ausweisung 1933 in Berlin.[104] Dabei begleitete er die Weimarer Republik publizistisch durch alle Höhen und Tiefen und beschränkte sein Tätigkeitsfeld allerdings nicht nur auf die Hauptstadt. Um Informationen aus erster Hand über die Auswirkungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches zu erhalten, reiste er beispielsweise im April 1920 ins Ruhrgebiet, wo er in Essen die Unruhen zwischen Bergarbeitern und Einheiten der Freikorps hautnah miterlebte. Ein Jahr später war er in Schlesien unterwegs, um im Vorfeld der Volksabstimmung in Oberschlesien Hintergrundmaterial zu sammeln. Und auch in Bayern verbrachte er einige Zeit.[105]

So erarbeitete sich Voigt bald den Ruf, ein intimer Kenner der innenpolitischen Verhältnisse Deutschlands zu sein. Hilfreich waren dabei die vielen persönlichen Kontakte, die er in Künstlerkreisen und in der Politik knüpfte.

---

100 Ebd., S. 189.

101 Dore an Scott, 19. Februar 1919, Scott Papers, Foreign Correspondence, MGA, Box 204/76.

102 Wiskemann, Voigt, S. 1015.

103 Scott an Voigt, 16. Dezember 1919, Scott Papers, Foreign Correspondence, MGA, Box 204/81.

104 Ayerst, Manchester Guardian, S. 502. Bis auf einen 18-monatigen Aufenthalt von 1928 bis 1930 in der Hauptredaktion des *Guardian* in Manchester blieb er die ganze Zeit über in Deutschland. Albrecht, Voigts Deutschlandberichte, S. 108f.

105 Ayerst, Manchester Guardian, S. 501f.

In his heyday F.A. Voigt was an outstanding figure in Berlin, the confidant of a number of liberals and leftists in the Weimar Republic […].[106] He really was at home in the exciting, intellectual and artistic life of the early Weimar Republic, a frequenter of the Romanisches Café, an intimate friend of Georg Grosz. Quite as important, however, were his friendships with many manual workers and their families, rank and file members of the various socialist parties.[107]

Sein besonderes Augenmerk galt folglich unter anderem den Lebensumständen der Arbeiter und der wirtschaftlichen Lage des Landes. Anschaulich beschrieb er etwa Verlauf und Folgen der Inflation in den Jahren 1920 bis 1923 sowie die Erholung der deutschen Wirtschaft nach der Stabilisierung der Währung und der Annahme des Dawes-Plans 1924.[108] Die in liberalen und linken Kreisen Englands weit verbreitete Überzeugung, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands einer Erholung der anderen europäischen Volkswirtschaften im Wege standen und dass die Ursache dafür in den ökonomischen Bestimmungen des Versailler Vertrags zu suchen war, teilte auch Voigt. Die vorläufige Regelung der Reparationsfrage im Dawes-Plan beseitigte in seinen Augen nicht das grundsätzliche Problem. Denn nach wie vor war unklar, wie viel Deutschland letztendlich zahlen sollte. Dementsprechend konstatierte er unter den Deutschen eine weit verbreitete Unwilligkeit, überhaupt Reparationszahlungen zu leisten, da die meisten davon überzeugt waren, dass bei einer wachsenden Wirtschaftsleistung auch die Forderungen der Alliierten steigen würden, ohne dass ein Ende abzusehen wäre.[109]

Trotz oder gerade wegen seiner Sympathien für die die Republik stützenden Kräfte beschäftigte sich Voigt außerdem immer wieder mit den Gefahren, die der Weimarer Demokratie von Seiten der politischen Rechten drohten. Ähnlich wie Philips Price gab er sich keinen Illusionen darüber hin, dass mit der Revolution 1918/19 der Militarismus und Nationalismus aus der deutschen Gesellschaft verschwunden wäre. Dass dem nicht so war, spürte er selbst am eigenen Leib bei seinem bereits erwähnten Besuch in Essen im Jahr 1920. Dort traf er ein, kurz bevor der Widerstand der Roten Armee zusammenbrach und die Truppen Noskes die Stadt einnahmen. Nachdem er das Hauptquartier der „Roten" besucht hatte, wurde er am nächsten Tag im Rathaus von Reichswehrtruppen unter Spionageverdacht festgenommen und misshandelt.[110] Ein Vorfall, der diplomatische Verwicklungen zur Folge hatte und sowohl das Auswärtige Amt als auch das *Foreign Office* sowie das *House of Commons* beschäftigte.[111]

---

106 Wiskemann, Voigt, S. 1015.
107 Ayerst, Manchester Guardian, S. 501.
108 Vgl. u.a. The Manchester Guardian, 6. September 1922 und 9. April 1924.
109 Ebd, 9. April 1924.
110 Voigt, Red Army, S. 171–187.
111 Mehr dazu im folgenden Kapitel 1.1.2. Das Arbeitsumfeld der Auslandskorrespondenten und die Rolle des Auswärtigen Amtes.

Während der Ruhrbesetzung verfolgte Voigt genau, wie das Vorgehen der Franzosen und der passive Widerstand dem Nationalismus neue Nahrung gaben und das politische Klima in Deutschland zu Gunsten der Rechten umschlug.[112] Detailliert beschrieb er die Sabotageakte, die rechte Organisationen gegen die französischen Besatzungstruppen verübten, die zahlreichen Fememorde und wie sich Republikfeinde aller Couleur von Monarchisten über Völkische bis zu Nationalsozialisten in Bayern sammelten.[113] Im Rückblick schien ihm eine direkte Linie vom Kapp-Putsch über den missglückten Putschversuch von Hitler und Ludendorff zur Machtübernahme der Nationalsozialisten zu führen.[114] Den wahren Charakter der NSDAP versuchte er als einer der ersten ausländischen Journalisten in Berichten aus Thüringen und Braunschweig zu entlarven, wo Anhänger Hitlers erstmals auf lokaler Ebene politische Verantwortung übernahmen.[115]

Angesichts seiner Sympathien für die politische Linke und für das, was später unter dem Synonym „Weimarer Kultur" firmierte, sowie seiner Abneigung gegen die Republikfeinde auf der Rechten ist es nicht verwunderlich, dass er schließlich über die Rolle des bloßen Beobachters hinausging. So schrieb Voigt in der Endphase der Republik etwa in der von Rudolf Hilferding herausgegebenen *Revue für Sozialismus und Politik* mit der Absicht, den „Abwehrkampf gegen den aufkommenden Nationalsozialismus im Sinne einer antinationalsozialistischen handlungsfähigen politischen Opposition mit den Organisationen der Arbeiterbewegung als Kristallisationskern" publizistisch zu fördern.[116]

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass Voigt der Weimarer Republik und ihren Protagonisten – allen voran der deutschen Sozialdemokratie – von ihrem Aufstieg bis zum Fall immer gewogen blieb. Berücksichtigt man außerdem seine politischen und moralischen Überzeugungen, so müsste man ihn wohl nach Kennedys Definition als Idealisten einstufen. Bei einer genauen Betrachtung von Voigts publizistischem Wirken fällt jedoch auf, dass er ungeachtet seiner Sympathien immer darum bemüht war, die Probleme des Landes – nicht zuletzt die Schwächen der Weimarer Demokratie – realistisch darzustellen und sich nicht scheute, Fehlentwicklungen zu kritisieren. Sein Idealismus hinderte ihn also nicht daran, in seiner journalistischen Arbeit Realist zu sein.

---

112 The Manchester Guardian, 26. Oktober 1923, „Germany's Drift To The Right".

113 Ebd., 17. Januar 1923 sowie 27. Juni 1923.

114 Voigt, Red Army, S. 187.

115 Wiskemann, Voigt, S. 1015.

116 Albrecht, Voigts Deutschlandberichte, S. 108. Überraschenderweise wurde Voigt im Januar 1933, kurz bevor Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, nach Paris versetzt. Auf eigenen Wunsch kehrte er aber im März nach Deutschland zurück, um über die Wahlen zu berichten. Nach kritischen Artikeln über den „Terror in Germany" wurde er ausgewiesen und der *Guardian* verboten. Ebd. Siehe auch Wiskemann, Voigt, S. 1015.

G. Ward Price

Als so genannter *Special Correspondent* war George Ward Price vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg einer der wichtigsten Auslandskorrespondenten in Diensten der *Daily Mail*. Seine Funktion führte ihn in den 20er und 30er Jahren an viele Brennpunkte des Geschehens in Europa. So gehörte er etwa zum Team der *Daily Mail* bei der Friedenskonferenz von Versailles, nahm an den Folgekonferenzen in Spa und Genua teil, berichtete über die Einnahme Smyrnas durch türkische Truppen im September 1922 und begleitete den britischen Thronfolger auf seiner Afrika- und Südamerika-Reise 1925. Wie bereits erwähnt reiste er in den Jahren zwischen 1918 und 1925 auch mehrfach nach Deutschland.

Sein Einstieg in den Journalismus weist in vielerlei Hinsicht gewisse Parallelen zu dem von Voigt auf. Auch Ward Price studierte zunächst und zwar am St. Catherine's College in Cambridge. Und eine seiner ersten Stationen am Beginn seiner journalistischen Karriere war wie bei Voigt Berlin. Anders als Voigt hatte Ward Price aber keine prominenten Fürsprecher, deren Kontakte er hätte nutzen können. Stattdessen nahm Ward Price nach dem Abschluss seines Studiums im Jahr 1908 selbst mit dem Chefredakteur der *Daily Mail*, Thomas Marlowe, Kontakt auf. Da er wenig Geld hatte, aber trotzdem durch Europa reisen wollte, bot er Marlowe an, regelmäßig Reportagen von seinen Eindrücken zu liefern. Im Gegenzug sollte das Blatt seine Reisekosten übernehmen.[117] Marlowe ging auf das Angebot zwar nicht ein, bestellte Ward Price aber zu einem Vorstellungsgespräch und nahm ihn zunächst als freien Mitarbeiter in die Dienste der *Daily Mail* auf. Dabei lieferte dieser offenbar so gute Arbeit ab, dass er im Jahr darauf einen Fünfjahresvertrag erhielt.[118]

Um seinen Horizont zu erweitern und ihn auf seine Aufgabe als künftiger *Special Correspondent* vorzubereiten, wurde Ward Price als Assistent zu Frederic William Wile nach Berlin geschickt, dem damaligen Deutschlandkorrespondenten der *Daily Mail*.[119] Ward Price traf Heiligabend 1909 in der deutschen Hauptstadt ein, wo er als zahlender Gast bei der Familie eines pensionierten Generals des Heeressanitätsdienstes unterkam. Bei zahlreichen Bierabenden lernte er Freunde und Bekannte der Familie kennen, hauptsächlich

117 Ward Price, Correspondent, S. 13f.

118 Ebd., S. 15.

119 Ebd., S. 25. Wile war Amerikaner und hatte für die *Chicago Daily News* gearbeitet, bevor er von Northcliffe 1906 zum Korrespondenten der *Daily Mail* in Berlin ernannt wurde. Diese Funktion übte er bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 aus. Schwerpunkt seiner Arbeit waren Berichte über die Kriegsvorbereitungen des Kaiserreichs und den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zwischen der deutschen und der britischen Industrie. Wiles Artikel entsprachen damit den Vorgaben Northcliffes. Dieser ließ in seinen Zeitungen seit Beginn der deutschen Flottenrüstung immer wieder auf die Gefahr eines bevorstehenden Krieges gegen das Deutsche Reich hinweisen. Vgl. Pound und Harmsworth, Northcliffe, S. 327 und 443.

Militärs und Beamte. Sein Eindruck von diesen Vertretern der Führungsschicht des Landes war wenig schmeichelhaft. „Even with my limited knowledge of the national character, it became clear to me that, like their fellow-countrymen in later days, they did very little thinking for themselves but were content to repeat arguments and slogans impressed upon them by higher authority."[120]

Ähnlich negativ waren seine Erfahrungen mit Vertretern der künftigen geistigen Elite des Kaiserreichs, den Studenten an der Berliner Universität. Dort hatte er sich eingeschrieben, um Deutsch zu lernen. Auf Einladung des Westphalia Korps wurde Ward Price in die Rituale der schlagenden Studentenverbindungen eingeführt, nahm selbst an einer Mensur teil und trug im Duell mit einem Burschenschaftler einen Schmiss davon. Abgesehen von der Narbe blieb ihm vor allem die Entschlossenheit in Erinnerung, mit der die Studenten ihre Fechtübungen absolvierten. „Though the First World War was still five years ahead, one could not but be impressed by the grim spirit of Sparta in which young Germans were steeling themselves for the coming conflict."[121] Generell fiel Ward Price auf, welchen beträchtlichen Stellenwert alles Militärische in dieser Zeit in der deutschen Gesellschaft besaß, insbesondere welch hohes Ansehen der Offiziersstand genoss.[122]

In den folgenden Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs avancierte Ward Price zu einem der führenden Korrespondenten der *Daily Mail*. Zu Beginn der Julikrise wurde er nach Österreich geschickt, von wo er eine Reportage über die Beerdigung des ermordeten Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand nach London kabelte.[123] Nachdem sich die Krise dramatisch zugespitzt hatte und der Krieg unvermeidlich schien, wurde Ward Price in den ersten Tagen des August 1914 zusammen mit Hamilton Fyfe Richtung Paris in Marsch gesetzt, von wo aus die beiden an die Front weiterreisten, um über die zu erwartenden Kampfhandlungen zwischen deutschen und französischen Truppen zu berichten.[124] Aufgrund der chaotischen Verhältnisse nach dem Angriff des deutschen Heeres beorderte Northcliffe Ward Price schon bald zurück nach Paris, das jener als wichtigstes Zentrum für die Gewinnung von Nachrichten über den Verlauf des Krieges ansah. Dabei spielte auch die Überlegung eine Rolle, dass die Reporter an der Front von den Militärs in ihren Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt und ihre Berichte zensiert würden: „from all we hear, the correspondents are going to be kept in cages like wild animals, and

120 Ward Price, Correspondent, S. 25.
121 Ebd., S. 28.
122 In seinen Erinnerungen notierte er, mit welch strengen Regeln die Ehre der Offiziere im täglichen Leben gewahrt wurde. So könne eine beleidigende Bemerkung gegenüber einem Offizier für einen Angehörigen der unteren Schichten mit einer Festnahme durch die Polizei enden. Werde ein Offizier durch einen Vertreter der Oberklasse in seiner Ehre verletzt, verlange dieser nicht selten Satisfaktion, sprich ein Duell. Ebd., S. 29.
123 Der Bericht erschien am 3. Juli 1914. Thompson, Northcliffe, S. 217.
124 Ebd., S. 222.

Paris provides a far better opportunity for you and the paper than the front", übermittelte Northcliffe seinem Reporter.[125] Im Pariser Büro der *Daily Mail* verbrachte Ward Price dann auch den Großteil des Krieges.[126]

Bereits im August 1914 schrieb er als einer der ersten englischen Kriegsberichterstatter über angebliche Gräueltaten der vorrückenden deutschen Truppen. Diese hätten verwundete französische Soldaten einfach erschossen, und die vielen brutalen Akte der Gewalt gegen Zivilisten seien offenbar Teil eines Systems des Terrors, um die Bevölkerung zu unterdrücken.[127] Dies deckte sich mit Informationen, die sein Kollege Hamilton Fyfe von Soldaten der britischen Armee erhielt und die auch in vielen anderen englischen Zeitungen große Verbreitung fanden, deren Glaubwürdigkeit nach Ende des Krieges durch Enthüllungen über die Propagandalügen jedoch erschüttert wurde.[128]

Nach Abschluss des Waffenstillstandes reiste Ward Price im Dezember 1918 in die britische Besatzungszone nach Köln, um sich ein Bild von den Verhältnissen im besiegten Deutschland zu machen. Zu diesem Zeitpunkt war vor allem die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in der englischen Öffentlichkeit von großem Interesse, da eine hitzige Diskussion darüber entbrannt war, ob die Blockade Deutschlands fortgesetzt werden sollte. Dass es Ward Price dabei nicht so sehr um Fakten, sondern vielmehr um die Erfüllung eines propagandistischen Auftrags ging, zeigen sowohl seine Reportagen als auch die Erinnerungen seiner Kollegen, auf die er im Domhof Hotel in Köln traf. Demnach beschränkte sich seine Recherche auf den kurzen Weg vom Bahnhof ins Hotel, wo er zu Mittag aß, sich dann kurz hinlegte und nach dem Tee erklärte: „Well, I must be getting on with my mission of hate."[129] Der Artikel, den er anschließend in seinem Zimmer verfasste, erschien am 27. Dezember unter der Überschrift „Well-Fed Huns – Starvation Bluff". Darin beschrieb er anschaulich, dass die Innenstadt von Köln voll sei von gut gekleideten Menschen, die Schaufenster der Geschäfte mit Luxuswaren gefüllt seien und sich in den Cafés die Gäste die Bäuche voll schlügen.[130] Die Zeichen akuter Unterernährung vor allem vieler Kinder, die die anderen englischen Korrespondenten bei Besuchen in Kölner Krankenhäusern entsetzt zur Kenntnis nahmen,[131] bemerkte aber auch Ward Price. In einem weiteren Artikel zur

---

125 Northcliffe an Ward Price, 18. August 1914, BL, NADM 62210B.

126 Ausnahmen waren die Landung sowie der spätere Rückzug der Alliierten bei Gallipoli und die von Saloniki ausgehende Offensive auf dem Balkan, an denen er als *War Correspondent* teilnahm. Vgl. WARD PRICE, Correspondent, S. 73–95.

127 TAYLOR, Great Outsiders, S. 145.

128 Vgl. Teil I, Kapitel 3.3.2.

129 MONTAGUE, Disenchantment, S. 183. Ebenso NEVINSON, Last Changes, S. 151.

130 THE DAILY MAIL, 27. Dezember 1918.

131 Nevinson etwa beobachtete den allgemein schlechten Zustand der Menschen, und dass in den Hospitälern sogar Kinder verhungerten. Nevinson, Last Changes, S. 152. Laut Montague erregte der Hunger bei den britischen Besatzungstruppen so großes Mitleid, dass viele Soldaten ihre Essensrationen an Deutsche verschenkten. MONTAGUE, Disenchantment, S. 151.

Versorgungslage in Deutschland nannte er als Grund jedoch nicht die von den Deutschen beklagte Hungerblockade der Alliierten, sondern machte die schlechte Organisation der deutschen Seite verantwortlich, da von einer Nahrungsmittelknappheit auf dem Lande nichts zu spüren, sie also auf die großen Städte beschränkt sei.[132] Eine Ansicht, die er trotz entgegengesetzter Beobachtungen anderer englischer Journalisten bei einem späteren Besuch in Berlin bestätigt fand, wo er einen allgemein hohen Lebensstandard feststellte.[133]

Die Berichte von Ward Price fügten sich nahtlos in die Kampagne der *Daily Mail* und der anderen Northcliffe-Blätter gegen Deutschland ein, die im November 1918 begann und in mehr oder weniger starker Intensität bis zum Abschluss der Friedenskonferenz in Versailles anhielt. Diese transportierte die zentrale Botschaft, dass dem „neuen" Deutschland nicht zu trauen sei. Die angebliche Hungerkatastrophe sei nur eine Übertreibung der deutschen Regierung genauso wie die Gefahr des Bolschewismus, beides mit dem Zweck, die Alliierten dazu zu verleiten, bei den Friedensbestimmungen Milde walten zu lassen.[134] Der publizistische Feldzug kulminierte schließlich im April 1919 in der Schlagzeile „They will cheat you yet, those Junkers!".[135]

Die darin implizite Annahme, dass die Machtverhältnisse in Deutschland und die Mentalität der Deutschen sich ungeachtet der Revolution im Grunde nicht verändert hatten, trieb auch Ward Price um. Schon bei dem angesprochenen Besuch im Rheinland wie auch bei den folgenden Reisen in die Weimarer Republik nahm er sich immer wieder der Frage an, ob durch die Niederlage wirklich ein Umdenken der Deutschen in ihrer Einstellung zum Krieg und zu den Alliierten stattgefunden hatte, kam dabei aber zu einem negativen Befund. Als um die Jahreswende 1918/19 beispielsweise Beschwerden von deutscher Seite gegen Vorschriften der alliierten Besatzungsbehörden vorgebracht wurden, kommentierte er:

> It never occurs to Germans to compare the mildness of the Allied occupation with the fierce severity and wholesale confiscations and requisitions to which their own conquering armies subjected Belgium and France. Only gradually, indeed, are the Germans learning what the Allied nations feel towards them and how deep and determined is the intention to punish German crimes and remove as far as may be all possibility of their renewal. Armoured by an egotism of triple proof, the Germans have been hitherto of opinion that the Allies would forgive and forget and wipe the slate clean of all that happened during the war.[136]

---

132 The Daily Mail, 3. Januar 1919.

133 Nach Berlin kam er im Anschluss an die Versailler Konferenz im Sommer 1919. Ward Price, Correspondent, S. 112. Anders als Ward Price beschrieb der Korrespondent der *Times*, Ernest Brain, die Lage in der Stadt erheblich negativer. Im Vergleich zur Vorkriegszeit habe Berlin seinen Charakter als Metropole völlig verloren und sei, was die Lebensverhältnisse betraf, auf das Niveau einer Provinzstadt herabgesunken. Brief von Brain an Scott, 10. August 1919, Correspondence between Walter S. Scott and Ernest Brain, TNL Archive, BNS/1.

134 Newton, British Policy, S. 275.

135 The Daily Mail, 7. April 1919.

136 Ebd., 30. Dezember 1918.

Symptomatisch für das Unrechtsbewusstsein der Deutschen in Bezug auf die Gräueltaten ihrer Soldaten war für Ward Price der Verlauf der Kriegsverbrecherprozesse in Leipzig. Schon im Vorfeld bemängelte er, dass das Zugeständnis der Westmächte, die Prozesse in Deutschland durchzuführen, von den Deutschen als Schwäche insbesondere Großbritanniens interpretiert wurde.[137] In den Prozessen selbst wurde nach seiner Auffassung nur eine geringe Zahl trivialer Fälle verhandelt, die keineswegs repräsentativ für die Masse und Schwere deutscher Kriegsgräuel waren.[138] Denn wie aus seinen Berichten hervorgeht, war Ward Price davon überzeugt, dass die deutschen Kriegsverbrechen System hatten und staatlich sanktioniert waren.

what the German witnesses as well as the prisoners say is a constant reminder that not the individual cruelty of one man here and there was responsible for the accumulation of this mass of guilt, *but that it was the deliberate practice of the Prussian military system to employ ruthlessness as a weapon and that this spirit was imbibed by almost every man in its service*.[139]

Das Prinzip der „ruthlessness", der Rücksichts- bzw. Skrupellosigkeit, war in den Augen von Ward Price nicht nur Teil des Militarismus preußischer Prägung, sondern war auch seit der Gründung des Deutschen Reiches dessen wichtigste außenpolitische Maxime gewesen.[140]

Ob die deutsche Einheit, die das Ergebnis des Sieges über Frankreich war, die Niederlage des Ersten Weltkriegs überdauern würde, schien ihm bei seinem Besuch im Rheinland im September und Oktober 1923 allerdings fraglich. Seinem Eindruck nach war der Separatismus weit verbreitet, wozu mehrere Faktoren beigetragen hatten: einmal die alliierte Besetzung, durch die de facto eine Grenze zwischen dem Rheinland und dem Reich entstanden war, außerdem die Politik des passiven Widerstandes, deren katastrophale wirtschaftliche Folgen viele Rheinländer zum Nachdenken über die Vorteile eines eigenen Staates angeregt hatten und nicht zuletzt die wohlwollende Neutralität der Franzosen gegenüber den Separatisten.[141] Den Versuch der Reichsregierung, eine Großdemonstration für eine Rheinische Republik Ende September in Düsseldorf mithilfe der Polizei aufzulösen, interpretierte er demzufolge als Manifestation nationalistischer Ziele.[142]

---

137 Ward Price, Correspondent, S. 113. Die britische Delegation hatte bei den Friedensverhandlungen darauf gedrängt, in diesem Punkt Zugeständnisse zu machen. Lloyd George fürchtete, dass die Deutschen den Vertrag ablehnen würden, wenn die Alliierten auf der Auslieferung von nationalen Heroen wie Hindenburg und Ludendorff bestanden. Kleine-Ahlbrandt, Burden, S. 59f.

138 In der Tat wurde nur ein Dutzend Männer von der alliierten Kriegsverbrecherliste angeklagt und nur gegen zwei Marineoffiziere eine längere Haftstrafe verhängt. Ebd.

139 The Daily Mail, 31. Mai 1921. Kursiv im Original.

140 Ebd., 22. Oktober 1923.

141 Ebd.

142 Ward Price, Correspondent, S. 154.

Obwohl Ward Price in seiner Funktion als *Special Correspondent* in den frühen 1920er Jahren nur in unregelmäßigen Abständen in die Weimarer Republik kam und seine Aufenthalte nie von langer Dauer waren, ergibt sich aus seiner Biographie und seinen Berichten doch ein kohärentes Bild seiner Einstellung zu Deutschland und den Deutschen während dieser Zeit. Zentrales Element war seine Überzeugung, dass der alte Ungeist des preußischen Militarismus und des Strebens nach Weltherrschaft keineswegs beseitigt war, sondern sich nur in neuem Gewand präsentierte. Personifiziert wurde diese Verwandlung nach Ansicht von Ward Price auf wirtschaftlichem Gebiet durch Stinnes, in dessen politischen Ansichten er das „high fever of pan-Germanism of the new style" erkannte,[143] sowie auf militärischem durch von Seeckt. Den Chef der Reichswehr hielt er für einen Monarchisten durch und durch, der nur so lange den Vorgaben der politischen Führung folgen würde, wie sie sich mit seinen Interessen deckten.[144] In der Zersplitterung der politischen Rechten in Deutschland sah er allerdings einen Vorteil für die Alliierten. Ereignisse wie der Hitler-Putsch, in deren Verlauf „Junker gegen Junker" standen, seien ein Zeichen dafür, dass sich „the malevolence of Germany" in einer außenpolitisch aussichtslosen Lage gegen sich selbst richte.[145]

Das Bild von Deutschland als ein für Großbritannien wirtschaftlich und militärisch gefährlicher Rivale, das sich bei Ward Price durch seine negativen Erfahrungen am Anfang seiner journalistischen Karriere in Berlin gebildet und im Verlauf des Ersten Weltkriegs verfestigt hatte, entspricht in den wesentlichen Grundzügen dem der Realisten. Wie die Berichte von Ward Price zeigen, blieb dieser Eindruck bei ihm auch nach Kriegsende dominant. Enthielten seine Artikel unmittelbar nach dem Waffenstillstand noch eindeutig propagandistische Elemente, was in Anbetracht der Tatsache, dass er als *War Correspondent* der *Daily Mail* Teil der Propagandamaschinerie gewesen war, nicht überrascht, so lässt sich mit zunehmendem Abstand eine größere Differenz konstatieren. Sein Misstrauen gegenüber dem Deutschen Reich, an dem dessen demokratische Verfasstheit nichts ändern konnte, prägte seine Berichterstattung aber weiter, wenn auch weniger explizit.

1.1.2 Das Arbeitsumfeld der Auslandskorrespondenten und die Rolle des Auswärtigen Amtes

Für ausländische Journalisten bot das Deutschland der Weimarer Zeit einerseits fast ideale, andererseits aber unter Umständen auch recht schwierige Arbeitsbedingungen. Eine Zensur durch deutsche Behörden, wie während der Kriegs-

143 Ward Price an Northcliffe, 15. Juli 1920, BL, NADM 62210B. Mit Stinnes hatte er auf der Konferenz von Spa im Juli 1920 ein Interview geführt.
144 The Daily Mail, 10. November 1923.
145 Ebd.

jahre durch das Kriegspresseamt sehr erfolgreich praktiziert,[146] fand seit dem Ausbruch der Revolution faktisch nicht mehr statt. Ausländische Pressevertreter konnten sich darüber hinaus unter gewissen Bedingungen frei im Land bewegen, so dass es dementsprechend möglich war, ohne größere Probleme über jedes Ereignis von Belang zu berichten. Das bedeutete jedoch nicht, dass die Auslandskorrespondenten keinen Beschränkungen oder Beeinflussungsversuchen unterlagen. Behindert wurden sie in ihrer Arbeit zum einen immer wieder durch die unübersichtlichen innenpolitischen Verhältnisse, die zur Folge hatten, dass die Informationsgewinnung aus erster Hand mitunter mit erheblichen persönlichen Risiken verbunden war. Wiederholt gerieten britische Journalisten in Konflikt mit deutschen Behörden und Sicherheitsorganen, die versuchten, die Pressevertreter einzuschüchtern oder an der Ausübung ihres Berufs zu hindern. Zum anderen hatte die Reichsregierung früh erkannt, dass die Wahrnehmung Deutschlands im Ausland ein nicht zu unterschätzender Faktor für Erfolg oder Misserfolg der eigenen Außenpolitik war. Dementsprechend versuchte sie mithilfe der neu gegründeten „Vereinigten Presseabteilung von Reichsregierung und Auswärtigem Amt" das Ansehen der Weimarer Republik gezielt zu fördern und nahm dabei in erster Linie die in Deutschland tätigen Auslandskorrespondenten ins Visier.

Dass die Aktivitäten der englischen Zeitungskorrespondenten in Deutschland nicht immer auf Zustimmung stießen, zeigt eine Reihe von Vorfällen, in denen Vertreter der unterschiedlichsten Blätter willkürlich festgehalten, bedroht oder sogar misshandelt wurden. Wegen angeblicher Verbreitung bolschewistischer Propaganda wurde etwa Anfang Juli 1919 Morgan Philips Price von der Polizei in Berlin verhaftet. Der Korrespondent des *Daily Herald* bestritt die gegen ihn erhobenen Vorwürfe vehement, kam aber dennoch ins Moabiter Gefängnis.[147] Seine Verhaftung löste unter den anderen britischen und amerikanischen Journalisten einen Sturm der Entrüstung aus, denn die Reichsregierung hatte ausländischen Pressevertretern spezielle Pässe ausgestellt, in denen ihnen Sicherheit und der Schutz vor Verhaftung garantiert wurden.[148] Einige von Prices Kollegen, darunter sein Freund Hamilton vom *Manchester Guardian*, intervenierten zu seinen Gunsten sowohl beim Reichskanzler als auch im Auswärtigen Amt – zunächst allerdings ohne großen Erfolg. In einem Bericht für seine Zeitung beschrieb Hamilton die Konfusion, die zwischen Reichswehrminister Noske, auf dessen Anweisung hin Price verhaftet worden war, und dem Auswärtigen Amt, das darüber nicht informiert worden war, herrschte.[149]

---

146 Laut Fischer gelang es während des Ersten Weltkriegs von den in Deutschland verbliebenen Auslandskorrespondenten nur einem Amerikaner, unzensierte Berichte aus Deutschland zu schicken. FISCHER, Akkreditierte Journalisten, S. 23.

147 PRICE, Three Revolutions, S. 171.

148 Ebd.

149 THE MANCHESTER GUARDIAN, 7. Juli 1919.

Demnach hatte sich Außenminister Müller telefonisch bei Noske beschwert, ohne allerdings die Freilassung von Price zu erreichen. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärte gegenüber Hamilton, dass gegen Price keine Verdachtsmomente vorlägen, seine Verhaftung mithin illegal gewesen sei.[150]

Die wahren Hintergründe für diesen Vorfall bleiben unklar. Price selbst vermutete, dass die britische Regierung in Zusammenarbeit mit den preußischen Behörden dahinter steckte, um auf diesem Wege seine Berichte über eine militärische Kooperation Großbritanniens mit Deutschland im Baltikum und eine bevorstehende Offensive der Westmächte gegen die Bolschewisten in Russland zu stoppen.[151] Sein Freund Hamilton dagegen sah darin einen ungeschickten Einschüchterungsversuch mit dem Ziel, britische Journalisten davon abzuhalten, so über deutsche Angelegenheiten zu berichten, wie diese es für richtig hielten.[152] Nachdem die Proteste der Korrespondenten anhielten und sowohl in englischen als auch amerikanischen Zeitungen mehrfach Artikel über seinen Fall erschienen, wurde Price schließlich nach vier Tagen freigelassen und durfte weiter in Berlin für den *Daily Herald* arbeiten.[153]

Die immer wiederkehrenden bürgerkriegsähnlichen Zustände in vielen Teilen Deutschlands zwischen 1918 und 1923 führten dazu, dass ausländische Pressevertreter, die sich ein eigenes Bild von der Lage machen wollten, nicht selten zwischen die Fronten gerieten. So wurde der Korrespondent des *Manchester Guardian*, Voigt, bei der schon erwähnten Reise ins Ruhrgebiet Anfang April 1920 von Freikorpseinheiten aus dem Baltikum festgehalten und misshandelt. Der Journalist war kurz vor dem Ende der Kämpfe zwischen der Roten Armee und regulären Truppen der Reichswehr in Essen angekommen, hatte sich zunächst im Hauptquartier der „Roten" aufgehalten und auch die Frontlinie besucht.[154] Nachdem die „Roten" aufgegeben hatten und Freikorpssoldaten in der Stadt einmarschiert waren, ging Voigt zusammen mit einer Kollegin der *Daily News* ins Rathaus, um über ein öffentliches Telefon einen Bericht an seine Zeitung abzusetzen. Dort angekommen wurden die beiden jedoch festgenommen. Weil Voigt kurz zuvor ein Telegramm abgeschickt hatte, in dem er den Rückzugsort der Roten Armee erwähnt hatte, glaubten die Regierungstruppen, dass er ein Spion sei.[155] Als Voigt einem der befehlshabenden Offiziere, einem Leutnant Linsenmayer, erklären wollte, dass er englischer

---

150 Ebd.

151 Genährt wurde sein Verdacht durch die Aussagen eines Beamten des preußischen Kriegsministeriums gegenüber amerikanischen und britischen Journalisten im Hotel Adlon, dass die Reichsregierung kein Interesse an seiner Inhaftierung habe, die britische Regierung aber das Recht, seine Auslieferung zu verlangen. PRICE, Three Revolutions, S. 172.

152 Ebd.

153 Ebd., S. 173.

154 VOIGT, Red Army, S. 177–180.

155 Das Telegramm enthielt Voigts Reiseroute, die über Barmen und Düsseldorf zurück nach Berlin führen sollte. Nach Barmen war zufälligerweise auch der Rat der revolutionären Arbeiter geflohen. Ebd., S. 186.

Journalist sei, beschimpfte jener ihn zunächst als „englischen Schweinehund" und befahl dann zwei Untergebenen ihm zu zeigen, wie man sich in Gegenwart deutscher Offiziere zu benehmen habe. Diese schlugen daraufhin mehrfach auf Voigt ein.[156] Während die Reporterin der *Daily News* kurze Zeit später wieder freigelassen wurde, blieb Voigt in Arrest. Die Situation klärte sich erst, als sich der Befehlshaber der Besatzungstruppen, ein Major von Baumbach, einschaltete, der Voigts Beteuerungen glaubte, dass es sich bei dem Telegramm um eine rein private Mitteilung gehandelt habe, und ihn wieder auf freien Fuß setzte.[157]

Der Chefredakteur des *Manchester Guardian*, Scott, hielt den Vorfall für so schwerwiegend, dass er ihn bei einem seiner Treffen mit Premierminister Lloyd George zur Sprache brachte. Dieser stellte sich sofort auf den Standpunkt, dass von deutscher Seite eine Entschuldigung, Wiedergutmachung und eine Bestrafung der Schuldigen zu verlangen sei.[158] Einige Tage später nahmen mehrere Parlamentsabgeordnete das Verhalten des deutschen Offiziers zum Anlass, um in der Fragestunde des *House of Commons* beim Vertreter des *Foreign Office* in Erfahrung zu bringen, was die britische Regierung in dieser Sache unternommen habe. Dieser erklärte, dass das *Foreign Office* über die britische Botschaft in Berlin bei der Reichsregierung eine förmliche Beschwerde eingelegt habe, woraufhin das Auswärtige Amt sich im Namen der deutschen Regierung bei Voigt entschuldigt und eine offizielle Untersuchung des Vorfalls angeordnet habe.[159] Tatsächlich musste sich besagter Leutnant Linsenmayer schließlich auch persönlich bei Voigt entschuldigen und wurde zudem von einem Berliner Gericht verurteilt.[160] Scott war über den Einsatz der britischen Regierung für seinen Korrespondenten sehr erfreut und ging davon aus, dass der Fall Signalwirkung haben würde: „I think the serious notice of the matter taken by our Government will have a good effect in securing protection for newspaper correspondents generally, who often have to take considerable risks."[161]

Auch in einem anderen Fall zeigte die Intervention einer der britischen Auslandsvertretungen in Deutschland Wirkung. Im Januar 1923 wurde der

---

156 Die Offiziere hatten offenbar Anstoß daran genommen, dass er wenig respektvoll mit einer Hand in der Hosentasche vor ihnen stand. Ebd., S. 182f.

157 Ebd., S. 186.

158 Lloyd George schickte Scott ins *Foreign Office*, wo er dem leitenden Ministerialbeamten, Eyre Crowe, von dem Zwischenfall berichten sollte, damit dieser die nötigen Schritte einleiten konnte. Treffen mit Lloyd George, 10. April 1920. Scott Papers, Memoranda and Correspondence, BL, SADM 50906.

159 PD/C, V, 127, Spn. 1661f., 14. April 1920. Linsenmayer wurde zunächst mit zwei Tagen Hausarrest belegt. Nach einer weiteren Intervention von Crowe, der sich bei der deutschen Botschaft über diese lächerliche Bestrafung beschwerte, wurde der Fall neu aufgerollt. Gespräch Crowes mit von Schubert, 8. Mai 1920, DBFP, I, 9, 658, S. 737.

160 Er erhielt schließlich eine Strafe von drei Tagen Haft dafür, dass er den Angriff auf Voigt nicht verhindert hatte. PRO, FO 371/4799, C831/831/18.

161 Scott an Waterlow, 16. Juli 1920, ebd.

Münchner *Times*-Korrespondent Baker von der Polizei zur Einvernahme bestellt und nach eigenen Angaben wüst beschimpft und bedroht. Anlass für diesen Einschüchterungsversuch war ein Artikel Bakers über eine gewalttätige Demonstration in der Münchner Innenstadt, der unter der Überschrift „Mob Rule in Munich" am 16. Januar in der *Times* erschienen war. Als der britische Generalkonsul bei den zuständigen bayerischen Behörden in der Angelegenheit vorstellig wurde, erhielt er vom Münchner Polizeichef die Versicherung, dass er niemals Anweisungen zu einem solchen Vorgehen gegen Baker gegeben habe.[162] Diese Aussage deckte sich mit den Beobachtungen des Generalkonsulats, wonach es sich hier wohl um eine eigenmächtige Aktion einzelner Beamter gehandelt hatte: „It is obvious that he [Baker, der Verf.] has for some time been the object of a vendetta on the part of those few subordinate and ultra-patriotic officials who are responsible for the complaints emanating at intervals from British tourists."[163] Von den bayerischen Behörden erhielt Baker jedenfalls die Zusicherung, weiter frei berichten zu können, ohne Folgen fürchten zu müssen.[164]

Die beschriebenen Interventionen der britischen Regierung über ihre Missionen in Deutschland erfolgten mit einer doppelten Zielsetzung: erstens, um die eigenen Staatsbürger zu schützen, und zweitens, um das Prinzip der Pressefreiheit durchzusetzen. Das Auswärtige Amt reagierte umgehend auf Beschwerden ausländischer Journalisten bzw. ihrer diplomatischen Vertretungen über Unannehmlichkeiten, für die Mitarbeiter deutscher Regierungsstellen verantwortlich waren. Anhand der Fälle, die im *Foreign Office* aktenkundig geworden sind, wird deutlich, dass die Reichsregierung darum bemüht war, die Wogen möglichst schnell wieder zu glätten. Denn massive Drohungen gehörten nicht zum Reportoire des Außenamtes, sondern standen ganz im Gegenteil im Widerspruch zur Kommunikationsstrategie des AA, die darauf angelegt war, ein gutes Verhältnis zu den Auslandskorrespondenten aufzubauen und ihnen optimale Arbeitsbedingungen zu

---

162 PRO, FO 371/8792, C2244/1688/18.

163 Ebd. In den englischen Tageszeitungen finden sich immer wieder Berichte über verbale Attacken und gewalttätige Übergriffe von Mitgliedern patriotischer, nationalistischer oder anderer rechter Organisationen, die sich gegen Besucher aus Großbritannien sowie Angehörige der alliierten Kontrollorgane richteten, und die nach dem französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet deutlich zunahmen.

164 THE TIMES, 26. Januar 1923. Andere Korrespondenten mussten wegen der allgemein schlechten Sicherheitslage sogar um ihr Leben fürchten. So geriet Ward Price Ende September 1923 in Düsseldorf in die Schusslinie der Polizei, als diese versuchte, eine Demonstration rheinischer Separatisten aufzulösen. WARD PRICE, Correspondent, S. 153f. Siehe auch sein Bericht in THE DAILY MAIL, 1. Oktober 1923. Gedye wiederum wurde Anfang Januar 1924 zufällig Zeuge des Attentats auf den Präsidenten der autonomen Regierung der Pfalz, was zur Folge hatte, dass Separatisten ihn beschuldigten, von dem Mordkomplott gewusst zu haben, und ihn mit vorgehaltener Waffe erfolglos daran zu hindern versuchten, einen Bericht an die *Times* zu übermitteln. GEDYE, Revolver-Republik, S. 227–240.

bieten, um sie auf diese Weise positiv zu beeinflussen und für Deutschland einzunehmen.

Unter anderem zu diesem Zweck wurde im Herbst 1919 eine zentrale Pressestelle mit dem offiziellen Titel „Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes" eingerichtet.[165] Sie ging aus der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes und dem Pressebüro der Reichskanzlei hervor, deren Zusammenlegung Reichskanzler Gustav Bauer zur Bündelung der pressepolitischen Aktivitäten am 9. August 1919 zugestimmt hatte.[166] Als Zentralstelle der amtlichen Pressetätigkeit in der Zeit der Weimarer Republik bestand die Aufgabe der Presseabteilung darin, die gesamte innere und äußere Politik der Reichsregierung gegenüber der in- und ausländischen Presse zu vertreten und die Regierungsstellen über den Inhalt der in- und ausländischen Presse zu informieren.[167]

An ihrer Spitze stand der Reichspressechef, der formal der Reichskanzlei zugeordnet war. Da das Vertrauen des Regierungschefs Grundlage seiner Tätigkeit war, die Regierungen in der Weimarer Zeit aber sehr häufig wechselten, blieben folglich auch die Leiter der Presseabteilung meist nur kurz auf ihrem Posten.[168] Die häufigen Wechsel wirkten sich logischerweise nachteilig auf die Effektivität der Pressearbeit aus, wurden aber zu Gunsten der höheren Glaubwürdigkeit in Kauf genommen, da der Pressechef die Politik der Regierung erläutern und unter Umständen rechtfertigen musste.[169] Die Abteilung selbst war dem Auswärtigen Amt angegliedert, so dass der Pressechef nicht nur dem Kanzler, sondern gleichzeitig auch dem Außenminister unterstellt war. Die sich daraus ergebende doppelte Abhängigkeit barg das Potenzial für Interessenkonflikte. Entscheidend für eine reibungslose Zusammenarbeit war daher das Verhältnis von Kanzler und Außenminister.[170] In seiner Funktion als Lenker der Regierungspublizistik nahm der Pressechef außerdem an den Kabinettssitzungen teil und musste sich auch um das Vertrauen der übrigen Minister bemühen,

---

165 Zu Gründung und Aufbau der Presseabteilung vgl. umfassend KOSZYK, Deutsche Presse, Bd. 7, S. 106–112, sowie BAUER, Amtliche Pressepolitik, S. 35–66.

166 Die Verschmelzung der beiden Abteilungen wurde zum 1. Oktober 1919 wirksam und erfolgte nicht zuletzt auch aus Gründen der Kostenersparnis. SCHÖNEBERGER, Diplomatie im Dialog, S. 44.

167 MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 32.

168 In der Zeit zwischen 1919 und 1925 leiteten sechs verschiedene Chefs die Presseabteilung. Laut Bauer waren dies Dr. Ulrich Rauscher (SPD) 12. Dezember 1919–24. Juli 1920; Friedrich Heilbron (parteilos) 1. August 1920–18. Juni 1921; Oscar Müller (DDP) 18. Juni 1921–22. November 1922; Friedrich Heilbron 16. Januar 1923–19. August 1923; Oberstleutnant a.D. Arnold Kalle (DVP) 31. August 1923–4. Dezember 1923; Karl Spiecker (Z) 4. Dezember 1923–16. Januar 1925; Dr. Otto Carl Kiep (parteilos) 16. Januar 1925–4. November 1926. Bauer liefert auch Einzelheiten zu ihren Lebensläufen und eine Würdigung ihrer Tätigkeit als Pressechefs. BAUER, Amtliche Pressepolitik, S. 67–73.

169 MÜLLER, Regierung und Pressechef, S. 3.

170 SCHÖNEBERGER, Diplomatie im Dialog, S. 45.

was seine Tätigkeit ebenfalls nicht erleichterte.[171] Im institutionellen Gefüge der Reichsregierung hatte die Presseabteilung dennoch eine starke Stellung. Die gemeinsame Geschäftsordnung der Reichsministerien wies ihr die Kompetenz zu, alle Veröffentlichungen der Ministerien, die über fachliche Mitteilungen hinausgingen, auf ihre politische Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen.[172] Weil der Pressechef auf Grund des Zuschnitts seines Amtes Zugang zum Kabinett, zum Reichskanzler und zum Reichspräsidenten hatte, galt seine Position als sehr einflussreich und war „parteipolitisch eine der umstrittensten […] der politischen Hierarchie der ersten deutschen Republik".[173] In der Praxis kristallisierte sich trotz der prinzipiellen „Allzuständigkeit" eine deutliche Präferenz des Pressechefs zu Gunsten der Außenpolitik heraus.[174]

Für die Betreuung der ausländischen Pressevertreter waren die Auslandsreferate der Presseabteilung zuständig. Ihre Aufgliederung nach Regionen entsprach der Einteilung der politischen Abteilungen des Auswärtigen Amtes, mit denen die Referate eng zusammenarbeiteten.[175] Verantwortlich für England war in den Jahren 1919 bis 1925 das Referat III E, in dessen Zuständigkeit außerdem die Dominions und die britischen Kolonien, fielen.[176] Die Arbeit der Pressereferenten orientierte sich dabei an folgender Richtlinie:

> Da die Beurteilung fremder Länder im wesentlichen für die Öffentlichkeit von den in ihr arbeitenden Korrespondenten herrührt, so ist es von entscheidender Bedeutung, dass die ausländischen Pressevertreter so schnell und umfassend wie möglich orientiert werden und dabei möglichst gut zu behandeln sind, damit ihre Tätigkeit sich unter Gewährung aller nur möglichen, insbesondere technischen Erleichterungen reibungslos abspielt.[177]

---

171 Ebd. Der Arbeitstag des Pressechefs begann normalerweise damit, dass er die wichtigsten Berliner und Provinzzeitungen sichtete, die Depeschen der deutschen Botschaften bzw. der dortigen Presseattachés sowie den Pressespiegel der Presseabteilung las, an der Abteilungsleiterbesprechung des AA teilnahm und anschließend beim Reichskanzler sowie beim Reichspräsidenten eine Zusammenfassung des Pressegeschehens ablieferte. Der Tagesablauf wird sehr anschaulich geschildert von ZECHLIN, Pressechef, S. 105f.

172 SCHÖNEBERGER, Diplomatie im Dialog, S. 47.

173 BAUER, Amtliche Pressepolitik, S. 37.

174 SCHÖNEBERGER, Diplomatie im Dialog, S. 47.

175 Die Leiter der Auslandsreferate der Presseabteilung arbeiteten gleichzeitig auch in den politischen Abteilungen des AA. BAUER, Amtliche Pressepolitik, S. 47. Zur Aufgabe der Presseabteilung gehörte u.a. die Auswertung ausländischer Zeitungen, wozu eigens Lektorate eingerichtet worden waren, sowie die Information der politischen Abteilungen über die Inhalte der Auslandspresse und die Beratung in Presseangelegenheiten. MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 36.

176 Das Referat war in dieser Zeit außerdem für Afghanistan, Arabien, Abessinien sowie Hedjas und Pamir zuständig. Die Aufgaben wurden allerdings häufiger neu verteilt und auch die Nummerierung geändert. Die wechselnden regionalen und sachlichen Kompetenzverschiebungen innerhalb und zwischen den Abteilungen lassen sich den Geschäftsverteilungsplänen des AA entnehmen. Vgl. ADAP, A, 3–9.

177 ZECHLIN, Pressechef, S. 22.

Die konkreten Aufgaben der Auslandsreferenten waren vielfältig und berührten sowohl die journalistische Tätigkeit der ausländischen Korrespondenten als auch Probleme des alltäglichen Lebens. So versorgten sie die Journalisten mit Informationsmaterial und Statistiken, vermittelten Interviewpartner, organisierten Pressekonferenzen und Reisen und kümmerten sich um Presseausweise sowie Karten für die Pressetribüne des Reichstags. Außerdem standen sie den Auslandskorrespondenten in Steuerangelegenheiten und Passfragen genauso wie im Umgang mit Behörden mit Rat und Tat zur Seite.[178] Ein praktisches Beispiel für die Unterstützung, die die Presseabteilung den Auslandskorrespondenten zuteil werden ließ, war die Hilfe bei der Suche nach einer passenden Wohnung. Ein großes Problem, da Wohnraum in Berlin in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg sehr knapp war, was bei den ausländischen Journalisten für erheblichen Unmut sorgte.[179] Die Presseabteilung setzte sich deshalb insbesondere für deutschlandfreundliche Korrespondenten bei den zuständigen Berliner Wohnungsämtern ein.[180]

Ein wichtiger Schwerpunkt im Tätigkeitsbereich der Referenten bestand in der Beobachtung der Berichte, die in der Auslandspresse über Deutschland erschienen. Zwar verfolgte die Presseabteilung primär die Strategie einer indirekten Beeinflussung der ausländischen Journalisten, indem ihnen ein möglichst positives Bild ihres Gastlandes vermittelt wurde. Wenn aber Artikel veröffentlicht wurden, die falsche Angaben enthielten oder Deutschland in ein schlechtes Licht rückten, dann musste der Verfasser damit rechnen, dass er ins Auswärtige Amt zitiert oder ihm beim nächsten Besuch in der Presseabteilung unangenehme Fragen gestellt wurden. Offizielle Sanktionen kamen jedoch so gut wie nie vor.[181] Die Korrespondenten hatten außerdem in der Regel ein Interesse an einem spannungsfreien Verhältnis zur Presseabteilung, da sie diese als Informationsquelle schätzten.

Ein Problem bei der Überwachung der Auslandskorrespondenten und ihrer Berichte bestand allerdings darin, dass es in den 1920er Jahren bei englischen

---

178 Müller, Weimar, S. 74.

179 Zechlin, Pressechef, S. 22. Der Schriftführer des „Vereins der Ausländischen Presse“ Karl A. Mayer wandte sich wegen der ungelösten Wohnungsfrage mehrfach an die Presseabteilung und an das Preußische Innenministerium mit der Bitte um Abhilfe. Schreiben des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V.“ i.A. Karl A. Mayer (Schriftführer) an das AA, Min. Dirig. Schmidt-Elskop, 14. Januar 1922, PA AA, Presseabteilung P 27, Generalia, Fremde Journalisten, Bd. 1 und Schreiben des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V.“, i.A. Karl A. Mayer (Schriftführer) an den Preußischen Minister des Innern Carl Severing und an das AA, Min. Dirig. Dr. Eberhard von Stohrer, 8. Juni 1923, ebd. Die Presseabteilung trat wegen der Missstimmung unter den ausländischen Korrespondenten in Kontakt mit dem Preußischen Innenministerium, da die Wohnungsfrage schon „Zwischenfälle mit politisch bedenklichen Weiterungen zur Folge gehabt hat“. Schreiben des AA an das Preußische Ministerium des Innern, 14. Juni 1923, Ebd.

180 Müller, Weimar, S. 79.

181 Müller, Auswärtige Pressepolitik, S. 59.

Zeitungen noch nicht üblich war, Artikel namentlich zu kennzeichnen. Eine lückenlose Kontrolle wurde dadurch natürlich erschwert. Um zumindest zu erfahren, welcher Journalist von welcher ausländischen Zeitung sich gerade in Deutschland aufhielt, hatte die Presseabteilung per Runderlass alle Passstellen angewiesen, sie vor der Ausstellung von Enreisevisa an Mitarbeiter der Auslandspresse zu informieren.[182] Der Ministerialdirigent Arthur Schmidt-Elskop bemerkte zur Handhabung dieser Vorschrift:

> Auf diese Weise hat die Presseabteilung wenigstens Kenntnis von den hier anwesenden Auslandsjournalisten, was ganz besonders wünschenswert ist, weil diese oft anonym die gröblichsten Unwahrheiten und tendenziösesten Meldungen an ihre Blätter telegrafieren oder schreiben. Dadurch wird es der Presseabteilung möglich, mit den Korrespondenten in Verbindung zu treten und zu versuchen, ihnen geeignete Aufklärung zu geben und sie nach Möglichkeit von weiterer schädlicher Berichterstattung abzuhalten.[183]

Die vorherige Anfrage bei der Presseabteilung diente außerdem dazu, Visaanträge gegebenenfalls abzuweisen, wenn es Zweifel an der „Gesinnung" des betreffenden Journalisten oder seiner Zeitung gab.[184] Mit Schwierigkeiten mussten zum Beispiel Vertreter der Northcliffe-Presse rechnen, die für ihre deutschfeindliche Haltung bekannt war. Als die *Times* ihren neuen Deutschlandkorrespondenten Harold Daniels im August 1920 nach Berlin schicken wollte, ließ sich die deutsche Botschaft mit dem Visum Zeit, so dass der *Foreign Editor* Hugh MacGregor bereits vermutete, dies sei Teil der deutschen Kampagne gegen Northcliffe und sein Zeitungsimperium.[185] Der damalige Chefredakteur Wickham Steed erwog offenbar sogar, die Angelegenheit öffentlich zu machen, um dadurch Druck auf die Botschaft auszuüben.[186] Diese stellte das Visum schließlich aus und entschuldigte die Verzögerung damit, dass man erst in Berlin die Erlaubnis zur Erteilung habe einholen müssen. Bei dieser Gelegenheit betonte der deutsche Botschafter Sthamer ausdrücklich, dass die Zeitungen Northcliffes nicht gegenüber anderen diskriminiert würden.[187] Gemäß den Vorgaben des Auswärtigen Amtes und der Presseabteilung wurden

---

182 Runderlass vom 30. April 1920, PA AA, Presseabteilung P 27, Generalia, Fremde Journalisten, Bd. 1.

183 Empfehlung zur Änderung des Runderlasses vom 30. April 1920, Schreiben von Min. Dirig. Arthur Schmidt-Elskop, 5. September 1921, in: Ebd. Die vorherige Anfrage bei der Presseabteilung sollte künftig nur noch für Journalisten aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Spanien, Russland, Polen und den USA gelten.

184 Ebd.

185 Angeblich hatte die Botschaft zuvor bereits einem Journalisten der *Daily Mail* die Einreise nach Deutschland verweigert. Brief von MacGregor an Brain, 13. August 1920, Correspondence between Hugh MacGregor and Ernest Brain, TNL Archive, BNS/1. Brain war während des Krieges Korrespondent der *Times* in den Niederlanden und dann von Juli 1919 bis September 1920 in Berlin.

186 Ebd.

187 Botschafter Sthamer an den Chefredakteur der *Times*, 16. August 1920, Dawson Papers, Correspondence with the German Charge d'Affair Sthamer, TNL Archive, GGD/2.

Anfragen tendenziell eher prodeutsch eingestellter Blätter allerdings unbürokratischer bearbeitet, wie der Fall des Journalisten William Ewer verdeutlicht, der für den *Daily Herald* arbeitete. Diesem stellte die deutsche Botschaft in London ohne vorherige Anfrage in Berlin sofort eine Einreiseerlaubnis aus.[188]

Die deutschen Visaregelungen führten auch aus anderen Gründen mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen den Auslandskorrespondenten und dem Auswärtigen Amt. So hatten die deutschen Auslandsvertretungen und die Passstellen die Möglichkeit, Dauersichtvermerke für drei, sechs oder zwölf Monate auszustellen. Diese berechtigten „zur beliebig häufigen Reise nach oder aus dem Reichsgebiet und zurück oder zur beliebig häufigen Reise durch das Reichsgebiet".[189] Des Weiteren existierte eine Aufenthaltserlaubnis für Journalisten, die ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, mit der eine Aus- und Einreise jedoch nur möglich war, wenn die Betreffenden von ihrem zuständigen Finanzamt vorher eine steuerliche Unbedenklichkeitserklärung erhielten und diese dann in ihren Pass eintragen ließen.[190]

Die Interessenvertretung der ausländischen Journalisten, der Verein der Ausländischen Presse,[191] beschwerte sich im Januar 1922 über die Unsystematik der Vorschriften, die zu einer Ungleichbehandlung der Korrespondenten führte. In dem Schreiben bemängelte der Schriftführer des Vereins, Karl A. Mayer, unter anderem, dass Aufenthaltsbewilligungen entweder für ein Jahr oder auf Widerruf erteilt wurden und für ganz Deutschland oder nur für Groß-Berlin galten. Die geforderte Unbedenklichkeitserklärung bedeute zudem, dass es unmöglich sei, kurzfristig ins Ausland zu fahren.[192]

Im Jahr zuvor hatte der Verein deshalb versucht, eine Sonderregelung mit dem für Passsachen zuständigen Berliner Polizeipräsidium unter Umgehung der Presseabteilung zu treffen. Demnach sollten Vereinsmitglieder gegen Vorlage eines vom Vorsitzenden oder Schriftführer des Vereins ausgestellten Ausweises auf der Hauptpassstelle sofort ein dreimonatiges Dauervisum erhalten.

---

188 Schreiben des deutschen Botschafters Sthamer an das AA, 28. November 1921, PA AA, Politische Abteilung III England, Pol. 11, Nr. 5: Journalisten.

189 Reichsgesetzblatt, Teil I, Berlin 13. Juni 1924, Nr. 41, Bekanntmachung zur Ausführung der Passverordnung vom 4. Juni 1924, S. 618, §49 d). Nach §55 konnte die Erteilung von Visa durch die Botschaften außerdem davon abhängig gemacht werden, dass der Antragsteller einen Bürgen stellte, eine Sicherheit hinterlegte, einen Fragebogen ausfüllte und die erforderliche Anzahl von Lichtbildern beibrachte.

190 Ebd., S. 617, §41.

191 Der Verein wurde am 30. Juni 1906 von 26 Gründungsmitgliedern aus neun Staaten ins Leben gerufen. Nach Paragraph 2 seiner Statuten sollte er der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen, der Erleichterung der Ausübung der Berufstätigkeit, der Erteilung von Rat und Auskunft an die Vertreter der ausländischen Presse und dem Anbahnen und Pflegen von geselligem Umgang dienen. Statuten des „Vereins der Ausländischen Presse", PA AA, Presseabteilung P 27, Generalia, Fremde Journalisten, Bd. 2.

192 Schreiben des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V.", i.A. Karl A. Mayer (Schriftführer) an das AA, Min. Dirig. Arthur Schmidt-Elskop, 14. Januar 1922, PA AA, Presseabteilung P 27, Generalia, Fremde Journalisten, Bd. 1.

Das Auswärtige Amt verzichtete darauf, eine Rücknahme der Vereinbarung zu fordern, allerdings nur unter der Bedingung, dass in Einzelfällen die Presseabteilung das letzte Wort hatte.[193] Auf diese Weise blieb die Möglichkeit bestehen, unliebsamen Berichterstattern das Aufenthaltsrecht zu entziehen. Die Vereinbarung zwischen dem Verein und dem Polizeipräsidium hielt ohnehin nur wenige Wochen. Dann wurden „die Visa wieder verweigert und der alte bureaukratische Leidensweg musste wieder eingeschlagen werden", wie Mayer klagte.[194] Dem Wunsch der Auslandskorrespondenten nach einer Beschleunigung des Prozederes kam das Auswärtige Amt im Laufe des Jahres 1922 entgegen. Seit Jahresbeginn lag die ausschließliche Kompetenz für Visa und Aufenthaltsgenehmigungen bei der Ausländerpassstelle am Wohnort des Antragstellers. Mit dem Berliner Polizeipräsidium wurde die Abmachung getroffen, „dass in besonders dringlichen Fällen auf eine von der Presseabteilung ausgestellte Empfehlung hin eine beschleunigte und bevorzugte Erledigung von Sichtvermerksanträgen erfolgen soll".[195]

Zu einem handfesten Streit, bei dem es um Pass- und Steuerfragen ging, kam es zwischen dem Verein der Ausländischen Presse und der Presseabteilung in der zweiten Hälfte des Jahres 1924. Der Verein beklagte sich über die Einführung von Passgebühren auch für ausländische Journalisten, wandte sich gegen die Ausdehnung der Ausreisegebühr für Reichsdeutsche auf alle in Deutschland lebenden Ausländer, forderte eine Befreiung der ausländischen Journalisten von der Einkommenssteuer sowie ein Jahr gültige Dauervisa für alle Vereinsmitglieder.[196] Außerdem ging es um die Frage, ob Korrespondenten deutscher Staatsangehörigkeit, die für ausländische Zeitungen arbeiteten, Mitglied des Vereins werden konnten, was nach den Statuten eigentlich nicht vorgesehen war.[197] Die Presseabteilung wollte den Verein hier zu einer Änderung bewegen, da man in

---

[193] Schreiben des AA an den Preußischen Minister des Innern Carl Severing, 10. März 1921, ebd. Die Hauptpassstelle bestätigte die Anweisung, „bei der Presseabteilung der Reichsregierung anzufragen, ob der Verlängerung eines Sichtvermerks für ausländische Pressevertreter zugestimmt wird, wenn der Hauptpassstelle von der Presseabteilung mitgeteilt worden ist, dass die Aufenthaltserlaubnis über die übliche Frist von drei Monaten hinaus bedenklich erscheint". Schreiben des Polizeipräsidiums Berlin, Hauptpassstelle, an das AA, Presseabteilung der Reichsregierung, 5. Dezember 1922, ebd.

[194] Schreiben des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V.", i.A. Karl A. Mayer (Schriftführer) an das AA, Min. Dirig. Arthur Schmidt-Elskop, 14. Januar 1922, PA AA, Presseabteilung P 27, Generalia, Fremde Journalisten, Bd. 1.

[195] Schreiben des AA, Dr. Haniel von Haimhausen, an George R. Witte, Vertreter der Chicago Daily News, 15. Juni 1922. Zit. nach Müller, Weimar, S. 77.

[196] Daniels an Williams, 9. Juli 1924, Correspondence between Harold Williams and Harold G. Daniels, TNL Archive, BNS/1. Beigelegter Beschwerdebrief des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V." an alle deutschen Ministerien, Parteien und Zeitungen.

[197] Nach Paragraph 3 konnte nur Mitglied werden, wer ständig in Berlin wohnte, eine ausländische Zeitung oder Nachrichtenagentur vertrat und nicht deutscher Staatsangehöriger war. Statuten des „Vereins der Ausländischen Presse", PA AA, Presseabteilung P 27, Generalia, Fremde Journalisten, Bd. 2.

dieser Klausel eine Diskriminierung sah.[198] Manches Vereinsmitglied wie Harold Daniels von der *Times* beschlich allerdings der Verdacht, das Auswärtige Amt verfolge damit das Ziel, den Verein auseinander zu dividieren und die Überwachung der Korrespondenten zu intensivieren. „One of the reasons why they want to break it up is that they cannot get Germans in to it. A good many Germans here represent foreign newspapers […]. But they would only be the spies of the Wilhelmstrasse, and one is spied on quite enough as it is."[199]

Der Streit zog sich mehrere Monate hin, in denen wiederholt in englischen und französischen Blättern Artikel über die „bürokratischen Schikanen" auftauchten, mit denen die deutsche Regierung die ausländischen Korrespondenten angeblich traktierte.[200] Zusätzlich drohte der Verein mit einem Boykott aller Kontakte zur Reichsregierung.[201] Besorgt um ihre Reputation gab die Presseabteilung schließlich in den wesentlichen Punkten nach. So erhielten alle Vereinsmitglieder eine gebührenfreie Aufenthaltsbewilligung für mindestens ein Jahr[202] und darüber hinaus diejenigen, „die mit einer schriftlichen Empfehlung der Presseabteilung versehen, sich an die Passtelle wenden, auf Antrag gebührenfreie, zur Aus- und Rückreise berechtigende Dauersichtvermerke bis zur Höchstdauer von einem Jahr".[203] Außerdem stimmte das Reichsfinanzministerium nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit zu, alle ausländischen Journalisten von der Einkommenssteuer zu befreien, in deren Herkunftsländern deutsche Journalisten ebenfalls von der Steuer befreit waren.[204] Die bisher nötige steuerliche Unbedenklichkeitserklärung fiel mit dem 1. Januar 1924 ebenfalls weg. Künftig genügte zur Ein- und Ausreise mit einer Aufenthaltserlaubnis ein von der Presseabteilung befürworteter Antrag bei der Passstelle, um gebührenfrei einen entsprechenden Sichtvermerk zu erhalten.[205] Was schließ-

198 Außerdem hatten zahlreiche deutsche Journalisten, die hauptamtlich für ausländische Zeitungen arbeiteten, durch den Ausschluss aus dem Verein berufliche Nachteile, da sie von deutschen Institutionen und Verbänden oftmals nicht zu Veranstaltungen, Pressekonferenzen etc. eingeladen wurden. Unterstützt wurde die Presseabteilung in ihrer Forderung durch die politischen Parteien, vor allem die DNVP. Laut Hans Müller war die Haltung der Presseabteilung eine Reaktion auf die Beschwerden des Vereins, dem nun seine Grenzen aufgezeigt werden sollten. MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 62.

199 Daniels an Williams, 13. Juli 1924, Correspondence between Harold Williams and Harold G. Daniels, TNL Archive, BNS/1.

200 Hans Müller, Auswärtige Pressepolitik, S. 62.

201 Daniels an Williams, 9. Juli 1924, Correspondence between Harold Williams and Harold G. Daniels, TNL Archive, BNS/1.

202 Mitteilung des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V." vom 2. Oktober 1924, PA AA, Presseabteilung P 27, Beiakten, Bd. 1.

203 Mitteilung des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V." vom 4. November 1924, ebd.

204 Dies traf auf Italien, Spanien, Schweden, Russland, die Türkei, Ägypten, Argentinien, Brasilien, China und Uruguay zu. Mitteilung des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V." vom 7. Januar 1925, ebd.

205 Mitteilung des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V." vom 14. Januar 1925, ebd.

lich die Mitgliedschaft anbelangte, so lenkte der Verein 1926 ein und änderte seine Statuten dahingehend, dass nun auch Journalisten deutscher Nationalität aufgenommen werden konnten.[206] „Der Vorfall zeigt, dass die Auslandskorrespondenten den Konflikt nicht scheuten, aber auch kein Interesse an einem gespannten Verhältnis zur Regierungspressestelle hatten."[207]

Das wichtigste Forum zum Informationsaustausch und zur Kontaktpflege zwischen den Vertretern der Auslandspresse und der Reichsregierung war der freitägliche „Pressetee", der in den oberen Räumen der Presseabteilung im Palais Leopold am Wilhelmsplatz stattfand und im Jahr 1924 eigens für die ausländischen Pressevertreter ins Leben gerufen worden war.[208] Teilnahmeberechtigt von Seiten der Auslandskorrespondenten waren diejenigen, die bei der Presseabteilung als solche akkreditiert und offiziell eingeführt waren.[209] Normalerweise stand ihnen der Pressechef dort Rede und Antwort.[210] Oft genug wurden aber auch der Außenminister, andere Reichsminister oder sonstige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingeladen.[211] Besonders virtuos nutzte Stresemann die Teegespräche mit der Auslandspresse, in denen er oft das Echo des Auslandes auf politische Initiativen der Reichsregierung vorab auszuloten versuchte.[212] Dabei konnte er sich auf die Diskretion der Teilnehmer verlassen, da diese sich dazu verpflichtet hatten, dort gemachte Äußerungen nicht zu veröffentlichen.[213] Denn der Zweck der Veranstaltung bestand darin, Vertretern

---

206 Zwischenzeitlich hatte allerdings eine Hand voll deutscher Journalisten einen „Verband ausländischer Pressevertreter" gegründet. MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 63f.

207 Ebd., S. 64. Dies wird auch daran deutlich, dass der Verein im November 1924 die Führungsspitze der Presseabteilung inklusive der Auslandsreferenten sowie die wichtigsten Vertreter der deutschen Presse zu einem Bierabend einlud, um „bei einem gemütlichen Glase Bier einen anregenden Gedankenaustausch zu pflegen". Mitteilung des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V." vom 22. November 1924, PA AA, Presseabteilung P 27, Beiakten, Bd. 1.

208 ZECHLIN, Pressechef, S. 12f. Für die deutschen Journalisten gab es eine tägliche Pressekonferenz, zu der im Wechsel die Presse selbst oder die Presseabteilung einluden. Am Ablauf änderte sich dadurch nichts. Die Konferenz begann mittags um 12 Uhr im großen Saal des Leopoldpalais meist mit einer Erklärung eines Regierungsvertreters, des Pressechefs oder eines Ministers. Dann folgte ein Frage- und Antwortspiel, das mitunter auch zu heftigen Diskussionen führte. BAUER, Amtliche Pressepolitik, S. 53–56.

209 Journalisten, die nur für kurze Zeit in Berlin waren und an dem Empfang teilnehmen wollten, brauchten eine Empfehlung eines akkreditierten Kollegen und mussten sich beim Direktor der Presseabteilung oder dem zuständigen Referenten vorstellen. Mitteilung des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V." vom 19. September 1925, Richtlinien der Presseabteilung für die Freitagsempfänge, PA AA, Presseabteilung P 27, Beiakten, Bd. 1.

210 BAUER, Amtliche Pressepolitik, S. 56.

211 ZECHLIN, Pressechef, S. 13.

212 SCHÖNEBERGER, Diplomatie im Dialog, S. 53.

213 Die teilnehmenden Journalisten mussten dazu eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich verpflichteten, die Aussagen der politischen Prominenz nicht unter namentlicher Nennung der Quelle zu verwenden, sondern wenn überhaupt als „Auffassung Maß gebender hiesiger Kreise" zu zitieren. MÜLLER, Weimar, S. 84.

der ausländischen Zeitungen in zwangloser Form Hintergrundinformationen zu liefern.[214]

Das Gebot der Vertraulichkeit wurde von den Journalisten auch fast immer eingehalten, nicht zuletzt deshalb, weil ein Vertrauensbruch das Verhältnis zur Reichsregierung erheblich belastete. Als nach dem Freitagsempfang vom 5. Juni 1925 einer der Korrespondenten die Äußerungen Stresemanns als Interview in seiner Zeitung abdrucken ließ, obwohl der deutsche Außenminister mehrfach darauf aufmerksam gemacht hatte, dass sie keinesfalls für die Öffentlichkeit bestimmt waren, wies die Presseabteilung nachdrücklich auf die vereinbarten Spielregeln hin, wonach die Äußerungen des Außenministers oder sonstiger Regierungsvertreter beim Pressetee lediglich zwanglose Darlegungen ihrer Ansichten waren.[215] Der Verein der Ausländischen Presse ermahnte seinerseits auf Grund des Vorfalls alle Mitglieder, den vertraulichen Charakter des Pressetees „strengstens zu wahren". Für den Fall weiterer Indiskretionen erwog der Vorstand „krasse" Maßnahmen, ohne diese allerdings zu spezifizieren.[216]

Selbstverständlich stand es den Auslandskorrespondenten frei, sich direkt bei den einzelnen Fachministern, dem Reichskanzler oder dem Reichspräsidenten um Interviews zu bemühen, und sie konnten dabei – wie bereits angesprochen – mit der Unterstützung durch die Presseabteilung rechnen. Diese behielt sich aber auch hier das Recht vor, bei den entsprechenden Ministerien ein Veto einzulegen, wenn die Anfrage von Journalisten kam, deren Blätter für ihre kritische Haltung gegenüber Deutschland bekannt waren.[217] Die Reichsministerien waren laut der gemeinsamen Geschäftsordnung dazu verpflichtet, die Presseabteilung zu befragen, wenn „der Vertreter einer ausländischen Zeitung um eine in der Presse zu verwertende Unterredung (Interview) bei einem Reichsminister oder nachgeordneten Beamten nachsucht".[218] Der Text musste

---

214 Mitteilung des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V.", 19. Juni 1925, PA AA, Presseabteilung P 27, Beiakten, Bd. 1.

215 „[…] eine Verwertung in Interviewform oder sonstiger Wiedergabe unter Benennung der Quelle ist nicht zulässig", so die Präzisierung in einer Mitteilung des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V.", 19. September 1925, Richtlinien der Presseabteilung für die Freitagsempfänge, PA AA, Presseabteilung P 27, Beiakten, Bd. 1.

216 Ebd.

217 Als der Korrespondent des *Daily Express*, Arthur David, im September 1919 um ein Interview mit Reichspräsident Ebert bat, beschied die Nachrichtenabteilung des AA diesen Wunsch unter Hinweis auf die feindselige Haltung der Zeitung gegenüber Deutschland abschlägig. Generell galt, dass „hiesige ständige ausländische Journalisten erst dann zu Interviews mit unseren leitenden Staatsmännern in Vorschlag gebracht [werden], nachdem sie sich durch eine längere, unparteiische Berichterstattung als dafür würdig gezeigt haben". Schreiben des AA an seinen Vertreter beim Reichspräsidenten, 24. September 1919, PA AA, Presseabteilung P 30, Informierung der ausländischen Pressevertreter: Interviews, Bd. 1, 1919.

218 Gemeinsame Geschäftsordnung der Reichsministerien, Allgemeiner Teil GGOI, Berlin 1926. Zit. nach SCHÖNEBERGER, Diplomatie im Dialog, S. 47, Fn. 42.

außerdem vor der Veröffentlichung dem Interviewpartner vorgelegt und von diesem autorisiert werden. In zweifelhaften Fällen sollten die Auskunft Gebenden vor der Genehmigung des Wortlautes Rücksprache mit der Presseabteilung halten.[219] Bei der Gewährung von Interviewanfragen galt es zudem, die Hackordnung unter den Auslandskorrespondenten zu beachten. Der Presseabteilung war bewusst, dass alt gediente Journalisten der Ansicht waren, ihre Gesuche müssten bevorzugt behandelt werden, und sie bemühte sich dementsprechend, keine Verstimmungen zu verursachen, was allerdings nicht immer gelang.[220]

Zu einem Dauerproblem, das ebenfalls für Unmut unter den ausländischen Korrespondenten sorgte, entwickelte sich die Verteilung der Pressekarten für die Reichstagstribüne. Für die 70 Mitglieder des Vereins der Ausländischen Presse waren nur drei Sitzplätze vorgesehen, der Rest musste im Gegensatz zu den deutschen Journalisten stehen.[221] Im Januar 1922 verringerte der Präsident des Reichstags, Paul Löbe, das Kontingent der für Auslandskorrespondenten vorgesehenen Karten zudem noch von 135 auf 65.[222] Er rechtfertigte sich damit, dass aus Gründen der Aufrechterhaltung der Ordnung auf der Pressetribüne eine Platzeinsparung und damit eine Reduzierung nötig sei.[223] Der Vorstand des Vereins der Ausländischen Presse reagierte darauf mit einer Protestnote gegen die staatliche Einmischung in die Korrespondentenarbeit. „Auf Grund allgemeiner Preßprinzipien […] möchten die ausländischen Journalisten in Berlin auch den Anschein eines amtlichen Einflusses auf ihre Tätigkeit vermieden sehen."[224] Nichtsdestotrotz blieb es zunächst bei den beengten und unbequemen Verhältnissen. Im Zuge einer Erweiterung der Pressetribüne erhöhte die Reichstagsverwaltung die Zahl der Sitzplätze mit Schreibgelegenheit für die Auslandskorrespondenten im Januar 1925 von drei auf 15.[225] Bei besonderen Anlässen wie der Vereidigung des neu gewählten Reichspräsidenten am 12. Mai 1925 reichte der Platz dennoch bei weitem nicht aus, so dass

---

219 Ebd.

220 Dass dies durchaus ein Kriterium war, zeigt ebenfalls der Fall des *Daily Express*-Korrespondenten Arthur David. Dieser war 1919 erst seit kurzem in Berlin. Die Gewährung eines Interviews mit dem Reichspräsidenten würde deshalb zu Verstimmungen unter den anderen Korrespondenten führen, die meinten „ältere Rechte" zu haben, stellte die Nachrichtenabteilung des AA fest. Schreiben des AA an seinen Vertreter beim Reichspräsidenten, 24. September 1919, PA AA, Presseabteilung P 30, Informierung der ausländischen Pressevertreter: Interviews, Bd. 1.

221 Schreiben des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V.", i.A. Karl A. Mayer (Schriftführer) an das AA, Min. Dirig. Arthur Schmidt-Elskop, 14. Januar 1922, PA AA, Presseabteilung P 27, Generalia, Fremde Journalisten, Bd. 1.

222 Müller, Weimar, S. 82.

223 Ebd.

224 Protestnote vom 1. Februar 1922, zit. nach ebd.

225 Mitteilung des „Vereins der Ausländischen Presse zu Berlin e.V.", 7. Januar 1925, PA AA, Presseabteilung P 27, Beiakten, Bd. 1.

einige Korrespondenten sogar trotz Karte nicht auf die Pressetribüne gelassen wurden.[226]

Auch wenn in diesem Fall der Wunsch vieler Auslandskorrespondenten wegen Platzmangels im Reichstag nicht erfüllt werden konnte, gab sich die Presseabteilung generell große Mühe, auf Anregungen und Beschwerden der ausländischen Pressevertreter Rücksicht zu nehmen und ihnen den Aufenthalt in Deutschland so informativ und angenehm wie möglich zu machen. Auf diese Weise sollte Verständnis für die Probleme des Deutschen Reiches insbesondere auf dem Gebiet der Außenpolitik geweckt werden. Dabei nutzte die Presseabteilung alle ihr in einem demokratisch verfassten Staat zur Verfügung stehenden Mittel, um die Berichterstattung der Auslandspresse zu überwachen[227] und in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem die ausländischen Journalisten beispielsweise auf den Freitagsempfängen ins Vertrauen gezogen oder gezielt mit Informationen versorgt wurden. Der Informationsfluss konnte allerdings schnell versiegen, wenn ein Korrespondent in seiner Kritik eine gewisse Grenze überschritt. Die Presseabteilung setzte in einem solchen Fall eher auf sanften Druck, sprich den Entzug von Vergünstigungen, als auf direkte Sanktionen oder gar eine offene Konfrontation. Dies wäre auch kontraproduktiv gewesen, denn es hätte mit Sicherheit eine Solidarisierung der Auslandskorrespondenten, für die die ungehinderte Ausübung ihres Berufes elementar war, zur Folge gehabt und einen erheblichen Imageschaden für die Reichsregierung bedeutet, wie die Auseinandersetzung um die Pass- und Steuerfragen im Jahr 1924 verdeutlicht hat.

---

226 Beschwerden vom 14. Mai 1925 wegen verhinderten Zugangs zur Reichstagstribüne, PA AA, Presseabteilung P 27, Generalia, Fremde Journalisten, Bd. 3. An dem generellen Problem änderte sich bis in die 30er Jahre hinein nichts. Zwar versprach die Reichstagsverwaltung, bei besonderen Ereignissen eine Sondertribüne mit zusätzlichen Sitz- und Stehplätzen zu öffnen. Dem „Verein der Ausländischen Presse" mit seinen mittlerweile 103 Mitgliedern wurden 1931 aber nur 60 Dauerkarten zugeteilt. MÜLLER, Weimar, S. 83.

227 Zu diesem Zweck hielt das AA in den ersten Jahren nach dem Krieg zunächst an der Überwachung des Telegrammverkehrs fest, wie der geheime Vorschlag an Reichspostminister Johannes Giesberts vom 28. März 1919 beweist. Demnach sei „das Haupttelegraphenamt anzuweisen, in Zukunft die Telegramme der auswärtigen Korrespondenten alsbald nach ihrer Weitergabe der Nachrichtenabteilung des A.A. zur Kenntnis zu bringen". Entwurf eines geheimen Schreibens vom AA an den Reichspostminister Johannes Giesberts, 28. März 1919, PA AA, Presseabteilung P 27, Die fremden Presseberichterstatter, Bd. 3. Auch die Zentrale für die Postüberwachung bei Privatkorrespondenz ins Ausland blieb weiter aktiv. Schreiben des AA an das Reichsfinanzministerium, Zentrale für Postüberwachung, 13. Juli 1920, ebd. Inwieweit die Auslandskorrespondenten darüber informiert waren, ist unklar. Der Berliner Korrespondent der *Times*, Harold Daniels, war sich jedenfalls bewusst, dass die deutschen Behörden seine Post lasen und möglicherweise auch die Telefonleitung, über die er Berichte nach London absetzte, abhörten. Daniels an MacGregor, 6. September 1920 sowie 26. April 1921, Correspondence between Hugh MacGregor and Harold G. Daniels, TNL Archive, BNS/1.

1.2 Deutschlanderfahrungen in der Fleet Street: Chefredakteure und Verleger

Einen in vielen Fällen entscheidenden Einfluss auf die Beurteilung und Einordnung der Geschehnisse in Deutschland übten die Verleger und Chefredakteure der hier untersuchten Tageszeitungen aus. Je nach Persönlichkeit und Autorität bestimmten sie maßgeblich die Linie, die ihre Blätter auf den Kommentarseiten vertraten. Dies galt einerseits für die generelle politische Ausrichtung,[228] wie andererseits auch für die Haltung zu bestimmten Themen und einzelnen Ereignissen. Einige der Chefredakteure verzichteten nicht selten darauf, das Verfassen des Leitartikels an einen der so genannten *Leader Writer* zu delegieren und meldeten sich – insbesondere bei politisch umstrittenen Fragen – selbst zu Wort. Dies traf gerade auch auf das Verhältnis Großbritanniens zu Deutschland und auf damit verbundene kontrovers diskutierte außenpolitische Probleme wie den Versailler Vertrag oder die Ruhrbesetzung zu. Eine genauere Untersuchung über die Vorstellungen von, Erfahrungen mit und Einstellungen zu Deutschland der Chefredakteure und Verleger ist folglich ein wichtiger Baustein, der hilft, die Komponenten, aus denen sich das Deutschlandbild in den hier ausgewählten englischen Tageszeitungen zusammensetzte, zu identifizieren und die Ursprünge dieses Bildes aufzuhellen.

Wichtige Faktoren, die das individuelle Deutschlandbild der jeweiligen Chefredakteure und Verleger prägten, waren – ähnlich wie bei den Auslandskorrespondenten – ihre politischen Präferenzen sowie persönliche Erlebnisse mit Deutschen oder in Deutschland. Bestätigt wird hier erneut, dass dabei die Zeitumstände entscheidend waren. War das Meinungsklima der viktorianischen Epoche in Großbritannien noch eindeutig prodeutsch, so schlug dies zur Jahrhundertwende um, was zweifelsohne mit dem Flottenbauprogramm Wilhelms, das eine antienglische Stoßrichtung hatte und eine entsprechende Stimmung im Kaiserreich erzeugte, zusammenhing. Die wachsende Anglophobie in Deutschland wiederum ging nicht spurlos an Besuchern aus England vorbei. Auffallend ist aber auch, dass mit zunehmender Distanz zum wahrgenommenen Gegenstand andere Faktoren wie politische Überzeugungen bei der Formung des Fremdbildes ein stärkeres Gewicht bekamen. Dabei zeigt sich, dass die Einteilung in konservativ gleich deutschfeindlich bzw. liberal und Labour gleich deutschfreundlich durchaus auf einen Teil dieser Personengruppe zutrifft, aber längst nicht ohne weiteres auf alle übertragbar ist.[229] Anhand verschiedener Beispiele wird deutlich, dass sich durch einschneidende Ereignisse Ansichten Einzelner sehr stark veränderten.

---

[228] Wie schon in Teil I, Kapitel 2.3. und 2.4. ausführlich dargelegt.

[229] Die Anwendung eines solchen Rasters ist generell problematisch, wie die Diskussion um das Modell Kennedys im vorigen Kapitel verdeutlicht hat.

Die Haltung von George Lansbury, dem Chefredakteur des *Daily Herald*, gegenüber Deutschland war bestimmt durch die Glaubensgrundsätze der Arbeiterbewegung. Kernpunkt war die internationale Solidarität der Arbeiter, die auch die deutsche Arbeiterschaft mit einschloss. Hinzu kam bei Lansbury ein tief verwurzelter Pazifismus, an dem er auch während des Krieges festhielt.[230] Jegliche Revanchegedanken waren ihm fremd.[231] Folgerichtig wandte er sich nach Abschluss des Waffenstillstands auch gegen eine Fortsetzung der Blockade Deutschlands, von deren Folgen er sich bei einer Reise auf den europäischen Kontinent mit eigenen Augen überzeugen konnte. Der Labour-Politiker fuhr im Februar 1919 nach Versailles und von dort weiter über Bern nach Köln.[232] In der Stadt am Rhein wurden ihm in einem Krankenhaus unterernährte Kleinkinder gezeigt und in den Straßen fielen ihm schlecht gekleidete und offenbar mangelhaft genährte Passanten auf, die trotz allem keinen Hass auf die britischen Besatzungstruppen erkennen ließen, wie er erfreut feststellte.[233] Bestätigt wurde seine Sympathie für Deutschland auf einer weiteren Reise nach Russland, in deren Verlauf sein Schiff in Kiel und Hamburg Station machte.[234] Dabei beeindruckten ihn vor allem der Nord-Ostsee-Kanal „this wonderful piece of man's handiwork" und der hohe Lebensstandard in der ländlich geprägten Region entlang des Kanals. [235]

Lansburys Bewunderung für Deutschland und die Deutschen reichte zurück bis in seine Jugend. Wie er selbst beschrieb, wuchs er in der viktorianischen Ära auf, einer Zeit, in der der deutsche Einfluss am englischen Hof durch Prinz Albert groß war. „I was brought up to believe that the Germans brought virtue, honour, and goodness to the English Court, and that there was no such person ever lived as the late Prince Consort".[236] Nach seinem Eintritt in die Politik erlebte er, wie nach dem deutschen Vorbild auch in England mit dem *Insurance Act* und dem *Old Age Pension Act* soziale Sicherungssysteme aufgebaut wurden. Als Mitglied der *Poor Law Commission* kam er 1907 selbst im Auftrag der Regierung nach Hamburg, um herauszufinden, wie in Deutschland mit dem Problem der Arbeitslosigkeit umgegangen wurde.[237] Dass mit dem Ausbruch des Krieges alles Deutsche auf einmal verachtenswert sein sollte, erschien ihm wenig plausibel. Lansbury blieb im Gegenteil davon überzeugt, dass auf Grund der vielfältigen historischen, dynastischen und kulturellen Ver-

---

230 Vgl. POSTGATE, Lansbury, S. 163f.

231 In einem Leitartikel verurteilte er Anfang Februar 1919 die in England und Frankreich weit verbreitete Haltung, dass nun die Zeit gekommen sei, um mit Deutschland abzurechnen. THE HERALD, 1. Februar 1919, LA „The Massacre Of The Innocents".

232 LANSBURY, My Life, S. 216–219.

233 Ebd., S. 219.

234 Lansbury fuhr mit einer Labour-Delegation aus dem Londoner East End im Sommer 1920 nach Leningrad. Ebd., S. 262.

235 Ebd.

236 PD/C, V, 160, Spn. 84–86, 13. Februar 1923.

237 Ebd. Siehe auch LANSBURY, My Life, S. 262.

bindungen zwischen England und Deutschland „no nation is more like ourselves".[238]

Sein Nachfolger als Chefredakteur des *Daily Herald*, Hamilton Fyfe, teilte den Wunsch Lansburys nach Versöhnung und dessen Kritik an der einseitigen Verurteilung des Deutschen Reiches als den alleinigen Verursacher des Ersten Weltkriegs. In Fyfes Augen war die antideutsche Kampagne in der englischen Presse seit der Jahrhundertwende mit ursächlich für den Kriegsausbruch, denn dadurch sei die Öffentlichkeit an die Vorstellung eines Krieges zwischen Deutschland und England gewöhnt worden. „Without direct incitement, the Press so influenced the public mind that it accepted war as inevitable, as a step towards a better world, Germany being treated as a Power which worked for wholly evil ends."[239]

Bis zu dieser Erkenntnis hatte Fyfe allerdings einen weiten Weg zurückgelegt. Denn seine journalistische Karriere hatte er bei verschiedenen Blättern Northcliffes begonnen, der die Kampagne gegen das Kaiserreich initiiert hatte.[240] Während des Krieges arbeitete Fyfe zunächst – wie an anderer Stelle schon erwähnt – als *War Correspondent* für die *Daily Mail* und berichtete von der Westfront, aus Russland und aus Rumänien.[241] Im Sommer 1918 wechselte er ins Crewe House und war aktiv an der Propaganda gegen Deutschland beteiligt.[242] Die Kriegserfahrung veränderte jedoch seine Sicht der Dinge nachhaltig. Bereits um die Jahreswende 1914/15 schrieb er an Northcliffe, „that we have no quarrel with the mass of the German People. We do not wish to harm them. We wish to see them develop their fine national qualities and aptitudes alongside of us and of other nations." Aber er schränkte ein: „against the militarism which is as hateful to the mass of them as it is to us we will fight, for years if necessary, until it is crushed and dead."[243] Am Ende des Krieges war er so desillusioniert von den Propagandalügen, von der Kultivierung des Hasses,[244] und auch beschämt ob seiner Beteiligung daran,[245] dass er sich aus dem politischen Journalismus zurückzog, bei der *Daily Mail* die Redaktion der Literaturkritiken übernahm und für eine Kinderzeitung schrieb.[246] Gleichzeitig nahm er Kontakt zur Labour Party auf, für die er Vorträge hielt.[247] Erst

238 LANSBURY, My Life, S. 262.
239 FYFE, Fleet Street, S. 174.
240 Fyfe begann bei der *Times*, wurde dann Chefredakteur beim *Morning Advertiser* und nahm im November 1903 das Angebot Northcliffes an, die Chefredaktion beim *Daily Mirror* zu übernehmen. Später wechselte er zur *Daily Mail*, wo er als *Special Correspondent* arbeitete. FYFE, Seven Selves, S. 20–110.
241 Ebd., S. 175 und 201.
242 Siehe Teil I, Kapitel 3.3.1.
243 FYFE, Seven Selves, S. 193.
244 Ebd., S. 156.
245 Wie er in einem Vortrag in Bristol zugab. THE MANCHESTER GUARDIAN, 1. März 1923.
246 FYFE, Seven Selves, S. 236.
247 Ebd., S. 243.

als ihm Arthur Henderson im Herbst 1922 anbot, die Redaktionsleitung beim *Daily Herald* zu übernehmen, entschied er sich, wieder in den politischen Journalismus zurückzukehren.[248] Unter seiner Ägide verfolgte der *Herald* in seiner außenpolitischen Berichterstattung einen äußerst kritischen Kurs gegenüber Frankreich, warb für eine Stärkung des Völkerbundes und trat für eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland ein.[249]

Eine in den Grundzügen ähnliche Linie, wenn auch im Stil weniger polemisch, fand sich im *Manchester Guardian*. Verantwortlich dafür zeichneten der Chefredakteur C.P. Scott sowie sein Stellvertreter und *Chief Leader Writer* Charles E. Montague. Letzterer hatte noch in den ersten Tagen des August 1914 für die Neutralität Englands im heraufziehenden Krieg plädiert. Nach dem Kriegseintritt war Montague überzeugt, dass das Königreich nun bis zum bitteren Ende kämpfen müsse und dass es um den Sieg der Zivilisation oder den Triumph des „Deutschen" ging.[250] Dabei unterschied er aber sehr wohl zwischen der deutschen Bevölkerung und deren militaristischer Führung.[251] Trotz seines vergleichsweise hohen Alters von 47 Jahren meldete Montague sich freiwillig und kämpfte 1916 an der Westfront, wurde schon nach kurzer Zeit zum Leutnant befördert und wechselte ins Hauptquartier der Alliierten, wo er als Presseoffizier für die Zensur von Berichten amerikanischer und englischer Kriegsreporter zuständig war.[252] Nach dem Waffenstillstand kam er dann als Teil der britischen Besatzungstruppen für einige Wochen nach Köln. Vom Dom und der Landschaft am Rhein war er tief beeindruckt[253] und als Offizier bemühte er sich darum, dass die britischen Soldaten der deutschen Zivilbevölkerung trotz der Niederlage Deutschlands mit dem nötigen Respekt begegneten.[254]

Von Respekt für den ehemaligen Gegner waren auch die Kommentare geprägt, die Montague nach seiner Demobilisierung Anfang 1919 und seiner Rückkehr in die Redaktion des *Guardian* verfasste und in deren Mittelpunkt immer wieder die Folgen des Krieges standen. Seine Haltung war dabei deckungsgleich mit der von Scott, der von Anfang an Kritik an der britischen Außenpolitik gegenüber Deutschland und der Friedensregelung von Versailles

---

248 Ebd., S. 243–245.

249 RICHARDS, Taming, S. 94.

250 ELTON, Montague, S. 101. Scott, der in den Jahren vor dem Krieg die seiner Meinung nach zu enge Anlehnung Großbritanniens an Frankreich kritisiert hatte, war ebenfalls der Ansicht, dass Kontroversen nun ad acta gelegt werden müssten, da die Nation in einen Konflikt gezogen worden war, in dem sie nur unter Aufbietung aller Kräfte bestehen konnte. HAMMOND, Scott, S. 48–52.

251 ELTON, Montague, S. 106.

252 Ebd., S. 105–74.

253 Von seinen Eindrücken berichtete er in einem Brief an seinen Bruder am 12. Dezember 1918. Ebd., S. 231.

254 MONTAGUE, Disenchantment, S. 184.

übte.[255] Scott war der Meinung, dass die territorialen Bestimmungen keineswegs ideal waren, dass es ein Fehler war, keine endgültige Reparationssumme festzulegen, und er plädierte dafür, das Verhältnis zu Deutschland so schnell wie möglich zu normalisieren: „a wise policy will treat her no longer as an enemy to be feared and destroyed, but as part of the Europe of which we ourselves form an integral part".[256] Diese Maxime galt für Scott umso mehr, als Deutschland nach der Revolution und der Gründung der Weimarer Republik in den Kreis der westlichen Demokratien aufgerückt war. Und daran hielt er fest, so dass das Weimarer Deutschland im *Manchester Guardian* in den 20er Jahren, wenn auch keinen kritiklosen, so doch aber verlässlichen Fürsprecher in der englischen Presse hatte.

Ganz anders sah das Verhältnis der *Daily Mail* zu Deutschland aus. Verantwortlich hierfür war bis zu seinem Tod im Jahr 1922 der Gründer und Herausgeber der Zeitung Lord Northcliffe. Dieser bestimmte den Kurs des Blattes uneingeschränkt sowohl in Bezug auf die Meinungsseite als auch auf die Gewichtung und Präsentation einzelner Themen. Der Chefredakteur der *Mail*,Thomas Marlowe, galt in den Kreisen seiner Kollegen als jemand, der sich durchaus ein eigenes Urteil bildete. „In general, however, Northcliffe set the course and Marlowe kept it with captain's discretion."[257] Was Deutschland betraf, so waren sich Marlowe, Northcliffe und der *Chief Leader Writer* der *Mail*, Herbert W. Wilson, ohnehin weitgehend einig. Der Schlachtschiffbau, die unklaren Absichten der deutschen Führung und die wachsende Anglophobie in Deutschland hatten ihr tiefes Misstrauen geweckt.[258]

Auslöser dafür war die wilhelminische Weltmachtpolitik. Was aus deutscher Sicht nur der Wunsch nach Gleichberechtigung mit den anderen europäischen Großmächten war und symbolisiert wurde durch den Besitz eines eigenen Kolonialreiches und einer Flotte, sah in den Augen Northcliffes nach einer existenziellen Bedrohung des Britischen Empire und des englischen Mutterlandes aus. Insbesondere der Bau einer schlagkräftigen deutschen Schlachtflotte, die nur gegen die Royal Navy gerichtet sein konnte, bewog ihn dazu, in der *Daily Mail* seit ihrer Gründung unablässig die Gefahr eines Krieges zwi-

---

255 Scott wertete den Vertrag als „stupendous blunder" und versuchte alles in seiner Macht Stehende zu tun, die darin enthaltenen Fehler zu korrigieren. Vgl. HOBHOUSE, Liberal and Humanist, S. 89. Hobhouse gehörte von 1897 bis 1902 zur Redaktionsleitung. Auch nach seinem Weggang blieb er dem *Guardian* verbunden, für den er regelmäßig Leitartikel verfasste. Er war außerdem in der Gewerkschaftsbewegung aktiv. 1907 übernahm er den Lehrstuhl für Soziologie an der London University und erwarb sich schnell eine Reputation als Soziologe und Philosoph.

256 THE MANCHESTER GUARDIAN, 8. Mai 1919, LA „The Treaty Of Peace".

257 CLARKE, Northcliffe Diary, S. 27f.

258 Vgl. etwa Schreiben Wilsons an Northcliffe, 20. Oktober 1909, BL, NADM 62201. Darin bekräftigt Wilson seine Überzeugung, dass Deutschlands Flottenrüstung auf England ziele und die dahinter stehende Strategie ein deutsch-englischer Krieg sei. Dazu schüre die deutsche Regierung gezielt antienglische Ressentiments.

schen Deutschland und England zu beschwören, zur Wachsamkeit zu mahnen und von der britischen Regierung entsprechende Gegenmaßnahmen zu verlangen.[259] Bestärkt wurde Northcliffe in seiner Auffassung durch eigene Beobachtungen auf mehreren Reisen ins Deutsche Reich. Im Mai 1909 besuchte er zusammen mit seiner Frau unter anderem Frankfurt am Main, von wo aus er mit dem Auto weiter nach Berlin fuhr. An seinen *Leader Writer* Wilson schrieb er nach London: „We were amazed at the vast industrial strides made in practically every town we came to. Everyone of these factory chimneys is a gun pointed at England, and in many cases a very powerful one."[260]

In der *Mail* initiierte er daraufhin eine weitere Serie über die angebliche deutsche Gefahr.[261] Als Autor gewann er den Sozialisten Robert Blatchford, der in seinem Auftrag im Herbst 1909 die Manöver der kaiserlichen Armee beobachtete und in mehreren Artikeln die Vorbereitungen des Deutschen Reiches zur Errichtung einer Diktatur in Europa und zur Zerstörung des Empire beschrieb.[262] Heftigen Widerspruch löste Northcliffes antideutsche Kampagne in der liberalen Presse aus, die ihn als Kriegstreiber brandmarkte.[263]

Unter seinen Zeitgenossen waren Motivation und Auswirkungen seines publizistischen Feldzugs umstritten. Seine Anhänger glaubten, dass es ihm nicht darum ging, Hass gegen Deutschland zu erzeugen, sondern England gegenüber einer möglichen außenpolitischen Gefahr wachzurütteln. Northcliffe selbst sah dies als seine patriotische Pflicht an.[264] Seine Gegner vor allem im liberalen Lager machten ihn mitverantwortlich für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, dem er ihrer Ansicht nach durch die ständige Wiederholung einer „deutschen Bedrohung" den Boden bereitet hatte.[265]

Northcliffe blieb auch nach dem Ende des Krieges, in dem er in vielerlei Hinsicht eine prominente Rolle gespielt hatte, äußerst misstrauisch gegenüber den Deutschen. So vermisste er nach der Niederlage „a real change of heart",

---

259 CLARKE, Northcliffe, S. 92f. Seinem damaligen *News Editor*, Ralph D. Blumenfeld, schrieb er 1900: „My own view is that the Germans are being led definitely and irrevocably to make war on the rest of Europe and that we will have to take part in it." POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 252. Sieben Jahre später war er überzeugt: „All the fine words in the world cannot disguise the fact that the naval competition between England and Germany is intense, and that Germany is now building a great fleet with the express object of meeting the British Navy at sea." Ebd., S. 326.

260 Northcliffe an Wilson, 19. Mai 1909, BL, NADM 62201.

261 Bereits 1897 hatte er insgesamt 16 Augenzeugenberichte publiziert, in denen George W. Stevens seine Erlebnisse in Deutschland beschrieb. Stevens kam mit der Überzeugung zurück, „that Germany will keep her hands free to deal with us". POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 232.

262 TAYLOR, Great Outsiders, S. 141 und FYFE, Fleet Street, S. 143. Blatchford war ein ehemaliger Sergeant der Army und Herausgeber der sozialistischen Zeitung *Clarion*. THOMPSON, Northcliffe, S. 183.

263 CLARKE, Northcliffe, S. 93f.

264 Ebd., S. 90. Ebenso TAYLOR, Great Outsiders, S. 144.

265 POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 426.

etwa in dem Eingeständnis, Fehler gemacht zu haben, oder in einer selbstkritischen Analyse der vergangenen fünf Jahre. Auch konnte er nicht feststellen, dass der übersteigerte Nationalismus nachgelassen hätte.[266] Folglich wandte er sich vehement gegen Stimmen, die er als die „Be Kind To Germany"-Bewegung bezeichnete und die um Verständnis für die Lage des besiegten Feindes warben.[267] Sein Bruder Lord Rothermere, der nach Northcliffes Tod die *Daily Mail* übernahm, knüpfte nahtlos daran an, indem er beispielsweise 1923 die Besetzung der Ruhr durch Frankreich bedingungslos unterstützte[268] und auch sonst in der Reparationsfrage für Härte plädierte.

Etwas komplizierter war die Lage bei der *Times*. Die Redaktion der Traditionszeitung, die seit 1908 im Besitz von Northcliffe war, stand unter der Leitung von Geoffrey Dawson, den Northcliffe vier Jahre nach dem Kauf auf den Chefredakteursposten geholt hatte. Im Werdegang Dawsons gab es eigentlich nur einen Berührungspunkt mit Deutschland. Während seiner Schulzeit in Eton erlebte er 1891 einen Besuch Kaiser Wilhelms II., der mit seinem Pferd über den ansonsten „heiligen" Rasen des College Field ritt und am Ende „a nice little broken speech" hielt.[269]

Nach seinem Studium am Magdalen College in Oxford war Dawson in den Civil Service eingetreten und nach dem Transfer ins Colonial Office 1901 als Privatsekretär Lord Milners nach Südafrika gegangen.[270] In dessen Stab arbeitete er an Plänen zur Neuordnung des Verhältnisses der Kolonien am Kap untereinander und zum britischen Mutterland, die nach dem Ende des Burenkriegs nötig geworden war.[271] In Südafrika begann Dawson auch seine journalistische Karriere, zuerst beim *Johannesburg Star*, wo er 1905 die Chefredaktion übernahm, dann zusätzlich als Korrespondent für die *Times*.[272] Seit dieser Zeit galt sein besonderes Interesse dem Verhältnis Großbritanniens zu seinen Dominions und Kolonien und er tendierte dazu, auch europäische Probleme zuerst unter dem Blickwinkel zu betrachten, inwiefern sie die Interessen des gesamten Empire tangierten.[273] Daran änderte sich auch nach seiner Berufung zum Chefredakteur der *Times* wenig, obwohl er in dieser Funktion letztendlich für die Position verantwortlich war, die die Zeitung gegenüber Fragen europäischer Politik vertrat. Als Handicap erwies es sich, dass ihm die nötigen

266 Clarke, Northcliffe, S. 145.
267 Ebd.
268 So z.B. in einem Artikel mit der Überschrift „Hats Off To France", The Daily Mail, 22. Januar 1923.
269 Dawson an seine Mutter, 12. Juli 1891, zit. nach Wrench, Dawson, S. 25.
270 The Times, 8. November 1944, Nachruf. Milner hatte nach dem Burenkrieg die schwierige Aufgabe übernommen, als Gouverneur von Transvaal und Hoher Kommissar für Südafrika die Beziehungen zum Mutterland wieder herzustellen.
271 Wrench, Dawson, S. 53–55.
272 Für die *Times* berichtete er ab 1906 aus Südafrika. Ebd., S. 44–50.
273 Ebd., S. 76.

detaillierten Kenntnisse über die Geschichte, Mentalitäten und Konflikte der Staaten auf dem europäischen Kontinent fehlten.[274]

Mehr als wettgemacht wurden die Defizite Dawsons in diesem Bereich durch das Fachwissen Wickham Steeds. Dieser war 1913 von Northcliffe zum *Foreign Editor* ernannt worden, nachdem er zwei Jahrzehnte als Auslandskorrespondent aus verschiedenen europäischen Hauptstädten – darunter Berlin, Wien und Rom – für die *Times* berichtet hatte.[275] Steed galt als ein ausgewiesener Experte für Mittel- und Südosteuropa und war über die Verhältnisse und Probleme in dieser Region besser informiert als die meisten seiner Kollegen in der Fleet Street.[276] Was die Haltung der *Times* zu den Beziehungen der europäischen Mächte betraf, so wurde allgemein angenommen, dass Steed hier die Federführung hatte.[277]

Sein Verhältnis zu Deutschland war auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen zwiespältig. Einerseits hatte er in Jena und Berlin studiert und die deutsche Sprache gelernt. Seiner eigenen Aussage zufolge war das Studium an der Berliner Universität ein wichtiger Schritt in der Entwicklung seiner Persönlichkeit, denn es hatte den positiven Effekt,

> to teach me systematic methods of thought and to stimulate whatever power I possessed of analyzing mental, moral or economic phenomena. To take nothing for granted, to probe all things to the bottom, to fear no conclusion provided they were reached by honest thought and tested by experience, to cultivate, in a word, intellectual integrity.[278]

Andererseits fielen ihm bei späteren Aufenthalten die wachsenden antienglischen Ressentiments in der deutschen Bevölkerung und der Neid auf Großbritannien auf, das im Gegensatz zu Deutschland bereits ein Weltreich besaß.[279] Der sich offenbar großer Unterstützung erfreuende imperiale Anspruch des Kaiserreichs auf einen „Platz an der Sonne" konnte seiner Auffassung nach nur auf Kosten Englands gehen, und so war er schon 1896 davon überzeugt, „that nothing save a complete change in German methods and tendencies or a complete abdication by England of her place in the world could, in the long run, prevent an Anglo-German conflict".[280] Die wachsende Abneigung Steeds beschränkte sich nicht nur auf die Außenpolitik des Deutschen Reiches. Dessen innere Verfassung mit dem Übergewicht Preußens war seiner Meinung nach ebenfalls problematisch, da der preußische Staat der Inbegriff für die Verneinung liberaler Ideen und individueller Freiheit war.[281]

---

274 KENNEDY, Dawson, S. 161.
275 History of The Times, Bd. 4, S. 139.
276 FYFE, Fleet Street, S. 156. Ebenso WRENCH, Dawson, S. 76.
277 Davon ging jedenfalls Außenminister Balfour in einem Brief an Lord Derby aus. Schreiben Balfours an Lord Derby, 22. November 1918, PRO, FO 800/329, Pp/18/1.
278 STEED, Thirty Years, Bd. 1, S. 17. Steed war 1892 nach Deutschland gekommen, um zu studieren und blieb etwas über ein Jahr.
279 Ebd., S. 81f.
280 Ebd., S. 102.
281 Ebd., S. 30.

Steeds Ansichten waren nahezu identisch mit den Überzeugungen Northcliffes, wirkten sich aber noch nicht auf die Haltung der *Times* zu den deutsch-britischen Beziehungen aus. Northcliffe hatte zwar bei der Übernahme der Zeitung eine weitgehende, redaktionelle Unabhängigkeit garantiert, allerdings nur unter der Bedingung, dass die *Times* es nicht versäumte, vor der drohenden deutschen Gefahr zu warnen.[282] Nichtsdestotrotz trat diese bis zur Julikrise 1914 für ein möglichst konfliktfreies Verhältnis zu Deutschland ein, wenn auch die deutsche Flottenrüstung aufmerksam verfolgt wurde.[283] Als sich die Krise zuspitzte, waren sich Northcliffe, Dawson und Steed aber einig, dass die einzige Chance, den Frieden zu retten, darin bestand, dass sich England offen an die Seite Frankreichs stellte und keinen Zweifel an einem Kriegseintritt auf Seiten der *Entente* ließ.[284] Auf Grund der vielfältigen Informationen über die Außenpolitik und die Rüstung des Kaiserreichs, die in der Redaktion der *Times* in den zurückliegenden Jahren gesammelt worden waren, zögerten die Verantwortlichen nicht, nach Ausbruch des Krieges Deutschland als den allein Schuldigen anzuprangern.[285]

Erst nach Ende der Feindseligkeiten traten Differenzen innerhalb des Führungstrios über die gegenüber Deutschland einzuschlagende Politik zu Tage. Aus der internen Korrespondenz geht hervor, dass Northcliffe während des Wahlkampfes im November und Dezember 1918 zunehmend unzufriedener mit der Arbeit Dawsons war. So warf er ihm vor, den wirklich wichtigen Themen wie der Bestrafung des Kaisers, der Ausweisung in England internierter Deutscher und der Reparationsfrage zu wenig Beachtung zu schenken.[286] Fragen, die Northcliffe in der *Daily Mail* täglich stellte und beantworte. Von Dawson verlangte dieser, dass seine Zeitungen mit einer Stimme sprechen müssten.[287] Der Chefredakteur der *Times* war über die Einmischung seines Verlegers nicht erfreut und mit dessen Kampagne für eine Bestrafung Deutschlands, die ein Versuch war, die Politik von Premierminister Lloyd George zu beeinflussen, nicht einverstanden.[288] Die Meinungsverschiedenheiten setzten

---

282 Gegenüber dem stellvertretenden Manager der *Times*, F. Harcourt Kitchin, erklärte er, dass er dem Chefredakteur unbegrenzte Freiheit lassen werde „unless he should – which is quite incredible – fail to warn the people of the coming German peril". Zit. nach THOMPSON, Northcliffe, S. 145f.

283 So trat die *Times* etwa den deutschen Ängsten einer Einkreisung entgegen, indem wiederholt betont wurde, dass die *Triple Entente* kein gegen das Deutsche Reich gerichtetes, offensives Bündnis sei. History of the Times, Bd. 4, S. 182.

284 Bereits am 21. Juli erschien ein Leitartikel unter der Überschrift „A Danger To Europe", in dem eine Klarstellung verlangt wurde, dass England an der Seite seiner Bündnispartner stand, sollten diese in einen Krieg hineingezogen werden. Ebd., S. 199–202.

285 Ebd., S. 216.

286 Northcliffe an Dawson, 30. November 1918, BL, NADM 62245.

287 Ebd.

288 Siehe dazu ausführlich Teil II, Kapitel 2.1.2.

sich nach der Wahl fort und wurden schließlich so groß, dass Dawson im Februar 1919 zurücktrat.[289]

Sein Nachfolger wurde Wickham Steed. Für den Fall unterschiedlicher Auffassungen vereinbarte Northcliffe in einem Gespräch mit Steed noch vor dessen Ernennung, dass er der Linie, die Northcliffe vorgab, zustimmen musste. Gleichzeitig versprach Northcliffe, dass keine seiner Zeitungen einen Politiker oder eine Partei ohne vorherige Konsultationen mit Steed unterstützen werde. Und Steed fiel die Aufgabe zu, die politische Ausrichtung der *Times* und der *Daily Mail* zu koordinieren.[290] Generell sollte die *Times* aber ihre Unabhängigkeit wahren und nur von Fall zu Fall offen Partei ergreifen.[291] Was die Außenpolitik anging, so verabredeten sie, Frankreich ihre vorbehaltlose Unterstützung zu gewähren, um gegebenenfalls auch Kritik üben zu können, sollte dies im Interesse Großbritanniens und Europas sein, ohne Missstimmungen zu verursachen.[292] In der Praxis führte das dazu, dass die *Times* unter Steeds Leitung in den meisten zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland strittigen Fragen für eine gemeinsame anglo-französische Position eintrat und sich dabei oft genug die Haltung Frankreichs zu Eigen machte. Dies begann bereits während der Friedensverhandlungen in Versailles, die Steed für die *Times* beobachtete, und zog sich als Konstante durch seine gesamte Zeit an der Spitze der Redaktion.[293]

---

289 Der Bruch entstand laut Dawson, nachdem er in der letzten Woche des Wahlkampfs einen ausgewogenen Leitartikel über die Regierung Lloyd Georges veröffentlicht hatte. Schon vorher sei sein Widerstand gegen die Methoden und persönlichen Ambitionen Northcliffes gewachsen und es sei ihm zunehmend schwerer gefallen, eine konsistente Politik Northcliffes zu erkennen. Dawson Papers, Account of Dawson's reasons for resigning from the Editorship [1919], TNL Archive, GGD/3. In der offiziellen Geschichte der *Times* werden als Ursachen für das Zerwürfnis zum einen die Auffassung Northcliffes genannt, ein Chefredakteur habe die Vorgaben des Verlegers zu erfüllen, zum anderen die Auseinandersetzung Northcliffes mit Lloyd George, die Dawson nicht nachvollziehen konnte. History of the Times, Bd. 4, S. 464. Pound und Harmsworth sehen als Grund eher die Verbindungen Dawsons zu politischen und gesellschaftlichen Kreisen, die Northcliffe in herzlicher Abneigung verbunden waren, darunter Leute wie Milner und Waldorf Astor. Angeblich soll Dawson in dieser Runde Interna über seine Schwierigkeiten mit Northcliffe weitergegeben haben, was Letzterem zu Ohren kam. POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 694.

290 STEED, Thirty Years, Bd. 2, S. 286.

291 Ebd., S. 339.

292 Ebd.

293 Einige der Auslandskorrespondenten bedauerten diese Entwicklung. So klagte Arthur Willert, bis 1921 in Washington, dass Steed immer wieder die anglo-französische *Entente* beschwor, dabei aber zu einseitig Partei ergriff. WILLERT, Washington, S. 149. Sisley Huddleston, von Northcliffe 1922 zum Pariser Korrespondenten ernannt, bemerkte, dass Steeds Urteilsvermögen schon in Versailles durch seine Mitarbeit in der Propagandamaschinerie des *Ministry of Information* getrübt gewesen sei „and that he was too unjust towards Germany, and in his dislike of the old Austria too tolerant of artificial and perilous creations like Czechoslovakia". HUDDLESTON, In My Time, S. 203. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin schätzte Steed als einen der „wichtigsten Gegner Deutschlands" ein. Schreiben Schuberts an den Leiter der Presseabteilung Ministerialdirektor Müller, 26. Juli 1921, PA AA, Presseabteilung, England 4, Beeinflussung der Presse, Bd. 1.

Gegenüber dem Washingtoner Korrespondenten Arthur Willert begründete Steed seinen Kurs mit der Wichtigkeit der *Entente Cordiale* für die Zukunft Europas und der Rolle, die der *Times* dabei zufiel: „European reconstruction depends upon Franco-British accord. The *Times* had had great influence on Anglo-French relations in the past and must have it again."[294]

Steeds Zeit als Chefredakteur blieb jedoch ein Zwischenspiel. Schon nach drei Jahren wurde er wieder abgelöst. Anlass war der Tod Lord Northcliffes im August 1922, in dessen Folge die *Times* an die Gründerfamilie Walter zurückfiel und schließlich in den Besitz von John Jacob Astor überging.[295] Dieser holte Dawson zurück an die Spitze der Redaktion, musste ihm aber, was die inhaltliche Gestaltung anbelangte, freie Hand lassen.[296] Dawson, der die vornehmliche Aufgabe einer Zeitung darin sah, „to guide and reflect public opinion",[297] korrigierte den profranzösischen Kurs Steeds und versuchte, gerade im Jahr der Ruhrbesetzung die außenpolitische Reputation der *Times* wiederherzustellen, indem er einen unabhängigeren Standpunkt einnahm. Dawson selbst war weitaus skeptischer als Steed, was die Mittel und Ziele der französischen Außenpolitik anging, und hatte viel Verständnis für die Probleme Deutschlands entwickelt. Northcliffe war deshalb sogar soweit gegangen, wenige Monate vor seinem Tod, auf sein Verhältnis zu Dawson angesprochen, zu erklären: „I had nothing against him except that he is naturally pro-German. He can't help it."[298]

1.3 Deutschland und das politische Establishment in Whitehall und Westminster

Die Politiker in Parlament und Regierung sowie die Beamten im Außenministerium waren genauso wie die anderen Akteure unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt, von denen auch ihr Deutschlandbild geprägt wurde. Diese Vorstellungen von Deutschland blieben nicht ohne Folgen für die von ihnen vertretenen außenpolitischen Positionen. Gleichzeitig wirkten Abgeordnete und

294 Willert, Washington, S. 147.

295 History of the Times, Bd. 4, S. 767f.

296 In einem Memorandum über das zukünftige beiderseitige Verhältnis stellte Dawson klar: „Every Editor worth his salt must have a ‚free hand' to conduct his side of the paper as he thinks best as long as he is in charge of it. The power of the Proprietors is exercised properly by the appointment and dismissal of the Editor, not by interfering with his word or doing it themselves." Memorandum on Duties and Responsibilities of Editor and Relationship with Proprietors/Manager, 18. November 1922, Dawson Papers, Correspondence with J.J. Astor, TNL Archive, GGD/1. Astor stimmte dem zu. Astor an Dawson, 7. Dezember 1922, ebd.

297 So Dawson in dem Memorandum an Astor, 18. November 1922.

298 Zit. nach Pound und Harmsworth, Northcliffe, S. 827. Ebenso Vansittart, Procession, S. 364.

Minister durch öffentliche Äußerungen an der Konstituierung eines bestimmten Bildes von Deutschland und den Deutschen mit, während sie ihrerseits die in der Presse verbreiteten Vorstellungen aufnahmen. Als Kommunikatoren einerseits und Rezipienten andererseits erfüllten sie demnach eine Doppelfunktion im Kommunikationsprozess.

Das Massenmedium Zeitung war jedoch nur eine unter vielen Determinanten, die ihren Blickwinkel beeinflussten. Es liegt auf der Hand, dass bei dieser Personengruppe ein ganz entscheidender Faktor die politische Prädisposition des Einzelnen war, so dass das Deutschlandbild innerhalb des politischen Spektrums zum Teil erheblich variierte. Drei Gruppen lassen sich klar voneinander trennen:[299] Die imperialistische Rechte in der konservativen Partei hielt an ihrer Sicht eines „verpreußten", machthungrigen, „schlechten" Deutschland, die sich in der Auseinandersetzung mit der wilhelminischen Weltmachtpolitik gebildet und im Krieg bestätigt hatte, zunächst fest. Das linke, antiimperialistische Lager, bestehend aus Teilen der Arbeiterbewegung und den Radikalliberalen, sah in der Weimarer Republik und den sie tragenden Parteien das „gute" Deutschland, das sich in der Revolution 1918/19 durchgesetzt hatte.[300] Der linke Flügel der Konservativen, die Liberalen und der gemäßigte Teil der Labour Party versuchten, zwischen beiden Positionen zu vermitteln. Ein genauerer Blick auf ausgewählte Führungspersönlichkeiten der einzelnen Parteien, insbesondere auf die Premier- und Außenminister sowie auf die Leitungsebene des *Foreign Office* und dessen Deutschlandexperten verdeutlicht, dass dieses Raster die unterschiedlichen Sichtweisen im Großen und Ganzen treffend abbildet.

Welche Perzeption bei der Formulierung der britischen Außenpolitik letztendlich ausschlaggebend war, hing nicht zuletzt vom institutionellen Machtgefüge und von der Konstellation der Personen ab. Das Verhältnis zwischen *10 Downing Street* und *Foreign Office* war dabei besonders wichtig.[301] Lloyd George beispielsweise versuchte in seiner Zeit als Premierminister, grundlegende außenpolitische Entscheidungen bei sich zu monopolisieren und den Einfluss von seinem Außenminister Lord Curzon zu marginalisieren. Seine Nachfolger Andrew Bonar Law und Stanley Baldwin dagegen ließen Curzon bzw. später Austen Chamberlain und dem *Foreign Office* weitgehend freie Hand. Ramsay MacDonald wiederum übernahm als Regierungschef auch gleich das Amt des Außenministers mit. Obwohl sie die Rückendeckung des Kabinetts brauchten und die Mehrheitsverhältnisse im Parlament berücksichtigen mussten, verfügten die außenpolitischen Entscheidungsträger in dieser Zeit über einen relativ großen Handlungsspielraum. Die häufigen Regierungswechsel und Kabinettsumbildungen in der ersten Hälfte der 1920er Jahre erschwerten allerdings eine kohärente und verlässliche außenpolitische Linie Londons.

---

299 Vgl. Loohs, Deutschlandbild, S. 17.
300 Ebd.
301 Dazu detailliert z.B. McKercher, Old Diplomacy, S. 79–114.

Zu den Vertretern der antideutschen Fraktion auf der politischen Rechten gehörte Austen Chamberlain, der nach der erneuten Regierungsübernahme der Konservativen Ende 1924 das Amt des *Foreign Secretary* antrat. Schon in jungen Jahren war er zum Studieren in Berlin gewesen, eine Erfahrung, die sein Deutschlandbild dauerhaft negativ beeinflusste.[302] Das Leben in der deutschen Hauptstadt empfand er als monoton und uninteressant, obwohl er sogar Kontakt mit führenden Staatsmännern hatte, darunter Bismarck und dessen Sohn Herbert.[303] An der Universität hörte er Vorlesungen von Treitschke über preußische Geschichte, der ihm eine „neue Seite der deutschen Seele eröffnete – einen engstirnigen, unduldsamen, preußischen Chauvinismus. Und das schlimmste ist, daß er Schule macht."[304] Seine Impressionen waren umso bedrückender, als er zuvor längere Zeit in Paris gelebt hatte und die Monate in der französischen Metropole mit die schönsten und aufregendsten seines Lebens gewesen waren. An seine Schwester Beatrice schrieb er: „I am very gay and find only one thing to regret: namely that there are but seven days in the week and you can't dine in two seperate places on the same evening."[305] Am Ende seiner Studienaufenthalte war Chamberlain ein überzeugter Frankophiler mit einer tief verwurzelten Abneigung gegen Deutschland.

Dass sich diese grundsätzliche Haltung über die Jahre nur wenig veränderte, zeigte sich besonders deutlich am Ende des Ersten Weltkriegs. Aus seiner Korrespondenz mit seinen Schwestern Ida und Hilda geht hervor, dass Chamberlain wenig mehr als Verachtung für das deutsche Verhalten angesichts der sich abzeichnenden Niederlage übrig hatte.

> Truculent in success, overbearing and brutal in victory, when they find that the game is lost they will collapse morally as a people, & even Prussian discipline will, I believe, be powerless to put ‚grit' into them. […] left to themselves they would lie flat, cry forfeit & – set to work silently & with infinite patience to begin all over again.[306]

Letzteres hielt er in Anbetracht des Ausmaßes der deutschen Niederlage allerdings in naher Zukunft für unwahrscheinlich.[307]

Was die Frage der Verantwortung für den Ausbruch des Kriegs betraf, so verfocht Chamberlain die These, dass die Deutschen Schuld waren, und zwar explizit alle Deutschen. Eine Unterscheidung zwischen dem Kaiser bzw. der Führungsschicht und dem deutschen Volk lehnte Chamberlain schon deshalb ab, weil eine überwältigende Mehrheit die Politik ihres Monarchen unterstützt hatte. Außerdem wollte er verhindern, dass bei einer Verteufelung Wilhelms II. als Ursprung allen Übels sich der Rest der Deutschen entlastet fühlen

---

302 Mit 23 Jahren im Februar 1887. CHAMBERLAIN, Englische Politik, S. 77.
303 DUTTON, Chamberlain, S. 17.
304 CHAMBERLAIN, Englische Politik, S. 94.
305 Zit. nach DUTTON, Chamberlain, S. 16.
306 Brief Chamberlains an Hilda, 2. November 1918, in: SELF (Hrsg.), Diary Letters, S. 98.
307 Er glaubte, dass Autokratie und Militarismus den Todesstoß erhalten hatten, es sei denn, es gebe einen Coup d'Etat der Militärs. Ebd.

konnte.[308] Vergeltung zu üben, kam für ihn trotzdem nicht in Frage. Seine Reaktion auf das deutsche Waffenstillstandsgesuch war die Feststellung: „Vengeance is a luxury that few can afford in public or private life. If we fight on, Germany is ruined, but at what cost to ourselves."[309] Der Preis, den Deutschland zu zahlen hatte – Verlust der Kolonien, Elsass-Lothringens sowie von weiteren Gebieten im Osten, die Übergabe der Schlachtflotte plus hohe Reparationszahlungen –, war seiner Meinung nach Strafe genug.[310]

Seine privaten Ansichten hinderten Chamberlain nicht an einer nüchternen Lageeinschätzung und an einer pragmatischen Politik bei der Ausübung seiner Regierungsämter. Dies zeigte sich insbesondere nach seiner Berufung zum Außenminister. Eine der Ursachen für die anhaltenden Spannungen in Europa, die Reparationsfrage, war zu diesem Zeitpunkt durch den Dawes-Plan zwar vorläufig gelöst. Das Kernproblem aber, nämlich das fehlende französische Sicherheitsgefühl, das der Nährboden war, auf dem die deutsch-französischen Querelen weiter gediehen, bestand weiter. In der Analyse Chamberlains kam Großbritannien bei diesem Streit eine Schlüsselrolle zu. Nur wenn es gelang, Frankreich die Furcht vor Deutschland zu nehmen, z.B. durch eine britische Beistandsgarantie, war eine Entspannung möglich, und nur auf dieser Basis konnte eine Revision des Friedensvertrags im Sinne Deutschlands vorgenommen und damit ein allgemeiner Ausgleich erreicht werden.[311]

Einer solchen Verpflichtung in Europa standen viele seiner konservativen Kabinettskollegen skeptisch gegenüber. Überzeugte Isolationisten wie Winston Churchill, Leo Amery oder Lord Birkenhead sahen England vorrangig als imperiale Macht, dessen Schicksal nicht notwendigerweise mit dem Frankreichs verbunden war.[312] Chamberlain war vom Gegenteil überzeugt. „If we withdrew from Europe I say without hesitation that the chance of permanent peace is gone."[313] Seine Bemühungen mündeten schließlich in die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland für einen Sicherheitspakt, die in den Verträgen von Locarno gipfelten.

Die Vorbehalte Chamberlains gegenüber den Deutschen waren nicht nur unter konservativen Politikern auf der politischen Rechten verbreitet, sondern auch bei einer Reihe von Diplomaten in der Führungsebene des *Foreign Office*.

---

308 Minutes of the Imperial War Cabinet, 20. November 1918, PRO, CAB 23/42.

309 Brief Chamberlains an Ida, 26. Oktober 1918, in: SELF (Hrsg.), Diary Letters, S. 97.

310 Ebd.

311 DUTTON, Chamberlain, S. 239.

312 In dieser zweiten Regierung Baldwin war Churchill Schatzkanzler, Amery Minister für die Kolonien und Birkenhead Staatssekretär für Indien. Unterstützung erfuhren die drei von der Beaverbrook-Presse. Ebd. Vgl. auch BELL, France and Britain, S. 150. Churchill wird hier nicht mehr Raum gegeben, da er die Deutschlandpolitik Großbritanniens in den frühen 1920er Jahren erst als *Minister for Munition* bzw. Kriegsminister unter Lloyd George und dann als Schatzkanzler nur indirekt beeinflusste. Zu seinem Deutschlandbild und dessen Einfluss auf seine politischen Vorstellungen vgl. BOADLE, Churchill and German Question.

313 Zit. nach DUTTON, Chamberlain, S. 239.

Dazu gehörte in dieser Zeit auch Sir Robert Vansittart, der von 1921 bis 1924 Privatsekretär von Außenminister Curzon war und dessen Vertrauen er genoss.[314] Vansittart war ohne Zweifel ein „anti-deutscher Hardliner".[315] Seine Antipathien gingen auf einen längeren Aufenthalt in Deutschland während des Burenkriegs im Jahr 1899 zurück. Das Ansehen Englands war in dieser Phase im Kaiserreich auf seinem Tiefpunkt angelangt. Vansittart, der in der deutschlandfreundlichen Atmosphäre des viktorianischen Zeitalters aufgewachsen war, hatte nicht mit solchen verbalen Angriffen auf die britische Integrität und Reputation gerechnet, denen er sich dann ausgesetzt sah und die er auch als gegen sich persönlich gerichtet empfand: „I expected to find a collection of blood brothers and good fellows. I found something very different – hatred, jealousy and the determination to destroy us. […] This discovery came as a great shock to me."[316] In Kombination mit der aggressiven Außenpolitik der wilhelminischen Ära führte diese Erfahrung dazu, dass die deutsche Gefahr für ihn zu einem Glaubenssatz wurde, den er durch den Krieg bestätigt sah. Den Friedensvertrag von Versailles hielt er trotzdem nicht für gelungen. Vor allem die territorialen Klauseln gingen ihm in ihrer kumulativen Wirkung zu weit und er hatte Zweifel, ob Deutschland wirklich der allein Schuldige war. Das änderte jedoch nichts an seiner grundsätzlich germanophoben Einstellung.[317]

Der Antagonismus zwischen Großbritannien und Deutschland war zudem für eine Reihe leitender Ministerialbeamter im Außenministerium prägend.[318] Die Führungsebene des *Foreign Office* – der *Permanent Undersecretary of State* (PUS) als leitender Spitzenbeamter sowie die *Assistant Undersecretaries of State* – war zwischen 1918 und 1925 mit Diplomaten besetzt, die in ihren Karrieren vor dem Krieg viel Zeit dafür aufgewendet hatten, Mittel und Wege zu finden, wie der Bedrohung der britischen Position in der Welt durch das Reich Wilhelms II. angemessen begegnet werden konnte. Sie blieben auch nach dem Waffenstillstand ihrer Überzeugung treu, dass Deutschland, egal unter welcher Führung, auf der internationalen Bühne ein potenzieller Gegner war.[319]

---

314 Rose, Vansittart, S. 55 und 60.

315 Ebd., S. 47.

316 Vansittart, Lessons, S. 25. Ein Besuch in Paris im Sommer des gleichen Jahres ließ ihn ähnlich wie Austen Chamberlain zu einem glühenden Verehrer Frankreichs werden. Rose, Vansittart, S. 9–11.

317 Ebd., S. 47.

318 Die folgenden Absätze stützen sich, sofern nicht anders belegt, auf Maisel, Foreign Office, S. 38–59.

319 Eine Ausnahme war der Spitzenposten in Berlin. Die britische Botschaft dort wurde zwischen 1920 und 1926 von Lord D'Abernon geführt, einer der englischen Diplomaten der Zwischenkriegszeit mit besonders pro-deutschen Ansichten. Allerdings hatte er nicht den für einen Botschafter üblichen Karriereweg im diplomatischen Dienst genommen, sondern war ein Experte internationaler Finanzen. U.a. hatte er vor dem Ersten Weltkrieg die *Royal Commission on Imperial Trade* geleitet. Seine offenen Sympathien für Deutschland führten ihn immer wieder in Konflikt mit der Führungsspitze des *Foreign Office* inklusive aufeinander folgender Außenminister. Vgl. dazu jüngst Johnson, Berlin Embassy.

Die Leitung des Ministeriums bestand aus einem Trio: Lord Hardinge, PUS bis 1920 und danach Botschafter in Paris, sein Nachfolger Sir Eyre Crowe sowie der *Assistant Undersecretary* Sir William Tyrrell. Ersterer war sich der Bedrohung, die von Deutschland ausging, zwar gewiss, seine Vorstellungen, wie diese neutralisiert werden könnte, waren aber vage und zum Teil widersprüchlich. So war er einerseits für eine Entwaffnung Deutschlands, um dem Militarismus auf Dauer seine Grundlage zu entziehen, andererseits akzeptierte er die kalte Logik der Franzosen nicht, dass dazu ein Wiedererstarken des Nachbarn in jedweder Form verhindert werden musste. Großbritannien sollte nach Hardinges Vorstellung engster Partner Frankreichs sein, ein formelles Bündnis lehnte er aber ab. Er war dafür, dass Deutschland für die Kriegsschäden aufkam und zweifelte gleichzeitig an dessen Zahlungsfähigkeit.

Tyrrell, der einen Teil seiner Jugend im Kaiserreich verbracht hatte und daher fließend Deutsch sprach, vertrat ein stimmigeres Konzept. Dem zu Grunde lagen nach wie vor bestehende Zweifel an den außenpolitischen Absichten der Deutschen – er fürchtete u.a. einen Revanchekrieg. Zudem vermutete er, dass die deutschen Regierungen nach der Unterschrift des Versailler Vertrags die Wirtschaft des Landes mit voller Absicht ruinierten, um die alliierten Reparationsforderungen abzuwehren. Seine Vorbehalte gingen jedoch nicht so weit, dass er die politische und ökonomische Desintegration des Deutschen Reiches in Kauf genommen hätte. Französische Versuche in diese Richtung kritisierte er als „ungeschickt" und „dumm". Um Deutschland auf der einen und die extremen Tendenzen französischer Außenpolitik auf der anderen Seite einzudämmen, befürwortete er eine britische Beistandsgarantie für Frankreich.

Damit lag er exakt auf derselben Linie wie Crowe, der als ausgewiesener Deutschlandexperte galt und in seiner fünfjährigen Amtszeit als PUS von 1920 bis 1925 für Kontinuität in der britischen Außenpolitik stand.[320] Crowe war als Sohn eines britischen Handelsattachés und dessen deutscher Frau in Leipzig geboren worden, erst mit 17 Jahren nach England gekommen, hatte selbst eine Deutsche geheiratet und besaß dementsprechend fundierte Kenntnisse über Deutschland und die Deutschen.[321] Das führte allerdings nicht dazu, dass er automatisch eine prodeutsche Politik empfahl. Ganz im Gegenteil, denn bereits in seinem Memorandum von 1907 hatte er aufgezeigt, dass Großbritannien sich für einen Konflikt wappnen musste, falls das Deutsche Reich die *Balance of Power* zerstören sollte. Zu Beginn der Julikrise 1914 war er einer derjenigen, die verlangten, dass sich Großbritannien offen auf die Seite Frankreichs und Russlands stellte, um die deutsche Führung eventuell noch von ihrem Kriegskurs abzubringen.[322]

---

320 Crowe, Public Servant, Einleitung S. XX–XXII.

321 Sein Vater war Sir Joseph Crowe, seine Mutter Asta war die Tochter von Gustav von Barley und Eveline von Ribbentrop.

322 Crowe, Public Servant, S. 256.

Der Eindruck, dass Crowe einen antideutschen Kurs verfolgte, ist aber genauso falsch. Im Vorfeld der Pariser Friedenskonferenz, an der er als britischer Delegierter in führender Funktion teilnahm, sprach er sich dafür aus, Abtretungen deutschen Territoriums auf ein Minimum zu begrenzen, Reparationsforderungen nicht zu übertreiben und das Thema Kriegsverbrechen sensibel zu handhaben.[323] Den Versailler Vertrag hielt er weder für ein ideales Dokument, noch wollte er die wirtschaftliche Erholung Deutschlands blockieren oder seine innere Stabilität untergraben.

Personally, he appreciated the administrative capabilities and cultural achievements of the Germans, noting on one occasion that the world would be poorer but for German ideas, methods and character. But from a review that he made of German past behaviour he deduced that she would attempt to restore the territories that were taken away from her in the Treaty of Versailles, and thought that any change in the status quo would eventually affect Britain.[324]

Da er davon ausging, dass Deutschland wegen seines Potenzials früher oder später ohnehin wieder die stärkste Macht in Europa werden würde, blieb als Option nur, die *Entente Cordiale* mit Frankreich aufrecht zu erhalten und auf eine Erfüllung des Friedensvertrags zu drängen. Sollten sich die Deutschen sperren, müssten sie mit entsprechend harten Bandagen zur Einhaltung gezwungen werden. Französische Aktionen in diese Richtung wie die Ruhrbesetzung hielt er jedoch für illegitim, da sie seiner Meinung nach vom Vertragstext nicht gedeckt waren.

Ein typischer Exponent auf der anderen Seite des politischen Spektrums, der antiimperialistischen Linken, war Ramsay MacDonald. Dieser übernahm im Januar 1924 als erster Labour-Politiker in der Geschichte Großbritanniens das Amt des Premierministers. Seine Ansichten über Deutschland und die deutsch-britischen Beziehungen waren geprägt durch seinen politischen Werdegang in der Arbeiterbewegung und seine damit einhergehenden Überzeugungen. Als regelmäßiger Teilnehmer an den Treffen der Sozialistischen Internationale stand er seit der Jahrhundertwende in Kontakt mit einer Reihe deutscher Sozialdemokraten.[325] In ihnen sah er den Hauptgegner des Militarismus in Deutschland und den natürlichen Verbündeten Englands. Aufgabe der Londoner Außenpolitik war es seiner Meinung nach, die Freundschaft mit der SPD zu kultivieren und ihr Ringen um eine Demokratisierung des Kaiserreichs zu unterstützen. Stattdessen schien das *Foreign Office* unter Sir Edward Grey in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg Deutschland mit der deutschen Regierung gleichzusetzen und einen provokativen, konfrontativen Kurs zu verfolgen, den MacDonald heftig kritisierte.[326] Zusammen mit seinen Mitstreitern in

---

323 Ebd., S. 313.
324 MAISEL, Foreign Office, S. 52.
325 U.a. mit einem der führenden Theoretiker und Revisionisten, Eduard Bernstein. MARQUAND, MacDonald, S. 164.
326 Ebd., S. 165.

der *Independent Labour Party* (ILP) kämpfte er gegen das Flottenwettrüsten, den Protektionismus, den Imperialismus und für eine Verständigung zwischen Deutschland und England, die er als Voraussetzung für den Erhalt des Friedens ansah.[327] Von diesem Standpunkt aus beurteilte er auch den Kriegsausbruch Anfang August 1914, der für ihn nicht auf irgendeinen geheimen Plan Berlins zurückzuführen war, sondern den er als traurigen Höhepunkt einer langen Reihe von Provokationen und Gegenprovokationen ansah, für die Großbritannien und das Deutsche Reich gleichermaßen verantwortlich waren.[328]

Der Krieg führte zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung auf der Insel. Die Mehrheit der Organisationen, die sich unter dem Dach der Labour Party versammelt hatten, darunter die Gewerkschaften, befürwortete die Teilnahme Englands, da sie sich mit den Kriegszielen – der Rettung der kleinen Nationen vor „dem Zugriff des teutonischen Militarismus und seiner kaiserlichen Galionsfigur" und der Demokratisierung Deutschlands – identifizieren konnte.[329]

Die Minderheit in der ILP, allen voran MacDonald, war gegen die britische Kriegsbeteiligung, stand weiter zum internationalen Sozialismus und zur Solidarität der Arbeiter und engagierte sich für einen Verhandlungsfrieden.[330] Eines der Instrumente war die an anderer Stelle schon erwähnte UDC, die u.a. von MacDonald im November 1914 gegründet worden war und in der sich die Gegner des Regierungskurses aus den Reihen der ILP und der Radikalliberalen zusammenfanden.[331] Diese Union entsprang der Analyse, dass die britische Bevölkerung kaum etwas über die internationale Politik geschweige denn von den geheimen Absprachen ihrer Regierung wusste, ein Umstand, der in Zukunft durch eine Demokratisierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses verhindert werden sollte.[332] Unmittelbares Ziel war es: „To aim at securing such [peace, der Verf.] terms that this war will not, either through humiliation of the defeated nation or an artificial re-arrangement of frontiers, merely become the starting point for new national antagonism and future wars."[333]

Genau in diesem Punkt trafen sich die beiden Lager nach dem Waffenstillstand wieder. Noch während des Wahlkampfes im November und Dezember

---

327 Hier bestanden enge Parallelen zur Auffassung der SPD. Vgl. RITTER, Arbeiterbewegung, S. 95.

328 MARQUAND, MacDonald, S. 167.

329 KRIEGER, Labour und Weimar, S. 12f.

330 RITTER, Arbeiterbewegung, S. 98–103.

331 MARQUAND, MacDonald, S. 182f.

332 Einer der vier „cardinal points" im Programm der UDC sah zu diesem Zweck die Zustimmung des Parlaments zu allen internationalen Verträgen oder sonstigen außenpolitischen Absprachen vor. Ebd. MacDonald verfasste zu diesem Thema eine Schrift mit dem Titel „National Defence. A Study in Militarism", in der er argumentierte, dass nur demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen auf Dauer den Frieden sichern konnten, und dass nationale wie internationale Sicherheit nur von der Kontrolle der Politik durch die öffentliche Meinung zu erwarten war. KRIEGER, Labour und Weimar, S. 112.

333 Zit. nach ebd., S. 10.

1918 blieben die Gräben sichtbar, als der nationalistische rechte Flügel der Arbeiterbewegung in die populären Forderungen nach einer Hinrichtung des Kaisers und der Zahlung der Kriegskosten einstimmte, der linke Flügel und zunehmend auch die gemäßigte Mitte dagegen auf einen Versöhnungsfrieden mit Deutschland setzten, um die Situation dort zu stabilisieren.[334] Der Versailler Vertrag trug dann maßgeblich dazu bei, beide Seiten in Kritik zu vereinen. Diese entzündete sich am Widerspruch der Bestimmungen zu den alliierten Kriegszielerklärungen und zu den wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens.[335]

Eine Mehrheit in der Labour Party setzte sich in den folgenden Jahren für eine Revision des Friedensvertrags ein. MacDonald reaktivierte in dieser Zeit alte Kontakte zu deutschen Sozialdemokraten und traf bei einer ersten Reise nach Berlin und Leipzig Ende Juli 1920 neben Ebert, Breitscheid und Kautsky auch bürgerliche Revisionisten wie den Historiker Hans Delbrück, den Industriellen Hugo Stinnes und den Außenminister Walter Simons.[336] Die Sozialdemokratie blieb aber der Hauptansprechpartner von Labour, in der man „einen nicht zu entbehrenden Partner im Kampf für eine gerechte, dauerhafte Friedensordnung und für die Sicherung der durch die Revolution geschaffenen deutschen Republik gegen Angriffe von außen und innen" sah.[337] Hinzu kam, dass MacDonald und seine Mitstreiter überzeugt waren, dass Frieden und ökonomische Prosperität im Nachkriegs-Europa Hand in Hand gingen und nur durch eine Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen waren, oder mit den Worten von Keynes ausgedrückt: „that the victors could not prosper while the vanquished starved".[338] Auf dieser Grundlage konzipierte MacDonald in seiner Doppelrolle als Premier- und Außenminister dann auch die Politik seiner Regierung gegenüber Deutschland, in der die Lösung der Reparationsfrage durch eine internationale Übereinkunft Priorität hatte.[339]

Einen Gleichgesinnten fanden Linke wie MacDonald innerhalb des *Foreign Office* in der Person von James Headlam-Morley, dem stellvertretenden Direktor des *Political Intelligence Department* (PID) und dort verantwortlich für die Deutschland-Abteilung. Sowohl das PID als auch Headlam-Morley hatten für die damalige britische Ministerialbürokratie einen ungewöhnlichen Hintergrund. Das Department war im März 1918 als Beratergremium gegründet worden und lieferte zahlreiche Analysen für das Kriegskabinett auch zur Lage in Deutschland. Es bestand hauptsächlich aus Historikern, die in Oxford oder

334 Ritter, Arbeiterbewegung, S. 123.
335 Krieger, Labour und Weimar, S. 112.
336 Ebd., S. 163.
337 Ritter, Arbeiterbewegung, S. 93.
338 Marquand, MacDonald, S. 329f.
339 Ebd.

Cambridge gelehrt hatten.[340] Headlam-Morley selbst kam vom Kings College in Cambridge und hatte sich viel mit deutscher Geschichte, Philosophie und Literatur beschäftigt.[341] Zu diesem Zweck hatte er in den 1880er Jahren in Deutschland studiert und geforscht, dabei mit Hans Delbrück zusammen gearbeitet und – wie Chamberlain auch – Vorlesungen Treitschkes besucht.[342] Anders als das Urteil dieses konservativen Politikers über Deutschland war das Headlam-Morleys wesentlich positiver und das umso mehr, nachdem das Reich Wilhelms II. in der Novemberrevolution untergegangen war.

Unter seiner Federführung drängte das PID Ende 1918 bzw. Anfang 1919 gegen Widerstände an der Spitze des *Foreign Office* und im Kriegskabinett darauf, die Veränderungen in Deutschland ernst zu nehmen und die republikanischen Kräfte mit den Mehrheitssozialdemokraten im Zentrum zu unterstützen.[343] Während der Friedenskonferenz in Paris war Headlam-Morley einer der britischen Experten, die an der Ausarbeitung der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags beteiligt waren. Ähnlich wie viele jüngere Mitglieder der britischen Delegation war auch er vom Ergebnis der Verhandlungen enttäuscht.[344]

Nach der Auflösung des PID Anfang 1920 diente er dem *Foreign Office* als „Historical Adviser", ein Posten, der eigens für ihn geschaffen wurde.[345] In dieser Funktion warf er früh die Frage nach einer Revision des Versailler Vertrags auf und forderte eine Konkretisierung der britischen Position.[346] Die Friedensbedingungen kritisierte er als insgesamt zu hart und bemängelte insbesondere die offene Reparationsfrage, die in Deutschland für ein hohes Maß an Unsicherheit sorgte, was eine wirtschaftliche Erholung und damit auch eine politische Stabilisierung verhinderte.[347] Kritik übte er auch an der französischen Außenpolitik, die seiner Meinung nach eine politische und ökonomische Befriedung des Kontinents verzögerte. Seiner Ansicht nach musste deshalb von

---

340 Darunter Arnold Toynbee, Fellow des Balliol College Oxford, Alfred Zimmern, Experte für Alte Geschichte am New College Oxford, Edwyn Bevan, ebenfalls Dozent für Alte Geschichte am New College Oxford, sowie der ehemalige Berliner Korrespondent der *Times*, George Saunders. Newton, British Policy, S. 54–57.

341 U.a. hatte er eine Biographie Bismarcks geschrieben. Headlam-Morley et al. (Hrsg.), Memoir, Einleitung S. XIIIf.

342 Bei seinen Studienaufenthalten hatte er auch seine Frau kennen gelernt, die Arzttochter Else Sonntag, die er 1892 heiratete. Ebd., S. X–XII.

343 Etwa durch eine frühzeitige Aufhebung der Blockade. Newton, British Policy, S. 194f.

344 An Percy Koppel im *Foreign Office* schrieb er: „The German Treaty was overdone, but much of it was defensible." Headlam-Morely an Koppel, 30. Juni 1919, in: Headlam-Morley et al. (Hrsg.), Memoir, S. 180. Zu seiner Reaktion auf die Unterzeichnung des Vertrags siehe auch ausführlich Teil II, Kapitel 2.2.1.

345 Headlam-Morley et al. (Hrsg.), Memoir, Einleitung S. XXIV und XXXI.

346 Siehe z.B. DBFP, I, 9, 50, S. 75–77, Headlam-Morley an Tyrrell, 20. Februar 1920. Hardinge und Curzon bemerkten dazu, der Zeitpunkt dafür sei noch nicht gekommen.

347 Ebd.

britischer Seite entsprechender Druck ausgeübt werden, um Frankreich zu einer Kursänderung zu zwingen.[348]

Eine moderatere Position zwischen der Headlam-Morleys und der ministeriellen Spitze des *Foreign Office* vertraten die jüngeren Beamten im für Mitteleuropa zuständigen *Central Department*. Anders als ihre Vorgesetzten glaubten sie nicht an das Dogma einer dauerhaften Gegnerschaft mit Deutschland und strebten ein Gleichgewicht zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich an, um die britischen Verpflichtungen in Europa auf ein Minimum reduzieren zu können.

Der Erste Sekretär Waterlow etwa war davon überzeugt, dass gerade die Kompromisslosigkeit der Alliierten in der Frage der Entwaffnung Deutschlands oder der Reparationen eine Revolution von Rechts wahrscheinlicher werden ließ, auf die dann vielleicht sogar die Bolschewisten mit einer Gegenrevolution antworten könnten. Der Einschätzung des Generalstabs vom März 1924, dass ein Krieg zwischen England und Frankreich genauso unwahrscheinlich war wie einer zwischen England und Deutschland unvermeidlich, widersprachen der Abteilungsleiter Miles Lampson genauso wie die Sekretäre Harold Nicolson und Sterndale-Bennett. Letzterer bemerkte, dass die historischen Fakten gegen eine solche Annahme sprächen, und Lampson stellte fest, dass ein solches Axiom nicht akzeptabel sei.[349]

This young group was a powerful lobby. Nevertheless, a confrontation between it and the ‚old top' was averted, partly owing to the fact that most of the time deliberations over short-term crises, and items that cropped up daily, prevented any discussion on the question of the long-term policy of Britain towards Germany; and partly thanks to the willingness of the young guard, notwithstanding its views, to accept the position that peace had, for the time being, to be founded on the Treaty of Versailles and the entente cordiale with France, thus placing Germany on the other side of the fence.[350]

Der prominenteste Vertreter eines gemäßigten außenpolitischen Kurses in der britischen Politik war ohne Zweifel Lloyd George. Auf dem Weg dorthin hatte er allerdings seine Position zu Deutschland mehrfach radikal geändert.[351] In dem Jahrzehnt vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs wetterte er zunächst ganz im Sinne seiner radikalliberalen Wurzeln gegen das maritime Wettrüsten und warb für eine Verständigung mit dem Deutschen Reich.[352] Nach der zweiten

---

348 An seinen ehemaligen Kollegen aus dem PID Zimmern schrieb er: „If one wants to help the French, surely the right thing to do is to warn them […] and let them understand that good relations with this country will become impossible unless we can depend upon their sincere and full support in carrying out measures the ultimate object of which must, among other things, be to bring about the economic restoration of Germany." Schreiben Headlam-Morleys an Alfred Zimmern, 25. Oktober 1921, BLO, MSS Zimmern 17.

349 MAISEL, Foreign Office, S. 58.

350 Ebd., S. 59.

351 Die folgenden Ausführungen beruhen auf dem Aufsatz von MORGAN, Lloyd George and Germany, S. 755–766.

352 U.a. im Kabinett. Von 1908 bis 1911 war Lloyd George Finanzminister und opponierte gegen höhere Rüstungsausgaben. Vgl. dazu auch REYNOLDS, Britannia Overruled, S. 81.

Marokkokrise 1911 warnte er hingegen in seiner berühmten Mansion House-Rede vor der Gefahr, die aus Berlin drohte, nur um kurze Zeit später ein avisiertes deutsch-britisches Flottenabkommen zu befürworten. Als Premierminister propagierte er während des Kriegs den „knock-out blow" gegen das Kaiserreich und den Kampf bis zum siegreichen Ende. Danach schlüpfte er schließlich in die Rolle des Mittlers, der bis zum Ende seiner Amtszeit im Oktober 1922 versuchte, zwischen Frankreich und Deutschland einen Ausgleich zu erreichen und auf der Grundlage des Versailler Vertrags eine tragfähige europäische Friedensordnung aufzubauen.

Dennoch finden sich in seinem Deutschlandbild eine Reihe von Konstanten. „His view of Germany was in general a positive one, of a modernizing, enterprising and above all protestant Germany."[353] In seinen jungen Jahren beeindruckte ihn der Kampf Martin Luthers für religiöse und geistige Freiheit. Später, selbst noch im Krieg, schätzte er das Deutschland der Philosophen, Humanisten und Literaten wie Kant, Schiller und Goethe. In vielen seiner Reden wie z.B. im Februar 1915 in Bangor unterschied er eindeutig zwischen diesem „guten" Deutschland, „the Germany of sweet songs and inspiring, noble thought", und dem, das durch die „Artillerie von Krupps" sprach und die moderne Wissenschaft als Vehikel für Zerstörung und Tod missbrauchte.[354]

Genauso zog er eine klare Trennungslinie zwischen dem deutschen Volk und seinen politischen und militärischen Führern. Bei Ausbruch der Feindseligkeiten hatte der damalige Schatzkanzler im Unterhaus erklärt: „We are not fighting the German people. The German people are under the heel of this military caste, and it will be a day of rejoicing for the German peasant, artisan and trader, when the military caste is broken."[355] Entsprechend dieser Maxime begann der Premier während der letzten Phase des Krieges offen darüber zu spekulieren, wie ein Frieden aussehen könnte, der Deutschlands Status als Großmacht bewahrte und der sicherstellte, dass es keinen Anlass für Revanchegelüste gab. Mehrfach betonte er sein Ziel eines Vertrags „which will be just but not vindictive".[356] Diese Überlegungen bestimmten sowohl seine generelle Linie bei den Pariser Friedensverhandlungen als auch seine anschließenden Bemühungen um eine Abmilderung wesentlicher Punkte des Versailler Vertrags.[357] Lloyd George hatte allerdings einen Hang zum Populismus und reagierte sensibel auf Stimmungen der Öffentlichkeit, was ihn während des Wahlkampfes im November und Dezember 1918 dazu verleitete, antideutsche Res-

353 MORGAN, Lloyd George and Germany, S. 755.
354 Ebd., S. 759.
355 Zit. nach KUROPKA, Militarismus, S. 120.
356 So am 16. April 1919 vor dem Unterhaus. PD/C, V, 114, Spn. 2948f.
357 Unterstützt wurde er dabei durch seinen außenpolitischen Berater Philip Kerr, der für eine konziliante Haltung gegenüber Deutschland und besonders für eine Moderation der Reparationsbestimmungen eintrat. BUTLER, Lord Lothian, S. 77 und 112f.

sentiments zu bedienen.[358] Der Meinungsumschwung in Presse und Öffentlichkeit in den ersten Jahren nach Abschluss des Friedensvertrags schuf dann ein günstigeres Umfeld für seine in Ton und Inhalt moderate Politik.

Zu der Gruppe der Gemäßigten gehörten außerdem Lloyd Georges Außenminister Lord Curzen sowie einer seiner Nachfolger im Amt des Premierministers, Stanley Baldwin, die sich beide dem linken Flügel der Konservativen Partei zuordnen lassen. Unterschiede zwischen dem Liberalen und den beiden Tories bestanden nicht so sehr in den von ihnen verfolgten Inhalten der Außenpolitik, sondern in ihrer jeweiligen Motivation.

Das eigentliche Interesse Curzons galt dem östlichen Teil des britischen Empire mit Indien im Zentrum.[359] Die Probleme hier waren für ihn dringender als die in Europa, zumal Deutschland nach Ende des Ersten Weltkriegs weder für Frankreich noch für Großbritannien eine unmittelbare militärische Gefahr darstellte.[360] Seine Konzeption für die britischen Beziehungen zum europäischen Kontinent sah zwar in der Theorie ein Ende der *splendid isolation* und eine enge Kooperation mit Frankreich vor. In der Praxis lehnte er eine Allianz aber ab und bevorzugte eine informelle Zusammenarbeit, die es einerseits erlaubte, mäßigend auf die französische Politik einzuwirken, und andererseits verhinderte, dass Großbritannien zu tief in kontinentaleuropäische Auseinandersetzungen hineingezogen wurde.[361] Dennoch zweifelte Curzon nicht daran, dass es Aufgabe britischer Politik sein musste, für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Siegern und Besiegten zu sorgen. Genau dies war seiner Ansicht nach essenziell für die Aufrechterhaltung des Friedens, denn, so stellte er fest, „any idea of obliterating Germany from the community of nations or treating her as an outcast is not only ridiculous but is insane".[362]

Curzons persönliche Sicht auf Deutschland war rational und distanziert. Auf Grund seines Werdegangs verfügte er über keine prägenden eigenen Erfahrungen – weder positive noch negative.[363] Folglich sah er das Deutsche Reich in der Weimarer Zeit allein im Prisma der britischen Interessen und der Haltung Frankreichs. Ihm war klar, dass die wirtschaftliche Erholung und politische Konsolidierung Deutschlands unabdingbar für die Gesundung Europas war.[364]

---

358 Vgl. Teil II, Kapitel 2.1.2.

359 Bennett, Foreign Policy, S. 1. Diese Vorliebe rührte auch daher, dass er von 1898 bis 1905 *Viceroy of India* gewesen war. Unter Lloyd George war er bereits zwischen 1915 und 1916 Mitglied des Kabinetts. Damals bekleidete er den Posten des *Lord Privy Seal*.

360 „Germany though assuredly destined to recover, cannot for many years be a military danger to Europe, or even to France alone." Memorandum des Marquess Curzon, Earl of Kedleston, zur Frage einer anglo-französischen Allianz, 28. Dezember 1921, DBFP, I, 16, 768, S. 862.

361 Maisel, Foreign Office, S. 37.

362 So Curzon auf der Imperial Conference am 22. Juni 1921. Zit. nach ebd., S. 36.

363 Sein Interesse konzentrierte sich auf Persien, Zentralasien und den Fernen Osten, Gegenden, die er in den Jahren 1881 bis 1888 und 1892/93 ausgiebig bereiste. Ebd., S. 32.

364 Gilmour, Curzon, S. 528.

Gleichzeitig war ihm das französische Bedürfnis nach Sicherheit bewusst.[365] Die Deutschen hielt er für extrem ungeschickte Diplomaten,[366] gegenüber den Franzosen wiederum überwand der überzeugte Imperialist Curzon infolge ihres Hegemoniestrebens in Europa und ihrer Ambitionen in anderen Regionen der Welt nie ein gewisses Misstrauen.[367] Die Politik der wohlwollenden Neutralität, die er während der Ruhrbesetzung Frankreichs verfolgte, war die logische Konsequenz seiner außenpolitischen Vorstellungen und persönlichen Vorbehalte. Einseitig für die Deutschen Partei zu ergreifen, kam für ihn aber ebenso wenig in Frage. Schließlich waren Franzosen und Belgier „our allies and only a few years have gone by since Germans were our foes".[368]

Premierminister Baldwin wiederum zeigte generell kein großes Interesse an außenpolitischen Themen, da er mit innenpolitischen Problemen mehr als ausgelastet war, und mischte sich dementsprechend nicht in die Ressortführung seines Parteifreunds und Außenministers Chamberlain ein.[369] Obwohl Baldwin weit gereist war, sich in vielen Ländern Westeuropas sehr gut auskannte und mehrere Fremdsprachen beherrschte, hielt er zudem nicht viel von Gipfelgesprächen oder Konferenzdiplomatie.[370] Sein einziges Treffen mit einem ausländischem Regierungschef, dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré, im September 1923 endete mit einem zwiespältigen Ergebnis. Baldwin, der eigentlich frankophil war, lehnte die politischen und territorialen Ambitionen, die Frankreich mit der Ruhrbesetzung in Deutschland verfolgte, ab. Von Poincaré erhielt er die Zusage, dass eine dauerhafte Besetzung oder gar eine Abtrennung des Rheinlands und des Ruhrgebiets vom Deutschen Reich nicht beabsichtigt war.[371] Trotzdem unterstützte die französische Regierung die rheinischen Separatisten in der Folgezeit mehr oder weniger offen nach Kräften. Einer Lösung der Ruhrkrise und der damit verbundenen Reparationsfrage ka-

---

365 Ebd.

366 Ebd., S. 529.

367 U.a. lag hier der Grund, warum er ein formelles Bündnis mit Frankreich ablehnte. „Of course the real objection to an alliance is […] that we cannot trust them", schrieb er im Dezember 1921 an den britischen Botschafter in Paris Lord Hardinge. Zit. nach BENNETT, Foreign Policy, S. 22. Hardinge wiederum war der Meinung, dass Curzon die französische Psyche einfach nicht verstand. CONNELL, Office, S. 39.

368 So Curzon in einer Rede vor dem Aldwych Club am 27. Februar 1923. THE TIMES, 28. Februar 1923, „World Position Improving".

369 MIDDLEMAS und BARNES, Baldwin, S. 179f. Siehe auch YOUNG, Baldwin, S. 61. Um die Darstellung nicht unnötig auszudehnen, kann nicht ausführlich auf seinen Vorgänger Bonar Law eingegangen werden, was auch deshalb vertretbar ist, da dieser nur wenige Monate von Oktober 1922 bis Mai 1923 Premierminister war. Wegen einer schweren Krankheit musste er das Amt vorzeitig aufgeben.

370 Seine Reiseziele umfassten u.a. Kanada, die USA, Frankreich, die Schweiz und Deutschland, wo er Berlin, Dresden und München besucht hatte. Er beherrschte Französisch und Deutsch. Außerdem konnte er Russisch lesen. Seinen Urlaub verbrachte er seit 1921 jedes Jahr im französischen Aix-les-Bains. ROBBINS, Experiencing Foreign, S. 32f.

371 MIDDLEMAS und BARNES, Baldwin, S. 201.

men die beiden Staatsmänner ebenfalls nicht näher. Seitdem stand Baldwin der französischen Politik misstrauisch gegenüber.[372]

Deutschland wiederum betrachtete Baldwin aus rein utilitaristischer Perspektive – nämlich als wichtigen Exportmarkt, den es zu reaktivieren galt, um den britischen Außenhandel zu stimulieren und auf diesem Weg die hohe Arbeitslosigkeit in England zu bekämpfen. Dazu war es essenziell, die Verhältnisse in Europa so weit wie möglich zu normalisieren.[373] Aus dieser Überlegung heraus unterstützte er die Anstrengungen Chamberlains, eine Lösung der Sicherheitsfrage in Westeuropa zu erreichen, und half mit, Skeptiker in seinem Kabinett und im Parlament zu überzeugen.[374]

1.4 Wege des Informationsaustausches oder die „Organisation der Kommunikation"

Grundlage für eine fundierte Aussage über den möglichen Zusammenhang des in Whitehall und Westminster sowie in der Fleet Street vorhandenen und dann in den Zeitungen verbreiteten Deutschlandbildes, an dem wiederum die Auslandskorrespondenten beteiligt waren, ist eine Analyse der Kommunikationsstrukturen zwischen den beteiligten Akteuren. Dabei geht es darum zu zeigen, wie der Informationsfluss zwischen Presse und Politik organisiert war, wer daran beteiligt war sowie auf welchen Wegen und in welcher Form ein Austausch ablief.

Das Medium Zeitung erfüllte in diesem Prozess zwei Funktionen. Unbestritten ist, dass die Tagespresse schon vor dem Ersten Weltkrieg und erst recht danach für die politischen Entscheidungsträger in Parlament und Regierung eine wichtige Informationsquelle darstellte.[375] Welche Bedeutung die Zeitungen in dieser Hinsicht in den 1920er Jahren hatten, lässt sich unter anderem daran ablesen, dass Abgeordnete in außenpolitischen Debatten im Unterhaus immer wieder aus Artikeln der Qualitätspresse zitierten.[376] Neben dieser In-

---

372 Young, Baldwin, S. 50.

373 Middlemas und Barnes, Baldwin, S. 180f.

374 Jenkins, Baldwin, S. 88f.

375 Symptomatisch dafür ist die Bemerkung Lord Salisburys, der bereits in den 1890er Jahren feststellte, dass er mit größerer Wahrscheinlichkeit aus der Zeitung erfuhr, was am Vortag in der Welt passiert war, als durch die Kanäle des *Foreign Office*. Pronay und Spring, Politics and Film, S. 10f. In diesem Sinn auch Watt, Personalities and Policies, S. 11: „it provides a source of foreign news and information and its interpretation to which ministers and the political members of the élite have as frequent recourse as they do to the dispatches of Britain's representatives abroad, and the intelligence summaries and assessments of the various British intelligence agencies."

376 So etwa Ramsay MacDonald und Lloyd George in den Debatten zum Locarno-Vertrag im Juni und November 1925, die sich auf Berichte des *Manchester Guardian* bzw. der *Times* u. des *Daily Telegraph* beriefen. PD/C, V, 185, Sp. 1594, 24. Juni 1925, sowie PD/C, V, 188, Spn. 438–440 und 452f., 18. November 1925.

formationsfunktion übernahm die Presse eine weiter reichende Aufgabe: Indem sie aktuelle Ereignisse bewertete und kommentierte, trieb sie die Diskussion über außenpolitische Fragestellungen voran, diente den politisch Verantwortlichen als Indikator, in welche Richtung die öffentliche Meinung tendierte, und zeigte im Idealfall Handlungsalternativen auf.[377]

Die Regierung war ihrerseits gezwungen, auf das wachsende Informationsbedürfnis zu reagieren, das ein Ergebnis der strukturellen Veränderungen in der britischen Presselandschaft war. Um den Hunger einer immer größeren Zahl von Korrespondenten und Reportern nach Nachrichten zu befriedigen, musste die Veröffentlichung von Informationen neu organisiert werden. Die Ministerien in Whitehall suchten deshalb in der Zwischenkriegszeit nach Formen amtlicher Kommunikation, die den modernen Anforderungen gerecht wurden. Nach und nach bauten sie neue Institutionen auf, mit denen sich eine offizielle Pressepolitik betreiben ließ.[378] Schon früh wurden Versuche unternommen, die neuen Instrumente zu nutzen, um auf die Berichterstattung Einfluss zu nehmen. Im Mittelpunkt standen dabei sowohl die Kontrolle über die Verbreitung von Informationen, die nach den Interessen der jeweiligen Regierung gefiltert wurden, als auch einzelne Journalisten, zu denen besondere Verbindungen aufgebaut wurden.[379] Die britische Regierung hatte auf diesem Gebiet jedoch kein Monopol. Gerade die deutsche Seite betrieb über die Botschaft in London eine aktive Pressepolitik, zum Teil mit den gleichen Mitteln.

Neben diesen offiziellen Kommunikationskanälen existierte noch eine zweite Struktur des Informationsaustausches, die zwar sehr viel schwerer aufzudecken, aber dafür nicht minder interessant ist. Gemeint sind die persönlichen Kontakte zwischen Journalisten und Politikern. Gerade auf höchster Ebene gab es in dieser Zeit eine ganze Reihe von Bekanntschaften und Freundschaften, was unter anderem auf die soziale Homogenität der Führungsschicht des Landes zurückzuführen ist.

1.4.1 Die Pressearbeit der britischen Regierung: Improvisation versus Institutionalisierung

Das Ende des Ersten Weltkriegs bedeutete nicht nur das Ende der Feindseligkeiten an den Fronten, sondern auch die Einstellung des britischen Propagandafeldzugs. Die Organisatoren des „Kriegs der Worte", Informationsminister Beaverbrook und der Leiter der Abteilung für Propaganda gegen die Feindstaaten, Northcliffe, plädierten anfangs zwar für eine Fortsetzung ihrer Arbeit zur Flankierung der britischen Außenpolitik auf publizistischer Ebene im In- und Ausland, zogen es aus unterschiedlichen Gründen dann aber vor, sich

377 Watt, Personalities and Policies, S. 11.
378 Vgl. Desmond, Crisis and Conflict, S. 78–80.
379 Vgl. Eldridge, Mass Media, S. 23.

wieder uneingeschränkt ihren Presseimperien zu widmen und traten von ihren Ämtern zurück.[380] Nach einer offiziellen Untersuchung über den Nutzen der in die Propaganda involvierten Stellen in Friedenszeiten wurden das *Ministry of Information*, das *Department for Propaganda in Enemy Countries* und das NWAC aufgelöst.[381] Als Folge der engen Kooperation zwischen den großen Verlegern und der Rekrutierung zahlreicher Journalisten für die Propagandaaktivitäten der Regierung hatte sich in Kombination mit einem weit verbreiteten Widerwillen gegenüber der eigenen Propagandatätigkeit eine erhebliche Skepsis in der britischen Öffentlichkeit über die Rolle der Presse breit gemacht.

Auch in der Fleet Street regten sich Stimmen, die die eigene Helferrolle selbstkritisch analysierten. Kennedy Jones war sogar überzeugt, „that the Press had lost its political power by allowing its opinions to be openly inspired, guided or biased by Downing Street".[382] In den Führungsetagen der großen Zeitungen reagierte man deshalb sensibel auf Kritik, weiter unter dem Einfluss der Regierung zu stehen, nachdem eine Notwendigkeit dafür nicht mehr gegeben war.[383] Vielmehr waren die Verantwortlichen in den Redaktionen nun darauf bedacht, die traditionelle Demarkationslinie zwischen Publizistik und Politik wieder deutlich sichtbar zu ziehen. Befriedigt wurde folglich zur Kenntnis genommen, dass die Instrumente der direkten Einflussnahme, das *Press Bureau* und die Zensur, in der ersten Hälfte des Jahres 1919 ebenfalls abgeschafft wurden.[384]

Auf Seiten der Regierung herrschte dagegen Unklarheit und Unentschlossenheit, nach welchen Grundsätzen und mit welchem Ziel die Beziehungen zur Presse künftig gestaltet werden sollten. Eine mit der in Deutschland vergleichbare Zentralisation und Institutionalisierung der Kontakte fand jedenfalls nicht statt. Dafür waren mehrere Faktoren verantwortlich: Erstens herrschte in Regierungskreisen ein gewisses Unbehagen über die Wirkung der eigenen Pro-

---

380 Beaverbrook sowie auch die Führung von Crewe House waren davon überzeugt, dass die öffentliche Meinung der ganzen Welt gerade während der Friedensverhandlungen von entscheidender Bedeutung sein würde und dass das Ansehen Großbritanniens es erforderte, die britische Position zum Frieden durch eine groß angelegte Kampagne zur Verbreitung von Nachrichten und Meinungen zu erklären und zu rechtfertigen. Beaverbrook gab jedoch sein Amt am 21. Oktober aus Gesundheitsgründen auf, Northcliffe trat am 12. November wegen Differenzen mit Lloyd George zurück. SANDERS und TAYLOR, British Propaganda, S. 199f. Siehe auch TAYLOR, Projection of Britain, S. 13. Ebenso MESSINGER, British Propaganda, S. 252.

381 Ebd., S. 251f. Siehe auch GRANT, Propaganda and State, S. 35. Laut Taylor hatte die Propaganda nach allgemeiner Auffassung zwar dazu beigetragen, den Krieg zu gewinnen. Ihr Nutzen und ihre Akzeptanz als Instrument der Diplomatie in Friedenszeiten wurden von Politikern und Diplomaten aber angezweifelt, weshalb die Abwicklung des Propandaapparats eine „automatische Reaktion" war. TAYLOR, Attitudes Towards Propaganda, S. 26.

382 JONES, Fleet Street, S. 100.

383 TAYLOR, Publicity and Diplomacy, S. 55f.

384 Ebd., S. 56.

paganda, das sich aus dem Bewusstsein über die Gefahren, die in der erfolgreichen Manipulation der öffentlichen Meinung lagen, speiste. Dies war wohl auch einer der Gründe für die schnelle Abwicklung der eigens geschaffenen Propagandaeinrichtungen nach Kriegsende.[385] Zweitens verhinderte das Ressortdenken der einzelnen Ministerien, die die Kontrolle über die Implementierung ihrer Politik behalten und zu diesem Zweck ihre eigenen Kontakte zur Presse pflegen wollten, eine Bündelung der Öffentlichkeitsarbeit.[386] Vorschläge in diese Richtung wie der des Arbeitsministers Sir Robert Horne im April 1919, der einen Teil des *Press Bureau* zu einem zentralen Sprachrohr der Regierung umfunktionieren wollte, wurden dementsprechend vom Kabinett abgelehnt.[387] Drittens übte das Finanzministerium erheblichen Druck auf die anderen Ressorts aus, ihre Budgets zu straffen. Wegen der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage sah man in der Treasury keinen Spielraum für kostspielige pressepolitische Aktivitäten, deren Nutzen zumindest fragwürdig erschien.[388]

Was das *Foreign Office* betraf, so kam erschwerend hinzu, dass es hier vor dem Krieg nicht einmal Ansätze für eine organisierte Pressearbeit gegeben hatte. Dies hing mit dem Selbstverständnis des diplomatischen Korps und der ministeriellen Spitze zusammen, die keine Veranlassung dafür sahen, über ihre Arbeit Auskunft zu geben.

---

385 Sanders und Taylor meinen, dies wäre der entscheidende Grund gewesen. SANDERS und TAYLOR, Britische Propaganda, S. 201. Messinger ist der Ansicht, dass die Ursachen noch tiefer liegen. So gab es nach dem Krieg eine breite Unterstützung für eine allgemeine Abrüstung, wobei auch die neue „Waffe" Propaganda eingeschlossen sein sollte. Außerdem stand ein Aufrechterhalten des Propagandaapparats im Widerspruch zur englischen Überzeugung, dass die individuelle Meinungsbildung möglichst frei von staatlichem Einfluss sein sollte. MESSINGER, British Propaganda, S. 252.

386 GRANT, Propaganda, S. 248.

387 Ebd., S. 37. Entstehen sollte eine „Central Agency for the Issue of Official Communiqués from the Government Departments". Widerstand dagegen gab es aber nicht nur von einzelnen Ministerien, sondern als Spätfolge der Kontroverse um die Berufungen Beaverbrooks und Northcliffes im Februar 1918 und der anschließenden Debatte über die Propaganda im August desselben Jahres auch im Parlament. Wann und wie die Presse informiert wurde, blieb damit weiter den einzelnen Ministerien überlassen. Die meisten Ressorts befassten sich aber erst damit, als die ständigen Anfragen der Journalisten ihnen keine andere Wahl mehr ließen. Im Jahr 1923 beschäftigten immerhin bereits sieben Departments Mitarbeiter, die sich speziell um die Herausgabe von Informationen an die Presse kümmerten. TAYLOR, Publicity and Diplomacy, S. 58. Grant nennt dagegen nur sechs. GRANT, Propaganda, S. 5.

388 Das *Foreign Office* beispielsweise wurde 1920 von der Treasury ermahnt, die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit zu senken und langfristig ganz darauf zu verzichten. Vgl. Schreiben der Treasury an das Foreign Office, 12. Mai 1920, PRO, FO 395/347, P166/10/145. Der Druck zu Einsparungen wurde noch erhöht durch die Arbeit des 1922 ernannten *Committee on National Expenditure*, dessen Vorschläge im November 1923 umgesetzt wurden. Danach beliefen sich die Ausgaben aller Ministerien bzw. Abteilungen, die spezielle Stäbe für Pressearbeit unterhielten, zusammen auf weniger als 5000 Pfund pro Jahr. GRANT, Propaganda, S. 5.

British diplomats generally preferred to conduct their business beneath an umbrella of secrecy, while the Foreign Office may be said to have abstained assiduously from creating any machinery that would serve to encourage a greater level of public participation in what was considered to be the private and exclusive realm of international politics. Publicity and diplomacy were, in other words, considered to be incompatible.[389]

Mit entsprechender Herablassung behandelten die Ministerialbeamten Journalisten, die auf der Suche nach Informationen das Foreign Office oder auch andere Ministerien in Whitehall aufsuchten. „the permanent official regarded a journalist who strayed into Downing Street as an unmannerly intruder to be mercilessly snubbed."[390]

Angesichts der schon geschilderten Veränderungen im Journalismus und in der Kommunikationstechnologie, der Lesefähigkeit immer größerer Teile der Bevölkerung sowie der Ausweitung des Wahlrechts ließ sich diese Abstinenz von jeglicher Art der Öffentlichkeitsarbeit auf Dauer jedoch nicht durchhalten. Auch im *Foreign Office* war man sich darüber im Klaren, dass der öffentlichen Meinung, wie sie die Presse wiedergab, wachsende Bedeutung zukam. So überrascht es nicht, dass sich schon vor dem Ersten Weltkrieg ein System informeller Kontakte zwischen einer kleinen Gruppe von Journalisten und Ministerialen etabliert hatte, über die Informationen ausgetauscht oder gezielt gestreut wurden.[391] Diese Verbindungen nahmen in dem Maße zu, in dem die Minister und Staatssekretäre für die Belange der Presse empfänglicher wurden, so dass Kennedy Jones 1919 schließlich feststellte, dass sich ein gegenseitiges Geben und Nehmen entwickelt hatte: „the attitude has changed and permanent officials of ambition […] have their own favourites in Fleet Street, for whom they reserve choice news, receiving their reward in occasional paragraphs, lauding them by name."[392] Nach und nach wurde es außerdem schon vor dem Krieg Usus, dass sich der Privatsekretär des jeweiligen Außenministers als Teil seines Aufgabenbereichs offiziell um Anfragen von Journalisten kümmerte.[393]

Der Erste Weltkrieg wirkte in diesem Bereich als Katalysator. Die zur Nutzung aller Kräfte nötige Mobilisierung der Massen und die schweren Verluste an Menschen und Material hatten in der Bevölkerung ein Interesse an außenpolitischen Zusammenhängen geweckt, das nach dem Ende des Krieges nicht mehr ignoriert werden konnte. Im außenpolitischen Apparat wurden deshalb Stimmen laut, die eine offensive Informationspolitik auch in Friedenszeiten forderten. So analysierte der ehemalige britische Generalkonsul in Zürich, George Beak, die neue Lage wie folgt:

---

389 TAYLOR, Projection of Britain, S. 11.
390 JONES, Fleet Street, S. 99.
391 Taylor spricht in diesem Zusammenhang von einer „symbiotischen Beziehung" einer kleinen Gruppe von Offiziellen und Journalisten. TAYLOR, Projection of Britain, S. 12.
392 JONES, Fleet Street, S. 100.
393 MAISEL, Foreign Office, S. 5.

Without entering upon the advantages or disadvantages of either secret or public diplomacy, it may be taken for granted that the masses will now demand to know much more than previously of what is going on, and what is being done in the diplomatic field, and it would probably not only be futile but dangerous to attempt to keep knowledge from them. The great thing is to protect them from half-truths by letting them know as much as possible.[394]

Nach einer Umstrukturierung innerhalb des Außenministeriums war ab Mitte 1919 für die Information der englischen sowie der ausländischen Presse und damit der Öffentlichkeit das *News Department*, das unter der Leitung von Sir William Tyrrell stand, zuständig.[395] Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Department sollte darin liegen, „to correct misapprehensions as to the policy of His Majesty's Government and supply accurate information either to the Foreign Press or the well-wishers of this country abroad."[396] Stoßrichtung war also in erster Linie die Beeinflussung der Auslandspresse im Sinne britischer Interessen.

Bei der Pressearbeit im Inland gab es im Vergleich zur Vorkriegspraxis einige Neuerungen. So war Tyrrell als Leiter des *News Department* auch verantwortlich für die ständige Information des parlamentarischen Staatssekretärs über die Entwicklungen in der britischen Presse und wenn nötig ebenso für das Arrangement von Interviews mit „bedeutenden" Journalisten.[397] Für Tyrrell war dies kein Neuland, denn er hatte sich als Privatsekretär von Außenminister Sir Edward Grey schon vor dem Krieg um die Kontaktpflege zu den Pressevertretern gekümmert.[398] Zum ersten Mal wurde nun eine Institutionalisierung dieser Kontakte vorgenommen. Journalisten, die eine Auskunft oder ein Interview bekommen wollten, mussten sich jetzt immer zuerst an den Leiter des *News Departments* wenden, der entweder selbst ein Statement abgab oder sich um Ansprechpartner bemühte. Eine Innovation stellte auch das tägliche Kommuniqué dar, das allgemeine Informationen über den Stand der britischen Außenpolitik enthielt und den Vertretern der in- und ausländischen Presse in London auf Anfrage übermittelt wurde.[399] Ähnliches hatte es vor dem Ersten Weltkrieg nicht gegeben.

---

394 Memorandum von George B. Beak: „Policy and Propaganda", 2. Dezember 1918, PRO, FO 395/301 00409. Beak war während des Krieges für die Verteilung von Propagandamaterial via Schweiz nach Deutschland verantwortlich.

395 Das *News Department* wurde mit dem PID zusammengelegt. Das PID hatte Analysen der politischen Situation in den Feindstaaten geliefert und mit seinen Memoranda einen nicht unerheblichen Einfluss auf die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags genommen. Nicht unerheblich für die Zusammenlegung der beiden Abteilungen war auch hier der Druck der Treasury, die alle temporär ins Leben gerufenen Departments nach dem Krieg aus Kostengründen schließen lassen wollte. MAISEL, Foreign Office, S. 5.

396 Schreiben der Treasury an das Foreign Office, 31. Mai 1919, PRO, FO 395/347, P363/10/145.

397 TAYLOR, Pojection of Britain, S. 14.

398 Ebd., S. 13.

399 Ebd., S. 14.

Nur ein Jahr später musste das *News Department* auf Grund der anhaltenden Finanzkrise erhebliche Mittelkürzungen durch die Treasury hinnehmen und seine Aktivitäten zwangsläufig einschränken.[400] Interessanterweise drehte sich die Diskussion, die diese Maßnahme begleitete, nicht darum, ob Ministerien die Presse über ihre Tätigkeit informieren sollten, was nicht mehr in Frage gestellt wurde, sondern warum dazu eigene Presseabteilungen unterhalten werden mussten, die vor dem Krieg nicht nötig gewesen waren.[401] Das *Foreign Office* reagierte darauf mit einer Verkleinerung des Department und der erneuten Konzentration seiner pressepolitischen Aktivitäten beim Privatsekretär des Außenministers.[402] Vansittart, der in der Ära Curzon diesen Posten innehatte, konnte sich nur schwer mit seiner zusätzlichen Aufgabe anfreunden und gab später sogar zu, dass er es so oft wie möglich vermied, Journalisten zu treffen. Dadurch geriet er allerdings immer wieder in Konflikt mit seinem Minister:

> Curzon expected me to influence newspaper-men to an extent impossible in the twentieth century. […] He swung between thinking they knew too much and too little of his domain […]. Every morning trouble arose on the telephone. ‚Why did you put that in?' He did not understand that journalists had sources of information other than the Foreign Office.[403]

Curzon war mit seinem fehlenden Verständnis für die Arbeitsweise der Presse und seinen Zweifeln über den Nutzen einer offenen Informationspolitik kein Einzelfall. Von seinen unmittelbaren Nachfolgern glaubte nur Ramsay MacDonald, dass das Massenmedium Zeitung eine wichtige Rolle in den internationalen Beziehungen spielte.[404] Austen Chamberlain, an der Spitze des *Foreign Office* von 1924 bis 1929, hatte dagegen kein Gespür für die Bedeutung der Presse[405] und kaum Sympathien für die schreibende Zunft, die in seinen Augen heute dies und morgen jenes schrieb. „They support you as long as you are successful, but if the wind of popular favour veers tomorrow, they will veer with it."[406] In der gesamten Leitungsebene des Außenministeriums hielten sich

---

400 Ebd., S. 15.

401 GRANT, Propaganda, S. 39.

402 TAYLOR, Projection of Britain, S. 15. Für die Betreuung der inländischen Presse war in den ursprünglichen Plänen eine eigene Abteilung mit der Bezeichnung „Facilities Division" vorgesehen, die nun wegfiel. Die anderen beiden Abteilungen, die „Cable and Wireless Division" sowie die „Administrative Division" wurden zusammengelegt. Von den im *Foreign Office* angestrebten 100000 Pfund Jahresbudget genehmigte das Finanzministerium nur 20000. MAISEL, Foreign Office, S. 27.

403 VANSITTART, Procession, S. 273.

404 WILLERT, Washington, S. 167. MacDonald bildete mit Unterstützung der Liberalen Anfang 1924 die erste Labour-Regierung in der Geschichte Großbritanniens. Als Premierminister leitete er in Personalunion auch das Außenministerium. Die Koalitionsregierung hielt allerdings nur bis Ende des Jahres.

405 Er war alles andere als „news-conscious", wie Willert feststellte. Ebd., S. 168.

406 Brief von Chamberlain an seine Schwester Hilda, 20. November 1917, in: SELF (Hrsg.), Diary Letters, S. 65.

ebenfalls noch lange Vorbehalte gegenüber der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit mit Zeitungsvertretern. So gestand etwa der langjährige und einflussreiche PUS Sir Eyre Crowe, dass er nicht einsehe, warum das *Foreign Office* eine Presseabteilung brauche und wieso die Diplomatie überhaupt Rücksicht auf die Presse nehmen müsse.[407] Lediglich Tyrrell sprach sich offen für eine aktive Pressearbeit aus, während die meisten anderen Ministerialbeamten wohl eher zur Auffassung Crowes neigten.[408] Tyrrell trat nach Crowes Tod im April 1925 dessen Nachfolge an und war nach Einschätzung des ehemaligen *Times*-Korrespondenten Arthur Willert, der von 1925 bis 1934 das *News Department* leitete, der einzige PUS, der etwas von „publicity" verstand.[409]

Neben diesen internen Unstimmigkeiten gab es während der Amtszeit Lloyd Georges regelmäßig Reibungen zwischen dem *Foreign Office* und *10 Downing Street*, wo der Premierminister mit seinem Privatsekretariat einen zusätzlichen Beraterstab eingerichtet hatte, der in Whitehall unter dem Spitznamen „Garden Suburb"[410] firmierte und der sich ebenfalls mit außenpolitischen Fragen beschäftigte sowie eigene Kontakte zur Fleet Street unterhielt.[411] Das „Prime Minister's Secretariat", so der offizielle Titel, trat in direkte Konkurrenz zum *Foreign Office* und erlangte ein Maß an Eigenständigkeit und Einfluss, dass Curzon indigniert feststellte, neben seinem Ressort habe sich de facto ein zweites Außenministerium etabliert, von dem er nicht wisse, auf welcher Grundlage dort eigentlich was entschieden werde.[412] Dies bezog sich nicht nur auf die Formulierung der Politik, sondern auch auf die Information der Presse. So gab Sir William Sutherland, einer der engsten Vertrauten von Lloyd George im „Garden Suburb", laut Tyrrell Neuigkeiten, die er aus dem Außenministerium erfahren hatte, als Belohnung für ihre regierungsfreundliche Haltung an Zeitungen weiter oder hielt sie im umgekehrten Fall zurück.[413] Und der Leiter des Sekretariats, Philip Kerr, verwendete vertrauliches Material für seine Leitartikel im *Daily Chronicle*, dem liberalen Blatt, das Lloyd George 1918 gekauft hatte.[414]

Erschwerend kam hinzu, dass der Premierminister in der Außenpolitik gerne eigene Wege ging, ohne das *Foreign Office* immer vorher darüber zu infor-

---

407 So Crowe bei einem Gespräch mit Arthur Willert im Jahr 1921. WILLERT, Washington, S. 164. John D. Gregory bestätigte diesen Eindruck. „He thought it quite unnecessary to bother about public opinion: he ignored the influence of the press which he hardly read." GREGORY, Edge of Diplomacy, S. 260.

408 TAYLOR, Projection of Britain, S. 23.

409 WILLERT, News Controls, S. 722.

410 Die Mitarbeiter waren in Hütten im Garten des Amtsitzes untergebracht, daher der Name. BENNETT, Foreign Policy, S. 4.

411 BUTLER, Lord Lothian, S. 64.

412 So Curzon in einem Brief an Lloyd George im Oktober 1922, den er allerdings nicht abschickte. Zit. nach CRAIG, Foreign Office, S. 33.

413 Memorandum von Sir William Tyrrell: „The Foreign Office and the Press", 10. Dezember 1921, PRO, FO 800/329, Pp/21/1.

414 Ebd.

mieren, und nur selten das zwischen Premierminister, Außenministerium und Kabinett übliche Prozedere der Entscheidungsfindung respektierte.[415] Außerdem überließ Lloyd George, der wie kaum ein anderer britischer Regierungschef in der Zwischenkriegszeit von der Meinungsmacht der Presse überzeugt war und versuchte, sie in seinem Sinne zu steuern, die Außendarstellung seiner Person und seiner Politik nur ungern anderen.[416] Dazu nutzte er alle Mittel, die ihm zur Verfügung standen, von der Erhebung wichtiger Verleger in den Adelsstand über regelmäßige Treffen mit den Zeitungsbesitzern und Chefredakteuren[417] bis hin zu gezielt gegenüber der Presse abgegebenen Erklärungen, wobei er schon auf Grund seines Amtes sicher sein konnte, dass diese an prominenter Stelle publiziert würden.[418]

Ganz neue Probleme der Kommunikation zwischen Politik und Presse brachten die internationalen Konferenzen mit sich, die die Geheimdiplomatie der Vorkriegszeit ablösen sollten und von Lloyd George als Instrument der Außenpolitik favorisiert wurden.[419] Dahinter stand die weit verbreitete Überzeugung, dass die geheimen Absprachen und Allianzen ein wesentlicher Faktor

---

415 Craig, Foreign Office, S. 17. So mischte sich Lloyd George etwa in die Berufung von Botschaftern ein, nutzte den Leiter seines Sekretariats, Philip Kerr, für diplomatische Missionen am *Foreign Office* vorbei und antwortete nur selten auf schriftliche Anfragen. Ebd., S. 19. Siehe auch Maisel, Foreign Office, S. 68–71. Mit dem *Cabinet Secretariat* unter der Führung von Maurice Hankey, das die Kabinettssitzungen vorbereitete, die Entscheidungen festhielt, ihre Implementierung überwachte und diese Funktionen auch bei den zahlreichen internationalen Konferenzen der 1920er Jahre übernahm, trat außerdem noch eine weitere neue Institution in Konkurrenz zum *Foreign Office*, was dort mit großem Misstrauen beobachtet wurde. Naylor, Man and Institution, S. 91. Die Forschung konstatiert deshalb einen erheblichen Einflussverlust des Außenministeriums in dieser Zeit, eine Entwicklung, die erst nach dem Rücktritt von Lloyd George im Oktober 1922 ein Ende fand und sich umkehrte. McKercher, Old Diplomacy, S. 79f.

416 Taylor, British Press, S. 164.

417 Selbst bei kritisch eingestellten Zeitungen blieb eine persönliche Kontaktaufnahme meist nicht wirkungslos. Koss, Rise and Fall, Bd. 2, S. 353. Die Verteilung von Adelstiteln wurde von Lloyd George fast schon inflationär genutzt, und es entstanden zum Teil ganz neue Dynastien. Zu nennen wären hier an allererster Stelle die Harmsworth Familie mit Lord Northcliffe und Lord Rothermere, aber auch Lord Beaverbrock, Lord Burnham, und Lord Riddell, die ihre Titel alle Lloyd George verdankten. Margach, Abuse, S. 13.

418 Mitunter kam es vor, dass die übrigen Kabinettsmitglieder aus der Zeitung erfuhren, welche Haltung die Regierung vertrat, wie etwa in der Oberschlesienfrage im Mai 1921. „Parliament being at the moment in Easter recess, the Prime Minister took the step of publishing a long statement of Britain's attitude in the Press. He explained to the British […] public, the difficulties of the situation, and how he proposed to meet them. Such procedure was well calculated to rouse discriminating support for his policy; and was a wide departure from pre-war methods." Kennedy, Old Diplomacy, S. 285.

419 Der Premier, der das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber der traditionellen „Geheimdiplomatie" spürte, war davon überzeugt, dass über schwerwiegende außenpolitische Fragen nicht Karrierediplomaten, sondern die gewählten Regierungschefs verhandeln sollten. Schon während des Krieges erklärte er: „It is simply a waste of time to let important matters be discussed by men who are not authorized to speak for their countries." Zit. nach Craig, Foreign Office, S. 28.

für den Ausbruch des Krieges gewesen waren. Auf Seiten der Presse waren die Erwartungen vor dem ersten dieser Treffen, der Pariser Friedenskonferenz, nicht zuletzt wegen des Rufs des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson nach „open covenants […] openly arrived at" sehr hoch.[420] Schon hier zeigte sich aber, dass sich die Delegationen keine ernsthaften Gedanken über den Umgang mit der Presse gemacht, geschweige denn einheitliche Regeln vereinbart hatten.[421] Lloyd George war hier keine Ausnahme. Obwohl der Premier das Rampenlicht sonst nicht scheute, fürchtete er, die Verhandlungen könnten durch den Druck der öffentlichen Meinung in den beteiligten Ländern unnötig kompliziert werden.[422]

Es überrascht deshalb nicht, dass eine der ersten Entscheidungen des obersten Gremiums der Konferenz, des Rats der Zehn, darin bestand, die Journalisten von den Verhandlungen auszuschließen.[423] Unter den Korrespondenten, die in großer Zahl nach Versailles gekommen waren, um ausführlich über den Verlauf der Konferenz zu berichten, löste dies einen Sturm der Entrüstung aus.[424] Ein die britischen Journalisten repräsentierendes Komitee verfasste eine Resolution, in der Lloyd George und Außenminister Balfour vor den Folgen gewarnt wurden, denn die Korrespondenten wären gezwungen, sich inoffizielle Quellen vor allem unter den anderen Delegationen zu suchen und würden somit überwiegend den Standpunkt anderer Mächte wiedergeben.[425] Die britische Delegation, wie die meisten anderen auch, entschloss sich daraufhin, tägliche „Briefings" für die Korrespondenten ihrer Heimatländer zu veranstalten. Nachdem die britische Abordnung keinen offiziellen Sprecher mitgenommen hatte, übernahm der Besitzer der *News of the World* und zeitweilige Chairman der *Newspaper Proprietor's Association*, Lord Riddell, die Aufgabe, seine Kollegen über den Fortgang der Verhandlungen zu unterrichten. Riddell war von der britischen Presse zu ihrem Vertreter bei der Friedenskonferenz ernannt worden und bot nun Lloyd George seine Dienste als Verbindungsmann zu den englischen Korrespondenten an.[426] Mit Informationen über den Verlauf der

---

420 Dies war der erste von den 14 Punkten Wilsons, die er am 8. Januar 1918 vor dem US-Kongress als sein Friedensprogramm vorgestellt hatte. Die Rede Woodrow ist u.a. abgedruckt in: SCHWABE (Hrsg.), Quellen, S. 47–49.

421 Wie chaotisch die Unterrichtung der Presse auf britischer Seite zunächst verlief, zeigt eine Beschwerde des Chefredakteurs der *Times*, Dawson, bei Kerr. Mehr als einmal, schrieb Dawson, seien aus der Downing Street offizielle Verlautbarungen über die Nachrichtenagenturen verbreitet worden wie beispielsweise über die Zusammensetzung der britischen Delegation, die unvollständig oder widersprüchlich waren. Brief von Dawson an Kerr, 7. Januar 1919, Dawson Papers, Correspondence with Philip Kerr, TNL Archive, GGD/2.

422 TAYLOR, Publicity and Diplomacy, S. 54.

423 HOHENBERG, Foreign Correspondent, S. 244.

424 HEADLAM-MORLEY et al. (Hrsg.), Memoir, Tagebucheintrag vom 19. Januar 1919.

425 Resolution passed by the Committee representing the British Newspapers, 15. Januar 1919, Lloyd George Papers, HLRO, F/43/7/10.

426 Lord Riddell, An Intimate Diary of the Peace Conference and after 1918–23, London 1933, Vorwort S. XI.

Sitzungen wurde er entweder vom Premierminister persönlich oder von dessen Vertrautem Philip Kerr versorgt, die ihn zu diesem Zweck jeden Tag trafen.[427]

Aus Riddells Tagebucheintragungen wird deutlich, dass es zwischen den dreien und den Zeitungsvertretern ständig Konflikte gab. Die Korrespondenten verlangten eigentlich immer nach mehr Informationen, als der Premierminister oder sein außenpolitischer Berater bereit waren zu geben. Viele Journalisten trafen daraufhin private Arrangements und suchten sich eigene Quellen unter den Delegationsmitgliedern der verschiedenen Länder.[428] Riddell sprach sich wiederholt für eine freizügigere Weitergabe von Nachrichten aus, drang damit aber bei Lloyd George nicht durch.[429] Die restriktive Informationspolitik und zahllose Indiskretionen führten in der Folge nicht selten zu Missverständnissen oder sogar zur Verbreitung von Halbwahrheiten und Gerüchten.[430] Entsprechend ernüchternd fiel das Fazit von Riddell aus:

> No four kings or emperors could have conducted the Conference on more autocratic lines. Information has leaked out, and every day I have received a dole from the PM or Kerr on his behalf, which I have passed on to the Press, but there has been no systematic issue of information, and the doings of the Council of Four has been shrouded in mystery.[431]

Die Enttäuschung beruhte auf Gegenseitigkeit. Die britische Delegation, allen voran Lloyd George, war mit der Berichterstattung in der englischen Presse genauso unzufrieden wie die Journalisten mit dem spärlichen Informationsfluss.

---

427 McEwen (Hrsg.), Riddell Diaries, Eintrag vom 30. März 1919.

428 Wickham Steed beispielsweise beklagte sich bereits Anfang Februar in seinem täglichen Memorandum an Lord Northcliffe über die ungenügende Pressearbeit und kündigte an, sich künftig um Insiderinformationen zu bemühen. Memorandum vom 11. Februar 1919, Steed Papers, Daily Memoranda from H. Wickham Steed sent from the Paris Peace Conference, TNL Archive, HWS/3. Seine Quellen waren u.a. Colonel House aus der amerikanischen Delegation sowie Kontakte unter den Franzosen. Thompson, Northcliffe, S. 322. Sisley Huddleston, der aus Versailles u.a. für die *Westminster Gazette* und den *Observer* berichtete, verließ sich ebenfalls lieber auf seine eigenen Informanten in den Delegationen als auf die täglichen „Briefings". Huddleston, In My Time, S. 124f. Northcliffe wiederum wurde nicht nur von Wickham Steed mit Berichten über die eigentlichen geheimen Verhandlungen versorgt, sondern auch durch seinen Neffen Esmond Rothermere, der als Parlamentarischer Staatssekretär des *Foreign Office* Mitglied der britischen Delegation war. Taylor, Great Outsiders, S. 197.

429 Vgl. McEwen (Hrsg.), Riddell Diaries, Einträge vom 28. und 30. März 1919.

430 Hohenberg, Foreign Correspondent, S. 245. Der Koordinator der britischen Delegation, Maurice Hankey, beklagte denn auch das ständige Durchsickern von Einzelheiten der Diskussionen. „The views expressed by members were repeated outside and published often in a perverted and exaggerated form." Hankey, Diplomacy by Conference, S. 28. Einer der jüngeren britischen Delegierten Harold Nicolson empfand die Praxis, „lauwarme Halbwahrheiten privatim auszuplaudern", als die schlechteste aller möglichen Arten des Umgangs mit der Presse und hatte schon während der Konferenz dafür plädiert, zumindest die Verhandlungsergebnisse in allen Einzelheiten an die Korrespondenten weiterzugeben. Nicolson, Friedensmacher, S. 122 sowie Tagebucheintrag vom 17. Januar 1919.

431 McEwen (Hrsg.), Riddell Diaries, Eintrag vom 9. April 1919.

Ein Konfliktmuster, das sich bei den Folgekonferenzen fortsetzte, auch wenn es Versuche gab, die Koordination zwischen der Downing Street, Riddell, der weiter als Verbindungsmann zur Presse fungierte, und dem *Foreign Office* zu verbessern.

Bei der Vorbereitung der Treffen von San Remo und Brüssel im April und Juli 1920 beispielsweise besprach Riddell die bestehenden Defizite mit Lloyd George und Kerr, wobei Letzterer zusicherte, künftig enger mit dem *News Department* des Außenministeriums zusammen zu arbeiten.[432] Riddell bemängelte bei dieser Gelegenheit den offenkundigen Widerspruch zwischen dem Wunsch des Premiers, unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandeln zu wollen, aber nicht zu erkennen, „that this is impossible in these days, when every public function is surrounded by myriads of reporters and when every public man and official, including LG himself, when it suits him, is anxious to use the Press to advance his own plans and policys".[433] Immerhin erreichte er, dass die Korrespondenten in Brüssel eine ausführliche und genaue Darstellung über den Verlauf des Treffens erhielten.[434]

Das generelle Problem der Rivalität zwischen dem *Foreign Office* auf der einen und dem Premierminister sowie dem „Garden Suburb" auf der anderen Seite blieb allerdings bestehen, mit fatalen Folgen für die Darstellung der britischen Außenpolitik, wie Riddell gemeinsam mit Kerr und Tyrrell Anfang 1921 feststellte. Denn das Resultat war, dass die britische Presse nicht nur aus zwei unterschiedlichen Quellen und dann auch noch mangelhaft über die außenpolitischen Ziele der Regierung informiert wurde, sondern „that […] British newspapers were being used by foreign Governments to advocate their views; while on the other hand, the British case was not being represented".[435]

Wenig hilfreich war dabei der seit Kriegsende schwelende Streit zwischen Lloyd George und Northcliffe, den Letzterer in seinen Zeitungen, allen voran in der *Times*, austrug. Höhepunkt war eine heftige persönliche Attacke gegen den Premier und seinen Außenminister im Vorfeld der Washingtoner Abrüstungskonferenz. Die *Times* sprach den beiden Politikern die Qualifikation ab, die britische Delegation zu führen – Curzon wegen seines pompösen und prätentiösen Gehabes, Lloyd George, weil ihm überall in Europa misstraut werde.[436] Das *Foreign Office* reagierte darauf mit einer Nachrichtensperre ge-

---

[432] Ebd., Einträge vom 24. April und 12. Juli 1920.

[433] Riddell, Intimate Diary, Eintrag vom 5. Juli 1920. Huddleston, der von den meisten dieser Konferenzen berichtete, sah darin ein prinzipielles Problem und stellte deshalb das ganze Konferenzsystem in Frage: „it is certain that if countries are not in agreement, the mere fact that their delegates are brought together on a public platform, with hundreds of newspaper men spying each gesture, registering each word, magnifying rumours, inventing intrigues, beating their respective patriotic drums, cannot possibly tend to reconcile the peoples." Huddleston, In My Time, S. 214.

[434] Ebd.

[435] Ebd., Eintrag vom 15. Februar 1921.

[436] The Times, 13. Juli 1921, LA „The Washington Conference".

gen die Publikationen Northcliffes und der Anweisung an die Auslandsvertretungen, den Korrespondenten der *Times* keine Unterstützung mehr zu gewähren.[437]

In der Fragestunde im Unterhaus musste sich Lloyd George daraufhin gegen Vorwürfe wehren, seine Regierung bevorzuge Presseorgane, die ihr freundlich gesonnen seien, und bestrafe solche, die Kritik übten.[438] Der Premierminister wies dies entschieden zurück, rechtfertigte den Boykott damit, dass die *Times* die Grenze des Zumutbaren überschritten habe, und machte auf den Schaden aufmerksam, der der britischen Außenpolitik durch solche Angriffe einer der wichtigsten Publikationen der Fleet Street drohe:

> In spite of its record in recent years, *The Times* is still supposed in many circles abroad to represent both educated and official opinion in this country. […] It is, therefore, essential that the British Government as a whole should mark strongly its disapproval of such an attack upon a Secretary of State of Foreign Affairs at a critical moment.[439]

Der Boykott wurde nach einigen Monaten wieder aufgehoben.[440] Es war aber offensichtlich, dass die Pressepolitik der Regierung schlecht organisiert war und nicht zu den gewünschten Ergebnissen führte.

Im Außenministerium wurden deshalb im Dezember 1921 Überlegungen angestellt, wie sich das Verhältnis zur Presse verbessern ließ. In einer Denkschrift legte Sir William Tyrrell Möglichkeiten und Grenzen der Beeinflussung dar.[441] Angesichts der Vielfältigkeit der Presselandschaft und der großen Anzahl der Reporter, die täglich Anfragen stellten, schätzte er die Erfolgsaussichten einer Steuerung der Masse der Zeitungen als gering ein. Stattdessen empfahl er, sich auf die für die Außenpolitik zuständigen Mitarbeiter der Qualitätszeitungen zu konzentrieren, sie zur Kontaktpflege regelmäßig ins *Foreign Office* einzuladen und mit Hintergrundinformationen zu versorgen.[442] Bei einem

---

437 Vgl. Eyre Crowe an Ronald Graham, The Hague, 22. Juli 1921, PRO, FO 395/362, P1612/1612/150. Siehe auch History of the Times, Bd. 4, S. 606–607.

438 PD/C, V, 144, Spn. 1747–9, 18. Juli 1921.

439 Ebd. Nach den Informationen Riddells war der Artikel in diesem Fall nicht von Northcliffe inspiriert. Dieser distanzierte sich in einem Telefonat mit Riddell von den umstrittenen Aussagen. Der Manager der *Times* Campbell Stuart vertraute Riddell an, dass die Attacke das Machwerk Steeds gewesen war, der von Mißtrauen und Hass gegen Lloyd George besessen sei. McEwen (Hrsg.), Riddell Diaries, Einträge vom 13. und 17. Juli 1920. Laut der offiziellen Geschichte der *Times* hatte Steed den führenden Leitartikler John W. Flanagan mit der Abfassung des Artikels beauftragt. History of the Times, Bd. 4, S. 604.

440 Im November bemerkte der Sekretär von Curzon, Allen Leeper, dass die Vertreter der Northcliffe Presse bzw. der *Times* im *Foreign Office* wieder empfangen wurden, wenn sie darum nachsuchten, dass sie dies im Moment aber nicht täten. Vermerk Leepers vom 12. November 1921, PRO, FO 395/362, P2548/1612/150.

441 Memorandum von Sir William Tyrrell: „The Foreign Office and the Press", 10. Dezember 1921, PRO, FO 800/329, Pp/21/1.

442 Tyrrell hatte dabei vor allem den *Daily Telegraph*, die *Times* und die *Morning Post* im Auge. Ebd.

Treffen, an dem Tyrrell, Crowe sowie die Privatsekretäre von Außenminister Curzon, Vansittart und Leeper, teilnahmen und diese Frage diskutierten, wurde beschlossen, künftig genau so vorzugehen. Die Mehrzahl der Journalisten sollte mit Fakten versorgt werden. Mit einflussreichen Mitarbeitern der „Prestige Press" sollten dagegen auch kompliziertere und umstrittene Fragen der Außenpolitik diskret diskutiert werden, wozu diese Zugang zu den Abteilungsleitern erhielten, in deren Büros von Zeit zu Zeit „meetings might take place and information be supplied on the distinct understanding that such information was never to be directly used in the press, nor its source given away".[443] Diese Art des Umgangs etablierte sich bis Mitte der 1920er Jahre als gängige Praxis, so dass es nicht ungewöhnlich war, dass sich die Chefredakteure, Leiter der Auslandsressorts oder *Diplomatic Correspondents* von Zeitungen wie der *Times*, des *Daily Telegraph* oder auch des *Manchester Guardian* in den Korridoren des Außenministeriums frei bewegen konnten.[444] Einer ihrer Gesprächspartner war drei Jahre lang John D. Gregory, der die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens, die durch die regelmäßigen Kontakte entstand, als besonders wertvoll ansah.[445]

Im Frühjahr 1921 gelang es Tyrrell außerdem, mit Arthur Willert einen erfahrenen Journalisten für die Mitarbeit im *News Department* zu gewinnen.[446] Willert konnte auf eine lange und erfolgreiche Karriere als Washingtoner Korrespondent der *Times* zurückblicken. Seine erste Aufgabe bestand darin, die Pressearbeit der britischen Delegation auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz zu übernehmen.[447] Allerdings herrschte dort zunächst Konfusion, weil Lloyd George zu eben diesem Zweck erneut Lord Riddell mitgenommen hatte.[448] Beide arrangierten sich aber, und Willert übernahm schließlich die Leitung der Pressekonferenzen.[449] Damit war zum ersten Mal auf einer der vielen internationalen Zusammenkünfte ein Mitarbeiter des *Foreign Office* für

---

443 Memorandum von Sir Eyre Crowe: „The Question of Communication to the Press", 16. Dezember 1921, PRO, FO 800/329, Pp/21/1.

444 Desmond, Crisis and Conflict, S. 78.

445 Gregory kam dabei u.a. mit Harold Williams, dem *Foreign Editor* der *Times*, Wladimir Poliakoff vom *Daily Telegraph* und William N. Ewer, dem *Foreign Editor* des *Daily Herald* zusammen. Er glaubte allerdings nicht, dass er für die Journalisten immer eine große Hilfe war. „I always felt that it was superfluous for me to try and convey anything original or really worth conveying to men as well versed in international affairs." Gregory, Edge of Diplomacy, S. 267–269.

446 Willert, Washington, S. 150. Vor seiner Einstellung bei der *Times* im Jahr 1905 hatte der Journalist mit Eton und dem Balliol College Oxford die klassische Ausbildung des britischen *Establishments* genossen. Seine erste Station im Ausland war das *Times*-Büro in Paris, wo er als Assistent mitarbeitete. Außerdem war er auch einige Monate bei George Saunders in Berlin sowie in Washington. Den Posten des USA-Korrespondenten übernahm er 1910. Ebd., S. 1–13 und 32–36.

447 Ebd., S. 151.

448 Riddell, Intimate Diary, Eintrag vom 12. Dezember 1921.

449 Taylor, Projection of Britain, S. 23.

die Darstellung der britischen Positionen in der Öffentlichkeit verantwortlich. Das tägliche Frage- und Antwortspiel empfand Willert wegen seiner ständigen Furcht, etwas Falsches zu sagen, als sehr anstrengend.[450] Die britische Öffentlichkeitsarbeit auf dieser Konferenz wurde aber allgemein als ein großer Erfolg gewertet.[451]

Nach seiner Rückkehr nach London Anfang 1922 übernahm Willert in der Presseabteilung die Verantwortung für die Betreuung der in- und ausländischen Korrespondenten. Zu seinen Aufgaben gehörte die Herausgabe des täglichen Kommuniqués an die Journalisten, die sich auf der Suche nach „background information" oder „hot news" beim *Foreign Office* meldeten.[452] Nach dem Abgang von Lloyd George beriet Willert außerdem das Büro des Premierministers in Presseangelegenheiten, die die Außenpolitik betrafen.[453] Damit lag die Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der britischen Regierung in allen Fragen auswärtiger Angelegenheiten erstmals in einer Hand. Im Jahr 1925 wurde Willert zum Leiter des *News Department* ernannt. Die Aufgaben seiner Abteilung unterschieden sich seiner Ansicht nach nicht von denen der Presseabteilungen anderer Außenministerien.

> You can divide their functions into three parts. There is the giving out of news. There is, I was going to say, the colouring of news, but perhaps that is not altogether seemly; let us say, the serving up of news with the sort of sauce that our political masters of the particular Press Bureau like us to have with it […]. Thirdly, there is counter-propaganda, that is to say the putting right of stories which other Governments and Press Bureaux […] give out.[454]

Das wichtigste und wirkungsvollste Instrument, um diese Ziele zu erreichen, waren in seinen Augen Treffen von Mitarbeitern des Außenministeriums mit Journalisten im kleinen Kreis[455] oder Pressekonferenzen, auf denen Statements verlesen und Fragen gestellt werden konnten. Letzteres kannte Willert bereits aus Washington und er führte diese Einrichtung auch in London ein.[456] So gab es jetzt jeden Tag um 12.30 Uhr für die Nachrichtenagenturen und die Abendzeitungen ein „Meeting", das von einem Mitarbeiter des *News Department* oder im Falle einer Krise von Willert selbst geleitet wurde und bei dem Routineangelegenheiten behandelt wurden.[457] Im Verlauf des Nachmittags erhielten die Auslandsressortleiter, *Diplomatic Correspondents* und ausländische Journalisten die Gelegenheit, ins Außenministerium zu kommen und Interviews zu führen. Willert selbst versuchte, so viele leitende Redakteure von den

---

450 So Willert in einem Brief an Tyrrell am 19. Januar 1922. Zit. nach ebd., S. 22.
451 Hankey, Diplomacy by Conference, S. 173.
452 Willert, Washington, S. 162.
453 Memorandum von Willert, 17. Dezember 1924. Zit. nach Taylor, Projection of Britain, S. 23.
454 Willert, Publicity and Propaganda, S. 812.
455 Ebd.
456 Desmond, Crisis and Conflict, S. 78.
457 Taylor, Projection of Britain, S. 26f.

größeren Zeitungen zu treffen wie möglich. Die Mitarbeiter des *News Departments* stimmten sich außerdem zweimal täglich über die zu vertretende Linie ab und konsultierten bei schwierigen Fragen die zuständigen politischen Abteilungen des Ministeriums.[458] Sollten offizielle Verlautbarungen wie zum Beispiel Notenwechsel mit anderen Regierungen veröffentlicht werden, so wurde dabei auch berücksichtigt, zu welchem Zeitpunkt eine Publikation die wahrscheinlich größtmögliche Aufmerksamkeit erhielt. Ein wichtiges Kriterium war eine rechtzeitige Übermittlung an die Redaktionen, damit diesen Zeit für eine Begutachtung und die Abfassung ihrer Leitartikel blieb.[459] Die Grenzen dessen, was sich mit diesen Methoden an „Färbung" der Nachrichten bewirken ließ, schätzte Willert jedoch realistisch ein. „One might imagine that that would lead to a good deal of colouring of news. Personally, having seen both sides of the game, I do not think it does."[460]

Ein entscheidendes Hindernis für die zielgerichtete Einflussnahme auf die Berichterstattung der Fleet Street waren die vielfältigen persönlichen Kontakte, die versierte *Diplomatic Correspondents* innerhalb und außerhalb Whitehalls unterhielten. Sie verließen sich meist eben nicht nur auf die Informationen des Presseabteilung, sondern hatten auch Quellen in der Umgebung des Premierministers, dem Kriegsministerium, der Admiralität und unter den ausländischen Diplomaten in London.[461] Erschienen unerwünschte Berichte oder gar Falschmeldungen, hatte das *News Department* kaum Sanktionsmöglichkeiten, wie der Fall Maurice Gerothwohl vom *Daily Telegraph* veranschaulicht. Der stand 1922 wegen einer Indiskretion gegenüber einem französischen Kollegen, auf die dieser einen Bericht stützte, die sich aber als falsch herausstellte, kurz vor einer Kontaktsperre durch das Außenministerium. Auf den Rat von Willert entschied Tyrrell dann aber, ihm doch nicht den Zutritt zu verwehren.[462]

---

458 Ebd.

459 Die am besten zu verfolgende Vorgehensweise wurde beispielsweise vor der Veröffentlichung der britischen Note vom 20. Juli 1923 an Frankreich diskutiert. Tyrrell plädierte nachdrücklich dafür, sie nicht an die Sonntagszeitungen zu geben, sondern in die Montagsausgaben der Tageszeitungen zu bringen. Andernfalls fühlten sich Letztere zurückgesetzt und die Note würde unzureichend gewürdigt, da kaum Zeit für das Abfassen der Leitartikel bliebe. Mitteilung von Lampson an Crowe, 4. August 1923, PRO, FO 371/8647, C13583/1/18.

460 Willert, Publicity and Propaganda, S. 812.

461 Desmond, Crisis and Conflict, S. 82. Unter den englischen Auslandskorrespondenten wurde die Arbeit der *Diplomatic Correspondents* in London zum Teil kritisch beurteilt. In den Augen von Sisley Huddleston gab es nur wenige, die über genügend Fachwissen und Rückrat verfügten, um sich vom Einfluss des *Foreign Office* frei zu machen. Der Rest wiederholte in seinen Berichten im Wesentlichen die offizielle Version der Geschehnisse. Huddleston, In My Time, S. 183.

462 Bericht von Charles Mendl, Paris, an Tyrrell, 25. Oktober 1922 sowie Vermerke von Tyrrell vom 26. Oktober 1922 und von Willert vom 22. November 1922, PRO, FO 395/368, P1943/4/117. Außenminister Curzon hatte eine absolute Abneigung gegen Gerothwohl entwickelt, wie Vansittart berichtet. Vansittart, Procession, S. 305.

Während der Londoner Konferenz im Juli 1924, auf der die Annahme des Dawes-Plans diskutiert wurde, veröffentlichte Gerothwohl Auszüge aus den noch in Beratung befindlichen Dokumenten. Von wem er diese bekommen hatte, verriet er Willert nicht. Der wiederum empfahl daraufhin, den Delegationen völlig freie Hand im Umgang mit der Presse zu lassen, um zu verhindern, dass „journalists […] go about collecting indiscretions, half-truths and rumours from all sorts of unauthorized and irresponsible sources".[463] Ein Bericht Gerothwohls über die bevorstehende Ablehnung des Genfer Protokolls durch die britische Regierung veranlasste Außenminister Chamberlain sogar, sich persönlich beim Besitzer des *Daily Telegraph*, Lord Burnham, zu beschweren. Chamberlain verwies darauf, dass Gerothwohl zusammen mit anderen Journalisten vom *News Department* angehalten worden war, aus der abwartenden Haltung der Regierung keine voreiligen Schlüsse zu ziehen.[464] Burnham pochte allerdings auf die Unabhängigkeit der Presse und erwiderte:

> You do not, I know, expect us to bind ourselves to rely on the Foreign Office for information, because we are in constant communication with the various Statesmen and Diplomats and often we have from them news which has been necessarily refused at the Foreign Office. […] I perfectly agree with what you say that, when our Government has taken no decision, Professor Gerothwohl should not make a pronouncement to the contrary. […] On the other hand, a newspaper is a newspaper and has got its news from many sources.[465]

Das Außenministerium wiederum versorgte nicht nur die Presse, soweit dies in seinem Sinne war, mit Informationen, sondern nutzte seine engen Kontakte zu einigen Journalisten, um seinerseits mehr über die Sicht der Dinge in den Redaktionen in Erfahrung zu bringen. Eine besondere Beziehung hatte das *News Department* zu dem russischen Emigranten Vladimir Poliakoff aufgebaut, der auch Verbindungen zur deutschen Botschaft unterhielt.[466] Nachdem er vier Jahre unter dem Synonym „A Political Observer" für den *Daily Telegraph* geschrieben hatte, wechselte er 1924 als neuer *Diplomatic Correspondent* zur *Times*.[467] Willert schätzte ihn sehr, denn Poliakoff

---

463 Bericht Willerts an Hankey, 21. Juli 1924, PRO, FO 371/9851, C11834/11459/18.

464 Chamberlain an Burnham, 19. November 1924, Burnham Papers, Correspondence with Austen Chamberlain.

465 Burnham an Chamberlain, 24. November 1924, ebd. Andere Vorfälle wurden diskreter geregelt. So machte der britische Vertreter bei der Inter-Allied Rhineland High Commission, Lord Kilmarnock, auf einen völlig übertriebenen Bericht der *Times* über eine Demonstration in Koblenz aufmerksam, der in weiten Teilen nicht den Tatsachen entsprach. Willert merkte dazu an: „We will mention this to *The Times* in a quiet, incidental way." Bericht von Kilmarnock an das Foreign Office, 8. Februar 1923, sowie Vermerk Willerts vom 21. Februar 1923, PRO, FO 371/8711, C2515/313/18.

466 Siehe dazu Teil II, Kapitel 1.4.3.

467 Vgl. Lebenslauf Poliakoffs, Poliakoff: Managerial File, TNL Archive sowie Schreiben des Foreign Office an das Home Office, 14. Juni 1924, PRO, FO 372/2094, T3201/3201/378.

is energetic, often well-informed and not infrequently takes a broad view of international problems. He is in touch with a surprising number of people and has access to the highest quarters in Paris, Brussels and Berlin. He seems to treat us fairly and puts information, which is sometimes good, at the disposal of this office and the Paris Embassy.[468]

Um sich das Wohlwollen eines so nützlichen Kontakts zu sichern, übte das Außenministerium wenn nötig auch Druck auf andere Ressorts aus. Poliakoff, der nach dem Ersten Weltkrieg als Emigrant aus Russland nach Großbritannien gekommen war, beantragte 1924 die britische Staatsbürgerschaft. Das *Foreign Office* unterstützte sein Vorhaben und richtete mehrfach Schreiben an das zuständige Innenministerium, um den Vorgang zu beschleunigen. Sogar Ramsay MacDonald und Austen Chamberlain schalteten sich in ihrer Funktion als Außenminister ein, um dem Anliegen Poliakoffs Nachdruck zu verleihen. Beide machten sich den Standpunkt von Willert zu Eigen, dass der Journalist „a useful link" zur *Times* sein werde und seine Einbürgerung mithin im öffentlichen Interesse sei.[469] Im Falle einer Ablehnung fürchtete Willert, dass Poliakoff seine Aktivitäten nach Paris verlagern und gegen die britische Regierung richten würde.[470] Das Innenministerium blieb davon jedoch unbeeindruckt und lehnte den Antrag mit der Begründung ab, es sei keineswegs sicher, dass sich Poliakoff auf Dauer in Großbritannien niederlassen und seine Sympathien für sein Gastland anhalten würden.[471]

Die beschriebenen Bemühungen des *Foreign Office*, das Verhältnis zur Fleet Street zu verbessern, wurden dort wohlwollend zur Kenntnis genommen. Viele Zeitungen in London wünschten sich aber eine noch größere Offenheit der britischen Regierung nach dem Vorbild Amerikas, wo der Präsident einmal wöchentlich Fragen akkreditierter Journalisten beantwortete. Lord Burnham forderte 1922 bei einem Essen der *Foreign Press Association*, dass Journalisten die Möglichkeit erhalten sollten, sich auch direkt an die Minister wenden zu können, um Auskünfte zu erhalten, statt mit untergeordneten Ministerialbeamten oder Sprechern vorlieb nehmen zu müssen.[472] Im Außenministerium stieß diese Idee jedoch auf Ablehnung. Sowohl der Leiter des *News Department*, zu diesem Zeitpunkt Percy Koppel, wie auch Tyrrell bemerkten, dass dem die hohe zeitliche Belastung der Minister im Wege stehe.[473] Und Curzon fügte hinzu, die Vorstellung, ein Minister wäre gleichzeitig Pressesprecher der Regierung erfülle ihn mit Horror.[474] Zudem warf das Recht des Parlaments auf

---

468 Vermerk Willerts vom 1. Mai 1924, ebd.

469 Schreiben des Foreign Office an das Home Office, 14. Juni 1924 sowie Vermerk Willerts vom 19. Dezember 1924 und Schreiben von Chamberlain an das Home Office, 29. Dezember 1924, ebd.

470 Vermerk Willerts vom 19. Dezember 1924, ebd.

471 Innenminister Joynson-Hicks an Chamberlain, 23. Januar 1925, PRO, FO 372/2144, T921/921/378.

472 The Daily Telegraph, 17. März 1922.

473 Vermerk Tyrrells vom 17. März 1922, PRO, FO 395/370, P499/499/150.

474 Notiz Curzons im Anschluss an Tyrrells Vermerk, undatiert, ebd.

Information Probleme auf, denn normalerweise pochten die Abgeordneten darauf, wichtige Nachrichten zuerst von den jeweiligen Ministern im Unterhaus und nicht aus der Presse zu erfahren.[475] Willert bedauerte später, dass sich weder der Foreign Secretary noch sein PUS regelmäßig den Fragen von Journalisten stellten, so dass das *News Department* die einzige Verbindung zwischen der Ministeriumsspitze und der Presse blieb.[476]

Das Kabinett selbst befasste sich mehrfach mit der Frage, in welcher Form und auf welchem Weg sich Minister gegenüber der Presse äußern sollten. Dabei ging es in erster Linie darum, ob Kabinettsmitglieder in namentlich gekennzeichneten Artikeln Stellung zu aktuellen Themen nehmen sollten, wie es unter Lloyd George gängige Praxis war.[477] Wegen der schlechten Erfahrungen fasste die konservative Nachfolgeregierung Bonar Laws einen Beschluss, wonach Minister künftig von solchen publizistischen Aktivitäten Abstand nehmen sollten.[478] Die erste Labour-Regierung von Ramsay MacDonald änderte in dieser Hinsicht nichts, entschied sich aber dafür, nach jeder Kabinettssitzung ein Kommuniqué über die Themen, die diskutiert worden waren, an die Presse zu geben.[479] Zuvor war immer nur eine Liste der Teilnehmer veröffentlicht worden. Offenbar war die Regierung davon überzeugt, auf diese Weise den ungenauen Zusammenfassungen einzelner Teilnehmer, die sonst des Öfteren in den Zeitungen erschienen, Einhalt gebieten zu können. Trotzdem sickerten auch unter der Labour-Regierung immer wieder Einzelheiten durch, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren.[480] Stanley Baldwin und sein konservatives Kabinett kehrten deshalb zu der restriktiveren Handhabung zurück und gaben nur die Namen der an den Sitzungen teilnehmenden Minister bekannt.[481] Der Premier erneuerte auch noch einmal die Anweisung, dass seine Kabinettskollegen zu aktuellen Fragen keine Artikel für die Presse verfassen dürften.[482]

Die aufgeführten Aktivitäten des *Foreign Office* zeigen anschaulich, dass sich selbst ein Ministerium, das das Licht der Öffentlichkeit traditionell eher scheute, dem Druck der Massenpresse nach mehr Offenheit nicht entziehen konnte. Wie sehr sich die Anforderungen an die Pressearbeit der Regierung verändert hatten, zeigt die Analyse von John D. Gregory aus dem Jahr 1925.

The era when it was possible either to lead opinion in foreign politics by mere authority or tradition or to ignore it from Olympian heights has long since vanished, and once

---

475 Darauf wies der *Manchester Guardian* hin. Während in Amerika die Presse für einen Minister ein normales Mittel der Informationsverbreitung darstellte, fühlten sich britische Kabinettsmitglieder auf Grund verfassungsrechtlicher Gepflogenheiten immer zuerst dem *House of Commons* verpflichtet. The Manchester Guardian, 17. März 1922.

476 Willert, News Controls, S. 718f.

477 Grant, Propaganda, S. 40.

478 Beschluss des Kabinetts, 26. Januar 1923, PRO, CAB 23/45.

479 Beschluss des Kabinetts, 4. Februar 1924, PRO, CAB 23/47.

480 Naylor, Man and Institution, S. 137.

481 Beschluss des Kabinetts, 12. November 1924, PRO, CAB 23/49.

482 The Manchester Guardian, 10. Juni 1925.

modern contact, however vulgar, has been established, it is not possible to confine it to an intermittent dispensation of tit-bits of news at the will of one or two minor officials or as a subsidiary function of an unspecialised department. It has become, and must be, practically a never-ceasing intercourse with the publicity world.[483]

Ironischerweise war ausgerechnet das Außenministerium, das die Öffentlichkeitsarbeit vor 1914 fast völlig ignoriert hatte, zunächst das einzige Ministerium innerhalb der britischen Regierung, das sich nach dem Ersten Weltkrieg dafür entschied, seinen Beziehungen zur Presse in Form des *News Department* eine institutionelle Form zu geben.[484] Eine zentrale Stelle, die die pressepolitische Arbeit der gesamten Regierung koordinierte, wurde nicht eingerichtet. Es blieb der Initiative und dem finanziellen Spielraum der Einzelressorts überlassen, in welcher Form und in welchem Umfang sie auf diesem Feld aktiv wurden.[485]

Nicht zu übersehen sind die Schwierigkeiten, mit denen die Mitarbeiter des *News Department* anfangs zu kämpfen hatten, bis sich so etwas wie ein verbindliches und innerhalb der gesamten Regierung anerkanntes Prozedere für den Umgang mit der Presse in Fragen der Außenpolitik herausgebildet hatte. Dafür waren mehrere Gründe verantwortlich: Erstens stieß die Fortsetzung der Aktivitäten zur Beeinflussung der Presse nach den Exzessen der Kriegspropaganda auf eine weit verbreitete Skepsis. Der Gebrauch des Wortes Propaganda blieb wegen der negativen Assoziationen noch lange Zeit nach Kriegsende in den Korridoren von Whitehall verpönt.

This word was in particularly bad odour for some time after the war. In the News Department we consistently avoided using it and there have been occasions when we have written to our press officers and other correspondents abroad asking them to use the word ‚publicity', or any other euphemism rather than ‚propaganda'.[486]

Zweitens galt es, die Beharrungskräfte innerhalb des *Foreign Office* zu überwinden, wobei das Gelingen maßgeblich von der Zugänglichkeit des jeweiligen Außenministers für die Belange der Presse bzw. von dem vorhandenen oder nicht vorhandenen Bewusstsein für die Mittlerrolle des Mediums zwischen Politik und Öffentlichkeit abhing. Drittens stand das Außenministerium in Konkurrenz zu anderen Quellen, aus denen die Journalisten ihre Informationen bezogen. Das konnten *10 Downing Street* oder andere Ministerien in Whitehall sein, genauso gut aber auch Parlamentsabgeordnete oder Vertreter ausländischer Regierungen, die wie die deutsche Botschaft Presseattachés beschäftigten und ebenfalls versuchten, sich in den englischen Zeitungen Gehör zu verschaffen. Immerhin gelang es durch die Anstrengungen Sir William Tyrrells und Arthur Willerts, bis Mitte der 1920er Jahre die Öffentlichkeits-

---

483 Memorandum von John D. Gregory, „Reconstruction of Press and News Department", 21. Februar 1925, PRO, FO 366/783.
484 Taylor, Projection of Britain, S. 43.
485 Grant, Propaganda, S. 7.
486 Notiz von R. Kenny, 19. Februar 1931, PRO, FO 395/448, P334/3/150.

arbeit in allen Fragen auswärtiger Angelegenheiten beim *Foreign Office* zu monopolisieren. Von einer gezielten Steuerung der Fleet Street, die damit erreicht worden wäre, kann allerdings keine Rede sein. Das war auch nicht der Anspruch. Vielmehr sollte das *News Department* einer falschen Darstellung der britischen Außenpolitik vorbeugen, Missverständnisse aufklären sowie durch eine möglichst umfassende Information der Presse deren Unterstützung gewinnen.[487]

1.4.2 Politiker und Journalisten: Kommunikation über persönliche Netzwerke

Neben den offiziellen Kommunikationskanälen existierte ein Netzwerk persönlicher Kontakte zwischen Politikern und Journalisten, das einen Informationsaustausch in beide Richtungen erlaubte. Die Art und Ausgestaltung dieser Bekanntschaften oder nicht selten auch Freundschaften war individuell sehr verschieden, was eine Kategorisierung erschwert.[488] Es lassen sich jedoch einige Faktoren identifizieren, die das Zustandekommen solcher Beziehungen auf der obersten Hierarchieebene zwischen Premierministern, Kabinettsmitgliedern oder der Oppositionsführung auf der einen und Verlegern, Chefredakteuren und Ressortleitern auf der anderen Seite begünstigten. Dieser Personenkreis gehörte zweifellos zum *Establishment*, der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Führungsschicht des Landes, die ihren Nachwuchs bevorzugt auf Privatschulen wie Eton oder Harrow und später zum Studium nach Oxford oder Cambridge schickte. Oft genug entstanden bereits hier Freundschaften, die auch im späteren Leben fortbestanden.[489] Hinzu kam, dass zwischen Politik und Presse zwar eine Trennlinie bestand, ein Überschreiten aber nicht als anstößig galt.[490] Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Faktor waren die gemeinsamen Orte der Begegnung und Kommunikation. An vorderster Stelle sind hier die verschiedenen Clubs im Zentrum Londons zu nennen, in denen sich Politiker und Journalisten häufig trafen.[491] Drei Beispiele, in

---

487 Taylor, Projection of Britain, S. 43. Messinger charakterisiert die britische Pressearbeit in der Zwischenkriegszeit deshalb auch als passiv und reaktiv. Messinger, British Propaganda, S. 256.

488 Hinzu kommt, dass sie sich aus den vorhandenen Quellen wie Tagebuchaufzeichnungen und Briefwechseln in vielen Fällen nur unvollständig rekonstruieren lassen, da die Beteiligten nicht jedes Mal Ort, Zeit, Teilnehmer und Thema eines Treffens in allen Einzelheiten festhielten.

489 Desmond, Crisis and Conflict, S. 75f.

490 Wie bereits beschrieben gab es eine Reihe von Journalisten, die sich für eine der Parteien ins Unterhaus wählen ließen. Auf der anderen Seite betätigten sich Politiker publizistisch oder stiegen ins Verlagsgeschäft ein. Bekanntestes Beispiel ist wohl Winston Churchill, der nach einem erfolglosen Anlauf ins Unterhaus gewählt zu werden, während des Burenkrieges als Reporter für die *Morning Post* arbeitete. Viele Verleger waren auf Grund ihrer Adelstitel außerdem automatisch Mitglieder des House of Lords. Vgl. dazu auch Teil I, Kapitel 2.2.

491 Lejeune, Gentlemen's Clubs, S. 7.

deren Mittelpunkt jeweils ein Pressevertreter steht, sollen im Folgenden Ursprung, Grad der Vertrautheit und Auswirkungen solcher persönlichen Kontakte verdeutlichen.

Die Karriere von Harry Webster Levy-Lawson, zweiter Lord Burnham, ist in mehrfacher Hinsicht nicht untypisch für ein solches Wechselspiel der Rollen. Der älteste Sohn von Edward Levy-Lawson, dem längjährigen Besitzer und Chefredakteur des *Daily Telegraph*, ging in Eton zur Schule und studierte danach am Balliol College in Oxford.[492] Nach seinem Abschluss in Moderner Geschichte entschied er sich zunächst gegen den Journalismus und für die Politik. Im Jahr 1884 zog er als Abgeordneter der Liberalen für den Londoner Wahlkreis West St. Pancras ins Unterhaus ein. Mit 22 Jahren war er zu diesem Zeitpunkt der jüngste aller MPs. In den folgenden Jahren verlor er zweimal sein Abgeordnetenmandat wieder und wechselte als Reaktion auf den Burenkrieg überdies von den Liberalen zur konservativen Partei. Insgesamt war Lawson 17 Jahre lang im Parlament. Als der Titel Lord Burnham 1916 beim Tod seines Vaters auf ihn überging, verließ er das Unterhaus. Die Leitung des *Daily Telegraph* als neuer Verleger hatte er bereits 1903 von seinem Vater übernommen, obwohl er nicht die gleiche journalistische Ausbildung und Erfahrung besaß. „On the other hand, he was much more politically minded and better informed politically than his father ever had been, and in days when domestic and foreign affairs were infinitely more complicated and important."[493] Während seiner langen politischen Laufbahn lernte Lawson die führenden Köpfe sowohl der Tories als auch der Liberalen kennen, deren Vertrauen er gewann und die regelmäßig seinen Rat suchten. Eine enge persönliche Freundschaft pflegte er zu den beiden Premierministern Asquith und Lloyd George, obwohl er von seiner Parteizugehörigkeit her eigentlich ihr Gegner war. „The result was that as the director of opinion in the paper he was one of the best, if not the best, informed man in the country. This and his breadth of view, knowledge, tolerance, and wisdom added immensely to the strength and authority of the leading articles."[494]

Trotz seiner engen Beziehungen in Parlament und Regierung bemühte sich Lawson, die Unabhängigkeit des *Telegraph* zu wahren. So lehnte er mehrfach Offerten, ein Ministeramt zu übernehmen, ab, um sich und seine Zeitung nicht zu kompromittieren.[495] Stattdessen engagierte er sich in den diversen Interessenvertretungen der Presse. Über viele Jahre war er Chairman der *Newspaper Proprietor Association*, Präsident des *Newspaper Press Fund* sowie Präsident des *Institute of Journalists* und der *Empire Press Union*. In diesen Funktionen stand er in engem Kontakt mit den anderen Verlegern, allen voran Northcliffe,

---

492 Die folgenden Ausführungen stützen sich auf BURNHAM, Peterborough Court, S. 165f, sowie Burnham Papers, Catalogue, HMC/NRA, Einleitung S. 1.

493 BURNHAM, Peterborough Court, S. 166.

494 Ebd.

495 Burnham Papers, Catalogue, HMC/NRA, Einleitung S. 1.

Rothermere und Beaverbrook. In der britischen Presselandschaft der 1920er Jahre war Lawson eine der herausragendsten Persönlichkeiten, deren Rat gehört und deren Meinung beachtet wurde.

Über nicht minder interessante Verbindungen verfügte der Besitzer und Chefredakteur des *Manchester Guardian*, C.P. Scott, dessen Zeitung anerkanntermaßen ein liberales Blatt höchster journalistischer Qualität war, das nicht nur in den Regierungskorridoren Whitehalls, sondern in ganz England und noch darüber hinaus große Beachtung fand.[496] Ähnlich wie Lawson unternahm auch Scott einen Ausflug in die Politik. Im Jahr 1895 gelang ihm nach drei erfolglosen Versuchen der Sprung ins Unterhaus, wo er für die Liberalen bis 1906 den Wahlkreis Leigh vertrat.[497] Wegen der schweren Krankheit seiner Frau entschloss sich Scott kurz nach seiner Wiederwahl 1900, mit Ablauf der Legislaturperiode wieder aus dem Parlament auszuscheiden.[498] Noch vor seinem endgültigen Abschied kaufte er den *Guardian* und widmete sich fortan wieder voll und ganz seinen journalistischen Aufgaben.

Resultat seines politischen Engagements waren eine Reihe persönlicher Bekanntschaften mit führenden bzw. aufstrebenden Mitgliedern der liberalen Partei, die sein Ausscheiden aus dem Unterhaus überdauerten.[499] Vertrauliche Informationen, die er über diese Kontakte erhielt, nutzte Scott allerdings so gut wie nie für Exklusivgeschichten. „‚C.P.' kept his paper and his private information distinct. He scarcely ever gave his own paper a piece of news; rarely would he allow it even to prepare for something he had heard was about to happen. He would not use any information which had come to him as a private person for the purposes of his paper."[500] Auch wenn er sein Insiderwissen nicht direkt verwertete, half es Scott in jedem Fall bei der Analyse politischer Prozesse und der Formung einer eigenen Meinung, der er dann in seinen Leitartikeln Ausdruck verlieh. Seine Verschwiegenheit und der Schutz seiner Quellen waren außerdem ein Garant dafür, dass sein enges Verhältnis zu Spitzenpolitikern keinen Schaden nahm und er immer wieder ins Vertrauen gezogen wurde.

Ein besonders enges Verhältnis entwickelte er vor und während des Ersten Weltkriegs zu Lloyd George, den er – mit Ausnahme von Winston Churchill – für den tatkräftigsten und durchsetzungsfähigsten Politiker im Kriegskabinett hielt und dessen Ambitionen auf das Amt des Premierministers er 1916 unterstützte.[501] So sehr Scott die Energie und Führungsfähigkeit des Walisers be-

---

496 LINTON und TAYLOR, Lords and Laborers, S. 13.

497 HAMMOND, Scott, S. 42. Gemessen an seiner Zeit an der Spitze der Redaktion des *Manchester Guardian* war dies aber nur ein kurzes Zwischenspiel. Scott war insgesamt 57 Jahre lang Chefredakteur, von 1872 bis 1929.

498 Seine Frau starb 1905. HAMMOND, Scott, S. 43.

499 Darunter mit Außenminister Sir Edward Grey und dem späteren Schatzkanzler Reginald McKenna. Ebd.

500 CROZIER, C.P.S. in Office, S. 105f.

501 HAMMOND, Scott, S. 52–54.

wunderte, so sehr hatte er jedoch gleichzeitig Bedenken wegen dessen „great defects of temperament and outlook“[502] und seiner Neigung zum Opportunismus.[503]

Die Unterstützung, die Lloyd George trotz allem regelmäßig auf den Meinungsseiten des *Manchester Guardian* erfuhr, honorierte dieser mit Komplimenten und mit wiederkehrenden Einladungen an Scott, zum gemeinsamen Frühstück oder Abendessen in die Downing Street zu kommen.[504] Mehrfach betonte der Premier bei diesen Treffen, wie sehr er die Berichterstattung des *Guardian* schätze.[505] Der südafrikanische Premier Smuts bestätigte Scott, dass es Lloyd George egal war, was die anderen Zeitungen schrieben. Aber, berichtete er dem Chefredakteur, „when you attack him he squirms“.[506] Anlass für Scott den Premierminister zu kritisieren gab es genug. In vielen wichtigen politischen Angelegenheiten wie etwa der Unabhängigkeit Irlands oder den Friedensbedingungen für Deutschland waren die beiden nicht einer Meinung. Dennoch gelang es ihnen immer wieder, solche Differenzen zu überwinden, ohne dass ihr vertrautes Verhältnis dauerhaft Schaden nahm.[507] Mit dazu beigetragen haben dürfte die Einsicht Lloyd Georges, dass der Versailler Vertrag mit großen Defiziten behaftet war, und seine beständigen Versuche, diese auf dem Wege der Revision zu beseitigen.[508]

Die beiden blieben auch nach dem erzwungenen Rücktritt Lloyd Georges im Oktober 1922 in Verbindung. Als ein Jahr später die Unterhauswahlen eine Mehrheit für Labour und Liberale ergaben, warb Scott im *Manchester Guardian* für eine solche Koalition und nutzte seine Verbindungen zu Lloyd George und anderen Liberalen sowie zu Ramsay MacDonald, dem Führer der Labour Party, um auf beiden Seiten bestehende Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit beider Parteien überwinden zu helfen.[509] Mehrfach lud MacDonald Scott dananch in die Downing Street ein, um ihn nach seiner Beurteilung der politischen Lage zu fragen.[510] Bei einem dieser Treffen am Tag vor dem Beginn der Londoner Konferenz im Juli 1924 erörterten die beiden unter an-

---

502 So Scott in einem Brief an Hobhouse am 28. November 1916. Zit. nach ebd. Siehe auch AYERST, Manchester Guardian, S. 441.

503 Während der Versailler Friedenskonferenz schrieb Scott an einen Vertrauten des amerikanischen Präsidenten Wilson: „George, be it never forgotten, is not a statesman; he is a pure opportunist with a good many sound and generous instincts, but an opportunist to the bone.“ Zit. nach ANDREWS und TAYLOR, Lords and Laborers, S. 21.

504 Bei den Gesprächen waren nur selten anderen Gäste anwesend. WILSON (Hrsg.), Diaries of Scott, Überleitung S. 431.

505 Ebd., Eintrag vom 21./22. Februar 1919, S. 369–372.

506 Ebd., Eintrag vom 5. Juli 1919, S. 376.

507 AYERST, Manchester Guardian, S. 442.

508 „Scott forgave him his sins for the sake of his persistent efforts at reparation.“ HOBHOUSE, Liberal and Humanist, S. 89.

509 AYERST, Manchester Guardian, S. 447f.

510 U.a. im Januar, März und Juli 1924. Vgl. Scott Papers, Memoranda Recording Conversations with Prominent Figures 1911–28, BL, SADM 50907.

derem die Position Frankreichs zum Dawes-Plan und die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die britische Verhandlungsführung.[511]

Der Chefredakteur des *Guardian* genoss aber nicht nur in liberalen Kreisen und in der Führung von Labour hohes Ansehen, sondern auch bei führenden Konservativen. Premierminister Stanley Baldwin hatte jedenfalls keine Berührungsängste und empfing Scott auf dessen Wunsch hin ebenfalls im Amtssitz des Regierungschefs in der Downing Street.[512] Der Kontakt zwischen dem konservativen Parteichef und dem liberalen Blattmacher blieb allerdings sporadisch. Überhaupt ist festzustellen, dass mit dem Scheitern der ersten Labour-Regierung Ende 1924 und dem langsamen Abrutschen der gespaltenen liberalen Partei in die Bedeutungslosigkeit die Türen zu den Zentren der Macht für Scott mehr und mehr verschlossen blieben.

Das entgegengesetzte Bild ergibt sich bei einer genauen Betrachtung der persönlichen Beziehungen von Geoffrey Dawson, dem Chefredakteur der *Times*. Nach seiner Rückkehr an die Spitze der Redaktion Ende 1922, die zeitlich mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den konservativen Parteiführer Andrew Bonar Law zusammenfiel, kamen seine weit verzweigten Bekanntschaften erst voll zum Tragen. Als ehemaliger Schüler von Eton, Absolvent des Magdalen College sowie Fellow des All Souls College in Oxford hatte er ohnehin schon vielerlei Kontakte zu Vertretern des *Establishment* knüpfen können. Dazu gehörten insbesondere Bekanntschaften in den höchsten politischen Kreisen wie mit dem ehemaligen Premier und Außenminister Arthur Balfour oder dem vormaligen „Viceroy von Indien" und Nachfolger von Balfour im *Foreign Office*, Lord Curzon.[513]

Hinzu kamen die Freundschaften, die er während seiner Zeit in Südafrika geschlossen hatte. Im Mitarbeiterstab von Lord Milner – dem wegen des geringen Durchschnittsalters so genannten „Milner Kindergarden" – lernte er eine Reihe anderer junger Absolventen aus Oxford kennen, darunter Philip Kerr, der einer der engsten Freunde von Dawson werden sollte und während des Ersten Weltkriegs die Leitung des Sekretariats von Lloyd George im Garten von *10 Downing Street* übernahm.[514] Zusammen mit anderen Mitgliedern des „Milner Kindergarden" gründeten Dawson und Kerr nach ihrer Rückkehr in England den *Round Table*, eine Zeitschrift, die sich mit der Reorganisation des Empire auf föderalen Grundlagen und anderen Fragen britischer Außenpolitik beschäftigte und deren Ideen nicht ohne Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit blieben.[515]

---

511 WILSON (Hrsg.), Diaries of Scott, Eintrag vom 15. Juli 1924, S. 459–461.

512 Ende Oktober 1923. Scott Papers, Memoranda Recording Conversations with Prominent Figures 1911–28, Eintrag vom 26./27. Oktober 1923, BL, SADM 50907.

513 WRENCH, Dawson, S. 29 und 83.

514 Ebd., S. 53–55. Kerr hatte am New College in Oxford studiert. BUTLER, Lord Lothian, S. 15–17.

515 *The Round Table – A Quarterly Review of Imperial Politics*. Kerr und Lionel Curtis, der ebenfalls in Südafrika gewesen war, leiteten das Herausgeberkomitee. Dawson steuerte in unregelmäßigen Abständen Artikel bei. BUTLER, Lord Lothian, S. 43.

Die Herausgeber und Autoren des *Round Table* trafen sich oft bei Waldorf Astor, mit dem Dawson seit 1911 befreundet war.[516] Die beiden Anwesen der Astors in Cliveden und am Londoner St. James's Square waren Mittelpunkte des gesellschaftlichen Lebens. Zu den Parties und Bällen erschienen bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Unterhaltung, Kunst und Kultur, dem sozialen Bereich sowie der Kirche, darunter das königliche Paar, die Premierminister Lloyd George und Stanley Baldwin oder der Schriftsteller George Bernard Shaw.[517]

In seiner Zeit als *Times*-Korrespondent für Südafrika hatte Dawson außerdem oft mit dem damaligen *Colonial Editor* Leo Amery zu tun. Dieser war ebenfalls ein Fellow von All Souls, hatte während des Burenkriegs für die *Times* aus Südafrika berichtet und danach noch eine Zeit lang die Bemühungen Milners um eine Neuordnung der Kap-Kolonie begleitet, woraufhin er zu einem Ehrenmitglied des „Kindergarden" ernannt worden war. Bei dieser Gelegenheit hatten sich Dawson und Amery kennen und schätzen gelernt.[518] Amery war es dann auch, der 1908 den Kontakt zwischen Dawson und dem Eigentümer der *Times*, Lord Northcliffe, herstellte, was vier Jahre später zur Berufung Dawsons zum Chefredakteur führte.[519] Dem Pressebaron war Dawson auf Anhieb sympathisch und er lud ihn immer wieder auf seinen Landsitz Sutton Place ein. Dort lernte Dawson Max Aitken, den späteren Lord Beaverbrook, kennen, der wiederum ein enger Vertrauter von Bonar Law war.[520] Dawsons Förderer Amery hatte unterdessen eine politische Karriere bei den Tories begonnen, die ihn 1919 als Unterstaatssekretär ins Kolonialministerium und wenig später in einer ähnlichen Funktion in die Admiralität führte. Er war einer der Drahtzieher, die im Herbst 1922 den Bruch der Koalition mit den Liberalen betrieben, in deren Folge Bonar Law Premierminister wurde.[521]

Dank dieser Kontakte in konservativen Kreisen entwickelte Dawson in den 20er Jahren enge Beziehungen zu beiden konservativen Premierministern. Von Bonar Law beispielsweise wurde Dawson zu Beginn des Jahres 1923 wiederholt in die Downing Street gerufen und ausführlich über die Hintergründe der Ruhrbesetzung informiert.[522] Baldwin wiederum war wie Dawson Fellow des All Souls College, und ihr Verhältnis wurde so eng, dass der Chefredakteur nicht nur regelmäßiger Gast in der Downing Street war, sondern des Öfteren

---

516 WRENCH, Dawson, S. 81. Auch C.P. Scott unterhielt Verbindungen zur *Round Table*-Gruppe. AYERST, Manchester Guardian, S. 374.

517 WILSON, Astors, S. 234.

518 Die Freundschaft zwischen Amery und Dawson hatte bis zu Dawsons Tod Bestand. BARNES und NICHOLSON (Hrsg.), Amery Diaries, Bd. 1, Einleitung S. 11.

519 Das erste Mal trafen sich Northcliffe und Dawson 1908 bei einem Abendessen in Amerys Wohnung. WRENCH, Dawson, S. 62f.

520 Ebd., S. 80. Vgl. auch ANDREWS und TAYLOR, Lords and Laborers, S. 151.

521 Was Amery den Posten des *First Lord of the Admiralty* einbrachte. Ein Amt, das er auch unter Baldwin behielt. BARNES und NICHOLSON, Amery Diaries, Bd. 1, Einleitung, S. 12f.

522 WRENCH, Dawson, S. 215.

auch auf den Landsitz des Premiers nach Chequers eingeladen wurde.[523] Gelegenheiten zu einem zwanglosen Meinungsaustausch ergaben sich außerdem bei den Besuchen Dawsons im Carlton Club, einer konservativen Institution, oder im Travellers Club, in denen er Mitglied war.[524] Vor allem der Travellers war auch für Baldwin ein gern genutzter Anlaufpunkt.[525] Aber auch andere bekannte Größen der britischen Politik wie Dawsons enger Freund Lord Milner oder Lloyd George gingen hier ein und aus.[526]

Die Informationen, die Dawson auf diesem Weg erhielt, waren zwar nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Er konnte sie aber sehr wohl indirekt nutzen – was im Übrigen auch Scott und Lawson taten –, indem er auf Basis seines Insiderwissens in seinen Leitartikeln die Intentionen der Regierung interpretierte und politische Entwicklungen richtig vorhersagte.[527] Seine detaillierten Kenntnisse über die innersten Zirkel der Macht verliehen seinen Kommentaren zusätzliches Gewicht und größere Beachtung. Dass derart enge Verbindungen zur politischen Führungsschicht des Landes unter Umständen zu Interessenkonflikten führen konnten, diese Gefahr wurde von anderen führenden *Times*-Redakteuren, die von Dawsons Beziehungen wussten, als vernachlässigbar eingeschätzt. Aubrey Leo Kennedy bemerkte zu diesem potenziellen Problem:

> Some people may question the advisability of the Editor of a newspaper becoming so personally intimate with the political leaders of the day, but I would suggest that the advantages outweigh the obvious disadvantages. And in the mind of the community the credit went to *The Times* – not to its Editor, who remained incognito to them. Even his own staff knew very little about the personal interviews he was having in high places.[528]

Die hier beschriebenen Netzwerke sind zugegebenermaßen Einzelbeispiele und bleiben lückenhaft. Dennoch vermitteln sie einen Eindruck über die vielfältigen Verbindungen zwischen Presse und Politik. Nicht vergessen werden sollte, dass die Kontakte der drei ausgewählten Chefredakteure beziehungsweise Verleger selbst wiederum weitere Freunde und Bekannte in politischen und journalistischen Kreisen und darüber hinaus hatten, so dass die Reichweite

---

523 Vgl. z.B. Dawson Papers, Correspondence and Diaries, Eintrag vom 17. Juli 1923, BLO, MS Dawson 70.

524 KENNEDY, Dawson, S. 166. Der Carlton war einer der berühmtesten politischen Clubs seiner Zeit. Die wichtigsten und bekanntesten Ereignisse, die hier stattfanden, war 1911 die Wahl Bonar Laws zum Parteichef der Konservativen sowie 1922 die Entscheidung der Parlamentsfraktion, die Koalition mit den Liberalen aufzukündigen, was den Sturz Lloyd Georges bedeutete. LEJEUNE, Gentlemen's Clubs, S. 86.

525 Nicht selten ergaben sich bei zufälligen Treffen längere Gespräche, die dann in Baldwins Büro im *House of Commons* ihre Fortsetzung fanden. Dawson Papers, Correspondence and Diaries, Eintrag vom 24. Februar 1925, BLO, MS Dawson 29.

526 Ebd.

527 Nach Einschätzung Aubrey Kennedys ist ihm dies oft genug auch gelungen. KENNEDY, Dawson, S. 160.

528 Ebd., S. 159. Kenndy war unter Dawson mit Unterbrechungen von 1923 bis 1942 *Assistant Foreign Editor* und einer der außenpolitischen Leitartikler.

der Netze sehr viel größer war, als die dokumentierten Beziehungen auf den ersten Blick vermuten lassen. Hält man sich zudem die zahlreichen Orte vor Augen, an denen beide Personenkreise regelmäßig zusammentrafen, dann wird diese These von einem intensiven Meinungsaustausch umso plausibler. Die beiden Clubs, in denen Geoffrey Dawson vorwiegend verkehrte, wurden schon erwähnt. Hinzu kamen andere wie der National Liberal und der Reform Club, in denen unter anderem Lloyd George und Winston Churchill Mitglied waren, und die alle einen ähnlichen Ursprung hatten. „Many of the early clubs were essentially politically based; they grew up from the coffee houses in the eighteenth century, where those who felt the same way politically met and discussed the events of the day."[529] Die Journalisten hatten auch einen eigenen Treffpunkt, den Press Club, in den immer wieder Politiker zu Veranstaltungen oder Hintergrundgesprächen eingeladen wurden.[530] Eine wichtiger Ort der Kommunikation war außerdem die Lobby des Unterhauses, zu der die Redaktionsleiter und Parlamentsreporter Zutritt hatten und in der sie sich am Rande von Debatten und Abstimmungen zwanglos mit den MPs über die aktuellen Geschehnisse unterhalten sowie Informationen für ihre Artikel sammeln konnten.[531]

Die Tatsache, dass es solch enge Beziehungen zwischen Politik und Presse gab, ist an sich noch kein Beweis für eine Einflussnahme von Abgeordneten oder Regierungsmitgliedern auf einzelne Journalisten oder umgekehrt von Pressevertretern auf Politiker. Die Häufigkeit der dokumentierten Kontakte und die diskutierten Themen legen jedoch den Schluss nahe, dass ein intensiver Meinungsaustausch stattfand, der seinen Niederschlag sowohl in den Zeitungsspalten als auch in den Debatten in Whitehall und Westminster fand.

1.4.3 Die pressepolitischen Aktivitäten der deutschen Botschaft

Ein weiterer Akteur in diesem Kommunikationsprozess war die deutsche Vertretung in London. Parallel zur Arbeit der Presseabteilung von Reichsregierung und Auswärtigem Amt, die die Kontaktpflege zu den britischen Auslandskorrespondenten in Berlin betrieb, versuchte die Botschaft, die Meinungsführer in der Fleet Street zu erreichen. Botschafter Sthamer und der für Presseangelegenheiten zuständige Botschaftsrat Dufour-Feronces setzten dabei auch auf das oben beschriebene Netzwerk des informellen Informations- und Meinungsaustausches. Beide bemühten sich, persönliche Beziehungen mit den Verlegern und Chefredakteuren der großen Zeitungen zu etablieren, um auf diesem Weg die deutsche Sicht der Dinge zu vermitteln.[532] Von der gezielten

529 Lejeune, Gentlemen's Clubs, S. 7.
530 Ebd., S. 196.
531 Desmond, Crisis and Conflict, S. 81.
532 Vgl. Müller, Auswärtige Pressepolitik, S. 93.

Ansprache der „opinion leader“ versprachen sie sich offenbar, einen Multiplikatoreffekt zu erzielen.

In Anbetracht der Strukturen der Presselandschaft in Großbritannien blieben ihnen wenig Alternativen. Denn da die Zeitungsverlage in erster Linie auf Wirtschaftlichkeit und möglichst hohe Profite ausgerichtet waren, die sie hauptsächlich über das Anzeigengeschäft erzielten, für dessen Erfolg wiederum hohe Auflagen die Voraussetzung waren, spielten ideologische Fragen – anders als in der deutschen oder französischen Presse in dieser Zeit – so gut wie keine Rolle. Aus dem gleichen Grund schied auch die Möglichkeit aus, mit Geldzuwendungen einzelne Journalisten oder Zeitungen zu gewinnen.[533] Die Botschaft in London hatte anfangs trotzdem darauf gedrängt, größere Summen zur Pflege der englischen Presselandschaft einzusetzen. Das Auswärtige Amt hatte das aber aus zwei Gründen abgelehnt: Erstens fürchtete man in Berlin ein Auffliegen solcher Bestechungsversuche, was den Gegnern Deutschlands zusätzliche Munition geliefert hätte, und zweitens fehlten die nötigen Gelder.[534]

Ein Versuch in diese Richtung wurde dann zwar doch unternommen, scheiterte aber schon im Ansatz. Wie Dufour berichtete, hatte der Pressebeirat der Botschaft, Ustinov, Kontakt zu „einem der einflussreichsten außenpolitischen Journalisten Londons“ aufgenommen.[535] Wer sich dahinter verbarg, ist unklar. In den Akten taucht er nur unter dem Kürzel „G.“ auf. Dieser englische Journalist hatte angeboten, gegen eine monatliche Zahlung von 20 Pfund seine Berichte der Botschaft noch vor der Drucklegung zukommen zu lassen. Eine solche Vereinbarung war für Dufour nicht so sehr wegen der Artikel interessant, die ja am nächsten Tag ohnehin in der Zeitung veröffentlicht wurden, sondern wegen der Verpflichtung, die die Botschaft mit den Zahlungen an „G.“ verbinden wollte, sich deutschen Interessen mehr als bisher zu widmen. Dufour bat deshalb die Presseabteilung, die Kosten zu übernehmen.[536] Pressechef Zechlin antwortete, dass die Presseabteilung „dankbar“ zugreife und wies an, das Geld für die nächsten sechs Monate bereitzustellen.[537] Aus der Vereinbarung wurde dann aber doch nichts, weil „G.“ fürchtete, dass die Beziehung zur Botschaft bekannt werden und ihn kompro-

533 Ebd.

534 Aufzeichnung des Legationsrats Horstmann, Berlin, 20. März 1922, ADAP, A, 6, 21, S. 42f. Sthamer rechnete zur Bearbeitung der gesamten britischen Presse mit Kosten in Höhe von bis zu 20000 Pfund. Vgl. Briefwechsel zwischen Sthamer bzw. Dufour und Schubert im AA, ebd., S. 42, Fn. 1.

535 Schreiben von Dufour-Feronces an Geheimrat de Haas, 8. Januar 1925, PA AA, Presseabteilung, England, Beeinflussung der Presse, Bd. 1, Paket 283/4.

536 Ebd.

537 Zechlin an die Deutsche Botschaft, 13. Januar 1925 sowie Zechlin an Dufour-Feronces, 18. Januar 1925, PA AA, Presseabteilung, England, Beeinflussung der Presse, Bd. 1, Paket 283/4.

mittieren könnte. Die schon bewilligten Mittel wurden nicht in Anspruch genommen.[538]

In anderen Fällen, die nicht auf ein finanzielles Geschäft hinausliefen, waren die Annäherungsversuche Erfolg versprechender. Die dokumentierten Aktivitäten der Botschaft konzentrierten sich dabei vor allem auf den *Daily Telegraph*. Diese konservative Qualitätszeitung schien gleich aus mehreren Gründen ein lohnenswertes Objekt für eine pressepolitische Einflussnahme zu sein: Einerseits sprach sie genau das Meinungsspektrum an, dass am ehesten antideutsch eingestellt war. Andererseits bestand ihre Leserschaft zu einem wesentlichen Teil aus politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern. Und schließlich stand mit Lord Burnham ein Mann an ihrer Spitze, der infolge seiner zahlreichen Ämter und seiner persönlichen Verbindungen einer der einflussreichsten Zeitungsverleger in der englischen Presselandschaft war.[539] Die Versuche der Botschaft, sowohl durch eine Kontaktaufnahme zu Burnham selbst[540] als auch über Verbindungen zu den leitenden Redakteuren im Außenpolitik-Ressort Einfluss auf die außenpolitische Linie der Zeitung auszuüben, ist ein anschauliches Beispiel für die Möglichkeiten und Grenzen deutscher Pressepolitik in Großbritannien.

Wie aus den Unterlagen hervorgeht, genoss der *Daily Telegraph* in der Botschaft wegen seiner im Allgemeinen zutreffenden Hintergrundinformationen einen ausgezeichneten Ruf.[541] Diese Einschätzung bezog sich unter anderem auf die Artikel des *Diplomatic Correspondent* Maurice Gerothwohl, dessen Berichterstattung in der deutschen Vertretung aufmerksam verfolgt wurde. Zwei seiner Artikel führten sogar zu einer Intervention von Botschafter Sthamer sowie des Botschaftsrats Dufour-Feronces beim Verleger des *Telegraph*, Lord Burnham.

Gerothwohl hatte im Juni 1922 geschrieben, dass Deutschland, Russland und die türkische Nationalbewegung vor dem Abschluss einer militärischen Allianz stünden, und eine Woche später, dass die Reichsregierung ihre Bereit-

---

538 Bernstorff an Thomsen, 15. Juli 1925, ebd. In einem anderen Fall zahlte die Botschaft zwischen 1923 und 1925 regelmäßig Summen von 18 bis 84 Pfund an Eigil Jörgensen, der die Kopenhagener *Politiken* und *Stockholms-Tidningen* in London vertrat. Wofür er das Geld bekam, lässt sich aus den Akten nicht ersehen. Außer der deutschen Botschaft waren noch private Initiativen in England auf dem Gebiet der Pressebeeinflussung aktiv, wovon u.a. die Zeitschrift *Foreign Affairs* profitierte. Vgl. MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 67 und 96–98.

539 Zum Werdegang Burnhams und seinen persönlichen Kontakten vgl. umfassend Teil II, Kapitel 1.4.2.

540 Die Botschaft hatte eine „persönliche Fühlungnahme" zu ihm hergestellt und sah in Burnham die Hauptstütze für eine „günstige Haltung" des *Daily Telegraph* gegenüber Deutschland. Vertrauliches Schreiben der deutschen Botschaft London an die Presseabteilung des AA, 15. Oktober 1923, PA AA, Presseabteilung, England, Beeinflussung der Presse. Geheim, Bd. 1.

541 Ebd.

schaft signalisiert habe, den Rapallo-Vertrag aufzukündigen, wenn die Alliierten in der Reparationsfrage die deutschen Vorstellungen erfüllen würden.[542] Sthamer und Dufour-Feronces erklärten gegenüber Burnham, dass diese Behauptungen jeder Grundlage entbehrten und verlangten ein Dementi.[543] Dieser bedauerte, dass Zweifel am Wahrheitsgehalt von Meldungen seiner Zeitung aufgetaucht seien, nahm Gerothwohl aber in Schutz. In dem einen Artikel habe er nur die Möglichkeit eines Abkommens der drei Seiten angedeutet und der *Telegraph* habe das entsprechende Dementi der deutschen Regierung veröffentlicht.[544] Die Information in dem anderen Artikel über etwaige deutsche Absichten, den Rapallo-Vertrag fallen zu lassen, stammten aus italienischen Regierungskreisen.[545] Im Übrigen verwies Burnham auf den Anspruch seiner Zeitung: „So far as possible, we take the greatest care that nothing shall appear in our columns which has not got first-hand information behind it, and I am personally most anxious that we should always maintain the highest standard of correctness and authenticity."[546]

Zur Informationsgewinnung nutzte Gerothwohl, dessen Sympathien Frankreich galten, seine guten Verbindungen zu Kollegen der französischen Presse.[547] Die deutsche Botschaft versuchte wohl gerade deshalb, einen direkten Draht zu ihm aufzubauen, um auf diesem Wege den profranzösischen Tendenzen in seinen Berichten entgegenzuwirken. Nach eigener Einschätzung „mit dem Erfolg, dass er […] in seinen Artikeln dem deutschen Standpunkt in zunehmendem Maße Rechnung trägt".[548]

Zu einem weiteren Mitarbeiter des *Telegraph* hatte die Botschaft ebenfalls einen Kontakt etabliert. Dabei handelte es sich um den schon in einem anderen Zusammenhang erwähnten Exil-Russen Vladimir Poliakoff, den Botschafter Sthamer als „ehrlichen Deutschenfreund"[549] einstufte, und der von sich aus bei

---

542 The Daily Telegraph, 17. Juni 1922 und 24. Juni 1922.

543 Sthamer an Lord Burnham, 23. Juni 1922 und Botschaftsrat Dufour-Feronces an Lord Burnham, 24. Juni 1922, Burnham Papers, Correspondence with German Embassy.

544 Lord Burnham an den deutschen Botschafter, 27. Juni 1922, ebd.

545 Der italienische Minister Giannini hatte Gerothwohl mitgeteilt, dass sich Rathenau in seiner Gegenwart entsprechend geäußert habe. Lord Burnham an Dufour-Feronces, 27. Juni 1922, ebd.

546 Ebd.

547 Im *Foreign Office* waren Gerothwohls Kontakte zu den Londoner Korrespondenten der Pariser Presse oder auch zu dem extrem nationalistischen Kolumnisten André Géraud, der als *Foreign Editor* des *Echo de Paris* unter dem Synonym „Pertinax" schrieb, ein offenes Geheimnis. Vgl. Schreiben von Charles Mendl, Paris, an William Tyrrell, Foreign Office, 25. Oktober 1922, PRO, FO 395/368, P1943/4/117. Siehe auch Randbemerkung von Miles W. Lampson vom 20. Juni 1925, wonach Gerothwohl täglich mit „Pertinax" telefonierte. PRO, FO 371/10734, C8258/459/18.

548 Vertrauliches Schreiben der deutschen Botschaft London an die Presseabteilung des AA, 15. Oktober 1923, PA AA, Presseabteilung, England, Beeinflussung der Presse. Geheim, Bd. 1.

549 Sthamer an die Presseabteilung, 27. November 1922, PA AA, Presseabteilung P 13, Poljakoff.

der deutschen Vertretung vorstellig geworden war.[550] Poliakoff war in der Redaktion des *Daily Telegraph* für Deutschland und Russland zuständig. Das anfänglich gute Verhältnis zwischen ihm und der Botschaft verschlechterte sich jedoch rapide nach einem Besuch Poliakoffs im November 1922 in Deutschland. Ursache für die erhebliche Missstimmung war ein Interview mit dem Reichskanzler, das Poliakoff zugesichert worden war. Durch ein Missverständnis – Poliakoff vermutete eine Intrige der Presseabteilung – erhielt dann aber der Berliner Korrespondent des *Daily Telegraph*, Wilcox, die Gelegenheit zu einer Unterredung mit dem deutschen Regierungschef.[551] Wie die Botschaft in London beobachtete, nahm von da an die Berichterstattung Poliakoffs über Deutschland mehr und mehr gehässige Formen an.[552] Ganz sicher war man sich aber nicht, ob in dem verpassten Interview die alleinige Ursache für seinen Sinneswandel lag. Als ein anderer möglicher Grund kam für die deutsche Vertretung auch eine Einflussnahme der französischen Botschaft in Frage, zu der Poliakoff ebenfalls „engste Beziehungen" unterhielt.[553]

Neben dem Aufbau persönlicher Kontakte entwickelte die Botschaft darüber hinaus im Zusammenspiel mit dem Auswärtigen Amt eine Strategie, wie sich negative Berichte der englischen Deutschlandkorrespondenten konterkarieren ließen. Der Trick bestand darin, Informationen an den Auslandskorrespondenten in Berlin vorbei zu lancieren und direkt in deren Blättern zu platzieren. Dazu verweigerte das Auswärtige Amt auf Anfragen von Seiten der Korrespondenten die Auskunft, um dann, wenn ein entsprechender Artikel erschien, über andere Kanäle wie z.B. eine der Nachrichtenagenturen ein Dementi herauszugeben. Die Presseabteilung des AA und die Botschaft machten sich dabei die Arbeitsweise der Redakteure in der Fleet Street zu Nutze, die sich nicht immer mit ihren Kollegen in Berlin abspra-

---

550 Der Journalist war Redakteur der deutschfreundlichen Zeitung *Nowosti Duja* gewesen und hatte bereits während der deutschen Besetzung Kiews 1918/19 dem deutschen Oberkommando „vorzügliche Dienste" geleistet. Unter dem Pseudonym „Augur" veröffentlichte er 1927 ein Buch mit dem Titel *Germany in Europe*, in dem er eine Revision des Versailler Vertrags forderte, um Deutschlands Mithilfe im Kampf gegen den Bolschewismus zu gewinnen. Sthamer an die Presseabteilung, 23. Juni 1927, ebd. Nach seinem Wechsel zur *Times* stand auch das *News Department* in engem Kontakt zu Poliakoff. Vgl. dazu ausführlich Teil II, Kapitel 1.4.1.

551 Botschaftsrat Dufour-Feronces äußerte darüber in einem privaten Brief an den Ministerialdirigenten von Schubert im AA seine Verwunderung, umso mehr, als Wilcox „täglich die unfreundlichsten Artikel gegen uns schreibt". Bericht von Schubert über die Kritik von Botschaftsrat Dufour in London, 5. Februar 1923, PA AA, Pol. Abt. III England, Pol. 11 Nr. 5, Journalisten.

552 Vertrauliches Schreiben der deutschen Botschaft London an die Presseabteilung des AA, 15. Oktober 1923, PA AA, Presseabteilung, England, Beeinflussung der Presse. Geheim, Bd. 1.

553 Ebd.

chen, sondern oft Agenturmeldungen etwa von *Reuters* einfach abdruckten.[554]

Welche Maßnahmen sonst noch unternommen werden konnten, um Sympathien für Deutschland zu gewinnen, legte Dufour Ende 1923 in einer Denkschrift nieder.[555] Gleich eingangs stellte er fest, dass Gräuelpropaganda, wie sie während der Ruhrbesetzung von nichtstaatlichen Organisationen verbreitet worden war, keine Aussichten auf Erfolg habe. Seit den Propagandaexzessen der eigenen Seite während des Ersten Weltkriegs reagiere die britische Öffentlichkeit auf unwahre Behauptungen sehr sensibel. „Diese englische Kriegspropaganda wird jetzt auch hier verurteilt und nicht geglaubt. Daher glaubt man solche Greuelpropaganda, wenn sie von unserer Seite kommt, jetzt auch nicht."[556] Stattdessen empfahl Dufour, sich auf die Verbreitung von Tatsachen über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland zu konzentrieren.

Die Glaubwürdigkeit solcher Informationen ließe sich nach seiner Einschätzung steigern, wenn sie nicht von Deutschen in England, sondern von englischen Journalisten beziehungsweise Autoren publiziert würden. Bei der Rekrutierung geeigneter Kandidaten sah Dufour keine Probleme. Wie er beobachtet hatte, gab es manche Publizisten, die bereits ohne Anstoß deutscherseits, sondern aus eigener Initiative Informationsarbeit im Sinne deutscher Interessen leisteten.

Schließlich schlug er vor, den Reiseverkehr nach Deutschland zu fördern. Das eigene Erleben der Verhältnisse übertreffe in der Wirkung jede Pressemitteilung bei weitem. Bisherige Reisen von Engländern oder auch von Amerikanern hätten gezeigt, so Dufour, dass die Besucher meist „mit freundlicher Gesinnung zu Deutschland und anti-französisch" zurückkamen.[557] Eine wichtige Rolle auf diesem Gebiet spielte die Wirtschaftspolitische Gesellschaft, die im Februar 1922 auf Anregung des Krupp-Konzerns gegründet worden war.[558] Sie organisierte Reisen von englischen und amerikanischen Journalisten und Politikern nach Deutschland, stellte Programm und Reiseroute zusammen und arrangierte Treffen mit deutschen Gesprächspartnern. Schwerpunkt der Reiseziele waren das Rheinland, das Ruhrgebiet sowie der polnische Korridor und Danzig. Alle Aktivitäten der Gesellschaft hatten zum Ziel, „das Ausland über alle Folgen des Versailler Vertrags für Deutschland aufzuklären und ein besse-

---

554 Der Berliner Korrespondent der *Times*, Harold Daniels, musste zu seinem Leidwesen des Öfteren feststellen, dass das AA mit dieser Strategie Erfolg hatte. Daniels an Williams, 22. Mai 1924, Correspondence between Harold Williams and Harold G. Daniels, TNL Archive, BNS/1.

555 Dufour-Feronces an das AA, 19. Dezember 1923, PA AA, Pol. Abt. III England, Pol. 26, Politische und kulturelle Propaganda, Bd. 1.

556 Ebd.

557 Ebd.

558 GÄRTNER, Botschafterin, S. 69–89. Gärtner war stellvertretende Geschäftsführerin der WPG.

res Verhältnis besonders mit den angelsächsischen Ländern herbeizuführen".[559] Englische Journalisten, die an einer solchen Reise teilnahmen, waren meist sehr beeindruckt von der guten Organisation und der Offenheit und Freundlichkeit in Deutschland.[560]

Hinter den genannten Aktivitäten der Botschaft in London, die ergänzt wurden durch Initiativen diverser privater Organisationen und Personen, verbarg sich allerdings keine schlüssige Strategie, sondern es blieb bei unkoordinierten Einzelaktionen.

> Ein strategisches Konzept der Pressebeeinflussung […] gab es dagegen nicht. Dufours Niederschrift […] war höchstens ein Ansatz hierzu. Es fehlte noch eine genaue Analyse der englischen Presselandschaft, auf deren Grundlage die möglichen Angriffspunkte der deutschen Pressepolitik hätten bestimmt werden können, und es fehlte vor allem eine Definition der Ziele, die man mit der Pressebeeinflussung mittel- und langfristig zu erreichen gedachte.[561]

---

559 Dabei arbeitete die WPG eng mit der Amerika- und Englandabteilung des AA zusammen. Ebd, S. 84.

560 In diesem Sinne der Bericht von WRENCH, I loved Germany, S. 50f. Wrench hatte den Auftrag, für den *Spectator* eine Artikelserie über Deutschland zu schreiben.

561 MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 98.

2. Zentrale Themen der Berichterstattung

2.1 Niederlage und Revolution: Die Infragestellung des bisherigen Deutschlandbildes

Die Novemberrevolution, die mit dem Aufstand der Kieler Matrosen begann und das Ende des Kaiserreichs bedeutete, und der Waffenstillstand, der die militärische Niederlage Deutschlands besiegelte, hatten dem in der englischen Propaganda gezeichneten Deutschlandbild die Grundlage entzogen. Zu offensichtlich war nun der Widerspruch zwischen dem propagierten Bild des auf Welteroberung angelegten militärischen Machtstaats preußischer Prägung und der Realität eines besiegten, sich revolutionär demokratisierenden Deutschlands, als dass die Presse die sich überstürzenden Ereignisse hätte ignorieren können.

Die Reaktionen auf die Revolution fielen nach einer anfänglichen Orientierungsphase sehr unterschiedlich aus. Schon die Reformen der neuen Regierung des Prinzen Max von Baden, mit denen die Reichsverfassung zu einer echten parlamentarischen Demokratie mit einer nur mehr repräsentativen monarchischen Spitze umgebaut wurde, lösten zwei gegensätzliche Interpretationsmuster aus. Die konservativen, patriotischen Blätter, allen voran die *Daily Mail* von Lord Northcliffe, sahen darin ein bloßes Betrugsmanöver. Demnach war die Demokratisierung nur vorgetäuscht, die an der Regierung beteiligten Sozialdemokraten ein Instrument in den Händen der deutschen Militaristen und das Angebot eines Waffenstillstands eine gezielte Maßnahme, um für die deutsche Armee an der Westfront eine Atempause zu erreichen.[1] Die liberale und linke Presse dagegen war nach anfänglichem Zögern überzeugt, dass die Veränderungen in Deutschland echt waren und dass eine Zusammenarbeit mit der neuen Regierung möglich wäre.[2] Der *Herald* beschrieb die Verfassungsänderungen beispielsweise als „wasserdicht" und der *Manchester Guardian* betonte, dass in Deutschland mit einem Schlag eine politische Ordnung erreicht worden sei, wofür England Jahrhunderte gebraucht habe.[3] Beide Zeitungen begannen angesichts der andauernden Diffamierung Deutschlands als „shamocracy" in der konservativen Presse, vor den Gefahren eines zu weit gehenden Wandels zu warnen, der in einer bolschewistischen Revolution enden könnte. Damit waren

---

1 Tatsächlich hatten die Oktoberreformen 1918 zum Ziel, dem Verlangen Präsident Wilsons nach Bildung einer demokratisch legitimierten Regierung nachzukommen und einen revolutionären Umsturz zu verhindern. Die Mehrheitsparteien im Reichstag waren außerdem zunächst entschlossen, an der Hohenzollernmonarchie festzuhalten. Vgl. Mommsen, Aufstieg und Untergang, S. 35.

2 Zu diesem Ergebnis kommt auch Newton, British Policy, S. 152f.

3 The Herald, 2. November 1918, LA „Germany Democratised"; The Manchester Guardian, 4. November 1918, LA „The Kaiser's Position".

die argumentativen Fronten bezogen, die in den folgenden Monaten aufrechterhalten und auf andere Fragen ausgedehnt wurden wie z.B. auf die nach der Gefahr einer Bolschewisierung Deutschlands oder der Nahrungsmittelknappheit.

Geprägt wurde die schon im Oktober 1918 beginnende kontroverse Debatte um die Entwicklung im Land des Kriegsgegners durch die innenpolitische Lage in Großbritannien. Da das Parlament seine normale Lebensdauer weit überschritten hatte, das Wahlrecht ausgeweitet worden war und Lloyd George mit einem erneuerten Mandat zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen fahren wollte, setzte der Premierminister für den 14. Dezember Neuwahlen an.[4] Die Nachrichten über die Revolution in Deutschland fielen so mitten in den beginnenden Wahlkampf. Es war unvermeidlich, dass Verlauf und Folgen der Revolution sowie die Frage nach den Konsequenzen für einen möglichen Friedensschluss Teil der politischen Auseinandersetzung wurden, zumal insbesondere Northcliffe aus persönlicher und patriotischer Motivation die Gelegenheit nutzte, um mit einer massiven antideutschen Kampagne Themen und Richtung des politischen Schlagabtausches zu bestimmen.

Zeitgleich mit dem Höhepunkt des Wahlkampfes kamen Anfang Dezember 1918 die ersten englischen Korrespondenten nach Deutschland. Bis dahin waren die Redaktionen in der Fleet Street auf die telegraphisch verbreiteten Meldungen deutscher Nachrichtenagenturen wie die von Wolffs Telegraphischem Büro oder auf Veröffentlichungen deutscher Zeitungen angewiesen. Nun öffneten sich erstmals seit Kriegsausbruch Fenster zum Land des Hauptfeindes, die Berichte aus erster Hand ermöglichten. Die Eindrücke der englischen Reporter, die mit den alliierten Besatzungstruppen ins Rheinland einrückten oder sich von den neutralen Nachbarländern Schweiz und Holland aus auf den Weg ins Deutsche Reich machten, standen in markantem Widerspruch zu den Darstellungen der deutschfeindlichen Blätter Northcliffes oder anderer konservativer Pressekonzerne.

2.1.1 Die Kontroverse um die Revolution: Genuine Umwälzung oder Täuschungsmanöver?

Die anfängliche Überraschung über den Ausbruch der Revolution in Deutschland spiegelte sich deutlich in den Berichten und Kommentaren der Zeitungen wider. In keiner der Redaktionen hatten die Leitartikler oder Deutschlandexperten eine Zuspitzung der Situation vorhergesagt, auch wenn in einigen liberalen oder linken Blättern vereinzelt Befürchtungen in diese Richtung geäußert

[4] Lloyd George, Peace Treaties, Bd. 1, S. 158. Die letzte Wahl hatte 1910 stattgefunden. Damals betrug die Dauer einer Legislaturperiode sieben Jahre, war im Rahmen der Wahlrechtsreform 1917 aber auf fünf Jahre verkürzt worden. Siehe auch Beaverbrook, Politicians and Press, S. 14–16.

worden waren. Allgemein herrschte ungeachtet der unter Prinz Max eingeleiteten demokratischen Veränderungen noch das Bild von einem Land mit einer zementierten politischen und gesellschaftlichen Ordnung vor, dessen Volk willig seiner Führung folgte. Nachdem die ersten Meldungen über Unruhen in Kiel in den Redaktionen eintrafen, schrieb etwa der *Daily Telegraph*:

> The situation in Germany defies analysis or even description. […] From some great centres comes detailed news of the complete break-up of civil order, and the substitution of anarchy for the most rigid and deep-laid system of disciplined public life to be found anywhere in the world. […] It is certain that, so soon as the veil through which these movements are dimly descriped is lifted, a spectacle will be presented such as the wildest of political prophets never foretold for the German Empire.[5]

Im Zuge der sich überstürzenden Ereignisse erfolgte eine Differenzierung des Meinungsbildes. Um die Tragweite des Geschehens besser deuten und einordnen zu können, nahmen die Kommentatoren wiederholt Bezug auf die Geschichte. Im Mittelpunkt stand dabei zunächst der Fall des Hauses Hohenzollern und der anderen deutschen Dynastien, ein Vorgang, der in allen Zeitungen als wahrhaft historisch eingestuft wurde. Einig war man sich auch, dass mit dem Abgang des Kaisers das System des preußischen Militarismus diskreditiert war, wie die *Times* erleichtert feststellte.

> The Kaiser is deserted and denounced by the people whose idol he was until disaster overtook him. All that he taught and all that he embodied is execrated and denounced. Never has Europe witnessed a ruin so immense and so sudden. […] Germany put her whole faith in the *Realpolitik* of the Hohenzollerns, in the policy of mingled cunning, brute force, and grasping ambition, traditional in that house for hundreds of years; the policy that seemed to culminate in the triumphs of Bismarck and Moltke. It has broken in her hand. It has lured her to ruin. ‚Prussian militarism' is no more.[6]

Eine ganz ähnliche Analyse vertrat der *Daily Telegraph*, der die Verantwortung für das, was unter Preußens Führung aus Deutschland geworden war, ebenfalls dem Herrscherhaus zuschrieb. Das Prinzip des Despotismus war demnach in der Geschichte der Dynastie angelegt. Von Beginn an sei es den preußischen Königen, allen voran Friedrich dem Großen, nur darum gegangen, ihren Herrschaftsbereich zu erweitern, zum Beispiel mit der Eroberung Schlesiens und die Teilung Polens im 18. Jahrhundert. Entstanden sei dabei ein von Soldaten und Bürokraten beherrschter Staat. Höhepunkt in dieser Entwicklung sei die Einheit Deutschlands gewesen.

---

5 The Daily Telegraph, 8. November 1918, LA „The Day of Reckoning".

6 The Times, 11. November 1918, LA „The Downfall". Kursiv im Original. Die *Daily Mail* beschäftigten vor allem die Umstände des unrühmlichen Abgangs von Kaiser Wilhelm II., der sich heimlich über die Grenze nach Holland „geschlichen" habe und dort zusammen mit dem Thronfolger und einem Teil des Generalstabs als Flüchtling untergekommen war. Eine „schändliche Vorstellung" und ein Ausweis von Ehrlosigkeit. Der letzte französische Kaiser Napoleon III. habe bei Sedan wenigstens noch einen Angriff angeführt, bevor er sich ergab. The Daily Mail, 11. November 1918, LA „Kaiser A Fugitive – The New Contemptibles".

Prussia attained its apogee when, in 1871, William, the seventh King, took the title of German Emperor. This was the crowning stroke of Bismarck's scheeming diplomacy, which established the rule of Prussia over Austria, and perpetuated the peculiar Prussian type, as compared with the kindlier nature and more human features of the older Germany.[7]

Nun, da das Land von seinem militaristischen und autokratischen System mit dem „Verrückten" bzw. „Kriminellen" Wilhelm und seinen „größenwahnsinnigen Ambitionen" an der Spitze befreit war, hoffte der *Telegraph*, dass die „vernünftigen Elemente" eine Chance bekämen.[8] Bemerkenswert sind hier die Anklänge an die Zwei-Deutschland-Theorie. Die Überzeugung, dass es neben dem autoritären Machtstaat und den ihn tragenden preußischen Junkern noch ein anderes Deutschland gab, war offensichtlich auch nach über vier Jahren Krieg und der ihn begleitenden Propaganda nicht verloren gegangen.

Dies zeigte sich auch an dem oft gezogenen Vergleich mit der Revolution von 1848. Wohl unvermeidlich drängte sich den Deutschlandexperten in der Fleet Street diese Parallele auf. Je nach politischem Standpunkt kamen sie dabei allerdings zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Tendenziell optimistisch fiel das Resümee im *Daily Herald* aus. So sah Brailsford die Revolutionäre von 1918 an die Ideale der 1848er Revolution von Freiheit und Einheit anknüpfen. Dass Deutschland ähnlich wie Russland in einem Bürgerkrieg versinken und möglicherweise auseinanderfallen könnte, diese Gefahr schätzte er vergleichsweise gering ein. Dagegen spräche der Instinkt der Deutschen für Ordnung und Organisation. Vielmehr werde nun die Einheit des Deutschen Reiches, die Bismarck auf dynastischer Basis konstruiert habe, durch eine Einheit ersetzt, die sich auf das Volk als Träger der Souveränität stütze, so wie es die Revolutionäre bereits 1848 angestrebt hatten, aber damit gescheitert waren.[9]

Eben dieses Scheitern veranlasste die *Times* zu einer eher pessimistischen Prognose. Zwar wurde anerkannt, dass die Protagonisten der Revolution von 1918 an die positiven Elemente von 1848 wie der verfassunggebenden Versammlung in der Frankfurter Paulskirche anzuknüpfen versuchten. Gleichzeitig wurde aber darauf hingewiesen, dass das Paulskirchenparlament ein Fiasko war, an deren Ende die deutsche Einheit begraben wurde und die Reaktion triumphierte: „thus preparing the way for the other unification of Germany which Bismarck accomplished through ‚blood and iron' with the consequence that Germany is reaping now in war and defeat at the hands of the whole civilized world."[10] Anerkannt wurde allerdings die Problematik eines solchen Vergleichs, da das Deutschland von 1918 sich erheblich von dem des Jahres 1848 unterschied. Nach Ansicht der *Times* war jedoch fraglich, ob im Zuge dieses

7 The Daily Telegraph, 11. November 1918, LA „End of the Hohenzollerns".
8 Ebd.
9 The Daily Herald, 16. November 1918, LA „The European Revolution".
10 The Times, 11. November 1918.

erneuten revolutionären Experiments tatsächlich eine neue Ordnung aus dem Chaos entstehen könne. Denn es sei nicht auszumachen, ob die Kräfte der Reaktion wirklich abgedankt hätten oder nur vorübergehend in Deckung gegangen seien und sich am Ende nicht doch – wie schon 1848 – als die Stärkeren erweisen würden.

Diese Blicke in den geschichtlichen Rückspiegel unterstreichen die generelle Orientierungsfunktion historischer Analogien. Hier halfen sie den Redakteuren, die unübersichtliche Wirklichkeit auf ein überschaubares Maß zu reduzieren sowie ein bestimmtes Bild oder eine bestimmte Botschaft zu transportieren.[11] Dass die Vergangenheit tatsächlich nicht nur der Interpretation diente, sondern auch instrumentalisiert wurde, um Argumente zu untermauern, verdeutlichen die Kommentare der konservativen Zeitungen zu führenden Köpfen der MSPD. Nachdem Ebert das Amt des Reichskanzlers und den Vorsitz im Rat der Volksbeauftragten übernommen hatte, stand fest, dass die Mehrheitssozialdemokraten die politisch wichtigste Kraft im revolutionären Deutschland waren. Aber konnten sie tatsächlich einen Bruch mit dem Kaiserreich bewerkstelligen, und inwiefern repräsentierten sie ein demokratisches Deutschland? Das waren die Fragen, die im rechten Spektrum der britischen Presse gestellt wurden.

Die Antworten waren wenig Vertrauen erweckend, wobei als Gradmesser das Verhalten der SPD während des Krieges diente.[12] Am härtesten gingen die Deutschlandexperten der *Daily Mail* Frederic William Wile und Charles Tower mit den sozialdemokratischen Führungsfiguren ins Gericht. Sowohl Ebert wie Scheidemann hätten das kaiserliche Regime durch „dick und dünn" unterstützt und nicht einmal protestiert, als immer neue Kriegsgräuel bekannt wurden.[13] „Both served as ‚decoy ducks' to deceive people like Mr. Arthur Henderson, who believed in German Social Democracy."[14] Wile widmete dem Reichskanzler einen eigenen Artikel mit der Überschrift „Fritz Ebert – Germany's New Dictator", in dem er ausführte, dass nichts im Lebenslauf des SPD-Politikers die Annahme rechtfertigte, unter der roten Flagge sei nun ein Antimilitarist in

---

11 Der Vergleich gegenwärtigen Geschehens mit Ereignissen in der Vergangenheit ist laut Gottlieb ein alltäglicher Vorgang. Die Geschichte ist dabei Teil des Voraussetzungssystems, das die Perspektive festlegt, unter der die reale Welt wahrgenommen wird, denn Menschen werden durch Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bestimmt. „Darum wird Geschichte auch immer wieder als Argument benutzt, weil man sich mit dem, was einmal war […] verständlich machen kann: mit Vorliebe im politischen Raum, auf dem Schauplatz der zwischenstaatlichen Ängste oder Konkurrenzsituationen, zur Rechtfertigung von Krieg und Frieden." Gottlieb, Macht der Geschichte, S. 75.

12 Die Führer der MSPD, Ebert und Scheidemann, hatten sich in den Augen der *Times* mit ihrer Unterstützung für das Regime Wilhelms II. während des gesamten Krieges kaum als Revolutionäre, sondern wahrhaftig als „kaiserliche Sozialdemokraten" erwiesen. The Times, 11. November 1918.

13 The Daily Mail, 11. November 1918, LA „Kaiser A Fugitive – The New Contemptibles".

14 Ebd.

die Wilhelmstraße eingezogen. Im Gegenteil: Er verkörpere den Geist, mit dem das deutsche Volk den Krieg akzeptiert habe.[15] Als Resümee folgte die Klarstellung, dass auch die neue Regierung nichts an der Kriegsschuld Deutschlands und der Verpflichtung zur Wiedergutmachung änderte. Tower warnte am Tag darauf, dass die sozialistische Wandlung Deutschlands auch ein großer „Bluff" sein könnte.[16]

Ein differenzierteres Bild zeichnete der *Daily Telegraph*. Hier wurde Ebert als ein Vertreter der Sozialdemokratie gewürdigt, der zwar nicht wie Bebel oder Liebknecht durch seine Persönlichkeit beeindruckte, dafür aber durch ehrliche und beständige Arbeit bis an die Spitze seiner Partei aufgestiegen war.[17] Nach Ansicht des *Telegraph* stand die SPD im August 1914 vor einem Dilemma: Hielt sie an ihrem Pazifismus fest und agitierte gegen den Krieg und die kaiserliche Führungsriege, lief sie Gefahr, im Falle eines deutschen Sieges marginalisiert zu werden. Schloss sie sich dem Burgfrieden an, bestand die Chance, ihren Einfluss sogar noch auszudehnen und bei einer Niederlage das Erbe der dann diskreditierten Regenten anzutreten. Genau das war nun offensichtlich passiert.[18]

Für die *Times* wiederum war Ebert die treibende Kraft im Hintergrund, der die SPD auf Kriegskurs gehalten und sich geweigert hatte, auf dem Treffen der Sozialistischen Internationale 1917 in Stockholm die Kriegsschuldfrage zu thematisieren.[19] Was den Umgang mit der neuen Führung in Berlin betraf, so verwies die *Times* auf deren mangelnde Legitimation. Der Rat der Volksbeauftragten, den die Parteiführungen von MSPD und USPD inzwischen gebildet hatten, habe sich unter Hinweis auf den Druck der Straße einfach selbst zum Nachfolger des Kaisers ernannt und könne deshalb nicht im Namen des gesamten deutschen Volkes sprechen oder handeln. Bevor die Alliierten mit einem solchen Komitee zusammenarbeiten könnten, müssten erst überzeugende Beweise vorliegen, dass es das Mandat des Volkes habe.[20]

Die dort bereits durchscheinenden Zweifel, ob die Revolution tatsächlich ein Umsturz der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland bedeutete, verstärkten sich, je mehr Informationen über den Ablauf bekannt wurden. Zwei Wochen nach der Abdankung des Kaisers und der Übertragung des Reichskanzleramtes auf Ebert zog die *Times*, basierend auf den Berichten der deutschen Zeitungen eine Bilanz. Abgesehen von der Meuterei der Matrosen war die erste Phase der Revolution kurz und ohne Blutvergießen verlaufen. In der Hauptstadt war die politische und militärische Führungsspitze des Kaiserreichs mehr oder weniger lautlos verschwunden, die Regierungsmaschinerie

---

15 Ebd.
16 Ebd., 12. November 1918.
17 The Daily Telegraph, 11. November 1918, „The New Chancellor – Ebert and His Party".
18 Ebd.
19 The Times, 11. November 1918, „Kaiserism and After – The New Regime".
20 Ebd., 15. November 1918, LA „What is the German Government?".

funktionierte allerdings weiter, als wenn nichts passiert wäre. Die Sozialisten hatten sich verbrüdert und sich neue Titel verliehen, aber „there was no conflict of authorities, no ursupation of real powers, and little or no change in anybody's daily life. […] This is not to say that the revolution was a sham. But it has still to become a reality."[21] Noch skeptischer sah Charles Tower die bisherigen Ergebnisse der Revolution. In der *Daily Mail* schrieb er am selben Tag, zuerst hätten Ebert und Scheidemann mit übertriebenen Warnungen vor dem Bolschewismus versucht, die Unterstützung der *Entente* zu gewinnen, um ihre eigene Machtposition zu konsolidieren. Nun warnten sie vor einer bevorstehenden Gegenrevolution.

> It is quite obvious that if a Kaiserist counter-revolution is possible, then the original revolution was only genuine in a few places like Kiel, while for the rest it was not much better than an elaborate farce tolerated and even assisted by reactionaries as the best way out of an impossible situation.[22]

Tower war überzeugt, dass bei einer Verbesserung der allgemeinen Lage die alten Charakterzüge der Deutschen wieder deutlich hervortreten würden.

Der *Manchester Guardian* kam in einer detaillierten Analyse der an der Revolution beteiligten politischen Kräfte und ihrer Ziele zu dem genau entgegengesetzten Schluss. Das liberale Blatt hatte bereits wenige Tage nach dem 9. November vehement der Behauptung widersprochen, dass der Umbruch in Deutschland nur einer der typischen „teutonischen Tricks" war. Das Deutsche Reich sei jetzt vielmehr ein demokratisch verfasster Staat, in dem allerdings die Gefahr einer Radikalisierung der Linken bestand.[23] Mit drei Haupthindernissen habe das „neue" Deutschland zu kämpfen: der Vormacht Preußens, dem Fehlen echter demokratischer Strukturen im Kaiserreich sowie dem Wohlstandsgefälle innerhalb der Bevölkerung.[24] Die Revolution habe bisher zudem nur die Throne und die oligarchisch-monarchischen Verfassungen beseitigt. Ob die Zerstörung weit genug gegangen sei und was wie neu aufgebaut werden müsse, darüber seien die Revolutionäre uneins.

Sehr treffend beschrieb der *Manchester Guardian* die Heterogenität der deutschen Arbeiterbewegung mit der MSPD auf der einen Seite, die ursprünglich auch nach dem Krieg die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien fortsetzen wollte, deren Pläne aber von der Minderheit der USPD in Kombination mit den spontan gewählten Arbeiter- und Soldatenräten durchkreuzt worden waren. Daraufhin hatten die Führer der MSPD über die kaiserliche Verwaltung und die Ministerien einfach den Rat der Volksbeauftragten gesetzt und versuchten jetzt, die schnelle Einberufung einer Nationalversammlung durchzusetzen. Die USPD auf der anderen Seite bildete die eigentliche revolutionäre Kraft, die gegen Kompromisse mit dem bürgerlichen Lager, gegen die Wahl

---

21 Ebd., 23. November 1918, „The German Revolution – A Retrospect".
22 The Daily Mail, 23. November 1918, „Revolution Farce – Suspicious Hun Move".
23 The Manchester Guardian, 12. November 1918, LA „The Great Day".
24 Ebd., 26. November 1918, LA „Germany and Bolshevism".

zu einer Nationalversammlung und für ein konsequentes Vorantreiben der Revolution mittels der Arbeiter- und Soldatenräte agitierte. Diese Form einer Sowjetregierung dürfe nicht mit Bolschewismus verwechselt werden. Letzterer sei die Diktatur des Proletariats, von der alle Klassen bis auf Arbeiter und Bauern ausgeschlossen seien. Nach Einschätzung des *Guardian* gab es in Deutschland zwar auch Bolschewisten, die aber eine verschwindend kleine Minderheit darstellten. Ob diese Auftrieb bekommen würden, hing wesentlich von der Politik der Alliierten ab, die jedoch dazu tendierten, nicht zwischen Sozialismus und Bolschewismus zu unterscheiden, sondern gegenrevolutionäre Gruppierungen zu unterstützen, wie das liberale Blatt bemängelte.[25]

Als ein wichtiger Indikator für die tatsächlichen Kräfteverhältnisse zwischen den die Revolution tragenden Parteien und dem alten militärischen Apparat dienten den Zeitungen die Reaktionen in den deutschen Städten bei der Rückkehr der Frontsoldaten. Den ersten Berichten zufolge wurden die heimkehrenden Truppen mit den Farben des Kaiserreichs und improvisierten Triumphbögen begrüßt. Doch weder bei den Soldaten, die schweigend durch Köln und Düsseldorf zogen, noch bei der Bevölkerung, die nicht in Jubel ausbrach, sondern eher teilnahmslos wirkte, kam dabei Begeisterung auf. Nach dem Eindruck des *Daily Telegraph* war es „eine tragische Heimkehr".[26] Ob dies ein Zeichen dafür war, dass der alte Geist des Militarismus sich verflüchtigt hatte, darüber herrschten bei den Kommentatoren allerdings Zweifel. Negativ fiel insbesondere auf, dass sich die Legende verbreitete, die deutsche Armee sei unbesiegt geblieben, auch wenn der Krieg verloren gegangen war. Der ehemalige Deutschlandkorrespondent der *Daily Mail*, Wile, interpretierte die Vorbereitungen zum Empfang der „unbesiegten Helden" in seiner Kolumne „Germany Day by Day" als einen Versuch, die Errungenschaften des Militarismus zu glorifizieren und so zu konservieren.[27] Nach den Beobachtungen der *Times* waren sich die meisten Deutschen des Ausmaßes ihrer Niederlage nicht bewusst, sondern es herrschte ein gewisser Stolz, dass die deutsche Armee die Welt so lange in Atem gehalten hatte. Nirgendwo sei ein Wort des Bedauerns über die Gräueltaten deutscher Soldaten in Belgien oder den unbeschränkten U-Bootkrieg zu hören. In diesen Kontext passte die Ansprache Eberts an die zurückkehrenden Truppen, in der er betonte, dass kein Feind sie überwunden hätte. Die *Times* schenkte seiner Rede entsprechend große Aufmerksamkeit.[28]

---

25 Ebd. Zur Spaltung der Arbeiterbewegung und den unterschiedlichen Zielen von MSPD, USPD und Spartakus-Bund vgl. u.a. WIRSCHING, Weimarer Republik, S. 4f.

26 Vgl. THE TIMES, 2. Dezember 1918. Ebenso THE DAILY TELEGRAPH, 4. Dezember 1918.

27 THE DAILY MAIL, 9. Dezember 1918. Ebenso der *Daily Telegraph*, der betonte, dass nur der Waffenstillstand die deutschen Truppen vor der größten militärischen Katastrophe der Geschichte bewahrt hatte. THE DAILY TELEGRAPH, 6. Dezember 1918, LA „At The Gate Of Cologne".

28 THE TIMES, 12. Dezember 1918. Vgl. zu dieser Frage grundlegend HEINEMANN, Verdrängte Niederlage. Eine ausführlichere Behandlung dieses Themenkomplexes erfolgt in Teil II, Kapitel 2.2.2.

Vom *Manchester Guardian* wurde Eberts Ausspruch hingegen nicht als Negierung der Niederlage interpretiert, sondern als ein Zeichen der Erleichterung, dass die militärische Führung sich gegenüber den Revolutionären bisher passiv verhalten hatte.[29] Der Bestand der Regierung Eberts sei damit gesichert, denn sie könne sich nun sowohl auf den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, als auch auf die Zustimmung der Armee stützen. An deren Empfang in Berlin konnte der *Guardian* nichts Glorifizierendes oder Triumphales entdecken, auch wenn die Hauptstadt mit Flaggen, Blumen und Girlanden geschmückt war.

> It was not the triumphal march through the Brandenburger Gate that was the dream of the War Lord and his myrmidons when they hacked their way through Belgium four years ago. […] Germany's sudden collaps at the moment when she thought to crown her military victories by a supreme triumph and her sudden realisation of the terrible truth after years of deception and illusion, weigh heavily indeed on every man and woman in the country.[30]

Die Millionen von Frontsoldaten, die nun in ihre Heimat zurückkehrten, seien ein erheblicher Unsicherheitsfaktor. Niemand könne voraussagen, wie sie auf den Zusammenbruch der Disziplin in den eigenen Reihen sowie auf das Verschwinden der Autorität des Staates und die Lockerung der sozialen und moralischen Zwänge reagieren würden. Dass es bisher nicht zu irgendwelchen politischen „Abenteuern" durch Teile der Armee gekommen war, erklärte sich für den *Guardian* mit der körperlichen Erschöpfung und dem gebrochenen Geist der Soldaten.[31]

Für die *Daily Mail* stand jedoch spätestens mit der Teilnahme von mit den Insignien des Kaiserreichs dekorierten Offizieren am Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte fest, dass trotz der nach wie vor unübersichtlichen Situation das Militär die Fäden in der Hand hielt.[32] Ebert und Scheidemann, die Führer der „zahmen Sozialisten", die den Krieg befürwortet hatten, wie die *Mail* bei jeder Gelegenheit hervorhob, hatten sich der Unterstützung der Armee versichert und sie auch bekommen. Während Ebert öffentlich wie auf dem Rätekongress die Herrschaft der „gepanzerten Faust" verurteilte, stellte die *Mail* fest, „apparently mailed fist, in the form of the Army, still rules in Germany".[33]

Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 20. Dezember in Berlin und die Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes in der zweiten Januarwoche wurden von allen Zeitungen als die entscheidenden Wendepunkte

---

29 The Manchester Guardian, 14. Dezember 1918.
30 Ebd.
31 Ebd., 17. Dezember 1918.
32 The Daily Mail, 18. Dezember 1918.
33 Ebd. Der Ausdruck „mailed fist" stammte aus einer Rede Kaiser Wilhelms. Dieser hatte seinen Bruder 1897 mit der Aufforderung zu einer Expedition nach China verabschiedet, er möge seine „gepanzerte Faust" einsetzen, falls jemand seine Mission behindere. Die englische Presse hatte solche markanten Zitate Wilhelms schon vor dem Krieg mit Vorliebe eingesetzt und meist „noch farbenreich kommentiert", was den negativen Eindruck seiner Rhetorik verstärkte. Reinermann, Kaiser, S. 181 und S. 207–210.

der Revolution angesehen. Hier wurden von den Führern der MSPD mit Rückendeckung durch die Armee und unter stillschweigender Zustimmung des bürgerlichen Lagers die Weichen für die künftige politische Ordnung gestellt. Schon vor dem Zusammentritt des Rätekongresses waren sich einige englische Kommentatoren sicher, dass sich die moderaten Kräfte durchsetzen würden. Alexander M. Thompson, der die französischen Truppen bei ihrem Vormarsch ins Rheinland begleitete, berichtete in der *Daily Mail*, dass – nachdem die Kriegspartei in Ungnade gefallen war – nun die Bourgeoisie die wichtigste politische Kraft im Land war, die sich darauf vorbereitete, die Kontrolle zu übernehmen, sobald sich das momentane Chaos gelegt hatte.[34] Dies deckte sich mit Beobachtungen von Charles Tower, der Anfang Dezember von einer ersten Erkundungstour durch Deutschland zurückkam. In der *Times* schrieb Tower, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Revolution teilnahmslos gegenüberstand und in ihr lediglich ein Ereignis sah, dass das Land dem ersehnten Frieden näher brachte.[35] Der *Manchester Guardian* hob hervor, dass alle bürgerlichen Parteien die ausgerufene Republik entweder wohlwollend oder Zähne knirschend anerkannten, während die MSPD innerhalb des sozialistischen Lagers klar dominierte und bisher ihr gemäßigtes Programm umsetzen konnte, ohne dass die bolschewistische Fraktion um Karl Liebknecht in irgendeiner Form Einfluss nehmen konnte.[36]

Die Entscheidungen des Rätekongresses, der den Rat der Volksbeauftragten mit Ebert und Haase an der Spitze bestätigte und den Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 19. Januar festlegte, waren deshalb keine große Überraschung. Sie wurden als Konsequenz aus dem bisherigen Verlauf der Revolution und Konsolidierung der politischen Verhältnisse in Deutschland gewertet. Schon die Zusammensetzung des Kongresses, in dem Unteroffiziere, Handwerksmeister und Gewerkschafter dominierten, war für Morgan Philips Price ein klares Signal, dass der Umsturz nicht über eine Ablösung der feudalen Monarchie durch eine bürgerliche Republik hinausging. Im *Manchester Guardian* schilderte der Korrespondent den wachsenden Erfolg, mit dem sich die bürgerlichen Parteien gegen einen Umsturz der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse wehrten. Schützenhilfe erhielten sie dabei von den Sozialdemokraten der MSPD, die bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme auf die Beibehaltung der Besitzverhältnisse setzten.[37] Alles in allem zog der *Guardian* eine positive Bilanz des Treffens der Arbeiter- und Soldatenräte.

---

34 The Daily Mail, 9. Dezember 1918. „Red Flag Or Spiked Helmet".

35 The Times, 2. Dezember 1918. „Scenes In Berlin And Cologne – Indifference To Revolution". Wegen der engen Zusammenarbeit innerhalb des Northcliffe-Konzerns schrieb derselbe Reporter mitunter für mehrere Zeitungen, und es erschienen manchmal sogar Artikel wortgleich in der *Times* und der *Daily Mail*.

36 The Manchester Guardian, 10. Dezember 1918, LA „In Berlin".

37 Ebd., 28. Dezember 1918, „German Revolutionary Parties – Moderates' And Extremists' Aims".

The Congress on the whole has gone a considerable way towards clearing up the situation in Germany. It has revealed the comparative impotence of the Spartacus extremists […]. It has given promise of future stability by deciding on the early election of the National Assembly. It has sanctioned a Government which undoubtedly is backed by the bulk of public opinion, and is probably the best able to lift Germany from the slongh of misery wherein she has been plunged by her own criminal action.[38]

Ähnlich optimistisch beurteilte die *Times* die Lage in der deutschen Hauptstadt. Die Situation habe sich eindeutig stabilisiert, Sozialdemokraten und Armee hätten sich offensichtlich gegen eine sozialistische Diktatur und für einen schnellen Gang an die Wahlurne entschieden. Die Bevölkerung sehne sich – typisch für den deutschen Charakter – nach einer neuen staatlichen Autorität, die ihr die wichtigsten Entscheidungen abnehme, und erwarte von der Nationalversammlung einen schnellen Friedensschluss.[39] Der *Daily Telegraph* hob denn auch die bourgeoisen Züge der Revolution hervor. Leonard Spray, der von Holland aus die Ereignisse in Deutschland beobachtete, stellte fest, es sei ein Fehler zu glauben, die Überwindung des kaiserlichen Regimes bedeute einen kompletten Umsturz der alten sozialen Ordnung. Mit Sozialismus habe das nichts zu tun. In Wirklichkeit handelte es sich um eine bürgerliche Revolution, denn die bürgerlichen Parteien wie Zentrum und Liberale hätten schon unter Wilhelm II. eine Demokratisierung angestrebt und unterstützten jetzt den Rat der Volksbeauftragten um Ebert und Haase. Die Sozialdemokraten der MSPD selbst seien im Grunde Republikaner und verträten vergleichsweise konservative Ziele.[40] Für die *Daily Mail* stellte sich deshalb noch dringlicher als zuvor die Frage, inwiefern die Revolution wirklich eine Revolution war oder nicht vielmehr eine sorgfältig geplante Reorganisation von oben.

In Germany there is no sign to indicate that the ‚revolution' sprang from any passionate revulsion of popular feeling. It exhibits not the faintest tinge of repentance. On the contrary, the returning army is acclaimed as ‚victorious'. No general or other officer has been put on trial. Apparently the Great Staff is still the real ruler of Germany; […] Herr Ebert […] now tells the soldiers and workers that ‚what had become rotten had been pulled down with enormous resolutness'. We may advisedly suspect that ‚what had become rotten' is still being carefully preserved – out of sight and ‚according to plan.'[41]

Dass, anders als die *Mail* glaubte, die Gefahr einer Radikalisierung noch nicht gebannt war, veranschaulichte der blutige Kampf um das Berliner Stadtschloss zwischen der Volksmarinedivision und eilig herbeigerufenen regierungstreuen Truppen an den Weihnachtstagen 1918 sowie der Spartakusaufstand im Januar 1919. Beide Ereignisse trafen die Führer der MSPD völlig unvorbereitet und Ebert gelang es nur mit Mühe, die Lage in der Hauptstadt wieder unter Kon-

38 Ebd., 27. Dezember 1918.
39 The Times, 27. Dezember 1918, LA „The German Government".
40 The Daily Telegraph, 24. Dezember 1918, „Forces And Aims In The German Revolution".
41 The Daily Mail, 18. Dezember 1918, LA „Provisional Germany".

trolle zu bringen. Der Preis dafür war allerdings der Bruch mit der USPD, die ihre Vertreter nach dieser „Blutweihnacht" aus dem Rat der Volksbeauftragten zurückzog. Während die Straßenkämpfe um das Schloss noch kein größeres Echo in den englischen Zeitungen fanden, sondern nur als ein Vorkommnis abgetan wurde, das die allgemeine Situation nicht tangierte,[42] zwang der Umsturzversuch der Spartakisten unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Redaktionen in der Fleet Street zu einer genaueren Analyse des Potenzials der Bolschewisten.

Seit dem Ausbruch der Revolution Anfang November hatte die Möglichkeit einer Bolschewisierung Deutschlands in der Berichterstattung unterschwellig immer eine Rolle gespielt. Der Grund dafür war die Furcht, dass sich wie in Russland seit der Oktoberrevolution Gewalt und Chaos auch in Deutschland ausbreiten könnten. Das Problem dabei: Ohne geordnete, stabile Verhältnisse im Land des ehemaligen Kriegsgegners „kann es keinen Frieden geben", wie der führende Kommentator der *Times*, John W. Flanagan, herausstrich.[43] Trotz der unterschiedlichen Interpretationen über Genuität und Reichweite des politischen und gesellschaftlichen Wandels in Deutschland wurde deshalb nach anfänglichen Befürchtungen in allen Zeitungen begrüßt, dass die extreme Linke offenbar keinen entscheidenden Einfluss erringen konnte.[44]

Der Aufstand der Spartakisten bot nun allerdings den Anlass, erneut Parallelen zur Entwicklung in Russland zu ziehen.[45] Philips Price konstatierte bereits wenige Tage vor dem Aufstand im *Manchester Guardian*, dass sich ähnlich wie in Russland im Sommer 1917 in Deutschland ein Klassenbewusstsein ausbilde, dass sich aus der Angst der bürgerlichen Mittelschicht vor dem Bolschewismus speiste und zu einer Verhärtung der Fronten zwischen Revolutionären und Gegenrevolutionären führte.[46] Nachdem die Spartakisten losgeschlagen und zunächst alle großen Zeitungsverlage besetzt hatten, erkannte der *Daily Telegraph* verblüffende Ähnlichkeiten zwischen den einzelnen Phasen der Revolution in beiden Ländern. Wie in St. Petersburg, so hätten sich auch in Berlin unter den Revolutionären zunächst drei Richtungen herausgebildet: eine moderate vertreten durch die MSPD, eine sozialistisch-revolutionäre repräsentiert durch die USPD und eine bolschewistische.[47] Sowie die moderaten Kräfte An-

---

42 Vgl. z.B. The Times, 27. Dezember 1918, LA „The German Government".

43 Ebd., 14. Januar 1919, LA „Steadying Europe".

44 Leonard Spray hatte beispielsweise Anfang November im *Daily Telegraph* gewarnt, dass der Bolschewismus in Deutschland „is not a mere bogey. But it is a real, menacing danger." The Daily Telegraph, 8. November 1918.

45 Begünstigt wurde eine umfassende Berichterstattung dadurch, dass inzwischen einige englische Korrespondenten in der deutschen Hauptstadt eingetroffen waren. Für die *Daily Mail* war F. Sefton Delmer von der Schweiz aus nach Berlin gereist. Die *Times* hatte den Schweden Gunnar Cederschiold vor Ort, und für den *Manchester Guardian* schrieb Morgan Philips Price einige Reportagen.

46 The Manchester Guardian, 31. Dezember 1918.

47 The Daily Telegraph, 9. Januar 1919, LA „The Struggle In Berlin".

zeichen erkennen ließen, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, hätten sich die anderen von ihnen losgesagt und arbeiteten stattdessen auf einen Sturz der neu gegründeten Republik und die Errichtung der Diktatur des Proletariats hin – mit den aus Russland bekannten Mitteln von gewalttätigen Massendemonstrationen und der Zensur der Presse. Was kein Wunder sei, da Liebknecht die russischen Revolutionsexperten Radek und Joffe mit Rat und Tat zur Seite stünden. Ein entscheidender Unterschied bestand für den *Telegraph* jedoch darin, dass Ebert und seine Kollegen sich der bolschewistischen Anarchie entschlossen entgegenstellten und mit Gustav Noske einen erfahrenen und energischen Befehlshaber hatten, dem überdies die Armeeführung unter General Groener genug zuverlässige Truppen zur Verfügung stellen konnte. Deshalb stünden die Chancen gut, dass Ebert und die MSPD die Oberhand behielten.[48] Nicht ohne Häme erklärte die *Daily Mail*, es geschehe den Deutschen, die den Bolschewismus nach Russland exportiert hatten, recht, dass sie nun selbst Opfer ihrer eigenen ideologischen Waffe geworden waren. Trotz der Unterstützung durch die russischen Emissäre räumte aber auch die *Mail* den Bolschewisten in Berlin keine großen Erfolgsaussichten ein.[49]

Die Niederschlagung des Aufstandes zerstreute die Befürchtungen über weitere bolschewistische Coups aber nicht. Zwar wurde das gewaltsame Ende als ein herber Rückschlag für die Spartakisten bewertet, die mit der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs noch dazu ihre Identifikationsfiguren verloren hatten.[50] Dennoch herrschte auf den Meinungsseiten eine erhebliche Unsicherheit, ob dies das endgültige Aus für den Bolschewismus in Deutschland war. Mehrere Faktoren ließen die Kommentatoren daran zweifeln. Die *Times* verwies auf die allgemein schlechte Versorgungslage und die weit verbreitete Unzufriedenheit in der Bevölkerung, wodurch nicht auszuschließen sei, dass die Spartakusbewegung nicht doch noch auf größere Resonanz stieß.[51] Der *Manchester Guardian* hatte das Taktieren der MSPD gegen die anderen sozialistischen Parteien und ihr Paktieren mit Vertretern der kaiserlichen Autoritäten als Problem ausgemacht. Dadurch hätten die Mehrheitssozialdemokraten erheblich an moralischer Autorität verloren.

They do not seem to have carried out the programme of the Soviet Congress; their relations with Hindenburg and the Supreme Army Command are obscure and disturbing; their affiliation with the old discredited bureaucracy puzzle plain men; their forcing tactics against their opponents have a strong flavour of Prussianism.[52]

---

48 Ebd.

49 The Daily Mail, 9. Januar 1919, LA „Berlin Bolsheviks".

50 Das politische Wirken der beiden wurde in den Zeitungen ausführlich gewürdigt. Selbst die *Daily Mail* erkannte ihre persönliche Courage an, die sie gegen den Krieg der Hohenzollern hatte protestieren lassen, verurteilte aber ihre politischen Ziele, die wie der Bolschewismus generell nur auf Zerstörung angelegt waren. The Daily Mail, 18. Januar 1919, „Liebknecht & ‚Red Rosa' – Tiger And Tigress Of Hun Socialism", sowie LA „The End Of The Tigers".

51 The Times, 14. Januar 1919, LA „Steadying Europe".

52 The Manchester Guardian, 9. Januar 1919, LA „The Fighting In Berlin".

Der *Guardian* bezweifelte deshalb, dass die Niederlage der Spartakisten ein Sieg für die MSPD war.[53]

Ein weiterer Faktor, der ein Wiederaufleben des Bolschewismus möglicherweise begünstigte, war das Verhalten der alliierten Siegermächte. Im *Herald* beklagte Brailsford die nicht gerade euphorische Reaktion in den alliierten Ländern auf die Revolution in Deutschland.[54] Die Deutschen hätten sich in gutem Glauben auf das Wohlwollen der Sieger von ihren Weltmachtträumen und dem Militarismus verabschiedet. Hohe Reparationsforderungen ohne den gleichzeitigen Zugang zu Rohstoffen und Märkten sowie groß angelegte Gebietsabtretungen könnten jederzeit wieder Proteste und eine Revolte auslösen.[55] Der Journalist hatte bereits einen Monat zuvor eindringlich gewarnt, dass im Falle zu harter Friedensbedingungen entweder eine bolschewistische Revolution drohe oder sich die Deutschen wieder ihren alten Kriegsherren zuwenden würden.[56]

Auf letztere Option richtete sich jetzt das Augenmerk der anderen Zeitungen. Dass Ebert und die MSPD den Spartakusaufstand nur mithilfe von neu aufgestellten Freiwilligenverbänden niederschlagen konnten, weckte die schlimmsten Befürchtungen. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Freikorps dabei gegen frühere politische Weggefährten der MSPD vorgegangen waren, verstärkte die Sorge vor einer Rückkehr der Militaristen zusätzlich. Die auch nach dem Aufstand anhaltende Rekrutierungswelle für die Freikorps sah für den *Manchester Guardian* schon nach einer neuen Mobilisierung aus. Vieles, von dem man gedacht hatte, es sei bereits überwunden – wie das aggressive Kaisertum und der Pan-Germanismus – erhebe wieder sein Haupt.[57] Im *Daily Telegraph* erschien eine ähnliche Reportage, in der nach der Ermordung der Spartakistenführer auf das drohende Unheil von Rechts hingewiesen wurde, „which threatens to destroy the fruits of the overthrow of the old régime. After the collapse of Germany the military were very quiet indeed, but now the officers have become arrogant. They have resumed their old demeanour, and one would not be surprised if the monocle were to reappear."[58]

Insgesamt bot die Berichterstattung über die Novemberrevolution vom Ausbruch bis zur Wahl der Nationalversammlung in den fünf Zeitungen ein sehr widersprüchliches Bild. Die Ursachen dafür waren vielfältig. Zum einen war die Lage an sich oft genug sehr unübersichtlich. Zum anderen war die Informationsgewinnung mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Redaktionen in

---

53 Denn es sei keineswegs sicher, dass sich das Ausschalten der Spartakisten bei den anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung in einer eigenen Mehrheit für die MSPD auszahlen werde. THE MANCHESTER GUARDIAN, 18. Januar 1919, LA „The Killing Of Liebknecht".

54 THE HERALD, 18. Januar 1919, LA „The German Revolution".

55 Ebd.

56 Ebd., 7. Dezember 1918, LA „The Folly Of Indemnity".

57 THE MANCHESTER GUARDIAN, 18. Januar 1919, „Revival Of German Militarism – Officer Again The Idol Of The Public".

58 THE DAILY TELEGRAPH, 20. Januar 1919, „Arrogant Officers".

London waren zunächst auf deutsche Zeitungen und halbamtliche Verlautbarungen angewiesen. Nur sehr langsam und zunächst auch nur vereinzelt kamen englische Journalisten oder Reporter anderer Nationalitäten, die für die englische Presse berichteten, nach Deutschland.

Hinzu kam, dass die politische Prädisposition der jeweiligen Publikation in nicht unerheblichem Maße auch den Blickwinkel auf die Ereignisse in Deutschland bestimmte. So ist es angesichts der Tatsache, dass der *Herald* die pazifistischen und internationalistischen Ideen der Arbeiterbewegung vertrat, kaum überraschend, dass hier die von der deutschen Arbeiterbewegung vorangetriebene Revolution durchweg positiv beurteilt wurde. Das Bild wurde entscheidend geprägt durch die Beiträge des Kolumnisten Henry N. Brailsford, der zum Teil kritiklos und übertrieben optimistisch von der endgültigen Abkehr der Deutschen von Monarchie und Militarismus und ihrer überzeugten Hinwendung zur Demokratie schrieb. Der liberale *Manchester Guardian* unter der Leitung seines Chefredakteurs C.P. Scott begrüßte die Veränderungen in Deutschland ebenfalls, stellte sie aber wesentlich differenzierter dar. Bemängelt wurde unter anderem, dass die alten Strukturen des Kaiserreichs unangetastet blieben und dass die MSPD unter Führung Eberts ein Bündnis mit den Militärs einging, was schließlich zur Spaltung der Arbeiterbewegung führte.[59] Ungeachtet dessen plädierten aber auch der *Guardian* sowie der *Herald* dafür, dem „neuen" Deutschland Vertrauen entgegenzubringen, die dortigen Schwierigkeiten anzuerkennen und alles zu tun, um die demokratischen Kräfte zu stützen.

Die Darstellung der konservativen Zeitungen durchzog auch nach dem Abschluss des Waffenstillstands das Misstrauen, das von der Propaganda in England geschürt worden war. In den Berichten und Kommentaren dieser Publikationen bezweifelte man grundsätzlich, dass die Revolution ein genuiner Umsturz war und sich die Einstellung der deutschen Bevölkerung gewandelt hatte.[60] Dahinter stand die Befürchtung, dass Deutschland als Hauptschuldiger

---

59 Der Rat der Volksbeauftragten etwa war in der Einschätzung des *Guardian* nur ein Dachgeschoss, das auf das alte Gebäude gesetzt worden war, dem lediglich ein neuer Anstrich verpasst worden war. THE MANCHESTER GUARDIAN, 26. November 1918, LA „Germany And Bolshevism".

60 Der *Daily Telegraph* war in diesem Punkt nicht ganz so dogmatisch, vermisste aber auch die Zeichen eines echten Neuanfangs. „Germany is adrift, and, for the present at any rate, revolution is mainly a negation. There is a strange, depressing emptiness about the whole thing; it is astonishingly dull, it lacks the picturesque element. One searches in vain for a great leader, for an inspiring idea. Social democrats, who are now on top, have no refreshing original ideas, no vigour of moral leadership. Most of them are busily explaining away their own obsolete Marxian doctrines and heavily drawing a veil over the shame of the catastrophe. […] The idea that revolution was nothing but a manoeuvre to make peace is wrong. Such political motives as actuated those Germans who concluded the armistice may have been of very various quality, but as an outward and physical sign the revolution is really there, and potentially it has been there for months past. It is collapse, it is breakdown, it is in itself defeat; and that is its primary character. Whether it is later to become a moral regenerating force remains to be seen." THE DAILY TELEGRAPH, 2. Dezember 1918.

für den Ausbruch des Krieges und die damit verbundenen Verbrechen nach einer schmerzlosen Trennung von den Symbolfiguren des Kaiserreichs mit einem milden Frieden davonkommen könnte. Deshalb erinnerten der *Daily Telegraph*, die *Times* und vor allem die *Daily Mail* immer wieder daran, dass die Sozialdemokraten den Krieg unterstützt hatten und dass sie auch jetzt weiter mit den kaiserlichen Militärs zusammenarbeiteten, die die eigentlichen Machthaber waren. Deshalb stuften sie die Bolschewismusgefahr als bloßes Schreckgespenst ein, mit dem Ebert und Scheidemann die Alliierten verunsichern wollten, und betonten, dass alle Deutschen eine Mitschuld traf, denn solange der Kaiser und seine Generäle erfolgreich waren, hatten sie sie ja verehrt und waren ihnen willig gefolgt.[61] Außerdem weigerten sie sich offenkundig, die Niederlage und ihre Schuld anzuerkennen.[62] Dass dahinter bei der *Times* und der *Daily Mail* System steckte, wird bei einem genaueren Blick auf die Berichterstattung der Blätter Northcliffes zwischen der Auflösung des Unterhauses Mitte November 1918 und der Neuwahl Mitte Dezember deutlich.

2.1.2 „Hang the Kaiser!" Die Northcliffe-Presse und Deutschland im Wahlkampf 1918

Ein wichtiger Beweggrund Northcliffes für die Kampagne, die seine Zeitungen Ende 1918 gegen Deutschland initiierten, lag in der dramatischen Verschlechterung seiner Beziehung zu Premierminister Lloyd George, die wiederum auf das Rollenverständnis des Pressebarons zurückzuführen war. Ganz unbestritten hatte Northcliffe durch die Unterstützung, die seine Zeitungen Lloyd George und dessen Kriegskabinett seit 1916 zuteil werden ließen, sowie durch seine erfolgreiche Arbeit als Leiter der *British War Mission* in Amerika und an der Spitze des *Department of Propaganda in Enemy Countries* seinen Teil zum Sieg der Alliierten beigetragen.[63] Er selbst neigte jedoch dazu, seinen Anteil am Erfolg und seinen Einfluss zu überschätzen. „He had become increasingly convinced that his support was indispensible to the existence of any government, and more particularly, that he was entitled to settle the terms of peace and post-war domestic policy."[64] Dieser Anspruch führte ihn nun in einen direkten Konflikt mit dem Premierminister.

Bei einem Treffen der beiden Anfang Oktober eröffnete Northcliffe Lloyd George, dass seine Zeitungen nur dann für eine Wiederwahl des Walisers werben würden, wenn der Premier ihm zuvor eine Liste der künftigen Kabi-

---

61 So zum Beispiel die *Times*: „They were in fact accomplices in the crimes of ‚militarism' and they were its accomplice because they approved its ends and had no remorse as to the use of its most inhuman means." The Times, 20. Dezember 1918, LA „Germany In Defeat".

62 Ebd.

63 Wie Lloyd George später anerkennend zugestand, der von einem „entscheidenden Beitrag zum Sieg" sprach. Lloyd George, Peace Treaties, Bd. 1, S. 558.

64 Amery, Political Life, Bd. 2, S. 180.

nettsmitglieder zukommen ließe.[65] Das Ansinnen Northcliffes kam einem Erpressungsversuch gleich und wurde von Lloyd George entsprechend brüsk zurückgewiesen.[66] Ein weiterer, allerdings unter den Beteiligten umstrittener Vorfall, bedeutete den endgültigen Bruch zwischen dem Pressezaren und dem Premierminister. Angeblich verlangte Northcliffe Anfang November, als offizielles Mitglied der britischen Delegation zu den Friedensverhandlungen zu fahren.[67] Auch darauf ließ sich der Premier nicht ein, was nach seiner Erinnerung bei Northcliffe Erstaunen und Verärgerung zur Folge hatte.[68]

Feststeht, dass Northcliffe sich schon im Sommer Gedanken über einen möglichen Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich gemacht und mit der Frage beschäftigt hatte, wie man mithilfe seiner Propagandaabteilung für die Friedensbedingungen werben könnte.[69] Der britischen Regierung hatte er sich für den Zeitraum der Friedensverhandlungen und des Wiederaufbaus als Berater und Leiter der Propaganda angeboten.[70] Nach der Zurückweisung durch Lloyd George trat Northcliffe, wie schon an anderer Stelle erwähnt, am 12. November vorzeitig von diesem Posten zurück und begann, mit der geballten Macht seiner Presseorgane öffentlichen Druck zu erzeugen, um

---

65 History of the Times, Bd. 4, S. 369–371. Dieser Forderung Northcliffes lag seine Furcht zu Grunde, in Großbritannien drohe eine Revolution, deren Ausbruch nur mit sozialen Reformen sowie einem vorteilhaften Frieden mit Deutschland verhindert werden könnte. Lloyd George aber war nach Überzeugung Northcliffes an die „Junker of the Tory ‚old gang' party" gekettet, die der Umsetzung eines Reformprogramms im Wege standen. Tagebucheintrag von Cecil Harmsworth vom 30. November 1918. Zit. nach POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 676f. In einem Brief an Dawson warnte Northcliffe, dass Lloyd George aller Wahrscheinlichkeit nach „reaktionäre Minister" in sein Kabinett berufen werde, „who will not allow Ll. G. to carry out such reforms as will prevent revolution." Northcliffe an Dawson, 1. Dezember 1918, Dawson Papers, Correspondence with Northcliffe, TNL Archive, GGD/1.

66 History of the Times, Bd. 4, S. 384f.

67 So Lloyd George gegenüber Lord Riddell. RIDDELL, Intimate Diary, Eintrag vom 30. November 1918. Vertraute Northcliffes wie Wickham Steed bestritten später, dass er wirklich direkt an den Friedensverhandlungen beteiligt werden wollte. Es existiert auch kein schriftlicher Beleg für seine Forderung. Vgl. POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 682. Andere in Northcliffes Umgebung waren dagegen überzeugt, dass hier der Grund für das Zerwürfnis der beiden lag. Vgl. z.B. Dawson Papers, Account of Dawson's reasons for resigning from the Editorship [1919], TNL Archive, GGD/3. Ebenso FYFE, Northcliffe, S. 258. Cecil Harmsworth glaubte, sein Bruder wollte nur in die Verhandlungen einbezogen werden. Eine offizielle Funktion habe für ihn eine untergeordnete Rolle gespielt. Aber auch dazu war Lloyd George nicht bereit. POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 682. Der Premierminister blieb auch später bei seiner Darstellung. LLOYD GEORGE, Memoirs, Bd. 1, S. 175–177.

68 LLOYD GEORGE, Peace Treaties, Bd. 1, S. 558. Nach der Version, die Lloyd George einem seiner konservativen Koalitionspartner Sir Edward Carson zum Besten gab, verabschiedete der Premier Northcliffe mit den Worten er könne „zur Hölle gehen". So jedenfalls erzählte es Carson seinem Parteifreund Leo Amery. AMERY, Political Life, S. 180f.

69 STEED, Thirty Years, Bd. 2, S. 223 und History of the Times, Bd. 4, S. 384f.

70 History of the Times, ebd. Vgl. auch NEWTON, British Policy, S. 273.

so die Politik auf seine Eckpunkte eines Friedens mit Deutschland festzulegen.[71]

Im Mittelpunkt der Kampagne seiner Publikationen standen drei Themen, die vor allem die Schlagzeilen der *Daily Mail* beherrschten: die Bestrafung des Kaisers, die Ausweisung noch in England lebender Deutscher sowie die Forderung nach Reparationen. Dass zumindest die letzten beiden Punkte Northcliffe schon seit längerer Zeit beschäftigten, belegen ein Schreiben an Dawson aus dem Sommer 1918 und ein öffentlicher Auftritt des Pressezaren im Herbst. Vom Chefredakteur der *Times* verlangte Northcliffe im Juli einen deutlichen Artikel, der die Nachlässigkeit anprangerte, mit der die Regierung die in England internierten Deutschen behandelte.[72] Bei einem Besuch in Schottland im September forderte er von Preußen-Deutschland Wiedergutmachung für alle Kriegsschäden und zwar „town for town, village for village, ship for ship, jewel for jewel, picture for picture, dollar for dollar […] she must pay full compensation for all she has […] stolen, sacked and burnt".[73]

Während Anfang November bei den Regierungsparteien noch die Abstimmung über die Themen lief, mit denen der Wahlkampf bestritten werden sollte, eröffnete die *Daily Mail* ganz im Sinne Northcliffes ihre Kampagne mit dem Ruf nach voller Kompensation für alle, „who have suffered loss at the hands of the enemy, whether in this or any other country, or whether by land, sea, or from the air. That is the merest ABC of ‚reparation', and it is a lesson the Germans must get by heart."[74] Ohne Rücksicht auf die politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland folgten in regelmäßigen Abständen weitere Artikel, in denen diese Forderung erneuert wurde.[75] Gleichzeitig griff die *Mail* begierig alle Informationen auf, die die Schuld Wilhelms II. am Kriegsausbruch sowie sein Wissen und seine Mitverantwortung für deutsche Kriegsverbrechen zu belegen schienen.[76]

---

71 Zwei Tage später schrieb Northcliffe an Dawson, er habe Lloyd George mitgeteilt, dass er ihn nicht länger unterstützen könne. NEWTON, British Policy, S. 274. Zum Rücktritt Northcliffes vgl. auch Teil II, Kapitel 1.4.1.

72 Schreiben Northcliffes an Dawson, 5. Juli 1918, BL, NADM 62245.

73 Zit. nach THOMPSON, Northcliffe, S. 307.

74 THE DAILY MAIL, 9. November 1918, LA „72 Hours – Germany Crashing Meantime".

75 Ebd., 13. und 29. November 1918.

76 Vgl. z.B. ebd., 11. November 1918, „The Arch-Criminal". Nach diesem Artikel plante Wilhelm bereits weit vor der Julikrise den Krieg gegen Frankreich, wie seine Bemerkung zum belgischen König Albert im November 1913 bewies, wonach ein solcher Krieg unvermeidlich sei. Für die deutsche Führung sei außerdem schon Anfang Juli 1914 der Krieg beschlossene Sache gewesen und nach der Invasion Belgiens habe Wilhelm angeblich die Order gegeben, keine Gefangenen zu machen. Tatsächlich erteilte der Kaiser bei einer Unterredung mit dem Botschafter Österreich-Ungarns am 5. Juli den so genannten Blankoscheck, in dem er versprach, Deutschland werde „in gewohnter Bundestreue" an der Seite der Donaumonarchie stehen. Weil es Befürchtungen gab, Wilhelm könnte im Verlauf der Krise „umfallen", drängte ihn u.a. Reichskanzler Bethmann Hollweg, wie gewohnt nach Norwegen in den Urlaub zu fahren. Unterdessen liefen in Berlin die politischen und militärischen Vorbereitungen für den Krieg an. Vgl. REINERMANN, Kaiser, S. 416f. Siehe auch Botschafter Szögyéy, Berlin, an Berchtold, 5. Juli 1914, in: HÖLZLE (Hrsg.), Quellen, S. 307f.

Als ein wichtiger Beweis galten der *Mail* die Dokumente, die der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner in München publizieren ließ und aus denen hervorging, dass die kaiserliche Regierung ihren Verbündeten Österreich-Ungarn in der Julikrise 1914 bestärkt hatte, die günstige Situation auszunutzen, auch wenn das Krieg bedeutete.[77] Von der britischen Regierung erwartete die *Mail*, sich um eine Auslieferung des Kaisers zu bemühen, der inzwischen in Holland im Exil lebte.[78] Die Frage, was mit den in England verbliebenen „Hunnen" geschehen sollte, stilisierte die *Mail* schließlich zu einem Test für Lloyd George hoch.[79] Die Ausweisung dieser so genannten „enemy aliens" war für den Premier bisher nebensächlich. In der Bevölkerung erhitze dieses Thema aber die Gemüter, hielt die *Mail* dagegen und druckte als Beleg unter der Überschrift „Keep out the Huns" eine ganze Reihe von Leserbriefen ab.[80]

Ergänzt wurde diese antideutsche Grundmelodie durch Berichte über die Brutalität, mit der englische Kriegsgefangene behandelt wurden, die halb verhungert aus den deutschen Lagern entlassen wurden und sich in Eiseskälte zu Fuß zu den alliierten Linien durchschlagen mussten,[81] sowie über den nach wie vor verbreiteten England-Hass. Nach der Überzeugung von Charles Tower war es egal, welche Partei künftig in Deutschland den Ton angab: „whatever party wins in Germany will be an anti-English Party, for hatred of England is universal, […] the Germans will neither forgive nor forget. […] They have been beaten by England, and they will live and die to smash England. England has never had a deadlier enemy than the new Germany."[82] Hinzu kamen offene Zweifel an der Nahrungsmittelknappheit in Deutschland. Die Appelle von deutscher Seite an die Alliierten, die Blockade aufzuheben, da die Lage sich täglich verschlechterte, wurden als „Gejammer" abgetan.[83] Erste Berichte di-

---

77 The Daily Mail, 25. November 1918, „Ex-Kaiser's Guilt – Bavarian Indictment". Die Dokumente, die Eisner veröffentlichen ließ, waren allerdings an wichtigen Stellen so bearbeitet, dass sie „in der Tat eine dezidierte Kriegsentfesselungspolitik der kaiserlichen Regierung glaubhaft machten – wenn man, wie Eisner es tat – alles aus den Dokumenten kurzerhand herauskürzte, was dem entgegenstand." Krumeich, Versailles, S. 53–64. Hier S. 56f.

78 The Daily Mail, 25. November 1918, „Ex-Kaiser's Extradition".

79 Ebd., LA „Test for the Prime Minister".

80 Ebd.

81 U.a. ebd., 20. November 1918, LA „The Prisoner's Agony". Zweifellos litten viele britische Kriegsgefangene, deren Entlassung in den ersten Tagen der Revolution ungeordnet und teils chaotisch vonstatten ging, echte Not. Das Kriegskabinett warnte daraufhin die deutsche Regierung vor einer Misshandlung der Gefangenen. Allerdings mussten die Kabinettsmitglieder anerkennen, dass die generell schlechte Versorgungslage mit Nahrungsmitteln in Deutschland ursächlich für das Problem war. Vgl. Newton, British Policy, S. 276, Fn. 80.

82 Der Artikel Towers stützte sich allerdings nach seinen eigenen Angaben lediglich auf die Gespräche eines *Mail*-Korrespondenten mit einem deutschen Bankier und einer Kellnerin. The Daily Mail, 23. November 1918, „Germany Sworn To Revenge – Hatred Of England".

83 Ebd., 21. November 1918, LA „An Appeal To Our Softies".

rekt aus Deutschland wie die von Sefton Delmer schienen den Verdacht zu bestätigen, dass es sich auch dabei um ein Täuschungsmanöver der Deutschen handelte, um die Siegermächte milde zu stimmen.[84] Die *Times* befasste sich ebenfalls mit diesem Thema und konnte sich die Hilferufe ebenfalls nur mit der den Deutschen eigenen Arroganz oder deren Hoffnung erklären, den Gegner täuschen zu können. Ein Ende der Blockade käme jedenfalls vor dem Abschluss eines Friedensvertrags nicht in Frage, da sich die Alliierten sonst ihres wirksamsten Druckmittels berauben würden.[85]

Im Gegensatz zur *Daily Mail* spielten die drei Parolen Northcliffes in der *Times* während der ersten beiden Wochen des Wahlkampfs zunächst keine prominente Rolle. Dawson passte die innenpolitische Stoßrichtung der Kampagne nicht, die auf eine Regierung zielte, deren Wiederwahl er für richtig hielt und in der eine Reihe von persönlichen Freunden des Chefredakteurs saßen,[86] und er zweifelte am Sinn und an der Durchführbarkeit der drei Kernforderungen wie etwa der Aburteilung Wilhems II. durch ein alliiertes Tribunal. Für ihn war vor allem wichtig, dass aus dem Ex-Kaiser kein Märtyrer gemacht wurde.[87] Mit seiner Zurückhaltung in diesen Fragen zog er allerdings den Zorn Northcliffes auf sich, der in einer Art Mängelliste Ende November die Versäumnisse der *Times* detailliert aufführte und von Dawson verlangte, endlich die Themen zu behandeln, die in seinen Augen praktisch in jedem Wahlkreis die Auseinandersetzung der Kandidaten beherrschten: „Indemnity, Kaiser and Expulsion of Huns".[88] Northcliffe beklagte, dass die *Times* hier hinter seinen anderen Zeitungen „hinterherhinkte" und sie weit von einer Meinungsführerschaft entfernt war.[89] Die Beschwerde blieb offenbar nicht ohne Wirkung. In der darauf folgenden Woche erschien zunächst ein Kommentar, in dem die britische Regierung aufgefordert wurde, den Deutschen die gesamte Rechnung der Kriegskosten zu präsentieren.[90] Nur zwei Tage später warnte Dawson selbst in einem Leitartikel mit der Überschrift „Making Germany Pay" davor, Deutschland zu leicht davonkommen zu lassen.[91] Außerdem erschienen vermehrt Berichte über Wahlversammlungen, die beherrscht wurden von Fragen

---

84 Ebd., 23. November 1918, „Cable From Bavaria – Plenty Of Food And Cheap".

85 The Times, 28 November 1918, LA „Abolish The Blockade?". Das Schicksal der britischen Kriegsgefangenen wurde ebenso ausführlich wie in der *Daily Mail* behandelt. Vgl. The Times, 19. November 1918, „Starving British Prisoners – Hunger March From Germany", sowie 21. November 1918, LA „Prisoners: A Last Horror".

86 Wie z.B. Milner und Kerr. History of the Times, Bd. 4., S. 449.

87 In einem Brief an Lord Halifax trat Dawson zwar auch dafür ein, den Kaiser aus Holland herauszuholen, da er von dort aus weiter für Unruhe sorgen könnte, plädierte aber dafür, ihn nach Deutschland zurückzuschicken. Dawson an Lord Halifax, 7. Dezember 1918, Dawson Papers, General Correspondence, BLO, MS Dawson 67.

88 Northcliffe an Dawson, 30. November 1918, BL, NADM 62245.

89 „Its leading articles on the Election are very little quoted." hatte er festgestellt. Ebd.

90 The Times, 7. Dezember 1918, LA „What Is The Whole Bill?".

91 Ebd., 9. Dezember 1918.

nach dem Kaiser, der Kriegsentschädigung und der Repatriierung der „Hunnen".[92]

In der Redaktion der *Daily Mail* war die Kampagne Northcliffes dagegen unumstritten. Chefredakteur Thomas Marlowe war davon überzeugt, dass die Forderung nach harten Friedensbedingungen genau die Stimmung in der Bevölkerung traf, wie aus einem Brief an Northcliffe deutlich wird.

> Lloyd George is under suspicion of forgiving the Germans + forgetting the war too quickly. He is acting on the belief that Englishmen like to shake hands after a fight: So they do, but not this time. They don't regard the Hun as a clean fighter and they don't want to shake hands with him. […] I am glad you insist on keeping out the Huns + hope you will ram this ‚stunt' down the Prime Minister's throat.[93]

Die Stimmungsmache in der Northcliffe-Presse, der sich andere Zeitungen des konservativ-patriotischen Spektrums anschlossen,[94] verfehlte ihre Wirkung auf die Vertreter der Koalitionsregierung nicht. Ursprünglich sollte die Außenpolitik weder in der Wahlkampfkonzeption der konservativen noch in der der liberalen Partei von Lloyd George eine zentrale Rolle spielen. Im Mittelpunkt des gemeinsamen Manifests, das am 22. November 1918 vorgestellt wurde, stand vielmehr ein innenpolitisches Reformprogramm, das unter anderem die Verteilung von Land an heimkehrende Soldaten, eine Ausweitung des Wohnungsbaus, die Ankurbelung der Produktion und die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau versprach. Die außenpolitischen Punkte sahen den Abschluss eines gerechten und dauerhaften Friedens sowie die Gründung eines Völkerbundes vor.[95] Bei ihren Auftritten in den Wahlkreisen mussten die Vertreter der Koalition aber bald erkennen, dass die Bürger ganz andere Fragen bewegten. So stellte Leo Amery in Birmingham fest: „The great British people are not in the least interested in Social Reform or Reconstruction, but only in making the Germans pay for the war and punishing the Kaiser."[96]

---

92 Vgl. z.B. The Times, 2. und 3. Dezember 1918. Die *Times* gab aber auch kritischen Stimmen Raum. In der Leserbriefspalte kam etwa Francis C. Montague, der Bruder des stellvertretenden Chefredakteurs des *Manchester Guardian*, Charles E. Montague, zu Wort: „You cannot destroy Germany; you cannot prevent the Germans from remaining a powerful nation; you cannot hinder many, perhaps most, Germans from cherishing monarchical opinions; you cannot force Germans to think as you do about the responsibility of the recent war. But you can help the Germans to close their ranks; you can give tenfold vigour to German monarchical sentiment; you can throw a halo round the fallen House of Hohenzollern; you can provide a martyr and a legend to deepen and immortalise that passion for revenge which the Germans like every other vanquished people must be supposed to feel." Ebd., 3. Dezember 1918.

93 Marlowe an Northcliffe, 27. November 1918, BL, NADM 62199.

94 So das Ergebnis der Presseauswertung von Newton, British Policy, S. 275. Ebenso Gebele, Krieg und Frieden, S. 256.

95 Vgl. Gebele, ebd., S. 252.

96 Amery an seine Frau, 26. November 1918, abgedruckt in: Barnes und Nicholson, Amery Diaries, Bd. 1, S. 246.

Als abschreckendes Beispiel dafür, was passieren konnte, wenn sie den Eindruck erweckten, zuviel Verständnis für die besiegten Deutschen aufzubringen, stand den wahlkämpfenden Abgeordneten Lord Milner vor Augen. Dieser hatte in einem Interview mit dem *Evening Standard*, das am 17. Oktober erschienen war, erklärt, dass seiner Überzeugung nach nicht alle Deutschen in den Militarismus vernarrt waren. Gleichzeitig hatte er die Briten aufgerufen, sich nicht dem Gefühl der Wut oder Entrüstung gegen Deutschland hinzugeben, wie gerechtfertigt auch immer diese Empfindungen sein mochten.[97] Die *Daily Mail* brandmarkte Milner daraufhin als „pro-German" und attackierte ihn wochenlang erbarmungslos.[98] Für Northcliffe war Milners Standpunkt, der nichts anderes bedeutete als „to let the Germans off", nicht hinnehmbar.[99]

Angesichts der anhaltenden Agitation in den Zeitungen des Northcliffe-Konzerns, die die öffentliche Debatte immer mehr zu beherrschen drohte, suchten die Spitzen der Koalitionsparteien, insbesondere Lloyd George, nach einem Ausweg, wie Northcliffe zur Räson gebracht werden könnte.[100] Nach einer Analyse der Fraktionsführung unter Frederick Guest konnte die Regierung zwar auf die Unterstützung von rund zwei Drittel der wichtigsten britischen Zeitungen zählen. Auch die *Times* und die *Daily Mail* wurden als der Koalition gegenüber eher freundlich gesinnt eingestuft, wobei Guest allerdings ausdrücklich die kritische Haltung der *Times* gegenüber den ausgewählten Kandidaten sowie der Rolle der Parteizentralen hervorhob und auf die zunehmend feindseligeren Attacken der *Daily Mail* gegen die generelle Richtung des Wahlkampfs hinwies.[101] Der Premierminister bemühte sich daraufhin, jemanden zu finden, der zwischen ihm und Northcliffe vermitteln konnte. Zweimal trat er in den letzten Novembertagen an den Neffen des Pressebarons, den konservativen Unterhausabgeordneten Cecil Harmsworth, mit einer ent-

---

97 History of the Times, Bd. 4, S. 375f.

98 Ebd. Die Angriffe hielten bis in den November an. Vgl. THE DAILY MAIL, 6. November 1918.

99 POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 669 und 678. Laut der offiziellen Geschichte der *Times* gibt es keinen Beweis, dass Northcliffe persönlich die Attacken auf Milner angeordnet hatte. Allerdings brauchten der Chefredakteur Thomas Marlowe und der Leitartikler Herbert W. Wilson auch keinen Anstoß, sondern verdammten von sich aus jeden Politiker, der sich für einen Verständigungsfrieden aussprach, was im Übrigen der Linie Northcliffes entsprach. History of the Times, Bd. 4, S. 396.

100 U.a. riet Lord Reading Lloyd George, die Fehde mit Northcliffe zu beenden. History of the Times, Bd. 4, S. 448.

101 Am 29. November berichtete Guest Lloyd George, dass von 86 Morgen-, Abend- und Wochenzeitungen 50 der Regierung gegenüber freundlich bis sehr freundlich gesinnt waren, darunter auch der *Daily Telegraph*, und lediglich 36 eine feindliche Haltung einnahmen, wozu die meisten Labour-Blätter und der *Manchester Guardian* gehörten. Lloyd George Papers, Memorandum von Frederick Guest: „The Attitude of the Press", 29. November 1918, HLRO, F21/2/49.

sprechenden Bitte heran, der sich dann auch mit seinem Onkel in Verbindung setzte – allerdings ohne Erfolg.[102]

Unterdessen deutete sich an, dass immer mehr Koalitionspolitiker inklusive vieler Kabinettsmitglieder und sogar Lloyd George selbst geneigt waren, sich die Forderungen Northcliffes in Bezug auf Deutschland zu Eigen zu machen. Eine erste Diskussion in der Kabinettssitzung am 20. November über die Frage, wie mit dem Kaiser zu verfahren war, verlief noch kontrovers.[103] Dass die Vergehen Wilhelms II. strafwürdig waren, bezweifelte niemand. Bedenken gab es aber, was die praktische Umsetzung einer Bestrafung anging. Winston Churchill, zu diesem Zeitpunkt *Minister for Munition*, wies auf die Schwierigkeiten hin zu beweisen, dass die Schuld des Monarchen größer war als die seiner Berater oder des Parlaments oder der gesamten deutschen Nation, die den Krieg schließlich unterstützt hatten. Er empfahl deshalb, zuerst die rechtlichen Schwierigkeiten zu klären, bevor die Regierung sich in dieser Frage festlegte. Austen Chamberlain stimmte dem zu und warnte ebenfalls davor, dem Monarchen die alleinige Verantwortung zuzuschieben.[104] Nachdem der *Attorny-General* Sir Frederick Smith und die *Law Officers of the Crown* in einem Gutachten zu dem Schluss gekommen waren, dass eine Anklage des Kaisers vor einem internationalen Tribunal möglich war, beschloss das Kabinett am 28. November auf Drängen des Premierministers, Wilhelm und anderen deutschen Kriegsverbrechern den Prozess zu machen.[105] Churchill hatte bereits zwei Tage zuvor seine abwartende Haltung aufgegeben und in einer Ansprache in Dundee erklärt, dass die Verstöße Einzelner gegen das Kriegsrecht strafrechtlich zu ahnden seien und dass dies auch auf den Kaiser zuträfe.[106] Nach dem Kabinettsbeschluss spielte dieser Punkt der Bestrafung der Kriegsverbrecher auch bei allen öffentlichen Auftritten Lloyd Georges eine prominente Rolle.

Die Frage der Kriegsentschädigung rückte ebenfalls mehr und mehr in den Mittelpunkt der Wahlkampfreden. Während der Parteichef der Tories, Bonar

---

102 In einem Telefonat lehnte Northcliffe das Versöhnungsangebot ab, wie Cecil Harmsworth am 30. November in sein Tagebuch notierte. POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 676 und 680. Der Pressebaron blieb dabei, dass es keine Versöhnung gebe, so lange der Premier die „Reaktionäre" der Tories mit im Boot habe, wie Cecil Harmsworth Lloyd George am 2. Dezember berichtete. Lloyd George Papers, Cecil Harmsworth an Lloyd George, 2. Dezember 1918, HLRO, F/87/1/19.

103 Minutes of the Imperial War Cabinet, 20. November 1918, PRO, CAB 23/42.

104 Ebd.

105 Demnach sollte Wilhelm wegen seiner direkten Verantwortung für die Invasion Belgiens und für seine Zustimmung zum unbeschränkten U-Bootkrieg angeklagt werden. Mit beidem habe er gegen internationales Recht verstoßen, so das Gutachten. Minutes of the Imperial War Cabinet, 28. November 1918, PRO, CAB 23/42. Lloyd George hatte sich bereits am 20. November dafür ausgesprochen, dem Kaiser wegen „Hochverrats an der Menschlichkeit" den Prozess zu machen.

106 Im Übrigen ließ Churchill keinen Zweifel daran, dass alle Deutschen sich der Führung eines Angriffskrieges schuldig gemacht hatten und entsprechend dafür zahlen müssten. THE MANCHESTER GUARDIAN, 27. November 1918.

Law, am 25. November in Glasgow noch auswich und den Standpunkt vertrat, Friedensbedingungen könnten nicht per öffentlicher Diskussion bestimmt werden,[107] verkündete Chamberlain drei Tage später in Birmingham: „No indemnity which we could get was too high to ask for."[108] Lloyd George ging erstmals am 29. November in Newcastle auf eine mögliche Wiedergutmachung ein, indem er unter Applaus erklärte: „There is absolutely no doubt about the principle, and that is the principle we should proceed upon – that Germany must pay the costs of the war up to the limit of her capacity to do so."[109] Die *Times* und die *Daily Mail* begrüßten den Kurswechsel des Premiers, bemängelten aber sofort die Einschränkung durch den Hinweis auf die limitierte Liquidität Deutschlands und verlangten die Nennung einer genauen Summe.[110] Northcliffe selbst äußerte in dem schon erwähnten Schreiben an Dawson einen Tag nach der Rede den Verdacht, dass Lloyd George unter dem Einfluss deutscher Finanziers stand, die versuchten zu verhindern, dass Deutschland für die Kriegskosten aufkam. Er kündigte an: „I do not believe that Lloyd George is a free agent in this matter and I am determined to bring pressure to bear."[111]

In den verbleibenden zwei Wochen bis zur Wahl schaukelten sich die Forderungen der Northcliffe-Blätter und die Versprechen der Koalitionspolitiker gegenseitig immer weiter hoch. Der *Attorny-General* Smith betonte, die Regierung werde jeden „Boche" im Land zurückschicken. Edwin Montagu, *Secretary of State for India*, sprach sich dafür aus, dass Deutschland für alle Zerstörungen und Verbrechen des Krieges bezahlen und dem Kaiser der Prozess gemacht werden müsse,[112] wurde aber noch übertroffen von George Barnes, dem Minister ohne Geschäftsbereich, der sagte: „I am for hanging the Kaiser. […] I say it would be a monstrous thing if the greatest culprit and murderer in history escaped the just penalty of his crimes."[113]

Bezeichnend für das Wahlkampfklima ist das Beispiel von Sir Eric Geddes, dem *First Sea Lord*, der bei einem Auftritt in Cambridge Ende November auf die Probleme einer zu hohen Kriegsentschädigung hingewiesen hatte, die die Deutschen nur über erhöhte Exporte aufbringen könnten und die so die britische Industrie ruinieren und zu steigender Arbeitslosigkeit führen könnte. In der Presse wurde er dafür als „pro-German" und „weak-kneed" angegriffen,[114] woraufhin Geddes rhetorisch aufrüstete und am 9. Dezember seinen Wählern versprach: „If I am returned, Germany is going to pay restitution, reparation

---

107 The Times, 26. November 1918.
108 Ebd., 29. November 1918.
109 Ebd., sowie 30. November 1918.
110 The Daily Mail, 30. November 1918, LA „Wobbling"; The Times, 30. November 1918, LA „The Kaiser – And ‚Ton for Ton'".
111 Northcliffe an Dawson, 30. November 1918, BL, NADM 62245.
112 The Times, 2. Dezember 1918.
113 The Daily Mail, 2. Dezember 1918.
114 Vgl. Newton, British Policy, S. 289f.

and indemnity, and I have personally no doubt we will get out of her all you can squeeze out of a lemon, and a bit more."[115]

Griffige Parolen der Politiker wie „Hang the Kaiser!" und „Make the Germans Pay" wurden von den Zeitungen gern aufgenommen und fanden in den Überschriften immer wieder Verwendung.[116] Der Premierminister versuchte, sich davon nicht anstecken zu lassen und blieb erst einmal bei seiner Linie, dass die Zahlungsfähigkeit Deutschlands die Grenze dessen bestimmte, was die Alliierten als Entschädigung für ihre Kriegskosten verlangen konnten. Northcliffe schickte ihm deshalb sogar ein Telegramm nach Leeds, in dem er ihn bedrängte, endlich auf solche Einschränkungen zu verzichten und eine definitive Summe zu nennen.[117] Lloyd George verwahrte sich gegen diese Art der Einflussnahme und antwortete: „Don't be always making mischief."[118]

Immerhin änderte die Koalition in diesen Tagen aber offiziell ihre Wahlkampfstrategie. In Berichten aus den Wahlkreisen an die Parteizentrale der Konservativen sprachen Wahlhelfer nämlich offen von einem allgemein fehlenden Interesse an der Wahl und sogar von einer bemerkenswerten Apathie unter der Bevölkerung. Die einzigen Themen, die die Menschen wirklich bewegten, waren demnach eben jene drei von der Northcliffe-Presse ständig wiederholten Forderungen.[119] Als Reaktion darauf verständigte sich die Koalition auf ein neues Manifest, das einer Kapitulation vor den populistischen Forderungen der konservativen und ultrapatriotischen Presse gleichkam. Die wichtigsten Punkte in folgender Reihenfolge waren nun die Bestrafung des Kaisers und anderer Kriegsverbrecher, „Make Germany Pay", der Rauswurf der „enemy aliens", die schnellstmögliche Rückkehr der Soldaten und erst ganz am Schluss die Kernpunkte des ersten Wahlprogramms: die Förderung des Hausbaus und verbesserte soziale Bedingungen.[120]

---

[115] The Daily Mail, 10. Dezember 1918. Einen Tag später drückte sich Geddes bei seinem Besuch des Beaconsfield Club noch unmissverständlicher aus, indem er ergänzte, bei einem Wahlsieg der Koalition würden die Deutschen ausgequetscht wie Zitronen „until the pips squeak". Zit. nach Newton, British Policy, S. 290.

[116] Die Redakteure der *Daily Mail* verwendeten sie mit Vorliebe als Überschrift für die Leserbriefspalte, in denen dann entsprechende Zuschriften abgedruckt wurden. The Daily Mail, 2. Dezember 1918, „Make The Huns Pay"; 3. Dezember 1918, „Clear Out The Huns"; 4. Dezember 1918, „Make Germany Pay"; 5. Dezember 1918, „We Want The Kaiser".

[117] Telegramm Northcliffes an Lloyd George, 6. Dezember 1918, BL, NADM 62157. Am selben Tag erschien in der *Mail* ein Kommentar, der den Premierminister davor warnte, die Kriegskosten auf die britischen Steuerzahler abzuwälzen, da Deutschland auf jeden Fall in der Lage war zu zahlen, wenn die Alliierten nur genügend Druck ausübten. The Daily Mail, 6. Dezember 1918, LA „A Straight Question To The Prime Minister".

[118] Telegramm Lloyd Georges an Northcliffe, 7. Dezember 1918, BL, NADM 62157.

[119] „Synopsis of confidential reports by Unionist Central Office Agents on the progress of the Coalition campaign", 3. Dezember 1918, sowie „Extracts from confidential reports by Unionist Central Office Agents on subjects in which electors are most interested", 3. Dezember 1918, Bonar Law Papers, HLRO, 95/2.

[120] Das neue Manifest wurde am 5. Dezember veröffentlicht. Gebele, Krieg und Frieden, S. 260.

Die bisher geübte Zurückhaltung Lloyd Georges in der Frage der Wiedergutmachung war ebenfalls nicht von Dauer. Der Premier blieb zwar bis zum Schluss dabei, dass die Erstattung der Kriegskosten durch Deutschland der britischen Wirtschaft nicht schaden dürfe, nahm aber am 11. Dezember in Bristol kein Blatt mehr vor den Mund, was die Höhe der Zahlungen anging. „Those who started it [the war, der Verf.] must pay to the uttermost farthing, and we shall search their pockets for it."[121] Gestützt wurde sein Standpunkt durch einen Zwischenbericht der so genannten Hughes-Kommission, die das Kabinett einberufen hatte, um die technische Umsetzung von Reparationszahlungen und Wiedergutmachungsleistungen zu untersuchen. Diese kam zu dem Schluss, dass Großbritannien das Recht habe, eine Entschädigung für seine Kriegskosten zu verlangen, und schätzte die Summe, die Deutschland zahlen konnte, auf 24 Milliarden Pfund.[122] Lloyd George hatte den Bericht am Abend vor seiner Rede in Bristol erhalten und führte die Zahl nun in die öffentliche Debatte ein, wobei er allerdings gleichzeitig übertriebene Hoffnungen, diese Summe wirklich eintreiben zu können, dämpfte.[123] Auch Bonar Law, der anfangs in dieser Frage noch verhalten reagiert hatte, plädierte bei einer Veranstaltung am selben Abend in London dafür, die Ergebnisse der Kommission einer Regelung der Kriegsentschädigung zu Grunde zu legen.[124]

Während die Koalitionsparteien also auf den Zug aufsprangen, den Northcliffe unter Dampf gesetzt hatte, versuchten die anderen politischen Kräfte gegenzusteuern. Die Radikalliberalen wie die Asquith-Liberalen zogen unter dem Banner des Freihandels, des Völkerbundes und der Versöhnung in den Wahlkampf.[125] Der linke Flügel der Labour Party warb im Verbund mit der UDC ebenfalls für den Völkerbund sowie für das Ende der Geheimdiplomatie, trat für Abrüstung und unter dem Eindruck der fortdauernden Blockade für den Verzicht auf einen Wirtschaftskrieg ein.[126] Dies spiegelte sich auch in den

---

121 The Times, 12. Dezember 1918. Der Ausspruch entsprang nicht spontaner Eingebung. Bereits am 30. November hatte Lloyd George gegenüber Riddell genau diese Worte gewählt. Riddell, Intimate Diary, Eintrag vom 30. November 1918.

122 Die Kommission war nach ihrem Vorsitzenden, dem australischen Premierminister William Hughes, benannt. Sie unterlag auf Grund ihrer Zusammensetzung starkem Einfluss konservativer Kreise, und es war Hughes erklärte Absicht, auf eine möglichst hohe Kriegsentschädigung hinzuwirken. Newton, British Policy, S. 292–294.

123 „I have always said we will exact the last penny we can out of Germany up to the limit of her capacity, but I am not going to mislead the public on the question of that capacity until I know more about it, and I am not going to do in order to win votes. […] If Germany has a greater capacity she must pay to the very last penny." Zit. nach The Manchester Guardian, 12. Dezember 1918; The Times, 12. Dezember 1918.

124 The Daily Telegraph, 12. Dezember 1918.

125 Gebele, Krieg und Frieden, S. 253–255.

126 Ebd. Allerdings hielten sich nicht alle Labour-Kandidaten daran. So stimmte etwa Charles Duncan in den Chor nach einer möglichst hohen Kriegsentschädigung mit ein. Vgl. The Daily Mail, 2. Dezember 1918. George Barnes, der den Kaiser am liebsten aufhängen wollte, gehörte ebenfalls der Labour Party an. Er war in der Regierung geblieben, obwohl British Labour die Allparteienregierung am 14. November verlassen hatte. Gebele, Krieg und Frieden, S. 250, Fn. 19.

ihnen nahe stehenden Zeitungen wider. Den Ruf nach dem Kopf des Kaisers konterte der *Manchester Guardian* beispielsweise mit der Frage, wessen dieser überhaupt angeklagt werden sollte. Bei genauer Betrachtung werde man nämlich feststellen, dass nicht der Kaiser oder die Deutschen allein schuld am Ausbruch des Krieges waren. Folglich müssten auch die anderen Herrscher abgeurteilt werden.[127] Scott hatte Lloyd George im Übrigen schon im August davor gewarnt, dass die Konservativen den Wahlkampf mit einer Orgie des „anti-Germanism" bestreiten werden und dass die Liberalen sie darin kaum schlagen könnten.[128] Enttäuscht ging er nun auf Distanz zum Premierminister und dessen Partei.[129] Der *Herald* wiederum rief die Wähler dazu auf, der Regierung keinen Blankoscheck für die Friedenskonferenz auszustellen, und war sich sicher, dass die Rufe der Koalitionäre nach der Bestrafung des Kaisers und der Bezahlung der Kriegskosten durch Deutschland bald vergessen sein würden, da sie nicht realisierbar waren.[130]

Wessen Bemühungen um die Gunst der Wähler am Ende erfolgreicher waren, darauf gibt das Wahlergebnis eine eindeutige Antwort. Die Parteien der Koalition erreichten eine überwältigende Mehrheit im Unterhaus und errangen 533 von insgesamt 707 Sitzen. Besonders die Konservativen konnten ihren Stimmenanteil deutlich erhöhen.[131] Großer Verlierer waren die Liberalen Asquiths, die über 70 Mandate verloren, darunter auch das von Asquith selbst. Grund zur Freude hatte dagegen die Labour Party, die jetzt 59 Abgeordnete stellte und mit über zwei Millionen Stimmen kurz vor einem echten Durchbruch stand. Ihre Fraktion bildete im neuen Unterhaus die eigentliche Opposi-

---

127 THE MANCHESTER GUARDian, 28. November 1918. Wenige Tage später entgegnete der *Guardian* Barnes: „it would by no means tend to the moral improvement of Germany for us to hang or shoot the Kaiser, nor would it look quite nice in history, nor, perhaps after an interval for reflection, to ourselves. So far as we are aware it never occured to our rude ancestors to cut off Napoleon's head, although he was far more personally responsible for the miseries of the first Great War than it is possible to suppose the Kaiser is for the second." THE MANCHESTER GUARDIAN, 2. Dezember 1918, LA „A Notable Gathering".

128 WILSON (Hrsg.), Diaries of Scott, Eintrag vom 7./8. August 1918.

129 An Hobhouse schrieb er am 28. November: „I felt myself more and more driven into opposition by the development of the true inwardness of the whole coalition cabal which more and more reveals itself as a reactionary movement of large possibilities." Zit. nach WILSON (Hrsg), Diaries of Scott, Eintrag vom 28. November 1918.

130 THE HERALD, 30. November 1918 und 21. Dezember 1918, LA „Have We Lost The Peace?".

131 Sie kamen auf 332 Mandate, über 60 mehr als bei der letzten Wahl 1910. Hinzu kamen noch einmal 50 konservative Abgeordnete, die zwar keinen Coupon erhalten hatten, aber die Koalition trotzdem unterstützten. Die Liberalen Lloyd Georges stellten 137 Abgeordnete und verloren damit 22 Sitze. In absoluten Zahlen war der Vorsprung der Koalitionsparteien nicht so groß. Sie erhielten rund sechs Millionen Stimmen, die anderen Parteien zusammen vier Millionen. CRAIG, British Electoral Facts, S. 20–22. Vgl. auch TAYLOR, English History, S. 128 sowie GEBELE, Krieg und Frieden, S. 265–267. Was die Sitzverteilung angeht, so gibt es unterschiedliche Zahlen, was mit der nicht immer eindeutigen Loyalität einiger liberaler und konservativer Abgeordneter zusammenhängt.

tion.[132] Angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der Zusammensetzung der Koalitionsfraktionen ist die Feststellung, dass dies das reaktionärste und insularste Parlament in der Geschichte Großbritanniens war, sicher nicht übertrieben.[133] Dass für die meisten Abgeordneten der Regierungsparteien der Ruf nach einem Revanchefrieden die Eintrittskarte ins Parlament gewesen war, bedeutete darüber hinaus eine Einengung des Handlungsspielraums der britischen Delegation auf der bevorstehenden Friedenskonferenz.[134] Nach der Analyse des Wahlergebnisses durch Frederick Guest hatte die Koalition ihren erdrutschartigen Sieg hauptsächlich eben jenem Ruf nach Revanche zu verdanken: „The Coalition policy of insisting on the complete criminal and civil liability of Germany was intensely popular – this undoubtedly brought votes which would have otherwise gone to Labour."[135] Vor allem unter den Frauen, die zum ersten Mal wählen durften, fanden die Forderungen nach Wiedergutmachung und einer Bestrafung der Kriegsverbrecher großen Anklang, so die Einschätzung Guests.[136]

Für das Deutschlandbild, das in der Presse während des Wahlkampfs transportiert wurde, hatte die Kampagne Northcliffes verheerende Folgen. Denn diese trug wesentlich zur Verbreitung negativer Stereotype bei, die in folgenden Thesen gipfelte: Nicht nur der Kaiser, sondern alle Deutschen trugen eine Mitschuld am Ausbruch des Krieges. Eine Bestrafung war deshalb völlig gerechtfertigt, Mitleid nicht angebracht. Veränderungen in Deutschland wie die Revolution waren unerheblich oder gar ein Bluff, denn die Deutschen waren immer noch dieselben Monarchisten und Militaristen, Misstrauen ihnen gegenüber daher geboten.[137] Umso bemerkenswerter war, dass noch während des Wahlkampfs Berichte – gerade auch von der *Times* und der *Daily Mail* – veröffentlicht wurden, die Deutschland und seine Menschen in einem anderen, durchaus positiven Licht erscheinen ließen und das Festhalten an negativen Stereotypen erschwerten.

---

132 Allerdings verfehlten prominente Pazifisten unter den Labour-Kandidaten wie Ramsay MacDonald oder Arthur Henderson den Sprung ins Parlament. TAYLOR, English History, S. 128.

133 So NORTHEDGE, Troubled Giant, S. 92.

134 Lloyd George war mehr denn je von den Konservativen abhängig, einer Partei, die für ihre nationalistischen Töne bekannt und von dem Wunsch beseelt war, den Krieg mit konkreten Gewinnen für Großbritannien abzuschließen. KENNEDY, Realities, S. 208. Sir Victor Wellesley, damals *Assistant Secretary of State* von Crowe im Foreign Office, war überzeugt davon, dass hier ein direkter Zusammenhang bestand: „‚Squeeze Germany till the pips squeak' and ‚Hang the Kaiser' were the slogans which carried the people. The new House of Commons supporting the Coalition Government was thirsting for revenge. This attitude was soon to be reflected in the Peace negotiations." WELLESLEY, Diplomacy, S. 46.

135 Wahlanalyse von Frederick Guest, Lloyd George Papers, HLRO, F/21/2/57.

136 Ebd.

137 Newton nennt deshalb „a further poisoning of public opinion against Germany" als wichtigstes Resultat des Wahlkampfes. NEWTON, British Policy, S. 316.

2.1.3 „Encountering the Enemy": Erste Begegnungen von Siegern und Besiegten

Die englischen Journalisten, die die Besatzungstruppen auf ihrem Vormarsch begleiteten oder auf eigene Faust nach Deutschland reisten, kamen in ein Land, das gezeichnet war von vier Jahren Krieg. Ihre Eindrücke, die sich in ihren Reportagen widerspiegelten und im Wesentlichen deckten, waren bestimmt von folgenden Beobachtungen: Angesichts der Niederlage waren sowohl die Bevölkerung als auch die heimkehrenden Soldaten weitgehend desillusioniert. Die Angst vor Chaos und Bolschewismus war als Folge der Revolution weit verbreitet. Hinzu kamen deutliche Anzeichen eines Kollapses der Wirtschaft, die sich ganz besonders im überall festzustellenden Mangel an Nahrungsmitteln äußerten. Die meisten Deutschen begegneten den englischen Truppen und den Journalisten nicht, wie diese erwartet hatten, mit Hass, sondern es überwog eine freundliche Neugierde verbunden mit der Hoffnung auf Hilfe.

Bespielhaft waren die Berichte des *Daily Mail*-Reporters William Beach Thomas, der zusammen mit den britischen Truppen in Richtung Köln aufbrach. Thomas war vor allem gespannt darauf zu sehen, wie die Deutschen auf ihre Niederlage reagierten.[138] Die erste Stadt auf deutschem Boden, die sie erreichten, war Malmedy.[139] Dort wurden die Soldaten und der Journalist vom Bürgermeister mit ausgesuchter Höflichkeit empfangen und Thomas hatte nicht den Eindruck, dass das Stadtoberhaupt sich dabei verstellte: „He received us with awkward but real politeness."[140] Der Bürgermeister berichtete über die Versorgungsschwierigkeiten und bat sie, die Ausbreitung des Bolschewismus zu verhindern. Die nächste Station war Aachen, wo nach Thomas' Eindruck allerdings weder ein revolutionärer Umsturz stattgefunden hatte noch Hunger herrschte.[141] Auf dem weiteren Weg nach Köln korrigierte der *Daily Mail*-Reporter jedoch seine erste Einschätzung, was die politische Lage anging. Nun meinte er, dass die revolutionäre Bewegung tatsächlich vorhanden, wenn auch oberflächlich kaum zu erkennen war.[142] Vor dem Rathaus in Köln wurde er Zeuge, wie Unruhen, ausgelöst durch Soldaten, die anscheinend angesteckt waren vom Bolschewismus, nur mit Mühe durch Polizei und Freiwillige niedergeschlagen werden konnten. Auch hier war die Stadtspitze beherrscht von der Angst vor einer bolschewistischen Revolution.[143] „Rettet uns vor den Roten",

---

138 Thomas, Traveller, S. 197.

139 Eupen und Malmedy wurden erst 1919 im Versailler Vertrag Belgien zugeschlagen.

140 The Daily Mail, 4. Dezember 1918. Auch die Soldaten und ihre Offiziere waren von der Freundlichkeit, mit der deutsche Offizielle ihnen begegneten, positiv überrascht. Williamson, British in Germany, S. 17f.

141 The Daily Mail, 6. Dezember 1918.

142 Ebd., 9. Dezember 1918.

143 Ebd., 10. Dezember 1918. Sowohl Kölns Oberbürgermeister Konrad Adenauer wie auch die deutsche militärische Führung in Köln hatte deshalb bei den Alliierten um eine schnelle Besetzung nachgesucht, um das Enstehen eines Machtvakuums in der Stadt zu verhindern Da-

war die meist gehörte Parole in diesen Tagen, wie sich Thomas später erinnerte.[144]

Verblüfft war er über die Reaktion der Behörden und der Bevölkerung auf den Einmarsch der Briten:

> the feelings of the German people become more apparant and their reception more surprising. The authorities in such towns as Düren say without disguise that they rejoice in our arrival. The reason is twofold. They are afraid of their own people and they are afraid of starvation, and all appear to accept as an axiom the honesty and sense of order in the English people. Women, and a good many men, too, confess that the end of the war is such joy that defeat weighs little. Children on occasion cheer our arrival.[145]

Auch in Köln selbst bemerkte er keine Gefühle von Verachtung oder offener Feindschaft, eine Beobachtung, die andere englische Reporter mit ihren Berichten bestätigten.[146] Sogar als die britischen Truppen in einer feierlichen Parade über die Hohenzollernbrücke marschierten, um den Brückenkopf auf der anderen Rheinseite zu besetzen, verhielt sich die Kölner Bevölkerung ruhig, obwohl dies das ultimative Symbol für Deutschlands Niederlage und Großbritanniens Sieg war, wie Philip Gibbs im *Daily Telegraph* die Szene beschrieb. „They are a proud people, and they did not show by any word rage or cry of bitterness the emotion they must have felt when our men went over the bridge."[147] Sein Kollege Beach Thomas war sich deshalb sicher, dass sich die noch in Lissauers *Hymne des Hasses* geschürte Feindschaft gegen England zumindest im Rheinland weitgehend verflüchtigt hatte.[148]

Abgesehen von dem freundlichen Empfang für die Briten im Westen Deutschlands und der offenkundigen Erleichterung über das Ende des Krieges zeichneten die Berichte aus anderen Landesteilen aber eine allgemein düstere Stimmung unter der deutschen Bevölkerung. Auf den Straßen und in den Bierhallen Münchens, wo tausende Soldaten in Feldgrau die Zeit totschlugen, herrsche ein generelles Gefühl von Weltuntergang vor, meldete Sefton Delmer.[149] Ein anderer Korrespondent der *Daily Mail* schrieb aus Hamburg, der Betrieb im Hafen sei praktisch zum Erliegen gekommen, die Straßen halb leer. Die Stadt biete insgesamt ein trauriges Bild.[150] Die deutsche Hauptstadt bildete keine Ausnahme. Philips Price, der Anfang Dezember aus Russland nach Ber-

---

raufhin waren am 6. Dezember Einheiten britischer Kavallerie und Panzerwagen unter dem Kommando General Lawsons in Köln eingerückt. WILLIAMSON, British in Germany, S. 18.

144 THOMAS, Traveller, S. 197.

145 THE DAILY MAIL, 9. Dezember 1918.

146 THOMAS, Traveller, S. 198. Ein Korrespondent des *Daily Telegraph* meldete nach London: „Ones foremost sensation on arriving in Germany is the complete acceptance of the new situation by the inhabitants. They seem to feel that they have lost the war, and must make the best of it. They are ready to meet the conquerors more than half-way. Their subserviency is at times embarrasing." THE DAILY TELEGRAPH, 10. Dezember 1918.

147 Ebd., 16. Dezember 1918.

148 THOMAS, Traveller, S. 198.

149 THE DAILY MAIL, 26. November 1918.

150 Ebd., 11. Dezember 1918.

lin kam, erschienen die Stadt trist und die Menschen trübsinnig.[151] Es war offensichtlich, dass die Metropole ihr Flair der Vorkriegszeit verloren hatte, wie Charles Tower bei seiner Stippvisite feststellen musste. „Berlin's once-famous ‚gay-life' is dead. All the cafés were warm and crowded and the streets full, but over every single soul hung the appalling gloom which makes the whole country feel like a great funeral."[152] Tower beschrieb in der *Times* die allgemeine Apathie der Bevölkerung, deren Gespräche immer wieder um die Frage kreisten, wann England die Blockade aufheben würde, wann Lebensmittel ins Land kämen und ob sich bis dahin eine stabile Regierung gebildet habe, die die Verteilung organisieren könne.[153]

Um die Frage, wie schlimm die Notlage der Menschen in Deutschland wirklich war, entbrannte unter den Korrespondenten und in den Zeitungen eine heftige Kontroverse. Der *Daily Telegraph* zitierte bereits Ende November einen amerikanischen Reporter der Nachrichtenagentur AP, der als einer der ersten Journalisten aus einem Land der Alliierten in die deutsche Hauptstadt kam und der deutliche Zeichen von Unterernährung unter der Berliner Bevölkerung erkannte.[154] Aus Köln berichtete der *Manchester Guardian* von akuter Nahrungsmittelknappheit besonders unter den Arbeitern. Danach fehlten vor allem Butter, Kartoffeln und Milch. Viele Kleinkinder seien schon gestorben.[155] Korrespondenten liberaler Blätter wie Charles E. Montague vom *Guardian* waren erschüttert und mussten mit ansehen, wie britische Soldaten, deren Rationen eigentlich auch schon knapp bemessen waren, diese mit hungernden deutschen Kindern teilten.[156] Henry W. Nevinson gab der britischen Regierung, die die Blockade aufrechterhielt, eine Mitschuld. „The British blockade was killing more Germans than our guns had killed throughout the war. And on the top of starvation lay the influenza."[157] Der *Herald* fragte angesichts der Berichte zurückkehrender Kriegsgefangener und alliierter Korrespondenten, die den Eindruck vermittelten, dass Deutschland tatsächlich am Rande einer Hungersnot stand, ob die britische Regierung wirklich ihren „war of starvation" gegen die gesamte deutsche Zivilbevölkerung fortsetzen wolle.[158]

Den Reportern der Northcliffe-Presse fiel zwar auch auf, dass es für viele Grundnahrungsmittel nur noch künstlichen Ersatz gab. Die Schaufenster waren voll von „*ersatz* coffee, *ersatz* flour, *ersatz* meat stuffs, and *ersatz* everything", war in der *Times* zu lesen.[159] Generell fiel die Schilderung der Versor-

---

151 Price, Three Revolutions, S. 159.
152 The Daily Mail, 30. November 1918.
153 The Times, 2. Dezember 1918.
154 The Daily Telegraph, 25. November 1918.
155 The Manchester Guardian, 14. Dezember 1918, „Hunger In Cologne – Children Dying For Want Of Milk".
156 Montague, Disenchantment, S. 183.
157 Nevinson, Last Changes, S. 152.
158 The Herald, 21. Dezember 1918.
159 The Times, 9. Dezember 1918. Kursiv im Original.

gungslage aber weit weniger dramatisch aus. Beach Thomas sah keine Beweise für eine echte Hungersnot und meinte sogar, viele Leute reagierten auf das Thema Lebensmittel „etwas hysterisch".[160] Immer wieder erschienen Artikel, in denen die Korrespondenten schilderten, dass nur die ärmeren Teile der Bevölkerung wirkliche Not litten. Die Mittel- und Oberschicht dagegen lebten in großem Reichtum. Gespickt waren solche Reportagen aus Köln oder Berlin mit anschaulichen Beispielen, wie Massen von außerordentlich gut gekleideten Menschen Cafés bevölkerten oder in luxuriös ausgestatteten Geschäften einkauften.[161] Vorwürfen von deutscher Seite, dass sich die Korrespondenten von den Schaufensterauslagen blenden ließen und die extrem hohen Preise unterschlugen, die die wenigsten bezahlen konnten, widersprach etwa Percy Robinson, der für die *Times* im Rheinland war, energisch.[162]

Bewusst oder unbewusst tauchten allerdings selbst in diesen Berichten Aussagen auf, die den Eindruck weit verbreiteten Wohlstands konterkarierten. So war in der *Daily Mail* zu lesen, dass die Berliner nur noch von Tag zu Tag lebten und versuchten, die Niederlage und die Lebensmittelknappheit, die zunehmend bedrohlicher werde, zu vergessen. „Although the working class population has received very high wages during the war, it has saved nothing. Everything earned goes for food. […] Officals and servants with fixed salary are much worse off. They have really suffered hunger during the war."[163] Die *Times* druckte einen Artikel, in dem die heruntergekommenen Berliner Straßen und der schlechte Service in den Hotels anschaulich beschrieben wurden.[164]

Neben diesen Indizien gibt es zahlreiche andere Hinweise, die zeigen, dass das Bild von der Situation in Deutschland von den Korrespondenten der Northcliffe-Presse oder von ihren Redaktionen gezielt in eine bestimmte Richtung gesteuert wurde. Das an anderer Stelle schon geschilderte Beispiel des *Daily Mail*-Reporters Ward Price gibt Aufschluss darüber, dass die Berichterstatter mit dem Auftrag nach Deutschland geschickt wurden, die Lage im Land und die Einstellung der Bevölkerung entsprechend der antideutschen Linie der Northcliffe-Blätter negativ darzustellen.[165] Passten die nach London übermittelten Berichte nicht in dieses Raster, dann nutzten die Redakteure in der

---

160 The Daily Mail, 6. Dezember 1918.

161 Vgl. z.B. The Times, 12. Dezember 1918 oder The Times, 21. Dezember 1918. Siehe auch den Bericht von Beach Thomas in The Daily Mail, 18. Dezember 1918: „The high street of Cologne is always packed with cheerful and very well-dressed civilians, often so numerous that you can scarcely walk down it, and they look at shops or enter cafés, which all suggest in different ways exceptional wealth."

162 The Times, 18. Dezember 1918.

163 The Daily Mail, 18. Dezember 1918.

164 The Times, 21. Dezember 1918.

165 Ward Price war im Dezember 1918 nach Köln gekommen und hatte in zwei Artikeln dargelegt, dass das Gerede von einer Hungerkatastrophe in Deutschland nur ein großer Bluff war, wobei sich seine Recherche auf den kurzen Weg vom Bahnhof in Köln zu seinem Hotel am Dom beschränkte. Der Vorfall ist ausführlich beschrieben in der biographischen Skizze über Ward Price in Teil II, Kapitel 1.1.1.

Fleet Street unterschiedliche Mittel, um den Sinngehalt zu verändern. Ein wirksames Instrument dafür waren die Überschriften, mit denen die Artikel betitelt wurden und die dem Inhalt eine ganz andere Bedeutung geben konnten. So stand der Bericht von Beach Thomas über den freundlichen Empfang der britischen Soldaten durch die Rheinländer unter der Schlagzeile „Obsequious Huns – Propaganda Smiles", was implizierte, dass die Empfindungen der Bevölkerung nur gespielt waren, um Beobachter zu täuschen. Durch eine gezielte Zuspitzung wurden außerdem Botschaften verstärkt. In der Überschrift zu dem Bericht von Percy Robinson über die wohlhabenden Deutschen, die sich nach wie vor alle erdenklichen Lebensmittel leisten konnten, wurden die „well-to-do people" zu „Over-Fed Germans".[166]

Die Redaktion der *Times* schreckte nicht davor zurück, wenn nötig auch die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Korrespondenten in Frage zu stellen. Als der Schwede Gunnar Cederschiold detailliert den Mangel sowie den Verfall in Berlin beschrieb und zu dem Schluss kam, dass Deutschland am Boden zerstört war, erschütterte John E. MacKenzie in einem Leitartikel in derselben Ausgabe die Objektivität des Reporters mit den Worten, dass es sich bei ihm erkennbar um einen mit der deutschen Sache sympathisierenden Beobachter handelte.[167] Noch rigoroser verfuhr die Redaktion der *Daily Mail* mit den Berichten, die Sefton Delmer aus Berlin übermittelte. Diese wurden wiederholt in einer Art und Weise gekürzt, dass nur die negativen Aussagen übrig blieben. Der Journalist war darüber so erzürnt, dass er im März 1919 seinen Posten aufgab.[168] Bei George Saunders, einem Mitarbeiter des *Political Intelligence Department* im Außenministerium und ehemaligen Deutschlandkorrespondenten der *Times*, beschwerte sich Delmer, dass die *Daily Mail* „will only print the bad and refuses to print the good about the place [Germany, der Verf.]".[169] Nach vier Monaten in Deutschland war Delmer ganz offenkundig zu einer völlig anderen Beurteilung der Lage gekommen als jene, die in den Blättern Northcliffes vertreten wurde.

Die Debatte um die Nahrungsmittelversorgung und die Anerkennung bzw. das Ignorieren der Niederlage durch die deutsche Bevölkerung ging in den fol-

---

166 The Times, 18. Dezember 1918.

167 Ebd., 27. Dezember 1918, „Prostration Of Germany – Kaiser's Desertion The Last Blow" und LA „The German Government".

168 Über seine Rückkehr nach London berichtete die *Daily Mail* am 17. März, nicht jedoch über seine Trennung von der Zeitung. Newton, British Policy, S. 359.

169 Ebd. Der Brief von Delmer datiert vom 18. März 1919 ist in Saunders „Day Book" VII (12. Februar-31. März 1919) erhalten, das wiederum Teil des Nachlasses von James Headlam-Morley, dem Leiter des PID, ist. Ebd., Fn. 195. Headlam-Morley seinerseits schilderte in einem Brief an seinen Bruder, den Bischof von Gloucester, im Juni 1919, dass sich die Zeitungen Northcliffes geweigert hatten, Berichte ihres Korrespondenten in Berlin zu drucken, in denen dieser die tatsächliche Lage in Deutschland beschrieb. Headlam-Morley et al. (Hrsg.), Memoir, James Headlam-Morley an Reverend Arthur C. Headlam, 25. Juni 1919.

genden Monaten mit derselben Frontstellung weiter: Die Zeitungen des konservativen Lagers blieben dabei, dass die Versorgungslage weit weniger dramatisch war, als von deutscher Seite dargestellt. Nach den Beobachtungen eines Korrespondenten des *Telegraph* war die Liste der rationierten Lebensmittel im Januar 1919 noch immer lang. Selbst in den ärmeren Vierteln von Köln gäbe es aber weniger Anzeichen einer akuten Notlage als in englischen Städten.[170] Die fehlende Feindschaft und der von vielen Deutschen geäußerte Wunsch nach einer raschen Aussöhnung stellten die konservativen Blätter als typisch deutsche Arroganz sowie Ignoranz dar, mit der die vergangenen vier Jahre einfach ausgeblendet würden.[171]

Der liberale *Manchester Guardian* und der linke *Herald* dagegen veröffentlichten immer wieder Reportagen und Augenzeugenberichte, in denen die Not der deutschen Bevölkerung anschaulich geschildert wurde. So zitierte der *Herald* ebenfalls im Januar 1919 einen aus Deutschland zurückgekehrten Engländer, der während des Krieges im Lager Ruhleben interniert war. Dieser bestätigte die Berichte über die Nahrungsmittelknappheit und einen Wandel der Einstellung der Deutschen im Zuge der Revolution, der sich auch im Verhalten der Wachmannschaften niedergeschlagen hatte:

> The soldiers spared no efforts in their attempts to prove to us that the Revolution had created a new Germany; that the sober, sensible, war-hating Internationalists had at last come into their own; and that the world had no longer to contend with that nauseous nightmare of Prussian militarism.[172]

Was die Informationslage hinsichtlich der Lebensmittelversorgung anging, so erhielt die liberale und linke Presse im Februar Unterstützung von offizieller Seite. Über mehrere Wochen hatten britische Offiziere in zahlreichen deutschen Städten Auskünfte über die Versorgungslage gesammelt, die in einen Bericht des *Supreme Council of Supply and Relief* einflossen, der nun veröffentlicht wurde. Demnach drohte ohne Hilfe von außen noch vor der nächsten Ernte in Deutschland eine Hungersnot.[173]

---

170 The Daily Telegraph, 6. Januar 1919. Hier finden sich ebenfalls sehr widersprüchliche Aussagen, denn im Februar veröffentlichte der *Telegraph* einen ausführlichen Bericht, wonach die Lage weitaus schlimmer war, als eine oberflächliche Betrachtung vermuten ließ. Demnach hatte die Mehrheit der Deutschen schon im Krieg mit Hungerrationen auskommen müssen. Nun sei das Durchschnittsgewicht noch weiter gefallen, worunter besonders die Kinder litten. Übertüncht werde der allgemeine Mangel durch den Schwarzhandel, der es beispielsweise Hotels ermögliche, nach wie vor gutes Essen anzubieten, allerdings zu exorbitanten Preisen. The Daily Telegraph, 26. Februar 1919.

171 Ebd. Ebenso The Times, 7. Januar 1919.

172 The Herald, 4. Januar 1919, „Last Days At Ruhleben" von Sylvester Leon.

173 The Daily Telegraph, 22. Februar 1919; The Times, 22. Februar 1919. Das War Office erhielt von Dezember an laufend Berichte von Offizieren über die Lage in Deutschland, was dazu führte, dass sich im Frühjahr 1919 sowohl der Generalstab als auch Kriegsminister Churchill für eine Aufhebung der Blockade aussprachen. Carsten, Britain and Weimar, S. 9–21.

Die Diskussion über dieses Thema verlief ab dem Zusammentritt der Friedenskonferenz in Versailles parallel zu der anhebenden Debatte über die Eckpunkte eines Friedensvertrags mit Deutschland. Hier wie dort ging es im Kern um zwei zentrale Fragen: Konnte man auf Grund der Veränderungen im Land dem geschlagenen Feind Vertrauen entgegen bringen und musste man ihm angesichts seiner prekären Lage auch im eigenen Interesse helfen? Oder musste angesichts der Verantwortung für den Krieg jetzt die Strafe folgen ungeachtet der Ereignisse in Deutschland? Das Pochen auf letzteren Standpunkt erleichterte den Redakteuren und Korrespondenten der konservativen Zeitungen ein Festhalten an ihrem Feindbild, war allerdings mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Denn die tatsächlich stattfindenden Umwälzungen in Deutschland mussten in einer Weise dargestellt und eingeordnet werden, die das bisherige Deutschlandbild nicht in Frage stellte.

Die angeführten Beispiele veranschaulichen, mit welchen Mechanismen dies gelang: mit der selektiven Wahrnehmung nur der Dinge, die ins eigene Bild passten oder mit dem Ausblenden das eigene Bild störender Einflüsse. Wo dies nicht funktionierte, entstanden Widersprüche, die durch eine Negierung der Realität aufgelöst wurden, indem zum Beispiel behauptet wurde, der Hunger oder die Revolution seien nur vorgetäuscht.

2.2 Die Pariser Friedenskonferenz im Fokus der Presse

Mit der Eröffnung der Friedenskonferenz im Januar 1919 rückten Art und Ausgestaltung eines Friedens mit Deutschland endgültig in den Mittelpunkt der Diskussion, die die Presse führte. Alle anderen Fragen wie die Hungersnot, die fortgesetzte Blockade und die Gefahr des Bolschewismus wurden nun vor allem unter der Prämisse diskutiert, inwiefern darauf bei der Ausarbeitung der Bestimmungen des Vertrags Rücksicht genommen werden sollte, um eine Annahme durch Deutschland zu gewährleisten. Aus diesem Blickwinkel wurde auch die innenpolitische Neuordnung, sprich: die Wahlen zur Nationalversammlung und die Arbeit des neu konstituierten Parlaments betrachtet. Getragen wurde die Debatte in der Presse von dem Bewusstsein, dass mit dem Friedensvertrag die Grundlage für den künftigen Charakter der deutsch-britischen Beziehungen und damit indirekt für die Stabilität der europäischen Nachkriegsordnung gelegt würde. Im Kern lief der Austausch der Argumente auf die wenn auch unausgesprochene Frage hinaus, ob das Verhältnis zwischen den Alliierten und Deutschland künftig konfrontativ – also weiter eines zwischen Siegern und Besiegten – sein würde oder kooperativ geprägt sein sollte.

Die Fronten verliefen dabei parallel zur politischen Ausrichtung der Zeitungen. Eine Mehrheit der konservativen und die Koalition unterstützenden liberalen Blätter votierte für die konfrontative Option, die auch als Prävention verstanden wurde. Der Friedensvertrag war demnach das Instrument, mit dem Deutschland auf Dauer als potenzieller militärischer Gegner und wirtschaft-

licher Konkurrent ausgeschaltet werden sollte. Die Minderheit der Radikalliberalen und Labour nahe stehenden Zeitungen hoffte dagegen auf einen milden Frieden, der den Weg zur Versöhnung mit dem vormaligen Feind ebnen und in eine Ära der internationalen Zusammenarbeit münden würde. Angesichts dieser diametral entgegengesetzten Erwartungen stand von vornherein fest, dass, wie auch immer der Friedensvertrag am Ende aussah, eine Zustimmung der Presse in ihrer Gesamtheit ausgeschlossen war.

Die Diskussion in den Printmedien war Teil der gesamtgesellschaftlichen Debatte, die durch die Zuspitzungen im Wahlkampf erst richtig in Gang gekommen war. Ausgangspunkt war das allgemeine Bewusstsein der großen menschlichen Opfer, die das Land in den erfolglosen Materialschlachten hatte bringen müssen. Die Zahlen von über 700000 englischen Kriegstoten und rund 1,7 Millionen Verwundeten hatten einen emotionalen Effekt, der einem Trauma gleichkam und die nationale Psyche nachhaltig beeinflusste.[174] Hinzu kamen die immensen Kosten des Krieges, die dazu geführt hatten, dass Großbritannien nun gegenüber den USA hoch verschuldet und seine Wirtschaft angeschlagen war.[175] Es ist deshalb wenig verwunderlich, dass die Stimmung unter der britischen Bevölkerung gegenüber den besiegten Deutschen nicht unbedingt von Großmut bestimmt war. Erst recht nicht, als ja während des Wahlkampfes 1918 Forderungen, wie den Kaiser zu hängen, Kriegsverbrecher abzuurteilen und möglichst hohe Reparationszahlungen zu verlangen, von den Printmedien propagiert worden waren.[176]

Nach und nach wurden aber auch versöhnliche Stimmen in Großbritannien laut, die auf eine neue Ära in den internationalen Beziehungen hofften. Die klassische Diplomatie der Allianzen und geheimen Absprachen hatte in die Katastrophe geführt. Die Diplomaten selbst waren durch ihr spektakuläres Versagen diskreditiert. Idealisten setzten deshalb darauf, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die bis dato das internationale System dominierenden „Anarchie und Brutalität" ersetzen würden.[177] Bestärkt wurden sie durch US-Präsident Wilson und dessen 14 Punkte, die neben dem Selbstbestimmungsrecht der Völker einen freien Welthandel, die Freiheit der Weltmeere, eine allgemeine Abrüstung, die „offene Diplomatie" sowie als Instrument der kollektiven Sicherheit einen Völkerbund vorsahen. Diese Forderungen Wilsons stießen in weiten Teilen der britischen Öffentlichkeit, in der Presse und im linken politischen Spektrum auf große Zustimmung.[178] Allen voran die UDC, die wegen der personellen Identität führender Mitglieder eng mit der Labour Party verzahnt war, warb für diese „idealistischen" Positionen und argumentierte, dass der Krieg das Ergebnis der traditionellen Geheimdiplomatie gewesen sei,

174 Goldstein, Home Front, S. 147–166. Hier S. 148.
175 Vgl. Doerr, British Foreign Policy, S. 26. Ebenso Bennett, Foreign Policy, S. 12.
176 Doerr, Foreign Policy, S. 26.
177 Ebd.
178 Ebd.

Großbritannien somit gleichermaßen Verantwortung für seinen Ausbruch trage. Eine Bestrafung Deutschlands lehnte die UDC deshalb ab und forderte stattdessen einen Verständigungsfrieden.[179]

Den entgegengesetzten Standpunkt vertraten die „anti-Germans". Diese Richtung war aus der weit verbreiteten antideutschen Stimmung entstanden, die auf Grund der Gräuelpropaganda im Verlauf des Krieges deutlich zugenommen hatte und dessen Anhänger nun auf Revanche und einen möglichst harten Frieden sannen. Der Wunsch nach einer Bestrafung Deutschlands hatte prominente Fürsprecher in der militärischen Führung, im konservativen Spektrum der Politik und in der diesem nahe stehenden Presse sowie der britischen Wirtschaft.[180] Letztere vertrat insbesondere in der Reparationsfrage einen kompromisslosen Kurs und verlangte die vollständige Kompensation aller Schäden und Verluste der Alliierten durch Deutschland.[181] Die antideutsche Welle erreichte ihren Höhepunkt während des Wahlkampfes und ebbte erst 1919 langsam ab.[182]

In der Mitte zwischen diesen beiden Polen fand sich die die Gruppe der Gemäßigten wieder, die in dem Gründer der Zeitschrift *The New Europe*, R.W. Seton-Watson, ein prominentes Sprachrohr fand. Dieser propagierte die Idee, dass nach dem Ende des Krieges die Chance für eine Neuordnung Europas auf Basis des Rechts genutzt werden sollte, wobei viele seiner Vorstellungen mit denen Präsident Wilsons übereinstimmten. Da die zahlreichen Minderheiten und deren Unterdrückung in den großen Staatsgebilden als Hauptursache des Krieges angesehen wurden, sollten künftig auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker Nationalstaaten innerhalb klar definierter Grenzen entstehen. Dies sollte auch für Deutschland gelten, Deutsche also nicht durch Gebietsabtretungen unter fremde Herrschaft geraten. In der Frage der Reparationen vertrat diese, nach der Zeitschrift benannte *New Europe*-Gruppe, die auch im *Foreign Office* viele Anhänger hatte, einen moderaten Kurs und plädierte dafür, von Deutschland vernünftigerweise nur so viel zu verlangen, wie es auch zahlen könne.[183]

---

179 Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der UDC und Labour hatte während des Krieges zu einer Verschmelzung der radikal-liberalen Vorstellungen von den internationalen Beziehungen der UDC mit den sozialistischen Positionen der Labour Party geführt. GOLDSTEIN, Home Front, S. 149.

180 Goldstein nennt u.a. Admiral „Jacky" Fischer, verschiedene MPs sowie Lord Northcliffe. Ebd., S. 152.

181 Vgl. öffentliches Schreiben der „Association of Chambers of Commerce" vom 15. Januar 1919 sowie Memorandum der „Federation of British Industries" vom 30. Januar 1919. Zit. nach GEBELE, Krieg und Frieden, S. 295.

182 GOLDSTEIN, Home Front, S. 153.

183 Vor allem im PID fanden ihre Ideen großen Anklang, namentlich bei James Headlam-Morley und Harold Nicolson, die Mitglieder der Britischen Delegation in Versailles waren und dort u.a. an den territorialen Fragen arbeiteten. Seton-Watson hielt sich während der Konferenz ebenfalls in Versailles auf und stand fast täglich in Kontakt mit den Mitgliedern des PID. Ebd., S. 150f.

Aus der öffentlichen Debatte ergab sich insgesamt kein klares Friedenskonzept, sondern es entstand ein sehr kontroverses Meinungsbild. Die in den Kommentaren der hier untersuchten Zeitungen vertretenen Standpunkte reflektierten diese Vielfalt. Die Auseinandersetzung um Friedensbedingungen für Deutschland wurde parallel zu den Verhandlungen in Versailles fortgeführt, wobei die nach und nach bekannt werdenden Details wie auch die deutschen Reaktionen darauf in der Presse eine ausführliche Würdigung erfuhren. Nach der Fertigstellung des Vertragstextes kulminierte die Diskussion schließlich in der Krise um die Annahme oder Ablehnung durch die deutschen Unterhändler.

2.2.1 Der Versailler Vertrag: Ein gerechter und fairer Frieden?

Die zwei grundlegenden Prinzipien, um die sich die Debatte über den Frieden mit Deutschland drehte, hatte Premierminister Lloyd George in den öffentlichen Diskurs eingeführt.[184] Angestrebt werde eine Regelung, die „fundamentally just" sei, versprach er zum Wahlkampfauftakt in einer Rede am 12. November 1918 vor rund 250 seiner liberalen Anhänger in der Downing Street.[185] Nur wenn man Gerechtigkeit walten lasse und die Regeln des „fair play" einhalte, bestünde die Aussicht, dass der Frieden von Dauer sein werde, führte er aus. Das Schlagwort von einem „gerechten Frieden" wurde von Zeitungen aller Couleur aufgegriffen. Sie verbanden damit die Hoffnung, dass die Unterhändler die Fehler früherer Friedensschlüsse vermeiden würden, „where the Plenipotentiaries in reaping the harvest of one war often sowed the seeds of its inevitable successor."[186] Im Verlauf der Verhandlungen in Paris zeichnete sich aber immer deutlicher ab, dass es wesentlich vom Standpunkt abhing, wie ein gerechter Frieden mit Deutschland definiert wurde.

Was die konkrete Ausgestaltung des Friedens betraf, so konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Londoner Presse vor allem auf drei Themenbereiche: die Kriegsschuld, die Reparationen und die künftigen Grenzen des Deutschlands. Nach dem Sieg über das Kaiserreich war der konservative Teil der Printmedien und hier insbesondere die Northcliffe-Presse überzeugt, dass nun die Schuldigen für ihre Verbrechen – Stichwort Gräueltaten gegen Zivilisten, unbeschränkter U-Bootkrieg, Misshandlung von Kriegsgefangenen – zur Rechenschaft gezogen werden mussten. Im Mittelpunkt stand dabei Wilhelm II. Auf Grund seines persönlichen Regiments, seiner in der Verfassung festgelegten Verantwortung für die Außenpolitik, seines Oberbefehls über das Militär so-

---

184 Das Prinzip eines „gerechten" Friedens hatte bereits Präsident Wilson in seiner 14-Punkte-Rede vor dem amerikanischen Kongress betont. Woodrow Wilson, Rede vor dem Kongress der USA, 8. Januar 1918, im vollständigen Wortlaut abgedruckt in: BAKER (Hrsg.), Woodrow Wilson, Bd. 3, S. 40–44.

185 LLOYD GEORGE, Peace Treaties, Bd. 1, S. 162. Vgl. auch GEBELE, Krieg und Frieden, S. 250.

186 THE DAILY TELEGRAPH, 14. November 1918, LA „Towards Assured Peace".

wie seines Verhaltens in der Julikrise stand für die konservativen Kommentatoren fest, dass er der Hauptschuldige war.[187] Dementsprechend hielten sie, vor allem die Leitartikler der *Daily Mail*, das Thema Kriegsverbrechen und ihre Ahndung auch nach Beginn der Friedenskonferenz weiter in den Schlagzeilen und erinnerten Lloyd George immer wieder an sein Wahlversprechen, den Kaiser zu bestrafen.[188]

Bestärkt wurden sie in ihrer Haltung durch nach und nach bekannt werdende Dokumente, aus denen Motivation und Ziele der deutschen Diplomatie und der deutschen Kriegführung hervorgingen und die die persönliche Verantwortung Wilhelms zu belegen schienen. Die *Daily Mail* fasste Anfang November 1918 die bis dato in der Öffentlichkeit kursierenden diesbezüglichen Beweise zusammen. Demnach soll der Kaiser schon 1913 gegenüber dem belgischen König erklärt haben, dass ein Krieg mit Frankreich unvermeidlich sei.[189] Die Entscheidung für einen Angriff sei dann bei einer Sitzung des Kronrats am 5. Juli 1914 gefallen.[190] Nach der Invasion Belgiens soll Wilhelm gegenüber seinen Offizieren angedeutet haben, sie sollten möglichst wenig Gefangene machen. Über die Misshandlungen in deutschen Kriegsgefangenenlagern soll er ebenfalls informiert gewesen sein.[191] Eine willkommene Bestätigung für die Kriegsschuld Deutschlands waren die schon erwähnten Enthüllungen Eisners, auf die sich die konservativen Zeitungen stürzten und aus denen hervorging, dass die Reichsregierung das österreichische Ultimatum an Serbien ausdrücklich befürwortet hatte, wohl wissend, dass es eigentlich unannehmbar war.[192] Hinzu kam die Erkenntnis, dass nach den Plänen des deutschen Generalstabs ungeachtet der Folgen für die Haltung

---

187 Zur Beurteilung der Person Wilhelms in der britischen Öffentlichkeit nach seiner Flucht siehe auch REINERMANN, Kaiser, S. 471–480.

188 Die Intensität, mit der diese Forderung vorgebracht wurde, schwankte. Reinermann hat verschiedene Phasen ausgemacht, wonach das Thema vor allem im Wahlkampf zwischen Anfang November bis Mitte Dezember 1918, nach der Eröffnung der Friedenskonferenz am 18. Januar 1919, dann wieder Ende April 1919, als über die Frage der Kriegsverbrechen entschieden wurde, und noch einmal im Umfeld um die Vertragsunterzeichnung Ende Juni 1919 ausführlich behandelt wurde. Ebd.

189 Um den belgischen König Albert zu einer Bündniszusage zu überreden, hatte Wilhelm Anfang November 1913 auf die unversöhnliche Feindschaft Frankreichs verwiesen und erklärt, ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich sei nicht nur unvermeidlich, sondern stünde kurz bevor. FISCHER, Griff nach Weltmacht, S. 45f.

190 An dem Tag gaben der Kaiser und die Reichsregierung Wien den so genannten Blankoscheck.

191 THE DAILY MAIL, 11. November 1918, LA „The Arch-Criminal".

192 THE DAILY MAIL, 25. November 1918. Eisner ging davon aus, dass nur durch ein Schuldeingeständnis von deutscher Seite das Vertrauen der Völker wiedererlangt und ein passabler Friedensschluss erreicht werden konnte. Die Revolutionsregierung Eberts und das AA hingegen befürchteten, dass er damit den Siegermächten in die Hände spielte, die nun Beweise für ihren lang gehegten Verdacht hatten. Vgl. DREYER und LEMBKE, Kriegsschuldfrage, S. 63–67.

Großbritanniens in jedem Fall ein Durchmarsch durch Belgien vorgesehen war.[193]

Im liberalen Lager regten sich dagegen Zweifel an der Rolle, die der deutsche Monarch in der Julikrise gespielt hatte. Der *Manchester Guardian* glaubte nicht daran, dass Wilhelm den Krieg persönlich geplant und willentlich herbeigeführt hatte. Die Attitüde und der Anspruch, mit denen das Kaiserreich seine Außenpolitik verfolgt hatte, nachdem er „das Ruder in die Hand" genommen hatte, wie der *Guardian* in Anspielung auf einen Ausspruch Wilhelms schrieb, sei jedoch eindeutig eine der Ursachen gewesen.

To him, above all, is due that inordinate self-confidence and self-consciousness, that insistence, in season and out of season, on the greatness of Germany, that vanity which took it as an affront that anything could happen in the world in which the voice of Germany and her ruler was not heard, that quickness to take offence which have made his country the disturbing element in modern Europe. The ultimate cause of the war is not to be found merely in the episodes of the last crisis: it was the inevitable result of the spirit of modern Germany, and the spirit of modern Germany was that which he had imposed upon it.[194]

Der *Guardian* gab aber zu, dass der genaue Anteil Wilhelms so lange unklar blieb, bis nicht alle Dokumente über die Entscheidungen der deutschen Führungsspitze bekannt waren.

Einlassungen von deutscher Seite, die die eigene Verantwortung zu relativieren versuchten, stießen vor diesem Hintergrund auf wenig Verständnis. Als deutsche Zeitungen berichteten, Wilhelm habe kurz vor seiner Flucht ins holländische Exil erklärt, die Politik Berlins in den Wochen vor Kriegsausbruch sei ausschließlich von Reichskanzler Bethmann Hollweg und Außenminister Jagow bestimmt worden, die ihn in den kritischen Tagen gegen seinen Willen auf die traditionelle Sommerreise nach Norwegen geschickt hätten, brandmarkte ihn Wile in der *Daily Mail* als „Armageddon's champion liar".[195] Tatsächlich jedoch kam Wilhelms Darstellung der Realität recht nah, denn die Reichsleitung und der Generalstab waren in der Julikrise die treibenden Kräfte,

---

193 The Manchester Guardian, 26. November 1918. Der nach seinem Autor benannte Schlieffen-Plan sah vor, dass bei einem Zweifrontenkrieg zunächst alle Kräfte an die Westfront geworfen werden sollten, um Frankreich zu schlagen, bevor die deutsche Armee sich gegen Russland wenden würde. Alternativen waren in den Jahren vor 1914 vom deutschen Generalstab verworfen worden. Dieser beharrte ausdrücklich und in vollem Bewusstsein, damit gegen internationales Recht zu verstoßen, auf einem Durchmarsch durch das neutrale Belgien. Vgl. Fischer, Griff nach Weltmacht, S. 44–46. Zuber hat neuerdings wenig überzeugend versucht, Schlieffen zu rehabilitieren, indem er argumentierte, dass die Pläne des Generals defensiv ausgerichtet waren und eine flexible Verteidigung an den deutschen Grenzen vorsahen, nicht jedoch einen Angriff auf Frankreich. Zuber, Schlieffen Plan.

194 The Manchester Guardian, 11. November 1918.

195 The Daily Mail, 2. Dezember 1918, Kolumne „Germany Day By Day".

die letztlich die Weichen auf Krieg stellten und den Kaiser nur bedingt in viele ihrer Entscheidungen einbezogen.[196]

Auf diplomatischer Ebene wurde die Widerlegung der deutschen Kriegsschuld zum Kernbestandteil der Strategie des Auswärtigen Amtes, die vom neuen Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau übernommen und von der MSPD-Führung unterstützt wurde.[197] Ein wesentlicher Baustein im Ringen der deutschen Diplomatie um die Interpretationshoheit in dieser Frage war die so genannte Professoren-Denkschrift. In diesem Memorandum räumten die Verfasser Hans Delbrück, Max Weber, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Maximilian Graf von Montgelas Fehler und Schwächen des alten Systems ein. Sie sprachen gleichzeitig das kaiserliche Deutschland aber von jedem Kriegswillen frei und wiesen dem zaristischen Russland die Hauptverantwortung für die militärische Eskalation im Sommer 1914 zu.[198] Die Agitation der Deutschen musste jedoch angesichts der beschriebenen Stimmung in weiten Teilen der britischen Presse ins Leere laufen. Vor allem die Argumentationskette, dass Deutschland sich gegen Russland nur verteidigt hatte und dass deshalb der deutsche Angriff auf Russlands Bündnispartner Frankreich keine Aggression, sondern ebenfalls ein Akt der Verteidigung war, stieß auf breite Ablehnung.[199]

Die Bemühungen der deutschen Seite, für die eigene Sicht der Dinge Gehör zu finden, war auch eine Reaktion auf die Ergebnisse der alliierten Kommission zur Untersuchung der „Verantwortung der Urheber des Kriegs und ihrer Bestrafung", die Ende April der Friedenskonferenz ihren Abschlussbericht unterbreitete. Darin kamen die Mitglieder zu dem Schluss, dass den Regierungen der Mittelmächte eindeutig die alleinige Schuld zuzuschreiben sei.[200] Die *Daily Mail* stellte voller Genugtuung fest, dass es für den Kaiser nun kein Leugnen mehr gäbe. Schließlich sei er nach der Verfassung allein für Krieg und Frieden verantwortlich und ihm Österreich-Ungarn vollständig zu Willen ge-

---

196 Reichskanzler Bethmann Hollweg hatte Wilhelm in der Tat zu der traditionellen Nordlandreise überredet, weil die Reichsleitung nicht den Anschein erwecken wollte, dass man in Berlin mit einer kriegerischen Entwicklung rechnete. Zur Rolle des deutschen Monarchen in der Julikrise vgl. ausführlich Mommsen, Kaiser, S. 216f.

197 Vgl. dazu überzeugend die Beweisführung bei Heinemann, Verdrängte Niederlage, S. 35–47.

198 Ebd., S. 45.

199 Vgl. z.B. The Times, 4. Juni 1919; The Manchester Guardian, 4. Juni 1919. Als Bethmann Hollweg versuchte, in seinen Erinnerungen das Verhalten Berlins in diesem Sinne zu rechtfertigen und sich selbst zu rehabilitieren, brachte ihm das in der britischen Presse erwartungsgemäß ebenfalls wenig Sympathien ein. Wie die *Times* enttäuscht feststellte, beharrte er darauf, dass Russland mit seiner Generalmobilmachung und Frankreich mit dem Pochen auf seinen Bündnisverpflichtungen Deutschland in den entscheidenden Tagen der Krise so unter Zugzwang gesetzt hatten, dass die Kriegserklärung die einzig verbliebene Ausweg gewesen sei. The Times, 13. Juni 1919. Vgl. auch Bethmann Hollweg, Betrachtungen, Bd. 1, S. 126–130.

200 The Daily Mail, 24. April 1919; The Daily Herald, 29. April 1919.

wesen.[201] Wegen des Widerstands der USA und Japans empfahl die Kommission allerdings, Wilhelm nicht wegen des Bruchs der Neutralität Belgiens oder seiner Urheberschaft des Kriegs vor einem internationalen Tribunal anzuklagen, sondern wegen seiner Verantwortung für die im Krieg selbst begangenen Verstöße gegen geltendes internationales Recht.[202] Angesichts dieser Differenzen war für den *Guardian* klar, dass die Chancen, den Kaiser für den Krieg zu hängen, äußerst schlecht standen.[203] Nichtsdestotrotz verlangte die *Mail* von Lloyd George, dass dann eben die europäischen Staaten Wilhelm und den anderen deutschen Kriegsverbrechern auf eigene Faust den Prozess machen müssten. Schließlich habe der Premierminister selbst festgestellt, dass der Krieg ein Verbrechen war und der Kaiser dafür bestraft werden müsse.[204]

Die Siegermächte einigten sich schließlich darauf, Holland um die Auslieferung Wilhelms zu bitten, damit dieser wegen „schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge" vor einem internationalen Gerichtshof unter Anklage gestellt werden konnte.[205] Alliierte Militärtribunale sollten darüber hinaus diejenigen deutschen Militärs aburteilen, die für Kriegsverbrechen verantwortlich waren.[206] Hinzu kam in Artikel 231 des Versailler Vertrags die Feststellung, dass den Alliierten der Krieg durch Deutschlands Aggression aufgezwungen worden war und Deutschland die Verantwortung für alle daraus entstandenen Schäden übernahm.[207]

Die Intention war ursprünglich, mit diesem Passus eine rechtliche Grundlage für die Reparationsforderungen der Alliierten zu schaffen, und keine moralische Verurteilung Deutschlands festzuschreiben. Davon abgesehen waren aber sowohl Clemenceau als auch Lloyd George und Wilson davon überzeugt,

---

201 „as the conspirator who plotted the war and as the criminal who violated international law during the war, the fugitive ‚War-Lord' stands exposed. The Commission place the whole responsibility for the war on Germany and Austria-Hungary. Austria had no will but the German Kaiser's. The Kaiser's personal responsibility is therefore absolute, since in terms of the German Constitution the arbitrament of peace and war was his sole prerogative." The Daily Mail, 24. April 1919, LA „Try The Kaiser".

202 Vgl. The Times, 28. April 1919. Die Amerikaner vertraten den Standpunkt, dass es für die Ahndung der ersten beiden genannten Vergehen Wilhelms keine rechtliche Grundlage gab, und es deshalb besser wäre, die Konferenzteilnehmer verurteilten stattdessen das Verhalten des Kaisers in einer gemeinsamen Resolution. Zum Widerstand der Amerikaner siehe auch Sharp, Versailles, S. 126f.

203 The Manchester Guardian, 29. April 1919, LA „Hanging The Kaiser".

204 Dass es für einen solchen Kriegsverbrecher-Prozess kein juristisches Vorbild gab, spielte für die *Mail* keine Rolle. Schließlich habe es für die Hinrichtung von Charles' I. und die Verbannung Napoleons auch keine Präzedenzfälle gegeben. The Daily Mail, 24. April 1919, LA „Punish The Kaiser – The Premier's Promise".

205 Art. 227 des Versailler Vertrags (VV) abgedruckt in: Michaelis et al., Ursachen und Folgen, Bd. 3, S. 388–408. Mittlerweile waren aber weder Frankreich noch die USA, die zudem einen Ausschluss der Todesstrafe durchgesetzt hatten, ernsthaft an einem Prozess interessiert. Reinermann, Kaiser, S. 477.

206 Art. 228–230, VV.

207 Der so genannte „Kriegsschuld"-Artikel.

dass die Deutschen die Hauptschuld für den Krieg traf.[208] Genau so wurde der Inhalt des „war-guilt clause" denn auch von der britischen Presse verstanden, nämlich als vertragliche Fixierung des deutschen Verbrechens gegen die zivilisierte Welt.[209] Die *Times* etwa lobte die Klarheit, mit der die Vergehen Deutschlands angeprangert wurden. „The general indictment of Germany as the guilty cause of the war and of the horrors which have justly made her an outcast from the nations is an admirable example of remorseless and unanswerable reasoning."[210]

Auf der anderen Seite des Meinungsspektrums herrschte dagegen Unverständnis. Im *Daily Herald* etwa bezeichnete Brailsford die Verurteilung der Deutschen als „travesty of history" und fuhr fort:

> Put the guilt of Germany as high as you please (hers was, without doubt, the most guilty government), but no dictated confession can alter the facts that Serbian assassins, […], murdered the Austrian Archduke, and that the Russian general staff lied to the Tsar and consciously hastened the war by its furtive general mobilisation; nor can it wipe out the whole preceding record of Allied Imperialism from Persia to Marocco.[211]

Mit der Frage nach der Verantwortung für den Krieg war die nach der Wiedergutmachung eng verknüpft. Nur wenn Deutschland verantwortlich war, konnte ihm die Pflicht zu Reparationsleistungen auferlegt werden. Das Reparationsproblem wurde allerdings durch eine ganze Reihe unbeantworteter Fragen verkompliziert. Erstens war unklar, für welche Schäden und Verluste der Alliierten Deutschland bezahlen sollte und um welche Gesamtsumme es dabei ging. Zweitens war offen, in welcher Form der Schadensersatz geleistet werden sollte und über welchen Zeitraum sich dieser Prozess hinziehen würde. Was wiederum entscheidend von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands abhing, über die es keine zuverlässige Bewertung gab. Erschwerend kam hinzu, dass sich im Ver-

---

208 Darin wurden sie durch die vehemente Ablehnung gerade dieses Teils durch die deutsche Delegation noch bestärkt. LENTIN, Guilt of Germany, S. 101–103. Ebenso DREYER und LEMBKE, Kriegsschuldfrage, S. 153.

209 Auf deutscher Seite sah man dies genauso. Nicht umsonst protestierten die deutschen Unterhändler gegen diesen Teil des Friedensvertrags und konnten sich dabei der Unterstützung der Heimat gewiss sein, denn: „Für die Deutschen des Jahres 1919 war dieser Verbrechens-Vorwurf das Schlimmste, was ihnen passieren konnte. Die absurde Überzeugung, in Frankreich und anderswo vier Jahre lang alleine einen Verteidigungs-Krieg geführt zu haben, war durch jahrelange Propaganda tief eingewurzelt und diente gerade nach der unerwarteten Niederlage elementarem Selbstschutz. Denn war nicht die Niederlage selber schon schwer genug zu verkraften angesichts der Million gefallener Soldaten und der erlebten ökonomischen Not (aber eben nicht von Besatzung und Zerstörung!). Daß alle diese Opfer nicht nur überflüssig, sondern einem Verbrechen entsprungen sein sollten, war kollektiv nicht aushaltbar." KRUMEICH, Krieg, S. 63.

210 THE TIMES, 17. Juni 1919, LA „The Final Terms".

211 THE DAILY HERALD, 30. Juni 1919, LA „Germany's Right To Work". In diesem Sinne auch Huddleston, für den die Ursachen des Krieges in der persönlichen Rivalität der Herrscher, dem Antagonismus von Pan-Slavismus und Pan-Germanismus sowie in der Konstellation der Bündnissysteme lagen. HUDDLESTON, My Time, S. 24.

lauf der Friedenskonferenz ganz erhebliche Divergenzen zwischen den Delegationen Großbritanniens, Frankreichs und der USA auftaten.[212] Entsprechend unsicher war die Grundlage, auf der die Diskussion um das Thema Reparationen in der englischen Presse fußte, was ihrer Intensität aber keinen Abbruch tat, im Gegenteil.

Das konservative Lager, angeführt von der *Daily Mail*, hielt sich strikt an das während des Wahlkampfs aufgestellte Dogma, dass Deutschland die gesamten Kriegskosten der Alliierten bezahlen sollte. Für den Fall, dass sich die Deutschen dabei nicht kooperationsbereit zeigten, wie ihr bisheriges Verhalten vermuten ließ, müssten die Siegermächte eben militärische Zwangsmittel androhen.[213] Gleichzeitig erschienen jedoch in denselben Zeitungen Berichte von Korrespondenten vor Ort, in denen diese ein düsteres Bild von der Lage der deutschen Wirtschaft zeichneten. Angesichts von Versorgungsengpässen und Schwarzhandel, wie sie beispielsweise der *Daily Telegraph* schilderte, wurden Zweifel laut, wie die avisierten Reparationen einzutreiben waren.[214] Dass in diesem Punkt ein Potenzial für künftige Konflikte mit den Deutschen lag, beschäftigte den Außenpolitikchef der *Times*, Wickham Steed, noch bevor die Friedenskonferenz dazu erste Entscheidungen getroffen hatte. Bereits Anfang März sprach er sich dafür aus, Deutschland in möglichst kurzer Zeit möglichst hohe Leistungen abzuverlangen, anstatt den Prozess über einen langen Zeitraum auszudehnen, was auch wegen der damit verbundenen Besatzung des Rheinlands nur zu weiteren Animositäten führen würde.[215] Auf Grund der absehbaren Schwierigkeiten infolge der wirtschaftlichen Probleme waren liberale und sozialistische Zeitungen skeptisch, dass die Deutschen für die gesamten Kosten des Krieges aufkommen könnten.[216] Der *Manchester Guardian* sprach deshalb sogar von einer „Illusion", der sich die Siegermächte hingäben.[217]

Den britischen Premierminister brachte die Reparationsfrage in Paris in eine schwierige Lage. Einerseits musste er mit der erhöhten Aufmerksamkeit rechnen, die die britische Presse diesem Thema seit den Versprechen der Politiker im Wahlkampf „to make the Germans pay" widmete. Andererseits musste Lloyd George auf die Standpunkte seiner Verhandlungspartner Rücksicht nehmen, obwohl er selbst nur wenig Spielraum für eine flexible Verhandlungsführung hatte.[218] Hinzu kam, dass sich in seiner eigenen Delegation zwei Fraktionen gegenüberstanden, die konträre Positionen vertraten. Die Wirtschaftsexperten der *Treasury*, allen voran John Maynard Keynes, empfahlen, bei der

---

212 Sharp, Versailles, S. 78. Marks, Smoke and Mirrors, S. 345.
213 The Daily Mail, 12. Februar 1919, LA „If Germany Had Won".
214 The Daily Telegraph, 26. Februar 1919.
215 Memorandum vom 3. März 1919, Steed Papers, Daily Memoranda from H. Wickham Steed sent from the Paris Peace Conference, TNL Archive, HWS/3.
216 The Daily Herald, 22. Februar 1919.
217 The Manchester Guardian, 24. Februar 1919.
218 Goldstein, Home Front, S. 159.

Festsetzung der Reparationssumme die Kapazität Deutschlands zu Grunde zu legen. In einem Memorandum hatte Keynes diese auf umgerechnet maximal 60 bis 80 Milliarden Goldmark geschätzt.[219] Seiner Ansicht nach bestand die Gefahr, dass zu exzessive Forderungen die deutsche Wirtschaft dauerhaft belasten würden und damit ein Aufschwung der europäischen und der Weltwirtschaft verzögert, wenn nicht sogar für Jahre verhindert würde.[220] Die Gegenseite vertraten der australische Premier Hughes sowie die Lords Sumner und Cunliffe, die schon während des Wahlkampfs als Mitglieder des *Committee on Indemnity* der britischen Regierung für immense Reparationsforderungen eingetreten waren. Sie saßen nun auf der Friedenskonferenz für Großbritannien in der Kommission für Schadensersatz. Auch dort votierten sie für eine möglichst hohe Gesamtsumme.[221]

Wie groß der Rückhalt für die Position von Hughes in der Northcliffe-Presse und vor allem unter den konservativen Abgeordneten im Unterhaus war, zeigte sich Anfang April 1919, als Auszüge aus dem Fontainebleau Memorandum in die Öffentlichkeit durchsickerten. In dieser Denkschrift sprach sich Lloyd George für einen moderaten Frieden aus, der so gestaltet sein müsse, dass eine „verantwortliche Regierung in Deutschland seine Bestimmungen auch ausführen könne".[222] Ein solcher Friedensvertrag dürfe keine Provokationen enthalten, die zu neuen Kriegen führen könnten.[223] Was Reparationen anging, blieb der Premier vage. Er gab lediglich an, die Zahlungen sollten mit dem Aussterben der Kriegsgeneration beendet sein.[224] Die Grundlinien des Memorandums zeichnete Lloyd George in einem Interview mit dem Korrespondenten der *Westminster Gazette*, Sisley Huddleston, nach.[225]

Im Unterhaus löste der Premier damit eine Revolte aus. Viele konservative Abgeordnete vermuteten ohnehin, dass Lloyd George in Paris zu große Zugeständnisse machen könnte. Genährt wurde ihr Verdacht durch gezielt gestreute Gerüche, deren Ausgangspunkt kein Geringerer als Lord Northcliffe war.[226] Der Pressebaron hatte sich in einer Villa in Fontainebleau eingemietet und war über den Fortgang der Verhandlungen insbesondere durch die täglichen Berichte Wickham Steeds gut informiert. Zur Verbreitung der Indiskretionen in

---

219 GOLDSTEIN, Winning the Peace, S. 198. Der Wechselkurs der Goldmark zum Pfund war bei 20:1 fixiert. Zu Ursprung und Konzeption von Keynes' ökonomischen Vorstellungen, zur zentralen Rolle, die er Deutschland im europäischen Wirtschaftssystem beimaß, sowie zu seiner Kritik am Versailler Vertrag vgl. umfassend PETER, John Maynard Keynes.

220 DOERR, Foreign Policy, S. 43.

221 MARKS, Smoke and Mirrors, S. 344.

222 Fontainebleau Memorandum, 25. März 1919, Lloyd George Papers, HLRO, F/147/2.

223 Ebd.

224 Ebd.

225 Die *Westminster Gazette* brachte das Interview am 31. März mit der Quellenangabe „on a high British authority". Es war allerdings leicht zu erraten, wer Huddleston Quelle war. HUDDLESTON, My Time, S. 134f.

226 LLOYD GEORGE, Peace Treaties, Bd. 1, S. 559.

London diente ihm Kennedy Jones, früherer Chefredakteur der *Daily Mail* und nun Abgeordneter der Unionisten.[227]

Auf die persönliche Anweisung Northcliffes begannen dessen Zeitungen außerdem eine neuerliche Kampagne, mit der der Premierminister zu einem harten Kurs gedrängt werden sollte.[228] Erstmalig erschien in der *Daily Mail* am 7. April eine Kolumne mit dem Titel „A Warning" und dem folgenden Zitat: „They will cheat you yet those Junkers! Having won half the world by bloody murder, they are going to win the other half with tears in their eyes, crying for mercy."[229] Diese Warnung wurde von da an bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags täglich auf der Kommentarseite abgedruckt. Begleitet wurde sie von Leitartikeln, in denen die britischen Delegierten nachdrücklich daran erinnert wurden, dass es ihre Aufgabe war, einen Revanchekrieg der Deutschen zu verhindern, indem ihnen die Mittel dafür genommen würden, und nicht, deutschen Wünschen entgegenzukommen.[230]

Die Attacken gingen nicht spurlos an Lloyd George vorüber. Mehrfach beklagte er sich bei Riddell über die Kritik und gab zu, dass die Attacken in der

---

227 Jones' Aufgabe bestand darin, durch Lobbyarbeit im Parlament den Druck auf die Regierung zu erhöhen und wenn nötig, einen Sturz Lloyd Georges herbeizuführen. LENTIN, Guilt, S. 50f. Dass dies durchaus im Bereich des Möglichen lag, zeigte die stürmische Debatte am 2. April, in der sich die Unzufriedenheit vieler Hinterbänkler entlud, und sie auf die Einhaltung des Wahlversprechens nach einer vollständigen Ersetzung aller Kriegskosten durch die Deutschen pochten sowie mit offener Rebellion drohten. Bonar Law versuchte vergeblich, die Wogen zu glätten. An Lloyd George schrieb er: „I had a bad time about indemnities last night. I do not think I convinced anyone and probably nine out of ten, of the Unionist members at least, were disgusted." Zit. nach GOLDSTEIN, Home Front, S. 162. Wie aufgeladen die Stimmung war, schilderte der Leitartikler der *Daily Mail*, Herbert Wilson, in einem Brief an Northcliffe. „the dissatisfaction with Lloyd George is intense. He seems at Paris to be truckling to the Huns, breaking away from the policy to which you tried to nail him down, and intending to sell our friends for the smile of the Fatherland, which hates him and us more than ever in its heart. There will be exasperation here if he muddles away all that our arms have won." Wilson an Northcliffe, 3. April 1919, BL, NADM 62201.

228 POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 710. Wickham Steed, der gerade erst den Chefredakteursposten der *Times* übernommen hatte, versicherte Northcliffe bereits am 30. März, dass er den Druck auf Lloyd George aufrecht erhalten werde. Memorandum vom 30. März 1919, Steed Papers, Daily Memoranda from H. Wickham Steed sent from the Paris Peace Conference, TNL Archive, HWS/3. Der Faktor der persönlichen Animosität ist in dieser Episode nicht zu unterschätzen. Northcliffe hegte offenbar immer noch einen Groll gegen Lloyd George, weil dieser ihn nicht zu den Friedensverhandlungen mitgenommen hatte, und versuchte nun auf seine Weise, den Gang der Dinge zu beeinflussen. In diesem Sinne LENTIN, Guilt, S. 51f.

229 THE DAILY MAIL, 7. April 1919. Als Quelle war ein gewisser „Carl Rosemeier, ein Deutscher in der Schweiz an die Alliierten" angegeben. Dabei handelte es sich tatsächlich um einen deutschen Exilanten, allerdings hatte er seine Warnung ursprünglich noch während des Krieges verfasst und an die Reichsregierung gerichtet. NEWTON, British Policy, S. 390, Fn. 62.

230 THE DAILY MAIL, 7. April 1919, LA „Trying To Tickle The Tiger" und 10. April, LA „‚The Whole Cost' – The Premier's Election Pledges".

Presse „äußerst schädlich" seien.[231] Laut Riddell dachte der Premierminister sogar über Verleumdungsklagen gegen die *Daily Mail* und die *Times* nach, dafür dass sie ihn als „pro-deutsch" hingestellt hatten.[232] In den Fraktionen der Regierungsparteien sorgte unterdessen Kennedy Jones weiter für Unruhe. Ermutigt von Northcliffe, der zu offenem Protest durch das Parlament geraten hatte, verfasste er mit einigen Mitstreitern ein Telegramm, das am 8. April an Lloyd George ging und von 233 Koalitionsabgeordneten unterschrieben war.[233] Darin verliehen die Unterzeichner ihrer Sorge über die ständigen Gerüchte aus Paris Ausdruck und ermahnten den Regierungschef, „as you repeatedly stated in your election speeches, to present the bill in full, to make Germany acknowledge the debt, and then to discuss ways and means of obtaining payment." Die *Times* druckte am nächsten Tag den vollständigen Wortlaut des Telegramms ab.[234]

Lloyd George beschloss, jetzt in die Offensive zu gehen und seine Widersacher in die Schranken zu weisen. In der Debatte am 16. April im Unterhaus griff er seinen schärfsten Kritiker frontal an. Ohne ihn direkt beim Namen zu nennen, warf er Northcliffe vor, unter Größenwahn zu leiden und mit seinen ständigen Angriffen Zwietracht im Lager der Alliierten zu säen.[235] Mit seinem

---

231 Im Original „most harmful". In Bezug auf die *Times* vermutete Lloyd George, Steed habe „a personal animus against him because he [had, der Verf.] snubbed him". RIDDELL, Intimate Diary, Eintrag vom 28. März 1919. Siehe auch Einträge vom 29. und 30. März. Der Premier spielte damit vermutlich auf die Friedensvorschläge der *British War Mission* an, deren Co-Autor Steed war und die Lloyd George nicht beachtet hatte, woraufhin Northcliffe sie unter dem Titel „From War to Peace" am 4. November in allen seinen Zeitungen veröffentlichen ließ. History of the Times, Bd. 4, S. 476. Steed selbst zweifelte an Lloyd Georges Fähigkeiten, den Frieden zu gestalten. In seinen Memoiren fällte er ein vernichtendes Urteil: „Of the principal statesmen engaged in the making of the Treaty, the British Prime Minister was the least fitted, by temperament and knowledge, to help in building up an enduring work. He had been, in many respects, a great war leader; but, as a maker of peace, his very agility and his skill as a tactician were sore disadvantages." STEED, Thirty Years, Bd. 2, S. 336.

232 RIDDELL, Intimate Diary, Eintrag vom 5. April.

233 Jones hatte Northcliffe nach dem Erscheinen des Artikels in der *Westminster Gazette* wegen des weiteren Vorgehens um Rat gefragt. THOMPSON, Northcliffe, S. 324.

234 THE TIMES, 9. April 1919.

235 PD/C, V, 114, Spn. 2953–55, 16. April 1919. Beim letzten Satz tippte sich der Premier an die Stirn, um anzuzeigen, dass er den Pressebaron für verrückt hielt. MARGACH, Abuse of Power, S. 16. Northcliffe beschloss, auf die persönliche Attacke nicht zu reagieren und ansonsten an seinem Kurs festzuhalten. An Marlowe schrieb er: „We must be careful not to involve ourselves in wrong quarrels with the Prime Minister. I have no personal interest in him either way. When he is vigorous in fighting Germany I support him: when he sings his ‚Be kind to poor little Germany' song, I oppose him. I notice a tendency in the staff of my newspapers to hit back when the Prime Minister makes foolish remarks about me. I deprecate that attitude. Silence is a more effective and dignified weapon." Northcliffe an Marlowe, 22. April 1919, BL, NADM 62199. Seinem Bruder Cecil versicherte er, dass er sich über den Auftritt Lloyd Georges amüsiert habe und die Auflagen der *Times* und der *Daily Mail* danach gestiegen seien. POUND und HARMSWORTH, Northcliffe, S. 715.

überzeugenden Auftritt gelang es dem Premierminister, die Regierungsfraktionen auf seine Seite zu ziehen, ohne den Abgeordneten allzu viel über den Stand der Reparationsverhandlungen in Paris zu verraten.[236] Auch wenn Lloyd George einen Blankoscheck für die weitere Verhandlungsführung durch das Unterhaus erhielt,[237] so hatten die Friktionen zwischen Regierungschef und Koalitionsparteien insofern Folgen gehabt, als dass der Premierminister auf der Friedenskonferenz noch vor seiner Abreise nach London durchgesetzt hatte, zunächst keine Gesamtsumme festzulegen.[238] Der Gedanke dahinter war Zeitgewinn. Bis zu einer endgültigen Entscheidung würden sich die Gemüter vielleicht beruhigt haben und die britische Öffentlichkeit eine realistische Regelung eher akzeptieren, so die Hoffnung von Lloyd George.[239]

In der Endfassung des Versailler Vertrags wurde dann die grundsätzliche Haftung Deutschlands für alle Schäden der Alliierten festgeschrieben.[240] Die Festsetzung der Höhe wurde an einen interalliierten Ausschuss, die Reparationskommission, überwiesen, die bis zum 1. Mai 1921 einen Gesamtbetrag bestimmen und einen Zahlungsplan aufstellen sollte.[241] Bis dahin verpflichtete sich Deutschland, eine Abschlagszahlung in Höhe von 20 Milliarden Goldmark zu leisten. Außerdem sah der Vertrag zahlreiche Sachleistungen vor.[242]

Die Kommentatoren der liberalen und linken Zeitungen glaubten nicht an die Umsetzbarkeit der gefundenen Regelung. Hier herrschten generell Bedenken ob der wirtschaftlichen Folgen von Reparationszahlungen. Im *Daily Herald* ließ Brailsford keinen Zweifel daran, dass Deutschland angesichts des derzeitigen ökonomischen Chaos die Alliierten unmöglich entschädigen könne.[243] Die Bestimmungen des Vertrags bedeuteten, dass die deutsche Wirtschaft beim Zugang zu Märkten, Rohstoffen und Kapital benachteiligt werde, was über kurz oder lang ihr Ruin sei, prophezeite der Publizist.[244] Ähnlich war die Einschätzung des *Manchester Guardian*, der betonte, dass die deutsche Industrie am Boden lag, die Bevölkerung Hunger leide und der Politik die Orientierung fehle, und der deshalb fragte: „would it not be better to fix a sum which

---

236 Nach seiner eigenen Einschätzung hatte er das Unterhaus „voll im Griff", ohne auch nur irgend etwas über die Friedenskonferenz gesagt zu haben. TAYLOR (Hrsg.), Lloyd George Diary, Eintrag vom 17. April 1919.

237 GOLDSTEIN, Home Front, S. 163.

238 LENTIN, Guilt, S. 66f.

239 Außerdem blieb so mehr Zeit, noch strittige Punkte unter den Alliierten wie den Verteilungsschlüssel zu klären und die genaue Höhe der Schäden in Belgien und Nordfrankreich zu ermitteln. Ebd.

240 Art. 231–2, VV.

241 Art. 233-4, VV.

242 U.a. Handelsschiffe, ein Teil der Fischereiflotte, Rinder, Pferde, Maschinen, Kohle und Koks sowie eine Reihe von chemischen Produkten. Anhänge III bis V, VV.

243 THE DAILY HERALD, 1. Mai 1919.

244 Ebd., 30. Juni 1919, LA „Germany's Right To Work". Vgl. auch BRAILSFORD, Blockade, S. 115.

Germany may fairly hope to pay within a shorter period, and thus to do what we can to help her to pay it?"[245]

In den Augen der konservativen Leitartikler hingegen stand Deutschland keineswegs kurz vor dem Bankrott. Als Beweis führte die *Times* das deutsche Angebot an, insgesamt 6 Milliarden Pfund in Gold zu bezahlen.[246] Und obwohl noch keine endgültige Summe feststand, war der *Daily Telegraph* schon jetzt der Auffassung, dass die Deutschen eigentlich glimpflich davon gekommen waren: „The surrender of wealth actually demanded bears no sort of relation to the total loss inflicted upon the Allied people by Germany's war."[247]

Ebenso umstritten waren die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags. Das zentrale und zugleich unlösbare Problem, dass sich insbesondere bei der Neuziehung der deutsch-polnischen Grenze stellte, war die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf Gebiete mit gemischter Bevölkerung. Aber auch die Verweigerung einer Vereinigung Deutschlands mit Österreich sowie eines Beitritts des Sudetenlandes zum Deutschen Reich war nur schwer mit dem Prinzip der Selbstbestimmung in Einklang zu bringen.[248] Wie sich im Verlauf der Verhandlungen in Versailles zeigte, lieferte eben dieser Widerspruch zwischen dem von Wilson propagierten Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Umsetzung in den einzelnen Artikeln des Vertrags seinen Kritikern willkommene Argumente.

Im März appellierte beispielsweise der Chefredakteur des *Guardian* C.P. Scott an Colonel House, dem wichtigsten Vertrauten Wilsons in der amerikanischen Delegation, die selbst gesetzten Prinzipien nicht aufzugeben.

I recognise fully that no ideal settlement can be got. […] but two things seem to me vital – that no population forming an integral part of one state shall be transferred to another against its will and that generally the new order shall not render friendly cooperation in the future between conquerer and conquered impossible.[249]

Scott befürchtete, dass Deutschland bei zu großen Gebietsverlusten ein ständiger Unruheherd werden könnte so wie Frankreich in den vergangenen 40 Jahren. Und er spezifizierte, wo für ihn die Grenzen des Zumutbaren lagen:

I think the forcible transfer of the Saar Valley coalfield would involve these consequences. […] So would be the forcible separation under whatever form from Germany

---

245 The Manchester Guardian, 8. Mai 1919, LA „The Treaty Of Peace".

246 The Times, 29. Mai 1919, LA „The German Counter-Proposals".

247 The Daily Telegraph, 8. Mai 1919, LA „The Peace Treaty".

248 Dass hier erhebliche Schwierigkeiten drohten, ahnte man in der Redaktion der *Times* bereits Anfang Dezember 1918. Der ehemalige Deutschlandkorrespondent J.E. MacKenzie sprach sich gemäß dem Nationalstaatsprinzip und dem Selbstbestimmungsrecht ganz klar für einen Zusammenschluss Deutschlands und Deutsch-Österreichs aus, den er ohnehin langfristig als unvermeidlich ansah, während Wickham Steed eine solche Lösung kategorisch ablehnte. MacKenzie an Steed, 4. Dezember 1918, Steed Papers, Correspondence with J.E. MacKenzie, TNL Archive, HWS/1.

249 Scott an Colonel House, 16. März 1919, Scott Papers, General Correspondence, MGA, Box 335/91.

of the rest of the German territory west of the Rhine. So would the inclusion of Danzig in the Polish State which amounts in fact to the dismemberment of Germany. So […] would be the denial to the Austro-Germans of the right to unite, if they so desire, with the rest of Germany. Therefore it appears to me all these things should be resisited.[250]

Es überrascht daher nicht, dass der *Manchester Guardian* vor allem die territorialen Bestimmungen bemängelte, selbst wenn sie nicht ganz so extrem ausfielen, wie Scott noch im März befürchtet hatte. Dennoch sah der Chefredakteur in dem Vertrag keine Grundlage für einen dauerhaften Frieden, da die Grenzverschiebungen nicht fair verteilt waren, sondern hier offensichtlich durch den Krieg aufgewühlte Emotionen und nationale Ambitionen eine wesentliche Rolle gespielt hatten.[251]

Noch schärfer formulierte der *Daily Herald* seine Kritik. Danzig von Deutschland zu trennen und zur „freien Stadt" zu erklären, sei eine „fatale Torheit". Dies und der polnische Korridor allein reichten aus, um den Militarismus und Pan-Germanismus am Leben zu halten, warnte ihr Kolumnist Brailsford.[252] Um seine Ansicht zu untermauern, brachte der *Herald* wiederholt Reportagen aus den Gebieten, die an Polen fallen sollten, in denen anschaulich beschrieben wurde, dass die meisten Orte unzweifelhaft deutsch waren.[253] Brailsford vermutete deshalb hinter der Grenzziehung rein strategische Gründe. Der entstehende polnische Staat mit seinen vielen Minderheiten inklusive der deutschen diene vor allem den militärischen Interessen Frankreichs, das einen starken Verbündeten im Osten gegen Deutschland und Russland brauche. Anders sei nicht zu erklären, warum selbst Gebiete mit mehrheitlich deutscher Bevölkerung Polen zugeschlagen wurden.[254] Im Westen verurteilte Brailsford vor allem die Regelung für das Saargebiet, nach der die deutsche Bevölkerung in der Völkerbundsverwaltung und bei der Ausbeutung der Kohlebergwerke durch Frankreich kein Mitspracherecht habe. Zudem hätten die Franzosen das Recht, ausländische Arbeitskräfte an die Saar zu holen. In Anbetracht dieser Konstruktion sei klar, dass Frankreich darauf abziele, bei dem Plebiszit in 15 Jahren eine Mehrheit für die endgültige Abtrennung der Saar von Deutschland zu organisieren.[255]

---

250 Ebd.

251 Als Beispiele führte Scott das Arrangement für das Saargebiet an und die Regelung für Danzig, die weder Deutsche noch Polen befriedige, sowie das Abschneiden Ostpreußens vom Reich. Besonders Letzteres werde dauerhaften Unfrieden im Herzen Europas stiften, prophezeite er. Außerdem sei sich Polen damit der Feindschaft seines größeren Nachbarn sicher. THE MANCHESTER GUARDIAN, 8. Mai 1919, LA „The Treaty Of Peace".

252 THE DAILY HERALD, 7. Mai 1919.

253 So berichtete der *Special Correspondent* Philip Morton, dass hier trotz Revolution die alten feudalen Strukturen überlebt hatten, die kaiserliche Verwaltung weiter funktionierte, in den meisten Teilen Posens und Westpreußens sowie in Danzig überwiegend Deutsch gesprochen wurde und die Bevölkerung für einen Verbleib im Reichsverbund war. THE DAILY HERALD, 4., 5., 9. Juni 1919.

254 THE DAILY HERALD, 20. Mai 1919, LA „The Peace Of Strangulation".

255 Ebd.

All diese Einwände ließen die Kommentatoren der konservativen Zeitungen unbeeindruckt. Grund dafür war eine völlig andere Prioritätensetzung. Vorrangiges Ziel des Friedens musste es ihrer Auffassung nach sein, einen Revanchekrieg Deutschlands zu verhindern sowie die Sicherheit von Belgien und Frankreich zu gewährleisten und nicht Rücksicht auf deutsche Befindlichkeiten zu nehmen. Dies sei schließlich auch im britischen Interesse, so die *Daily Mail*.

Our future security depends on giving France and Belgium a frontier which they can hold against the Hun. In pleading their case they are also pleading our own […]. It is not our business to ask what Germany will think of the terms. Our duty is to dictate such terms as shall give us material guarantees for security, and let the Hun think what he likes about them.[256]

Dieses Argument galt genauso für die Grenze zwischen Deutschland und den neu entstehenden Staaten in Osteuropa. Dass bei deren Festlegung strategische Überlegungen um die Sicherheit Polens oder der Tschechoslowakei angestellt wurden, war für die *Times* eine Selbstverständlichkeit und keineswegs unmoralisch, wie dies von deutscher Seite oder von der Linken in Großbritannien angeprangert wurde.[257] Was die deutschen Bemühungen betraf, Zugeständnisse in Sachen Oberschlesien zu erreichen, argwöhnte die *Times* außerdem, dass dahinter nicht nur die Sorge um die dort lebenden Deutschen steckte, sondern vielmehr die um die künftige Kriegsfähigkeit der Armee. Denn das deutsche Heer sei bei der Produktion von ausreichend Munition auf Kohle aus Oberschlesien angewiesen.[258] Der *Daily Telegraph* verwies außerdem darauf, dass Deutschland keine Gebiete verliere, auf die nicht andere einen legitimen Anspruch hätten.[259]

Beide Seiten führten hier erneut die Historie als Argument ins Feld, um den eigenen Standpunkt zu untermauern. Herangezogen wurde der Frieden, den Bismarck nach dem deutsch-französischen Krieg 1871 dem geschlagenen Frankreich aufgezwungen hatte. Es war die am meisten gebrauchte historische Analogie in dieser Zeit. Den konservativen Blättern dienten die im Versailler Vorfrieden vorgesehene und im Frankfurter Vertrag besiegelte Abtretung Elsass-Lothringens durch Frankreich und die Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Francs als Vorbild und Rechtfertigung. In ihrer Argumentation bedeutete ein ähnlicher Siegfrieden der Alliierten nach dem Weltkrieg keine Bestrafung Deutschlands, sondern war unter Berücksichtigung der Geschichte gerecht.[260] Obwohl negiert, spielte der Revanchegedanke eine erhebliche Rolle,

---

256 The Daily Mail, 7. April 1919, LA „Trying To Tickle The Tiger".
257 The Times, 29. Mai 1919, LA „The German Counter-Proposals".
258 Ebd., 9. Juni 1919, LA „The Four And The People".
259 The Daily Telegraph, 8. Mai 1919, LA „The Peace Treaty".
260 Ebd., 3. Dezember 1918, LA „Germany Can Pay – If the Allies Make Her". Ebenso The Times, 17. Februar 1919, LA „The German Attitude". Das gewichtigere Argument war jedoch die Art der Kriegsführung Deutschlands – die Verletzung der Neutralität Belgiens, der unbeschränkte U-Bootkrieg usw. –, die in den Augen seiner Befürworter einen harten Frieden rechtfertigten.

was sich in der Deutung von Details wie des Ultimatums zur Annahme des Waffenstillstandes offenbarte. Die Vorgabe an die deutschen Unterhändler, die Bedingungen bis zum 11. 11. um 11 Uhr anzunehmen, veranlasste die *Daily Mail* darauf hinzuweisen, dass das Ultimatum um 11 Uhr französischer Zeit ablief, „a neatly just proviso which recalls Bismarck's impatience with the hesitating French negotiators at Versailles in 1871 and his ‚Gentlemen, now I shall have to speak in *German*'".[261]

Die andere Seite, die Zeitungen des liberalen und linken politischen Spektrums, zog genau die entgegengesetzte Lehre aus der Geschichte. Ihre Analyse des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 kam zu dem Schluss, dass eine Kriegsentschädigung in der Höhe, wie sie seinerzeit Frankreich auferlegt worden war, vertretbar war, nicht aber Reparationen „kolossalen Umfangs", für deren Bezahlung Deutschland Jahrzehnte brauchen würde.[262] Noch gravierender waren jedoch laut *Manchester Guardian* die diskutierten Gebietsabtretungen, mit denen die Alliierten denselben fatalen Fehler wiederholten, den Bismarck mit der Abtrennung Elsass-Lothringens von Frankreich begangen hatte. „The folly of the Alsace-Lorraine policy was that it perpetuated bitterness, erected a permanent monument of defeat on the very borders of France, and made inevitable the forty years of armed peace that ultimately broke into the recent war."[263] Deutlich wird hier der historischen Analogien zu Grunde liegende Gedanke, Geschichte könnte sich wiederholen. Denn in der Argumentation des *Guardian* führten die Alliierten eine Situation ähnlich der von 1871 herbei, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Nun war es Deutschland, das sich ungerecht behandelt fühlte und auf einen Revanchekrieg sann.[264]

Bei der Diskussion um den Gesamtkomplex Versailles waren die Befürworter des Vertrags in den britischen Printmedien allerdings eindeutig in der Mehrheit.[265] Für sie spiegelten sich in den Bestimmungen die realen Machtverhältnisse nach dem Sieg über die Deutschen wider, die angesichts ihrer Verbrechen ein angemessenes Urteil empfangen hatten. Der *Daily Telegraph* interpretierte Versailles folgerichtig als Schlusspunkt unter die militärische Dominanz

---

261 Daily Mail, 9. November 1918, LA „72 Hours". Kursiv im Original.

262 The Manchester Guardian, 10. Dezember 1918, LA „The Warning Of 1871".

263 Ebd.

264 Sinngemäß genauso schrieb George Lansbury im *Daily Herald*, dass nach 48 Jahren den Deutschen nun die „Verbrechen" des alten Kaisers, von Moltkes und Bismarcks zurückgezahlt würden mit dem Effekt, dass in einigen Jahren eine neue Generation heranwachse, die verbittert sei, hasserfüllt und getrieben von dem Wunsch nach Rache. The Daily Herald, 1. Februar 1919.

265 Nach der Einschätzung von Sisley Huddleston war es nur eine Hand voll Chefredakteure, die aus ihrer Ablehnung des Vertragswerks keinen Hehl machten und vor den negativen Folgen warnten. Huddleston, My Time, S. 13f. Es war vor allem die liberale Presse, für die auch Huddleston schrieb, die für Mäßigung eintrat, darunter der *Manchester Guardian*, der *Observer*, die *Daily News*, der *Daily Chronicle* und die *Westminster Gazette*. Lentin, Guilt, S. 89.

des Deutschen Reichs in Europa. Der Friedensvertrag sei nicht nur Ausdruck des Sieges über das „Preußentum", sondern selbiges sei damit zu „Pulver zermahlen".[266] Ähnlich lautete die Bewertung der *Daily Mail*, für die es nun darauf ankam, durch die Umsetzung des Vertrags ein Wiedererstarken Deutschlands zu verhindern.[267] Dass der Vertrag unfair sei oder aus ihm der Wunsch nach Rache spräche, wie Kritiker behaupteten, konnte die *Times* nicht nachvollziehen, im Gegenteil, die Staatsmänner der alliierten Siegermächte hätten große Mühe darauf verwendet, eine „gerechte" Friedensregelung zu finden, was ihnen auch gelungen sei.[268]

Nach Meinung des *Manchester Guardian* fehlte dem Versailler Vertrag dagegen die moralische Legitimität, denn den Deutschen war von den Alliierten vor Abschluss des Waffenstillstands versprochen worden, bei einem Sturz ihrer militaristischen Autokratie würden sie in die Gemeinschaft der Demokratien aufgenommen und ihre Vergangenheit ad acta gelegt werden. Umso schlimmer müssten die Friedensbedingungen jetzt auf die deutsche Psyche wirken, denn gegenüber dem Kaiserreich wären sie kaum anders ausgefallen. [269] Scott warnte davor, dass mit diesem Vertrag den Deutschen die Hoffnung auf eine Rehabilitation genommen werde, obwohl gerade die Aussicht darauf entscheidend für die Zukunft sei.

there must remain to every German as the supreme incentive to effort at least the possibility of national recovery, the vision distant, it may be, but not unattainable, of a Germany mistress of herself, self-respecting, capable of great things for herself and for the world. To some of her adversaries this is a prospect of terror. They can conceive of a recovered Germany, even in the distant future, only as an enemy. But does even the most terror-stricken, the most short-sighted of the men who to-day arrogate to themselves the right to determine the destinies of the world suppose that the most disciplined and industrially the most developed nation in Europe can be denied for an indefinite period her place in the economy of free and progressive people?[270]

Im *Daily Herald* ging Brailsford sogar so weit zu behaupten, dass sich die Deutschen im Hinblick auf den Frieden die Revolution auch hätten sparen können. „We could not have treated the Hohenzollern ‚autocracy' more harshly than we have treated this Republic with its saddler-president and its compo-

266 The Daily Telegraph, 30. Juni 1919, LA „Peace".
267 The Daily Mail, 8. Mai 1919, LA „The Peace Terms".
268 The Times, 12. Mai 1919, LA „The German Notes".
269 The Manchester Guardian, 10. Mai 1919, LA „The German Protests". Die wachsende Diskrepanz zwischen den Prinzipien Wilsons und ihrer Auslegung durch die Konferenz veranlasste den Korrespondenten des *Guardian* in Paris, J. Lawrence Hammond, zu dem Kommentar, dass niemand voraussagen könne, ob der Frieden „ein Segen oder ein Fluch für die Menschheit" werden würde. Deprimiert über den Fortgang der Verhandlungen verließ er die französische Hauptstadt schon Ende April. Ayerst, Manchester Guardian, S. 398.
270 Ebd., 26. Mai 1919, LA „A Bad Peace".

sitor-premier."[271] Die Redaktionsmitglieder um George Lansbury, der selbst zu Beginn der Konferenz in Paris gewesen und mit ernüchternden Eindrücken zurückgekehrt war,[272] machten aus ihrer bitteren Enttäuschung keinen Hehl und lehnten den Vertrag in seiner Gesamtheit ab.[273] Die größte Gefahr sah man hier darin, dass die Siegermächte offensichtlich darauf abgezielt hatten, Deutschland zu „verstümmeln" und auf eine Position zu reduzieren, von der aus es militärisch nicht mehr mit Frankreich und ökonomisch nicht mehr mit Großbritannien konkurrieren konnte. Eine solche Form der Unterdrückung würden die Deutschen aber nicht akzeptieren, solange der Vertrag in Kraft sei.[274] Das aber ließ nur einen Schluss zu: Der Frieden von Versailles würde sich als Pyrrhussieg der alliierten „Eroberer" erweisen.[275]

Damit waren bereits zu diesem Zeitpunkt die argumentativen Frontlinien bezogen, entlang derer sich die Auseinandersetzung um den Versailler Vertrag in der britischen Öffentlichkeit – und nicht nur dort – in den folgenden Jahren bewegte. Die Schärfe, mit der der Streit in den Leitartikeln geführt wurde, zeigt darüber hinaus zweierlei: zum einen die anhaltende Wirkung der Gräuelpropaganda, die nach Kriegsende den vielstimmigen Ruf nach Vergeltung und Bestrafung der Kriegsverbrecher speiste und deren Motive zunächst vornehmlich in den konservativen Zeitungen weiter virulent blieben,[276] und andererseits, wie sich nach Ende des Krieges das Meinungsbild in der britischen Presse wieder stärker auszudifferenzieren begann und eine ähnliche Breite erreichte wie vor dem Krieg.

2.2.2 Ungerechtfertigtes „Gejammer" oder berechtigter Protest? Die deutschen Reaktionen aus britischer Sicht

Seit dem Abschluss des Waffenstillstands und dem Ausbruch der Novemberrevolution wuchs die Diskrepanz zwischen den britischen und deutschen Erwartungen an eine Friedensregelung. Immer mehr Deutsche gaben sich in der Zeit des Wartens der Illusion eines milden Wilson-Friedens hin, in Großbritan-

---

271 The Daily Herald, 30. Juni 1919, LA „Germany's Right To Work".

272 Lansbury schrieb später: „It was difficult not to be impressed with the futility and sordidness of the whole business. I wandered up and down the streets of Paris, into one hotel after another, seeking for truth and reality. Honestly speaking, I found neither." Lansbury, My Life, S. 190.

273 Lansbury, Miracle of Fleet Street, S. 39.

274 The Daily Herald, 26. Juni 1919, LA „The New Danger".

275 Ebd., 20. Juni 1919, LA „Class War In Germany".

276 Die historische Forschung hat in den Spätfolgen der Gräuelpropaganda den wichtigsten Faktor für den Wunsch nach einem harten, strafenden Frieden identifiziert, da sich die alliierten Staatsmänner dem Druck der Öffentlichkeit in ihren Heimatländern in diesem Bereich nicht entziehen konnten oder wollten. Vgl. Buitenhuis, War of Words, S. 146. Ebenso Goldstein, Home Front, S. 166.

nien hingegen war für viele die Stunde der Abrechnung gekommen.[277] Außerdem waren die Vorstellungen, auf welcher Basis der Frieden verhandelt werden und welche Rolle den Deutschen dabei zukommen sollte, unvereinbar. Die wachsenden Gegensätze führten auf beiden Seiten zu Missverständnissen und Fehleinschätzungen und waren in der ersten Hälfte des Jahres 1919 ein entscheidender Einflussfaktor auf die britische Perzeption Deutschlands. Die Presse wirkte auf beiden Seiten als Verstärker der Stimmungen, in denen sich die „mentale Verlängerung des Kriegszustands" manifestierte.[278]

In der Beurteilung der Lage Deutschlands und der Optionen für die deutsche Diplomatie war sich die britische Presse bei Abschluss des Waffenstillstands noch weitgehend einig. Das Deutsche Reich hatte eine schwere Niederlage erlitten und kapituliert, die Alliierten waren die Sieger.[279] Welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen waren, war aber schon zu diesem frühen Zeitpunkt umstritten. Der *Daily Telegraph* erwartete, dass die Unterlegenen erst dann mit einer fairen Behandlung rechnen konnten, wenn sie ihre Opfer umfassend entschädigt hatten.[280] In der *Times* und der *Daily Mail* verlangte Lord Northcliffe die buchstabengetreue Erfüllung aller von den Alliierten gestellten Bedingungen als Ausweis des guten Willens der Deutschen.[281] Dem setzten sowohl der *Herald* als auch der *Manchester Guardian* entgegen, dass die Siegermächte gut beraten wären, sich trotz ihrer praktisch unbegrenzten Handlungsfreiheit eine gewisse Selbstbeschränkung aufzuerlegen. Der *Guardian* warnte davor, nur an den eigenen Vorteil zu denken und dabei die Grenzen der Gerechtigkeit zu überschreiten.[282] Für Brailsford gab es eine moralische Grenze, die durch die 14 Punkte Wilsons gesetzt wurde, auf deren Grundlage die Deutschen den Waffenstillstand angeboten hatten. Im *Herald* appellierte der Kolumnist außerdem an den britischen Sinn für Fairness und erinnerte daran, dass man in Zukunft mit dem geschlagenen Feind in derselben Nationengemeinschaft zusammenleben müsse.[283]

---

277 Die Hoffnung, dass die 14 Punkte Wilsons von den Alliierten in der für Deutschland günstigsten Form ausgelegt würden, war angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse fern jeder Realität. Vgl. KRÜGER, Versailles, S. 20.

278 „Tatsächlich wurde der Friedensschluß vielfach als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln angesehen. Und wie der Große Krieg auch dazu gedient hatte, die Voraussetzung für das Ende aller Kriege nach je eigenen Vorstellungen zu schaffen, tendierten viele der Friedensmacher nach dem Krieg dazu, eine möglichst den eigenen Vorstellungen nahekommende Regelung unter dem Begriff ‚Frieden' durchzusetzen." DÜLFFER, Frieden, S. 20.

279 So z.B. THE DAILY TELEGRAPH, 12. November 1918, LA „The Surrender Of Germany". Die Schlagzeilen der anderen Zeitungen waren in den Tagen des Waffenstillstands ebenfalls von Ausdrücken wie „Victory" der Alliierten und „Defeat" oder „Surrender" der Deutschen beherrscht. Vgl. z.B. THE MANCHESTER GUARDIAN, 12. November 1918.

280 THE DAILY TELEGRAPH, 14. November 1918, LA „Towards Assured Peace".

281 THE TIMES, 4. November 1918, Manifest „From War To Peace".

282 THE MANCHESTER GUARDIAN, 12. Dezember 1918, LA „The Hour Of Victory".

283 THE HERALD, 2. November 1918, LA „Wilson Or Balfour".

Nachdem die Friedenskonferenz in Paris eröffnet worden war und sich die Machtverhältnisse in Deutschland einigermaßen konsolidiert hatten, verdichteten sich in den englischen Zeitungen die Hinweise, dass in Deutschland offenkundig eine fundamental andere Einschätzung der eigenen Lage vorherrschte. Die Berichterstatter und Leitartikler entnahmen den Erwartungen der deutschen Politiker und der Stimmung in der Bevölkerung, dass das Ausmaß der Niederlage noch nicht richtig in das deutsche Bewusstsein gedrungen war, genauso wenig wie die Tatsache, dass das eigene Wohl und Wehe Deutschlands nun vollständig in den Händen der Sieger lag.[284] Die politisch führenden Köpfe, allen voran Friedrich Ebert, gingen davon aus, dass mit der Revolution und der Republikgründung die von Wilson geforderte Demokratisierung erreicht worden war und Deutschland deshalb als gleichberechtigt behandelt werden würde.[285] Die Friedensstrategie der neuen deutschen Regierung war demzufolge darauf ausgerichtet, den eigenen Status und die „Ehre" als eine der führenden Weltmächte ungeachtet der militärischen Niederlage aufrecht zu erhalten.[286] Die öffentlichen Äußerungen der MSPD-Führung und des neuen Außenministers Graf Brockdorff-Rantzau zeigen, dass sie damit rechneten, auf die alliierten Friedenspläne im Sinne Deutschlands Einfluss nehmen zu können, und sich in einer stärkeren Position wähnten, als sie tatsächlich aus britischer Sicht waren. Die ersten Reden des Reichspräsidenten, des neuen Kanzlers Philipp Scheidemann und des Außenministers vor der Nationalversammlung verdeutlichen, wie die unterschiedliche Wahrnehmung zu Missverständnissen und Missstimmungen in der britischen Presse führte.

Eberts Versuch, in seiner Eröffnungsrede einen klaren Trennungsstrich zwischen der Republik und dem Kaiserreich bzw. dem deutschen Volk und seiner ehemaligen Führung zu ziehen, seine Warnung an die Alliierten, die Deutschen nicht als Zahlmeister für eine Kriegsentschädigung in den nächsten Jahrzehnten auszubeuten, sowie seine Beschwerde über die Verlängerung der harten Waffenstillstandsbedingungen kommentierte der *Daily Telegraph* mit Zwischenüberschriften wie „Defiant in Defeat" und „Whining Complaints".[287] Der Berichterstatter der *Daily Mail*, Charles Tower, beobachtete schon in der ersten Sitzungswoche der Nationalversammlung eine wachsende Neigung innerhalb des Regierungslagers, die Verantwortung für die Annahme von „ungerechten" Friedensbedingungen nicht übernehmen zu wollen. Offenbar setzten die Deutschen darauf, dass die Demobilisierung der alliierten Armeen zügig voranschreiten werde, eine Unterzeichnung also nicht mit Gewalt erzwungen werden könne, vermutete er.[288] Der *Telegraph* sprach sich darum

---

[284] Die historische Forschung hat inzwischen Ursachen und Umfang dieser Selbsttäuschung herausgearbeitet. Vgl. dazu KLEIN, Compiègne and Versailles, S. 203–220.
[285] SCHWABE, Germany's Peace Aims, S. 43.
[286] Ebd., S. 44.
[287] THE DAILY TELEGRAPH, 8. Februar 1919.
[288] THE DAILY MAIL, 11. Februar 1919.

auch für einen Stopp der Demobilisierung aus, bis die Alliierten den Friedensvertrag fixiert hätten, den sie dann den Deutschen notfalls aufzwingen müssten.[289]

Selbst der *Manchester Guardian*, der wie der *Herald* eher geneigt war, der deutschen Republik einen Vertrauensvorschuss zu gewähren und für eine Verständigung einzutreten, kommentierte die Stimmung in Deutschland mit Sorge.

There is no doubt that the Germans have been growing more dilatory or more stubborn about carrying out armistice conditions. […] This is bad and it confirms the impression created by rather truculent language used in Germany and by personal records of the new German leaders. […] many think that the Germans may passively resist the imposition of distateful peace terms and thus put the Allies in a difficult position.[290]

Die Kritik bündelte sich in der Person des deutschen Außenministers, des Grafen Brockdorff-Rantzau. Bereits seine Berufung und seine Antrittsrede, in der er den künftigen Kurs der Reichsregierung gegenüber den Alliierten absteckte, wirkten wenig Vertrauen erweckend. Vor allem die konservativen Zeitungen hoben seine Vergangenheit im diplomatischen Korps des Kaiserreichs hervor. Die *Daily Mail* etwa titelte „Dr. Rantzau – New Hun Foreign Minister With The Old Voice",[291] während der *Telegraph* ihm immerhin zugute hielt, dass er einer der wenigen Deutschen sei, die anerkannten, dass es noch andere Länder außer Deutschland gab, die auch eine Existenzberechtigung hatten.[292] Die *Times* konzentrierte ihre Kritik auf den Inhalt seiner Rede, in der Brockdorff-Rantzau wie so viele andere Deutsche eine realistische Einschätzung der eigenen Position vermissen ließ.

He does not indeed pretend that German arms have won the war. As a diplomatist, trained in the old German school, he is not so foolish as to repeat the childish assertions of other Germans on this point, but even he attributes the Allied victory to their economic, and ‚not their military conduct' of the war. All through his speech he assumes the position which President Ebert took up when he calmly proclaimed in his first address that ‚the question of guilt seems to be almost trifling'. That as Germany should have learned long since, where she not blinded by her self-conceit […], is not the view of the Allied democracies.[293]

Die zögerliche Haltung der deutschen Regierung, einer Erneuerung des Waffenstillstands zuzustimmen, die in diesen Tagen anstand, passte in dieses Bild. Die Drohung einer Ablehnung, um auf diese Weise eine Abmilderung der Bedingungen zu erreichen, wertete die englische Presse als ein weiteres untrügliches Zeichen, dass die alten Verhaltensmuster der deutschen Diplomatie –

289 The Daily Telegraph, 11. Februar 1919, LA „Armistice And Peace Terms".
290 The Manchester Guardian, 12. Februar 1919.
291 The Daily Mail, 17. Februar 1919.
292 The Daily Telegraph, 20. Februar 1919.
293 The Times, 17. Februar 1919, LA „The German Attitude".

wenn auch unter dem Deckmantel der Demokratie – weiter existierten.[294] Als zunehmend bedenklich wurde in diesem Zusammenhang eine Entwicklung eingestuft, die die konservativen Blätter schon seit der Rückkehr der ersten deutschen Einheiten von der Front angeprangert hatten: Mit Unterstützung der Regierung und der Publizistik wuchs die Überzeugung in der Bevölkerung, das Heer sei im Feld nicht besiegt worden, was nun dazu führte, dass viele Deutsche tatsächlich glaubten, ihr Land sei immer noch eine militärische Macht, die gleichberechtigt mit „den USA und Europa" die Friedensbedingungen aushandeln könne, so die *Times*.[295]

Die völlig unterschiedlichen Blickwinkel waren entscheidend für die Interpretation des Verhaltens der deutschen Seite in der Zeit von der Übergabe des Vertragstextes bis zur Unterzeichnung. Diese Schlussphase war – wie die gesamten Friedensverhandlungen – durchwirkt von „Elementen des Symbolischen, von Machtdemonstrationen und Totalverweigerung".[296] Schon die Eröffnung der Konferenz hatte keineswegs zufällig am Jahrestag und am Ort der Proklamation des Deutschen Reiches im Spiegelsaal von Versailles stattgefunden. Vielmehr war dies ein Versuch Frankreichs, die größte Schmach der jüngeren französischen Geschichte symbolisch zu tilgen.[297] Doch auch die Reichsregierung versuchte, mittels symbolischer Akte ihren gleichberechtigten Status zu demonstrieren und eine Beteiligung an den Verhandlungen zu erwirken.

Dies zeigte sich bereits bei der Einladung der deutschen Delegation nach Versailles zur Übergabe des Vertragsentwurfs. Als die Alliierten in ihrer Note unbedachterweise nur davon sprachen, die Deutschen sollten den ausgearbeiteten Text in Empfang nehmen, kündigte Brockdorff-Rantzau an, drei Emissäre zu schicken, die den Entwurf der Reichsregierung in Weimar überbringen würden.[298] In der englischen Presse schlugen die Wellen daraufhin hoch. Die konservativen Blätter sahen darin einen weiteren Ausdruck typisch deutscher Arroganz und des Trotzes.[299] Die *Daily Mail* erklärte kategorisch, dass „bloße Botenjungen" nicht erwünscht seien, sondern die Deutschen gefälligst Dele-

---

294 „rapidly and completely the old machine of Government, with the old political hands at the helm […] is being restored, with Prussian predominance and all. The ‚new things and new men' […] are not there […]. Indeed, in this very Weimar proceeding may be seen an instance of their unchanged fidelity to the traditions of the old Imperial diplomacy." THE TIMES, 19. Februar 1919, LA „An Undignified Submission". Ebenso THE DAILY TELEGRAPH, 18. Februar 1919, LA „Renewing The Armistice". Auch im *Guardian* wurden angesichts der offensichtlichen Kontinuitäten Bedenken laut. „The Parliament of the German nation has been at work over a week. Its achievement during this time may be best characterised by saying it has wound up the German revolution and has gone a long way towards the old regime." THE MANCHESTER GUARDIAN, 20. Februar 1919.

295 THE TIMES, 19. Februar 1919, LA „An Undignified Submission".

296 KRUMEICH, Krieg, S. 53.

297 Ebd.

298 KRÜGER, Versailles, S. 26.

299 THE DAILY TELEGRAPH, 22. April 1919, LA „Germany And The Peace".

gierte mit umfassenden Vollmachten zur Unterzeichnung des Vertrags schicken sollten.[300] Die *Times* machte unmissverständlich klar, dass dies ein durchsichtiges Manöver der Wilhelmstrasse war, um Verhandlungen über den Inhalt des Vertrags zu erzwingen, was für die Alliierten aber nicht in Frage käme. „What they propose to do is to hand her [Germany, der Verf.] the settled text of the dictated peace which they have promised their own people to impose on her. The Allies do not mean to waste time dealing with emissaries who are not competent to accept the terms."[301] Diese korrigierten ihren Fehler schleunigst und verlangten eine Delegation mit allen Vollmachten. Verhandlungen waren jedoch nicht vorgesehen. Einwände durften die deutschen Unterhändler lediglich schriftlich vorbringen.[302] Vehementer Widerspruch gegen einen solchen „Diktatfrieden" kam vom *Daily Herald*, der darin einen verhängnisvollen Fehler sah.[303] Unter der Überschrift „‚Sign Please' – Jingoes Jubilant at Refusal of Discussion" verurteilte das Labour-Blatt die Schadenfreude der konservativen Presse über die Weigerung der Sieger, mit den Deutschen zu reden, sondern sie stattdessen unter Androhung von Gewalt zur Annahme des Friedens zu zwingen.[304]

Als die deutsche Abordnung schließlich in Versailles eintraf, sorgte das Verhalten Brockdorff-Rantzaus für einen Eklat. Die Übergabe des Vertragstextes fand am 7. Mai im Trianon Hotel statt. Nach den einleitenden Worten Clemenceaus verlas der Graf seine vorgefertigte Antwort, in der er erklärte, dass sich die Deutschen weder Illusionen über das Ausmaß ihrer Niederlage noch über den ihnen entgegen schlagenden Hass hingäben. Deutschland sei bereit, begangenes Unrecht einzugestehen, nicht aber die alleinige Kriegsschuld zu übernehmen.[305] Brockdorff-Rantzau hatte den schärfsten der vorbereiteten Redetexte gewählt und blieb zudem die ganze Zeit über sitzen. Mehr noch als seine Worte empfanden die alliierten Staatsmänner diese Geste als einen Affront. Wie Lord Riddell, der selbst auch anwesend war, überliefert hat, war die Verärgerung bei Lloyd George und Präsident Wilson besonders groß.[306]

---

300 The Daily Mail, 21. April 1919. Die Schlagzeile dazu lautete: „Allied Rebuff To Rantzau – Peace ‚Messenger Boys' Not Wanted".

301 The Times, 21. April 1919, LA „German Effrontery".

302 Krüger, Versailles, S. 19 und 26.

303 The Daily Herald, 21. April 1919.

304 Ebd., 22. April 1919.

305 Die Rede Brockdorff-Rantzaus ist im Wortlaut u.a. zu finden bei Schwabe (Hrsg.), Quellen, S. 243–246.

306 Demnach hat Wilson zu Riddell wörtlich gesagt: „The Germans are really stupid people. They always do the wrong thing. […] This is the most tactless speech I have ever heard. It will set the whole world against them." Riddell, Intimate Diary, Eintrag vom 7. Mai 1919. Lloyd George erregte sich laut seiner Vertrauten Frances Stevenson besonders über das „Sitzenbleiben" Brockdorffs und erklärte, dass es ihn mehr geärgert habe „than any incident of the war, & if the Germans do not sign, he will have no mercy on them". Taylor (Hrsg.), Lloyd George Diary, Eintrag vom 7. Mai 1919.

Extrem negativ war das Echo in der englischen Presse. Die ohnehin deutschfeindlich eingestellten konservativen Blätter überboten sich darin, ihrer Indignation Ausdruck zu verleihen. Die *Daily Mail* sprach von einer „Unverschämtheit" und einem „Akt bewusster Grobheit", nach dem niemand mehr die „Hunnen" als zivilisiert oder reuig betrachten könne.[307] In den Augen des *Daily Telegraph* waren das Auftreten und die Rede Brockdorff-Rantzaus aggressiv, arrogant und dem Anlass unwürdig.[308] Die bestehenden Zweifel über die Vertrauenswürdigkeit und Lernfähigkeit der Deutschen seien dadurch nur noch gewachsen.[309] Die *Times* prophezeite, dass der Außenminister den deutschen Interessen keinen Gefallen getan habe. Im Gegenteil: „Count Rantzau's speech and the method of its delivery have again shown the wisdom of those who have realized that the mentality of the Germans is unchanged and that therefore the very strictest guarantees must be obtained for their behaviour in the future."[310]

Mehr Verständnis für die Lage der deutschen Delegation brachte der *Manchester Guardian* auf. Nach Darstellung des liberalen Blatts herrschte eine Atmosphäre wie in einem Gerichtssaal, in den die Deutschen als Angeklagte zur Urteilsverkündung hineingeführt wurden.[311] Dass Brockdorff-Rantzau sitzen geblieben war, interpretierte der *MG* nicht als vorsätzliche Provokation der Gegenseite, sondern als durchaus im Rahmen der auf Konferenzen üblichen Verfahrensweisen.[312] Der *Daily Herald* ging noch einen Schritt weiter und zog den Aufschrei der Empörung in der britischen Presse, insbesondere in der *Daily Mail*, ins Lächerliche. Das Labour-Blatt karikierte die immer neuen

---

307 Im Original „insolence" bzw. „act of studied rudeness". The Daily Mail, 8. und 9. Mai 1919.

308 The Daily Telegraph, 8. Mai 1919.

309 Ebd., 9. Mai 1919.

310 The Times, 9. Mai 1919. Die Motive Brockdorff-Rantzaus bleiben unklar. Er selbst ließ damals offiziell verlauten, dass er sich zu krank gefühlt habe, um im Stehen zu reden, was zu den Beobachtungen der englischen Pressevertreter passen würde. Vgl. Huddleston, My Time, S. 169. Ebenso Perceval Landon, der sein Gesicht als fahl und verhärmt beschrieb. The Daily Telegraph, 8. Mai 1919. Seiner eigenen Delegation erklärte der Außenminister sein Verhalten damit, dass er dokumentieren wollte, dass Deutschland nicht auf der Anklagebank sitze und sich zur Stellungnahme quasi auf Befehl zu erheben habe. Vgl. Bericht von Walter Simons, Generalkommissar der deutschen Delegation, in einem Brief an seine Frau, 10. Mai 1919, in: Schwabe (Hrsg.), Quellen, S. 259f. In diesem Sinne auch der Bericht des Hamburger Bankiers und Delegationsmitglieds Max Warburg. Zit. nach Krüger, Versailles, S. 22. Damit hätte die *Daily Mail* Recht, die von Anfang an innenpolitische Motive hinter Rantzaus Affront vermutete. The Daily Mail, 9. Mai 1919.

311 The Manchester Guardian, 8. Mai 1919. Dies deckte sich mit dem Eindruck von Huddleston. Der Korrespondent des *Observer* und der *Westminster Gazette* schilderte in seinen Erinnerungen, wie die deutschen Delegierten in französischen Militärfahrzeugen vorgefahren wurden und ihn dabei an Kriegsgefangene erinnerten. Das ganze Prozedere kam ihm vor wie ein Prozess mit Clemeceau als oberstem Richter, an dessen Ende nun den Deutschen das Urteil verkündet wurde. Huddleston, My Time, S. 169.

312 The Manchester Guardian, 8. Mai 1919.

angeblichen Beleidigungen des Grafen, die die *Mail* nach und nach ans Licht brachte. Demnach soll Brockdorff-Rantzau nicht nur im Sitzen geantwortet haben, sondern seinen Handschuh als Zeichen der Fehde auf den Vertragstext gelegt und beim Hinausgehen nach einem letzten Zug an seiner Zigarette diese einer Gruppe alliierter Diplomaten vor die Füße geworfen haben.[313]

An diesen unterschiedlichen Reaktionen der Zeitungen lässt sich eine deutliche Verhärtung der Fronten herauslesen. Das konservative Lager sah sich in seinem Misstrauen gegenüber der neuen deutschen Republik und ihrem Führungspersonal bestätigt, zumal deren Verhaltensweise eine Kontinuität zum Kaiserreich mehr als plausibel erscheinen ließ. Da die konservativen Blätter ohnehin nicht an einen Bruch glaubten und in der Frage der Täterschaft nicht zwischen dem deutschen Volk und seiner Führung unterschieden, war ein möglichst harter Frieden demzufolge völlig gerechtfertigt. Auf linker und liberaler Seite dagegen verschob sich die Wahrnehmung hin zu einer Opferrolle, in die Deutschland zunehmend rückte. Manche Entwicklung der deutschen Innen- und Außenpolitik wurde zwar auch hier sehr kritisch gesehen. Generell überwog aber der Eindruck, dass die Deutschen sowohl Opfer einer unnötig demütigenden Behandlung durch die Siegermächte, als auch nach den sich abzeichnenden Umrissen des Friedensvertrags Opfer eines verhängnisvollen Unrechts wurden.

Die breite Ablehnungsfront, die sich in Deutschland bildete, und die Klagen der Politiker in Weimar, vor allem die der MSPD riefen, in der rechten Presse Englands Unverständnis hervor. Die Aussage Scheidemanns, der vor der Nationalversammlung erklärte, dieser Frieden bedeute das „Todesurteil" für Deutschland, wies die *Daily Mail* als schlicht unwahr zurück. Unter der Überschrift „Protestgeschrei" stellte sie fest, dass die Vertragsbestimmungen noch milde seien im Vergleich zu den Kriegszielen, die die Deutschen verfolgt hätten. Ihre Beschwerden seien „mere Prussian effrontery when the convicted criminal howls because he is called upon to restore the plunder he has stolen and make good the damage he has caused."[314] Die *Times* warf Ebert und Scheidemann vor, sich wie die „Unschuld in Person" zu verhalten, der eine zynische Welt ohne Grund die Rückkehr in ihren Schoß verweigere. Scheidemanns Aussage und Eberts Beschwerde, dass Wilson seine Ziele verraten habe und der vorläufige Vertragstext eine völlige Verneinung seiner Prinzipien sei, zeigten, dass beide entweder wie die gesamte Nation unter Realitätsverlust litten oder zumindest aus der Verblendung ihres Volkes Kapital schlagen wollten.[315] Die *Times* vermutete im Übrigen ebenso wie der *Daily Telegraph* nicht ohne Grund, dass die öffentliche Empörung von der deutschen Regierung gezielt gesteuert wurde. Als Hinweis darauf galten die Reorganisation und Stärkung

313 The Daily Herald, 10. Mai 1919, LA „Rantzau's Insult".
314 The Daily Mail, 10. Mai 1919, LA „Squealing".
315 The Times, 14. Mai 1919, LA „Herr Scheidemann's Protest".

der Presseabteilung der Reichsregierung sowie Beobachtungen der eigenen Korrespondenten.[316] „Where newspaper opinion has any chance of being worked by the German Government there is indignation, but in areas occupied by the Allies the dominant impression made on the observer is one of popular apathy."[317] Die *Times* war sich deshalb sicher, dass trotz der Behauptung der deutschen Presse, das Meinungsbild korrekt wiederzugeben, bei einem Plebiszit eine überwältigende Mehrheit für die Annahme des Vertrags stimmen würde.[318]

Die Versuche der deutschen Delegation, die als unannehmbar empfundenen Bedingungen abzumildern, verstanden die konservativen Zeitungen als Provokation. Die Fülle von Noten, die Brockdorff-Rantzau zu allen möglichen Einzelfragen erarbeiten und meist zeitgleich mit der Übergabe publizieren ließ, der Umfang der darin enthaltenen Änderungswünsche und der Ton, in dem sie vorgebracht wurden, sorgten wie schon zuvor das Auftreten des Außenministers für Zündstoff auf den Meinungsseiten.[319] Dies galt auch für die abschließende Stellungnahme der Deutschen. Dass diese anscheinend immer noch glaubten, sie hätten das Recht, als gleichberechtigter Verhandlungspartner auftreten zu können, nahm die *Times* mit ungläubigem Staunen zur Kenntnis. „The whole tone of the document is that of equals with a legitimate grievance complaining to equals. […] As it stands, it is aggressive and impertinent."[320] Der wiederholt von Ebert und Scheidemann angeführte Verweis auf die Veränderungen in Deutschland, die Vertrauen rechtfertigten, und die Bitte um die unverzügliche Aufnahme in den Völkerbund, ließ die *Times* nicht gelten. Deutschland werde sich zunächst in einer Bewährungsphase an seinen Taten messen lassen müssen, und nur durch sie könne es sich das verloren gegangene Vertrauen der Alliierten und ihrer assoziierten Mächte wieder verdienen.[321] Mit Genugtuung registrierte der *Daily Telegraph*, dass die Zurückweisung fast aller Gegenvorschläge durch die Konferenzteilnehmer zu einer erheblichen Desillusionierung in Deutschland geführt habe.[322]

---

316 The Daily Telegraph, 10. Mai 1919, LA „Germany And The Peace Terms". Die Presseabteilungen der verschiedenen Reichsministerien setzten unter Federführung des AA nach Übergabe der alliierten Friedensbedingungen einen regelrechten Propagandafeldzug in Gang. Als Parole wurde die „Unerfüllbarkeit" des „Diktats" der Kriegsgegner ausgegeben und besonders die Kriegsschuldanklagen herausgestellt, um Emotionen zu schüren. Heinemann, Verdrängte Niederlage, S. 43f.

317 The Times, 12. Mai 1919, LA „The German Notes". Eine durchaus gewagte Behauptung, denn selbst in der britisch besetzten Zone am Rhein gab es eine weit reichende Protestbewegung. Vgl. dazu detailliert Voelker, Protest, S. 230–234.

318 The Times, 19. Juni 1919.

319 Mit dieser Taktik hoffte die Delegation, Differenzen zwischen den Alliierten zu schüren und die Öffentlichkeit in den alliierten Ländern in ihrem Sinne zu beeinflussen. Krüger, Versailles, S. 27f.

320 The Times, 16. Juni 1919, LA „The German Reply".

321 Ebd.

322 The Daily Telegraph, 19. Juni 1919.

Welche Folgen diese Ernüchterung haben konnte, diese Frage beschäftigte den *Daily Herald* und den *Manchester Guardian*. Beide Zeitungen versuchten sich an einer Einschätzung, was die extrem negative Stimmung innenpolitisch bedeutete, ob beispielsweise eine revolutionäre Radikalisierung bevorstehen oder eine reaktionäre Welle das Land erfassen könnte. Dass die Entrüstung und die Ablehnung in der deutschen Öffentlichkeit genuin und nicht gesteuert waren, darüber gab es für die beiden Zeitungen keinen Zweifel. So beschrieb der *Daily Herald* unter der Schlagzeile „Mailed Fist Peace: ‚Rather Anarchy Than Such Slavery'", welch große Einigkeit über alle Klassen hinweg bestand, einen solchen Frieden auf keinen Fall zu unterzeichnen.[323] Angesichts des sich formierenden Widerstands schätzte Brailsford, der sich zu diesem Zeitpunkt in Berlin aufhielt, die amtierende Regierung Scheidemann als zu schwach ein, um die Verantwortung für eine Annahme zu tragen. „The shock of signing intolerable terms may lead to a military dictatorship or to a pure Socialist Government", prophezeite der Korrespondent.[324]

Ähnlich pessimistisch beschrieb der *Manchester Guardian* die politische Situation in Deutschland. Zwei Lager stünden sich unversöhnlich gegenüber, die eine ernste Gefahr für die Existenz der amtierenden Regierung darstellten: auf der einen Seite die Nationalisten, die im Falle der Annahme des Friedens einen völligen Zusammenbruch der Moral der Bevölkerung fürchteten und deshalb kompromisslos auf Ablehnung setzten, auf der anderen Seite, auf der linken, die von der Revolution Enttäuschten, die in der MSPD geführten Regierung einen Ausbund der Bourgeoisie sahen, da sie die Unterstützung von Bankiers und Industriellen hatte, und die darüber hinaus Noskes Tyrannei der Freikorps verabscheuten.[325] Zwischen den beiden Extremen befand sich Scheidemann in einer hoffnungslosen Lage, denn falls seine Regierung den Vertrag in dieser Form unterschriebe, könnte erneut eine Revolution ausbrechen. Diese Gefahr bestand aber eben auch, wenn er nicht unterzeichnete.[326] Scott verlangte deshalb echte Konzessionen der Siegermächte, damit der Frieden auch für die deutsche Seite akzeptabel werde.[327] Zur Untermauerung wurde der Vergleich mit Brest-Litowsk gezogen.[328] Dem *Guardian* diente der den Russen dort durch Deutschland oktroyierte Frieden als abschreckendes Beispiel. In Großbritannien habe man immer argumentiert, dass die Rücksichtslosigkeit, mit der die Deutschen ihren Sieg gegenüber den Bolschewisten ausgenutzt hatten, eine

---

323 The Daily Herald, 9. Mai 1919. Siehe auch The Daily Herald, 5. Mai 1919. Ebenso The Manchester Guardian, 9. Mai 1919.

324 The Manchester Guardian, ebd.

325 Ebd., 3. Juni 1919, „The Prevailing Mood In Germany".

326 Ebd., 26. Mai 1919.

327 Ebd., 3. Juni 1919, LA „A Critical Moment". In diesem Sinne auch The Daily Herald, 6. Juni 1919, LA „Peace, Peace, — ", worin eine Revision auf Basis der 14 Punkte Wilsons und der Versprechungen von Lloyd George von vor dem Waffenstillstand eingefordert wurde.

328 The Manchester Guardian, 31. Mai 1919, LA „The Peace Negotiations".

Schande gewesen sei. Konsequenterweise könne das gleiche Verhalten gegenüber Deutschland den alliierten Siegern kaum zur Ehre gereichen.[329]

Für den Leitartikler der *Times*, Flanagan, bestand die Parallele hingegen nicht zwischen Deutschen und Alliierten, sondern zwischen Deutschen und Bolschewisten. Denen habe der deutsche General Hoffmann in Brest-Litowsk entgegnet, sie würden auftreten, als ob ihre Armee siegreich auf deutschem Boden stünde und nicht das kaiserliche Heer auf russischem.[330] Genauso verhielten sich jetzt die besiegten Deutschen gegenüber den westlichen Siegermächten. Aber, fuhr Flanagan fort:

> Unlike the Germans at Brest-Litovsk, the Allies and America do not justify their demands on the ground of might. But assuredly they will not shrink from employing their might to enforce those terms should enforcement become necessary, and the Germans will be well advised to remember that they are talking to nations who are standing victorious upon German soil.[331]

Anders als der *Guardian* sah Flanagan keine Gefahr, dass sich die Alliierten mit ihrem Vorgehen in Versailles moralisch auf eine Stufe mit der Führung des Kaiserreichs stellten.[332]

Weder für die *Times* noch für die anderen konservativen Blätter bestand darüber hinaus zu diesem Zeitpunkt die Notwendigkeit, auf die innenpolitischen Gegebenheiten in Deutschland Rücksicht zu nehmen. Spätestens nach dem Sturz der Münchner Räterepublik war die Furcht im konservativen Lager vor einer möglichen zweiten bolschewistischen Revolution endgültig geschwunden. Speziell die Zeitungen Northcliffes sahen in der Beschwörung der Bolschewismus-Gefahr lediglich ein weiteres Instrument der deutschen Regierung, um die Alliierten milde zu stimmen, und ihr Verdacht war nicht unbegründet. Das Schreckgespenst eines bolschewistischen Umsturzes saß in der Tat mit am Verhandlungstisch in Paris und hatte erheblichen Einfluss auf das Verhalten der britischen und amerikanischen Delegationen. Sowohl Lloyd George als auch Wilson befürchteten insbesondere nach dem Januaraufstand und den Ereignissen in München im April weitere revolutionäre Wellen. Ihre Sorgen nahm Brockdorff-Rantzau geschickt auf und versuchte, sie durch die Drohung eines deutsch-bolschewistischen Zusammengehens gezielt zu verstärken.[333]

Der Chefredakteur der *Daily Mail*, Thomas Marlowe, bemühte sich deshalb, die Publikation von seiner Ansicht nach übertriebenen Berichten der eigenen Korrespondenten über die Aktivitäten der Bolschewisten zu unterbinden.

---

329 Ebd.
330 THE TIMES, 29. Mai 1919, LA „The German Counter-Proposals".
331 Ebd.
332 Ebd.
333 Vgl. hierzu vor allem MAYER, Peacemaking, S. 753–763. Neuerdings auch DÜLFFER, Frieden, S. 23f.

The paper was full of threats and anticipations of ‚what the Bolshevists will do' in Germany and elsewhere, mostly from the Paris correspondents and all, in my opinion, helping the Germans to blackmail us and assisting the politicians to whittle down the Peace terms. That is the sort of thing I have tried to stop.[334]

Die *Daily Mail* warnte konsequenterweise gemeinsam mit der *Times* vor Zugeständnissen, die über bloße Details hinausgingen. [335]

Der endgültige Vertragstext, der im Vergleich zu den Anfang Mai vorgelegten Friedensbestimmungen nur geringfügige Änderungen aufwies, ging den Deutschen schließlich am 16. Juni zu, war als das „letzte Wort" gezeichnet und mit einem Ultimatum zur Annahme verbunden.[336] Die dadurch in Deutschland ausgelöste heftige Kontroverse, ob ein solcher Frieden angenommen werden konnte, stürzte die Regierung Scheidemann in eine schwere Krise und führte zum Rücktritt des Reichskanzlers. Die innenpolitischen Turbulenzen ließen in der englischen Presse kurzzeitig die Befürchtung aufkommen, die Deutschen könnten tatsächlich ihre Unterschrift verweigern.[337] Angesichts der Vorbereitungen der Siegermächte, notfalls die Blockade wieder aufzunehmen und ihre Truppen in Richtung Berlin in Marsch zu setzen, rechnete aber keiner der Kommentatoren ernsthaft mit einer Ablehnung. Die Vorgänge in Weimar wurden deswegen von konservativer Seite wahlweise als „stage comedy"[338] oder „last bluff"[339] abgetan. Selbst den Junkern und Monarchisten sei klar, dass Deutschland besiegt sei und weiterer Widerstand nur noch härtere Bedingun-

---

334 Marlowe an Northcliffe, 2. Mai 1919, BL, NADM 62199. Northcliffe vermutete, dass hinter dem Gerede über eine mögliche Bolschewisierung Deutschlands die Umgebung Lloyd Georges in Paris steckte. Northcliffe an Marlowe, 3. Mai 1919, BL, NADM 62199. Auch die *Times* verneinte einen Zusammenhang zwischen dem Friedensschluss und einer Bolschewisierung Deutschlands: „It is argued that an unpopular peace would upset the Government and prepare the triumph of the Bolshevists, and that therefore the Allies in their own interest should soften their demands. Very likely the peace will upset the Government that signs it; but any peace which the Allies could conceivably sign would probably do that and we do not believe that the stringency or the lenity of the provisions will appreciably affect the prospects of German Bolshevism." The Times, 2. Mai 1919, LA „The Germans At Versailles".

335 The Daily Mail, 6. Juni 1919, LA „No Wobbling"; The Times, 12. Juni 1919, LA „The Urgency Of Peace".

336 „Mantelnote" Clemenceaus an Brockdorff-Rantzau, 16. Juni 1919, in Schwabe, Quellen, S. 368.

337 So z.B. The Times, 20. Juni 1919, LA „Yes Or No?". Aus genau diesem Grund hatte Lloyd George noch in letzter Minute auf Abänderungen gedrängt. Der Premierminister wollte Volksabstimmungen in Oberschlesien und in anderen zwischen Deutschen und Polen umstrittenen Gebieten, eine baldige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, Konzessionen in der Reparationsfrage und einen Abzug der Besatzungstruppen durchsetzen, erreichte im Rat der Vier aber lediglich die Zustimmung für ein Plebiszit in Oberschlesien. Sharp, Versailles, S. 37.

338 The Daily Mail, 21. Juni 1919, LA „More Hun Trickery".

339 The Daily Telegraph, 21. Juni 1919, LA „Germany's Decision".

gen für das Land und sein Volk zur Folge hätte, schrieb die *Daily Mail* zur Begründung.[340]

Nach dem erwarteten Votum der Nationalversammlung für eine Unterzeichnung sah sich die *Times* in ihrer Einschätzung „Preußen-Deutschlands" bestätigt, das seit seinem „Auftauchen aus der Obskurität" nur eine Sprache verstanden habe: die der Gewalt.[341] Der *Manchester Guardian* hingegen beschrieb die entscheidende Sitzung der Nationalversammlung als „Tag der Agonie", an dem die Delegierten sich in einem moralischen Dilemma befanden, „that has been painful to watch and too intense to describe", und ihnen erst in den letzten Stunden vor Ablauf des Ultimatums die „brutale Wahrheit" der Situation wirklich ins Bewusstsein gedrungen sei. Der Bericht über die Debatte schloss mit Worten, die fast einem Abgesang auf das Deutsche Reich gleichkamen. „It was the penultimate act in the greatest war drama in world's history; it was the last act in Germany's brief and all too dramatic history as a world-Power."[342]

Auffallend ist, wie sich im Verlauf der Friedensverhandlungen die Fronten in der britischen Presse verhärteten. So ist festzustellen, dass die beiden liberalen und linken Zeitungen die deutschen Reaktionen als gerechtfertigt ansahen und im Hinblick auf die Akzeptanz des Friedensvertrags in Deutschland dafür votierten, Modifikationen im Sinne der deutschen Gegenvorschläge vorzunehmen.[343] Dem zu Grunde lagen die Bereitschaft, zwischen dem alten Kaiserreich und der jungen Republik zu differenzieren, sowie die Einsicht, dass die Kooperation Deutschlands für die Stabilität und den Frieden in Europa langfristig unabdingbar war. Voraussetzung für eine solche Positionierung waren begründete Zweifel an der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg sowie die Weigerung, das Leiden beider Seiten gegeneinander aufzurechnen.

Von konservativer Seite mussten sie sich dafür den Vorwurf gefallen lassen, „pro-German wailers" zu sein.[344] Denn die drei konservativen Blätter sahen durch den deutschen Proteststurm ihre durch die kriegerische Konfrontation bestimmten Vorstellungen bestätigt. Sie glaubten nicht an einen Gesinnungswandel der Deutschen. Dass sie damit Recht hatten, bewies die Empörung über die Friedensbestimmungen in Deutschland. Damit die Deutschen die machtpolitischen Realitäten erkannten und ihre Verbrechen bereuten, war in den Augen der konservativen Kommentatoren nun erst recht Härte gefragt.[345] Ein Entgegenkommen ließ sich außerdem vor dem Hintergrund der eigenen

340 The Daily Mail, 21. Juni 1919, LA „More Hun Trickery".
341 The Times, 24. Juni 1919, LA „The Signature And Its Worth".
342 The Manchester Guardian, 25. Juni 1919.
343 Vgl. The Daily Herald, 12. Mai 1919.
344 Wie alle anderen Zeitungen, Publizisten oder Organisationen, die für Milde gegenüber dem geschlagenen Gegner plädierten. The Daily Mail, 6. Juni 1919, LA „No Wobbling".
345 Ein Beispiel dafür war nach Ansicht der *Times* die Haltung der deutschen Presse, die bestimmt war von „megalomania in victory and irresolution in defeat, blindness, selfishness, and an almost entire absence of international idealism". The Times, 30. Juni 1919, Kolumne „Through German Eyes".

Opfer kaum rechtfertigen.[346] Deutlich wird hier erneut das tief sitzende Misstrauen, das konstituierend war für das Deutschlandbild in den drei untersuchten konservativen Zeitungen.

2.3 Die Implementierung des Friedensvertrags: Krisen und Konflikte

Da der Vertrag von Versailles das zentrale Element der deutsch-britischen Beziehungen und der wichtigste Baustein der europäischen Nachkriegsordnung war, dominierte die Diskussion über seine Umsetzung und seine Auswirkungen die Berichterstattung in der britischen Presse in den folgenden Jahren weiter fast zwangsläufig. Die Debatte wurde auf der einen Seite genährt durch die anhaltende vehemente Ablehnung des Vertrags in Deutschland, die sich in der Berliner Außen- wie der Innenpolitik niederschlug. Auf der anderen Seite gewann sie durch die Interessengegensätze, die sich schon während der Friedenskonferenz zwischen der britischen und der französischen Delegation aufgetan hatten und die in den frühen 1920er Jahren immer deutlicher hervortraten, zunehmend an Schärfe.[347] Bevor der erstgenannte Aspekt einer detaillierten Betrachtung unterzogen wird, folgen zunächst einige Bemerkungen zu den wachsenden Spannungen zwischen London und Paris. Hauptursache für diese war die unterschiedliche Interpretation der Rolle Deutschlands in den drei Problemkreisen, die die Politik der beiden Siegermächte determinierten. Das waren erstens die Lösung der Finanzprobleme, zweitens der wirtschaftliche Wiederaufbau und drittens die politisch-militärische Sicherheit.[348]

Frankreich blieb beherrscht von der Furcht vor seinem östlichen Nachbarn und räumte der Sicherheitsproblematik den Vorrang ein. Das bedeutete, dass Deutschland dauerhaft daran gehindert werden musste, erneut die wirtschaftliche Vormacht und damit die militärische Dominanz in Europa zu erringen.[349]

---

346 Nach Meinung von Krumeich waren die psychologischen Spätfolgen des Kriegs ausschlaggebend für das Scheitern einer Aussöhnung. „Angesichts der massiven und fortbestehenden Traumatisierung des Weltkriegs, die noch in den konkreten Ausformulierungen des Versailler Vertrags stets spürbar blieb, war der verzweifelt ernsthafte Versuch eines großen Friedens und der Anspruch und der Ehrgeiz seiner Verfasser, durch den einen Akt der Rechtssetzung eine Weltordnung und einen festen gerechten und dauerhaften Frieden zu schaffen, auf tragische Weise unrealisierbar.“ Krumeich, Krieg, S. 64.

347 Die schleichende Entfremdung der beiden *Entente*-Partner ist Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gewesen. Vgl. erst jüngst Lowe, Great Powers sowie Bell, France and Britain. Der folgende kurze Abriss beschränkt sich auf die für das Thema relevanten Aspekte.

348 Vgl. Wirsching, Großbritanniens Europapolitik, S. 211.

349 Ebd., S. 212. Neuralgischer Punkt war Frankreichs Abhängigkeit von ausländischer Kohle. Der französische Bedarf konnte entweder durch forcierte Reparationsleistungen aus Deutschland gedeckt werden, wofür die Zustimmung Englands nötig war, oder direkt aus den Überschüssen der englischen Kohleförderung. In jedem Fall blieb die französische schwerindustrielle Position – Grundlage jeglicher langfristiger Großmachtstellung – politisch von England abhängig.

Dahinter stand die in der französischen Öffentlichkeit und der politischen Führungsschicht verbreitete Überzeugung, dass die Deutschen zu Veränderungen prinzipiell nicht fähig waren und nach Revanche strebten.[350] Hinzu kam, dass die ursprünglich vorgesehenen Garantieverträge mit Großbritannien und den USA nach der Ablehnung des Versailler Vertrags durch den amerikanischen Senat scheiterten, sich also die Sicherheitsfrage für Frankreich bereits ab 1920 erneut mit einer gewissen Dringlichkeit stellte.[351] Dies war das entscheidende Motiv, das der französischen Exekutionspolitik sowie den Allianzen mit den neu gegründeten Staaten Osteuropas zu Grunde lag.

England als bedeutende Industrie- und Exportnation musste hingegen auf Grund der eigenen wirtschaftlichen Probleme in erster Linie an einer dauerhaften Friedensordnung und einer Wiederherstellung des Welthandels interessiert sein, wofür die Existenz Deutschlands als funktionierende Volkswirtschaft und damit als aufnahmefähiger Absatzmarkt erforderlich war. Nur in einem solchen globalen System konnte Großbritannien seine traditionelle Rolle als Finanz-, Handels- und Dienstleistungszentrum wieder aufnehmen und seine Weltmachtposition sichern. In der englischen Politik wuchs deshalb die Bereitschaft, eine Rekonstruktionspolitik zu verfolgen, die einen Wiederaufbau Deutschlands einschloss und eine dauerhafte Schädigung seines wirtschaftlichen Potenzials oder seiner Kreditwürdigkeit zu verhindern suchte.[352] Ein stabiles Deutschland unter demokratischer Führung war außerdem der beste Schutz gegen eine Verbreitung des Bolschewismus in Richtung Westen, die viele britische Konservative nach wie vor fürchteten.[353]

Dass Frankreich und Großbritannien ihre vitalen Interessen in Bezug auf Deutschland so unterschiedlich definierten, hatte eine Belastungsprobe der *Entente Cordiale* zur Folge, auch wenn es auf beiden Seiten an gutem Willen zur Zusammenarbeit im Interesse Europas nicht mangelte.[354] Tatsächlich waren die Friedensentwürfe der beiden Siegermächte aber inkompatibel. Da keine von beiden sich stark genug erwies, ihre Interessen durchzusetzen, verlegten sie sich darauf, die Politik des anderen zu behindern, so dass sich zwischen 1920 und 1923 allmählich eine völlige Blockade einstellte.[355]

Erschwerend kam hinzu, dass sich in Großbritannien eine Wahrnehmungsverschiebung vollzog. Aus britischer Perspektive stellte Deutschland keine unmittelbare Gefahr mehr dar, nachdem es gemäß dem Waffenstillstand und dem Friedensvertrag sowohl seine Schlacht- als auch seine Handelsflotte hatte aus-

---

350 Bell, France and Britain, S. 118.
351 Bariéty, Sicherheitsfrage, S. 329.
352 Wirsching, Großbritanniens Europapolitik, S. 211. Ebenso Kleine-Ahlbrandt, Burden, S. 55.
353 Doerr, Foreign Policy, S. 32.
354 Bennett, British Foreign Policy, S. 14.
355 Bell, France and Britain, S. 134f. Ebenso Wirsching, Großbritanniens Europapolitik, S. 213.

liefern müssen, seine Kolonien verloren hatte, keine Luftwaffe und nur noch ein Heer von 100000 Mann besitzen durfte, sowie der Liquidation seiner Auslandsvermögen und der Beseitigung seiner Zollhoheit hatte zustimmen müssen. Stattdessen wuchs jetzt, insbesondere in der politischen Führungsschicht Englands, die Furcht vor einer französischen Hegemonie.

Germany could no longer stand in the way of French ambitions in Europe. Austria-Hungary had dissolved into a number of smaller states which were rapidly pulled into the French orbit. Russia was in chaos. France, with her large conscript army, was excellently placed to dominate European affairs. […] Consequently, Britain was keenly interested in resisting the spread of French power and influence.[356]

Ängste dieser Art schienen sich durch französische Alleingänge wie die Besetzung von Frankfurt, Darmstadt und Hanau als Reaktion auf die Verlegung von Reichswehreinheiten in die entmilitarisierte Zone entlang des Rheins im April 1920 zu bestätigen.[357] Die Verärgerung der britischen Regierung über diese Aktion war so groß, dass man sich zu einem öffentlichen Protest gegen die militaristische Politik Frankreichs genötigt sah.[358] Wie Austen Chamberlain hielten viele Mitglieder des Kabinetts den Kurs der französischen Führung für gefährlich, da er zusätzliche Spannungen erzeugte und auf deutscher Seite erst recht Widerstand provozierte.[359]

Der Vorgang ist charakteristisch für die gegensätzlichen Konzeptionen der beiden Siegermächte. Während Premierminister Lloyd George eine freiwillige Erfüllung des Versailler Vertrags auf der Grundlage eines Konsenses zwischen den Alliierten und Deutschland anstrebte, der mithilfe der Konferenzdiplomatie herbeigeführt werden sollte, setzten französische Regierungschefs auf eine buchstabengetreue Einhaltung und im Verzugsfall auf die Drohung mit Sanktionen.[360] Im Fokus beider Seiten stand dabei das Problem der Re-

---

356 Bennett, British Foreign Policy, S. 13.

357 Die deutsche Regierung begründete die temporäre Entsendung von Truppen mit der Notwendigkeit, die Rote Armee, die sich im Gefolge des Kapp-Lüttwitz-Putsches im Ruhrgebiet gegründet hatte, aufzulösen. Die britische Regierung hielt diesen Schritt nicht für eine so gravierende Verletzung des Friedensvertrags, als dass sie eine militärische Antwort der Alliierten erforderte. Vgl. Bell, France and Britain, S. 135.

358 Das Kabinett beauftragte Sir Eyre Crowe und Philip Kerr, durch das *News Department* des *Foreign Office* der Presse die britische Haltung zu erklären und zu begründen. Protokoll der Kabinettssitzung, 8. April 1920, PRO, CAB 23/21. Es war einer der wenigen Fälle in dieser Zeit, in denen das Kabinett einen offiziellen Beschluss über die Information der Presse fasste.

359 Chamberlain hielt die öffentliche Distanzierung von Großbritanniens wichtigstem Partner deshalb für angemessen und an der Zeit. „it was time to let them [die Franzosen, der Verf.] know that if they provoked or provoke a row by isolated action, they will be left to settle it by themselves as best as they can. They live in a nightmare terror of Germany, but unless they are careful, they will plant such memories as Germany will never forget, and some day will avenge." Zit. nach Petrie, Life and Letters, Bd. 1, S. 155.

360 Wirsching, Großbritanniens Europapolitik, S. 214. Wie Georges-Henri Soutou und Jacques Bariéty herausgearbeitet haben, war die Politik Frankreichs nicht so unflexibel,

parationen. Nach der Festsetzung der Gesamtsumme und der Annahme des Zahlungsplans auf der Londoner Konferenz Anfang Mai 1921 entbrannte der Streit um die Legitimität der alliierten Forderungen, ihre Höhe und die Art der Begleichung in vollem Umfang. Frankreich war auf die deutschen Zahlungen und Sachleistungen angewiesen, um seine Kriegsschäden zu beheben, und sah darüber hinaus in den Reparationen ein Instrument, um Deutschland auf Dauer zu schwächen.[361] In Großbritannien herrschte dagegen die Furcht, dass zu hohe Reparationslasten die wirtschaftliche Erholung Deutschlands und damit ganz Europas zum eigenen Schaden verlangsamen könnten.[362]

Die offenen Differenzen waren Wasser auf die Mühlen der Vertragskritiker, die entsprechend nicht an Polemik sparten. Seit John Maynard Keynes mit den finanziellen Bestimmungen in seinem Buch *The Economic Consequences of the Peace* abgerechnet hatte, das im Dezember 1919 erschienen war, standen diese ohnehin unter Beschuss.[363] Hinzu kam bei Labournahen und liberalen Publizisten nun der Eindruck, dass Frankreich die Strategie verfolgte, unter dem Deckmantel des Friedensvertrags ohne Absprache offensichtlich unerfüllbare Forderungen aufzustellen, um dann – wiederum einseitig – zu erklären, dass Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkam.[364] Die konservative Presse, allen voran die Zeitungen Northcliffes, übernahm hingegen den französischen Standpunkt und pochte Punkt für Punkt auf eine Erfüllung des Vertrags, obwohl auch

---

wie sie auf den ersten Blick schien. Unter Millerand entstand z.B. ein Vorschlag, die Reparationsfrage durch eine allgemeine ökonomische Verzahnung der Wirtschaft Frankreichs und Deutschlands zu lösen, der so genannte „Seydoux-Plan" aus dem Frühjahr 1920. Dieser war jedoch zu diesem Zeitpunkt weder für Berlin noch für London annehmbar. Vgl. SOUTOU, System von Versailles, S. 79f. Insgesamt schwankte die französische Deutschlandpolitik in den frühen 20er Jahren zwischen Drohungen mit einer Macht- und Sanktionspolitik und Versuchen, einen Kompromiss zu finden. Vgl. BARIÉTY, Französische Politik, S. 17.

361 DOERR, Foreign Policy, S. 57–59.

362 Ebd.

363 Der Einfluss von Keynes auf die Debatte in der englischen Presse ist schwer einzuschätzen. Sein Rückzug aus der britischen Delegation in Paris im Juni 1919 war den hier untersuchten Zeitungen keine Meldung wert. Nach dem Erscheinen seines Buches gab ihm Scott dann im *Manchester Guardian* in den Jahren 1920 bis 1923 immer wieder die Gelegenheit, zum Thema Reparationen und den Folgeproblemen Stellung zu nehmen, und auch die *Times* beachtete seine Analysen. Eine fundierte Studie über Keynes' Anteil am öffentlichen Diskurs, der die Legitimität des Versailler Vertrag nach und nach untergrub, steht aber noch aus und wird auch von Peter Matthias in seiner Abhandlung über Keynes und die britische Deutschlandpolitik nur am Rande thematisiert.

364 Brailsford erhob den Vorwurf, dass Paris seine militärische Überlegenheit und seine damit verbundene Vormacht als „Mistress of Europe" rücksichtslos ausnutze. THE DAILY HERALD, 3. Mai 1921, LA „Back To Napoleon". Der *Guardian* forderte sogar, Frankreich die Zusammenarbeit aufzukündigen, falls es an dieser Art von Außenpolitik festhielt. THE MANCHESTER GUARDIAN, 3. Mai 1921, LA „How Much Farther".

hier einige Argumente der Kritik von Keynes eine gewisse Resonanz fanden.[365]

Der deutschen Seite bot die Uneinigkeit der Siegermächte die Möglichkeit, beide gegeneinander auszuspielen. Unter Verweis auf die eigenen wirtschaftlichen und fiskalischen Probleme versuchten die Regierungen in Berlin zu zeigen, dass die Reparationsforderungen nicht nur übertrieben hoch und deshalb unbezahlbar, sondern auch ungerecht waren. Dahinter stand die Absicht, die Legitimität des gesamten Vertragswerks zu erschüttern.[366] Die deutschen Proteste erstreckten sich auch auf andere Bereiche, etwa auf die Prozesse gegen deutsche Kriegsverbrecher oder die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Die Reaktionen darauf waren in London gespalten: Die breite Ablehnung des Versailler Vertrags quer durch alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen stieß auf wenig Verständnis. Außerdem vermisste man ernsthafte Anstrengungen zur Erfüllung der alliierten Auflagen und fürchtete, dass die Weimarer Politiker Konzessionen der Siegermächte zum Anlass nehmen würden, um weitere Zugeständnisse zu fordern.[367] Andererseits wuchs das Verständnis für die Beschwerden aus Berlin, zumal offenkundig war, in welch schwierige Lage die dortigen Regierungen geraten konnten, wenn sie eine Politik der Erfüllung verfolgten. Der oberste britische Repräsentant in Deutschland, Lord Kilmarnock, hatte deshalb schon Ende Januar 1920 empfohlen, Entgegenkommen überall dort zu zeigen, wo dies möglich war, gerade um die Weimarer Republik zu stabilisieren; eine Überlegung, der die Führungsspitze des *Foreign Office* im Grundsatz zustimmte.[368] Die Befürworter eines solchen Kurses sahen in Entlastungen etwa bei der Reparationsregelung, teils auch in anderen Fragen, ein Mittel, um verständigungsbereiten Kräften in Berlin unter die Arme zu greifen und so deren „Erfüllungspolitik" zu belohnen. Doch war strittig, wie weit London durch Zugeständnisse in einzelnen Punkten die Konsolidierung der politischen Mitte in Deutschland unterstützen konnte und sollte.[369]

---

365 Die *Times*, die *Daily Mail* aber auch der *Daily Telegraph* bestanden darauf, dass Deutschland den Friedensvertrag und die alliierten Reparationsforderungen erfüllen müsse, bevor über mögliche Änderungen verhandelt werden könnte. In diesem Sinne äußerten sich alle Kommentatoren der drei Blätter z.B. zum schon erwähnten Londoner Ultimatum. Vgl. THE TIMES, 3. Mai 1921, LA „The One Issue"; THE DAILY MAIL, 3. Mai 1921, LA „Settle Up – And Be Done With It"; THE DAILY TELEGRAPH, 2. Mai 1921, LA „Conference Problems". Das Buch von Keynes hatte Steed in der *Times* rezensiert und darin dessen Kritik an der vorläufigen Regelung der Reparationsfrage im Versailler Vertrag als berechtigt bezeichnet. Die übrigen Vorwürfe insbesondere gegen die „Großen Drei" Lloyd George, Wilson und Clemenceau konnte er jedoch nicht nachvollziehen. THE TIMES, 5. Januar 1920, „A Critic Of The Peace – Comfort For Germany".

366 LOWE, Great Powers, S. 247–249.

367 RECKER, Neuordnung, S. 103.

368 DBFP, I, 9, Nr. 23, S. 28, Kilmarnock an Curzon, 31. Januar 1920. Die Führungsspitze des *Foreign Office* hielt diese Überlegung für sehr wichtig, so die Notiz von Curzon und Hardinge.

369 RECKER, Neuordnung, S. 103.

Exemplarisch für den Verlauf dieser Diskussion, die nicht nur in der Politik, sondern mit den gleichen Argumenten auch in der Presse geführt wurde, ist die Korrespondenz zwischen dem Chefredakteur der *Times*, Wickham Steed, und dem ehemaligen Berliner Korrespondenten George Saunders, der zwischenzeitlich als Deutschlandexperte für das *Foreign Office* gearbeitet hatte, anzusehen.[370] Saunders reiste im März 1920 in die deutsche Hauptstadt, um im Auftrag der renommierten Zeitung Reportagen über die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation zu verfassen. Dort angekommen geriet er mitten in den Kapp-Lüttwitz-Putsch. Für den reaktionären Umsturzversuch war seiner Ansicht nach der Versailler Vertrag mittelbar und die französische Auslegung desselben unmittelbar verantwortlich.[371]

The French policy is to let Germany stew in her own juice, meanwhile squeezing out for France what drops of that juice can be extracted. It is, in my opinion, a suicidal policy for France and for all of us. It is absurd to expect Germany to preserve order here and throughout the Reich with 100000 men. We must get on terms of business and realise what is necessary to make life liveable here, before we proceed to legitimate exactions.[372]

Steed hingegen war der Auffassung, dass die Allianz mit Frankreich auf keinen Fall in Frage gestellt und den Deutschen nicht der Eindruck vermittelt werden durfte, „that we are ready to throw over the French for beautiful Teutonic eyes". Nicht die französische Außenpolitik war seiner Meinung nach das eigentliche Problem, sondern die Deutschen.

The root of the trouble is that the Germans do not yet seem to know that they have been beaten and still less that they themselves are responsible for the beating they got. That they will only understand when by hook or by crook they have been disarmed. The Allies should then fix, I care not how moderate a sum, the amount of reparations which must be paid.[373]

Auf deutsche Forderungen konnte erst eingegangen werden, wenn die Deutschen einen Beweis für ihre Vertrauenswürdigkeit geliefert hatten, so Steed.[374]

---

370 Im *Political Intelligence Department*. Von 1897 bis 1908 hatte Saunders für die *Times* aus Deutschland berichtet und zu den anti-deutschen Hardlinern gehört, die die Welt über den wahren Charakter der wilhelminischen Politik und ihrer militaristischen Tendenzen aufklären wollte. WILSON (Hrsg.), Saunders on Germany, Einleitung S. 1f. In dieser Sammlung ist auch der wesentliche Teil des Briefwechsels mit Steed abgedruckt.

371 U.a. teilte auch Premierminister Lloyd George diese Ansicht. Nachdem dieser die Nachricht von einer reaktionären Revolution in Deutschland erhalten hatte, erklärte er gegenüber Riddell: „the French had helped to bring about the revolution by making and enforcing demands which had made the position of the German Government impossible." RIDDELL, Diaries, Eintrag vom 20./21. März 1920.

372 Saunders an Steed, 19. März 1920, Steed Papers, Correspondence with George Saunders, TNL Archive, HWS/1.

373 Ebd.

374 Ebd.

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Friedensvertrags, die aus der komplizierten Gemengelage gegensätzlicher Interessen Großbritanniens und Frankreichs sowie der zunehmend unterschiedlichen Wahrnehmung Deutschlands in diesen beiden Ländern resultierten, führten dazu, dass in weiten Teilen der britischen Öffentlichkeit die Begeisterung für eine Bestrafung des ehemaligen Kriegsgegners nach 1918 in nur wenigen Jahren deutlich nachließ.[375] Viele Briten hatten den Respekt für das deutsche Volk und seine Leistungen in der Vergangenheit trotz der Gräuelpropaganda nicht verloren und wünschten eine Normalisierung der Beziehungen.[376]

Die anhaltenden Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland entluden sich im Januar 1923 schließlich in der Ruhrbesetzung, die als Katalysator für die bereits begonnene Veränderung des britischen Urteils über Deutschland wirkte. Im Folgenden wird nachgezeichnet, wie sich dieser Wandel in der englischen Presse niederschlug und inwiefern hier Zusammenhänge mit dem Deutschlandbild in der Politik bestanden. Zwei weitere wichtiger Aspekt sind, mit welchen Mitteln die Reichsregierung über ihre Presseabteilung das Bild Deutschlands im Ausland während des Ruhrkampfes zu beeinflussen suchte und ob sie damit Erfolg hatte.

2.3.1 Die Ruhrbesetzung: Deutschland als Opfer französischer Aggression

Der Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet kam nicht überraschend, sondern hatte sich lange vorher angekündigt. Bereits am 24. April 1922 hatte der französische Ministerpräsident Poincaré in seiner Rede in Bar-le-Duc mit einem Alleingang seines Landes bei der Verhängung von Sanktionen gegen ein vertragsbrüchiges und zahlungsunwilliges Deutschland gedroht.[377] Die britische Regierung vertrat hingegen den Standpunkt, dass gemäß dem Versailler Vertrag Sanktionen nur von den Siegermächten gemeinsam verhängt werden durften, ganz abgesehen davon, dass hier ernsthafte Zweifel bestanden, ob Deutschland überhaupt in der Lage war, seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen zu können. Der Dissens verschärfte sich bei den

---

375 ROBBINS, Present and Past, S. 30.

376 KLEINE-AHLBRANDT, Burden, S. 57.

377 Für die unnachgiebige Haltung von Poincaré waren mehrere Gründe maßgeblich: angefangen vom Abschluss des Rapallo-Vertrags zwischen Deutschland und Russland über die Herabsetzung der Reparationen bei der Expertenkonferenz im Juni in Paris und die andauernde Finanz- und Währungskrise des Reiches bis hin zur Balfour-Note über die interalliierten Schulden. Als Folge all dessen drohte Frankreich im Verlauf des Jahres 1922 der Sieg im Weltkrieg doch noch zu entgleiten. SOUTOU, System von Versailles, S. 82 und neuerdings SOUTOU, Vom Rhein zur Ruhr, S. 63–67. Über die Bedeutung der interalliierten Schulden siehe insbesondere ARTAUD, Hintergründe, S. 241–259. Zu Ursachen und Verlauf der Ruhrkrise allgemein sowie der britischen Rolle vgl. auch WILLIAMSON, Ruhr Crisis, S. 70–91 sowie SCHWABE, Großbritannien, S. 53–87.

Beratungen der Hauptreparationsgläubiger über einen Antrag Deutschlands auf ein Moratorium auf der Londoner Konferenz im August 1922. Poincaré stellte das Junktim auf, dass es ohne „produktive Pfänder" keinen Zahlungsaufschub geben könne, während Lloyd George unterstützt von seinem Kabinett entschlossen war, den Franzosen keine Zugeständnisse zu machen.[378] Nachdem der Regierungswechsel in London Ende Oktober keine Veränderung der Rechtsauffassung Großbritanniens zur Folge hatte und Paris ebenfalls auf seinem Standpunkt beharrte, war klar, dass eine Kraftprobe zwischen den eigentlichen Kontrahenten Frankreich und Deutschland nicht mehr aufzuhalten war.

Die Krise brachte die britische Führung in eine prekäre Position. Das Kabinett sah sich vor die Wahl gestellt, entweder einen offenen Bruch mit Frankreich zu riskieren, was aller Voraussicht nach dem Versailler Vertrag die Grundlage entzogen und Europa ins Chaos gestürzt hätte, oder einzulenken und sich Paris anzuschließen.[379] Um diesem Konflikt zu entkommen, entschied man sich für eine Politik der Inaktivität, die mit dem Begriff der „wohlwollenden Neutralität" versehen wurde.[380] Auf diese Weise hoffte man, die *Entente Cordiale* und damit den Einfluss auf Frankreich retten zu können und die Deutschen nicht zusätzlich zum Widerstand anzuspornen, womit man bei einer eindeutigen Parteinahme für Berlin rechnete.[381]

Da sowohl die französische als auch die deutsche Regierung von London Unterstützung und einen Beitrag zur Lösung des Konflikts erwarteten, versuchten beide von Beginn der Ruhrbesetzung an, die öffentliche Meinung in Großbritannien zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die Propagandaschlacht, die sich Berlin und Paris lieferten, war ein wichtiger Teil des Kampfes um die Ruhr.[382] Im Mittelpunkt der pressepolitischen Aktivitäten standen dabei insbesondere die britischen Auslandskorrespondenten in Deutschland. Die französischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet und die Presseabteilung der Reichsregierung bemühten sich, diese mit Informationen über das Geschehen und entsprechenden Interpretationen desselben zu versorgen. Beide Stellen bauten zu diesem Zweck eigene Nachrichtenorganisationen im besetzten Gebiet auf.

---

378 ARTAUD, Hintergründe, S. 249.

379 Premierminister Bonar Law sagte wörtlich zu C.P. Scott: „I may have to choose between two evils – between a break with France, which would mean chaos in Europe, or concessions to France, which would also involve great mischief." Scott Papers, Political Diaries, Eintrag vom 6. Dezember 1922, MGA, Box 134.

380 Urheber dieses Ausdrucks war Miles Lampson, der Leiter des *Central Department* des *Foreign Office*. WILLIAMSON, Ruhr Crisis, S. 70, Fn. 5.

381 Nicht ohne Grund, denn die deutsche Regierung unter Reichskanzler Cuno setzte in der Tat auf die „englische Karte" und hoffte auf aktive Unterstützung aus London. Vgl. WEIDENFELD, Englandpolitik, S. 62f.

382 Zu Organisation und Wirkung der deutschen Propagandaaktivitäten siehe MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, Kapitel III.

Die Presseabteilung entsandte noch vor dem Einmarsch der Franzosen ihre zwei Referenten, Zechlin und Brammer, nach Essen.[383] Diese veranstalteten zweimal täglich im Hotel Kaiserhof, wo die Berliner Korrespondenten der ausländischen Zeitungen wohnten, Pressekonferenzen. Dabei versuchten sie nach eigenen Angaben, durch möglichst „objektive Tatsachenberichte" vor allem das Vertrauen der amerikanischen und britischen Journalisten zu gewinnen, um so ein Fundament zu legen, „auf dem auch andere Nachrichten gegeben werden konnten, z.B. Zahlen über Requisitionen, Mitteilungen über Milchversorgung, Kindernot usw."[384] Auf diese Weise wollten sie den Einfluss der belgischen und französischen Besatzungsarmee konterkarieren, die die Reporter an der Ruhr mit „vorzüglichem, in ihrem Sinne wirkendem Informationsmaterial" versorgten, wie die Presseabteilung besorgt beobachtete.[385] Besonders die Korrespondenten der *Daily Mail*, Phillips und Cardozo, fielen dadurch auf, dass sie sich überwiegend auf französische Quellen stützten und ihre eigene Regierung wegen deren Passivität scharf angriffen.[386] Die anderen englischen Journalisten lehnten das französische Vorgehen dagegen ab, wollten aber ausdrücklich nicht als „deutschfreundlich" angesehen werden.[387]

Im Wettstreit um die Meinungsführerschaft kam es in der Anfangsphase der Ruhrbesetzung trotz räumlicher Trennung fast täglich zum direkten Aufeinandertreffen der Propagandisten. Für die Franzosen hatte Francois Poncet in Düsseldorf einen Pressestab eingerichtet, weil sich dort die Korrespondenten aus Paris einquartiert hatten. Um dessen Verlautbarungen überwachen und gegebenenfalls unmittelbar darauf reagieren zu können, verlegte Zechlin seinen Standort für einige Zeit von Essen nach Düsseldorf. Poncet wiederum schickte seinen Mitarbeiter Bernaud mit demselben Auftrag in den Kaiserhof nach Essen.[388]

---

383 Zechlin, Pressechef, S. 41. Über ihre Aktivitäten zwischen Januar und Februar 1923 berichtete Brammer ausführlich in einem mehrseitigen Bericht. „Vertrauliche Aufzeichnung über die Lage im Ruhrgebiet, über deutsche Aufklärungsarbeit und französische Propaganda", 23. Februar 1923, ADAP, A, 7, 104, S. 230–236. In Köln bemühte sich mit Noebel ein weiterer Mitarbeiter um die ausländischen Journalisten. Außerdem hatte die Presseabteilung in Münster eine Relaisstation eingerichtet, die alle Nachrichten aus dem besetzten Gebiet nach Berlin meldete und die Verbindung zu den Referenten in Essen hielt. Müller, Auswärtige Pressepolitik, S. 113.

384 Außerdem leisteten sie den Journalisten praktische Hilfe, etwa bei der Herstellung von Telefonverbindungen ins Ausland oder der Ausstellung von Passierscheinen. Brammer, „Vertrauliche Aufzeichnung", 23. Februar 1923, ADAP, A, 7, 104, S. 230–236. Hier S. 233f.

385 Vgl. die Auswertung der entsprechenden Akten in Müller, Auswärtige Pressepolitik, S. 115.

386 Aufzeichnung des Englandreferenten der Presseabteilung Müller-Heymer, „Charakteristik der englischen Zeitungen und ihrer in das Ruhrgebiet entsandten Berichterstatter", 25. Januar 1923, Zit. nach ebd. Seine Kollegen stuften Phillips als „French in sympathy" ein. Nevinson, Last Changes, S. 291.

387 Brammer, „Vertrauliche Aufzeichnung", 23. Februar 1923, ADAP, A, 7, 104, S. 230–236. Hier S. 234.

388 Ebd., S. 235. Vgl. auch Zechlin, Pressechef, S. 45.

Das Ergebnis war, dass die Franzosen im Anschluss an die deutschen Pressekonferenzen ebenfalls Pressekonferenzen in eben diesem Hotel abhielten.[389] Da auf diese Weise der Darstellung von einer Seite sofort die Gegendarstellung der anderen folgte, war für die Journalisten leicht zu erkennen, dass sie instrumentalisiert werden sollten. Dem Rheinlandkorrespondenten der *Times*, Gedye, war klar, dass beide Seiten „massenhaft Propaganda" abluden.[390] Dabei entbehrten die Veranstaltungen nicht einer gewissen Komik. Laut Gedye entließ der deutsche Pressereferent Brammer die Journalisten mehrfach mit folgender Bemerkung in die Obhut seines französischen Kollegen: „Aber meine Herren, ich sehe meinen feindlichen Kollegen Birnon [sic. Bernaud, der Verf.] in der Halle warten, um ihnen zu erzählen, was ich für ein Lügner bin, und mich dann selbst zu übertreffen zu suchen, also auf Wiedersehen!"[391] In seiner Analyse vom Februar bescheinigte Brammer Bernaud zwar Geschicklichkeit im Umgang mit den Journalisten. Die französische Propaganda sei aber bei Briten und Amerikanern alles in allem nicht sehr erfolgreich.[392]

Um den deutschen Propagandaaktivitäten im von ihnen besetzten Gebiet nicht nur entgegen zu wirken, sondern sie gänzlich zu unterbinden, setzte die französische Militärbehörde auch Zwangsmittel ein. Ende März wurde Zechlin verhaftet und nach einer Woche Gewahrsam aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen.[393] Brammer konnte die Pressearbeit zwar fortsetzen, musste aber, um nicht das gleich Schicksal zu erleiden, häufige Ortswechsel vornehmen und andere Vorsichtsmaßnahmen treffen.[394]

Neben der Information der Reporter im Ruhrgebiet versuchte die Presseabteilung, die in Berlin ansässigen ausländischen Journalisten für die deutsche Seite einzunehmen. Schwierig war das bei englischen Korrespondenten, die gegenüber der deutschen Politik skeptisch eingestellt und selbst noch nicht an der Ruhr gewesen waren, um sich mit eigenen Augen ein Bild von den dortigen Verhältnissen zu machen. Ein Besuch vor Ort führte in vielen Fällen zu einer eindeutigen Parteinahme für eine der beiden Seiten – meistens der deut-

---

389 Was zweimal täglich der Fall war. GEDYE, Revolver-Republik, S. 92.

390 Ebd., S. 91.

391 Ebd., S. 92.

392 Brammer, „Vertrauliche Aufzeichnung", 23. Februar 1923, ADAP, A, 7, 104, S. 230–236. Hier S. 235. Bei den englischen und amerikanischen Korrespondenten firmierte das französische Pressebüro in Düsseldorf unter der Bezeichnung „Giftküche". THE MANCHESTER GUARDIAN, 14. März 1923.

393 Die französischen Behörden versuchten, Zechlins Presseaktivitäten in einen Zusammenhang mit einem blutigen Zwischenfall in den Essener Krupp-Werken zu bringen, wo bei einem Zusammenstoß mit französischen Soldaten 13 deutsche Arbeiter ums Leben gekommen waren. Die ausländischen Journalisten setzten sich für Zechlin ein und protestierten bei den Franzosen, weil ihnen durch seine Verhaftung eine Fülle von Informationen entgingen. ZECHLIN, Pressechef, S. 45–47.

394 MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 114.f

schen.[395] Nach einer dreitägigen Reise durch das Rheinland und das Ruhrgebiet erklärte beispielsweise der Berliner Korrespondent der antideutsch eingestellten *Morning Post* gegenüber Gedye:

> In Berlin we have put the stories of the state of the Ruhr down to German propaganda, but now that I have seen for myself what is going on, I feel that we have failed to realise the truth because of the rottenness of the German propaganda system – they have presented understatements of the truth in such an unconvincing way that they read as gross exaggerations.[396]

Parallel zu den Aktivitäten der Presseabteilung versuchte die deutsche Botschaft in London, Informationen in der britischen Presse zu lancieren, die der deutschen Sache dienlich waren.[397] Gemäß der Berliner Propagandastrategie, wonach die Ruhrbesetzung als „Überfall auf eine friedliche Bevölkerung" mit dem Ziel der „Zerstückelung des Reiches" und der „Vernichtung seiner Wirtschaft" gebrandmarkt werden sollte,[398] ging es dabei z.B. um die wirtschaftliche Bedeutung der linksrheinischen Gebiete und ihre Vernetzung mit dem übrigen Reich. Botschafter Sthamer war darauf bedacht, dass diese Form der Pressearbeit nicht als Propaganda zu erkennen war, da sie sich sonst als kontraproduktiv erweisen konnte. Seiner Beobachtung nach hatte die Ruhrbesetzung den Effekt, dass in manchen Kreisen der Bevölkerung ein antifranzösischer Meinungsumschwung eingetreten war, während in anderen die Kriegsstimmung wieder erwachte. Letzteres führte er u.a. auf den „unheilvollen Einfluss" der Rothermere-Presse zurück.[399]

Die *Daily Mail*, das Flaggschiff im Konzern dieses Pressebarons, verfolgte während der gesamten Ruhrkrise eine dezidiert profranzösische Berichterstattung. Die Argumentation war die gleiche, die das Massenblatt seit dem Abschluss des Friedensvertrags verfolgt hatte, nämlich dass sich die Deutschen im Grunde nicht geändert und die Siegermächte mit ihren halbherzigen Bemühungen, den Vertrag zu erfüllen, an der Nase herumführten hätten. „The Germans have persistently cheated us in the past. If experience counts for anything, they will do so again", so der Tenor.[400] Aus den Leitartikeln der *Mail* sprach die

---

395 Andere britische Besucher, ob das Unternehmer, Labour-Politiker, Radikalliberale wie Lady Bonham Carter oder Studenten von der Nottingham University waren, ergriffen ebenfalls fast alle für die deutsche Seite Partei. Vgl. dazu THOMAS, Traveller, S. 222, WILLIAMSON, Ruhr Crisis, S. 80 und D'ABERNON, Red Cross, Eintrag vom 19. März 1923, S. 106f.

396 Gedye an Deakin, 10. Juli 1923, Correspondence between Ralph Deakin and G.E.R. Gedye, TNL Archive, TT/FN/1/RD/1. Die *Morning Post* hatte sich ähnlich wie die *Daily Mail* für eine Beteiligung Großbritanniens an der Ruhrbesetzung ausgesprochen. BENNETT, British Foreign Policy, S. 34.

397 Bericht Sthamers an das AA, 6. März 1923, ADAP, A, 7, 126, S. 305–307. Der Botschafter hatte dazu nach eigenen Angaben zwei englische Journalisten an der Hand, die „ausgezeichnete Beziehungen zur hiesigen Presse haben und gewillt sind, in der für das britische Publikum geeigneten Weise zu schreiben".

398 MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 108.

399 Bericht Sthamers an das AA, 6. März 1923, ADAP, A, 7, 126, S. 305–307. Hier S. 306.

400 THE DAILY MAIL, 4. Januar 1923, LA „Why Did He Do It?".

Zufriedenheit, dass endlich zumindest eine der Siegermächte energisch gegen die Deutschen vorging. Die Linie der Boulevardzeitung gab Rothermere in einem Artikel mit der plakativen Überschrift „Hats Off To France" persönlich vor.[401] Darin erinnerte er an die Verwüstungen, die von den Deutschen 1914 bei der Invasion Frankreichs angerichtet worden waren, dass sie dafür bisher nur geringfügige Zahlungen geleistet hatten und das, obwohl Deutschland in vielerlei Hinsicht „das reichste Land in Europa" war. Seiner Ansicht nach hatten erst die Divergenzen zwischen England und Frankreich die Deutschen zu ihrer Verweigerungshaltung ermuntert. „While our Parliamentarians have paltered with the German problem and have sought to excuse Germany's most wilful default, France has taken the only logical course to make Germany pay", schloss er. Die *Daily Mail* druckte darüber hinaus immer wieder Leserbriefe ab, in denen die französische Politik gutgeheißen wurde, und behauptete, dass die Mehrheit der britischen Öffentlichkeit Frankreich unterstütze.[402] Den Widerstandswillen der deutschen Bevölkerung schätzte die *Mail* gering ein. Politische Unruhen oder gar eine Revolution erwartete das Massenblatt nicht.[403]

Eine Gegenposition bezog der *Daily Herald*, der die Ruhrbesetzung verurteilte, auch wenn er gleichzeitig Verständnis für den *Entente*-Partner äußerte.

> France was never more afraid of Germany than now when Germany is paralysed and impotent. She dreads the war of revenge. She looks with terror at the German population, far bigger than her own already, growing every year while hers dwindles. And she wonders how long it will be before the German armies come westwards again to revenge 1918, as 1918 revenged 1871, as Waterloo revenged Jena, and Jena Rossbach – and so on ad infinitum.[404]

Die Politik, die Paris jetzt verfolgte, werde aber genau das provozieren.[405] Für Großbritannien bleibe deshalb nur die Alternative, sich von Frankreich zu lösen, auf eine allgemeine Abrüstung hinzuwirken und den Völkerbund zu stärken.[406]

Mit den Spitzen der britischen Arbeiterbewegung stimmte der *Daily Herald* darin überein, dass die Ruhrbesetzung ein vom Friedensvertrag nicht gedeckter „Akt des Krieges" war.[407] Bezeichnenderweise wurden in den Überschriften immer häufiger Anleihen aus der Militärsprache genommen. So war statt von Besetzung von Invasion sowie im Zusammenhang mit der Ausrufung des pas-

---

401 Ebd., 22. Januar 1923, „Hats Off To France – Her Cause Is Ours Too".
402 Vgl. z.B. ebd., 6., 8., 12. Januar 1923.
403 Ebd., 11. Januar 1923, LA „God-Speed To France".
404 The Daily Herald, 3. Januar 1923, LA „From The Workers' Point Of View – What We Must Do For France".
405 Besonders wenn Frankreich sein eigentliches Ziel erreiche, die Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets. Ebd.
406 The Daily Herald, 5. Januar 1923, LA „From The Workers' Point Of View – After The Break".
407 Vgl. die gemeinsame Resolution des „National Joint Council of the TUC General Council", des „Executive Committee of the Labour Party" und der „Parliamentary Labour Party" abgedruckt in ebd., 15. Januar 1923.

siven Widerstands und den französischen Gegenmaßnahmen von „ökonomischer Kriegführung“[408], „Zermürbungskrieg“[409] und „Frankreich setzt Hungerwaffe ein“[410] die Rede. Auf sprachlicher Ebene fand so eine Gleichsetzung mit dem Ersten Weltkrieg statt, nur diesmal mit vertauschten Rollen. In der Darstellung des *Daily Herald* war jetzt Frankreich der Aggressor und Deutschland das Opfer.

Dass der eigentliche Gefahrenherd für den Frieden in Europa nicht mehr in Berlin, sondern in Paris lag, daran hatte der *Herald* seit dem Amtsantritt von Poincaré keinen Zweifel gelassen. Nach den Drohungen des französischen Ministerpräsidenten gegen Deutschland im April 1922 hatte die Arbeiterzeitung ihn in Anspielung auf die Drohgebärden des wilhelminischen Reiches sogar als „Kaiser Poincaré“ betitelt.[411] Zwischen der Arbeiterzeitung und der profranzösischen Rothermere-Presse entwickelte sich nach Beginn der Ruhrbesetzung ein regelrechter Schlagabtausch. Der Pressebaron habe sich zum Agenten Poincarés gemacht und unterstütze eine Politik, die die Interessen der britischen Wirtschaft und damit auch der Arbeiter in England schade, kommentierte der *Herald* Rothermeres Äußerungen.[412]

In Kontinuität zu seiner bisherigen Kritik an der Reparationspolitik der Siegermächte hielt auch der *Manchester Guardian* das französische Vorgehen für einen Fehler. Nach Ansicht des stellvertretenden Chefredakteurs Charles Montague war völlig klar, dass Deutschland bankrott war. Objektive Beobachter hätten das schon 1919 erkannt, eine Anspielung auf die Vertragskritik von Keynes. Die völlig überhöhten Reparationsforderungen waren in Montagues Augen nur aus der damaligen Stimmung heraus zu erklären.[413]

It was an effort to utter, in terms of money, the immense accumulated anger of a half-ruined Europe against those whom it felt to be the authors of its ruin – and who had already been driven from Germany by the Germans, whom they had ruined more completely. The Kaiser, it seemed, could not be hung, but a wild, hyperbolical fine, called reparation, could be inflicted on Republican Germany, as a kind of financial symbol or emblem of the hideousness of the crime of 1914.[414]

---

408 Ebd., 18. Januar 1923, „Economic Warfare In The Ruhr – Invasion Stops Industry“.

409 So der Pariser Korrespondent George Slocombe in seinem Bericht „France To Starve Germany“. Ebd.

410 Schlagzeile über dem Bericht von Morgan Philips Price aus Essen über Streiks der Bergarbeiter, Einschränkungen im Zugverkehr und die Einschließung des Ruhrgebiets durch französische Truppen. The Daily Herald, 23. Januar 1923. Slocombe sprach sogar von einer „kriegsähnlichen Expedition“ gegen eine „feindliche Bevölkerung“. The Daily Herald, 29. Januar 1923.

411 Richards, Taming, S. 59. Als der französische Ministerpräsident im Mai schon einmal gedroht hatte, in die Ruhr einzumarschieren, hatte der *Daily Herald* in einem Leitartikel gewarnt: „Once again the choice is between peace and M. Poincaré.“

412 The Daily Herald, 20. Januar 1923, LA „From The Workers' Point Of View – M. Poincaré's Press Agent“.

413 The Manchester Guardian, 5. Januar 1923, LA „Failure“.

414 Ebd.

Als tatsächliches Ziel, das Frankreich mit der Ruhrbesetzung verfolgte, vermutete der *Guardian* die Zersplitterung des Reiches durch eine Abtrennung des Rheinlands, was eine Gefahr für den Frieden in Europa darstellte.[415] In Anbetracht der möglichen Machtverschiebungen auf dem Kontinent glaubte das liberale Blatt nicht, dass England seine Politik der „wohlwollenden Neutralität" lange werde durchhalten können.[416]

Die Ablehnung der französischen Exekutionspolitik in der liberalen und der linken Zeitung entsprach ihren bisherigen Positionen und war deshalb zu erwarten gewesen. Wie sehr sich das Meinungsklima in Großbritannien seit Kriegsende in Bezug auf das Weimarer Deutschland verändert hatte, verdeutlichen die Kommentare zur Ruhrbesetzung in den konservativen Qualitätszeitungen. Sowohl der *Daily Telegraph* als auch die *Times* hatten einen vorsichtigen, aber auffallenden Positionswechsel vollzogen.

Wie ausführlich dargelegt, hatten beide 1919 ernsthafte Zweifel an den innenpolitischen Veränderungen im Deutschen Reich geäußert und den Versailler Vertrag gegen Kritik verteidigt. Im *Daily Telegraph* lebte der alte „war time spirit" im Januar 1923 noch einmal kurzzeitig auf. So wurden die Deutschen davor gewarnt, die britische Passivität als Unterstützung misszuverstehen. Sie hätten nach wie vor keine Freunde in England und würden auch nicht von ihren Vertragspflichten entbunden.[417] Gleichzeitig wies die Zeitung auf den Schwachpunkt der französischen Politik hin, die die Reparationen als Mittel der Bestrafung Deutschlands instrumentalisiere und dabei die Zahlungsfähigkeit ihres Schuldners herabsetze.[418] Die Politik, die die Alliierten bei der Implementierung des Friedensvertrags verfolgt hatten, wurde vom *Telegraph* insgesamt in einem neuen, kritischeren Licht gesehen. Die Siegermächte hätten es versäumt, die Anhänger der Weimarer Republik zu unterstützen, um auf diese Weise die erste deutsche Demokratie zu stabilisieren und eine Erfüllung des Vertrags zu garantieren. „The Allies never have done anything to let the Germans see that the Republic, as something apart from the empire, is worth having."[419] Als die französischen Besatzer an der Ruhr auf erheblichen Widerstand stießen und sich abzeichnete, dass in naher Zukunft keine Reparationen

---

415 Ebd., 11. Januar 1923, LA „The Invasion Of The Ruhr". Ideen einer Loslösung des Rheinlandes kursierten in französischen Regierungskreisen und der Presse schon seit Kriegsende. Aktivitäten in diese Richtung entfaltete vor allem der französische Hohe Kommissar in Koblenz, Tirard, während Ministerpräsident Poincaré bis zum Herbst 1923 keinerlei politische Schritte zur Gründung eines unabhängigen Rheinlandstaates unternahm. Vgl. Bariéty, Französische Politik, S. 14–17. Zu Entstehung und Erfolgsaussichten der separatistischen Bewegung im Rheinland siehe Theine, Separatistische Bewegungen, S. 257–282.

416 The Manchester Guardian, 20. Januar 1923, LA „What Next?" und 22. Januar 1923, LA „Neutrality".

417 The Daily Telegraph, 11. Januar 1923, LA „The Occupation Of The Ruhr" und 13. Januar 1923, LA „The Occupation Of Essen".

418 Ebd., 5. Januar 1923, LA „Failure Of The Conference".

419 Ebd., 9. Januar 1923.

in nennenswertem Umfang zu erwarten waren, überwog die Sorge, dass die Situation außer Kontrolle geraten und ganz Europa in ein Chaos abdriften könnte.[420]

Auf den gleichen Überlegungen basierte die Kursänderung, die in der Redaktion der *Times* erfolgt war. Schon im Vorfeld der Krise hatte der Außenpolitikchef Harold Williams konstruktive Vorschläge aus Paris vermisst und die französische Neigung zu einseitigem Vorgehen kritisiert.[421] Außerdem machte sich nach der profranzösischen Ausrichtung unter Wickham Steed erstmals deutlich der Einfluss des wieder eingesetzten früheren Chefredakteurs Geoffrey Dawson bemerkbar, der in der französischen Politik ebenfalls keine Lösung für das Reparationsproblem sah.

Wegen der möglichen schwerwiegenden Folgen der Ruhrbesetzung stufte die *Times* die Tragweite der Ereignisse als ähnlich bedeutend ein wie die „Kriegserklärung 1914 oder der Abschluss des Waffenstillstands 1918".[422] In ihren Leitartikeln sagte die renommierte Zeitung – ähnlich wie der *Daily Telegraph* – voraus, dass es schwierig werde, mit „Bayonetten Kohle zu fördern", und die Franzosen möglicherweise lediglich die Besatzungskosten würden erwirtschaften können.[423] Williams war zudem davon überzeugt, dass eine Regelung der Reparationsfrage nicht in einer Atmosphäre des „leidenschaftlichen Antagonismus" gefunden werden konnte.[424] In Richtung Deutschland stellte er klar, dass der Krieg in Großbritannien nicht vergessen sei.

> The German attack, the cruel occupation of Belgium and the devastation of Eastern France are among the most vivid memories of the British people. Their grave anxiety at this moment is due to no consideration for the interests of Germany, whose past and present policy is not in the least calculated to awaken British sympathy, but to far broader reasons.[425]

Damit meinte er die destabilisierende Wirkung und die mögliche Zuspitzung der Krise. Angesichts der Gefahren war sich die *Times* im Gegensatz zur *Daily Mail* sicher, dass die Mehrheit der britischen Öffentlichkeit den französischen Einmarsch in die Ruhr ablehnte.[426]

In weiten Teilen der britischen Presse war die Stimmung also auch ohne die Propagandaaktivitäten der Reichsregierung günstig für Deutschland. Außerdem arbeiteten die Zeit und die Umstände für die deutsche Seite, denn je länger die Ruhrbesetzung dauerte und je unübersichtlicher die Lage auch im Rest

---

420 Ebd., 20. Januar 1923, LA „The Situation In The Ruhr" und 23. Januar 1923, LA „The Ruhr".
421 Williams an Huddleston in Paris, 22. August 1922, Williams Papers, Correspondence with Huddleston, TNL Archive, HW/1.
422 The Times, 6. Januar 1923.
423 Ebd., 12. Januar 1923, LA „The French In The Ruhr".
424 Ebd., 16. Januar 1923, LA „The French Advance".
425 Ebd.
426 Ebd., 12. Januar 1923, LA „The French In The Ruhr".

Deutschlands wurde, desto größer wurde das Verständnis für die Probleme des ehemaligen Kriegsgegners in den englischen Zeitungen und desto mehr wuchs das Unverständnis über das französische Vorgehen. Ein entscheidender Topos, der dem zu Grunde lag, war der der Unterlegenheit. Deutschland war in dieser Auseinandersetzung der „underdog", der den Zwangsmitteln Frankreichs nichts Gleichwertiges entgegensetzen konnte. Der Ruhrkampf war „a simple conflict of wills between a people possessing all the means of pressure and people possessing none".[427] Symbol dafür war das Bild von schwer bewaffneten französischen Truppen, die in deutsche Städte einmarschierten, während die Bewohner ohnmächtig zusahen.[428] Die Konstellation des Konflikts widersprach dem britischen Verständnis von Fairness, was zur Folge hatte, dass sich die Franzosen zwar militärisch in der stärkeren Position befanden, im Urteil vieler englischer Journalisten politisch, rechtlich und moralisch aber die schwächeren Argumente vertraten.[429]

Ein weiteres wichtiges Motiv war das des „Leidens" der deutschen Zivilbevölkerung, das durch die Eskalation des Ruhrkampfes und seine ökonomischen Folgen verursacht wurde. In zahlreichen Reportagen beschrieben die englischen Korrespondenten, mit welchen zum Teil drastischen Maßnahmen die französischen Besatzungsbehörden versuchten, den passiven Widerstand zu brechen. Dazu gehörten Versammlungs- und Demonstrationsverbote sowie nächtliche Ausgangssperren. Deutsche Eisenbahner, Beamte und Bürgermeister, die die Zusammenarbeit mit den Franzosen verweigerten, wurden

---

427 THE DAILY TELEGRAPH, 5. März 1923, LA „Events In The Ruhr".

428 In allen Berichten über den Einmarsch der Franzosen tauchte dieses Bild in variierter Form auf. Vgl. z.B. THE TIMES, 12. Januar 1923, „French In Essen – Strong Forces Employed – Sullen Crowds". In diesem Sinne auch THE MANCHESTER GUARDIAN, 12. Januar 1923; THE DAILY HERALD, 12. Januar 1923; THE DAILY MAIL, 12. Januar 1923. Letztere konterkarierte das Bild von den Deutschen als hilflose Zuschauer bzw. Opfer durch den Vorwurf, dass Deutschland sich verhalte wie ein zahlungsunwilliger Schuldner, für seine Situation folglich selbst verantwortlich war, und sich im Übrigen 1871 gegenüber Frankreich genauso verhalten habe wie jetzt die Franzosen. THE DAILY MAIL, 12. Januar 1923, LA „Germans Should Have Better Memory" und Kolumne „How Germany Made France Pay". Wie Krumeich herausgearbeitet hat, war die Demonstration militärischer Macht und die Härte des französischen Besatzungsregimes 1923 u.a. durch die Kriegsbesatzung der Deutschen in Frankreich und Belgien zwischen 1914 und 1918 motiviert. So war die Ruhrbesetzung also auch mentalitäts- und symbolgeschichtlich eine Spätfolge des Ersten Weltkriegs. Vgl. KRUMEICH, Ruhrkampf als Krieg, S. 9–24.

429 Die Franzosen riskierten damit nach Einschätzung des Außenpolitikchefs der *Times*, Harold Williams, die wirtschaftliche Zukunft und politisch den Frieden in Europa. THE TIMES, 16. Januar 1923, LA „The French Advance". Der Chefredakteur des *Manchester Guardian*, C.P. Scott, hielt die Ruhrbesetzung für absolut illegal und damit für einen Akt der Gewalt. Scott an Sir George Arthur, 19. Juni 1923, Scott Papers, General Correspondence, MGA, Box 336/88. Hier lag nach Einschätzung von Gedye auch der Grund, warum die französische Propaganda bei den britischen Korrespondenten einen so schweren Stand hatte. GEDYE, Revolver-Republik, S. 91.

mitsamt ihren Familien aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen.[430] Städte und Gemeinden, in denen Sabotageakte gegen die Besatzungsmacht verübt wurden, mussten mit hohen Geldstrafen rechnen. Trotzdem häuften sich Anschläge auf Eisenbahnlinien, die nach dem Streik des deutschen Bahnpersonals von den Franzosen bedient werden mussten.[431] Die Besatzungsbehörde drohte daraufhin Saboteuren mit der Todesstrafe.[432] Manager und Fabrikdirektoren wurden von französischen Militärgerichten wegen mangelnder Kooperation zu hohen Haftstrafen verurteilt.[433] Zwischen deutschen Zivilisten und französischen Soldaten eskalierte die Gewalt und es kam immer wieder zu Zusammenstößen, bei denen oft genug auch Tote zu verzeichnen waren.[434]

Um das Ruhrgebiet zog die französische Besatzungsmacht außerdem eine Zollbarriere, was einer wirtschaftlichen Abtrennung vom restlichen Reichsgebiet gleichkam.[435] Die Folge waren wachsende Arbeitslosigkeit, Versorgungsengpässe und steigende Preise.[436] Die Finanzierung des Ruhrkampfes über die Notenpresse heizte zudem die Inflation an, was zu einem weiteren Kaufkraftverlust führte und die Verarmung der Bevölkerung beschleu-

---

430 Vgl. u.a. THE DAILY HERALD, 31. Januar 1923; THE TIMES, 5., 9., 10. Februar 1923 und 31. März 1923; THE DAILY MAIL, 31. März 1923. Weil sich in Essen die Polizisten weigerten, vor französischen Soldaten zu salutieren, wurde die gesamte Polizei ausgewiesen, was die Kriminalitätsrate sprunghaft ansteigen ließ. THE TIMES, 14. März 1923.

431 Der britische Vizekonsul in Essen berichtete im Februar, dass der Eisenbahnverkehr praktisch zum Erliegen gekommen war, dass die Telefon- und Telegraphenverbindungen immer wieder unterbrochen und im gesamten besetzten Gebiet alle Bürgermeister bis auf vier entfernt worden waren. CARSTEN, Britain and Weimar, S. 131.

432 THE DAILY TELEGRAPH, 3. März 1923. Der deutsche Nationalist Albert Leo Schlageter wurde wegen Sabotage am 25. Mai von den Franzosen hingerichtet, was ihn in nationalistischen Kreisen zu einem Märtyrer werden ließ. Wie der *Guardian* im Juni berichtete, hatte sich um ihn ein regelrechter Kult entwickelt. THE MANCHESTER GUARDIAN, 20. Juni 1923.

433 THE DAILY HERALD, 19. Januar 1923.

434 THE DAILY TELEGRAPH, 12. und 13. März 1923; THE MANCHESTER GUARDIAN, 14. Juni 1923. Der Vorfall am Ostersamstag auf dem Werksgelände von Krupp war einer der schlimmsten dieser Art. Nach der französischen Darstellung sahen sich die Soldaten, die Automobile requirieren wollten, durch protestierende Arbeiter bedroht und feuerten in die Menge. Die Bilanz waren 13 Tote und 30 Verwundete. THE TIMES, 3. April 1923. Siehe auch ZECHLIN, Pressechef, S. 45. Die Franzosen schoben die Verantwortung den Direktoren von Krupp zu, die die Menge zum Angriff auf die Soldaten angeheizt hätten, und ein Militärtribunal verurteilte sie zu 15 Jahren Gefängnis. THE TIMES, 9. Mai 1923. Die französische Lesart der Ereignisse sorgte bei den englischen Korrespondenten für Empörung. Gedye und Thomas berichteten übereinstimmend, dass die Soldaten die Nerven verloren und „kalten Blutes" auf die Arbeiter geschossen hatten. Der Prozess gegen Krupp und seine Direktoren war in ihren Augen eine „fantastische Parodie" von Gerechtigkeit, da Beweise fehlten und das Urteil vorher feststand. THOMAS, Traveller, S. 207 und GEDYE, Revolver-Republik, S. 127 und 130f. Eine genaue Rekonstruktion der Ereignisse und des anschließenden Prozesses ist zu finden bei WISOTZKY, Karsamstag, S. 265–287.

435 THE TIMES, 17. Januar 1923.

436 Ebd., 13. Februar 1923.

nigte.[437] Die englischen Journalisten wie William Beach Thomas empfanden die Situation als „Alptraum".

> Before I left Germany in the late summer […] the mark was not so much as one thousand millionth part of a Pound. Most of the Ruhr magnates from Krupp to Bohlen downwards were undergoing terms of up to fifteen years' imprisonment. At least twenty-six thousand railwaymen were evicted and banished from the Rhine. Railways were either littered with wreckage or rusted with disuse. […] Death and destruction were daily events.[438]

Die Berichte über die Not vieler Menschen lösten in Großbritannien eine Welle der Hilfsbereitschaft aus. Zahlreiche Organisationen mit den unterschiedlichsten politischen Verbindungen wurden aktiv, darunter der *Save the Children Fund* und der *German Distress Relief Fund*, in denen führende Mitglieder der Arbeiterbewegung den Ton angaben.[439] Die Labour Party selbst sammelte Geld für die deutschen Arbeiterorganisationen.[440] Das *University Committee of the Imperial War Relief Fund* mit guten Kontakten in der Londoner Finanzwelt bemühte sich in kirchlichen, literarischen und akademischen Kreisen erfolgreich um Unterstützung, u.a. für verarmte deutsche Studenten und Dozenten.[441]

Die Zuspitzung der Lage in Deutschland, die gekennzeichnet war durch das um sich greifende wirtschaftliche Chaos, den wieder aufkeimenden Nationalismus sowie die verstärkte Agitation von Kommunisten und Rechtsextremisten, bestätigte die Kritiker der Ruhrbesetzung in den Londoner Redaktionen. Es war zwar offensichtlich, dass die Deutschen sich mit ihrer Strategie des passiven Widerstands massiv selbst schadeten.[442] Im Gegenzug erreichten aber auch die Franzosen ihr Ziel, Reparationen in Form von Kohle-, Koks- und Holzlieferungen in größerem Umfang zu erzwingen, nicht. Insofern war die

---

437 Die Hohe Kommission für das Rheinland berichtete, dass es im besetzten Gebiet im Sommer kaum noch Kartoffeln zu kaufen gab. Die Versorgungslage verschärfte sich im Herbst und Winter auch im restlichen Reichsgebiet so dramatisch, dass Plünderungen von Lebensmittelgeschäften und Fahrzeugen alltäglich waren. CARSTEN, Britain and Weimar, S. 145–147.

438 THOMAS, Traveller, S. 202. Ebenso GIBBS, Pageant, S. 339–341.

439 Im Komitee des „German Distress Relief Fund" saßen u.a. Arthur Ponsonby und Bertrand Russell. WILLIAMSON, Ruhr Crisis, S. 79.

440 Ebd.

441 Unterstützung erhielt die Organisation z.B. vom Erzbischof von Canterbury und Lord Robert Cecil. Ebd., S. 78. Das diplomatische Korps in Berlin organisierte unter der Schirmherrschaft der Amerikanischen Botschaft einen Wohltätigkeitsball. Die Einnahmen gingen an Suppenküchen der Hungerhilfe. D'ABERNON, Red Cross, Eintrag vom 9. Dezember 1923, S. 125. Die Gattin des britischen Botschafters beschrieb auch die Auswirkungen der Inflation wie wachsenden Hunger und zunehmende Plünderungen.

442 Der *Telegraph* und der *Guardian* hatten wegen der zu erwartenden hohen finanziellen und sozialen Kosten schon im März vorausgesagt, dass der Widerstand irgendwann aufgegeben werden musste. THE DAILY TELEGRAPH, 3. März 1923; THE MANCHESTER GUARDIAN, 19. März 1923.

Ruhrbesetzung der von vielen in England erwartete Fehlschlag. Der *Manchester Guardian* sprach von einer „Riesenverschwendung französischen Geldes und einer noch größeren Verschwendung deutscher Ressourcen".[443]

Lediglich die *Daily Mail* blieb konsequent bei ihrer profranzösischen Linie und zeigte sich von den Ereignissen unbeeindruckt. Rothermere hielt daran fest, dass das französische Vorgehen erfolgreich war und von einem Sieg gekrönt werden würde.[444] Auch Interventionen von Seiten der Politik konnten ihn nicht umstimmen. Nach einem Treffen des Pressebarons mit Churchill, Lord Birkenhead und Lloyd George notierte der ehemalige Premierminister, Rothermere sei „just widely pro-French over the Ruhr".[445] In der *Mail* ließ der Verleger weiter erklären, dass Deutschland zur Zahlung der Reparationen in voller Höhe fähig war.[446] Berichte anderer Zeitungen über die Notlage der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, die infolge der Einschränkungen im Zugverkehr z.B. mit Engpässen bei der Lebensmittelversorgung zu kämpfen hatte, tat das Massenblatt als „Propagandageschrei aus Berlin" ab.[447]

Als die Reichsregierung wegen der explodierenden Kosten und der desolaten Finanzlage schließlich Ende September 1923 den Abbruch des „passiven Widerstands" erklärte, fiel der Kommentar in der *Daily Mail* entsprechend euphorisch aus. Die Entscheidung Berlins sei ein Triumph für Frankreich und für dessen Entschlossenheit, die Deutschen zur Einhaltung des Versailler Vertrags zu zwingen. Die Voraussagen der anderen Zeitungen vom Januar, allen voran der *Times*, dass die Besetzung in einem „Desaster" enden werde, seien damit widerlegt. Auf die negativen Folgen der französischen Besatzungspolitik, wie die zahlreichen Todesopfer auf beiden Seiten, ging die *Mail* nicht ein, sondern behauptete, die Franzosen hätten einen Sieg „ohne Blutvergießen" erreicht.[448] Erneut nahm das Massenblatt außerdem für sich in Anspruch, mit seiner Parteinahme für die Franzosen stellvertretend für die gesamte britische Nation

---

443 The Manchester Guardian, 12. Juni 1923, LA „The Accepted Time".

444 Rothermere an Beaverbrook, 26. April 1923, Beaverbrook Papers, Correspondence with Rothermere, HLRO, BBK/C/283a.

445 Lloyd George hoffte trotzdem, dass das Gespräch „may produce a more friendly atmosphere in his papers". Morgan (Hrsg.), Family Letters, S. 200.

446 The Daily Mail, 14. März 1923.

447 Ebd., 25. Juni 1923. Der *Daily Telegraph* beispielsweise hatte nur wenige Tage zuvor über die Schwierigkeiten bei der Anlieferung von Nahrungsmitteln berichtet, da kaum noch Züge zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet fuhren. The Daily Telegraph, 20. Juni 1923.

448 Ebd., 26. September 1923, LA „The Triumph Of France". Im Original „a bloodless victory". Zur Bestätigung ihres Standpunkts, dass Deutschland trotz Inflation und der Abtrennung des Ruhrgebiets vom übrigen Reich die Wirtschaftskraft besaß, Reparationen zu zahlen, druckte die Zeitung beispielsweise einen Augenzeugenbericht des konservativen Unterhausabgeordneten Charles Foxcroft. Darin verglich der Politiker die vom Krieg zerstörten Landstriche und Städte im Osten Frankreichs mit den unzerstörten Feldern, Wäldern und Industriegebieten im Rheinland. The Daily Mail, 11. September 1923, „What A Contrast! – Defeated Germany And Victorious France".

zu sprechen und behauptete, die „pro-Germans" in der Presse, im Parlament und im Kabinett hätten das Gespür für die Stimmung in der britischen Bevölkerung verloren.[449]

Die Angriffe des Rothermere-Blattes, die auf alle zielten, die mit der deutschen Seite sympathisierten, parierte der *Daily Herald* mit der Abwandlung eines Zitats des Pressebarons. Statt „Hats off to France" betitelte die Arbeiterzeitung eine Solidaritätsadresse an die deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet mit der Schlagzeile „Hats Off To Our Brave Ruhr Comrades!".[450] Diese hätten unglaublichen Mut gezeigt in einem Kampf, in dem jetzt „Brutalität über Hilflosigkeit" gesiegt habe. Der Vorwurf, „pro-deutsch" zu sein, wurde als antiquiert zurückgewiesen. Der *Herald* setze sich für jeden ein, der ungerecht behandelt werde.[451]

Die Qualitätszeitungen dagegen kamen zu dem einhelligen Ergebnis, dass die Ruhrbesetzung die damit von Anfang an verbundenen Risiken nicht wert gewesen war.[452] In Anbetracht der wirtschaftlichen Destabilisierung sowie des drohenden politischen Auseinanderbrechens Deutschlands stimmten die Leitartikler darin überein, dass man von dem erklärten Ziel der Franzosen, die Begleichung der Kriegsschulden zu erreichen, weiter denn je entfernt war. Die Interpretation, dass die Deutschen „kapituliert" und Frankreich „gesiegt" habe, konnte die *Times* folglich nicht nachvollziehen. „if, as we have always believed, the German power to pay has been steadily reduced by the Franco-Belgian occupation, the ‚victory' must certainly be classed as Pyrrhic."[453]

Ein Vergleich der Positionen in der Presse zum Vorgehen Frankreichs bzw. zur Rolle Deutschlands während der Ruhrkrise mit denen in der britischen Politik ergibt eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Vertretern der unterschiedlichen außenpolitischen Denkschulen und den ihnen nahe stehenden Zeitungen. So verurteilten die Unterhausabgeordneten der Labour Party den Alleingang des *Entente*-Partners und äußerten durchweg Verständnis für die Deutschen. Ramsay MacDonald kritisierte die gesamte Reparationspolitik als Bestrafungsaktion.[454] Die MPs Buxton und Shaw, die beide an der Ruhr ge-

---

449 Ebd., 24. September 1923, LA „Why Our Pro-Germans Are Angry". Die Gegenseite bestritt das. Dawson war seinerseits davon überzeugt, dass 90 Prozent der Engländer die Ruhrbesetzung ablehnten. THE TIMES, 14. Mai 1923, LA „The British Reply".

450 THE DAILY HERALD, 27. September 1923, LA „From The Workers' Point Of View – Hats Off To Our Brave Ruhr Comrades".

451 Mit der Feststellung, Frankreich verfahre nach dem Prinzip „might is right", setzte der Kommentator zudem erneut die französische mit der wilhelminischen Außenpolitik gleich. Ebd.

452 THE TIMES, 26. September 1923, LA „The German Decision"; THE MANCHESTER GUARDIAN, 26. September 1923, LA „The Last Hours"; THE DAILY TELEGRAPH, 27. September 1923, LA „Germany In Defeat".

453 THE TIMES, 26. September 1923, LA „The German Decision".

454 PD/C, V, 160, Spn. 23f., 13. Februar 1923.

wesen waren, warnten vor den sozialen Folgen und dem Widerstandsgeist bzw. dem Hass, den die Franzosen provozierten.[455] Die Annahme, dass die Deutschen nur die Sprache der Gewalt verstünden, wies Shaw zurück.[456] Sein Kollege Clynes verurteilte die Ruhrbesetzung als einen Akt der Aggression, der genauso falsch sei, wie der deutsche Angriff auf Belgien und Frankreich 1914.[457]

Asquith für die Liberalen und Bonar Law als Premierminister der konservativen Regierung nahmen moderatere Positionen ein. Asquith betonte einerseits die moralische Verantwortung Deutschlands für den Krieg und seine Folgen, sprach sich andererseits aber dafür aus, dass im Zentrum der Reparationsfrage Deutschlands Zahlungsfähigkeit stehen müsse und begrüßte die Weigerung der britischen Regierung, an dem „Abenteuer in der Ruhr" teilzunehmen.[458] Bonar Law äußerte zwar Verständnis für die Furcht Frankreichs vor Deutschland, die der eigentliche Grund für den Einmarsch gewesen sei. Gleichzeitig verwies er aber darauf, dass von Deutschland keine akute Gefahr ausgehe und verteidigte dessen Politik der „wohlwollenden Neutralität".[459]

Auf den hinteren Bänken der Konservativen herrschte dagegen offene Sympathie für Frankreich. Die Abgeordneten Davison und Remer etwa waren der Auffassung, dass erst die Divergenzen zwischen Großbritannien und Frankreich die Deutschen zu ihrer Verweigerungshaltung angestachelt und ihnen die Möglichkeit eröffnet hatte, die Alliierten gegeneinander auszuspielen.[460] Wenn die Siegermächte zusammenstehen würden, dann hätte Deutschland gar keine andere Wahl, als die Reparationen zu bezahlen, so Remer.[461]

In prägnanter Form sind hier alle Argumente der verschiedenen politischen Richtungen anzutreffen: die imperialistische Rechte, die bedingungslos zu Frankreich stand, Deutschland nach wie vor als Täter, sprich Verantwortlichen für den Krieg sah und in der *Daily Mail* einen Verbündeten fand; die gemäßigten Konservativen und Liberalen, für die der Versailler Vertrag Grundlage der Nachkriegsordnung war, die seine Defekte aber anerkannten, eine Revision anstrebten – wenn möglich im Konsens mit Frankreich und Deutschland – und

---

455 Ebd., Spn. 46–49 und 66–68. Buxton hatte über seine Erlebnisse im *Daily Herald* Auskunft gegeben. Charles Roden Buxton, „Among The Ruhr Workers", THE DAILY HERALD, 31. Januar 1923. Es waren fast ausschließlich Vertreter der britischen Arbeiterbewegung, die in dieser Zeit Deutschland besuchten, um sich ein eigenes Bild zu machen. Vgl. THOMAS, Traveller, S. 222.

456 „The feeling that the only way to make the Germans understand is to treat them ruthlessly and cruelly is a theory which is absolutely without foundation", so Shaw wörtlich. PD/C, 5 (160), Sp. 68.

457 Ebd., Sp. 366.

458 Ebd., Spn. 30–33.

459 Ebd., Spn. 43f.

460 Ebd., Spn. 58–60 und 79f.

461 Wörtlich erklärte er: „I believe the German defiance will only last while we stand aloof or are lukewarm in our attitude in regard to France." Ebd., Sp. 60.

die von der *Times*, dem *Daily Telegraph* und dem *Manchester Guardian* publizistisch unterstützt wurden; und schließlich die Linke, die Deutschland geläutert und jetzt in der Rolle des Opfers der französischen Politik sah, die von Großbritannien eine unparteiische Vermittlung forderte und deren Sprachrohr der *Daily Herald* war.

An den Aktivitäten hinter den Kulissen lässt sich darüber hinaus ablesen, wie eng die Verzahnung zwischen Journalisten und Politikern in dieser Phase war und wie die Kommunikation zwischen den Akteuren ablief. Die Erkenntnis, dass die gesamte Situation festgefahren war und sich die britische Außenpolitik in einer Sackgasse befand, in der sie nur wenig Spielraum für eigene Initiativen hatte, veranlasste die Chefredakteure des *Guardian*, Scott, und der *Times*, Dawson, sich bei der Suche nach Lösungen stärker zu engagieren, was sie im Diskurs mit der politischen Spitze taten.

Scott beschäftigte vor allem die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung. Schon einen Monat vor deren Beginn hatte er mit Premierminister Bonar Law über die rechtliche Grundlage für den sich abzeichnenden französischen Alleingang gesprochen.[462] Dabei hatte sich angedeutet, dass der Regierungschef bereit war, einen Einmarsch in die Ruhr als Sanktion für den „freiwilligen Verzug" Deutschlands bei den Reparationslieferungen hinzunehmen. Scott hatte entschieden widersprochen, dass der Verzug – wie von den Franzosen behauptet – freiwillig war, und darauf hingewiesen, dass es für die Deutschen wegen des fehlenden „limits" keinen Anreiz gab, die alliierten Reparationsforderungen zu erfüllen.[463] Scott war der Ansicht, dass eine Besetzung der Ruhr vom Versailler Vertrag keinesfalls gedeckt war, worin er vom britischen Rechtsexperten bei der Reparationskommission, John Fischer Williams, bestärkt wurde.[464] Gemeinsam drängten sie den deutschen Botschafter Sthamer Anfang März 1923, die Legalität der Ruhrbesetzung kontinuierlich anzufechten, weil das Gespür für Recht und Unrecht in England besonders ausgeprägt sei. Auf diese Weise ließe sich die Position Frank-

462 Scott Papers, Political Diaries, Eintrag vom 6. Dezember 1922, MGA, Box 134.

463 Letzterem stimmte Bonar Law zu. Ebd.

464 Beide standen in brieflichem Kontakt, so dass Scott über die Vorgänge in der Kommission aus erster Hand informiert war. Vgl. Fischer Williams an Scott, 24. und 27. Januar 1923, Scott Papers, General Correspondence, MGA, Box 336/62. Mehrere Artikel im *Manchester Guardian*, in denen schon im Mai 1922 die Legalität von einseitig durch Frankreich verhängten Sanktionen gegen Deutschland bestritten wurde, hatten eine Diskussion darüber im *Foreign Office* ausgelöst. Crowe bezweifelte, ob die Position Frankreichs mit rechtlichen Argumenten zu erschüttern sei, da die Artikel des Versailler Vertrags unterschiedliche Interpretationen zuließen und schlug vor, stattdessen auf die Einhaltung des französischen Versprechens zu pochen, nicht allein zu handeln. Notiz Crowes, 21. Mai 1922, PRO, FO 371/7477, C7548/99/18. Headlam-Morley argumentierte hingegen im Sinne des *Guardian*, nämlich dass sich aus dem Text und seiner Interpretation durch die Siegermächte auf den verschiedenen interalliierten Konferenzen kein Recht darauf ableiten ließ. Notiz Headlam-Morleys, 24. Mai 1922, PRO, FO, 371/7477, C7873/99/18.

reichs in der britischen Öffentlichkeit erschüttern.[465] Scott bemühte sich außerdem darum, dass dieser Punkt in den Debatten im Unterhaus zur Sprache kam.[466]

Für Dawson lag das Problem in der Vermengung der ökonomischen mit den sicherheitspolitischen Aspekten der Versailler Friedensordnung. In seiner Analyse diente die Ruhrbesetzung erst in zweiter Linie dazu, Reparationen zu erzwingen. Viel wichtiger war das Streben Frankreichs nach Sicherheit vor einem erneuten deutschen Angriff. Dazu wollte Paris offensichtlich das Rheinland und die Ruhr vom übrigen Reichsgebiet trennen. Um das zu verhindern und Frankreich gleichzeitig von seiner Furcht vor seinem östlichen Nachbarn zu befreien, müsse England eine Beistandsgarantie für Paris abgeben.[467] In diesem Sinne drängte die *Times* in ihren Leitartikeln auf eine aktivere britische Politik, die einen entsprechenden Pakt anbieten sollte.[468] Dawson verlangte außerdem, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch eine unabhängige Kommission untersuchen zu lassen, und von den Deutschen, dass sie ihre Reparationspflicht grundsätzlich anerkannten.[469] Auf diese Weise, hoffte er, war eine Trennung der Sicherheits- von der Reparationsfrage und damit die Beendigung der Krise möglich. Diesen Lösungsvorschlag erörterte der Chefredakteur bei seinen regelmäßigen Gesprächen mit Premierminister Bonar Law und dessen Nachfolger Baldwin.[470]

---

465 Scott Papers, Memoranda Recording Conversations with Prominent Figures 1911–28, Eintrag vom 10. März 1923, BL, SADM 50907. Die beiden drängten Sthamer außerdem, dass die Reichsregierung ihre Bereitschaft erklären müsse, jede vernünftige Summe zu bezahlen, von der ein unparteiisches Tribunal festgestellt hatte, dass Deutschland in der Lage war, sie zu begleichen.

466 Er machte u.a. Sir John Simon darauf aufmerksam. Der Abgeordnete der liberalen Partei und ehemalige Innenminister antwortete ihm, dass sein Parlamentskollege James Butler in der Debatte am 19. Februar eine entsprechende Anfrage an die Regierung gestellt hatte, Bonar Law eine Antwort aber schuldig geblieben sei. Simon an Scott, 2. März 1923, Scott Papers, General Correspondence, MGA, Box 336/72.

467 Dawson an den Rechtsanwalt Newton Rowell, Toronto, 13. Februar 1923, Dawson Papers, General Correspondence, BLO, MS Dawson 69. Ein solcher Beistandspakt war seit dem Nichtzustandekommen der Sicherheitsgarantie für Frankreich 1919 infolge der ausbleibenden Ratifikation des Versailler Vertrags und der Völkerbundsakte durch die USA immer wieder im Gespräch. Verhandlungen über eine formelle Allianz zwischen Großbritannien und Frankreich, die Anfang Dezember 1921 begonnen worden waren, scheiterten auf der Konferenz von Cannes im Januar 1922. Im *Foreign Office* wurde aber weiter darüber diskutiert, in welcher Form Großbritannien die Sicherheit Frankreichs bei einem deutschen Angriff garantieren könne. Vgl. ORDE, International Security, S. 12–19 und 30–32.

468 Vgl. u.a. THE TIMES, 20. Februar 1923, LA „The British Task" und 14. März 1923, LA „The European Crisis".

469 Ebd., 14. Mai 1923, LA „The British Reply".

470 Allein für den Januar 1923 sind fünf Treffen mit Bonar Law belegt. WRENCH, Dawson, S. 215. Mit Baldwin sprach er am 17. und 20. Juni sowie am 22. September. Vgl. die Aufzeichnungen darüber in Dawson Papers, General Correspondence, BLO, MS Dawson 27 und 70.

Dass die Verantwortlichen der renommierten Zeitung glaubten, einen konstruktiven Beitrag leisten zu können, zeigen Aussagen des Außenpolitikchefs der *Times* und ihres Berliner Korrespondenten. Williams beschrieb die Situation in London im Mai 1923 folgendermaßen:

> People here generally have no wish to break with France and yet how to assert ourselves as we ought to assert ourselves and not break with France, is a problem no one knows quite how to solve. […] Our policy in the paper is to try our level best to keep the door open [für Verhandlungen, der Verf.] so that our country may still have room to act.[471]

In der deutschen Hauptstadt war Daniels zu dem Schluss gekommen, dass es an der Zeit war, „when we should do everything that will help to get the reparation question out of the way."[472] Die *Times*-Redaktion sah sich selbst folglich gegenüber der Politik in einer beratenden Rolle, während sie sich gleichzeitig darum bemühte, der Regierung den Handlungsspielraum in der öffentlichen Debatte zu erhalten. Das tat sie, indem sie in ihren Kommentaren immer wieder darauf drängte, das Angebot, das Berlin Anfang Juni zur Lösung der Reparationsfrage unterbreitet hatte, als Grundlage für Verhandlungen anzunehmen, und auf der anderen Seite die Bedingungen, die Paris für den Beginn von Gesprächen aufstellte, kritisierte.[473]

Die kompromisslose Haltung der Regierung Poincaré, die auf einem sofortigen Ende des passiven Widerstands beharrte, die eine Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch ein unabhängiges Gremium ablehnte und eine Besetzung der Ruhr bis zur Begleichung der Reparationsschuld erwog, traf auch in den anderen Zeitungen auf wachsende Ungeduld.[474] Die Ablehnung der französischen Politik gründete sich nicht nur auf ihre Inflexibilität, sondern außerdem darauf, dass die Ruhrbesetzung im Alleingang ohne Rücksicht auf den britischen Partner erfolgt war, dass die eingesetzten Mittel in keinem Verhältnis zur Verfehlung der deutschen Seite standen und nie eine Aussicht auf Erfolg bestanden hatte. So verfestigte sich der Eindruck, dass, ähnlich wie Deutschland vor dem Krieg, jetzt Frankreich in Wirklichkeit nach der „iron

---

471 Williams an Daniels, 9. Mai 1923, Williams Papers, Correspondence with Daniels, TNL Archive, HW/1.

472 Daniels an den *Foreign News Editor* Ralph Deakin, 9. Mai 1923, Correspondence between Ralph Deakin and Harold G. Daniels, TNL Archive, TT/FN/1/RD/1.

473 So z.B. The Times, 9. Juni 1923, LA „A Basis For A Settlement" und 11. Juni 1923, LA „Towards A Conference" und 21. Juni 1923, LA „Warnings". Ein erstes deutsches Angebot Anfang Mai hatte eine so geringe Gesamtsumme enthalten, dass die britische Regierung es als völlig ungenügend zurückwies. Daraufhin hatte die Reichsregierung am 7. Juni 1923 eine weitere Note an die Alliierten geschickt, die umfassende Garantien für künftige Reparationsleistungen vorsah. Bergmann, Reparationen, S. 239–241.

474 Vgl. u.a. The Daily Herald, 8. Juni 1923, LA „The Latest ‚Note'"; The Manchester Guardian, 8. Juni 1923, LA „The German Proposal"; The Daily Telegraph, 9. Juni 1923, LA „Germany's Memorandum". Die *Daily Mail* stufte die deutsche Offerte als „bloße Propaganda" ein. The Daily Mail, 9. Juni 1923, LA „The New German ‚Offer'".

mastery of Europe“[475] strebte und den Friedensvertrag ausnutzte, um seine „imperialistischen Ziele“[476] zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund wanderten die Sympathien fast automatisch auf die Seite des Schwächeren, in diesem Fall Deutschland. Der Wandel in der Wahrnehmung wurde durch die hier untersuchten Zeitungen – mit Ausnahme der *Daily Mail* – entweder explizit oder implizit kommuniziert, wie die angeführten Beispiele verdeutlichen, und wirkte sich auch auf die Beurteilung des Verhaltens der Deutschen in Bezug auf den Versailler Vertrag aus. War vor allem im konservativen Meinungsspektrum bis 1922 das Motiv von den „Betrügern“ und „Tricksern“ dominant, die mit allen Mitteln versuchten, um eine Erfüllung der Bestimmungen herumzukommen, so wurde dies zunehmend überlagert durch die Ansicht, dass der Vertrag eine Reihe ungerechtfertigter Härten enthielt und eine buchstabengetreue Umsetzung nicht möglich war, was insbesondere auf die finanziellen Regelungen zutraf. Es erfolgte also eine Annäherung der Kritiker aus liberalen und sozialistischen Kreisen mit den gemäßigten Konservativen.

Ein dabei nicht zu unterschätzender Faktor waren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Großbritanniens, die zu der Erkenntnis geführt hatten, dass eine Erholung im eigenen Land nur dann möglich war, wenn sich die ökonomischen Verhältnisse in Deutschland verbesserten. Unter diesem Aspekt hatte sich die bisherige Reparationspolitik als untauglich erwiesen. Der Gleichklang, der in diesem Punkt zwischen weiten Teilen der Presse und der Politik herrschte, ist ein Beweis für die engen Beziehungen beider Sphären. Zugleich ist er ein Hinweis darauf, dass sich das britische Urteil über Deutschland in dieser Phase stark an den eigenen nationalen Interessen orientierte und Veränderungen von der politischen bzw. publizistischen Führungsschicht ausgingen, eine These, die sich mit der Analyse deutscher Diplomaten im Auswärtigen Amt deckt.[477]

> Diese führenden Gruppen haben durchweg heute ihre Bitterkeit Deutschland gegenüber abgestreift. Sie sind erschüttert durch die hoffnungslose Wirtschaftslage und geben Frankreich durchweg die Schuld. Man darf nicht sagen, daß eine besondere Freundschaft für Deutschland als solches existiert, aber man ist sich klar, daß die Gesundung der ganzen Welt unmöglich wird – und besonders für den britischen Handel – wenn Deutschland mehr und mehr in den Abgrund gleitet.[478]

---

475 THOMAS, Traveller, S. 222.

476 GEDYE, Reconciliation, S. 124.

477 Der Schlussfolgerung Müllers, dass der Anteil der deutschen Propaganda an diesem Wandel eher gering einzuschätzen sei, ist deshalb zuzustimmen. MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 143.

478 Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Schubert: „Politische Lage und Stimmung in England“, 16. Oktober 1923, ADAP, A, 8, 191, S. 493. In diesem Sinne fiel Ende Oktober auch der Reisebericht des ehemaligen deutschen Botschafters in London, Graf von Metternich, aus: „Was mir besonders auffiel, war die starke Verstimmung, zum Teil Abneigung gegen die Franzosen. England ist ruhe- und friedensbedürftig. Die Erholung Europas, von den Engländern als notwendig für ihre eigene Erholung empfunden, wird von den Franzosen verhindert. Diese sind die Ruhestörer.“ Schreiben Metternichs an von Schubert, 29. Oktober 1923, zit. nach MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 142.

Trotz der Verschiebung hin zu einer positiveren Beurteilung verschwanden die negativen Aspekte des Deutschlandbildes keineswegs aus dem britischen Bewusstsein. Ausdruck dafür war zum einen die Sorge über die im Zuge des Ruhrkampfes verstärkt auftretenden nationalistischen Extremisten auf der politischen Rechten im Deutschen Reich.[479] Zum anderen blieb eine deutliche Skepsis gegenüber der Verlässlichkeit und den Methoden deutscher Außenpolitik, wofür nicht nur die Konflikte um die Reparationen, sondern auch die Differenzen über die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags ein Beispiel sind.

2.3.2 Nur 100000 Mann? Abrüstung und geheime Aufrüstung Deutschlands

Die im Friedensvertrag vorgesehene weitgehende Entwaffnung Deutschlands war für die britische Wahrnehmung insofern wichtig, als sie von hohem Symbolgehalt war. Die Einhaltung der Rüstungsbegrenzungen war sowohl ein Prüfstein dafür, ob die Deutschen tatsächlich mit dem Militarismus gebrochen hatten, als auch ein Gradmesser, inwieweit vom Deutschem Reich weiterhin eine potenzielle Gefahr ausging. Von besonderer Bedeutung war die Abrüstung außerdem, weil sich daran erkennen ließ, welchen Einfluss die preußische Offizierskaste, die in britischen Augen hauptverantwortlich für den Krieg war, auf die Politik der Weimarer Republik hatte. Diese Parameter bestimmten die Berichterstattung der englischen Zeitungen und das Urteil innerhalb der britischen Regierung gleichermaßen. Das Problem bestand darin, dass sich bei einer genaueren Betrachtung ein gemischtes Bild ergab. Auf der einen Seite rekrutierte sich die neue Reichswehr aus Soldaten der alten kaiserlichen Armee und es gab offensichtliche Verstöße gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags. Andererseits war Deutschland ohne schwere Waffen und mit seiner geringen Truppenstärke nicht mehr in der Lage, einen Krieg zu führen.[480] Hinzu kam, dass die Reichswehr innenpolitisch eigentlich eine stabilisierende Funktion erfüllte. In Großbritannien gab es jedoch schon früh Zwei-

---

[479] Vgl. die Berichte über Geheimbünde wie die „Organisation Rossbach“ oder die Agitation der NSDAP Hitlers in Bayern. THE DAILY TELEGRAPH, 2. März 1923; THE MANCHESTER GUARDIAN, 27. Juni 1923; THE DAILY HERALD, 29. September 1923. Siehe auch Teil II, Kapitel 2.5.3.

[480] Die Verifizierung der tatsächlichen Zahl des militärisch geschulten Personals verursachte erhebliche Schwierigkeiten, was neben den Verschleierungsversuchen der deutschen Stellen auch an der Vielzahl der bewaffneten Organisationen lag. Neben der Reichswehr, die nach allgemeinen Schätzungen Anfang 1920 noch 400000 Mann stark war, existierten die so genannten Zeitfreiwilligen, die als Reserve dienten, die kasernierte Sicherheitspolizei, die dem Reichsinnenministerium unterstellt war, und die Einwohnerwehren, bewaffnete Verbände, die sich als Reaktion auf die bolschewistische Gefahr gegründet hatten und politisch rechts standen. Philips Price berichtete am 4. Februar 1920 im *Daily Herald*, dass insgesamt 1670000 Mann in Deutschland unter Waffen standen oder militärisches Training absolvierten. PRICE, Dispatches, S. 66.

fel, ob 100000 Mann für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ausreichten.[481]

Über den Fortgang der deutschen Abrüstungsbemühungen kristallisierten sich in den folgenden Jahren divergierende Ansichten innerhalb der britischen Administration heraus. Das Kriegsministerium war der Auffassung, dass die Auflagen bis auf einige wenige Ausnahmen erfüllt wurden. Der britische Generalstab stellte im Frühjahr 1922 fest, dass Deutschland de facto entwaffnet war und nicht mehr die militärischen Mittel besaß, einen Krieg in organisierter Weise zu führen.[482] Unter den britischen Vertretern bei der Interalliierten Militärkontrollkommission (IMKK) in Berlin fanden sich gegenteilige Stimmen. Brigadegeneral Morgan war überzeugt, dass die deutschen Militärs Pläne ausarbeiteten, nach denen die Reichswehr als Nukleus für eine größere Armee dienen sollte, mit der ein Revanchekrieg geführt werden konnte.[483] Im *Foreign Office* war man unentschieden, welche Seite der Wahrheit näher kam.[484] Die französische Regierung wiederum teilte die Befürchtungen, dass Deutschland die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags gezielt zu unterlaufen versuchte.[485]

Durch die Ruhrbesetzung erhielt die Debatte zusätzliche Nahrung. Die Kontrollkommission musste ihre Tätigkeit vorübergehend einstellen, da die deutsche Regierung nicht mehr kooperierte und die Sicherheit der französischen und belgischen Offiziere gefährdet war.[486] Daniels vermutete nicht ohne

---

481 Das *Political Intelligence Department* des *Foreign Office* und das Kriegsministerium warnten nach dem Kapp-Putsch und den folgenden Kämpfen zwischen Reichswehr und Roter Armee an der Ruhr vor Anarchie und allgemeiner Unsicherheit, wenn Deutschland seine Truppenstärke wie vorgesehen auf 100000 Mann reduzierte. Das *War Office* ging davon aus, dass zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eine Armee von 150000 bis 200000 plus eine Sicherheitspolizei von weiteren bis zu 70000 Mann nötig waren. CARSTEN, Britain and Weimar, S. 44. George Saunders, zu dieser Zeit für die *Times* in Berlin, schätzte sogar, dass selbst 200000 reguläre Soldaten noch zu wenig waren. Saunders an Steed, 24. Juni 1920. WILSON (Hrsg.), Saunders on Germany, S. 97.

482 Memorandum des Generalstabs zum Stand der Abrüstung in Deutschland, 31. März 1922, DBFP, I, 20, 202, S. 427.

483 So Morgan in einem Brief an das *War Office* vom Juni 1922. CARSTEN, Britain and Weimar, S. 53. Morgan bemängelte in diesem Zusammenhang u.a. die lange Dienstzeit von zwölf Jahren, die ihn befürchten ließ, dass die Reichswehr mit einer Struktur aus länger dienenden Freiwilligen ein wirkungsvolles Instrument in der Hand der Reaktionäre werden könnte, da alle höheren Ränge mit Offizieren des Kaiserreichs besetzt waren. Lord Kilmarnock, diplomatischer Vertreter Großbritanniens in Berlin, war dagegen geneigt, Versicherungen der Reichswehrführung zu glauben, dass alle Offiziere die Weimarer Verfassung und die legitime Reichsregierung gegen Angriffe von Rechts und Links verteidigen würden. Ebd., S. 45.

484 Ebd.

485 Die Kontrollkommission stellte immer wieder Verletzungen einzelner Bestimmungen fest. Dabei ging es etwa um die Bestände an Waffen und die Personalstärke der Einwohnerwehren, deren Auflösung die Franzosen verlangten. Diese Forderungen wurden in das Ultimatum der Alliierten vom Mai 1921 an Berlin aufgenommen. Ebd., S. 52 und 54.

486 Es häuften sich Demonstrationen vor den Hotels, in denen Belgier und Franzosen untergebracht waren, sowie Angriffe auf die Offiziere. WILLIAMSON, British in Germany, S. 253.

Grund, dass die Reichswehrführung nun freie Bahn hatte, um so viele Freiwillige auszubilden, wie sie wollte.[487] Die offenen Aktivitäten illegaler Wehrverbände in Bayern und anderen Teilen des Reiches lenkten das Interesse zusätzlich auf das Thema.[488] Die französische Regierung veröffentlichte schließlich im September 1923 einen Bericht, in dem zahlreiche Verstöße gegen die Rüstungsauflagen aufgeführt wurden, darunter die Unterhaltung eines Generalstabs, die heimliche Ausbildung junger Männer sowie die Lagerung umfangreicher Waffenbestände, und verlangte ein Einschreiten der Siegermächte.[489]

Nach der Wiederaufnahme ihrer Kontrollen stellte die IMKK am Ende einer Generalinspektion Mitte Dezember 1924 fest, dass Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nicht in vollem Umfang nachkam.[490] Die alliierten Regierungen verschoben daraufhin die Evakuierung der von den Briten besetzten Kölner Zone, die am 10. Januar 1925 hätte beginnen sollen.[491] Im Zuge der zu dieser Zeit beginnenden Sondierungen für einen Sicherheitspakt trat die Entwaffnungsfrage aber auf diplomatischer Ebene in den Hintergrund und wurde schließlich auf der Locarno-Konferenz im Oktober 1925 mit einem Kompromiss gelöst.[492]

Entscheidend für die Darstellung der Problematik in den englischen Zeitungen während dieser Zeit war nicht die Substanz der Vorwürfe. Dass die Deutschen sich auf militärischem Gebiet nicht an alle Punkte des Friedensvertrags hielten und die Alliierten über das wahre Ausmaß ihrer Aktivitäten zu täuschen

---

487 Daniels an Deakin, 7. Juni 1923, Correspondence between Ralph Deakin and Harold G. Daniels, TNL Archive, TT/FN/1/RD/1.

488 Vgl. z.B. den Bericht von Harold Daniels in THE TIMES, 18. April 1923, „More Irregular Forces".

489 THE DAILY MAIL, 17. September 1923, „German Army – Official French Revelations"; THE TIMES, 19. November 1923, LA „A Day Of Decision". Die britischen Stellen erfuhren von ihren Offizieren bei der IMKK, die verdächtigen deutschen Einrichtungen inoffizielle Besuche abstatteten, dass heimlich Freiwillige ausgebildet und Reserveoffiziere trainiert wurden. CARSTEN, Britain and Weimar, S. 140f. Es gab aber auch Anzeichen, dass die Abrüstungsfrage in Großbritannien gezielt instrumentalisiert wurde. Die Nachrichtenagentur *Reuters* verbreitete am 29. November 1923 eine Liste mit alarmierenden Details, die am folgenden Tag in allen großen Zeitungen erschien. Von verschiedenen Seiten wurde die Reutersmeldung als offiziell inspiriert angesehen und als ein Versuch der Regierung Baldwin interpretiert, den Vorwurf der *Daily Mail* im gerade laufenden Wahlkampf zu widerlegen, dass sie eine prodeutsche Politik verfolge. WILLIAMSON, British in Germany, S. 257f.

490 Darin wurden die von den Franzosen aufgedeckten Verstöße im Wesentlichen bestätigt. GRUNDMANN (Hrsg.), Gebhardt, Bd. 4, Teilbd. 1, S. 262. Wie Salewski betont, zeichnete der Bericht allerdings ein schiefes Bild, da nur die Verstöße aufgelistet wurden und unerwähnt blieb, dass Deutschland 95 Prozent der Bestimmungen erfüllt hatte. SALEWSKI, Entwaffnung, S. 295.

491 Die Siegermächte konkretisierten und belegten ihre Vorwürfe erst am 4. Juni 1925 in einer weiteren Note an Deutschland.

492 Vgl. ausführlich SALEWSKI, Entwaffnung, S. 315–325.

versuchten, war unbestritten. Ausschlaggebend war vielmehr das Gewicht, das dem beigemessen wurde. Zentral war dabei die Frage, ob die Verstöße so schwerwiegend waren, dass Deutschland wieder als eine Bedrohung erschien.

Die meisten Redaktionen und ihre Berliner Korrespondenten teilten die Einschätzung des britischen Generalstabs, dass die Reichswehr auf absehbare Zeit nicht fähig war, einen Krieg zu führen, sondern höchstens zur Niederschlagung von Aufständen im Inneren eingesetzt werden konnte.[493] In einem Memorandum an die Redaktion der *Times* kam Daniels in Berlin zu dem Schluss, dass den Deutschen das Waffenarsenal für einen Angriffskrieg gegen Frankreich fehlte und Vorbereitungen dafür nicht unbemerkt bleiben würden.[494] Kritisch beurteilte er das heimliche militärische Training einer großen Zahl Freiwilliger durch die Reichswehr und die allgemein vorherrschende nationalistische Stimmung, die sich auch gegen die Rüstungsauflagen im Versailler Vertrag richtete.[495] Ausdruck dafür waren die zahlreichen patriotischen und paramilitärischen Verbände wie der „Stahlhelmbund", die als Reservoir für eine schnelle Aufstockung der Reichswehr dienen konnten und deren Existenz für die *Times* einen Bruch der Abrüstungsbestimmungen darstellte.[496] Auch die Erkenntnisse der IMKK, dass noch immer ein Generalstab existierte, wurde als schwerwiegend eingestuft, da dies ein weiterer Hinweis war, dass nach wie vor eine „militärische Rumpforganisation" aufrecht erhalten wurde, die innerhalb kurzer Zeit ausgedehnt werden konnte.[497] Normale, freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten seien aber nur möglich, wenn die Deutschen offen mit ihren weiter hartnäckig vorhandenen militärischen Traditionen brechen würden, betonte die *Times*.[498]

Zu einem weniger ambivalenten Ergebnis kam Voigt im *Manchester Guardian*.[499] Der Einfluss des deutschen Generalstabs sei schon zu Zeiten des

---

493 The Daily Telegraph, 3. Januar 1923; The Daily Herald, 30. November 1923, „Germany's Arms"; The Times, 4. April 1924, LA „German Disarmament"; The Manchester Guardian, 7. Januar 1925, „German Disarmament – The Points Of Allied Complaint Examined".

494 „Memorandum by Harold Daniels to Harold Williams re German Disarmament", undatiert [nach 1923], TNL Archive, BNS/3.

495 Ebd.

496 The Times, 4. April 1924, LA „German Disarmament". Sie verlangte deshalb eine Fortsetzung der alliierten Kontrollen, was ihr eine Beschwerde vom Presseattaché der deutschen Botschaft, Dufour-Feronces, einbrachte, da die Reichsregierung zu diesem Zeitpunkt auf ein Ende der militärischen Inspektionen drängte. Der Außenpolitikchef Williams bemerkte dazu, es sei „rather intolerable", dass die Deutschen glaubten, die *Times* stehe in jeder strittigen Frage an ihrer Seite. Williams an Daniels, 9. April 1924, Williams Papers, Correspondence with Harold G. Daniels, TNL Archive, HW/1.

497 Englisch „skeleton military organization".

498 The Times, 8. Januar 1925, LA „German Disarmament".

499 The Manchester Guardian, 7. Januar 1925, „German Disarmament – The Points Of Allied Complaint Examined" und 8. Juni 1925, „Scope Of Disarmament Demands – A Burden Of Numerous Trivialities".

Kaiserreichs überschätzt worden. Das Gegenstück, die Heeresleitung unter dem Oberkommandierenden der Reichswehr, General von Seeckt, trete zudem nur bei Manövern oder in Krisenzeiten zusammen. Die Ausbildung von Freiwilligen habe seit dem Ende des Ruhrkampfes rapide abgenommen und die militaristischen Organisationen würden nach und nach von allein verschwinden. Der Note an Deutschland, in der die alliierten Regierungen im Juni 1925 bekräftigten, dass die Verstöße gegen die Entwaffnungsbestimmungen eine Gefahr für den Frieden darstellten, widersprach der *MG* vehement: „there is not the faintest indication that Germany really has the beginnings of an army capable of defence against even a second-class Power. The notion that she is herself capable of attacking […] is simply fantastic."[500] Der *Daily Herald* äußerte indirekt sogar Verständnis für die verdeckten militärischen Aktivitäten Berlins. Seit dem Abschluss des Versailler Vertrags werde Deutschland zur Entwaffnung gezwungen, während die benachbarten Mächte weiter für einen Krieg rüsteten.[501]

Eine Ausnahme bildete auch in diesem Fall die *Daily Mail*. Das Massenblatt Rothermeres baute auf den Enthüllungen eine regelrechte Kampagne nach dem bereits mehrfach erprobten Muster auf, in der den Deutschen wiederum die Rolle des „reuelosen Sünders" zugewiesen und mit der Verallgemeinerung gearbeitet wurde, die gesamte Bevölkerung unterstütze die Militärs.[502] In regelmäßigen Abständen erschienen seit dem französischen Bericht vom September 1923 Artikel über immer neue Verstöße gegen die Rüstungsauflagen, die den Eindruck verstärkten, dass Deutschland auf Revanche sann, deshalb heimlich rüstete und die Gefahr akut war.[503] Percival Phillips sprach in einer Serie von Reportagen davon, dass eine Verschwörung gegen die Alliierten im Gang sei, an dessen Spitze die „Militärclique" stehe, die seit dem Krieg „nichts vergessen und nichts vergeben" habe.[504] Die *Mail* berief sich dabei auch auf die Warnungen des britischen Generals Morgan und verlangte, dass die Siegermächte vorerst das Rheinland und die Brückenköpfe besetzt halten müssten. Andernfalls sei der Frieden nicht länger als ein Jahr sicher.[505]

---

500 Ebd., 6. Juni 1925, LA „German Disarmament".

501 The Daily Herald, 6. Juni 1925, LA „From The Workers' Point Of View – A Tangled Web".

502 The Daily Mail, 4. März 1925, LA „Germany Still Arming – The Problem For The Allies".

503 Ebd., 20. September 1923, „German Army Hidden Munitions" und 12. November 1923, „Berlin Flouts The Allies – Secret Arming To Continue" und 19. November 1923, „Germany's Fresh Defiance" und 7. April 1924, „The Secret Army – Machine-Gun Practice For ‚Volunteers'".

504 So Phillips zum Auftakt in der *Daily Mail* am 2. Januar 1925, „German Arms Plots – Trick That Do Not Deceive Allied Officers". Die weiteren Teile erschienen am 7. Januar 1925, „Gun-Making Machines – Krupp's Excuses To The US" und 13. Januar, „New German Armies – Trained By Secret Societies".

505 Ebd., 4. März 1925, LA „Germany Still Arming – The Problem For The Allies".

Diese Warnungen waren nicht aus der Luft gegriffen. Die illegale Rüstung war gedeckt durch ein breites Sympathisantenfeld in der deutschen Politik, Industrie, Bürokratie, Justiz und Presse.[506] Heimlich arbeiteten Militärs und Rüstungsfirmen an der Entwicklung verbotener Waffen wie Panzer, Flugzeuge und U-Boote.[507] Außerdem existierte eine so genannte „Schwarze Reichswehr", eine geheime Ersatzarmee, die aus Einwohnerwehren, Freikorps und nicht aufgelösten Verbänden der kaiserlichen Armee bestand und von der Wirtschaft oder von Privatleuten finanziert wurde.[508] Ohne mehrjährige Vorbereitung bestand jedoch keine Aussicht, dass die Reichswehr in einem militärischen Konflikt gegen die Westmächte bestehen konnte. Wegen der deutschen Unterlegenheit war sich die britische Botschaft in Berlin sicher, dass, trotz der bellizistischen Rhetorik der nationalistischen Parteien auf der Rechten und obwohl weite Teile der Öffentlichkeit eine Aufrüstung gerade nach der Ruhrbesetzung befürworteten, niemand ernsthaft daran dachte, erneut einen Krieg zu beginnen.[509]

Die englischen Pressestimmen in der Abrüstungsdebatte spiegeln die allgemein herrschende Meinung in Großbritannien wider, nach der Deutschland nicht mehr als militärische Bedrohung empfunden wurde.[510] Sie zeigen darüber hinaus, wie groß die Bereitschaft inzwischen war, zu Gunsten verbesserter Beziehungen über Verletzungen des Versailler Vertrags hinwegzusehen. Zugleich blieb aber der Eindruck, dass aufeinander folgende Reichsregierungen nicht mit offenen Karten spielten und der Militarismus in Deutschland weiterhin eine starke Kraft war. Letzteres erschwerte die Überwindung des gegenüber der deutschen Außenpolitik nach wie vor bestehenden Misstrauens, so das Fazit der *Times*. „These delinquincies strengthen the natural fears, suspicions, and anxieties that still remain."[511]

---

506 KÜHNL, Weimarer Republik, S. 61.

507 Ebd., S. 63.

508 Ebd., S. 64. Hinzu kam die Sicherheitspolizei, die dem Innenministerium unterstand, sich aber aus ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren rekrutierte. Außerdem existierte im Reichswehrministerium eine geheime Abteilung, die dafür Sorge tragen sollte, dass genug Ausrüstung für ein Heer von einer Million Mann vorgehalten wurde. KLEINE-AHLBRANDT, Burden, S. 79. Vgl. zu diesem Problemkomplex neuerdings umfassend NAKATA, Grenz- und Landesschutz.

509 Knox, Berlin, an Lampson, 8. Mai 1924, PRO, FO 371/9825, C6157/2977/18.

510 „British opinion generally holds that, whatever the degree of Germany's will to peace, or lack of it, she is materially powerless to attack any of her neighbours, and will remain so for years to come." So fasste der *Diplomatic Correspondent* des *Telegraph*, Maurice Gerothwohl, die Stimmung zusammen. THE DAILY TELEGRAPH, 8. Juni 1925.

511 THE TIMES, 6. Juni 1925, LA „The Evacuation Of Cologne".

2.4 Auf dem Weg zur Normalisierung: Kooperation statt Konfrontation

Die Ruhrbesetzung markierte einen Wendepunkt in dem Beziehungsdreieck zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Am Ende des Jahres 1923 war ersichtlich, dass die französische Sanktionspolitik gescheitert und Paris mithin nicht in der Lage war, die Einhaltung des Versailler Vertrags unilateral zu erzwingen.[512] Damit fand die „französische Vorherrschaft"[513] in der europäischen Nachkriegsordnung ihr vorläufiges Ende und die Initiative ging stattdessen auf Großbritannien über. Für London eröffnete sich nun die Möglichkeit, das eigene Friedenskonzept umzusetzen, dass sich an einer Revision des Versailler Vertrags im Konsens orientierte, bei der die Bedürfnisse Deutschlands berücksichtigt werden sollten.[514] Priorität hatte dabei die Lösung des Reparationsproblems gefolgt von der Sicherheitsfrage.

Der britischen Politik kam entgegen, dass sich das internationale Umfeld vorteilhaft veränderte. Die Abwertung des France infolge der Ruhrkrise erhöhte die Abhängigkeit Frankreichs von englischen und amerikanischen Geldgebern.[515] Zudem stellte nach der Wahlniederlage Poincarés Anfang Mai 1924 die politische Linke mit dem Radikalsozialisten Herriot an der Spitze die Regierung in Paris.[516] Beides hatte eine Mäßigung der französischen Haltung zur Folge. Ergänzt wurde dies durch die zunehmende Interventionsneigung der USA, die an einer wirtschaftlichen Gesundung Europas interessiert waren, denn nur bei einer Erholung war mit einer raschen Tilgung der Kriegsschulden durch Großbritannien und Frankreich zu rechnen.[517] Positiv wirkte sich außerdem aus, dass in Berlin ein Umdenken hin zu einer stärker pragmatischen Revisionspolitik stattfand, was eine Verständigung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern erleichterte.[518]

Ein wichtiger erster Schritt war die Einsetzung der Expertenkommission unter Vorsitz des amerikanischen Bankiers Charles Dawes Ende November 1923, die die Zahlungsfähigkeit Deutschlands untersuchen und Vorschläge für eine Regelung der Reparationszahlungen erarbeiten sollte.[519] Mit der Zustimmung

---

512 Young, Britain, S. 78.
513 Zu dieser Interpretation der Machtverhältnisse in den ersten Nachkriegsjahren vgl. umfassend Schuker, French Predominance.
514 Bell, Entente, S. 149.
515 Ebd.
516 Schwabe, Großbritannien, S. 76.
517 Northedge, Troubled Giant, S. 192f.
518 Recker, Demokratische Neuordnung, S. 104.
519 Die Einsetzung wurde von der Reparationskommission am 31. November 1923 beschlossen. Bergmann, Reparationen, S. 273.

Frankreichs hatte die britische Regierung erreicht, dass Paris seine bisherige Maxime aufgab, wonach die Sicherheits- und die Reparationsfrage miteinander verknüpft waren.[520] Im Gegenzug hatte London zugestehen müssen, dass die im Londoner Zahlungsplan vorgesehene Gesamtsumme von 132 Milliarden Goldmark nicht zur Disposition gestellt wurde. Immerhin war aber durch die „Kommerzialisierung der Reparationen und Ökonomisierung des deutsch-französischen Gegensatzes"[521] der Weg für eine provisorische Lösung des bis dahin umstrittensten und komplexesten Problems, das aus dem Friedensvertrag erwachsen war, geebnet.

Für einen dauerhaften Abbau der Spannungen auf dem europäischen Kontinent musste der Dawes-Plan durch ein Abkommen flankiert werden, das die Sicherheit Frankreichs garantierte. Ein formelles Bündnis zwischen Großbritannien und Frankreich, das in London weiter im Gespräch war, stieß jedoch auf Vorbehalte. Die Gründe dafür waren vielschichtig. Allianzen waren traditionell weder in der britischen Öffentlichkeit noch im Parlament besonders populär. Das Bündnissystem der Vorkriegszeit galt außerdem als eine der Ursachen für die Katastrophe von 1914.[522] Ebenso wichtig war das veränderte Rollenverständnis, wonach Großbritannien sich nicht länger als Partner Frankreichs sah, sondern als Mittler zwischen Frankreich und Deutschland, der in Konfliktsituationen über den Beteiligten stand und sich um Fairness auf beiden Seiten bemühte.[523] So erhielt der deutsche Vorschlag für einen kollektiven Sicherheitspakt vom Januar 1925 eine Chance und mündete schließlich in die Locarno-Verträge, die eine gegenseitige Garantie der Signatarstaaten für den Status quo im Westen enthielten und die *Entente Cordiale* ablösten.

Die Konferenz von Locarno, bei der die Teilnehmer gleichberechtigt an einem Tisch saßen, symbolisierte die Rückkehr des Deutschen Reiches in den Kreis der europäischen Staatenfamilie. Inwieweit dieser Wandel in den internationalen Beziehungen von der Konfrontation der Siegermächte mit dem besiegten Deutschland hin zu einer Kooperation gleichrangiger Verhandlungspartner seinen Niederschlag in der englischen Presse fand, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen. Am Beispiel der Sondierungen für eine kollektive Sicherheitsgarantie wird darüber hinaus die Frage diskutiert, wie weit sich das Bild Deutschlands verändert und so die Basis für die Akzeptanz des britischen „Commitment" im Rahmen der Locarno-Verträge geschaffen hatte, oder ob dafür nicht auch die Kommunikationsstrategie der britischen Regierung verantwortlich war, mit der sie um eine möglichst breite Unterstützung warb.

---

520 Orde, International Security, S. 58f.
521 Wirsching, Großbritanniens Europapolitik, S. 216.
522 Northedge, Troubled Giant, S. 248f.
523 Bell, Entente, S. 149.

2.4.1 Die vorläufige Regelung der Reparationsfrage: Der Dawes-Plan

Das Dawes-Komitee veröffentlichte die Ergebnisse seiner Untersuchung am 9. April 1924.[524] Darin wurden Maßnahmen vorgeschlagen, wie die Mark nach der Hyperinflation dauerhaft stabilisiert und der deutsche Haushalt ausgeglichen werden konnten, was allgemein als Vorbedingung für die Zahlung von Reparationen angesehen wurde und dem eigentlichen Auftrag der Kommission entsprach. Die Experten empfahlen u.a. eine internationale Kontrolle der deutschen Finanzen und für die kommenden vier Jahre ein partielles Moratorium, d.h. reduzierte Raten, die angepasst an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands schrittweise steigen sollten, bis sie die ursprünglich vorgesehene Höhe von 2,5 Millionen Goldmark per annum erreicht hätten. Zur Aufbringung der nötigen Mittel war eine Mischfinanzierung aus Haushaltsüberschüssen, Anleihen auf die Eisenbahnen und Industrien sowie aus Verbrauchssteuern und Zolleinnahmen vorgesehen. Um Deutschland den Zahlungsbeginn zu erleichtern, sollte ihm eine Reparationsanleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark gewährt werden. Das Komitee sollte sich zwar nicht mit der politischen Dimension der Reparationen, sprich der Besetzung der Ruhr befassen, betonte aber ausdrücklich, dass der Erfolg ihres Plans davon abhing, dass die wirtschaftliche Einheit des Reiches erhalten blieb und alle existierenden Restriktionen aufgehoben würden.[525]

Die englische Presse feierte den Bericht des Dawes-Komitees als Meilenstein. Nach der unabhängigen Untersuchung durch Experten aus Frankreich, Großbritannien, Belgien, Italien und den USA rückte zum ersten Mal eine einvernehmliche Lösung des Reparationsproblems in greifbare Nähe. Auf den Meinungsseiten herrschte deshalb Einigkeit, dass der Plan angenommen werden und als Blaupause für eine endgültige Übereinkunft dienen sollte. Bemerkenswert waren die unterschiedlichen Blickwinkel der Kommentare, die Aufschluss über die Einschätzung der Gesamtsituation in Europa und die Vorstellungen zum künftigen Umgang mit Deutschland geben.

Die beiden konservativen Qualitätszeitungen begrüßten die Trennung der finanziellen von den politischen Aspekten und hoben vor allem hervor, dass jetzt ein Vorschlag auf dem Tisch lag, der tatsächlich praktisch umsetzbar war.[526] Die vorgesehenen jährlichen Raten seien vernünftig, meinte Harold Williams in der *Times*, und sie bedeuteten für Deutschland keine „unerträglichen Entbeh-

---

[524] Zusammen mit der zweiten Expertenkommission, die der ehemalige britische Schatzkanzler Reginald McKenna leitete und die die Höhe der deutschen Auslandsvermögen einschätzen sollte, welche ebenfalls zur Tilgung der deutschen Reparationsschuld herangezogen werden sollten. Zur eigentlichen Regelung der Reparationen leistete diese aber keinen nennenswerten Beitrag. NORTHEDGE, Troubled Giant, S. 190.

[525] Ebd., S. 191.

[526] THE TIMES, 10. April 1924, LA „A New Hope"; THE DAILY TELEGRAPH, 10. April 1924, LA „The Experts Reports".

rungen", so der *Daily Telegraph*. Während Ersterer bei dieser Gelegenheit erneut daran erinnerte, dass die Deutschen einen Teil der Kriegskosten übernehmen und ihren Beitrag zum Wiederaufbau Europas leisten müssten, forderte der *Telegraph* eine Abkehr von der „unmöglichen" Gesamtsumme, die bisher als Reparationsschuld festgelegt worden war. Beide sahen sich durch die indirekte Kritik der Experten an der Ruhrbesetzung bestätigt, die unter ökonomischen Gesichtspunkten eine Beendigung befürworteten.

Die positive Bedeutung, die dem Plan des Dawes-Komitees zukam, erkannte auch die *Daily Mail* an. Das Massenblatt zeigte sich erfreut darüber „to see official endorsement of the highest character given to the facts which we have so often published; and to find it emphatically laid down that *Germany can pay*".[527] Der größte Nachteil bestand in der Bewertung der *Mail* darin, dass keine ausreichenden Vorkehrungen vorgesehen waren, wie Deutschland bei einer Weigerung dennoch zur Zahlung gezwungen werden konnte. Die Autoren des Berichts hätten die Zahlungswilligkeit der Deutschen einfach vorausgesetzt, wohingegen es gute Gründe gebe, das Gegenteil anzunehmen, so dass das „Risiko von Tricksereien und Betrug" bleibe.[528] Immerhin, so das Fazit, hindere der Plan Frankreich nicht daran, die Ruhr weiter besetzt zu halten, was die einzige Garantie dafür sei, dass sich der Krieg von 1914 nicht wiederhole.

Aus der Sicht von C.P. Scott ergab sich das umgekehrte Bild. Der Chefredakteur des *Manchester Guardian* vermisste keine Versicherung gegen ausbleibende Reparationszahlungen Deutschlands an die Westmächte, sondern eine Garantie für die Deutschen, dass die Ruhrbesetzung beendet wird und sich auch unter anderen Vorzeichen nicht wiederholt.[529] Negativ vermerkte Scott außerdem das Festhalten an der festgelegten Höhe der Reparationen, die Deutschland über zwei Generationen „lähmen" würden, und die Aussparung der politischen Fragen, zu deren Lösung nicht nur der „gute Wille" der Deutschen, sondern auch der Frankreichs nötig sei.

Unterstützung erhielt er vom *Daily Herald*, der noch weiter ging und die fixierte Reparationssumme als „Trick" der französischen und britischen Regierung bezeichnete. Auf diese Weise hätten diese das Eingeständnis vermieden, dass ihr Versprechen „to make Germany pay" nicht zu erfüllen war.[530] Es sei nur allzu verständlich, dass die Deutschen angesichts des „enormen" Umfangs der alliierten Forderungen versucht hätten, die Zahlungsverpflichtungen komplett abzuschütteln. Der Dawes-Bericht biete jetzt zumindest die Gelegenheit für eine Revision der „fantastic demands made upon Germany".[531]

---

527 The Daily Mail, 10. April 1924, LA „What It All Depends On – German Good Faith". Kursiv im Original.
528 Ebd.
529 The Manchester Guardian, 10. April 1924, LA „One Step Forward".
530 The Daily Herald, 10. April 1924, LA „From The Workers' Point Of View – A Plan Which At Least Deserves Discussion".
531 Ebd.

Hier wird deutlich, welches Ausmaß die Diskreditierung der bisherigen Reparationspolitik in der britischen Presse mittlerweile erreicht hatte. Mit Ausnahme der *Daily Mail*, die eine Herabsetzung der deutschen Zahlungsverpflichtungen ablehnte und nicht an die Zahlungswilligkeit Deutschlands glaubte, vertraten zu diesem Zeitpunkt alle anderen im Rahmen der Arbeit untersuchten Zeitungen den Standpunkt, dass die Gesamtsumme viel zu hoch angesetzt worden war und früher oder später an die deutschen Möglichkeiten angepasst werden musste. Darin war das Eingeständnis enthalten, dass das Konzept der Reparationen mit Fehlern behaftet und die Kritik an den finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrags berechtigt war. Deutschlands Status als Schuldner wurde zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber die Bereitschaft zum Entgegenkommen war groß, und es wurde offen Verständnis für die deutsche Seite gäußert.[532] Sowohl unterschwellig als auch explizit kam in den Leitartikeln so die um sich greifende Ungeduld und generelle Unzufriedenheit mit einer Situation zum Ausdruck, in der Europa fünf Jahre nach Paraphierung des Versailler Vertrags von einem tatsächlichen Frieden noch weit entfernt war. Williams schrieb sogar, dass der Dawes-Plan vielleicht die letzte Gelegenheit sei, den „Frieden zu gewinnen".[533]

Die Reichsregierung nahm den Plan prinzipiell bereits kurz nach seiner Veröffentlichung an. Deutsche Änderungswünsche und die Einzelheiten für seine Umsetzung wurden Anfang August 1924 in London unter Beteiligung einer von Reichskanzler Marx und Außenminister Stresemann geführten deutschen Delegation verhandelt. Die Zustimmung der Deutschen war aus britischer Sicht entscheidend für den Erfolg des Dawes-Plans, der anders als der Versailler Vertrag damit nicht als „Diktat der Siegermächte" aufgefasst werden konnte.[534] Was die allgemeine Akzeptanz in Deutschland anging, so war der Berliner Korrespondent der *Times*, Harold Daniels, im Sommer 1924 noch skeptisch. Die Unterschrift würde nur geleistet, um die Evakuierung der Ruhr zu erreichen.[535] Ansonsten seien Deutsche aller Klassen entschlossen, nicht zu zahlen, wenn es sich irgendwie vermeiden ließ.[536] Nachdem der Plan sich in der Praxis als Erfolg erwiesen hatte, stufte Daniels ihn als ersten „echten" Friedensvertrag ein. „It marked the departure from war and the psychosis of war.

---

532 Scott führte dabei das Versprechen der Alliierten ins Feld, nicht gegen das deutsche Volk, sondern seine autokratische, militaristische Führung in den Krieg gezogen zu sein. „The autocratic Government disappeared, and what was the result? The German people were held responsible for all its sins, and now ten years after the outbreak of the war, those who were children then are called upon to suffer as though they had been its authors." THE MANCHESTER GUARDIAN, 4. April 1924, LA „Germany's Danger".

533 THE TIMES, 10. April 1924, LA „A New Hope".

534 NORTHEDGE, Troubled Giant, S. 193.

535 Die französische Regierung gab die schriftliche Zusicherung, das Ruhrgebiet binnen Jahresfrist nach Inkrafttreten des Dawes-Plans zu räumen. SCHWABE, Großbritannien, S. 79.

536 Daniels an Williams, 22. Juli und 5. August 1924, Williams Papers, Correspondence with Harold G. Daniels, TNL Archive, HW/1.

The effects were deep and lasting. It let to the first step towards consolidating a united Germany under a Republican system. It also created abroad the new political spirit that was to attempt the pacification of Europe in the Locarno-Treaties."[537]

2.4.2 Britische Deutschlandpolitik im öffentlichen Konsens? Die Presse und Locarno

An der Art und Weise, wie die englischen Zeitungen die Sondierungen für einen Sicherheitspakt zwischen Berlin, Paris und London begleiteten, die mit der Konferenz von Locarno ihren Abschluss fanden, lassen sich zwei Entwicklungen aufzeigen: Erstens, wie sehr sich das Meinungsklima in Bezug auf Deutschland zum Positiven verändert hatte. Ein unmissverständliches Indiz dafür ist die Selbstverständlichkeit, mit der das Deutsche Reich als gleichberechtigter Verhandlungs- und Vertragspartner akzeptiert wurde. Zweitens, welche Bedeutung die Vorstellung von der Presse als Repräsentant der öffentlichen Meinung inzwischen für die außenpolitischen Entscheidungsträger in London hatte. In dieser Hinsicht sind die Überlegungen der Kabinettsmitglieder und die Informationspolitik des *Foreign Office* aufschlussreich.

Die Sondierungen begannen mit der deutschen Sicherheitsinitiative, in der die Reichsregierung am 20. Januar 1925 zunächst Großbritannien und am 9. Februar dann auch Frankreich geheime Verhandlungen über ein Vertragswerk anbot, in dem der territoriale Status quo an der Westgrenze Deutschlands anerkannt werden und ein Kriegsverzichtsabkommen enthalten sein sollte.[538] In London herrschte zunächst Unschlüssigkeit, wie man darauf reagieren sollte. Einig waren sich die Minister im konservativen Kabinett von Premierminister Baldwin nur darüber, dass ein bilateraler militärischer Beistandspakt mit Frankreich, der in den vergangenen Jahren schon mehrfach im Gespräch war, nicht mehr in Frage kam.[539] Außenminister Chamberlain war sich sicher, dass weder die Labour Party noch die Liberalen ein solches partielles Arrangement unterstützen würden, genauso wenig wie die britische Öffentlichkeit, in der der Widerwillen gegen weitere europäische Verpflichtungen groß

---

537 DANIELS, German Republic, S. 274.

538 Auf die Anbahnung der Initiative kann hier ebenso wenig ausführlich eingegangen werden wie auf die Motive Berlins und die Einzelheiten der Sondierungen. Vgl. dazu z.B. ORDE, International Security, S. 83–125 oder auch BAUMGART, Stresemann, S. 179–203.

539 In einem formellen Kabinettsbeschluss lehnte die britische Regierung ein solches Bündnis ab. Cabinet Minutes, 2. März 1925, PRO, CAB 23/49. Leo Amery, zu dieser Zeit Minister für die Kolonien, begründete die Entscheidung mit der veränderten Stimmung gegenüber Frankreich. Unmittelbar nach dem Krieg hätte die britische Öffentlichkeit eine Garantie für Frankreich noch akzeptiert. „But by 1925 a revival of the guarantee would have been equally unacceptable to public opinion here and in every Dominion – which had become increasingly distrustful of French policy – and determined to avoid closer entanglement and its consequences." AMERY, Political Life, Bd. 2, S. 301.

sei.[540] Eine Politik gegen den Willen der Bevölkerung zu verfolgen, erschien den Verantwortlichen aber nicht ratsam.[541]

Im Kabinett gab es jedoch ebenso Bedenken, ob die Beteiligung Deutschlands bei einem vierseitigen Abkommen akzeptiert würde. Der vorgeschlagene Sicherheitspakt, in dem Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Belgien plus Italien sich gegenseitig ihre Grenzen im Westen Europas garantierten, bedeutete, dass England u.U. für den ehemaligen Kriegsgegner Partei ergreifen und die deutsche Westgrenze gegen einen französischen Angriff verteidigen müsste. Das Kabinett stellte deshalb fest: „So extensive a commitment, it was represented, went considerably beyond what public opinion whether at home or in the Dominions would be willing to accept."[542] Chamberlain glaubte jedoch, dass diese Widerstände überwunden werden könnten. Gegenüber seinen Kabinettskollegen argumentierte er ähnlich wie schon vorher gegenüber seinem engsten Mitarbeiter Sir Eyre Crowe im *Foreign Office*:

> I am not sure that in 1919, or even a little later, public opinion would have been prepared to admit the signature of Germany, so lately and so flagrantly dishonoured, to any pact of that character, but I am disposed to think that in the circumstances of to-day a guarantee of the Eastern frontiers of France and Belgium by Great Britain would be rendered much more practical policy if Germany was associated with it.[543]

Zusammen mit Baldwin gelang es Chamberlain, die skeptischen Regierungsmitglieder, darunter Churchill, Amery und Birkenhead, umzustimmen, so dass der Premierminister am 24. März 1925 im Parlament verkünden konnte, dass sich Großbritannien an einem Sicherheitspakt beteiligen werde.[544] Zuvor hatte Chamberlain in seinem Redebeitrag den Gegenstand der Sondierungen umrissen. Dabei betonte er, dass Deutschland in seiner Offerte nicht nur die deutsch-französische Grenze anerkannte, sondern auch die Demilitarisierung

---

[540] Chamberlain an Crowe, 16. Februar 1925, in PETRIE, Life and Letters, Bd. 2, S. 260. Die Ablehnung wurzelte, neben der schon erwähnten Abneigung gegen Allianzen im Allgemeinen, in den französischen Alleingängen wie an der Ruhr und in der Sorge, dass ein britisch-französisches Bündnis Autorität und Legitimität des Völkerbunds unterminieren könnte. Auf den Völkerbund als Instrument zur Sicherung des Friedens setzten vor allem Labour und einflussreiche Lobbygruppen wie die *League of Nations Union* große Hoffnungen. SELF, Diary Letters, S. 267.

[541] Der ehemalige Außenminister Curzon empfahl Chamberlain, dass es trotz der großen Mehrheit der Regierung im Unterhaus, die einen großen Handlungsspielraum erlaube, wünschenswert sei, „that you should have the nation behind you". Committee of Imperial Defence, Minutes of 195th meeting, 13. Februar 1925, PRO, CAB 24/172. In einem Grundsatzpapier des *Foreign Office* zur britischen Außenpolitik betonte Harold Nicolson in Bezug auf Pakte mit anderen Staaten: „No promise must be given which public opinion in Great Britain and the Dominions would not, in the last resort, be prepared to execute." „Memorandum on British Policy considered in relation to European Situation", DBFP, I, 27, 205, S. 316.

[542] Cabinet Minutes, 4. März 1925, PRO, CAB 23/49.

[543] Chamberlain an Crowe, 16. Februar 1925, in PETRIE, Life and Letters, Bd. 2, S. 259.

[544] PD/C, V, 182, Spn. 402–408.

des Rheinlands und außerdem Schiedsverträge zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten mit seinen westlichen und östlichen Nachbarn angeboten hatte. Damit akzeptierten die Deutschen erstmals freiwillig, was sie im Versailler Vertrag gezwungenermaßen hatten hinnehmen müssen, so der britische Außenminister.[545]

Das Vorliegen eines deutschen Vorschlags hatte Chamberlain, entgegen der Bitte seines deutschen Kollegen Stresemann um strengste Vertraulichkeit, bereits Anfang März vor dem Unterhaus bestätigt, ohne jedoch konkrete Angaben zu dessen Inhalt zu machen.[546] Stresemann hatte die Sondierungen zunächst geheim halten und ein Zwischenergebnis abwarten wollen, bevor die Öffentlichkeit informiert werden sollte.[547] Von den Vorgängen hatte die Presse in den drei beteiligten Ländern trotzdem schon vorher Wind bekommen. Die englischen Zeitungen berichteten darüber Ende Januar – nur wenige Tage nach der Übergabe des deutschen Memorandums – und bezogen sich auf einen Artikel in der *Germania*, dem Presseorgan der Zentrumspartei, worin fälschlicherweise von einem Kriegsverzichtsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich ohne Beteiligung Englands die Rede war.[548] Der *Manchester Guardian* stellte kurz darauf richtig, dass es in Wirklichkeit um einen multilateralen Pakt zur Garantie der deutsch-französischen Grenze ging,[549] eine Information, die Reichskanzler Luther gegenüber ausländischen Korrespondenten in Berlin bestätigte.[550] Es folgte eine Phase der Spekulation, da sich die beteiligten Regierungen entweder nicht äußerten oder dementierten.[551]

Erst im Vorfeld der entscheidenden Diskussionen im britischen Kabinett Anfang März und den Ankündigungen Chamberlains im Parlament wurden die Berichte in den englischen Zeitungen detaillierter und gewannen an Tiefenschärfe. Dabei zeigte sich, dass der britische Außenminister mit seiner Prognose Recht gehabt hatte. Ein bilateraler Beistandspakt mit Frankreich fand tatsächlich keine Zustimmung, sondern wurde als „dangerous commitment"

---

545 THE TIMES, 25. März 1925.

546 Ebd., 6. März 1925.

547 Zu seiner pressepolitischen Strategie vgl. MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 204–206. Stresemann selbst informierte die Öffentlichkeit erstmals am 7. März über den angestrebten Sicherheitspakt. BAUMGART, Stresemann, S. 196.

548 THE TIMES, 26. Januar 1925; THE MANCHESTER GUARDIAN, 27. Januar 1925. Der *Germania*-Artikel beruhte nicht auf offiziellen Quellen. Nach Meinung Müllers sollte damit dem Kabinett Luther, in das das Zentrum gerade erst nach langem Zögern Minister entsandt hatte, die außenpolitischen Vorstellungen der Partei vor Augen geführt werden. Die auffälligen Übereinstimmungen mit dem Sicherheitsmemorandum und die zeitliche Nähe zwischen dessen Übergabe und dem Erscheinen des Artikels waren wohl nur Zufall. MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 207.

549 THE MANCHESTER GUARDIAN, 29. Januar 1925.

550 THE DAILY HERALD, 2. Februar 1925.

551 Besonders in Berlin bemühte sich die Presseabteilung, die aufkommenden Gerüchte zu entkräften. MÜLLER, Auswärtige Pressepolitik, S. 208.

eingestuft.[552] Geoffrey Dawson und Harold Williams argumentierten in der *Times* ganz im Sinne Chamberlains, dass ein multilateraler Sicherheitspakt in der öffentlichen Meinung eher auf Zustimmung treffen dürfte, als die „Wiederbelebung alter Bündnisideen" zwischen England und Frankreich.[553] Derlei Pläne kritisierte der *Daily Herald* vor allem wegen ihrer antideutschen Zielrichtung. Das Labour-Blatt sprach sich generell gegen jedes Sicherheitskonzept aus, in dem Deutschland von vornherein die Rolle des „potenziellen Feindes" zufiel oder das Ähnlichkeiten mit den Bündnissystemen der Vorkriegszeit aufwies.[554] Unter diesem Aspekt konnte der *Daily Herald* in einem mehrseitigen Pakt allerdings keinen Fortschritt erkennen.

> The Pact plan […] whether it be ‚three-power', ‚five-power' or ‚seven-power' involves us in obligations which may mean eventually war. It commits us to armed defence of the territorial settlement imposed on Europe by the series of treaties of which that of Versailles was the chief.[555]

Für Williams dagegen, der die Linie der *Times* in dieser Frage maßgeblich bestimmte,[556] war die deutsche Sicherheitsinitiative ein Ausweg aus der Sackgasse, in der die internationale Politik in den zurückliegenden Jahren geraten war. Da die Deutschen die Eckpunkte des Versailler Vertrags erstmals freiwillig als Grundlage ihrer Außenbeziehungen anerkannten, könne darauf aufbauend ein multilateraler Sicherheitspakt den Frieden in Europa für viele Jahre sichern, so der Chef des Außenpolitikressorts.[557]

Die Berichte und Leitartikel stützten sich u.a. auf ein Memorandum des *Foreign Office* zur Sicherheitslage in Europa und die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die britische Außenpolitik, das Harold Nicolson im Februar auf Anweisung Chamberlains angefertigt hatte.[558] Darin war festgehalten, dass eine Politik der „splendid isolation" der Vergangenheit angehörte. Auf Grund der engen wirtschaftlichen Verbindungen mit den europäischen Ländern und der technischen Entwicklungen in der Luftfahrt, infolge derer der

---

552 The Manchester Guardian, 4. März 1925, LA „Towards A Pact?".

553 In einem gemeinsam verfassten Kommentar. The Times, 4. März 1925, LA „Guaranteed Security".

554 The Daily Herald, 4. März 1925.

555 Ebd., 10. März 1925, LA „From The Workers' Point Of View – The Protocol And The Pacts". Die Arbeiterzeitung plädierte stattdessen für die Annahme des Genfer Protokolls, das als Ergänzung zur Völkerbundsakte dienen sollte und ein Kriegsverzichtsabkommen sowie ein verpflichtendes Schlichtungsverfahren für Streitfälle bzw. einen automatischen Sanktionsmechanismus im Falle einer „Aggression" vorsah. Die Regierung Baldwin lehnte das Protokoll ab, weil es zusätzliche Verpflichtungen für Großbritannien bedeutet hätte. Orde, International Security, S. 68–80.

556 Er verfasste nahezu alle Leitartikel zu diesem Thema.

557 The Times, 4. März 1925, „Security in Europe – The German Offer" und LA „Guaranteed Security".

558 „Memorandum on British Policy considered in relation to European Situation", DBFP, I, 27, 205, S. 311–318.

Kanal kein militärisch unüberwindliches Hindernis mehr darstellte, sei eine Abkehr Großbritanniens vom Kontinent gefährlich, da diese den britischen Einfluss vermindere und die eigene Verwundbarkeit erhöhe. Für die derzeit herrschende Unsicherheit in Europa sei die französische Furcht vor einem wieder erstarkenden Deutschland ursächlich, die Frankreich zu einer „provokativen Politik" der Einkreisung verleitet habe.[559] Da die territoriale Integrität Belgiens und Frankreichs in britischem Interesse liege, sei ein Garantieversprechen Großbritanniens unumgänglich, wodurch den Franzosen die Angst vor ihrem östlichen Nachbarn genommen werden könnte. Dann sei auch eine Zustimmung Frankreichs zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und zu einer Revision der im Versailler Vertrag festgelegten deutsch-polnischen Grenze möglich, womit einer Rückkehr des Deutschen Reiches in das „europäische Mächtekonzert" und damit dessen Wiederherstellung nichts mehr im Wege stehe.[560]

Die wichtigsten Passagen wurden von den englischen Blättern zum Teil im Wortlaut zitiert.[561] Es ist deshalb naheliegend anzunehmen, dass das Memorandum von offizieller Seite an die Presse lanciert wurde, um die Öffentlichkeit auf die angestrebte Neuausrichtung der britischen Außenpolitik vorzubereiten. Der *Daily Herald* sprach die Vermutung offen aus, dass jemand „with a keen eye to propaganda values" den Inhalt des Papiers habe durchsickern lassen.[562] Die Kommentierung durch die Presse war dem *Foreign Office* als Gradmesser für die Richtung, in die die „öffentliche Meinung" tendierte, tatsächlich willkommen. Eine langfristig geplante Strategie der Pressebeeinflussung verfolgte das Ministerium aber nicht. Die Vorgänge rund um die gemeinsame britisch-französische Antwort auf die deutsche Sicherheitsinitiative im Juni 1925 zeigen, dass die Informationspolitik des britischen Außenministeriums situationsgebunden war und ihrerseits auf die Berichte der Zeitungen reagierte. Ein Grund dafür war der Verlauf der Sondierungen, denn die beteiligten Regierungen bemühten sich weiter, zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine gemeinsame Basis zum Inhalt und dem weiteren Fortgang zu finden. Eine völlige Abschottung gegenüber der Presse war jedoch, nachdem diese von der Existenz der Verhandlungen Kenntnis hatte, nicht mehr möglich. So entstand eine Form der Diplomatie, die weder „öffentlich" noch „geheim" war und die Verbreitung von Gerüchten begünstigte, wie der *Manchester Guardian* bemängelte.[563]

---

559 Damit waren die Bündnisse mit den östlichen Nachbarn des Deutschen Reiches, Polen und der Tschechoslowakei, gemeint, der so genannten „kleinen Entente". Ebd.

560 Ebd.

561 The Times, 2. März 1925, „The Peace Of Europe – British Foreign Policy"; The Manchester Guardian, 4. März 1925, LA „Towards A Pact?". Als Quelle diente den Redaktionen in der Fleet Street u.a. ein Bericht der Pariser Ausgabe der *Chicago Tribune*.

562 The Daily Herald, 4. März 1925.

563 The Manchester Guardian, 15. Juni 1925, LA „The Pact Discussion".

Irritationen in den Redaktionen löste insbesondere das Treffen zwischen den beiden Außenministern Großbritanniens und Frankreichs am Rande der Völkerbundsitzung Anfang Juni in Genf aus. Chamberlain und Herriot versuchten hier, ihre Positionen zum deutschen Paktvorschlag abzustimmen. Die französische Nachrichtenagentur *Havas* berichtete fälschlicherweise, beide hätten sich auf die Formierung eines britisch-französisch-belgischen Defensivbündnisses geeinigt.[564] Dies hätte ein Wiederaufleben der Frontstellung des Krieges bedeutet und traf nur bei der *Daily Mail* auf Zustimmung. Das Massenblatt hatte in den zurückliegenden Jahren immer eine britische Beistandsgarantie für Frankreich befürwortet. Hätte es diese schon 1914 gegeben, dann wäre Deutschland vor einem Krieg zurückgeschreckt, lautete eine der Begründungen und eine zweite, dass sich wegen der militärtechnischen Fortschritte die Sicherheitsinteressen Großbritanniens und Frankreichs mehr und mehr deckten.[565] London läge in der Reichweite von Flugzeugen und Artillerie, wenn sich Nordfrankreich oder Belgien in Feindeshand befänden, warnte die *Mail*. Ein solches Bündnis wäre auch nicht gegen Berlin gerichtet, da es nur in Kraft trete, wenn Deutschland einen Revanchekrieg begänne.[566]

Für den *Manchester Guardian* war eine einseitige automatische Beistandspflicht Großbritanniens im Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich dagegen indiskutabel, denn sie würde bedeuten, dass Paris seiner militaristischen Politik „of holding a loaded pistol continuously at Germany's head" fortführen könne.[567] Der einzige gangbare Weg zu mehr Sicherheit sei ein Vertrag, in dem die vier oder fünf betroffenen Staaten die Neutralität des Rheinlandes und die deutsch-französische Grenze garantierten, wie er von Berlin ins Gespräch gebracht worden sei. Dieser müsse auf den Prinzipien der Gegenseitigkeit und der Gleichberechtigung basieren.[568] Wegen der unsicheren Informationslage verlangte der *Daily Herald* eine Veröffentlichung der Dokumente, aus denen der Verhandlungsstand klar hervorging.[569]

Die Kritik und die anhaltenden Spekulationen veranlassten die britische und die französische Regierung schließlich, ihre restriktive Informationspolitik zu lockern. Unmittelbar nach der Antwort an die Reichsregierung, in der sie ihre Vorstellungen für einen Sicherheitspakt präzisiert hatten, publizierten sie die Korrespondenz, die bis dato zwischen Paris, London und Berlin abgelaufen war.[570] Der *Diplomatic Correspondent* des *Telegraph*, Maurice Gerothwohl,

---

564 Orde, International Security, S. 108.
565 The Daily Mail, 10. Juni 1925, LA „Security – The Meaning Of The Pact".
566 Ebd.
567 The Manchester Guardian, 11. Juni 1925, LA „What Is The Pact?".
568 Ebd.
569 The Daily Herald, 10. Juni 1925, LA „From The Workers' Point Of View – Back To The Protocol".
570 Petrie, Life and Letters, S. 277. Die abgestimmte Note wurde am 16. Juni übergeben. Über den Verlauf der Verhandlungen wurde die Presse am 18. Juni informiert.

sah darin außer einer Erfüllung der Forderungen von Seiten der Presse auch ein Instrument, um die Stimmung in der Öffentlichkeit und im Parlament zu testen.[571] In der Tat war die Publikation der Dokumente mit der Intention erfolgt Kritik auszulösen, um auf diesem Weg die Unterstützung der Nation für die einzugehenden Verpflichtungen zu gewinnen.[572] Dementsprechend verfolgte das *Foreign Office* die Kommentierung in den Zeitungen aufmerksam.

Die generelle Haltung war von der Hoffnung getragen, dass endlich eine Chance bestand, „einen echten Frieden auf unserem ruhelosen Kontinent" zu erreichen.[573] Besonders positiv wurde die gewandelte Atmosphäre zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern vermerkt, in der Frankreich und Deutschland bereit schienen, nachbarschaftlich miteinander umzugehen,[574] und in der ein *Appeasement* möglich werde und ein Gefühl der Sicherheit gedeihen könne.[575] In diesem Zusammenhang wurde der große Schritt gewürdigt, den das Angebot eines Sicherheitspaktes für Deutschland bedeutete. „This was a momentous departure, for it meant that the German people were ready, for the sake of peace, to accept a settlement to which they had only consented after total defeat, on an issue that had been cause of bitter controversy between France and Germany for a century."[576]

Bedenken äußerten die Leitartikler in Bezug auf Art und Umfang des britischen Engagements. Unisono stellten sie klar, dass eine britische Garantie auf den avisierten Rheinland-Pakt, also die deutsch-belgisch-französische Grenze, beschränkt bleiben müsse. Eine Übernahme ähnlicher Verpflichtungen im Osten Europas käme nicht in Frage.[577] Daran lässt sich ablesen, wie weit die Legitimität der deutsch-polnischen Grenzregelung im Versailler Vertrag erodiert war. Die Teilung Oberschlesiens und der polnische Korridor wurden allgemein als ungerecht empfunden. Der *Manchester Guardian* sprach sogar von „ill-gotten gains" der Polen, und die *Times* legte ihnen einen vernünftigen Kompromiss mit Deutschland in der Grenzfrage nahe, wenn sie freundschaftliche Beziehungen mit ihrem mächtigen Nachbarn haben wollten.[578] Weil eine

---

571 The Daily Telegraph, 18. Juni 1925.

572 Memorandum von Sterndale-Bennett: „Rough Outline of suggested Statement in Parliament", 22. Juni 1925, PRO, FO 371/10734, C8608/459/18.

573 The Times, 19. Juni 1925, LA „The Pact For Peace", PRO, FO 371/10734, C8447/459/18.

574 The Manchester Guardian, 20. Juni 1925, LA „The Obligations Of The Pact", in ebd.

575 The Daily Telegraph, 19. Juni 1925, LA „The Reply To Germany", in PRO, FO 371/10734, C8258/459/18.

576 Mit der letzten Feststellung waren die Grenzstreitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich von den napoleonischen Kriegen über den deutsch-französischen Krieg 1870/71 bis zum Ersten Weltkrieg gemeint. The Manchester Guardian, 19. Juni 1925, LA „The Pact Discussion", PRO, FO 371/10734, C8447/459/18.

577 The Times, 19. Juni 1925, LA „The Pact For Peace"; The Daily Telegraph, 19. Juni 1925, LA „The Reply To Germany". Ebenso The Daily Herald, 19. Juni 1925, „Secrets Still Kept – ‚Verbal Assurances' To France".

578 The Manchester Guardian, 14. März 1925; The Times, 4. März 1925, LA „Guaranteed Security".

Revision der deutschen Ostgrenze langfristig unvermeidlich schien, war die Forderung, sich an dieser Stelle herauszuhalten, konsequent.

Aufklärung verlangten die Kommentatoren über das genaue Funktionieren des Sicherheitspakts und des ergänzenden Schiedsvertrags im Konfliktfall. Unklar war, wer wann entschied, ob ein aggressiver Akt vorlag, der die Beistandsgarantie in Kraft setzte.[579] Dahinter stand die Furcht, dass Großbritannien gegen seinen Willen in einen Krieg hineingezogen werden oder sich einseitige Sanktionen Frankreichs gegen Deutschland wie die Ruhrbesetzung auch unter dem neuen Abkommen wiederholen könnten.[580] Der Status eines gleichberechtigten Gesprächspartners wurde den Deutschen zu diesem Zeitpunkt nicht mehr abgesprochen, im Gegenteil: Harold Williams verlangte in der *Times* ausdrücklich, ähnlich wie zuvor schon der *Manchester Guardian*, dass der Pakt und die begleitenden Verträge auf Basis der Freiwilligkeit und Gleichheit eingegangen werden müssten.[581]

Auf der Grundlage der in der Presse geäußerten Einwände entwickelte das *Foreign Office* eine Strategie für die bevorstehende Debatte im Parlament, der Chamberlain Punkt für Punkt folgte.[582] Zunächst stellte er fest, dass sich Großbritannien an keinem Bündnis beteiligen könne, dass sich einseitig gegen eine dritte Partei – in diesem Fall Deutschland – richte.[583] Den in konservativen Kreisen gehegten Wunsch nach Isolation entkräftete er mit dem Verweis auf die bereits bestehenden Verpflichtungen unter dem Versailler Vertrag und der Völkerbundakte, die eine Abkehr Großbritanniens von Europa ausschlössen. Den Ruf vieler Linker nach einer Revision des Friedensvertrags hielt er ebenfalls für nicht praktikabel. All diese Optionen lösten seiner Ansicht nach nicht das zentrale Problem der fehlenden Sicherheit in Europa, die hingegen der deutsche Vorschlag eines Sicherheitspaktes bot. Den Sorgen über damit verbundene zusätzliche Obligationen, die Großbritannien im Osten einginge, begegnete er mit dem Versprechen, dass sich die britische Garantie ausschließlich auf die Grenzen am Rhein erstrecken werde. Der Reichsregierung bescheinigte Chamberlain Vertrauenswürdigkeit und „guten Willen". Das letztliche Ziel sei die Aufnahme des Deutschen Reiches in den Völkerbund mit allen

---

579 In diesem Sinne vor allem Gerothwohl. THE DAILY TELEGRAPH, 19. Juni 1925, „Britain's Position In A Security Pact".

580 „An arbitration treaty that is really to help Europe must mean the end of such measures as the invasion of the Ruhr and military occupation of German territory". THE MANCHESTER GUARDIAN, 20. Juni 1925, LA „The Obligations Of The Pact".

581 THE TIMES, 19. Juni 1925, LA „The Pact For Peace".

582 Memorandum Sterndale-Bennetts: „Rough Outline of suggested Statement in Parliament", 22. Juni 1925, PRO, FO 371/10734, C8608/459/18. Das Kabinett hatte sich am selben Tag ebenfalls mit der öffentlichen Debatte beschäftigt und die Punkte herausgearbeitet, zu denen weitere Erklärungen verlangt wurden. Cabinet Minutes, 22. Juni 1925, PRO, CAB 23/50.

583 Die Redebeiträge sind im Wortlaut abgedruckt in THE TIMES, 25. Juni 1925, „The Security Pact – Mr. Chamberlain's Statement".

Rechten und Pflichten, so dass Deutschland seinen angemessenen Platz und entsprechenden Einfluss in den Gremien der Welt erhalte.[584]

Die Ausführungen des Außenministers stießen in der anschließenden Aussprache auf große Zustimmung. An ihrem Verlauf lässt sich darüber hinaus ablesen, dass ein wirklicher Wandel in der Beurteilung Deutschlands im Parlament stattgefunden hatte, wofür die Wortmeldungen der konservativen Abgeordneten ein eindeutiger Indikator sind. Noch während der Ruhrbesetzung war, wie skizziert, das Misstrauen gegenüber den Deutschen im Lager der Unionisten verbreitet, wohingegen die Politiker aus den Reihen der Labour Party und der Liberalen schon zu diesem Zeitpunkt offen prodeutsche Sympathien gezeigt hatten.[585] Inzwischen war aber auch die Mehrheit der konservativen MPs bereit, Deutschland Vertrauen entgegenzubringen. Der Abgeordnete für Chichester, Crookshank, beispielsweise wies den Vorwurf zurück, in Anbetracht des Bruchs der belgischen Neutralität 1914 könne man mit den Deutschen keine Verträge schließen, da sie diese nur als „Fetzen Papier" betrachteten.[586]

That is a false argument which should be combated, because, whatever one's personal feelings might be about Germany owing to the War, the whole foundation of the peace of the world, such as it is at present, rests upon the signature of Germany. It is only by the signature of Germany that the Treaty of Versailles has any validity at all.[587]

Sein Kollege Hurd ergänzte, dass die veröffentlichte Korrespondenz zwischen den Alliierten und Deutschland der Beweis für einen Sinneswandel der Deutschen sei. „it seems an entirely new spirit has entered into the German mind, an entirely new desire to shake hands with France over the eastern frontier, a new desire to find some new means of peace in Europe."[588] Ein Rest an Unsicherheit blieb allerdings. Aus der deutschen Presse und aus Stellungnahmen deutscher Politiker entnahm der konservative Abgeordnete Ashmead-Bartlett, dass die Offerte für einen Sicherheitspakt im Westen nur als Vehikel dienen sollte, um danach freie Hand für die Revision der deutschen Ostgrenzen zu erhalten. Er glaubte deshalb nicht, dass Deutschland ein Abkommen schließen würde, das eine uneingeschränkte Anerkennung des Versailler Vertrags beinhaltete.[589]

---

584 Ebd.

585 Siehe Teil II, Kapitel 2.3.1.

586 Dies war eine Anspielung auf die Bemerkung von Reichskanzler Bethmann Hollweg, der – konsterniert ob der englischen Kriegserklärung wegen des deutschen Einmarsches in das neutrale Belgien – gegenüber dem britischen Botschafter Goschen am 4. August 1914 den belgischen Neutralitätsvertrag als „Fetzen Papier" bezeichnet hatte. Vgl. Goschen an Außenminister Grey, 4. August 1914, abgedruckt in HÖLZLE (Hrsg.), Quellen, S. 488–491. Hier S. 490.

587 PD/C, V, 185, Sp. 1628, 24. Juni 1925.

588 Ebd., Sp. 1646.

589 Ebd., Spn. 1609f. Eine Revision der deutsch-polnischen Grenze war tatsächlich ein langfristiges Ziel der Stresemann'schen Außenpolitik. Das deutsche Verständigungsangebot an den Westen zielte aber zunächst darauf ab, einen drohenden britisch-französisch-belgischen Garantiepakt zu verhindern und zu einer Übereinkunft über die zügige Räumung des Rheinlands zu kommen. KOLB, Weimarer Republik, S. 70f.

Solche Bedenken blieben Einzelmeinungen. Der Kurs Chamberlains wurde vom Unterhaus mit großer Mehrheit gebilligt, und der Außenminister war danach überzeugt, den „Pakt in der Tasche zu haben", jedenfalls soweit es die öffentliche Meinung in Großbritannien betraf.[590] Von Anfang an hatte er sich dabei auf die Unterstützung der *Times* verlassen können, wie nicht nur aus deren Leitartikeln hervorgeht. Harold Williams setzte sich mit seiner ganzen Energie für den Paktvorschlag ein, weil er darin endlich eine Möglichkeit für die britische Diplomatie sah, aus dem „eingefahrenen Gleis des Zögerns und der Ablehnung" herauszukommen und selbst die politische Initiative zu ergreifen.[591] Im Außenpolitikressort sorgte man sich allerdings um die Rückwirkungen einer kontroversen Diskussion in der Öffentlichkeit. Der Stellvertreter von Williams, Aubrey Leo Kennedy, war gerade in der Anfangsphase der Sondierungen, als sehr wenige gesicherte Informationen vorlagen, davon überzeugt, dass diese günstige Gelegenheit durch negative Berichte in der Presse verspielt werden konnte. Dabei wusste er sich einig mit Harold Daniels in Berlin. Beide hatten vor allem die innenpolitische Konstellation in der deutschen Hauptstadt im Auge, die Daniels wegen der Regierungsbeteiligung der DNVP als äußerst fragil beurteilte.[592] Die Deutschnationalen, die eigentlich gegen eine Verständigung mit den Westmächten auf der Grundlage des Versailler Vertrags waren, wurden von *Times*-Korrespondenten als unberechenbar eingeschätzt. Um keine Gegenreaktionen zu provozieren und die „delikate Balance" innerhalb der Reichsregierung nicht zu gefährden, stimmte er mit Kennedy überein, sich in der Berichterstattung und Kommentierung zurückzuhalten.[593]

Was die öffentliche Meinung in Großbritannien anging, kam man in der Außenpolitikredaktion gerade nach den Erläuterungen Chamberlains im Unterhaus zu einer optimistischeren Beurteilung. In einer Denkschrift für Williams legte Vladimir Poliakoff im Juli dar, dass die Regierung unter zwei Voraussetzungen auf eine weit reichende Zustimmung bauen könne.[594] Erstens müsse garantiert sein, dass Frankreich im Streitfall nicht allein entscheiden oder handeln dürfe. Zweitens müsse die Nation davon überzeugt werden, dass Großbritannien mit seiner Beteiligung an dem Pakt eine praktikable Lösung

590 Chamberlain an Crowe, 27. Juni 1925. Zit. nach ORDE, International Security, S. 114.

591 History of the Times, Bd. 4, S. 801. Englisch „to get out of the rut of perpetual hesitation and negation".

592 Daniels an Kennedy, 20. März 1925, Correspondence between Aubrey L. Kennedy and Harold G. Daniels, TNL Archive, ALK/1.

593 „there is the general opinion that if we want the Security Pact settled now is the time. It is almost dangerous to write about it for fear of upsetting the delicate balance. […] I don't want to spoil things in any way by writing too much about them", schrieb Daniels nach London. Ebd. Kennedy antwortete: „I agree with you that we must go very gingerly for the present and that is one of the reasons why we are having so few Leaders on the Western European situation." Kennedy an Daniels, 23. März 1925, ebd.

594 Poliakoff an Williams, 15. Juli 1925, PRO, FO 371/10736, C9653/459/18.

für das europäische Sicherheitsproblem erreicht habe.[595] Eine Kopie des Schreibens ging an das *News Department* des Außenministeriums, wo die Überlegungen Poliakoffs mit Interesse zur Kenntnis genommen wurden.[596] Die Einschätzungen des Journalisten deckten sich mit den Eindrücken der dortigen Ministerialbeamten. In einem ausführlichen Bericht zur Haltung der englischen Presse stellte C.J. Norton fest, dass „with an eye to the ultimate success of the negotiations, the tone adopted has been very helpful."[597] Einige liberale Zeitungen, darunter der *Manchester Guardian*, hätten zwar noch Vorbehalte, weil ihrer Meinung nach die Handlungsfreiheit Frankreichs nicht weit genug eingeschränkt sei. Dafür sei der *Daily Telegraph* weit weniger „unausstehlich"[598] gewesen als in Anbetracht der offenen Ablehnung der Paktidee durch seinen *Diplomatic Correspondent* Gerothwohl befürchtet.[599] Hinsichtlich des *Daily Express*, dem Sprachrohr Beaverbrooks, der noch im März offen gegen einen Sicherheitspakt opponiert hatte, bemerkte Norton, dieser verhalte sich auffallend schweigsam. Insgesamt sah er keine Schwierigkeiten, die Presse vom Wert der geleisteten Arbeit zu überzeugen, sobald die Ergebnisse öffentlich gemacht werden konnten.

Den Hunger der Presse nach Informationen zu stillen und gleichzeitig eine größtmögliche, notwendige Vertraulichkeit zu wahren, um den Erfolg der Verhandlungen zu gewährleisten, war ein Problem, vor dem die britische Pressepolitik erst recht auf der Konferenz von Locarno stand. Wie der Berliner Korrespondent der *Times*, Daniels, der eigens aus der deutschen Hauptstadt angereist war, befürchtet hatte, verfolgte die Delegation des *Foreign Office* eine restriktive Linie.[600] Chamberlain verteidigte die Entscheidung in einem Ge-

---

595 Ebd.

596 Der Leiter der Abteilung, Arthur Willert, übersandte den Brief an den PUS William Tyrrell mit der Bemerkung: „This from Mr Poliakoff may interest you. He says The Times want a lot of advocating as to the importance of the Pact." Notiz Willerts, 17. Juli 1925, PRO, FO 371/10736, C9653/459/18.

597 Bericht Nortons: „British Press Comments on Anglo-French Conversations re Security Pact", 14. August 1925, PRO, FO 371/10738, C10794/459/18.

598 Englisch „obnoxious".

599 Die Einwände Gerothwohls wurden als nicht sonderlich bedeutend eingestuft. Zu einem seiner Artikel bemerkte der Leiter des *Central Department*, Miles Lampson: „I do not think Mr Gerothwohl needs to be taken too seriously. He wants to crab the Pact + lays his hand on any stick he can find, rotten or otherwise, with which to beat it." Randbemerkung Lampsons, 20. Juni 1925, PRO, FO 371/10734, C8258/459/18. Während des Treffens der Rechtsexperten der beteiligten Länder vom 1. bis 4. September in London warnte das *Foreign Office* seine Auslandsvertretungen sogar vor Falschmeldungen Gerothwohls, der über den Inhalt der Gespräche berichtete. Diese Artikel seien „reine Erfindungen". „Foreign journalists who call at the News Department of the Foreign Office are being warned against attaching any importance to them and are being asked not to telegraph them to their respective capitals. Should the articles in question being reproduced or referred to in the press in the country to which you are accredited, please take such action as you properly can to counteract their effect." Telegram to HM Representatives at Paris, Berlin, Rome, Brussels, Warsaw, Prague, 4. September 1925, PRO, FO 371/10739, C11426/459/18.

600 Daniels an Williams, 30. September 1925, Williams Papers, Correspondence with Harold G. Daniels, TNL Archive, HW/1.

spräch mit den englischen Journalisten und ging dabei auch auf den Vorwurf ein, die Konferenzteilnehmer fielen zurück in die „Geheimdiplomatie" der Vorkriegszeit.

The truth is that if everything has to be said aloud in the hearing, […] if every difference of opinion that reveals itself at the conference table is immediately to find an echo in each of our countries, the result must be in any Conference that, instead of thinking of those who are present at the Conference, the members of the Conference are necessarily thinking of the effect of their words on public opinion at home. Every time that one member of the Conference exposes his standpoint and takes up his position, the press of his country will mobilise in favour of his argument, and the press of the country with which he is negotiating will react against it. A concession under these circumstances, or even the discovery of the solution which is satisfactory to all, […], becomes impossible.[601]

Nach seiner Definition konnte eine „offene Diplomatie", wie von allen Seiten gefordert, nur in der Form funktionieren, dass die Regierungen zunächst ein Übereinkommen erzielten und erst dann die Öffentlichkeit in allen Einzelheiten darüber informierten.[602]

Im Mittelpunkt der britischen Kommunikationsstrategie stand folglich nicht die Vermittlung von Fakten über die einzelnen Sitzungen, sondern der Transport der harmonischen Atmosphäre, um die sich Chamberlain von Eröffnung der Konferenz an bemühte. Ein zentrales Instrument war die politische Symbolik, mit deren Hilfe verdeutlicht werden sollte, dass die ehemaligen Kriegsgegner nicht mehr als Sieger und Besiegte, sondern von gleich zu gleich miteinander verhandelten. Dies begann bei den Flaggen in der Hauptstraße Locarnos, „where the German Republic's banner waves alongside and among those of the Entente in token that there are neither dictators nor dictated here".[603] Es setzte sich fort in dem Versuch Chamberlains, einen „runden Tisch" für die Sitzungen zu bekommen, sowie in seinem Vorschlag, die Treffen ohne Vorsitz abzuhalten.[604] Schließlich hob der britische Außenminister in seiner Eröffnungsrede hervor, dass alle Delegationen „on a footing of perfect equality" stünden, und fügte vor den versammelten Korrespondenten hinzu, dass die Alliierten bereit seien, die Vergangenheit ad acta zu legen.[605]

---

601 „Record of Mr Chamberlains Interview with Representatives of the Press", 9. Oktober 1925, PRO, FO 840/1.

602 Ebd. Wie wichtig ihm war, dass die britische Öffentlichkeit dies verstand, geht aus einem Telegramm hervor, in dem Chamberlain das *Foreign Office* um Kontaktaufnahme mit Harold Williams bittet. Die *Times* könne diese Frage doch in einem Leitartikel behandeln, schlug der Außenminister vor. Telegramm der britischen Delegation, Locarno, an das Foreign Office, 11. Oktober 1925, PRO, FO 440/1.

603 The Manchester Guardian, 5. Oktober 1925.

604 Weil sich ein wirklich „runder" Tisch nicht fand, musste ein quadratischer den gewünschten Zweck erfüllen. Petrie, Life and Letters, S. 286. Siehe auch Connell, Office, S. 82f.

605 The Times, 6. Oktober 1925.

Die Atmosphäre in der wunderschön gelegenen Schweizer Stadt am Lago Maggiore tat ihr Übriges, um die Journalisten positiv zu beeinflussen, wie der Leiter des *Central Department*, Miles Lampson, nach London berichtete: „Even those raving wolves, the reporters, have apparently succumbed to the atmosphere of general contentment and to be fairly benevolent in their attitude towards the conference, despite the complete lack of real news which is given them."[606] Den symbolischen Höhepunkt der Versöhnung der ehemaligen Feinde markierte die Bootsfahrt, die Chamberlain, sein französischer Kollege Briand sowie der deutsche Kanzler Luther und sein Außenminister Stresemann auf einem Schiff mit dem bezeichnenden Namen „Orangenblüte" unternahmen.[607] Die zur Schau gestellte Harmonie und der erfolgreiche Verlauf der Verhandlungen schlugen sich entsprechend in den Berichten und Kommentaren nieder, in denen das Bemühen um eine dauerhafte Befriedung Europas und der Wille zu einer echten Zusammenarbeit insbesondere auf Seiten der Deutschen honoriert wurden.[608]

Nachdem ein Gelingen der Konferenz absehbar war, baten die Korrespondenten, bei der Unterzeichnung der Verträge zugegen sein zu dürfen. Chamberlain lehnte das zwar ab, erlaubte aber drei Fotografen, Bilder vom letzten Treffen der Delegierten zu machen.[609] Der Text des Sicherheitspakts und eine begleitende Erklärung wurden anschließend an die Presse weitergegeben.[610] Die vereinbarte Garantie der deutschen Westgrenze, die Schiedsverträge Deutschlands mit seinen westlichen und östlichen Nachbarn und die vereinbarte Aufnahme des Deutschen Reiches in den Völkerbund wurden von der Presse fast euphorisch aufgenommen. Der *Daily Telegraph* sprach von einem „alles überragenden Meilenstein" in der Nachkriegsgeschichte Europas.[611] Die *Times* bezeichnete den Pakt als einen „genuinen Friedensvertrag" und wagte die Prognose: „The whole world is changed by the voluntary agreement of the chief Powers who recently engaged in war to work together for peace."[612]

---

606 Lampson an Tyrrell, 9. Oktober 1925, PRO, FO 840/1. Die positive Grundstimmung fand ihren Niederschlag in den Überschriften der ersten Berichte, in denen von einem „guten Start" und einer Atmosphäre des „guten Willens" die Rede war. Vgl. THE DAILY TELEGRAPH, 6. Oktober 1925; THE TIMES, 6. Oktober 1925; THE MANCHESTER GUARDIAN, 6. Oktober 1925; THE DAILY HERALD, 6. Oktober 1925.

607 Was die *Daily Mail* titeln ließ: „Peace-Making In The Orange Blossom". THE DAILY MAIL, 12. Oktober 1925. Anlass für den Ausflug am 10. Oktober war der Geburtstag von Chamberlains Ehefrau.

608 In diesem Sinne z.B. THE DAILY TELEGRAPH, 12. Oktober 1925, LA „The Locarno Conference"; THE TIMES, 10. Oktober 1925, LA „Sober Hopes".

609 Chamberlain wollte das Ende der Konferenz genauso „einfach" halten wie den Anfang. Chamberlain an Tyrrell, 18. Oktober 1925, in PETRIE, Life and Letters, S. 288f.

610 DBFP, I, 27, 550, S. 888–893, Chamberlain an Tyrrell, 17. Oktober 1925, eingeschlossen „Commentary on the Treaty of Mutual Guarantee".

611 THE DAILY TELEGRAPH, 16. Oktober 1925, LA „Pact Of Peace"; THE MANCHESTER GUARDIAN, 16. Oktober 1925, LA „The Pact Signed".

612 THE TIMES, 17. Oktober 1925, LA „Peace At Last".

Ausdrücklich lobte die *Times* die Verhandlungsführung von Stresemann, der die Schwierigkeiten mit seinem deutschnationalen Koalitionspartner geschickt gemeistert habe.[613] Die Obstruktionen aus dem nationalistischen Lager in Berlin trübten das positive Bild, das die deutsche Delegation in Locarno hinterlassen hatte, nur unwesentlich. Dass es in Deutschland politische Kräfte auf der Rechten gab, die den Westmächten weiter unversöhnlich gegenüberstanden und zurück zum „alten Preußen" wollten,[614] wurde ebenso wahrgenommen, wie die Versuche, die Kriegsschuldfrage im Vorfeld der Konferenz zum Thema zu machen.[615] Überlagert wurden diese negativen Eindrücke von der Hoffnung auf eine neue Ära der internationalen Beziehungen, in denen der „Geist von Locarno" dominierte. Sogar die *Daily Mail* war zuversichtlich, dass jetzt eine Zeit des Friedens anbrach, in der die alten Vorurteile und Animositäten überwunden werden könnten.[616] Das Massenblatt war unter diesen Umständen bereit, von seiner deutschfeindlichen Haltung Abstand zu nehmen. An ihren Berliner Korrespondenten Rothay Reynolds schickte die Redaktion in London nach der offiziellen Unterzeichnung der Verträge ein Schreiben, dass nun kein Anlass mehr für eine antideutsche Berichterstattung bestehe und ein Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen werden könne.[617]

Die Perzeption und Reflexion der Verhandlungen über die Locarno-Verträge in den Zeitungen belegen nicht nur die gewandelte Beurteilung Deutschlands, sondern auch die hohe Interdependenz zwischen Presse und Politik. Den außenpolitischen Entscheidungsträgern in London gelang die Gratwanderung, auf der einen Seite die Diskretion, die für den Erfolg Voraussetzung war, in ausreichendem Umfang zu wahren, und andererseits den Informationsbedarf der Presse zu befriedigen. Gleichzeitig dienten ihnen die Meinungsäußerungen in den Zeitungen als Orientierung, bis wohin sie die Unterstützung der

---

613 Ebd.

614 Der *Manchester Guardian* sprach von einem Kampf zwischen denjenigen, die die Vergangenheit ruhen lassen wollten, und denjenigen, die niemals vergessen wollten, „between the men who want Germany to be as much like the old Prussia as possible and the men who want Germany to regard her militarist memories and traditions as a curse!" The Manchester Guardian, 24. Juni 1925, LA „The Pact In Parliament". Zur Wahrnehmung des politischen Extremismus siehe auch Teil II, Kapitel 2.5.3.

615 Vgl. z.B. The Daily Mail, 1. Oktober 1925; The Times, 5. Oktober 1925; The Daily Telegraph, 12. Oktober 1925, LA „The Locarno Conference". In Letzterem hieß es dazu: „the difficulties of the German Government in its relations with its Nationalist supporters are well known and undisguised, and even the acceptance of the invitation to Locarno was accompanied, for that and no other reason, by a flourish about Germany's denial of war guiltiness and insistence on the early evacuation of Cologne. But since the Conference met, no suggestion of anything but the earnest concentration of all parties upon its real business has been made."

616 The Daily Mail, 17. Oktober 1925, LA „The World's Hopes Of Peace".

617 Reynolds ließ das dem AA über den Berliner Korrespondenten des Amsterdamer *Telegraaf* mitteilen. Aufzeichnung von Hagens, 16. Dezember 1925, PA AA, Presseabteilung, England 4, Beeinflussung der Presse, Bd. 1.

Öffentlichkeit hatten. Auf dieser Basis war es dann möglich, die eigene Kommunikationsstrategie anzupassen. Zugute kam der britischen Regierung, dass das Meinungsklima für eine Rückkehr des ehemaligen Kriegsgegners Deutschland in die europäische Staatenfamilie schon vor Beginn der Sondierungen über den deutschen Paktvorschlag günstig war. Durch gezielte Stellungnahmen der Regierungsspitze und bewusste Gesten auf der Konferenz von Locarno gelang es, den neuen Umgang von gleich zu gleich bildhaft und überzeugend zu transportieren.

2.5 Die erste deutsche Demokratie: Weimar in britischer Wahrnehmung

Die englischen Printmedien begleiteten das erste Experiment einer echten Demokratie auf deutschem Boden auf der einen Seite wohlwollend, auf der anderen Seite aber auch kritisch und mit unverkennbarer Skepsis. Diese zwiespältige Einstellung hatte verschiedene Ursachen. Das Ende des „preußischen Militarismus" und des „Nationalismus" durch eine Umwandlung des politischen Systems hin zu Demokratie und Parlamentarismus lag einerseits durchaus im Interesse Großbritanniens. Durch die Befreiung Deutschlands von der Herrschaft der „Junker" und „Militaristen", die man für den Krieg verantwortlich machte, erhoffte man sich eine Ausschaltung des Deutschen Reiches als Gefahrenherd und damit eine dauerhafte Befriedung des europäischen Kontinents. Deshalb war eine Demokratisierung Deutschlands eines der wichtigsten Ziele, das die britische Regierung im Ersten Weltkrieg verfolgt hatte. Angesichts des Siegeszugs der Bolschewisten in Russland und der fragilen Verhältnisse in den neuen Staaten Osteuropas gewann die Etablierung einer stabilen demokratischen Ordnung in Deutschland nach Ende des Krieges sogar noch an Bedeutung, denn von einer politischen und gesellschaftlichen Konsolidierung des größten Landes in der Mitte Europas erwartete man sich positive Auswirkungen auf die übrigen Krisenherde des Kontinents.

Der Verlauf der Revolution, die viele Institutionen des Kaiserreichs unangetastet ließ – darunter die Justiz, die Verwaltung und das Militär – bot andererseits Anlass zu Skepsis, ob die Veränderungen wirklich weit genug gingen. Auch deutliche Kontinuitäten im Parteiensystem und in der politischen Führungsschicht trugen dazu bei. Außerdem wurde auf den Mangel an Erfahrung mit einer dem Parlament verantwortlichen Regierung verwiesen.[618] Zudem gab es Zweifel, ob die Mentalität der Deutschen, die die Bevormundung durch einen autoritären Staat gewohnt waren, die Akzeptanz einer wie auch immer

[618] Der *Telegraph* prophezeite, dass Fehler unvermeidlich seien, da die Deutschen „children in Parliamentary Government" seien. The Daily Telegraph, 14. Januar 1919.

gestalteten Demokratie zuließ.[619] Die Radikalisierung der extremen Linken nährte wiederum die Befürchtung, der Bolschewismus könnte auch auf Deutschland übergreifen und das Land endgültig ins Chaos stürzen, während das Wiedererstarken der Reaktionäre bzw. Monarchisten in der ersten Hälfte der 20er Jahre eine Rückkehr zur alten Ordnung möglich erscheinen ließ.

In Anbetracht des Gewichts, das das Deutsche Reich ungeachtet der Niederlage im Konzert der europäischen Mächte auf die Waage brachte, und der Interessen Großbritanniens, die nicht nur auf eine baldige Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen, sondern eben auch auf eine Stabilisierung der inneren Verhältnisse abzielten, ist es wenig verwunderlich, dass die innenpolitische Entwicklung Deutschlands einen großen Teil der Berichterstattung in der britischen Presse ausmachte. Die wesentlichen Elemente des dabei entstehenden Bildes der Weimarer Demokratie lassen sich anhand von vier Themenkomplexen beschreiben. Erstens setzten sich schon in der Entstehungsphase die Korrespondenten und Kommentatoren der untersuchten Tageszeitungen kritisch mit der neuen politischen Ordnung, die von der Nationalversammlung errichtet wurde, auseinander. Die dabei aufgeworfenen Fragen nach Stabilität, Dauerhaftigkeit und Zusammenspiel der demokratischen Institutionen wurden zweitens umso dringlicher, je krisenhafter sich die politische Lage entwickelte, die ein Symptom der sich verschärfenden gesellschaftlichen Gegensätze war. Zentral war in diesem Zusammenhang die Frage nach der Bewährung des politischen Systems in der Praxis. Ein entscheidender Faktor für das Überleben der jungen Demokratie war drittens der politische Extremismus auf der Rechten und der Linken, der die Existenz der Weimarer Republik ernsthaft bedrohten. Zu den Schwierigkeiten, die sich bei der Bekämpfung dieser „Republikfeinde" ergaben, trug schließlich viertens das Verhalten der Justiz bei der Ahndung politischer Gewalt in erheblichem Maße bei.

2.5.1 Die Gründung der Republik und die Arbeit der Nationalversammlung

Die Herausbildung der neuen politischen Ordnung in Deutschland war ein Prozess, der sich vom Beginn der Revolution Anfang November 1918 bis zum Inkrafttreten der Weimarer Verfassung am 14. August 1919 über einen Zeitraum von neun Monaten erstreckte. Aus dem Blickwinkel der englischen Presse waren dabei Januar und Februar 1919 die entscheidenden Monate, denn hier wurden die Weichen für die zukünftige Staatsform des Deutschen Reiches gestellt: entweder parlamentarische Demokratie nach westlichem Vorbild oder sozialistische Räterepublik nach russischem Beispiel. Mit dem Beschluss des

[619] „The German people have been drilled into such docility under generations of Monarchy by Divine right and its attendant ‚militarism' that the great masses of them will believe almost anything taught them from ‚above'." THE TIMES, 19. Februar 1919, LA „An Undignified Submission".

Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte kurz vor Weihnachten 1918, eine Verfassung gebende Versammlung wählen zu lassen, war in gewisser Weise schon eine Vorentscheidung über das künftige Regierungssystem gefallen. Als ausschlaggebend für den Sieg der gemäßigten republikanischen Kräfte um die MSPD galt bei den englischen Kommentatoren jedoch, wie schon an anderer Stelle gezeigt, die Niederschlagung des Spartakusaufstandes sowie die Wahlen zur Nationalversammlung.[620] Neben den offensichtlichen Brüchen mit dem Kaiserreich wie dem Ende der Hohenzollern und der anderen deutschen Dynastien rückten nun vor allem die nach und nach sichtbar werdenden Kontinuitäten in den Mittelpunkt des Interesses.

Ein Beispiel für das Überdauern alter Strukturen waren die politischen Parteien. Die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 bot den britischen Zeitungen die Gelegenheit, Ausrichtung und Anhängerschaft der Parteien einer genaueren Analyse zu unterziehen. Den allgemeinen Tenor gab die *Times* treffend wieder, die titelte: „Old Parties with New Labels".[621] Die größten Bewegungen hatte es noch im bürgerlichen Lager gegeben. Die Konservativen hatten sich mit den Alldeutschen zusammengeschlossen und firmierten jetzt unter dem Namen Deutschnationale Volkspartei. Dahinter verbargen sich die Junker und Agrarier, die zwar momentan nicht aggressiv gegen eine Republik agitierten, aber weiterhin ihre „reaktionären" Ideale des Nationalismus, der Monarchie und einer engen Verbindung von Kirche und Staat vertraten, so das übereinstimmende Urteil des *Daily Telegraph* und des *Daily Herald*.[622] Letzteres verband sie mit dem Zentrum, das unter dem Namen Christliche Volkspartei zur Wahl antrat und unter dem „Banner des Katholizismus" so grundverschiedene Schichten wie Großgrundbesitzer, Kleinbauern und Arbeiter vereinte.[623] Programm und Führungspersonal der Partei lösten unterschiedliche Reaktionen aus. Brailsford beschrieb ihre Ziele im *Daily Herald* positiv als „fortschrittlich" und den führenden Kopf Matthias Erzberger als „anpassungsfähig", wohingegen für den *Manchester Guardian* beide schlicht „opportunistisch" waren.[624] Die Vertreter der Industrie und des Handels wiederum engagierten sich vorwiegend in der Deutschen Volkspartei, die in weiten Teilen mit den früheren Nationalliberalen identisch war.[625] Alle drei Parteien standen für die Verteidigung der bestehenden Besitzverhältnisse und

620 Vgl. Teil II, Kapitel 2.1.1.

621 So die Überschrift in The Times, 18. Januar 1919.

622 The Daily Telegraph, 14. Januar 1919; The Daily Herald, 1. Februar 1919.

623 The Daily Telegraph, 14. Januar 1919.

624 The Daily Herald, 1. Februar 1919; The Manchester Guardian, 23. Januar 1919. Dass Erzberger bei den englischen Journalisten ein Glaubwürdigkeitsproblem hatte, geht auch aus einem Brief des *Times*-Korrespondenten Ernest Brain hervor, der an seine Redaktion in der Fleet Street schrieb: „Personally I distrust Erzberger profoundly and do not believe anything he says." Brain an Dawson, 8. Februar 1919, Dawson Papers, Correspondence with Ernest Brain, TNL Archive, GGD/1.

625 The Times, 18. Januar 1919.

einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, auch wenn sie in ihren Programmen soziale Reformen versprachen.[626]

Für den *Manchester Guardian* bestand die eindeutige Trennungslinie dieser drei Parteien zu den übrigen darin, dass diese für einen Fortbestand der Monarchie waren, entweder offen wie die DNVP oder versteckt wie das Zentrum, das sich jedoch auch mit einer Republik arrangieren würde.[627] Allerdings war diesen Parteien klar, dass eine monarchische Gegenrevolution zunächst chancenlos war, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Hohenzollern nach ihrer Flucht in Deutschland diskreditiert waren.[628] Als Tribut an die Zeitläufe wurde das Etikett „Volkspartei" verstanden, mit dem sich alle drei bürgerlich-konservativen Parteien ausgestattet hatten. „the more to the Right a party stood the more anxious it was to get the word ‚people' into its name – perhaps the tribute which vice pays to virtue", kommentierte der *Guardian*.[629]

Die einzigen Parteien, die eine Republik vorbehaltlos unterstützten, waren in den Augen der britischen Beobachter die MSPD und die Deutsche Demokratische Partei. Die DDP war ein Zusammenschluss von einigen Nationalliberalen mit der ehemaligen Fortschrittspartei, die sich im Kaiserreich u.a. für eine Ausweitung des Wahlrechts, eine stärkere Beteiligung des Reichstags an der politischen Willensbildung, den Freihandel sowie die Trennung von Kirche und Staat eingesetzt hatte.[630] Cederschiold berichtete in der *Times*, dass die Liberalen großen Rückhalt in der Mittelschicht hatten, und erwartete ein gutes Abschneiden bei den bevorstehenden Wahlen. Außerdem ging er davon aus, dass führende Köpfe wie Hugo Preuss wegen ihres Fachwissens großen Einfluss auf die Ausgestaltung der künftigen Verfassung haben würden.[631]

Kennzeichnend für das linke Spektrum war die Spaltung der Arbeiterparteien in Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige und Spartakisten. Der Bruch ging auf die Ablehnung der Kriegskredite durch einen Teil der SPD-Abgeordneten zurück und hatte sich während der Revolution weiter vertieft. Der *Daily Telegraph* brachte die programmatischen Unterschiede zwischen den drei Parteien im Januar 1919 auf folgende Formel: Die MSPD verfolgte das Ziel einer parlamentarischen Demokratie, worüber die Nationalversammlung entscheiden sollte; die USPD wollte zunächst den Sozialismus so weit wie möglich vorantreiben; die Spartakisten hingegen kämpften nach bolschewistischem

626 Ebd.
627 The Manchester Guardian, 23. Januar 1919.
628 The Times, 18. Januar 1919.
629 The Manchester Guardian, 23. Januar 1919. Die Kontinuität im bürgerlichen Lager hing u.a. mit dem wachsenden Einfluss von Berufs- und Interessenverbänden zusammen, eine Entwicklung, die schon im Kaiserreich zu beobachten war. Der frühe Wahltermin im Januar 1919 sowie die Veränderung der Wählerlandschaft zwang außerdem gerade die bürgerlichen Parteien, sich beim Aufbau einer schlagkräftigen Organisation auf die alten Apparate zu verlassen. Mommsen, Aufstieg und Untergang, S. 88f.
630 The Daily Telegraph, 14. Januar 1919; The Times, 18. Januar 1919.
631 The Times, ebd.

Muster für die Diktatur des Proletariats und die Weltrevolution, weshalb sie auch nicht an den Wahlen teilnahmen.[632] Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft unterstütze die MSPD, während die Anhänger des Spartakusbundes zahlenmäßig kaum ins Gewicht fielen, dies aber mit ihrem Fanatismus wettmachten, schätzte Cederschiold die Kräfteverhältnisse im linken Spektrum ein.[633] Solche Gegensätze auch innerhalb eines politischen Lagers waren nach der Beobachtung des *Times*-Korrespondenten typisch für das deutsche Parteiensystem, das von einer Atmosphäre der gegenseitigen Abgrenzung und Feindschaft geprägt war. „All the parties hate each other […]. Only in one question are they all agreed: they all want one united German Empire."[634]

Das Wahlrecht wies ebenfalls einige Besonderheiten auf, vor allem im Vergleich zum britischen.[635] So waren alle Deutschen – Männer und Frauen – ab dem Alter von 20 Jahren wahlberechtigt.[636] Gewählt wurden – anders als beim relativen Mehrheitswahlrecht in Großbritannien – nicht einzelne Kandidaten, sondern Listen, die von den Parteien aufgestellt wurden, was nach Ansicht des *Guardian* die Gefahr barg, dass die Parteiführungen einen übermäßig großen Einfluss auf die Auswahl des politischen Personals erhielten.[637] Auch die Führung des Wahlkampfes unterschied sich erheblich von der in Großbritannien. Als Ergebnis des Verhältniswahlrechts mit gebundenen Listen tourten die Kandidaten nicht durch ihre Wahlkreise und versuchten, durch Reden zu überzeugen, sondern der Kampf um Wählerstimmen wurde in erster Linie über die Presse geführt.[638]

Den Ausgang der Wahl, aus der die MSPD als stärkste Partei hervorging und zusammen mit der DDP und dem Zentrum über eine Zweidrittelmehrheit verfügte, interpretierten die englischen Zeitungskommentatoren als Sieg der Republikaner sowohl über die Monarchie als auch über den Bolschewismus.

If we attempt to summarise the results, they would seem to indicate the victory of those solid sections of the population which are equally opposed to reaction on the one hand and anarchical revolution on the other. It is true that here and there, […] certain electors expressed their determination to vote for Hindenburg or Ludendorff as President of Germany. But the chances of a Monarchical or Imperialist reaction are very small, while a brief but vivid experience of street fighting has persuaded the community that the one

632 The Daily Telegraph, 14. Januar 1919.
633 The Times, 18. Januar 1919.
634 Ebd. Diese Haltung der Parteien führte zu erheblichen Problemen bei der Koalitionsbildung und „tatsächlich trug im Grunde jede Koalitionsregierung der Weimarer Republik den Keim ihrer Auflösung bereits in sich." Wirsching, Weimarer Republik, S. 20.
635 Wie der *Guardian* und der *Telegraph* übereinstimmend feststellten. The Daily Telegraph, 14. Januar 1919; The Manchester Guardian, 23. Januar 1919.
636 Nach der jüngsten Wahlrechtsreform hatten in England alle Männer über 20 und alle Frauen über 30 Jahre das Stimmrecht.
637 The Manchester Guardian, 23. Januar 1919.
638 The Daily Telegraph, 14. Januar 1919.

thing most likely to do them harm is the triumph of that violent section prepared to act in concert with Russian Bolsheviks and destroy the very possibility of civic order and stability.[639]

Für den *Guardian* bestand deshalb kein Zweifel, dass das deutsche Volk mit seinem Votum die Republik als Staatsform ratifiziert hatte und das Kaiserreich endgültig der Vergangenheit angehörte.[640] Angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse prognostizierte die *Times* die Bildung einer stabilen Regierung aus Sozialdemokraten, den Liberalen der DDP und dem Zentrum.[641]

Nur die *Daily Mail* machte eine andere Rechnung auf, derzufolge die konservativen und reaktionären Kräfte ein Übergewicht hatten, wobei das Massenblatt allerdings nicht nur das Zentrum, sondern auch die DDP zu diesem Lager zählte.[642] Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die gesamte Berichterstattung der *Mail* in dieser Zeit darauf angelegt war, Deutschland als das „alte Kaiserreich in neuen Kleidern" darzustellen.[643] Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass Brailsford im linken *Daily Herald* dieser Darstellung vehement widersprach und seinerseits aus dem Wahlergebnis ableitete, dass zwei Drittel der Deutschen, indem sie für demokratisch oder republikanisch gesinnte Parteien gestimmt hatten, mit dem Militarismus und dem Junkertum nichts mehr zu tun haben wollten.[644] Der Kolumnist beging allerdings in Bezug auf die Arbeiterparteien denselben Fehler wie der Autor der *Mail* in Bezug auf das bürgerliche Lager, da er nicht zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und der USPD differenzierte. Die Unabhängigen Sozialdemokraten verfolgten immer noch das Ziel einer Räteherrschaft.[645]

Das Bemerkenswerteste an den Wahlen zur Nationalversammlung war aber, dass die politischen Kräfteverhältnisse trotz der Revolution im Prinzip unverändert geblieben waren.[646] Sowohl in der Zusammensetzung als auch in der sich abzeichnenden Zusammenarbeit der Parteien wies die Versammlung deutliche Parallelen zum letzten Reichstag auf.[647] Ein entscheidender Unterschied bestand aber in den Gestaltungsmöglichkeiten der Mehrheitsfraktionen des neu gewählten Gremiums.

---

639 Ebd., 22. Januar 1919.
640 THE MANCHESTER GUARDIAN, 23. Januar 1919.
641 THE TIMES, 24. Januar 1919.
642 Die *Mail* titelte denn auch „Ebert's Victory An Illusion – The Old Hun Gang In Majority". THE DAILY MAIL, 24. Januar 1919.
643 Wie bereits in Teil II, Kapitel 2.1.1. ausführlich dargelegt.
644 THE DAILY HERALD, 1. Februar 1919.
645 VOGT, Parteien, S. 134–157. Hier S. 136f.
646 „Die deutsche Revolution hatte die Parteienlandschaft des Kaiserreichs nur äußerlich verändert. Dort, wo sich Verschiebungen im Wählerverhalten abzeichneten, entsprangen sie langfristig bedingten sozialen Umschichtungsprozessen. MOMMSEN, Aufstieg und Untergang, S. 95.
647 THE MANCHESTER GUARDIAN, 20. Februar 1919.

Whereas of old the Reichstag Majority bloc was merely the tool of superior authorities, or at best made futile efforts to make its will prevail against those higher powers, the National Assembly bloc appears as the supreme and sole authority in the land. However, only the future can show how far this claim is justified, whether divine or other non-popular authority is really a thing of the past in Germany.[648]

In den ersten Wochen nach Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar wuchsen die Zweifel, ob tatsächlich ein überzeugender Neuanfang gelingen könnte. Die Wahl des Tagungsortes sollte bewusst den Bruch mit der alten Ordnung auch symbolisch vollziehen und war mit Blick auf die Wirkmächtigkeit der Zwei-Deutschland-Theorie in England nicht ohne Aussicht auf Erfolg.[649] Denn das, wofür Weimar stand – die Literatur der Klassik personifiziert durch Goethe und Schiller – stand stellvertretend für die geistigen und kulturellen Errungenschaften Deutschlands, die aus englischer Sicht positiv besetzt waren. Angesichts des Verlaufs der Revolution wurde jedoch der Kontext, in dem sich dieser symbolische Akt vollzog, in die Bewertung mit einbezogen, was zu gemischten Reaktionen in den englischen Zeitungen führte. So honorierte etwa der *Manchester Guardian* den Versuch, mit dem Umzug von Berlin nach Weimar an das „bessere" Deutschland anzuknüpfen und sozusagen den geschichtlichen Faden, der durch die Vorherrschaft des militaristischen Preußen-Deutschland abgerissen war, wieder aufzunehmen.

The position of Weimar in German history and culture is the complete antithesis of that of Berlin. Berlin is Sparta; Weimar is the German Athens. Berlin is the home of German militarism; Weimar is the home of German humanism. Berlin is the home of Treitschke and Bismarck; Weimar is the home of Goethe and Schiller. Berlin is the embodiment of the spirit of the subserviency of the home to State; Weimar is the symbol of freedom harmonised with orderliness.[650]

Im konservativen Meinungsspektrum der Presse stieß die Wahl Weimars und die damit ausgedrückte Symbolik dagegen auf Skepsis. Die Botschaft, dass die Nationalversammlung mit dem Ort ihres Zusammentritts eine Verbindung zur „best period of German literature and art" herstellen wollte, wie es der *Daily Telegraph* ausdrückte, wurde zwar verstanden.[651] Auch die *Times* erkannte an, dass Weimar seinerzeit als Hort der Lyrik, des Lernens und der Philosophie galt, interpretierte den Umzug der Nationalversammlung aber eher als eine Invasion der thüringischen Residenzstadt durch Preußen, was sich im Aufziehen

---

[648] Ebd.

[649] Laut Buchner standen bei der Wahl des Tagungsortes zunächst sachliche Erwägungen wie die Sicherheit und die Erreichbarkeit im Vordergrund. Erst bei der Sitzung der Reichsregierung am 14. Januar, auf der die Vorentscheidung zu Gunsten Weimars fiel, argumentierten die Befürworter wie Ebert auch mit der symbolischen Bedeutung des Ortes. Buchner, Identität, S. 37–39.

[650] The Manchester Guardian, 7. Februar 1919.

[651] The Daily Telegraph, 23. Januar 1919.

von mit Pickelhauben bewehrten Soldaten auf den Plätzen und in den Straßen ausdrückte.[652]

Noch negativer beurteilte der ehemalige Deutschlandkorrespondent der *Daily Mail*, Frederic William Wile, den Zusammentritt der Nationalversammlung in der „Zitadelle der deutschen Kultur", wie er Weimar nannte.[653] In Anbetracht der personellen Zusammensetzung, die deutliche Kontinuitäten zum letzten im Kaiserreich gewählten Reichstag aufwies, war es für ihn fraglich, ob mit dieser Versammlung ein echter Neubeginn möglich war, zumal die geistige, politische und wirtschaftliche Verfassung des Landes wenig Anlass zur Hoffnung gab. So kritisierte Wile insbesondere die weit verbreitete Verneinung der militärischen Niederlage, die sich in der Rede Eberts bei der Rückkehr des kaiserlichen Heeres nach Berlin offenbart habe, sowie das allgemeine Verständnis, dass Deutschland einen Verteidigungskrieg geführt habe.[654] Im Land selbst herrschte nach seinem Eindruck das Chaos. Viele große Städte seien in den Händen der Spartakisten, die Industrie sei durch Kohleknappheit und Eisenbahnerstreiks paralysiert, sowjetrussische Truppen befänden sich im Anmarsch auf Ostpreußen, das Rheinland sei von den Alliierten besetzt und hohe Reparationsforderungen seien abzusehen – insgesamt also eher pessimistische Aussichten.

So the Weimar Assembly has much to ponder over as it muses and wrangles amid the shades of Goethe, Schiller, Wagner, Schopenhauer, Herder, Bach, Liszt, Böcklin, Cranach, Lenbach and other demigods of *Kultur* who cast their lustre over the *Residenzstadt* among the Thuringian pines. The Allied world is little concerned with the particular form of republican régime to be set up. What matters most is the atmosphere in which a New Germany is brought into being. That atmosphere, unless miracles be wrought at Weimar, is one of defiance to the civilisation which the Germans almost overthrew and of grim determination to reassert the German *Geist* in the world politically and economically.[655]

Dieser hatte allerdings mit dem von deutscher Seite beschworenen „Geist von Weimar" wenig gemein, sondern die *Daily Mail* erkannte hier den alten, wilhelminischen, nach einem „Platz an der Sonne" strebenden, auf Weltherrschaft ausgerichteten Geist wieder, der aus englischer Sicht seinen Ursprung in der Reichsgründung 1871 hatte.

Als symbolträchtig für die Akzeptanz der neuen Ordnung galt auch die Wahl Eberts zum ersten Reichspräsidenten. Da ein anderer Kandidat für dieses Amt nicht ernsthaft in Frage kam, war die Entscheidung wenig überraschend

652 The Times, 11. Februar 1919.
653 The Daily Mail, 6. Februar 1919.
654 Damit spielte Wile auf den Ausspruch Eberts an, dass kein Feind die deutschen Truppen überwunden habe. Ansprache Eberts an die heimkehrenden Truppen am 10. Dezember 1918, abgedruckt in Ursachen und Folgen, Bd. 3, S. 504f. Vgl. auch Teil II, Kapitel 2.1.1.
655 The Daily Mail, 6. Februar 1919. Kursiv im Original.

und löste schon deshalb keine überschwängliche Begeisterung aus.[656] Charles Tower berichtete, dass in den Berliner Kinos ein Bild Eberts mit der Überschrift „Deutschlands erster Präsident" gezeigt wurde, das Publikum dies aber weder mit Applaus noch sonst einer Gefühlsregung quittierte.[657] Sogar in Weimar selbst blieb das Interesse der Bevölkerung schwach, obwohl Eberts Wahl mit Glockengeläut bekannt gegeben wurde und sich der Präsident der wartenden Menge kurz zeigte, die ihm jedoch einen „kühlen Empfang" bereitete.[658]

Die Bildung einer provisorischen Reichsregierung unter Führung Scheidemanns sowie die ersten Debatten bestätigten den Eindruck einer aus Sicht der britischen Journalisten merkwürdig gedämpften Stimmung, die in auffälligem Kontrast zur Tragweite der Ereignisse stand: „What is most striking is the complete absence of anything to indicate the advent of a radically new era and a new spirit. All attempts to infuse anything approaching enthusiasm into the proceedings failed. It was all a very humdrum affair".[659] Der *Daily Telegraph* vermisste sowohl in den Redebeiträgen angemessen „große Worte" wie auch neue Gesichter unter den Abgeordneten.[660] Die personelle Zusammensetzung des Kabinetts trug ebenfalls nicht dazu bei, Vertrauen in die Erneuerungsfähigkeit der deutschen Politik einzuflößen. Keiner der Minister zeichnete sich nach Meinung des *Guardian* durch herausragende Fähigkeiten oder Brillanz aus, und weder der erste Verfassungsentwurf noch das Regierungsprogramm enthielten irgendein wegweisendes neues Konzept.[661]

In den folgenden Monaten verengte sich der Blick der britischen Beobachter auf die Haltung der Nationalversammlung zum Versailler Friedensvertrag. Die Frage, ob sich eine Mehrheit für die Annahme finden würde, überlagerte alle anderen Vorgänge. Die Diskussionen um die konkrete Ausgestaltung der Verfassung spielten dementsprechend keine große Rolle mehr. Ihre Ausfertigung durch Reichspräsident Ebert am 11. und ihr Inkrafttreten am 14. August 1919 wurde von den englischen Zeitungen sogar komplett ignoriert. Dennoch lassen sich aus den Berichten der britischen Presse bereits Anfang 1919 einige charakteristische Merkmale der entstehenden Weimarer Demokratie herauslesen.

Die Unterstützung für die neue politische Ordnung beschränkte sich eigentlich nur auf drei Parteien – die MSPD, die DDP und mit Einschränkungen das

656 The Daily Mail, 12. Februar 1919.
657 The Times, 12. Februar 1919.
658 Ebd., 13. Februar 1919.
659 The Manchester Guardian, 20. Februar 1919.
660 The Daily Telegraph, 15. Februar 1919. Dieser Eindruck deckte sich mit dem Brailsfords, der während seiner Reise durch Deutschland im April und Mai 1919 feststellte: „Parliament is flat, dull, and remote, and its ranks poor in notable personalities." Brailsford, Blockade, S. 117.
661 The Manchester Guardian, 20. Februar 1919.

Zentrum. Die bürgerliche Rechte war nur durch die Macht des Faktischen zur Anerkennung der Republik bereit, lehnte sie innerlich aber ab und wünschte sich die Monarchie zurück. Gleichzeitig hatte sich eine gewaltbereite extreme Linke formiert, die die junge Demokratie ebenfalls stürzen und an ihre Stelle die Diktatur des Proletariats setzen wollte. Das Verhältnis der Parteien untereinander war extrem kompetitiv, um nicht zu sagen antagonistisch, was keine ideale Voraussetzung für eine reibungslose Zusammenarbeit in Koalitionen war. Das Wahlrecht wiederum war anders als das britische nicht darauf ausgelegt, für klare parlamentarische Mehrheiten zu sorgen, sondern es war abzusehen, dass immer zwei oder mehrere Parteien eine Koalitionsregierung würden bilden müssten. Insgesamt entstand so das Bild eines recht fragilen Fundaments, auf dem die Weimarer Demokratie ruhte, während sich gleichzeitig die Mehrheit der Bevölkerung stabile, geordnete Verhältnisse wünschte. Die kommenden Jahre mussten zeigen, ob sich das politische System der Weimarer Republik in der Praxis bewährte und wie groß die Gefahr, die ihm durch seine Feinde drohte, wirklich war.

2.5.2 Parlament, Präsident, Parteien: Das politische System Weimars in der Praxis

Die innenpolitische Entwicklung in Deutschland in den Jahren 1920 bis 1925 war gekennzeichnet durch Umsturzversuche wie den Kapp-Lüttwitz-Putsch, Attentate auf führende Politiker, ständige Regierungsumbildungen und -wechsel sowie die Existenzkrise der Republik im Jahr 1923, als sowohl die Ruhrbesetzung und der Separatismus im Rheinland die Einheit des Reiches bedrohten, wie auch Aufstände der Kommunisten bzw. der Hitler-Putsch die Demokratie in ihren Grundfesten erschütterten. Da die Berichterstattung der englischen Tageszeitungen in einem hohen Maß von den aktuellen Ereignissen diktiert wurde, behielt die deutsche Innenpolitik den großen Stellenwert, den ihr die britische Presse ohnehin einräumte. Die Turbulenzen veranlassten die Korrespondenten und Kommentatoren immer wieder nach den Ursachen dafür zu suchen, warum eine Konsolidierung der parlamentarischen Demokratie zunächst nicht gelang. Als ein wichtiger Faktor erwies sich der institutionelle Aufbau der Weimarer Reichsverfassung. Die Funktionen der Verfassungsorgane Reichstag, Reichsregierung und Reichspräsident wurden ebenso kritisch beleuchtet wie die Art und Weise, in der die politischen Parteien diese mit Leben erfüllten.

Die Parteien und ihr Führungspersonal standen, wie bereits angedeutet, von Beginn an im Mittelpunkt des Interesses. Dabei richtete sich der Blick der britischen Journalisten immer wieder auf ihr Verhältnis untereinander. Standen die verschiedenen Lager sich schon seit den Wahlen zur Nationalversammlung tendenziell unversöhnlich gegenüber, so hatte im Zuge der Debatte um die Annahme des Versailler Vertrags nach Einschätzung sowohl der *Times* wie des *Manchester Guardian* und des *Daily Herald* eine weitere Polarisierung der

Parteienlandschaft stattgefunden.[662] Laut Analyse der *Times* befanden sich am rechten Ende des politischen Spektrums die Gruppe der Reaktionäre von DNVP und DVP, monarchisch und protestantisch gesinnt, den Interessen der Agrarier verpflichtet und voll Furcht vor bzw. Hass auf die Revolution, die Juden und die Polen. Die harten Friedensbedingungen lieferten ihnen opportune Argumente, konnten sie doch dafür die Unterstützer der Republik, allen voran die Mehrheitssozialdemokraten, verantwortlich machen. Der *Daily Herald* und der *Guardian* waren sich sicher, dass vor allem die Gebietsabtretungen im Osten zu einem nationalen Aufschrei führen würden, den sich die Reaktionäre zu Nutze machen konnten, die sich überdies auf ihre früheren Verbindungen zu den Militärs stützten.

Den Gegenpol bildeten die Internationalen Sozialisten aus dem linken Flügel der USPD und den Spartakisten, die jeden Friedensvertrag unterzeichnet hätten, wie die *Times* feststellte. Denn ihnen ging es um die Weltrevolution, nach deren Vollendung Verträge wie der von Versailles obsolet werden würden. Gespeist wurde diese Bewegung einerseits durch den Hass auf Reichswehrminister Gustav Noske und die MSPD, die im Bündnis mit den Reaktionären die Spartakisten gewaltsam unterdrückt hatten, sowie aus der andauernden Not weiter Teile der Bevölkerung, weshalb für den *Daily Herald* der Spartakusbund auch „das Kind der Verzweiflung" war.[663]

In der Mitte standen die „Opportunisten", wie die *Times* sie unter einem gemeinsamen Etikett zusammenfasste. Damit waren die Unterstützer der amtierenden Reichsregierung aus MSPD, Zentrum und DDP gemeint, die die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatten, die sich aber gegen Angriffe von rechts und von links wehren mussten und darüber hinaus bei ihrer Haltung zum Versailler Vertrag auf dem schmalen Grat zwischen Patriotismus und Parteiinteresse bzw. zwischen Allgemeinwohl und Eigeninteresse wandelten. In was für einer schwierigen Lage sich die regierende Koalition befand, zeigte sich laut dem Berliner *Times*-Korrespondenten Brain darin, dass nach der kontroversen Debatte um den Friedensvertrag die Wahlen, die ursprünglich im Frühjahr 1920 geplant waren, auf den Herbst verschoben wurden, weil die MSPD schwere Verluste befürchtete.[664] Nach Brains Überzeugung entsprach der Zustand der Politik Anfang 1920 der allgemeinen Lage des Landes, die nicht durch einen Wiederaufbau, sondern von fortschreitendem Verfall und gesellschaftlicher Desintegration gekennzeichnet war.[665]

---

662 The Times, 24. Juni 1919, Kolumne „Through German Eyes – Parties And Policies Analysed"; The Manchester Guardian, 27. Juni 1919, LA „The State Of Germany"; The Daily Herald, 27. Juni 1919.

663 Englisch „the child of despair".

664 Schreiben Brains an Steed, 4. Februar 1920, Steed Papers, Correspondence with Ernest Brain, TNL Archive, HWS/1.

665 Ebd.

In den folgenden Jahren zeigte sich, dass der Ablauf der Krise um die Annahme des Versailler Vertrags kein Einzelfall blieb, sondern sich daraus ein Muster entwickelte. Denn in regelmäßigen Abständen schlugen außenpolitische Probleme, die durch die Umsetzung der Friedensbestimmungen entstanden, fast immer unmittelbar auf die deutsche Innenpolitik durch. Die Folge waren heftige Kontroversen der Parteien, die in Regierungskrisen mündeten, wie etwa nach dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921. Die Festsetzung der Reparationssumme auf 132 Milliarden Goldmark durch die Alliierten sowie die Aufstellung eines Zahlungsplans kombiniert mit einer Frist zu dessen Annahme führte in Berlin zum Sturz der Regierung Fehrenbach. Der eigentliche Grund war aber nicht etwa eine Ablehnung der alliierten Vorschläge, so Voigt im *Manchester Guardian*. Alle Entscheidungsträger seien sich einig, dass man keine andere Wahl habe als zu unterzeichnen, allerdings wolle niemand dafür die Verantwortung übernehmen.[666]

Diese Furcht vor den Konsequenzen des eigenen politischen Handelns, das im Falle der Erfüllung des Friedensvertrags unpopuläre Maßnahmen einschloss, führte nach Meinung des *Daily Telegraph* zu einer regelrechten Lähmung in Parlament und Regierung. Das konservative Blatt beklagte deshalb die Unzulänglichkeiten, mit denen der Regierungsprozess in Deutschland behaftet war.

> One sees a Government which does not know its own mind, and which is ready to confess urbi et orbi its great weakness. The Reichstag is composed of people whose only merit seems to be to be able to round of sonorous sentences and to be content when they reap applause from their audience. Words, words, and not a single constructive proposal! Every other man is able to prove where the Treaty of Versailles is at fault, or to explain how France is digging her own grave. No man seems to be able to propose something tangibly possible to improve Germany's own situation. A great nation, for Germany is a great nation, is suffering from a governing organisation without the will to do things and without the courage to recognise its inability to do things and to draw the inevitable conclusions from this confession.[667]

Der *Telegraph* sah darin die Spätfolgen des autokratischen Regierungssystems des Kaiserreichs, das einen Menschentyp produziert habe, der hervorragend geeignet war, Anweisungen auszuführen, aber nur sehr wenige Führungspersönlichkeiten, die diese erteilen konnten.[668]

Die von den englischen Zeitungen konstatierten Mängel in Bezug auf die Parteien und ihr Führungspersonal ließ die Ruhrbesetzung und die daraus resultierenden ökonomischen, gesellschaftlichen sowie politischen Verwerfungen

---

666 The Manchester Guardian, 6. Mai 1921.

667 The Daily Telegraph, 2. Januar 1923.

668 Ebd. Die mangelnde Bereitschaft der Parteien zur Übernahme von Regierungsverantwortung war in der Tat eine wesentliche Funktionsschwäche des Weimarer Parteiensystems. Allerdings gehörte zu den Grundproblemen der Weimarer Parteiendemokratie auch, dass die Wähler eine verantwortungsvolle Regierungsarbeit so gut wie nie honorierten. Wirsching, Weimarer Republik, S. 19f.

noch deutlicher hervortreten. Nachdem mit zunehmender Dauer der Auseinandersetzung immer klarer wurde, dass der „passive Widerstand" wegen der hohen Kosten und der ungerechten Lastenverteilung nicht unendlich weitergeführt werden konnte, gingen die unterschiedlichen politischen Lager verstärkt auf Konfrontationskurs. Die *Times* beobachtete besorgt, dass vor allem die Arbeiter unter den wirtschaftlichen Folgen der Ruhrbesetzung litten und die linken Parteien demzufolge den Druck auf die Regierung mit dem Ziel erhöhten, zu einer Verständigung mit Frankreich zu kommen. Gleichzeitig würden die Nationalisten durch die französische Politik zu einer Intensivierung des Ruhrkampfs getrieben, so dass beide Seiten weiter auseinander drifteten und der Antagonismus noch größer werde.[669] Die Situation erinnere mehr und mehr an den Herbst 1918 mit dem Unterschied, dass die Rechte nicht noch einmal zulassen werde, durch eine Revolution der Massen „von hinten erdolcht" zu werden, sondern zum Kampf entschlossen sei.[670]

Die Situation eskalierte weiter, nachdem die Regierung Cuno wegen der Erfolglosigkeit ihrer Ruhrpolitik gestürzt war und die daraufhin gebildete „Große Koalition" mit Stresemann als Reichskanzler Ende September den Abbruch des passiven Widerstandes anordnete. Die Regierung in Bayern, das schon seit Jahren ein Sammelbecken von Monarchisten, Völkischen, Nationalsozialisten und anderen reaktionären Kräften war, setzte daraufhin die bayerische Verfassung außer Kraft und ernannte den konservativen Politiker und Monarchieanhänger von Kahr zum Generalkommissar.[671] Die Reichsregierung antwortete auf diese Herausforderung ihrerseits mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes. Aus der politischen und wirtschaftlichen war damit eine Verfassungskrise ersten Ranges erwachsen. Die englischen Zeitungen waren sich in ihrer Einschätzung des Ernstes der Lage einig und titelten übereinstimmend, dass in Deutschland eine „Diktatur" etabliert worden war und dass die Zukunft der Republik auf dem Spiel stand.[672]

Die Vielschichtigkeit der innenpolitischen Konfliktlinien verstärkte die Unübersichtlichkeit und Unberechenbarkeit der Situation. Auf der verfassungsrechtlichen Ebene standen sich das Reich und das Land Bayern gegenüber, wobei der Reichswehr die Aufgabe zufiel, die Autorität der Regierung in Berlin gegen den Münchner Generalkommissar durchzusetzen. Allerdings war un-

669 The Times, 10. Juli 1923.

670 Ebd.

671 Kahr war Parteigänger der „Vereinigten Vaterländischen Verbände", dem Sammelbecken der völkischen, nationalistischen und paramilitärischen Organisationen, die unter der Schirmherrschaft des Ex-Generals von Ludendorff standen und nach dem Vorbild der italienischen Faschisten einen „Marsch auf Berlin" planten. Kolb, Weimarer Republik, S. 54f.

672 The Daily Herald, 28. September 1923; The Manchester Guardian, 28. September 1923; The Times, 28. September 1923; The Daily Telegraph, 28. September 1923; The Daily Mail, 29. September 1923.

klar, welcher Seite das Militär zuneigte, das nach wie vor von reaktionären Offizieren dominiert war.[673] Auf der politischen Ebene war dies aus britischer Sicht eine Konfrontation zwischen Befürwortern und Gegnern der Republik. Welche Ziele Letztere in Bayern genau verfolgten, blieb aber nebulös. Von Kahr, so vermutete Voigt, wolle die Wiedereinsetzung der Wittelsbacher als Monarchen in München, während Hitler und seine „Sturmtruppen" eine Restauration der Monarchie nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Reich verfolgten.[674] Angesichts der Aktivitäten der extremen Rechten war außerdem abzusehen, dass auch die Kommunisten nicht untätig bleiben würden. Sollte der Reichsregierung die Kontrolle völlig entgleiten, sei ein Bürgerkrieg nicht mehr auszuschließen.[675]

In den folgenden Wochen schienen sich die schlimmsten Befürchtungen der englischen Beobachter zu bestätigen. Ein Streit um die Aufhebung des Achtstundentages, den die Industriellen in der DVP um Stinnes vom Zaum gebrochen hatten, veranlasste die Sozialdemokraten, die Koalition aufzukündigen.[676] Eine Lösung der neuerlichen Regierungskrise war zunächst nicht in Sicht. Der *Manchester Guardian* spekulierte, ob der Reichstag jetzt aufgelöst und Stresemann gestützt auf das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten regieren werde.[677] Die Aussicht auf ein derart gestaltetes „Direktorium" ließ Daniels in der *Times* fragen, ob das Ende des Parlamentarismus in Deutschland, dessen Anhänger weniger und weniger würden, gekommen sei.[678] Und der Korrespondent der *Daily Mail*, Rothay Reynolds, sah bereits die Gelegenheit für Monarchisten, Junker und Industrielle nahen – „eben jene Männer, die den Krieg angefangen hatten und für Vergeltung beten" –, die diktatorische Gewalt zu übernehmen.[679] Nur unter großen Anstrengungen gelang es Stresemann schließlich, die Parteien der „Großen Koalition" doch noch einmal zusammenzubringen, die laut Voigt jetzt jedoch deutlich geschwächt war.[680]

Die nächste Belastungsprobe überstand das vordergründig wiedergestellte Regierungsbündnis nur mit Mühe ohne Beschädigung. Erst im zweiten Anlauf ließ der Reichstag das Ermächtigungsgesetz passieren, mit dem sich das Kabinett Handlungsfreiheit in der Finanz- und Wirtschaftspolitik verschaffte und das eine Voraussetzung für die geplante Währungsreform war. Wie prekär die

673 The Times, 28. September 1923, LA „Distracted Germany".
674 The Manchester Guardian, 28. September 1923.
675 The Daily Telegraph, 28. September 1923, LA „The German Dictatorship"; The Times, 28. September 1923, LA „Distracted Germany".
676 Die bürgerlichen Parteien sahen eine Lockerung der Arbeitszeitregelung als integralen Bestandteil der Wirtschaftssanierung an, während die SPD diesen Komplex unangetastet lassen wollte. Schwabe, Weg der Republik, S. 95–133. Hier S. 117.
677 The Manchester Guardian, 5. Oktober 1923, LA „Confusion In Germany".
678 The Times, 5. Oktober 1925.
679 The Daily Mail, 6. Oktober 1923.
680 The Manchester Guardian, 8. Oktober 1923.

Lage inzwischen eingeschätzt wurde, verdeutlicht der Bericht von Wilcox, der im *Daily Telegraph* erklärte, dass der deutsche Parlamentarismus doch keinen „Selbstmord" begangen hatte, was bei einem Scheitern des Gesetzes und den dann unvermeidlichen Neuwahlen der Fall gewesen wäre, bei denen vorauszusehen war, dass Kommunisten und Nationalisten die Gewinner wären.[681]

Ein Ende der schweren Krise war damit aber nicht in Sicht. Vielmehr überschlugen sich in der zweiten Oktober- und der ersten Novemberhälfte die Ereignisse förmlich. Vorbereitungen für eine kommunistische Revolution in Sachsen und Thüringen, wo die KPD seit kurzem mit der SPD gemeinsam regierte und eigene Kampfverbände aufstellte, die so genannten „proletarischen Hundertschaften", begegnete die Reichsregierung mit dem Einsatz der Armee. Der zuständige Wehrkreisbefehlshaber Generalleutnant Müller erhielt den Auftrag, die „Hundertschaften" aufzulösen, und setzte gedeckt durch eine Notverordnung Eberts am 29. Oktober die sächsische Regierung ab.[682] Die SPD, die vergeblich ein ähnlich resolutes Vorgehen gegen das verfassungsbrüchige Bayern gefordert hatte, verließ daraufhin erneut die Koalition in Berlin, so dass das Kabinett Stresemann über keine parlamentarische Mehrheit mehr verfügte. Der Konflikt mit Bayern kulminierte schließlich im Putsch Hitlers und Ludendorffs, der am 9. November 1923 im Kugelhagel bayerischer Polizisten vor der Feldherrnhalle in München scheiterte.[683] Noch am selben Tag übertrug Ebert dem Oberbefehlshaber der Reichswehr, General von Seeckt, die vollziehende Gewalt. Wegen der Weigerung sowohl der SPD als auch der Deutschnationalen, sein Kabinett zu unterstützen, regierte Stresemann bis auf weiteres gestützt auf das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten ohne das Parlament.

Die Warnung des Reichskanzlers, seine Regierung könnte die letzte verfassungsmäßige vor einer Diktatur der extremen Rechten sein, wurde von den englischen Korrespondenten in Anbetracht der Geschehnisse ernst genommen.[684] Nachdem Stresemann infolge eines Misstrauensvotums des Reichstags am 23. November sein Amt verlor, richteten sich alle Augen konsequenterweise auf die zwei Persönlichkeiten, in deren Händen das Schicksal der parlamentarischen Demokratie jetzt lag: Reichspräsident Ebert und Reichswehrchef von Seeckt. An dem Bestreben des Präsidenten, seine außerordentlichen Vollmachten zum Schutz der Republik einzusetzen, eine Diktatur der Rechtsextremen zu verhindern und zu einer Koalition aus den gemäßigten bürgerlichen Kräften

---

681 THE DAILY TELEGRAPH, 15. Oktober 1923.

682 Weniger dramatisch, aber mit ähnlichem Ergebnis klärte sich die Situation in Thüringen. SCHWABE, Weg der Republik, S. 115f. Vgl. auch THE MANCHESTER GUARDIAN, 18. Oktober 1923; THE DAILY TELEGRAPH, 29. Oktober 1923; THE TIMES, 30. Oktober 1923.

683 Zur Wahrnehmung der Kommunisten und rechtsextremen Bewegungen vgl. das folgende Kapitel 2.5.3.

684 Daniels berichtete, dass seine geschrumpfte Koalition „is the last thing that stands between the country and the dictatorship of the Extreme Right". THE TIMES, 5. November 1923.

mit den Sozialdemokraten zurückzukehren, bestanden keine Zweifel.[685] Die große Unbekannte war von Seeckt. Die Ansichten über ihn gingen auseinander. Ward Price beschrieb ihn in der *Daily Mail* als typisch preußischen, kaisertreuen Offizier, wobei er dem obersten Militär zugute hielt, dass er bisher der Führung des zivilen Reichswehrministers gefolgt war. Dennoch vermutete der Reporter, dass „the old Adam can hardly be dead in von Seeckt" und bemerkte, dass der Erfolg Eberts von der Loyalität von Seeckts abhing.[686] Voigt hingegen schätzte den Offizier im *Manchester Guardian* als vorsichtig, taktvoll, moderat und sehr intelligent ein, konnte zu seinen politischen Absichten aber auch nur spekulieren, dass er früher oder später wohl die Staatsführung übernehmen wolle.[687] Befürchtungen dieser Art erwiesen sich jedoch im Nachhinein als unbegründet.[688]

Für die Beurteilung Deutschlands in den englischen Zeitungen hatte die Existenzkrise der Weimarer Republik, die aus der Ruhrbesetzung erwuchs, deutlich messbare Folgen. Der *Daily Herald* und der *Manchester Guardian* sahen sich in ihrem Ruf nach einer aktiven Unterstützung der demokratischen Kräfte in Berlin durch die Alliierten bestätigt. Der *Guardian* sprach der britischen Regierung und ihrer Politik der „wohlwollenden Neutralität" eine Mitverantwortung für die Zuspitzung der Krise zu. Das lange Zögern Londons in der Reparationsfrage habe mit dazu geführt, die zentrifugalen politischen Kräfte in Deutschland zu stärken und die Autorität der Regierung in Berlin zu schwächen.[689]

Bei den konservativen Qualitätszeitungen *Times* und *Daily Telegraph* löste die Erkenntnis, dass der Bestand der Republik u.U. von kurzer Dauer sein konnte, einen Meinungsumschwung aus. Beide erkannten an, dass ein Versinken Deutschlands im Chaos für das restliche Europa fatal wäre und dass die innenpolitischen Schwierigkeiten in Berlin zumindest zu einem Teil außenpolitisch bedingt waren.[690] Auch wenn der Ruhrkampf von Anfang an ein aussichtsloses und deshalb ein „offenkundig unkluges" Unterfangen gewesen war, sah der *Telegraph* keinen Anlass zu Schadenfreude.[691] Das Überleben der Weimarer Demokratie lag im ureigensten britischen Interesse, da ein demokratisch verfasstes, einiges Deutschland friedvoller und eher geneigt sei, den Versailler Vertrag zu erfüllen, als ein monarchisches oder kommunistisches.

---

685 The Daily Telegraph, 26. November 1923.

686 In einem Doppelportrait von Seeckts und Ludendorffs. The Daily Mail, 10. November 1923.

687 The Manchester Guardian, 24. November 1923.

688 Am 30. November ernannte Ebert ein neues Minderheitskabinett unter Führung des Zentrumspolitikers Wilhelm Marx mit Stresemann als Außenminister, das von der SPD toleriert wurde und bis zu den Wahlen im Mai 1924 amtierte. Der Ausnahmezustand wurde am 13. Februar 1924 wieder aufgehoben.

689 The Manchester Guardian, 24. November 1923, LA „Stresemann's Defeat".

690 The Times, 23. Oktober 1923, LA „Breaking Up".

691 The Daily Telegraph, 28. September 1923, LA „The German Dictatorship".

It would be a misfortune, from our British standpoint, if the German Republic were overthrown by the military party or by the Communists whose aims must be a source of disturbance to the whole of Europe. […] a disunited Germany would only increase the confusion in Europe while postponing indefinitely the payment of Reparations. Germany has caused us and the whole world immense suffering, but it would be extremely unwise, […] to gloat over her misfortunes, which prolong the trade depression and the industrial unrest. It is to our interest, as well as to hers, that her Government should suppress all revolutions and maintain order and unity.[692]

Obwohl die Existenzkrise des politischen Systems 1923 nur unter äußerster Anstrengung überwunden werden konnte, zogen die deutschen Politiker aus Sicht der britischen Beobachter daraus in den folgenden Jahren offenbar keine Lehren. Die grundsätzlichen Gegensätze zwischen den Parteien blieben bestehen, so dass auch weiterhin keine stabilen Mehrheiten im Reichstag zustande kamen und die Regierungsbildung ein langwieriger, schwieriger Prozess blieb. Wenn es dafür noch eines weiteren Beweises bedurfte, so wurde dieser durch die Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 und die anschließenden Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen geliefert, die sich bis Mitte Januar 1925 hinzogen. Das Wahlergebnis bedeutete nach der deutschen Koalitionsarithmetik zwar ein politisches Patt.[693] Die englischen Korrespondenten in Berlin brachten in ihren Berichten trotzdem kaum noch Verständnis für das Taktieren der Parteien auf. Harold Daniels beispielsweise konnte zwar nachvollziehen, dass die DNVP eine Regierung aus Zentrum, DDP und SPD torpedieren wollte, dass die DVP weder die frühere Koalition aus ihr selbst, Zentrum und DDP noch eine „Große Koalition" wollte und dass das Zentrum auf keinen Fall zusammen mit der DNVP und der DVP einen „bürgerlichen Block" bilden wollte. Die Begründungen für die rigide Haltung der einzelnen Parteien hielt Daniels aber für nichtig und schloss mit dem Kommentar: „thus we have once again the spectacle of all the parties keeping their principles inviolate and getting nothing done."[694] Die Unfähigkeit der Parteien, inner- und außerhalb des Parlaments konstruktiv zusammen zu arbeiten, lag seiner Ansicht nach an ihrem Selbstverständnis, nach dem Prinzipen wichtiger waren als Pragmatismus. „Politics in Germany are, after all, a mental state – a ‚Weltanschauung' – and are not easily adaptable to change or circumstance."[695]

Die Schwierigkeiten resultierten nach der Analyse des *Manchester Guardian* auch daraus, dass die parlamentarische Regierungsform in Deutschland ver-

---

692 Ebd.

693 Rein rechnerisch verfügten verschiedene Parteienkombinationen über eine absolute Mehrheit der Mandate. Möglich wäre z.B. eine bürgerliche Regierung aus DNVP, DVP, BVP, Zentrum und DDP oder einer der kleinen Splitterparteien gewesen, genauso wie eine Kombination aus SPD, DDP, Zentrum und einer weiteren Partei die nötigen 247 der insgesamt 493 Sitze erreicht hätte.

694 The Times, 3. Januar 1925.

695 Daniels, German Republic, S. 85.

hältnismäßig neu war. Das Wahlsystem begünstigte außerdem die Repräsentanz vieler unterschiedlicher Meinungen im Reichstag und als Folge eine Zersplitterung der Parteienlandschaft. Dadurch wären die Abgeordneten eigentlich zu Kompromissen gezwungen, allerdings zeigten die wenigstens einen solchen „parlamentarischen Sinn".[696] Und der *Daily Telegraph* prognostizierte angesichts der politischen Kräfteverhältnisse nach den jüngsten Wahlen eine Fortsetzung der bisherigen Tradition schwacher und instabiler Kabinette.[697]

Das Ergebnis der Verhandlungen erregte dann aber doch einiges Aufsehen. Zum ersten Mal stützte eine Parteienkombination eine Regierung, an der auch die Deutschnationalen beteiligt waren. Die Überraschung bei den englischen Korrespondenten war auch deshalb groß, weil die DNVP bisher als vehementer Verfechter der Monarchie und damit als überzeugter Gegner der Republik galt. Die *Daily Mail* titelte „Old Gang back in Germany" und erklärte, dass nun dieselben Nationalisten das Land regierten, die Europa in den Krieg gestürzt hatten und sowohl das Junkertum als auch die Hohenzollern-Monarchie repräsentierten.[698]

Etwas differenzierter fiel die Reaktion in den anderen Tageszeitungen aus. Das neue Kabinett sei zwar auf den „schwarz-weiß-roten Block" angewiesen, schrieb der *Daily Herald*, aber eine feste Koalition sei nicht zustande gekommen.[699] Die *Times* betonte den schwierigen Balanceakt, der für die Bildung der Regierung nötig gewesen war.

> The composition of the Cabinet has been so much a matter of compromise and adjustment, that it has been nick-named the ‚Ersatz Kabinett', the implication being that all the genuine Cabinets have been used up. Like most ‚Ersatz' things, the country would not have had recourse to it if it had not recognized that there was no alternative.[700]

Der *Telegraph* vertrat den gleichen Standpunkt und verwies darauf, dass die Monarchisten ihrer Feindschaft gegenüber der Republik zumindest temporär abgeschworen hätten und das Kabinett auch auf das Zentrum angewiesen sei, das keine Manifestationen eines „reaktionären Geistes" erlauben werde.[701]

Vor dem Hintergrund der andauernden Parteiquerelen erschienen die Arbeit und die Persönlichkeit Friedrich Eberts, des ersten Reichspräsidenten, vielen englischen Beobachtern nun in weit positiverem Licht als zu Beginn seiner Amtszeit. An seiner Beurteilung lässt sich ablesen, wie sehr sich die Haltung der britischen Presse gegenüber dem „neuen" demokratischen Deutschland seit Ende des Krieges verändert hatte und in welchem Maß sie sich inzwischen trotz der Mängel in der Verfassungsordnung mit dem Überleben der Weimarer Republik identifizierte. Insbesondere die konservativen Zeitungen, die Ebert

---

696 The Manchester Guardian, 17. Januar 1925.
697 The Daily Telegraph, 9. Januar 1925.
698 The Daily Mail, 16. Januar 1925.
699 The Daily Herald, 16. Januar 1925.
700 The Times, 16. Januar 1925.
701 The Daily Telegraph, 17. Januar 1925.

bei der Übernahme der Kanzlerschaft noch als „kaiserlichen Sozialdemokraten" geschmäht hatten und hart mit ihm ins Gericht gegangen waren, weil er wie der Rest der MSPD nicht nur den Kriegskrediten zugestimmt hatte, sondern auch die Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands ablehnte, betrachteten sein Wirken mit anderen Augen. Aus Anlass von Eberts überraschendem Tod am 28. Februar 1925 brachten alle Zeitungen ausführliche Nachrufe, in denen die politische Laufbahn des ersten Präsidenten der Weimarer Republik nachgezeichnet wurde.

Am deutlichsten war der Meinungsumschwung bei der *Daily Mail*, die Ebert und den anderen Sozialdemokraten noch im November 1918 vorgeworfen hatte, Wilhelm II. als demokratisches Feigenblatt gedient und den Krieg uneingeschränkt unterstützt zu haben.[702] Nun würdigte das Massenblatt seine Präsidentschaft als Erfolg.

> With tenacious sagacity he has attempted to steer the ship of State along a middle course leaning neither to the right nor to the left. He is naturally hated by the Nationalists and the Communists, who long for his destruction. […] He is not brilliant, but he is shrewd, logical, far-seeing, and without any extreme bias in any direction. When Germany was beaten Hindenburg wrote to him that he was the one man who could save the nation from complete collapse, and it is this widespread belief that has rallied moderate opinion to his side.[703]

Die anderen Zeitungen standen dieser Bewertung in nichts nach. Dem allgemeinen Tenor zufolge hatte Deutschland einen seiner wenigen wirklichen Staatsmänner verloren, der einen wesentlichen Anteil daran hatte, dass das Reich als Einheit gerettet worden war und die Demokratie alle Krisen überwunden hatte. Dabei erschienen nun Eigenschaften Eberts als positive Seiten seiner Persönlichkeit, die sieben Jahre zuvor noch negativ ausgelegt worden waren. Er sei ein einfacher, ehrlicher Mann mit einem zwar begrenzten Horizont, dafür aber mit tief verwurzelten Überzeugungen gewesen, der niemals impulsiv, sondern immer überlegt gehandelt habe. Alles in allem sei er das genaue Gegenstück zu Wilhelm II. gewesen, was für das Nachkriegsdeutschland ein großes Glück gewesen sei, schrieb der *Daily Telegraph*.[704] Der *Manchester Guardian* schätzte seine persönlichen Qualitäten ähnlich ein. „He never showed exceptional ability as a writer or an orator, and several of his colleagues stood above him intellectually, but he won general confidence by his honesty and his common sense in practical matters."[705]

Zugute gehalten wurde ihm von den englischen Kommentatoren vor allem sein Eintreten für die Republik gegen alle Widerstände, obwohl er sich damit rechts wie links viele Feinde gemacht hatte, wie der *Daily Herald* betonte.

---

[702] Vgl. Teil II, Kapitel 2.1.1.

[703] The Daily Mail, 25. Februar 1925. Die *Mail* druckte aus Anlass seiner Operation wenige Tage vor Eberts Tod eine Würdigung seines Lebenswerks.

[704] The Daily Telegraph, 2. März 1925.

[705] The Manchester Guardian, 2. März 1925.

Fiercely criticised on the one hand by the Nationalists and on the other by Communists and Left Wing Socialists, he worked consistently throughout his term of office to maintain and strengthen the influence of the moderate constitutional parties and to defend the Weimar constitution against revolutionary movements either from the right or from the left.[706]

Die *Times* hob darüber hinaus die wenig öffentlichkeitswirksame Rolle hervor, die Ebert in seiner Funktion als Präsident bei den Regierungsbildungen hinter den Kulissen gespielt hatte. Oft sei es nur seiner Vermittlung, seiner Beharrlichkeit und seiner Auswahl der richtigen Kanzlerkandidaten zu verdanken gewesen, dass die Parteien ihre Gegensätze zumindest zeitweilig überbrücken konnten und überhaupt eine Regierung zustande gekommen war.[707]

Gerade wegen der Art und Weise, in der Ebert das Reichspräsidentenamt ausgefüllt hatte, aber auch wegen dessen Machtfülle, die diesem Verfassungsorgan in Krisensituationen eine Schlüsselrolle im politischen System zuwies, richtete sich die Aufmerksamkeit der englischen Beobachter nach Eberts Tod auf die nun bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Die Auswahl der Kandidaten im Vorfeld des ersten Wahlgangs schien eine erneute Bestätigung für die Kritik der britischen Presse an den deutschen Parteien und ihrem Führungspersonal zu sein.[708] Im Unterschied zu den Reichstagswahlen, bei denen nur eine von den Parteien aufgestellte Liste angekreuzt werden konnte, hatten die Deutschen bei den Präsidentschaftswahlen nun zum ersten Mal überhaupt die Möglichkeit, für eine Person direkt zu votieren. Nach einhelliger Meinung des *Daily Herald* und des *Daily Telegraph* verfügte allerdings keiner der insgesamt sieben Aspiranten über „echte Führungsqualitäten" oder die nötige „Popularität".[709]

Hinzu kam, dass eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nötig war, um gleich im ersten Durchgang gewählt zu sein. In Anbetracht der politischen Kräfteverhältnisse war deshalb von vornherein klar, dass nur ein Anwärter Aussichten auf Erfolg hatte, der von mehreren Parteien unterstützt wurde. Dessen ungeachtet schickten alle Parteien eigene Kandidaten ins Rennen.[710] Lediglich die DNVP und die DVP hatten sich auf den amtierenden Innenminister Karl Jarres als gemeinsamen Präsidentschaftsanwärter geeinigt, wobei es aber von Anfang an Stimmen in den konservativen deutschen Zeitungen gab, die ihn nur als Platzhalter für einen anderen, populäreren Kandidaten im Falle

---

706 The Daily Herald, 2. März 1925.
707 The Times, 2. März 1925; The Manchester Guardian, 2. März 1925.
708 Der Termin für den ersten Wahlgang war der 29. März 1925.
709 The Daily Herald, 23. März 1925; The Daily Telegraph, 1. April 1925.
710 Für die KPD kandidierte ihr Vorsitzender Ernst Thälmann, für die SPD der langjährige Ministerpräsident Preußens Otto Braun, für das Zentrum der ehemalige Reichskanzler Wilhelm Marx, für die DDP der badische Staatspräsident Willy Hellpach, für die BVP der bayerische Ministerpräsident Heinrich Held und für die Nationalsozialisten Erich Ludendorff.

eines zweiten Wahlgangs ansahen.[711] Das Ergebnis war, dass der erste Wahlgang

> became a mere dress rehearsal of that which was already destined to take place four weeks later – not even a dress rehearsal in the sense of the same actors taking part, for it is open to the parties to bring forward new candidates at the second election, and it is at present completely uncertain who those put in nomination will be.[712]

Wie erwartet konnte keiner der sieben Kandidaten die nötige absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Für den damit erforderlichen zweiten Wahlgang, bei dem eine relative Mehrheit für einen Sieg ausreichte, nominierten die Parteien der „Weimarer Koalition" aus SPD, Zentrum und DDP nun den Zentrumspolitiker und ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx als ihren gemeinsamen Kandidaten. Für die KPD trat erneut Ernst Thälmann an. Zwischen den Deutschnationalen und der DVP hingegen brach ein offener Streit aus, da die DNVP unbedingt den ehemaligen Feldmarschall und „Weltkriegshelden" Paul von Hindenburg aufstellen wollte, während die Volkspartei auf Betreiben von Außenminister Stresemann, der im Falle der Wahl Hindenburgs um das internationale Ansehen Deutschlands fürchtete, an Jarres festhielt.[713] Hindenburg selbst lehnte das Ansinnen der Deutschnationalen zunächst ab, beschloss dann aber doch zu kandidieren.

Für die englischen Zeitungen war dies ein Schritt mit Symbolwirkung. Schon aus den Reichstagswahlen im Dezember waren die „monarchisch gesinnten" Parteien DNVP und DVP gestärkt hervorgegangen. Die Regierungsbildung hatte den Rechtsruck der deutschen Politik bestätigt. Und jetzt trat eine der führenden Figuren des alten Kaiserreichs an, um das höchste deutsche Staatsamt zu übernehmen. Damit war aus britischer Sicht klar, dass es bei den Präsidentschaftswahlen um eine grundsätzliche Weichenstellung in Deutschland ging: entweder die Beibehaltung der Republik mit dem moderaten Marx an der Spitze oder eine Rückkehr zur Monarchie unter der Ägide Hindenburgs.[714]

> The veteran general […] is the archetype of the Prussian officer who helped to create and to destroy the Germany of yesterday. […] In voting for him the German people would be voting for the revival of a past in which they were not their own masters. They would be recording the opinion that their Republic has failed, and that its chief officer must serve no other purpose than that of preparing the way for a monarchical restoration.[715]

Unter den englischen Korrespondenten in Berlin bestand kein Zweifel, dass Hindenburg nach wie vor einen engen Kontakt zu Wilhelm II. pflegte und ihm

---

711 The Times, 30. März 1925.
712 The Daily Telegraph, 1. April 1925.
713 The Times, 8. April 1925; The Manchester Guardian, 8. April 1925.
714 The Daily Herald, 9. April 1925; The Daily Mail, 9. April 1925; The Times, 11. April 1925.
715 The Manchester Guardian, 9. April 1925, LA „The New Hindenburg Line".

treu ergeben war.[716] Angesichts seines hohen Alters von 77 Jahren schien es naheliegend, dass Hindenburg als Präsident nur übergangsweise bis zu einer Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie amtieren sollte.[717] In diesem Zusammenhang löste die Aussicht, dass der überalterte und politisch unerfahrene Feldmarschall über die umfassenden Befugnisse des Reichspräsidentenamtes verfügen sollte, Besorgnis aus. „With a suprannuated and helpless Hindenburg nominally exercising those functions, they would quite certainly be in fact directed to furthering the aims of the reactionary fanatics with whom the Field Marshal is in closest sympathy."[718]

Den Beteuerungen aus den rechten Parteien, dass eine Veränderung der Weimarer Verfassungsordnung nicht geplant sei, schenkten die englischen Kommentatoren keinen Glauben. Vor allem bei den konservativen Zeitungen saß das Misstrauen gegenüber den Anhängern des Kaiserreichs auch sieben Jahre nach Kriegsende tief. Bei der Wahl gehe es um eine Frage von großer Tragweite, so die Überzeugung der *Times*.

> It is a very grave question, grave to Europe as to Germany, for it is whether the German nation still adhere at heart to the ‚Weltanschauung' which found its highest expression in the Empire of the Hohenzollerns, or to the aspirations for peaceful progress on democratic lines professed in the Constitution of Weimar. The attempts to conceal or disguise this truth made by some of the Nationalists are transparently dishonest and unworthy. The fight is a perfectly straight fight between Monarchy and the Republic, between ‚Prussian militarism' and the Parliamentary system, between reaction and government of the people by the people.[719]

Und die *Daily Mail* warnte vor den internationalen Folgen einer Restauration der Hohenzollern sowie eines Wiederaufstiegs der Junker. Beides werde dazu führen, dass das Misstrauen gegenüber Deutschland in Europa wachsen und am Ende größer sein werde denn je.[720]

Nachdem Hindenburg tatsächlich gewählt worden war, blieben die Bedenken zwar bestehen. Gleichzeitig erfolgte aber auch eine Neubewertung der möglichen Folgen seines Sieges für die deutsche Innen- und Außenpolitik, die wesentlich optimistischer ausfiel als noch bei seiner Nominierung. In den Wahlanalysen wurden nun alle Argumente in den Vordergrund gestellt, mit denen sich die bisherigen Befürchtungen widerlegen ließen. So wurde der Erfolg des Feldmarschalls weniger als ein Votum für die Wiedereinführung

---

716 Vgl. die Berichte von Voigt im *Manchester Guardian* und Wilcox im *Daily Telegraph* am 8. April 1925. Nach ihren Informationen kursierte das Gerücht, dass Hindenburg beim Ex-Kaiser angefragt hatte, ob er kandidieren soll. Sie konnten dies jedoch nicht verifizieren.

717 The Daily Herald, 9. April 1925; The Daily Mail, 9. April 1925.

718 The Daily Telegraph, 11. April 1925, LA „Hindenburg's Candidature".

719 The Times, 14. April 1925, LA „Republic Or Kaiser?".

720 The Daily Mail, 13. April 1925, LA „Hindenburg Again – The Hohenzollern Candidate".

der Monarchie, sondern vielmehr als das Ergebnis seiner ungebrochenen Popularität interpretiert. Nach übereinstimmender Einschätzung war der „Sieger von Tannenberg" die in Deutschland mit Abstand bekannteste und am meisten verehrte Persönlichkeit, sein Sieg erschien im Nachhinein deshalb wenig überraschend.[721] Der Leitartikler John W. Flanagan plädierte in der *Times* folglich dafür, der Präsidentschaftswahl keine allzu große politische Bedeutung beizumessen, auch wenn er die Tatsache, dass sich etwa die Hälfte der deutschen Wahlberechtigen für den Kandidaten der Reaktion bzw. der Monarchisten entschieden hatte, beunruhigend fand.[722] Der *Daily Telegraph* wiederum vertraute darauf, dass sich Hindenburg an sein Versprechen aus dem Wahlkampf halten würde, keine Änderung der Staatsform anzustreben, und selbst die *Mail* gewährte ihm einen Vertrauensvorschuss, indem sie sich für eine abwartende Haltung des „wait and see" stark machte.[723]

Hatte es vor der Wahl noch Bedenken wegen der Machtfülle des Reichspräsidenten gegeben, so wurden danach diejenigen Bestimmungen der Weimarer Verfassung stärker betont, aus denen sich eine Beschränkung seiner Befugnisse ergab. An vorderster Stelle standen dabei der Reichskanzler, der die Richtlinien der Politik bestimmte, sowie das Kabinett, das die Regierungsgeschäfte führte.[724] Der stellvertretende Chefredakteur des *Guardian*, Charles E. Montague, erklärte etwa: „Presidents do not rule Germany […]. They are only the figureheads of the ship of State, not its engines. Under the Weimar Constitution Hindenburg will have to do what his Chancellors and Cabinets tell him."[725] Außerdem war Montague davon überzeugt, dass Hindenburg sich an seinen Amtseid, die Verfassung zu achten, halten werde. Der Berliner Korrespondent des *Guardian* Voigt ergänzte, dass der Feldmarschall zu seinem Wort stehen werde, sich nicht in die Politik der Regierung einzumischen, und deshalb in nächster Zeit kein Kurswechsel zu erwarten sei.[726]

Bereits die ersten Monate der Amtszeit Hindenburgs zeigten, dass die Wiederherstellung der Monarchie, was in den englischen Zeitungskommentaren zuvor als ein wahrscheinliches Szenario beschrieben worden war, nicht Realität wurde. Auch auf die offiziellen Beziehungen des Deutschen Reiches mit Großbritannien hatte die Wahl Hindenburgs keine negativen Auswirkun-

---

721 The Daily Herald, 28. April 1925, LA „The Germans Follow A French Example"; The Daily Telegraph, 28. April 1925, LA „Hindenburg"; The Manchester Guardian, 28. April 1925, LA „Hindenburg's Success".

722 The Times, 28. April 1925, LA „Hindenburgs's Victory".

723 The Daily Telegraph, 28. April 1925, LA „Hindenburg"; The Daily Mail, 28. April 1925, LA „President Von Hindenburg – A Portent Of What?".

724 Die Richtlinienkompetenz ergab sich aus Art. 56 WRV.

725 The Manchester Guardian, 28. April 1925, LA „Hindenburg's Success".

726 Ebd., „Hindenburg's Pledge".

gen. Die Sondierungen zwischen London und Berlin über die Möglichkeit eines Sicherheitspaktes, die schließlich zum Abschluss des Locarno-Vertrags führten, verliefen ungestört.[727] Die Rolle, die Hindenburg im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses ersten, frei zwischen den alliierten Siegermächten und Deutschland verhandelten Abkommens gespielt hatte, wurde von den englischen Korrespondenten in Berlin sogar als überaus konstruktiv bewertet. Der sonst äußerst kritische Wilcox berichtete im *Daily Telegraph*, dass Hindenburg sein Prestige und seinen Einfluss genutzt hatte, um auf die wenig kompromissbereiten konservativen Kräfte sowohl im Reichstag als auch in der Regierung mäßigend einzuwirken und eine Akzeptanz des Vertrages herbeizuführen. Wenn später einmal alle Einzelheiten bekannt würden, schloss Wilcox, „it will be realised that the occupation of the German presidency by Hindenburg at the present moment has been of invaluable service to the permanent pacification of Europe."[728]

Obwohl eine Stabilisierung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Deutschen Reich zu diesem Zeitpunkt erreicht schien, was nicht zuletzt auch auf die vorübergehende Akzeptanz des Status quo durch die Anhänger der Monarchie zurückzuführen war, fiel das Urteil über die Funktionsfähigkeit der wichtigsten politischen Institutionen und Verfassungsorgane der Weimarer Republik in der britischen Tagespresse gemischt aus. Die vergangenen Jahre hatten die systemimmanenten, strukturellen Schwächen der ersten deutschen Demokratie offen zu Tage treten lassen. Dazu gehörte das Selbstverständnis der Parteien, die sich in einem prinzipiellen Gegeneinander erschöpften anstatt konstruktiv zusammenzuarbeiten. Hinzu kam das an Listen gebundene Verhältniswahlrecht, das die Zersplitterung der Parteienlandschaft förderte und klare Mehrheiten im Parlament verhinderte. Des Weiteren hatte der Reichspräsident gegenüber Regierung und Parlament laut Verfassung eine verhältnismäßig starke Stellung, was ein Vorteil sein konnte, wie die Ausübung der präsidialen Befugnisse durch Ebert 1923 bewiesen hatte. Es konnte aber auch zu einem Nachteil werden, wie in der Diskussion um die Wahl Hindenburgs und eines möglichen Missbrauchs des Präsidentenamtes zur Einführung der Monarchie deutlich wurde.

Die Defizite der Weimarer Republik fielen britischen Beobachtern besonders auf, weil sich das politische System Großbritanniens aus verschiedenen Gründen als wesentlich krisenfester erwies, obwohl es ebenfalls mit schweren

---

[727] Die britische Regierung hatte über inoffizielle Kanäle schon am Tag nach Hindenburgs Wahl verlauten lassen, dass sie keine negativen Folgen für die Außenpolitik der Regierung Luther erwarte. THE MANCHESTER GUARDIAN, 29. April 1925. Außenminister Chamberlain bezeichnete den Wahlausgang privat als „disagreeable surprise", glaubte aber nicht, „that it is a bad thing". Chamberlain an seine Schwester Ida, 3. Mai 1925, in SELF, Diary Letters, S. 275.

[728] THE DAILY TELEGRAPH, 15. Oktober 1925.

ökonomischen und sozialen Erschütterungen fertig werden musste.[729] Die Erkenntnis, die die englischen Redaktionen aus dem Vergleich gewannen, war die, dass anders als in ihrer Heimat jede ernsthafte außenpolitische oder ökonomische Krise für die Weimarer Republik Existenz bedrohend werden konnte. Das Überleben der Demokratie in Deutschland war aber letztlich auch im britischen Interesse. Denn nur eine von den gemäßigten politischen Kräften getragene Führung garantierte die Aufrechterhaltung der Versailler Friedensordnung. Die *Times* folgerte denn auch, dass die Bildung einer „fest verankerten deutschen Regierung" für die Stabilisierung Europas eine große Hilfe wäre.[730] Vor allem bei den konservativen Qualitätszeitungen *Times* und *Daily Telegraph* lässt sich aus diesem Grund ein auffallender Wandel in der Beurteilung der Weimarer Republik feststellen. Noch während der Revolution und der Gründungsphase überwog das Misstrauen gerade gegenüber den Befürwortern der Demokratie in der Weimarer Koalition und man sah keinerlei Veranlassung, deren Position durch eine Revision der eigenen Außenpolitik sprich durch mildere Friedensbedingungen zu festigen. Spätestens seit der Ruhrbesetzung war man jedoch auch hier bereit, deutsche Interessen stärker zu berücksichtigen, um auf diese Weise zu einer Verständigung zu gelangen und so die moderaten politischen Kräfte in Berlin zu stützen. Die meisten liberalen und Labour-Blätter hatten diesen Standpunkt schon seit der Novemberrevolution vertreten.

2.5.3 Politischer Extremismus: Rechte und linke Feinde der Republik

Die Suche nach den Ursachen für die ausbleibende Konsolidierung der parlamentarischen Demokratie musste ohne eine genauere Analyse ihrer Gegner unvollständig bleiben. Der politische Extremismus, ob von links oder rechts, nahm deshalb in der britischen Presse zwangsläufig einen entsprechend breiten Raum ein. Der Kampf beider Lager sowohl gegen die bestehende neue Ordnung als auch gegeneinander wurde als eine Abfolge von Aktion und Reaktion wahrgenommen, wobei sich die Bolschewisten und Kommunisten seit dem Scheitern des Spartakusaufstandes und der Münchner Räterepublik im Frühjahr 1919 in der Defensive befanden. Das Gefahrenpotenzial der rechten Kräfte wurde spätestens nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 deutlich höher veranschlagt. Die Vielzahl der Parteien, Bewegungen und Geheimorganisationen sowie die Fixierung der englischen Beobachter auf eine Rückkehr der Monarchie oder einer Form der militärischen Diktatur wie in der Endphase

---

729 Möller nennt u.a. die politische Tradition, die pragmatische Flexibilität in Bezug auf die soziale Struktur und Rekrutierung politischer Eliten, in Jahrhunderten bewährte institutionelle Bedingungen, ein Zwei- bis maximal Dreiparteiensystem, die Abwesenheit totalitärer Ideologien und nicht zuletzt das ungebrochene insulare Selbstvertrauen einer in allen vorangegangenen Kriegen siegreichen Nation. MÖLLER, Europa, S. 112f.

730 THE TIMES, 14. Januar 1925, LA „Germany Seeking A Government".

des Kaiserreichs erschwerte jedoch eine Bewertung ihrer Ziele und Anhängerschaft.

Die Skepsis über die Schlagkraft der extremen Linken in Deutschland war gewachsen, seit sich die auch in England verbreitete Furcht vor einem Sieg des Bolschewismus in der Revolution 1918/19 nicht materialisiert hatte. Der Eindruck von ihrer im Verhältnis zur Rechten relativen Schwäche stützte sich außerdem auf eine Reihe weiterer Beobachtungen. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 gab es Anhaltspunkte, dass die Gefahr des Bolschewismus von der deutschen Regierung instrumentalisiert wurde, um die Westmächte unter Druck zu setzen und zu Konzessionen bei den Friedensverhandlungen zu bewegen. Northcliffe hatte seine Redakteure mehrfach angewiesen, „that we should not play into the Germans' hands by exaggerating the spread of Bolshevism. […] The Germans use the threat of Bolshevism to inspire fear into our upper and middle classes."[731] Dieser Verdacht nährte Zweifel über die Gefahr, die von der extremen Linken tatsächlich ausging.

Hinzu kam die Überzeugung, dass der Charakter der bisherigen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung Deutschlands einer bolschewistischen Revolution entgegenstand. Das „wirkliche" Deutschland sei diszipliniert, organisiert, arbeitsam und finde langsam wieder zu sich selbst, schrieb die *Times* im Mai 1919, nachdem die Freikorps Noskes der Münchner Räterepublik ein gewaltsames Ende bereitet hatten.[732] Das revolutionäre Experiment in der bayerischen Metropole war ein Beispiel für das spontane und unkoordinierte Vorgehen der Linken, die Unterstützung ausschließlich unter Teilen der Arbeiterschaft in den Städten fanden. Charles Tower sah darin die Hauptgründe für das Scheitern der Räterepublik und beschrieb in der *Daily Mail*, mit welchen zum Teil skurrilen Aktionen die Anführer Mühsam und Toller um die Gunst der Bevölkerung warben.

> People have been told […] that they would be given performances of *Parsifal* at cheap prices, and they were asked vainly to realize the fact that Cubist pictures […] now represent the true art of the people under the *new régime*. From all this half-crazy, half-romantic experimentalism the real Communist or Bolshevist party stood aloof, realizing that the time for Bolshevism had not yet come and knowing probably that outside the city Communism itself had made no headway.[733]

Die organisatorische und ideologische Zersplitterung der politischen Linken war ein weiteres Problem. Die aus dem Spartakusbund hervorgegangene KPD hatte Konkurrenz in der USPD. Beide rangen zudem mit der SPD bei der

---

731 Northcliffe an Marlowe, 24. April 1919, BL, NADM 62199. In diesem Sinn auch seine Instruktionen an den Leitartikler der *Daily Mail* Herbert W. Wilson. Northcliffe an Wilson, 22. August 1919. Ebd.

732 The Times, 6. Mai 1919.

733 The Daily Mail, 23. April 1919. Wortgleich abgedruckt in The Times, 23. April 1919. Kursiv im Original.

gleichen Klientel – den Arbeitern – um Einfluss. Der Generalstreik, der Kapp und seine rechten Putschisten im März 1920 zur Aufgabe zwang, konnte zwar oberflächlich als gemeinsamer Erfolg der linken Parteien erscheinen. In Wirklichkeit hatten jedoch alle drei eigene Aufrufe mit unterschiedlichen Zielen veröffentlicht.[734] Bei der anschließenden Bekämpfung der „roten Ruhrarmee", die radikale Gruppen in der Arbeiterschaft gebildet hatten, setzte die von der SPD geführte Reichsregierung dann erneut auf die Militärs, was einen Linksruck unter den Arbeitern an der Ruhr auslöste, wie Philips Price im *Daily Herald* beschrieb: „sentiment among the Ruhr workers has swung far towards the Left, partly, because of the brutality shown by the Reichswehr in putting down the uprising, partly, because of the feebleness shown by the Ebert government in resisting the present encroachments from the Right."[735]

Erschwerend kam der Machtanspruch hinzu, den die dritte Kommunistische Internationale in Moskau erhob und der im Oktober 1920 zu einer Spaltung der USPD führte.[736] Ihr linker Flügel schloss sich noch im gleichen Jahr mit der KPD zusammen.[737] Diese Stärkung der extremen Linken zeitigte jedoch keine Fortschritte bei der Revolutionisierung Deutschlands. Die „Märzaktion" in Sachsen, bei der die KPD 1921 einen Streik der Bergarbeiter für ihre Zwecke zu nutzen suchte, veranschaulichte eindringlich, dass den Kommunisten die nötigen Mittel für einen Umsturz fehlten. Philips Price brachte die Kräfteverhältnisse auf die kurze Formel, dass die „Rote Armee" der Bergarbeiter zwar großen Zulauf hatte, dass es aber die Regierung war, die über Maschinengewehre und Artillerie verfügte.[738]

Die neuerlichen Anstrengungen, die die KPD während des Ruhrkampfes 1923 für einen revolutionären Umsturz unternahm, und die wachsende Unterstützung, auf die sie vor allem in den Industrieregionen an Rhein und Ruhr sowie in Sachsen und Thüringen zählen konnte, änderten an der allgemeinen Einschätzung ihrer Erfolgsaussichten wenig. Die von Kommunisten initiierten Streikaktionen wurden zwar genauso registriert wie die Hinwendung zu einem „Nationalbolschewismus", mit der sich die KPD in die Front des nationalen

---

734 Die SPD forderte die Arbeiter auf, die Errungenschaften der Novemberrevolution gegen die Restauration der Monarchie zu sichern, die USPD trat für „revolutionären Sozialismus" ein und die KPD verlangte „alle Macht den Arbeiterräten". HÜRTEN, Bürgerkriege, S. 81–94. Hier S. 89.

735 THE DAILY HERALD, 27. April 1920, zit. nach PRICE, Dispatches, S. 74f.

736 Auf ihrer Sitzung im Juli 1920 verabschiedete die Komintern die Bedingungen für eine Mitgliedschaft, die eine Bündelung der Entscheidungsgewalt beim Exekutivkomitee vorsahen und zum Ziel hatten, reformerische Elemente auszuschließen. Auf dem Parteitag der USPD in Halle beschloss daraufhin der linke, revolutionäre Flügel, eine Mitgliedschaft zu beantragen, während die Minderheit der Reformer dagegen war. Vgl. Berichte von Philips Price im THE DAILY HERALD, 18. und 19. Oktober 1920, zit. nach ebd., S. 81–83.

737 Der rechte Reformerflügel trat der SPD 1922 bei.

738 THE DAILY HERALD, 31. März 1921, zit. nach PRICE, Dispatches, S. 97.

Widerstandes einreihte,[739] oder die Aufstellung „proletarischer Hundertschaften" und die Beteiligung an der sächsischen und thüringischen Regierung.[740] Die Wahrscheinlichkeit, dass ein kommunistischer Coup gelingen würde, wurde aber immer noch als gering angesehen. Daniels glaubte trotz der Ausbreitung „bolschewistischer Tendenzen" in der Arbeiterschaft nicht, dass Deutschland in die Hände der KPD fallen könnte, sondern erwartete, dass es zu einzelnen gewalttätigen Ausbrüchen kommen könnte und die Kommunisten maximal in ihren Hochburgen die Oberhand gewinnen würden.[741]

Wegen der vielen Gerüchte, die sich über bevorstehende Aufstände und mögliche Putschversuche im Umlauf befanden, war es für die englischen Korrespondenten nicht immer leicht, die Geschehnisse richtig einzuschätzen. Die geheimen Vorbereitungen für eine kommunistische Revolution, den „roten Oktober", mit denen Reichskanzler Stresemann den Einsatz der Reichswehr in Sachsen und Thüringen begründete, begegnete Wilcox beispielsweise mit Vorbehalten.

However, both the experience of the past few years and the present state of political hysteria in this country permit strong scepticism as to the reality of those alleged conspiracies. The Communists are probably well aware that even yet their chances of gaining anything, either for Moscow or for themselves, by a general attack are practically nil.[742]

Diese Annahme gründete sich auch auf die Stärke der extremen Rechten, die sich gerüstet hatte, den linken Umtrieben entgegenzutreten, und ihrerseits entschlossen war, die Macht im Staat an sich zu reißen. Ihre Gefährlichkeit für die Weimarer Verfassungsordnung hatten diese Kräfte in den Jahren vor der Ruhrbesetzung hinreichend unter Beweis gestellt. Ihre Wurzeln lagen in der Revolutionszeit, als sich die Führung der Mehrheitssozialdemokraten um Ebert des Militärs bedient hatte, um die Rätebewegung auszuschalten. Die Ermordung der Spartakistenführer Liebknecht und Luxemburg sowie die Exzesse der Freikorps bei der Säuberung Münchens gaben in der englischen Presse schon früh Anlass zur Sorge.

These corps, originally recruited to restrain disorders in the early days of the revolution, are at first said to have had even a kind of popularity […]. The result has been that reaction has been given a formidable weapon which it has been grossly misusing. From a

739 Vgl. z.B. The Times, 23. Mai 1923, die berichtete, dass die Mehrheit der Kommunisten an der Ruhr ihre Prioritäten geändert habe. Statt der Zerschlagung des Kapitalismus stehe jetzt der Kampf gegen den französischen Imperialismus an erster Stelle. Einen offiziellen Anstrich erhielt der Schwenk durch das Loblied, das der Mittelsmann zwischen KPD und Komintern, Karl Radek, in einer Rede am 21. Juni 1923 auf den von der französischen Besatzungsmacht erschossenen Saboteur Schlageter anstimmte. Schwabe, Weg der Republik, S. 106.

740 Philips Price bezeichnete die beiden Länder als „rotes Herz Deutschlands" und lobte ihr entschlossenes Vorgehen gegen monarchistische und faschistische Gruppen. The Daily Herald, 17. August 1923.

741 The Times, 25. Juli 1923.

742 The Daily Telegraph, 30. Oktober 1923.

citizen force it has become a Pretorian Guard under the control not so much of the Government as of the old reactionary gang, concealed in the background, and working through the old professional officer class, which has refound its former occupation and prestige in new form.[743]

Die Vertreter der „alten Ordnung", Militaristen und Monarchisten, erhielten so die Gelegenheit, sich neu zu organisieren. Dass ihr Ziel eine Beseitigung der Republik war, dafür hatten die englischen Korrespondenten früh konkrete Hinweise. Brain teilte der *Times*-Redaktion in London bereits im Dezember 1919 mit, dass die Berliner Sicherheitsbehörden mit einen Putschversuch nationalistischer Kreise spätestens bis März des nächsten Jahres rechneten.[744]

Aus den zahlreichen regulären und irregulären Einheiten rekrutierten sich folgerichtig die Unterstützer, mit denen sich der preußische Politiker Kapp und General Lüttwitz am 13. März 1920 an die Macht zu putschen versuchten. Auslöser war die nach dem Versailler Vertrag anstehende Reduzierung der Truppen, die die betroffenen Soldaten zu offenem Widerstand provozierte.[745] Der Staatsstreich schlug nach wenigen Tagen fehl, was nicht so sehr auf den von der Regierung und den Linksparteien ausgerufenen Generalstreik zurückzuführen war, sondern auf die Weigerung der Beamten in den Ministerien, mit Kapps selbst ernannter Regierung zusammenzuarbeiten.[746] Das rasche Ende konnte zu dem Schluss verleiten, den George Saunders in der *Times* zog, dass reaktionäre Umsturzpläne damit erst einmal diskreditiert waren und die Parteien der Weimarer Koalition davon profitieren würden.[747] In Wirklichkeit wies das politische Klima nach dem Putsch einen deutlichen Zug nach rechts auf. Im Untergrund gewannen die Nationalisten und Monarchisten an Unterstützung, was besonders in Bayern der Fall war, wie Philips Price beobachtete,[748] und was sich auch bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 niederschlug, aus der die konservativen Parteien DNVP und DVP als eigentliche Gewinner hervorgingen.[749]

Den Anhängern der extremen Rechten diente Bayern in den folgenden Jahren als Rückzugsraum und Zentrum für ihre Aktivitäten. Hier sammelten sich

---

743 The Manchester Guardian, 9. Juni 1919.

744 Brain an Steed, 13. Dezember 1919, Steed Papers, Correspondence with Ernest Brain, TNL Archive, HWS/1.

745 Eine tragende Rolle spielte die Brigade Erhardt, die wesentlich an der Unterdrückung der Rätebewegung mitgewirkt hatte. Sie sollte als eine der ersten Einheiten aufgelöst werden, die Soldaten widersetzten sich aber der Entlassung. Hürten, Bürgerkriege, S. 88.

746 Ebd., S. 89.

747 So Saunders im zweiten Teil seiner Serie über Deutschland nach dem Kapp-Putsch. The Times, 5. April 1920, in Wilson (Hrsg.), Saunders on Germany, S. 104–106.

748 The Daily Herald, 15. April 1920, zit. nach Price, Dispatches, S. 73.

749 Die DNVP legte von 10,3 auf 15,1 Prozent zu, die DVP sogar von 4,4 auf 13,9. Auch die USPD konnte ihren Stimmanteil deutlich ausbauen, während die drei Parteien der Weimarer Koalition zusammen fast 33 Prozent verloren. Bracher et al., Weimarer Republik, Anhang: Ergebnisse der Reichstagswahlen 1919–33.

mit Duldung der konservativen Regierung von Kahrs Einwohnerwehren, Königstreue, „Vaterländische Verbände", die „Organisation Escherich" kurz „Orgesch", die „Organisation Consul", und nicht zuletzt die NSDAP, deren Hass sich nicht nur gegen die Republik und die „Erfüllungspolitik" der Reichsregierung, sondern vor allem auch gegen Versailles und die Siegermächte sowie die Juden richtete.[750] Für die englischen Journalisten war es nicht einfach, sich einen genauen Überblick zu verschaffen, zumal viele Gruppen im Geheimen arbeiteten und unterschiedliche Ziele verfolgten. Vorherrschend war aber die Deutung, die auch Philips Price vertrat, der in der Januarausgabe des *Labour Monthly* 1923 die einzelnen Bewegungen einer detaillierten Analyse unterzog und diese mit der Feststellung einleitete, dass die Junker und Generäle der Hohenzollernarmee nach der Novemberrevolution nach Bayern emigriert waren, um von dort für eine Wiederherstellung der alten Ordnung in Preußen zu arbeiten.[751]

Die pauschale Einteilung der rechten Kräfte in Monarchisten und Reaktionäre, zu denen auch die Deutschnationalen im Reichstag gezählt wurden, verdeutlichen beispielhaft die Kommentare zum Attentat auf Walther Rathenau, das den Höhepunkt einer Mordserie der Organisation Consul an exponierten Unterstützern der Republik markierte. Die *Times* stellte fest, dass die „reaktionäre Kampagne" an Intensität zunehme und führte dafür nicht nur die Attentate, sondern auch die zum bevorstehenden Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrags geplanten nationalistischen Demonstrationen an sowie die Angriffe des DNVP-Führers Helfferich, „the political leader of the Monarchists", auf die „Erfüllungspolitik" der Regierung Wirth im Reichstag.[752] Der *Daily Telegraph* warnte, dass die Monarchisten so gefährlich wie noch nie seit Ende des Kaiserreichs waren und früher oder später einen Versuch zum Sturz der Republik unternehmen würden.[753] Mit dem *Manchester Guardian* stimmte er allerdings überein, dass sie noch in der Minderheit waren und die Masse der Bevölkerung sich nach Ruhe und Ordnung sehnte.[754]

Mit der Ruhrbesetzung veränderte sich die Situation jedoch grundlegend. Schon kurz nach dem Einmarsch der Franzosen prophezeite Voigt, dass die Welle des Patriotismus und des Widerstandswillens den Organisationen der extremen Rechten neue Anhänger zuführen würde. Gerade in Bayern, dem

---

750 Die antisemitischen Töne in der rechten Presse und die gegen Juden gerichteten Ausschreitungen wurden von den englischen Journalisten zur Kenntnis genommen, aber nicht bewertet. Vgl. THE MANCHESTER GUARDIAN, 7. November 1923; THE TIMES, 9. November 1923. Zum Problem des Antisemitismus in der Weimarer Zeit vgl. die umfassende Studie von WALTER, Antisemitische Kriminalität.

751 Zit. in PRICE, Dispatches, S. 139–143.

752 THE TIMES, 26. Juni 1922, LA „The Murder Of Dr. Rathenau".

753 THE DAILY TELEGRAPH, 26. Juni 1922, LA „Dr. Rathenau's Murder".

754 Ebd.; THE MANCHESTER GUARDIAN, 26. Juni 1922, LA „The Assassination Of Dr. Rathenau".

„hot-bed of German reaction", gäre es und der Hass auf Fremde, echte oder imaginäre Kommunisten und Juden drohe, den Siedepunkt zu erreichen.[755] Dass die rechten und linken Extremisten nicht isoliert agierten, sondern aufeinander reagierten und so die Polarisierung des politischen Klimas weiter vorantrieben, zeigte Wilcox auf. „The most effective argument for the Bolsheviks is the danger of a reactionary coup; the most persuasive plea of the Fascists is the possibility of a ‚Red Dictatorship'."[756] Wegen ihrer Verbindungen zu Militärs und im Polizeiapparat stellten die Rechten aber das größere Problem dar.[757]

Deren Agitation und Aktionen wie Sabotageakte in den französisch besetzten Gebieten oder Fememorde an abtrünnigen Mitgliedern hatten zur Folge, dass sich die englischen Korrespondenten genauer mit den einzelnen Gruppierungen beschäftigten.[758] Dabei gewannen zum ersten Mal Adolf Hitler und die NSDAP klarere Konturen, die mittlerweile als einer der wichtigsten Faktoren in der politischen Szene Bayerns eingestuft wurde.[759] Allgemein wurde die Partei und ihr Führer als deutsche Spielart des italienischen Faschismus interpretiert.[760] Dies bezog sich sowohl auf Hitler selbst, dessen Auftreten und Mimik denen Mussolinis glichen,[761] als auch auf die Zusammensetzung seiner Anhängerschaft, die aus Männern „aller Klassen" bestand, sowie auf die militärischen Formationen und politischen Kampagnen der Nationalsozialisten.[762]

Unklarheit herrschte über die Pläne Hitlers. Philips Price, der sich im April 1923 in München eine seiner Rede anhörte, glaubte, dass Hitler eine gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die Ausweisung der Juden und von Bayern ausgehend die Errichtung einer faschistischen Diktatur in ganz Deutschland im Sinn habe.[763] Gleichzeitig war er überzeugt, dass der deutsche Faschismus eine eigene Form annehmen werde, nicht so spektakulär wie der in Italien oder Spanien, aber dennoch eine Bewegung, mit der zu rechnen sei.[764] Ward Price sprach Anfang Oktober mit Hitler persönlich, erhielt aber auf seine Frage nach den Zielen der NSDAP außer der Verdammung von Kommunisten, Sozialisten, Kapitalisten und Juden sowie des parlamentarischen Systems keine

---

755 The Manchester Guardian, 23. Januar 1923.
756 The Daily Telegraph, 23. März 1923.
757 Ebd.
758 Wie aus Anlass der Festnahme Rossbachs, dessen Organisation maßgeblich in entsprechende Aktivitäten involviert war. Ebd. The Manchester Guardian, 14. und 24. März 1923.
759 The Times, 12. Mai 1923.
760 Hier bestehen eindeutige Parallelen zur Wahrnehmung Hitlers durch die britischen Diplomaten in Deutschland. Vgl. dazu ausführlich Clemens, Herr Hitler, Kapitel II.
761 Philips Price bezeichnete ihn deshalb auch als „Mussolini's mimic". The Daily Herald, 5. April 1923.
762 Sogar Arbeiter waren dabei, wie Voigt festgestellt hatte. The Manchester Guardian, 17. Januar 1923.
763 The Daily Herald, 5. April 1923.
764 Ebd., 8. Oktober 1923.

eindeutige Antwort.[765] Der Korrespondent beschrieb das Hauptquartier Hitlers als „madhouse" und verließ es unter dem Eindruck, dass dort überhaupt kein Plan für das weitere Vorgehen existierte.[766] Der Putschversuch, den Hitler zusammen mit Ludendorff am Abend des 8. November 1923 unternahm und der bereits am nächsten Morgen vor der Feldherrnhalle endete, bestätigte Ward Price in seiner Meinung. Schon die Kombination der beiden Hauptfiguren, die im Kaiserreich niemals in Kontakt gekommen wären, zeige, wie weit der „Bürgerkriegs-Wahnsinn" in Deutschland gediehen sei, so sein Kommentar.[767] Für Wilcox und Daniels war der rasche Fehlschlag ebenfalls der Beweis, dass der Umsturzversuch mangelhaft geplant und die Anhängerschaft Hitlers weit weniger groß war, als von ihm behauptet.[768]

Die Einordnung der Ereignisse in München lieferte einen weiteren Beleg für die Fixierung auf ein einfaches Perzeptionsmuster, nach dem letztlich auch hier monarchistische bzw. reaktionäre Kräfte am Werk waren. Laut der *Times* hatte es sich bei dem Putsch um eine „alldeutsche monarchistische Revolution" gehandelt, und der *Daily Herald* sah darin eine Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden reaktionären Fraktionen, eine Interpretation, die durch die Teilnahme des ehemaligen kaiserlichen Generals Ludendorff nahe lag.[769] Die neue Qualität rechter Gruppierungen wie die völkische Bewegung und der Nationalsozialismus, die keine Rückkehr zur Hohenzollernmonarchie, sondern eine andere Herrschaftsform anstrebten, wurde nur im Ansatz erkannt. Die englischen Journalisten hatten erhebliche Schwierigkeiten, die ideologischen Vorstellungen dieses Milieus zu verstehen, was sich u.a. an der Wortwahl ablesen lässt, wo von „lunacy", „maniacs" und „madness" die Rede war.[770] Probleme bereiteten auch die Namen der einzelnen Parteien und Organisationen, die sich nicht einfach ins Englische übertragen ließen und zusätzlich für Verwirrung sorgten, wie die Anfrage des Außenpolitikchefs der *Times* bei seinem Berliner Korrespondenten eindrücklich zeigt: „If we call the Deutsch Nazionale ‚Nationalists', what on earth do we call the Völkische? And how can we get the British public to understand anything in these beastly Party names?"[771] Eine genauere Differenzierung erfolgte auch nach dem Krisenjahr 1923 nicht, was auf die Beruhigung der Lage und die damit verbundene vorübergehende Marginalisierung der extremistischen Kräfte zurückzuführen ist. Außerdem ließ die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten die Furcht vor einer Wiederherstellung der Monarchie in den Vordergrund treten und schien das bis dahin dominierende Deutungsmuster zu bestätigen.

---

765 The Daily Mail, 3. Oktober 1923.
766 Ebd.
767 Ebd., 10. November 1923.
768 The Daily Telegraph, 10. November 1923; The Times, 10. November 1923.
769 The Times, ebd., LA „The Menace in Europe"; The Daily Herald, 10. November 1923.
770 So Wilcox über die Vorstellungen der „Völkischen". The Daily Telegraph, 23. März 1923.
771 Williams an Daniels, 22. Mai 1924, Williams Papers, Correspondence with Harold G. Daniels, TNL Archive, HW/1.

2.5.4 Richter kontra Rechtsstaat: Die politische Parteinahme der Justiz

Der Umgang des Rechtssystems der Weimarer Republik mit politisch motivierter Gewalt oder anderen Vergehen von Seiten der extremen Rechten ebenso wie der Linken war ein weitere wichtiger Mosaikstein in dem Bild, das die englischen Korrespondenten von der Weimarer Republik zeichneten. Drei Gründe waren dafür verantwortlich: Der politische Extremismus in Deutschland wurde, wie gerade dargelegt, als Existenz gefährdend für die junge Republik eingestuft. Ob der demokratische Rechtsstaat in der Lage war, seine Feinde mit den Mitteln der Justiz erfolgreich zu bekämpfen oder nicht, war deshalb eine wichtige Voraussetzung für den Fortbestand und die Autorität des politischen Systems und seiner Repräsentanten. Außerdem spielte gerade in den frühen 20er Jahren die Prominenz der Opfer von Attentaten und Mordanschlägen eine Rolle, bei denen es sich – angefangen mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über Kurt Eisner, Karl Gareis, Matthias Erzberger bis Walter Rathenau – um die führenden Köpfe ihrer Parteien bzw. der Republik handelte. Und schließlich brachten die zahlreichen Aufstände und Putschversuche das Land mehrfach an den Rand des Chaos.

Die juristische Aufarbeitung dieser Ereignisse löste bei den englischen Beobachtern zumeist Unverständnis und nicht selten Kritik aus, und zwar unabhängig vom politischen Standort des einzelnen Korrespondenten oder der von seiner Zeitung verfolgten Linie. Denn es war offensichtlich, dass die Richter, die zum überwiegenden Teil bereits während des Kaiserreichs Recht gesprochen hatten, bei Angeklagten aus dem rechten Lager sehr viel milder urteilten als bei solchen der politischen Linken. Im Zuge der Serie politischer Morde durch vorwiegend rechtsextreme Organisationen, die in den Attentaten auf Erzberger und Rathenau ihren Höhepunkt erreichte, wurde die einseitige politische Parteinahme der Justiz und ihr Versagen bei der Verfolgung und Bestrafung der Täter überdeutlich.[772] Versuche der die Republik tragenden Parteien und des Reichspräsidenten, mit Notverordnungen und dem „Gesetz zum Schutz der Republik" gegen zu steuern, wurden von den englischen Korrespondenten skeptisch beurteilt.[773] Die *Daily Mail* verwies in diesem Zusammenhang auf die herrschende Praxis der Gerichte, die bei rechten Republikfeinden zumeist das untere Ende des Strafmaßes anlegten, und der *Manchester Guardian* bezweifelte, dass die Maßnahmen ausreichten, um den reaktionären Umtrieben Herr zu werden.[774]

---

[772] Polizei und Justiz taten sich bei der Ermittlung der Täter meist schwer. Im Fall Rathenaus gelang die Identifizierung der Mörder, zwei ehemalige Marineoffiziere, die einige Wochen nach der Tat auf der Burg Saaleck gestellt wurden. Der eine erschoss sich, der andere wurde bei dem Feuergefecht mit den Polizisten getötet. Vgl. SCHULZE, Weimar, S. 231–233.

[773] Das Gesetz wurde nach dem Mord an Rathenau am 18. Juli 1922 vom Reichstag verabschiedet und sah u.a. hohe Strafen für Mordkomplotte, die Möglichkeit des Verbots extremistischer Organisationen sowie die Einrichtung eines gesonderten Gerichts am Staatsgerichtshof in Leipzig vor.

[774] THE DAILY MAIL, 26. Juni 1922; THE MANCHESTER GUARDIAN, 26. Juni 1922.

Der Korrespondent des *Daily Herald*, Morgan Philips Price, erkannte in dem Problem der „politischen Justiz" denn auch den „wunden Punkt" in der neuen Ordnung Deutschlands.[775] Offensichtlich wie in keinem anderen Bereich habe die Revolution hier versagt, als sie die monarchisch gesinnte Richterschaft an ihrem Platz ließ, die nun ihre in der Verfassung verbürgte Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit nutze, um mit aller Härte des Gesetzes von der linken Arbeiterschaft verübte Vergehen zu ahnden, während beispielsweise reaktionäre ehemalige Offiziere entweder freigesprochen würden oder mit lächerlichen Strafen davonkämen.[776]

Beispielhaft für diese Wahrnehmung der Arbeit deutscher Gerichte in den britischen Printmedien ist der Prozess gegen Hitler, Ludendorff und die anderen Rädelsführer des Putsches vom 9. November 1923 in München. Der Freispruch für Ludendorff und die verhältnismäßig milden Strafen für Hitler und die anderen Putschisten, die zwischen einem halben und fünf Jahren Festungshaft lagen, wurden von den englischen Journalisten wechselweise als „absurd", eine „Farce" oder „Aprilscherz" empfunden.[777] Voigt beschrieb im *Manchester Guardian*, dass diese Art der Haft für rechte Delinquenten sehr komfortabel war und darüber hinaus meist mit einer vorzeitigen Entlassung endete, während etwa die Anführer der Münchner Räterepublik, Toller und Mühsam, seit 1919 zu ungleich härteren Bedingungen im Gefängnis saßen.[778] Der Korrespondent verwies außerdem darauf, dass Kommunisten schon für Kleinigkeiten wie einen missliebigen Artikel mit langjährigen Gefängnisaufenthalten bestraft wurden, wohingegen Ludendorff, Hitler, Lossow, Kahr und ihre Komplizen

> who plotted the overthrow of the Republic, whose mischief-making left Munich streets littered with dead and wounded, who all but brought civil war, anarchy, famine, and foreign invasion upon Germany, receive merely nominal sentences or are acquitted. Such things have been too common in Germany to make much impression on the German public. It is provoking a certain amount of anger in Democratic and Socialist newspapers. There will be no deeper repercussion. But the impression which these things make on all foreigners in Germany is both deep and unpleasant.[779]

Ähnlich war der Tenor in der *Times*, die auch ausführlich auf die Art und Weise einging, in der die Angeklagten den Gerichtssaal als Bühne nutzten, die

---

775 PRICE, Germany in Transition, S. 56.

776 Ebd.

777 So titelte der THE DAILY HERALD am 2. April 1924: „General Ludendorff Acquitted – Six Months For Hitler Only – Absurd Judgements". Der *Daily Telegraph* sprach in seiner Ausgabe vom 2. April 1924 von einem „Farcial End Of Munich Trial", und die *Times* kommentierte ebenfalls am 2. April 1924: „Munich is chuckling over the verdict which is regarded as an excellent joke for All Fools' Day."

778 THE MANCHESTER GUARDIAN, 2. April 1924.

779 Als Beispiel schilderte er den Fall des Verfassers eines Artikels, der im zentralen Presseorgan der KPD, der *Roten Fahne*, erschienen war. Ein Jahr lang hatte laut Voigt niemand daran Anstoß genommen, bis dann ein Staatsanwalt beschloss, dass der Artikel eine Gefährdung für den Staat darstellte, und eine Verurteilung des Autors zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe erreichte. Ebd.

sie nach der Urteilsverkündung in den Augen ihrer Anhänger als Helden verließen. Noch im Verhandlungssaal wurden sie mit „Heil Hitler"- und „Heil Ludendorff"-Rufen begeistert gefeiert, zum Missfallen des vorsitzenden Richters, der mehrfach gemahnt hatte, dass das Gericht kein Theatersaal sei.[780] Die große Menschenmenge, die sich trotz Demonstrationsverbots ungehindert vor dem Gerichtsgebäude versammelt hatte, um die Putschisten in Empfang zu nehmen, sowie das milde Urteil waren für die *Times* einmal mehr der Beweis, dass eine Verschwörung zum Sturz der Republik in Bayern nicht als besonders strafwürdiges Verbrechen eingestuft wurde.[781]

Der Prozess gegen die Anführer des gescheiterten Münchner Putsches war nur einer in einer langen Reihe, an deren Ende das Ansehen der Republik und ihrer Befürworter nachhaltig beschädigt war. Dabei ging es nicht immer nur um strafrechtlich relevante Vergehen, sondern mitunter wie im Fall Erzbergers um vermeintliche Bagatellen wie Beleidigung und Verleumdung. Der zu diesem Zeitpunkt amtierende Reichsfinanzminister hatte Anfang 1920 den Führer der DNVP, Helfferich, verklagt, weil dieser ihm eine „unsaubere Vermischung politischer Tätigkeit und eigener Geldinteressen" vorgeworfen hatte. Am Ende bestätigte der Richter Helfferichs Anschuldigungen als inhaltlich korrekt und verurteilte ihn lediglich wegen formaler Beleidigung zu einer unverhältnismäßig niedrigen Geldstrafe.[782] Das Urteil war der Auftakt für eine hemmungslose Verunglimpfung des politischen Gegners.[783] Für Erzberger bedeutete es das Ende seiner politischen Karriere, wie die *Times* richtig vorhersagte, die darin außerdem eine entscheidende Schwächung der amtierenden Weimarer Koalition aus SPD und Zentrum sowie einen Triumph der Reaktion sah.[784]

Diese Art der politischen Prozesse, zu deren Opfer Anfang 1925 sogar Reichspräsident Ebert wurde, dem ein Magdeburger Gericht in einer ähnlichen Verleumdungsklage wegen seiner aktiven Beteiligung am Januarstreik 1918 Landesverrat bescheinigte, legte einen der strukturellen Schwachpunkte der ersten deutschen Republik bloß.[785] Den britischen Auslands-

780 The Times, 2. April 1924.
781 Ebd.
782 Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 39.
783 Und öffnete die Schleusen für die Anwendung von Gewalt. Nach fünf vergeblichen Attentatsversuchen erlag Erzberger einem Anschlag von Angehörigen der Organisation „Consul". Mommsen, Aufstieg und Untergang, S. 105.
784 The Times, 13. März 1920.
785 Die Abneigung der wilhelminisch geprägten Richterschaft gegen die Republik, die sich in diesen Urteilen ausdrückte, ist von der historischen Forschung als einer der Faktoren, die letztlich für das Scheitern Weimars verantwortlich waren, identifiziert worden. Denn die Justiz habe auf diese Weise mitgewirkt an der Überwältigung der Republik durch autoritäre und totalitäre Bewegungen, so Kolb in Anlehnung an Karl Dietrich Bracher. Kolb, Weimarer Republik, S. 39f.

korrespondenten blieb nicht verborgen, dass die politischen Kräfte, die auf einen Sturz der parlamentarischen Demokratie hinarbeiteten, in der Justiz einen verlässlichen Verbündeten gefunden hatten und dass Letztere damit zu einem bloßen Instrument einer politischen Denkrichtung herabgesunken war.[786]

2.6 Die deutsche Wirtschaft: Konkurrenz oder Sanierungsfall?

Die Berichte über den Zustand der deutschen Wirtschaft in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre bewegten sich zwischen zwei entgegengesetzten Polen. Einerseits warf die britische Presse die Frage auf, in welchem Umfang der Krieg und das darauf folgende politische Chaos Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben in Deutschland hatten. Lag die deutsche Wirtschaft wirklich am Boden, wie einige Zeitungen um die Jahreswende 1918/19 meinten, und wenn ja, würde sie sich wieder erholen?[787] Dahinter stand die Sorge, dass eine anhaltende Schwäche der größten Volkswirtschaft auf dem europäischen Kontinent eine Wiederbelebung der Konjunktur auch im Rest Europas verzögern, wenn nicht sogar verhindern könnte.[788] Da die ökonomischen Verwerfungen infolge des Krieges auch in Großbritannien ihre Spuren hinterlassen hatten, genoss die Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit in Europa und damit auch in Deutschland dementsprechend in London höchste Priorität. Nicht zuletzt der britischen Industrie war daran gelegen, an die vor dem Krieg bestehenden Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reich anzuknüpfen und Deutschland als Absatzmarkt für die eigenen Erzeugnisse wiederzugewinnen.[789] Dies konnte aber nur gelingen, wenn sich die wirtschaftliche wie die politische Lage der Weimarer Republik stabilisierten.

Andererseits war die Erinnerung an den Wettlauf um Anteile auf dem Weltmarkt, den sich britische und deutsche Unternehmen seit Ende des 19. Jahrhunderts geliefert hatten, noch frisch. Umso mehr, als die deutsche die britische Industrie, was den Gesamtumfang der Exporte betraf, eingeholt und bei der Entwicklung neuer Technologien und Produkte wie z.B. in der elektrischen

---

786 So das Urteil von Wilcox im Daily Telegraph, 9. April 1924.

787 Vgl. The Daily Telegraph, 20. November 1918; The Times, 22. Januar 1919.

788 Wie wichtig Deutschland für das europäische Wirtschaftsgefüge war, zeigt ein Vergleich von Bevölkerungszahl und Industrieproduktion. Zusammen mit Briten und Franzosen stellten die Deutschen zwar nur die Hälfte der europäischen Bevölkerung, brachten es aber auf 75 Prozent der Industrieproduktion. Die extrem negativen Folgen des Weltkriegs gewannen zudem noch an Gewicht, weil sich die dominierende Rolle der drei ökonomisch führenden Staaten in den zwanziger Jahren verstärkte. Möller, Europa, S. 3.

789 Im Jahr 1914 wickelte Großbritannien acht Prozent seines Außenhandels mit dem Deutschen Reich ab, 1920 lag diese Quote nur noch bei zwei Prozent. Young, Britain, S. 77.

und chemischen Industrie überflügelt hatte.[790] Die Furcht vor der Konkurrenz aus Deutschland lebte nach Kriegsende wieder auf. Genährt wurde sie durch den zunächst schleichenden und dann galoppierenden Verfall des Wechselkurses der Mark im Zuge der Inflation, wodurch sich deutsche Waren auf dem Weltmarkt zum Leidwesen der britischen Exporteure ständig verbilligten. Mit Sorge wurden aber auch die zunehmende Konzentration und die Bildung immer größerer Konzernverbünde innerhalb der deutschen Wirtschaft verfolgt.[791] Hinzu kam die gegenläufige Entwicklung der beiden Volkswirtschaften. Während in Deutschland zwischen 1920 und 1922 Wachstum und Vollbeschäftigung als positive Wirkung der Inflation herrschten, wurde Großbritannien voll von der weltweiten Wirtschaftskrise erfasst.[792] Diese führte in Kombination mit einer restriktiven Steuer- und Finanzpolitik der Regierung Lloyd George zu schnell steigender Arbeitslosigkeit.[793]

---

790 So sank der Anteil des Vereinigten Königreichs am Produktionsvolumen der Welt zwischen 1880 und 1913 von 22,9 auf 13,6 Prozent. Der Anteil am Welthandel ging im gleichen Zeitraum von 23,2 auf 14,1 Prozent zurück. Deutschlands Anteil an der Industrieproduktion der Welt stieg dagegen auf 14,8 Prozent. Beim Exportvolumen hatten die deutschen Unternehmen ihre britische Konkurrenz 1913 fast eingeholt. Im Bereich der neuen Technologien wie der elektrotechnischen, optischen und chemischen Industrie beherrschten deutsche Konzerne wie Siemens, AEG, Bayer und Hoechst den europäischen Markt. KENNEDY, Aufstieg und Fall, S. 323f und 349. Gleichzeitig hatte sich das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern fast verdreifacht. Es bestand also nicht nur eine Rivalität, sondern auch eine wachsende Interdependenz. Dessen ungeachtet spielte der Kampf um Märkte und Technologien nach Kennedys Einschätzung eine wichtige Rolle im wachsenden Antagonismus der beiden Länder. „What one can say is that in the years between 1880 and 1910 Germany had become a much more formidable rival to Britain in many areas of economic production, and that this – together with the German tariff system – had caused resentment in various British industrial circles; and further, that the proposed counter-measures, especially Tariff Reform, provoked great alarm within Germany." KENNEDY, Anglo-German Antagonism, S. 305. Bei genauerer Betrachtung erscheint der „Handelsneid" jedoch übertrieben, denn die Exporte der beiden Volkswirtschaften gingen in unterschiedliche Regionen der Welt oder ergänzten sich. „Mit anderen Worten: Die Ausrichtung beider Handelsstrukturen entsprach ziemlich genau der ökonomischen Logik einer zusammenwachsenden Welt und stellte für beide Länder einen großen Vorteil dar." BERGHOFF, Wirtschaftliche Rivalität, S. 90.

791 Seit 1920 unternahmen deshalb britische Wirtschaftsvertreter immer wieder Versuche, mit deutschen Industriellen eine Kooperation einzugehen. So verhandelten beispielsweise Anfang 1921 der Vorsitzende der General Electric, Hugo Hirst, der Mitbegründer des Industrieverbandes *Federation of British Industries*, Dudley Docker, sowie der Vorsitzende der Midland Bank, Reginald MacKenna, mit der AEG über ein formelles Abkommen, um die deutsche elektrotechnische Industrie vom britischen Markt fern zu halten sowie den Weltmarkt untereinander aufzuteilen. Zu den Wirtschaftskontakten in dieser Zeit ausführlich WURM, Treffen in Broadlands, S. 33–56.

792 Auf deutscher Seite befürchtete man, die Londoner Regierung könne sich auf Grund dieser Entwicklung zu einer Abschottung ihrer Märkte entschließen. Botschafter Sthamer empfahl deshalb, die Erfolge der deutschen Industrie nicht allzu laut hinauszuposaunen. Bericht Sthamers an das AA, 17. Februar 1921, ADAP, A, 4, 171, S. 362–365.

793 Die Arbeitslosenquote lag in dieser Zeit in Großbritannien bei rund 20 Prozent. KOLB, Weimarer Republik, S. 202f. Ebenso WIRSCHING, Weimarer Republik, S. 71f.

Welches der beiden Motive – Furcht vor der Konkurrenz oder Sorge um einen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft – in der britischen Presse vorherrschte, hing maßgeblich von der wirtschaftlichen und politischen Lage in Deutschland ab. Während der Revolution und der Ruhrbesetzung überwog die Sorge, dass die ökonomischen Schwierigkeiten der Weimarer Republik den Rest Europas mit in den Abgrund reißen könnten. In den übrigen Jahren stand die Furcht vor der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie im Vordergrund. Die Beurteilung der deutschen Wirtschaft verlief folglich in Wellenbewegungen, die mit dem konjunkturellen Auf und Ab kongruierten.

2.6.1 Deutschland zwischen Krise und Boom

Die ersten Eindrücke vom Zustand der deutschen Wirtschaft, die englische Journalisten bei ihren Erkundungsreisen um die Jahreswende 1918/19 sammelten, waren nicht besonders ermutigend. Das Bild, das sich dem Korrespondenten des *Manchester Guardian* in Berlin bot, war geprägt von „Verwüstung und Verfall".[794] Im Vergleich zur Vorkriegszeit, in der materielle Prosperität und überschwänglicher Optimismus das Leben in der deutschen Hauptstadt bestimmt hätten, seien die Zeichen von Vernachlässigung und Armut nun unübersehbar. Die Schaufenster der Geschäfte seien halb leer genauso wie die Restaurants und Cafés, in denen sich zudem eine düstere Stimmung breit gemacht habe.[795] Hotels und Restaurants böten zwar noch eine ganze Palette von Speisen und Getränken an, hatte ein Korrespondent des *Daily Telegraph* festgestellt. Allerdings lief der Nachschub nur noch über den „Schleichhandel" und die Preise seien dementsprechend astronomisch. Die Industrie und die Landwirtschaft hätten im Krieg erheblich gelitten und die Löhne reichten für viele Menschen nicht zum Überleben. Außerdem sei die Arbeitslosigkeit hoch.[796]

Ganz ähnlich sah die Beschreibung von Gunnar Cederschiold in der *Times* aus, der berichtete, dass die Industrie mit ernsthaften Problemen zu kämpfen hatte. Während deutsche Unternehmen vor dem Krieg infolge niedriger Transport- und Lohnkosten sowie günstiger Kohlepreise einen Wettbewerbsvorteil hatten, sei dieser jetzt dahin, da die Kosten in allen drei Bereichen erheblich gestiegen seien. Außerdem sei fraglich, ob die Industrie in naher Zukunft genügend Rohstoffe erhalten werde, um die Produktion in früherem Umfang wie-

794 The Manchester Guardian, 27. Dezember 1918.

795 Ebd.

796 The Daily Telegraph, 26. Februar 1919. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Forschung zur Lage der Zivilbevölkerung im Deutschen Reich bei Ende des Krieges: „What was visible in 1919 […] was a population dependent upon the black market and a variety of other makeshift solutions for its basic necessities. It had long ceased to have any advantage from its initial adaptation through weight loss to reduced supplies and a leaner diet and was now sullen, discontented, and demoralized by a deprivation that had lost all rationale." Feldman, Great Disorder, S. 103.

der aufzunehmen. Der Journalist war deshalb davon überzeugt, dass Deutschland auf absehbare Zeit kein ernsthafter Wettbewerber war.[797] Trotz dieser offenkundigen Schwierigkeiten beurteilte der *Telegraph* das wirtschaftliche Potenzial der deutschen Industrie nach wie vor als außerordentlich hoch und begründete dies mit der hervorragenden Organisationsfähigkeit der Deutschen sowie der vor dem Krieg so erfolgreichen Kooperation von Unternehmern, Staat und Arbeiterschaft.[798]

Die *Daily Mail* veröffentlichte im Juni 1919 den Beitrag eines Gastautors namens Canon Parfit, worin dieser ebenfalls auf die gute Ausgangsbasis der deutschen Wirtschaft hinwies. Deren Effizienz sei ungebrochen, die Fabriken und Kohlegruben intakt und die Verkehrsinfrastruktur in Ordnung.[799] Parfit prophezeite, dass die Deutschen einen Handelskrieg gegen ihre Nachbarn beginnen werden, sobald der Friedensvertrag unterzeichnet sei:

> while the victors are moulding a new world and solving the problems of the peoples, the Germans are busily moulding their merchandise, planning their programmes, and forging new equipment for the struggle that no power on earth can restrain when the signing of peace sets their people free.[800]

Dieser Artikel fügte sich nahtlos in die Kampagne ein, mit der die *Mail* ihre Leser schon seit dem Wahlkampf im November und Dezember 1918 vor der Gefahr warnte, die der britischen Wirtschaft durch die deutsche Konkurrenz drohte. Angeblich versuchten Händler aus Deutschland, den britischen Markt heimlich über Strohmänner aus neutralen Ländern mit ihren Waren zu überfluten, ohne dass dagegen etwas unternommen werde, klagte die Zeitung aus dem Hause Northcliffe.[801] Diese Befürchtung erwies sich jedoch als unbegründet. In den Jahren 1919 bis 1923 überstiegen die britischen Exporte ins Deutsche Reich regelmäßig die Importe aus Deutschland.[802]

---

797 The Times, 22. Januar 1919. Die *Times* berichtete auch, wie etwa in Frankfurt am Main die kleine Schar von Profiteuren des Krieges ihr Geld für allen erdenklichen Luxus ausgab, „als ob es kein Morgen gäbe". The Times, 13. Februar 1919. Brailsford bestätigte noch im Mai den Eindruck vom „economic chaos", das überall in Deutschland herrsche. The Daily Herald, 1. Mai 1919.

798 The Daily Telegraph, 6. Februar 1919.

799 The Daily Mail, 20. Juni 1919, „Huns Ready For Trade War".

800 Ebd. Mit der Frage, wie eine mögliche „Überschwemmung" Großbritanniens mit deutschen Waren verhindert werden konnte, beschäftigte sich Anfang Juni 1919 auch das Kabinett in London. Der Präsident des *Board of Trade*, Sir Aucklend Geddes, warnte vor dem Währungsvorteil, den deutsche Unternehmen infolge der schon zu diesem Zeitpunkt schwachen Mark hatten. „Because of the exchange they would be able to undersell us in all directions, and we must be in a position to stop it", erklärte er seinen Kabinettskollegen. Die Regierung beschloss daraufhin, vor der Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland Regelungen zu treffen, die eine „Überflutung" des britischen Marktes mit deutschen Produkten schon im Ansatz unterbinden sollten. Meeting of the War Cabinet, 3. Juni 1919, PRO, CAB 23/10.

801 The Daily Mail, 7. Dezember 1918, LA „Camouflaged Huns".

802 Vgl. Holtfrerich, Inflation, S. 212.

Die *Daily Mail* wurde dennoch nicht müde, die deutsche Industrie als Bedrohung darzustellen. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Beurteilung innerhalb der Redaktion weit weniger stringent war. So berichtete etwa der Deutschlandkorrespondent Charles Tower im Herbst 1919, dass die finanzielle und ökonomische Lage in ganz Zentraleuropa, Deutschland eingeschlossen, ein großes Problem sei, von dem Großbritannien nicht unberührt bliebe.[803] Northcliffe selbst vertrat im Hinblick auf die Einfuhr deutscher Waren die Ansicht, dass man nicht beides gleichzeitig haben könne: Reparationszahlungen durch Deutschland und einen Boykott seiner Produkte.[804] Was ihn jedoch nicht daran hinderte, nur wenige Monate später Schutzzölle gegen billige deutsche Einfuhren zu fordern, um so ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Großbritannien zu verhindern.[805]

Im Zuge der Ruhrbesetzung und des sich beschleunigenden Kursverfalls der Mark berichtete die *Daily Mail* fortlaufend, dass das produzierende Gewerbe in Großbritannien mehr und mehr ins Hintertreffen geriet und sogar auf dem heimischen Markt den billigen deutschen Importen wenig entgegenzusetzen hatte.[806] Während andere Zeitungen auch auf die negativen Folgen der Inflation in Deutschland aufmerksam machten,[807] widersprach die *Mail* vehement der vor allem von Liberalen vertretenen These, dass der deutschen Wirtschaft „auf die Füße geholfen" werden müsse und dass Großbritannien davon profitieren werde.[808]

Put ‚Germany on her feet' and you would soon see the result. Open the outer world with its shrunken consuming ability to the German producer with his superior technical skill, larger factories, polyglot ‚drummers', and his sub-continent of roads, railways, canals, and navigable rivers trained like guns in their emplacements to pour forth the best and most economically produced goods in the world in endless abundance, and a few years would see the end of Englands commercial story.[809]

---

803 Tower an Northcliffe, 27. Oktober 1919, BL, NADM 62220.

804 Northcliffe an Steed, 24. Oktober 1920, BL, NADM 62248.

805 Telegramm Northcliffes an Marlowe, 24. Februar 1921, BL, NADM 62200.

806 So etwa The Daily Mail, 22. September 1923, „German Menace – British Manufacurers Hit By Exchanges" und 19. November 1923, „German Goods – Underselling Home Produce".

807 Der *Daily Herald* berichtete z.B. im September 1922, dass trotz des Aufschwungs im Außenhandel und der Vollbeschäftigung der Konsum in Deutschland dramatisch eingebrochen sei, weil die Löhne der Arbeiter und Angestellten mit der Geldentwertung nicht mehr Schritt hielten, was viele Familien in Armut stürze. The Daily Herald, 1. September 1922. Vgl. dazu auch das folgende Kapitel 2.6.2.

808 U.a. war auch Premierminister Lloyd George überzeugt, dass nur eine Wiederherstellung und Öffnung der Märkte in Zentral- und Osteuropa eine Abhilfe gegen die in Großbritannien und anderen Teilen der Welt herrschende Handelsflaute schaffen könne. Vgl. Lloyd George an C.P. Scott, 9. März 1922, Scott Papers, General Correspondence – ‚A' Sequence, MGA, A/L59/4.

809 The Daily Mail, 11. Oktober 1923, LA „Putting Germany On Her Feet".

Diese Auffassung deckte sich mit der des Eigentümers der *Mail*, Lord Rothermere, der davon überzeugt war, dass England den Vorteil einer schwachen Mark nicht wettmachen konnte, zumal die britische und die deutsche Industrie über eine ähnliche Produktpalette verfügten.[810]

Der liberale *Manchester Guardian*, aber auch die *Times* setzten in ihrer Berichterstattung im Verlauf des Jahres 1923 einen ganz anderen Schwerpunkt. Beide Zeitungen vertraten die Auffassung, dass die Ruhrbesetzung empfindliche Einbußen für den britischen Außenhandel nach sich zog. Denn das Abschneiden der britischen Zone um Köln durch die vorrückenden französischen Truppen sowie die Errichtung einer Zollbarriere durch die französischen Besatzungsbehörden bedeutete, dass ein wesentlicher Teil des deutsch-britischen Handels wegbrach. Tatsächlich hatte sich Köln als ein wichtiges Zentrum der beiderseitigen Wirtschaftskontakte etabliert. Ende 1922 zählte die *British Chamber of Commerce* 47 Mitgliedsunternehmen; es bestand eine wöchentliche Frachtschiffverbindung zwischen London und Köln, auf der pro Jahr rund 36 000 Tonnen Güter transportiert wurden; britische Handelsfirmen exportierten beispielsweise Textilien, Haushaltswaren, Zelluloid sowie Eisen und Stahl ins Vereinigte Königreich und importierten Lebensmittel, Chemikalien und Kohle nach Deutschland.[811]

Ausführlich schilderten denn auch die Rheinlandkorrespondenten der englischen Zeitungen wie nach der Errichtung der Zollbarriere rund um die britische Zone Waren, die von britischen Firmen in Deutschland geordert worden oder von britischen Unternehmen an Rhein und Ruhr zur Ausfuhr bestimmt waren, von französischen Zöllnern aufgehalten wurden, so dass der Handel zum Erliegen kam.[812] Die Folgen waren auch in Großbritannien selbst zu spüren, wo z.B. die Textilindustrie in Lancashire und Yorkshire vergeblich auf bestellte Teile wartete genauso wie die Werften am Clyde auf Stahl aus Deutschland, was für den *MG* ein untrügliches Zeichen für die wachsende Interdependenz der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen war.[813] Tatsächlich ergänzten sich die Strukturen in vielen Bereichen. In der Stahlindustrie etwa exportieren deutsche Hersteller Vorprodukte in großem Umfang nach Großbritannien, die dort weiter verarbeitet und als Fertiggüter nach Übersee verkauft wurden.[814]

Genauso wie die *Daily Mail* verfolgten auch die *Times*, der *Manchester Guardian* sowie der *Daily Telegraph* im weiteren Verlauf des Jahres den rasanten Verfall des Wechselkurses der Mark mit Sorge, allerdings aus anderen

---

[810] An Lord Beaverbrook schrieb er 1924 wörtlich: „We cannot compete with Germany. She has parallel industries and will undersell us in every market." Rothermere an Beaverbrook, datiert auf den Zeitraum Mai bis November 1924, HLRO, BBK/C 183b.

[811] Williamson, British in Germany, S. 212–215.

[812] The Times, 6., 9., 19., 21. März 1923; The Manchester Guardian, 14. März 1923.

[813] Ebd.; The Times, 5. Juni 1923.

[814] Vgl. dazu ausführlich Wurm, Stahlindustrie in Europa, S. 163–188. Hier S. 170f.

Gründen als die *Mail*. Die Korrespondenten und Kommentatoren der drei Zeitungen fürchteten weniger die Konkurrenz billiger deutscher Waren auf den Weltmärkten als vielmehr die Gefahr, dass je weiter die Inflation außer Kontrolle geriet und je unübersichtlicher auch die innenpolitische Lage in Deutschland wurde, die Wirtschaft mit unabsehbaren Konsequenzen für den Rest Europas komplett zusammenbrechen könnte.[815] Anzeichen dafür gab es im Herbst 1923 genug. Laut *Guardian* ging der Konsum infolge stetig steigender Preise immer weiter zurück. Restaurants, Cafés, Theater und Kinos müssten bereits schließen.[816] Der *Telegraph* sah das Land schon vor dem wirtschaftlichen Stillstand, da das Vertrauen in die Währung derart unterminiert war, dass Landwirtschaft und produzierendes Gewerbe kurz davor waren, die Annahme von Papiermark als Zahlungsmittel komplett zu verweigern.[817] Das einzige, in das die Bevölkerung noch Vertrauen hätte, seien Dollar und Pfund, von denen jeder ein Päckchen unter seiner Matratze habe.[818] Als sich die Situation noch weiter verschlechterte, zeichnete die *Times* ein düsteres Bild. „The feeling of depression which is inseparable from a radically unsound financial system is steadily reducing production. The workmen are becoming more and more dissatisfied and the task of feeding Germany every week becomes increasingly difficult."[819]

Erst nach Einführung der Rentenmark Mitte November 1923 setzte nach und nach eine wirtschaftliche Erholung ein. In dem Maße, wie sich die Situation in Deutschland stabilisierte und die deutsche Industrie wieder verstärkt als Wettbewerber auf den Weltmärkten auftrat, gewann in der britischen Presse nun das Motiv der Konkurrenz die Oberhand. Dabei waren die deutschen Unternehmen gegenüber britischen gleich dreifach im Vorteil: Zum einen durch den technologischen Vorsprung in bestimmten Branchen, was sich beispielhaft an der im Entstehen begriffenen Luftfahrtindustrie zeigen lässt. Die Entwicklung eines der ersten Passagierflugzeuge, das komplett aus Metall bestand, durch Dornier hatte in der *Daily Mail* bereits Anfang Januar 1923 Schlagzeilen gemacht, als drei Direktoren der Aero Lloyd mit eben diesem Flugzeug nach England flogen, um über eine regelmäßige Verbindung Berlin – London zu verhandeln.[820] In den nächsten Jahren produzierten Dornier und Junkers eine ganze Reihe neuer Flugzeugtypen, und die Aero Lloyd und Junkers richteten sukzessive planmäßige Flugverbindungen zwischen deutschen und europäischen Städten ein. Die *Daily Mail* sah in der sich abzeichnenden Dominanz der europäischen Luftfahrt durch Deutschland nicht nur einen

---

815 The Manchester Guardian, 6. September 1923; The Daily Telegraph, 7. September 1923; The Times, 13. September 1923.
816 The Manchester Guardian, ebd.
817 The Daily Telegraph, 7. September 1923.
818 Ebd., 13. September 1923.
819 The Times, 6. November 1923.
820 The Daily Mail, 1. und 2. Januar 1923.

wirtschaftlichen Nachteil für Großbritannien, sondern auch eine militärische Gefahr, da aus Zivilflugzeugen ohne Schwierigkeiten auch Bomber entwickelt werden könnten.[821] Für die *Times* hingegen bestand kein Zweifel an den kommerziellen Zielen der deutschen Hersteller und Fluglinien.[822] Aber auch sie konzedierte den Vorsprung Deutschlands auf diesem Gebiet. „Germany is convinced that her future is in the air. […] We must bestir ourselves to be prepared to acquiesce in her supremacy."[823]

Zum anderen waren die niedrigeren Produktionskosten in Deutschland. Aufgrund der längeren Arbeitszeiten und der um bis zu 30 Prozent unter dem britischen Niveau liegenden Löhne konnten deutsche Hersteller die Preise britischer Produzenten deutlich unterbieten. Das führte dazu, dass selbst in traditionell britischen Domänen wie dem Schiffbau deutsche Werften die Nase vorn hatten. Ein besonders spektakulärer Fall war die Vergabe eines Auftrags zum Bau von fünf Motorschiffen durch die britische Reederei Furness Withy and Co. an die Deutsche Werft in Hamburg.[824] Die Entscheidung war Auslöser für eine Reihe von Reportagen vor allem im Labour nahen *Daily Herald*, in denen nicht nur die niedrigen deutschen Löhne als Wettbewerbsvorteil der Deutschen und damit Gefahr für die britischen Arbeiter identifiziert wurden, sondern auch die staatlichen Subventionen im deutschen Schiffbau sowie die Kostenvorteile großer Mischkonzerne.[825]

Diese Synergieeffekte der großen Unternehmensverbünde, die sich in der ersten Hälfte der 20er Jahre in Deutschland gebildet hatten, stellten den dritten Vorteil dar. Die Übernahme- und Fusionswelle war auch 1925 noch nicht abgeschlossen. Nach der Zerschlagung des Stinnes-Konzerns bildeten sich jetzt im Gegenteil neue, auf einzelne Branchen konzentrierte Riesen wie die IG Farben, die aus britischer Sicht ein Versuch waren, „to establish beyond the possibility of challenge Germany's dominating position in the world's markets for chemicals, drugs, and dyes".[826] Die Zusammenschlüsse von Minengesellschaften sowie Eisen- und Stahlerzeugern an Rhein und Ruhr wurde als ein ähnlicher Versuch interpretiert.[827] In der Tat war der Wunsch, auf den Weltmärkten geschlossen aufzutreten, eine der Triebkräfte für das Fusionsfieber der deutschen

---

821 Ebd., 2. Januar 1925.
822 The Times, 9. Juni 1925.
823 Ebd., 5. Juni 1925 LA „German Flying".
824 Ebd., 10. März 1925. Ein anderer Fall war ein Auftrag über die Produktion von 21 Lokomotiven aus Südafrika, der nicht an einen Hersteller im englischen Mutterland der Kolonie, sondern an Maffai in München ging. Die dazu passenden Waggons bestellte die Kap-Kolonie ebenfalls aus Kostengründen bei einer Firma in Schlesien. The Daily Mail, 6. April 1925.
825 Die Deutsche Werft gehörte zu einem Verbund, in dem auch die Hamburg-Amerika-Linie, die Haniel-Werke und AEG zusammengeschlossen waren. The Daily Herald, 7., 10., 18. März 1925.
826 The Daily Telegraph, 6. Oktober 1925.
827 Ebd., 14. Oktober 1925.

Industrie in dieser Zeit. Die Zusammenschlüsse hatten darüber hinaus eine politische Dimension, denn sie stärkten die deutsche Position bei internationalen Verhandlungen, weshalb sie von der Reichsregierung unterstützt wurden.[828]

Die Achillesferse der deutschen Wirtschaft blieb trotz des Zustroms frischer Kredite aus den USA im Gefolge des Dawes-Plans der chronische Kapitalmangel. Das Zinsniveau war 1925 zwar weit von dem der Inflationszeit entfernt. Dennoch war es für deutsche Unternehmen nicht leicht, an günstiges Geld für Investitionen zu kommen, was ohne Zweifel als Wachstumsbremse wirkte.[829] „The inflow of credits from abroad is growing in volume, and the exorbitant rates charged a few months ago are charged no longer, but most of the credits are short term, and German industry is largely living from hand to mouth in a state of considerable dependence on foreign finance."[830] Ein Problem, mit dem allerdings auch die britische Industrie in dieser Zeit zu kämpfen hatte.[831]

Der Umfang des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland lässt sich an den Analysen ablesen, die der *Manchester Guardian* in einer Artikelserie im April 1924 und in einer Reportage zur Jahreswende 1924/25 veröffentlichte. Der Berliner Korrespondent Frederick Voigt berichtete, dass die Inflation Anfang 1924 eingedämmt sowie die Steuerlast gerechter verteilt waren und der Handel sich belebte, dass der allgemeine Lebensstandard aber nach wie vor sehr niedrig war und viele Deutsche Hunger litten, der nur durch die Arbeit von Hilfsorganisationen gelindert wurde.[832] Weniger als ein Jahr später war die Arbeitslosigkeit deutlich rückläufig, der Konsum von Nahrungsmitteln hatte wieder Vorkriegsniveau erreicht, die Löhne waren gestiegen und die Kaufkraft lag etwa bei 90 Prozent der Einkommen von vor 1914. In vielen Fabriken galt wieder der Achtstundentag. Kaufhäuser und Restaurants meldeten steigende Umsätze und die Neujahrsfeierlichkeiten seien besonders ausschweifend gewesen, so Voigt.[833]

2.6.2 Die Inflation und ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen

Die Geldentwertung in Deutschland zwischen 1920 und 1923 war in ihrem Ausmaß in der Wirtschaftsgeschichte ohne Beispiel. Schon deshalb richteten sich die Blicke der englischen Zeitungen verstärkt auf dieses Problem, das sich von allen ökonomischen Schwierigkeiten unterschied, mit dem die Welt bisher konfrontiert worden war, wie die *Times* feststellte.[834] Standen anfangs die Fol-

---

828 Wurm, Politik und Wirtschaft, S. 12.
829 Ebd., 27. Februar 1925. Innerhalb Deutschlands beherrschten manche dieser Konzerne der Schwerindustrie oder der Elektro- und Chemiebranche ihren Industriezweig völlig. Vgl. Schulze, Weimar, S. 40.
830 The Manchester Guardian, 2. Januar 1925.
831 The Times, 8. Oktober 1925.
832 The Manchester Guardian, 7., 8., 9. April 1924.
833 Ebd., 2. Januar 1925.
834 The Times, 10. Mai 1923, LA „Lessons Of Inflation".

gen, die der Verfall der Mark für die britische Wirtschaft hatte, im Mittelpunkt, so rückten in der Phase der Hyperinflation die Auswirkungen in Deutschland selbst ins Zentrum. Besonders das Alltagsleben unter den Bedingungen beständiger Geldentwertung und die damit einhergehende Destabilisierung der sozialen Verhältnisse beschäftigten die britischen Korrespondenten, die in der Inflation ein Experiment der Geldpolitik mit ungewissem Ausgang sahen. Die hohe Aufmerksamkeit, die die englischen Zeitungen diesem Thema widmeten, verdient deshalb eine genauere Betrachtung.

Die Ursachen der Inflation waren nach Analyse der *Times* nicht nur in der aktuellen Politik der Weimarer Kabinette zu suchen, die zur Deckung des Haushaltsdefizits die Notenpresse in Gang gesetzt hatten und außerdem immer neue Kredite aufnahmen.[835] Ausgangspunkt war vielmehr der Schlachtflottenbau, der bereits zum Teil über Anleihen finanziert worden war. Diese Schuldenpolitik war nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs fortgesetzt worden, denn die kaiserliche Regierung hatte nicht versucht, die Kosten des Krieges durch höhere Steuern zu decken, sondern stattdessen einen Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, indem sie immer neue Kriegsanleihen aufgelegt und den Schuldenstand damit weiter in die Höhe getrieben hatte.[836] Dass die ersten Regierungen der Weimarer Republik dieser Entwicklung nicht durch eine restriktivere Ausgabenpolitik kombiniert mit Steuererhöhungen Einhalt geboten, sondern sie im Gegenteil noch weiter forcierten, lag nach Auffassung der *Times* an der politischen Schwäche der Kabinette, die seit dem Waffenstillstand amtierten und die eher den Weg des geringsten Widerstandes gingen, als unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen.[837] Das war sicher einer der Gründe für die sich beschleunigende Geldentwertung. Hinzu kamen weitere, nicht minder folgenreiche wie das Haushaltsdefizit, ein Bündel von externen und internen Zahlungsverpflichtungen, die wegen unzureichender Steuereinnahmen nicht eingehalten werden konnten oder die fehlgeschlagenen Versuche, eine ausreichende internationale Anleihe zu erhalten. Besonders schwer wog jedoch der Vertrauensverlust, der nach der Inflationswelle Ende 1921 eintrat und eine erste Flucht aus der Mark auslöste.[838]

Dessen ungeachtet wirkte sich die Inflation zunächst positiv auf die Konjunktur in Deutschland aus, wie die englischen Korrespondenten in Berlin feststellten. Denn entgegen der mit jedem weiteren Fall des Wechselkurses der

---

835 Ebd., 8. September 1922.

836 Zum Zusammenhang zwischen der Finanzierung des Krieges und der Inflation siehe grundlegend FELDMAN, Great Disorder, S. 37–51.

837 THE TIMES, 8. September 1922.

838 FELDMAN, Great Disorder, S. 386. Die Reparationszahlungen wirkten dabei als Katalysator. „When demands were made upon Germany which the Germans and substantial proportions of the outside world felt were unfulfillable, the consequence was a loss of confidence in the mark abroad and a surrender to inflationary tendencies at home." Ebd., S. 418.

Mark wiederkehrenden Prophezeiung, dass dies den Ruin des Landes bedeute, sei bisher nichts dergleichen eingetreten, schrieb etwa Voigt im *Manchester Guardian* Anfang September 1922.

> While the mark has been falling with accelerating velocity, the condition of Germany has steadily improved. The half-starved, ragged crowds of emaciated children, with huge swollen heads, that could be seen all over Germany in 1919 are no longer seen now. A Berlin crowd is not quite so well dressed, but looks just as well fed as a London crowd. In 1919 private motor-cars were rarities in Berlin. Now they crowd every main thoroughfare. The squandering and luxury in restaurants, cafés, and hotels has grown enormously.[839]

Allerdings führte eine Entwertung der Währung jedes Mal kurzzeitig zu erheblichen Einschränkungen und gezwungenermaßen zu Konsumverzicht bei vielen Menschen, zumindest so lange, bis der Kaufkraftverlust durch die Erhöhung der Löhne wieder einigermaßen ausgeglichen war. Daraus aber den Schluss zu ziehen, dass Deutschland auf einen Zusammenbruch seiner Volkswirtschaft zusteuerte, hielt Voigt für verfrüht.[840]

In diesem Sinne argumentierte auch die *Times*, die allerdings noch detaillierter auf die sich abzeichnenden sozialen Nebenwirkungen der Inflation verwies. Zwar herrsche fast Vollbeschäftigung, da die deutsche Industrie auf Grund des niedrigen Lohn- und Preisniveaus im eigenen Land einen Vorteil gegenüber der internationalen Konkurrenz hatte und sich so einen wachsenden Anteil am insgesamt schrumpfenden Welthandel sichern konnte. Dies werde aber mit einer stetigen Verarmung der Mittelschicht erkauft, deren fixe Einkommen wie Renten oder Kapitalerträge immer weniger wert seien.[841] Von einem Absturz in die Armut konnte die *Daily Mail* hingegen zu diesem Zeitpunkt noch nichts erkennen. In einer Artikelserie über das Leben in Hamburg, Berlin und Dresden berichtete das Massenblatt, dass die Einwohner nach wie vor großzügig Geld für Essen, Trinken und Kleidung ausgäben. Als Zeichen für die prosperierende Wirtschaft interpretierte die *Mail* die rege Bautätigkeit, die in allen drei Städten herrschte.[842]

Dieses Bild änderte sich schlagartig nach dem Einmarsch französischer Truppen ins Ruhrgebiet und der darauf folgenden Panik an der deutschen Börse. Innerhalb weniger Wochen verlor die Mark gegenüber dem Dollar und dem Pfund dramatisch an Wert, während gleichzeitig die Aktienkurse in die Höhe schossen.[843] Es war ein erster Vorgeschmack auf die dramatische Flucht aus der Mark in Sachwerte und ausländische Währungen, die sich mit der Hyperinflation in den folgenden Monaten noch beschleunigte. Die Maßnahmen, die die Reichsregierung ergriff, um den Absturz zu bremsen, wurden von den eng-

---

839 The Manchester Guardian, 6. September 1922.
840 Ebd.
841 The Times, 9. September 1922.
842 The Daily Mail, 16., 19., 20. September 1922.
843 The Times, 19., 27., 30. Januar 1923.

lischen Zeitungen überwiegend als untauglich eingestuft. Der Versuch, den Devisenhandel einer strengen Kontrolle zu unterwerfen, blieb genauso wirkungslos wie das Vorhaben, dem Geldkreislauf durch die Ausgabe von Goldanleihen im Sommer 1923 Papiermark zu entziehen.[844] Auch die regelmäßigen Erhöhungen des Leitzinses durch die Reichsbank hatten nicht den gewünschten Effekt, sondern verschärften nur den chronischen Kapitalmangel der deutschen Unternehmen.[845]

Unterdessen wuchs die Deckungslücke im Haushalt weiter, da im Verlauf des Ruhrkampfes immer mehr Menschen direkt von staatlichen Hilfen abhängig und die Ruhrmagnaten durch Entschädigungszahlungen bei der Stange gehalten werden mussten, während die Steuereinnahmen unaufhaltsam zurückgingen, da sich die Steuerschuld proportional zum Verfall der Währung verminderte.[846] In den Augen der britischen Beobachter war deshalb erst dann mit einem Ende der Inflation zu rechnen, wenn die Reichsregierung grundsätzlich ihren Kurs änderte, d.h. die Finanzierung des passiven Widerstands an Rhein und Ruhr über die Notenpresse beendete und die Inflation nicht weiter als Ausflucht benutzte, um den Reparationszahlungen zu entgehen.[847]

In der zweiten Hälfte des Jahres 1923 verschlimmerte sich die Lage zunächst jedoch in rasantem Tempo weiter – mit verheerenden Folgen für das soziale Gefüge der deutschen Gesellschaft. Denn die Hyperinflation wirkte wie eine gigantische Geldumverteilungsmaschine. Profiteure waren vor allem Spekulanten und Industrielle. Verlierer waren die Besitzer von Sparvermögen, in zunehmendem Maße aber auch Arbeiter und Angestellte. Denn trotz der Anpassung der Löhne konnten diese immer weniger mit den sprunghaft steigenden Preisen Schritt halten, wie Daniels in der *Times* anschaulich beschrieb:

> prices in the shops rise literally ‚while you wait'. The shopping markets are the scene of bitter wranglings, relieved only by grim jests. In a so-called ‚hunger demonstration' held during the week a man carried on a pole a placard with the legend: ‚The dollar rose 10000 yesterday. Did your wages rise?'[848]

---

844 Ebd., 23. und 24. Juli 1923.

845 Der Berliner Korrespondent der *Times*, Harold Daniels, bezeichnete denn auch das Heraufsetzen des Zinssatzes um gleich sechs Prozentpunkte Ende April als „desperate remedy for a desperate state of affairs". Ebd., 24. April 1923.

846 Jeder Haushaltsplan war deshalb eigentlich schon in der Minute seiner Veröffentlichung obsolet. The Times, 8. August 1923. Die *Daily Mail* hatte schon im Januar auf die Folgen der Inflation für die Steuereinnahmen aufmerksam gemacht, die in Deutschland zu diesem Zeitpunkt bei umgerechnet 4 Schilling pro Kopf lagen, während ein Engländer 20 Pfund an den Fiskus abführte. The Daily Mail, 31. Januar 1923, LA „Germany's Vanishing Tax Trick".

847 The Times, 10. Mai 1923, LA „Lessons Of Inflation".

848 Ebd., 11. Juni 1923. Daniels war überzeugt, dass die Inflationspolitik wegen ihrer Nebenwirkungen über kurz oder lang aufgegeben werden müsse. An seine Redaktion in London schrieb er: „I am not quite sure whether the day of reckoning for the inflation policy has begun to appear but that it has to come in the near future I am quite certain." Daniels an Deakin, 7. Juni 1923, Correspondence between Ralph Deakin and Harold G. Daniels, TNL Archive, TT/FN/1/RD/1.

Wie absurd die Situation inzwischen war, ließ sich auch daran ablesen, dass selbst die Versorgung mit Bargeld ins Stocken geriet, weil die Reichsbank mit dem Drucken neuer Noten nicht mehr nachkam.

For weeks past the Reichsbank has been able to supply the commercial banks with nothing but dumpy packets of twenty thousand mark notes, two million in a packet. Yesterday even these ran out and the banks were supplied with bundles of five thousand and ten thousand mark notes. […] Imagine paying for one's dinner with half a dozen packets of paper, each as large as a Bible. The transport of money under these circumstances becomes a serious problem. The bank messengers line up from early morning outside the Reichsbank with hand-carts.[849]

Die Versorgungslage der Bevölkerung verschlechterte sich im September und Oktober weiter, die Schlangen vor den Geschäften wurden immer länger.[850] In der zweiten Oktoberhälfte schließlich häuften sich Demonstrationen von hungernden Arbeitern, die regelmäßig in Plünderungen von Lebensmittelgeschäften ausarteten. Bei Zusammenstößen mit der Polizei gab es dabei auch Tote und Verletzte.[851] Für Morgan Philips Price war spätestens jetzt klar, dass das Wirtschaftssystem insgesamt auf der Kippe stand.

In Germany today there is a complete breakdown of the Capitalist mechanism of distribution and exchange […]. The Government of the Reich is bancrupt. The mark has ceased to be currency and is merely a vast mass of paper packets representing so many dollars or pounds. […] Tradesmen cannot buy goods, because they have no idea what price to charge and in what currency they are to be paid. […] And yet there are food and materials in the country, but they cannot be moved about and distributed to consumers, because there is no means of exchange.[852]

Das ökonomische Chaos war für Price auch verantwortlich für die Klassenkonflikte und politischen Gegensätze, die sich extrem verschärft hatten. Sinnbild dafür waren die „roten" Koalitionsregierungen aus SPD und KPD in Sachsen und Thüringen sowie das reaktionäre Kabinett von Kahr in Bayern, die sich unversöhnlich gegenüberstanden mit der unschlüssigen Reichsregierung in der Mitte.[853] Vor allem die Kommunisten profitierten nach Einschätzung der *Times* von den Vorgängen im Ruhrgebiet und den Folgen der Inflation.[854]

---

849 The Times, 26. Juli 1923. Feldman spricht deshalb auch wahlweise von einer „Zerstörung" oder „Liquidation" der Mark. Feldman, Great Disorder, S. 631.

850 Laut Philips Price war die Verarmung so weit fortgeschritten, dass in Berlin öffentliche Gebäude von organisierten Banden ausgeplündert wurden, die das Diebesgut anschließend versetzten. The Daily Herald, 26. Juni 1923. Voigt berichtete Anfang September von großem Unmut unter der Bevölkerung. In Essen habe es bereits erste Unruhen gegeben. The Manchester Guardian, 6. September 1923.

851 So z.B. in Köln, Berlin und Hamburg. The Times, 13. Oktober 1923 und 17. Oktober 1923 und 26. Oktober 1923; The Daily Telegraph, 17. Oktober 1923 und 24. Oktober 1923.

852 The Daily Herald, 18. Oktober 1923.

853 Ebd.

854 The Times, 30. Januar, 20. April, 8. August 1923.

2.6.3 Hugo Stinnes als Prototyp des deutschen Wirtschaftsführers

Das Phänomen der Konzentrationsprozesse und der Bildung vertikaler Konzernverbünde in der deutschen Industrie war ein weiterer wichtiger Bestandteil des Bildes, das die britische Presse von der Wirtschaft in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zeichnete. Dabei waren zwei Aspekte bestimmend: Zum einen war, wie bereits erwähnt, auch hier der Konkurrenzgedanke ein beherrschendes Motiv, denn die Schlagkraft großer Mischkonzerne wie Krupp, Thyssen oder Stinnes bedrohte die Stellung der britischen Industrie auf dem eigenen wie auf dem Weltmarkt. Zum anderen beschäftigte die englischen Korrespondenten in Berlin der politische Einfluss, der den Industriellen auf Grund der Wirtschaftskraft ihrer Unternehmen zufiel und den sie zu ihrem Vorteil zu nutzen suchten. Kein anderer Konzernlenker verkörperte dabei den Prototyp des deutschen Industriellen besser als Hugo Stinnes und kein anderer erfuhr in den britischen Zeitungen eine größere Aufmerksamkeit.

Erste Bekanntschaft mit Stinnes machten englische Journalisten auf der Konferenz von Spa im Juli 1920, und ihr Eindruck war durchweg negativ. Auf George Slocombe, den Korrespondenten des *Daily Herald*, wirkte er zwar intelligent, strahlte gleichzeitig aber Macht und Arroganz aus: „his personality, his wealth, his arrogant authority dominated the delegates of his own country, and were uneasily apprehended, although far from appreciated, by the Allied delegates." [855] Genauso wenig schmeichelhaft war das Urteil von George Ward Price, der Stinnes für die *Daily Mail* interviewte. „He evidently believes in Germanism as a Mahdi believes in his divine call. He has a hot temper badly under control. He kept flashing out at the least provocation. A very ruthless, dangerous type of man he seemed to me."[856] Anstoß erregte vor allem sein selbstbewusstes, undiplomatisches, ja rüdes Auftreten gegenüber den alliierten Staatsmännern, das in markantem Widerspruch zur Rolle der demütigen und unterwürfigen Besiegten stand, die die Siegermächte den Deutschen zugedacht hatten.[857]

Der Name Stinnes entwickelte sich in der Folgezeit zu einem Synonym für den deutschen Großindustriellen neuen Typs und wurde von den britischen Beobachtern auch so verwand.[858] Mehrere Merkmale waren demnach für diese

---

855 SLOCOMBE, Tumult and Shouting, S. 93.

856 Ward Price an Northcliffe, 15. Juli 1920, BL, NADM 62210B.

857 Vgl. RIDDELL, Intimate Diary, Eintrag vom 10. Juli 1920. Ebenso HUDDLESTON, My Time, S. 224. Stinnes nahm Stellung zu den von Deutschland erwarteten Kohlelieferungen. Seine hochfahrenden Äußerungen, in denen er die Alliierten vor der Illusion warnte, sie könnten die geforderten Mengen mit Gewalt erpressen, trug er in derart anmaßendem Ton vor, dass Lloyd George hinterher das Gefühl beschlich, zum ersten Mal einem wirklichen Hunnen begegnet zu sein. FELDMAN, Stinnes, S. 624f.

858 Der Berliner *Times*-Korrespondent Harold Daniels erklärte in einem seiner zahlreichen Berichte über die deutschen Industriellen, dass er mit Stinnes nicht nur die Person, sondern die gesamte Gruppe meinte. THE TIMES, 31. März 1923.

Art von Unternehmer charakteristisch: erstens absolut rücksichtsloses Profitstreben, was sich für die englischen Korrespondenten beispielhaft im Verhalten der Industriellen während der Ruhrbesetzung und der Inflation offenbarte.[859] Schon im Verlauf des Jahres 1923 berichtete etwa die *Times* mehrfach, dass die Konzerne an Rhein und Ruhr von der Reichsregierung Kredite erhielten, gleichzeitig aber ihr Kapital in ausländischen Devisen wie Dollar und Pfund anlegten und damit die Versuche zur Stabilisierung der Mark unterminierten.[860] Eine schwache Mark war durchaus im Interesse der deutschen Industrie, da so die eigenen Waren auf dem Weltmarkt billiger angeboten werden konnten.[861] Eine Gefahr für die britische Konkurrenz, der man sich dort wohl bewusst war.[862]

Als dann Anfang 1925 publik wurde, dass die Ruhrmagnaten zur Finanzierung des passiven Widerstands nicht nur günstige Kredite erhalten hatten, sondern darüber hinaus Entschädigungszahlungen aus Steuermitteln in Millionenhöhe zur Kompensation von Produktionsausfällen und der Lieferung von Reparationskohle, berichteten die englischen Zeitungen ausführlich, wie es Stinnes, Thyssen, Krupp & Co. im Verlauf der Hyperinflation gelungen war, immer größere Vermögen zusammenzuraffen, während die Masse der Deutschen verarmte: dass sie mit ihren Devisenvorräten Anteile anderer deutscher Unternehmen günstig aufgekauft hatten, während sie gleichzeitig durch die von der Reichsbank gewährten Kredite mit frischem Kapital versorgt wurden, das sie wiederum in ausländische Währungen tauschten oder in neue Produktionsanlagen investierten; dass diese Kredite schon nach wenigen Monaten nur noch ein Bruchteil der ursprünglichen Summen wert waren; dass es Stinnes auf diesem Weg gelungen war, mehr als 1500 Unternehmen in seinen Konzern einzuverleiben, darunter Bergwerke, Banken, Versicherungen, Werften, Eisen- und Stahlwerke, Papierfabriken, Zeitungen und Hotels; dass die Reichsregierung den Industriellen nach Beginn der Ruhrbesetzung einen Steueraufschub gewährte, was einem Geschenk gleichkam, da sich ihre Steuerschuld durch die Geldentwertung innerhalb kürzester Zeit drastisch verminderte; dass unterdessen die Masse der Bevölkerung ihr Geldvermögen verlor und die Löhne, Pensionen und Renten mit der Inflation nicht mehr Schritt halten konnten; und dass die Reichsregierung Luther schließlich die Entschädigungszahlungen an die Ruhrmagnaten am Reichstag vorbei geleistet und damit das Budgetrecht der Volksvertretung in eklatanter Weise verletzt hatte.[863]

---

[859] Stinnes war überzeugt, dass die Franzosen sich mit der Besetzung der Ruhr selbst mehr schadeten als den Deutschen. Den passiven Widerstand unterstützte er von ganzem Herzen, denn er sah darin den „Königsweg zu Verhandlungen". FELDMAN, Stinnes, S. 841–845.

[860] THE TIMES, 31. März 1923 und 21. April 1923 und 30. April 1923.

[861] Ebd., 31, März 1923.

[862] Vgl. ebd., 11. Mai 1923.

[863] THE MANCHESTER GUARDIAN, 10. Februar 1925; THE DAILY HERALD, 18. Februar 1925; THE DAILY MAIL, 5. März 1925.

Charakteristisch für diesen Unternehmertyp war zweitens der Versuch, die im Zuge der Revolution mit den Gewerkschaften im Stinnes-Legien-Abkommen vereinbarten sozialen Errungenschaften allen voran den achtstündigen Arbeitstag wieder rückgängig zu machen. Die Intention dabei war, die Beschneidung der unternehmerischen Freiheiten durch die Mitwirkung der Arbeitnehmer sowie durch das regulierende Eingreifen des Staates auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Auch hier bot die Ruhrbesetzung der Großindustrie eine willkommene Gelegenheit, auf die eigenen Arbeiter, die Gewerkschaften und die Reichsregierung Druck auszuüben und Ausnahmeregelungen durchzusetzen, was auch gelang.[864]

Ein drittes Merkmal der Unternehmer war deren direkte Einflussnahme auf die Politik. Eine Reihe von Industriemagnaten hatte sich für die Rechtsparteien DNVP und DVP in den Reichstag wählen lassen, darunter Hugo Stinnes.[865] Dass die Konzernlenker einen echten Machtfaktor im Parlament darstellten – auch das zeigte sich im Krisenjahr 1923. Nach den Berichten sowohl des *Daily Herald* als auch der *Times* bestand kein Zweifel daran, dass die Industriellengruppe in der DVP um Stinnes auf den Bruch der Großen Koalition und den Rücktritt des ersten Kabinetts Stresemann hingearbeitet und dabei die Forderung nach einer Aufhebung der Arbeitszeitbegrenzung als Hebel angesetzt hatte.[866] Die weitergehenden Pläne dieser Kreise, nämlich die Sozialdemokraten aus der Regierung zu drängen und die parlamentarische Demokratie durch ein Direktorium starker Männer zu ersetzen, wie sie in Stinnes Zeitungen kolportiert wurden, nahmen in der *Times* ebenfalls breiten Raum ein.[867]

Der Eindruck von den Strukturen in der deutschen Wirtschaft und ihrer Verflechtung mit der Politik, der so in der britischen Presse entstand, war ge-

---

[864] The Daily Herald, 18. Oktober 1923; The Times, 21. November 1923; The Daily Herald, 5. Februar 1925; The Manchester Guardian, 10. Februar 1925. Die Reichsregierung hielt an der werktäglichen Arbeitszeit von acht Stunden fest, erlaubte aber Überschreitungen von zwei Stunden pro Tag, sofern die Mehrarbeit von den Tarifpartnern ausgehandelt wurde. In Streitfällen sollte der Reichsarbeitsminister schlichten, was meist eine Mehrarbeit von einer Stunde ohne Lohnausgleich zum Resultat hatte. Da die Hyperinflation die finanziellen Rücklagen der Gewerkschaften vernichtet hatte, mussten die Arbeitgeber keinen Widerstand in Form von Massenstreiks befürchten. Dazu ausführlich Blaich, Staatsverständnis, S. 158–178. Hier S. 167.

[865] Stinnes saß seit 1920 zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden von Thyssen, Vögler, und Krupp-Direktor Sorge für die DVP im Parlament, die Großindustriellen Hugenberg und Reichert für die DNVP. Letzterer war Reichsbevollmächtigter der Außenhandelsstelle für Eisen- und Stahlerzeugnisse.

[866] The Daily Herald, 4. Oktober 1923; The Times, 5. Oktober 1923.

[867] The Times, 6. Oktober 1923. Die Berichte waren fundiert, wenn auch nicht alle Einzelheiten stimmten. Die Aktivitäten, die die Industrieführer mit Stinnes an der Spitze hinter den Kulissen entfalteten, zielten auf eine Rechtsregierung und ein Ermächtigungsgesetz ab, das ihnen in der Arbeitszeitfrage freie Hand geben würde. Die Bildung der zweiten großen Koalition unter Stresemann bedeutete jedoch das Aus für beide Ziele. Feldman, Stinnes, S. 894–897.

prägt von dem extrem hohen Grad der Konzentration, die die Bildung einiger weniger, von mächtigen Magnaten geführter „trusts" zur Folge hatte. Dabei erschien Stinnes als der typische Vertreter einer Form des ungezügelten Kapitalismus, wie es sie bisher in Europa noch nicht gegeben hatte. In der Beschreibung der englischen Journalisten war er der „ungekrönte König" oder negativ ausgedrückt das „böse Genie" Deutschlands, das über Wohl und Wehe eines riesigen Industrieimperiums herrschte und auch politisch die Fäden in der Hand hielt.[868] Dabei kannte Stinnes bei der Verfolgung seiner Ziele weder moralische Skrupel, wie der *Daily Telegraph* feststellte,[869] noch hatte er andere Interessen als die Mehrung des Profits seiner Unternehmen, so der *Manchester Guardian*. „He lived for business, gave himself up to it entirely with unflagging, unselfish devotion. He had a simple soul, little culture, no taste, no ideals, no enthusiasm (except for business), no humanity in the larger sense."[870] Folgerichtig nahm er auch keine Rücksicht auf die Belange der Arbeiterschaft, die er im Gegenteil bekämpfte und für die er der Inbegriff einer unmenschlichen, ausbeuterischen Form des Kapitalismus war, wie die Korrespondenten des *Daily Herald* und des *MG* beobachtet hatten.[871]

Seine Ausflüge in die nationale und internationale Politik stufte die *Times* trotz seines enormen Einflusses als „treibende Kraft" der DVP als Fehlschlag ein und führte dafür seinen misslungenen Auftritt auf der Konferenz von Spa an.[872] Ungeachtet dessen zollte sie ihm für seinen wirtschaftlichen Sachverstand und seinen unbestreitbaren Erfolg auf diesem Gebiet Anerkennung.

these shortcomings in his public career should not blind us to a recognition of the fact that Hugo Stinnes was one of the greatest financial geniuses of his age and that it was very largely owing to his breadth of outlook and to his organizing capacity that German industry weathered the post-war crisis as successfully as it did.[873]

Nichtsdestotrotz waren Stinnes und die anderen Industriekapitäne in den Augen der englischen Zeitungen jedweder Couleur auf Grund ihrer wirtschaft-

---

868 The Manchester Guardian, 10. April 1924; The Daily Herald, 11. April 1924.
869 The Daily Telegraph, 11. April 1924.
870 The Manchester Guardian, 12. April 1924.
871 The Daily Herald, 11. April 1924; The Manchester Guardian, 10. April 1924.
872 The Times, 11. April 1924.
873 Ebd. Diese Darstellung von Stinnes' Persönlichkeit in der britischen Presse war sicher stark zugespitzt, entsprach aber durchaus dem Bild, das sich auch die Gegner unter Stinnes' Zeitgenossen in Deutschland von ihm machten. Feldmans Bilanz fällt etwas differenzierter aus: „Unglücklicherweise war Stinnes jedoch in seinem ganzen Denken vom Grundsatz des unbedingten Vorranges wirtschaftlicher Erfordernisse, wie er sie sah, durchdrungen; zur Politik hatte er ein rein instrumentelles Verhältnis. Dies setzte ihn auf der einen Seite in die Lage, bestimmten politischen Realitäten unbestechlich und frei von Kurzsichtigkeit ins Auge zu sehen. […] Auf der anderen Seite zeigte seine tiefwurzelnde Abneigung gegen das Politische, insbesondere wenn sie sich mit dem illusionären Glauben an die eigenen politischen Fähigkeiten und seiner häufigen Gleichgültigkeit oder Blindheit für die politischen Konsequenzen seines Tuns verband, sehr unheilvolle Folgen für Deutschland und ihn selbst." Feldman, Stinnes, S. 952f.

lichen Macht, die auf der Größe ihrer Konzerne, aber auch auf ihrer Schlüsselstellung in der offenen Reparationsfrage basierte, die eigentlichen Regenten des neuen Deutschlands und hatten damit die Junker als politisch führende Klasse abgelöst.[874]

[874] The Daily Mail, 12. April 1924; The Daily Telegraph, 11. April 1924; The Daily Herald, 11. April 1924. Siehe auch Price, Germany in Transition, S. 83: „Before the November Revolution, Germany was ruled by royal families, overshadowed by the Hohenzollern and Wittelsbach crowns. Today Germany is ruled by vertical trusts in the ‚Reichsverband der deutschen Industrie' overshadowed by the Rhine-Elbe Union and the AEG-Krupp-Otto Wolf Federation."

3. Das Deutschlandbild in den *Newsreels*

3.1 Die Entwicklung des Stummfilms zum Nachrichtenmedium

Das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts markierte nicht nur wegen des Aufkommens der billigen Massenpresse den Beginn der Ära moderner Massenkommunikation in England. Es war gleichzeitig die Geburtsstunde eines völlig neuen Massenmediums – des Films. Die zeitliche Koinzidenz der erstmaligen öffentlichen Vorführung bewegter Bilder in Großbritannien mit der Markteinführung des Vorreiters der *popular journals* ist frappant. Die erste Ausgabe der *Daily Mail* erschien, wie an anderer Stelle schon erwähnt, im Mai 1896. Im Februar desselben Jahres hatten die Pioniere der Kinematographie, die Brüder Lumière aus Frankreich, zum ersten Mal in London einen Film gezeigt.[1] Die Premiere war der Auftakt zu einer rasanten technischen Entwicklung, die anfangs nur eine kleine Schar von Enthusiasten beherrschte und die sich schnell in einen Zweig der Unterhaltungsindustrie verwandelte. Von Anfang an war der Film aber auch ein Informationsmedium. Allerdings unterschied er sich in Produktion, Inhalt und Konsum erheblich von der Presse. Zum besseren Verständnis werden der Untersuchung des Deutschlandbildes in den *Newsreels* deshalb einige einführende Bemerkungen zu Entwicklung und Verbreitung des Films sowie zum Publikum vorangestellt.

Die ersten Jahre der Kinematographie waren durch Improvisation und Experimentieren bei Herstellung und Vorführung gekennzeichnet. Aufgenommen wurden alle möglichen Szenen des alltäglichen Lebens von Sportereignissen bis zu Besuchen der königlichen Familie, die dann in Theatern, Musikhallen oder unter freiem Himmel gezeigt wurden.[2] Schon bald entstanden aber immer mehr eigens für die Filmvorführung um- oder neu gebaute Lichtspieltheater.[3] Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs lag ihre Zahl in England bereits bei etwa 4000 mit weiter steigender Tendenz, von denen die meisten an sechs Abenden in der Woche geöffnet hatten.[4] Die Betreiber verkauften zu dieser Zeit wöchentlich über sieben Millionen Eintrittskarten,[5] und die wachsende Nachfrage nach neuen Filmen führte zu einer Rationalisierung und Spezialisierung der

---

1 Williams, Mass Communication, S. 68.

2 Ebd., S. 69f.

3 Dieser Trend wurde durch einen *Cinematograph Act* beschleunigt, wonach in vielen Kirchen, Rathäusern und Clubs keine Filme mehr gezeigt werden durften. Hiley, Cinema Auditorium, S. 160.

4 Ebd.

5 Hiley, Pictures, S. 39–51. Hier S. 40. Mehr zur Entwicklung der Zuschauerzahlen in den 20er Jahren im folgenden Kapitel 3.2.

jungen Industrie in Produktionsfirmen, Verleiher und Vorführer.[6] Die Inhalte veränderten sich unter dem Druck des Publikums ebenfalls. Weil das Interesse an Aufnahmen des Alltags und den weit verbreiteten „slap stick comedies" nachließ, wurden zunehmend „Erzählfilme" gedreht, bei denen wachsender Wert auf die künstlerische Qualität und den ästhetischen Anspruch gelegt wurde.[7]

Die Geschichte der Wochenschau – die Bezeichnung *Newsreel* bürgerte sich erst in den 1920er Jahren ein und stammte aus den USA[8] – war anfangs identisch mit der Entstehung der allgemeinen Kinematographie. Denn schon die ersten Aufnahmen waren im Prinzip nichts anderes als die Dokumentation von Geschehnissen, die sich in der Realität ereignet hatten. Auf der Leinwand der Lumières in London beispielsweise waren die Einfahrt eines Zuges in einen Bahnhof und die Entladung eines Schiffes im Hafen zu sehen.[9] Die beiden französischen Filmemacher drehten im Juni 1895 auch die Ankunft der Delegierten auf dem Kongress der Französischen Photographischen Gesellschaft. Dieser Film gilt als wichtiger Schritt in der Entwicklung des Nachrichtenfilms, denn er wurde den Kongressteilnehmern bereits am folgenden Tag gezeigt. Die Lumières hatten also einen Film für eine spezielle Zielgruppe produziert, deren Interesse für das Thema bereits geweckt war und für die er damit einen besonderen Nachrichtenwert hatte.[10] Damit hatten sie zwei Grundregeln des Zeitungsjournalismus in ein neues Medium übertragen: erstens die Frage, ob eine Geschichte für die eigenen Leser/Zuschauer von Interesse ist, und zweitens die Annahme Northcliffes, dass Zeitungsleser ganz besonders von Neuigkeiten über Menschen fasziniert sind, mit denen sie sich identifizieren oder die sie kennen wie ihre eigenen Nachbarn, Kollegen oder aber Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.[11]

Der Brite Birt Acres wandte diese Prinzipen auf der internationalen Ebene an, als er zur gleichen Zeit die Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals filmte. Diese Dokumentation galt schon bald als klassisches Nachrichtenstück, und es war kein Zufall, dass sie sich mit einem wichtigen Aspekt der deutsch-britischen Beziehungen befasste: dem maritimen Wettrüsten.[12]

---

6 Die britische Filmproduktion war allerdings von Anfang an gegenüber ausländischen Firmen benachteiligt, da der größte Anteil der Investitionen in den Vertrieb und die Vorführung flossen. Den britischen Markt beherrschten deshalb schon früh Filmemacher aus Frankreich, den USA und Italien. WILLIAMS, Mass Communication, S. 77f.

7 Ebd., S. 71.

8 MCKERNAN, Topical Budget, S. 6.

9 WILLIAMS, Mass Communication, S. 68.

10 PRONAY, Newsreel, S. 95–119. Hier S. 97.

11 Ebd.

12 Der Kanal erlaubte es der deutschen Marineführung, Kampfverbände ohne den Umweg über die Nordspitze Jütlands von der Ost- in die Nordsee zu verlegen.

It provided a report which was not visually exciting, for canals look pretty dull and very much alike, but covered an event over which there was already public sensitivity and which the mind of the audience would invest with great fascination. British concern over the increasing might of German naval and military power came to be a staple for the other media of popular journalism as well as the newsfilms in this period, as witnessed by Northcliffe's Daily Mail.[13]

Acres war auch derjenige, der zusammen mit Robert Paul den nächsten Schritt in der Weiterentwicklung des Nachrichtenfilms unternahm. Im Jahr 1896 produzierten sie gemeinsam einen Film über das Derby und zeigten ihn nur einen Tag später in einem Kino.[14] Damit erschien zum ersten Mal ein aktuelles Ereignis zeitnah auf der Leinwand.

Den Durchbruch schaffte der Nachrichtenfilm mit dem Beginn des Spanisch-Amerikanischen Kriegs 1898 und dem im darauf folgenden Jahr ausbrechenden Buren-Krieg. Die technische Entwicklung war inzwischen so weit fortgeschritten, dass eine filmische Abbildung der Geschehnisse möglich war. Beides waren darüber hinaus Ereignisse von großem internationalem Interesse. Diese Chance nutzten Produzenten und Kameraleute, um den Nachrichtenfilm in den Industrienationen Europas und Nordamerikas als neues, eigenständiges Medium der Informationsübermittlung zu etablieren.[15]

Von der Herstellung und vom Verkauf der *Newsreels* allein konnten Produktionsfirmen allerdings nicht leben, denn Nachrichten verloren schnell ihre Aktualität. In der Zeit, bevor die Kinos ein Massenpublikum anzogen, mussten Filme aller Art jedoch möglichst lange erfolgreich auf dem Markt angeboten werden, um damit Profit zu erzielen. Das führte dazu, dass die Nachrichtenfilme vorwiegend zeitlose oder wiederkehrende Ereignisse wie Staatsakte, Jahrestage und Sportveranstaltungen abbildeten.[16] Dies änderte sich mit der Flächen deckenden Verbreitung der Lichtspielhäuser. Die Zahl der Kinogänger wuchs rapide an und erreichte schließlich eine verlässliche Größe, wie sie für die Gewinn bringende Produktion von Nachrichtenfilmen in kurzen Intervallen notwendig war. Innerhalb nur eines Jahres erschienen zwischen 1910 und 1911 vier konkurrierende *Newsreels* in Großbritannien: *Pathé's Animated Gazette* und die *Gaumont Graphic*, die französischen Ursprungs waren, sowie die beiden britischen Produktionen *Warwick Bioscope Chronicle* und *Topical Budget*.[17] Die Namen waren nicht zufällig an Zeitungstitel angelehnt. Damit sollte den Zuschauern vermittelt werden, dass sie eine bebilderte Chronik der wichtigsten Ereignisse erwartete, weshalb Talbot die Nachrichtenfilme in einem frühen Werk über die Filmproduktion auch als „animated newspapers" be-

13 Pronay, Newsreel, S. 97f.
14 Ebd., S. 98.
15 Ebd.
16 McKernan, Topical Budget, S. 4.
17 Ebd. Vgl. auch Aldgate, Cinema, S. 18f.

zeichnete.[18] Innerhalb kürzester Zeit waren diese aus den Kinoprogrammen nicht mehr wegzudenken.[19]

Der rasche Erfolg wurde dadurch begünstigt, dass das Geschäft mit den stummen Nachrichtenfilmen keinen sprachlichen und damit auch keinen nationalen Beschränkungen unterlag, sondern grenzüberschreitend funktionierte. Insbesondere die Firma des Franzosen Charles Pathé eroberte binnen kurzer Zeit eine international führende Stellung und verkaufte ihre *Newsreels* in alle großen Länder Europas sowie in die USA.[20] Organisiert war sein Unternehmen wie ein heutiger multinationaler Konzern. Pathé hatte in allen wichtigen Ländern Tochterfirmen gegründet, die eigenständig nationale Ausgaben produzierten und das Filmmaterial untereinander austauschten.[21] Dementsprechend hoch war auch der Anteil internationaler Nachrichten, wobei vor allem der wiederkehrende Beitrag über die jährliche Parade der kaiserlichen Armee in Potsdam einen bleibenden Eindruck hinterließ. Ein Rezensent der ersten amerikanischen *Pathé*-Ausgabe schrieb über dieses Schauspiel im Juli 1911, es sei von allen gezeigten Ereignissen das bemerkenswerteste gewesen.

> No amount of printed or spoken description could give us as clear and convincing a picture of Germany in arms as this film. For the first time we understand what is meant by the military prowess of Germany and the splendid physique and perfect drill and discipline of its soldiers.[22]

Diese Aussage ist ein deutliches Indiz dafür, dass die *Newsreels* eine wesentliche Rolle bei der Verbreitung des stereotypen Bildes von Deutschland als Hort des Militarismus spielten. Gestützt wird diese These durch die Art und Weise, in der der Film als Medium funktioniert. Wie Pronay und Spring treffend ausführen, sind Bilder und Stereotype elementar für diese Form der nonverbalen Kommunikation.[23] Sie bewirken eine indirekte intuitive Selbst- und Gruppenidentifikation mit den Personen oder durch das Geschehen auf der Leinwand, die auf der Wahrnehmung der eigenen Position und der Beziehung zu anderen basiert. Dies trifft sowohl auf die innergesellschaftliche wie die

---

18 Talbot, Moving Pictures, S. 278. Dass anfangs keine allgemein gültige Bezeichnung existierte, zeigt sich daran, dass Talbot innerhalb weniger Seiten für die *Newsreels* die Begriffe „animated newspaper", „weekly topical feature", „moving picture newspapers", „animated newssheets", „film newspapers" und „cinematographic newspapers" verwendete. Ebd., S. 277–286.

19 „Although the animated newspaper has been amongst us for only a few months, yet it has already developed into an institution." Ebd, S. 278.

20 Pronay, Newsreel, S. 102.

21 In Großbritannien war dies die *British Pathé*. Ebd., S. 104. Obwohl Pathé ein französisches Unternehmen war, lag die Firmenzentrale in London, da die britische Hauptstadt das Zentrum für den Nachrichtenaustausch in der damaligen Zeit war. Alle wichtigen Kabelverbindungen liefen hier zusammen.

22 Zit. nach ebd., S. 103.

23 Pronay und Spring, Politics and Film, S. 14.

zwischenstaatliche Ebene zu.[24] Übertragen auf die Bilder von der Militärparade in Potsdam heißt das, bei den britischen Zuschauern erfolgte eine intuitive Abgrenzung von den Deutschen als soziale Gruppe und eine Gleichsetzung der durch marschierende Soldaten transportierten Attribute wie militaristisch, diszipliniert und gehorsam mit den nationalen Charaktereigenschaften der Deutschen.

Die negative Darstellung des Kaiserreichs erlebte in der britischen Propaganda des Ersten Weltkriegs ihre Zuspitzung, wobei sich der Film als nützliches und wirkungsvolles Instrument erwies. Bemerkenswerterweise waren es die Vertreter der Filmindustrie, die den staatlichen Stellen von sich aus ihre Dienste anboten.[25] Das Kriegsministerium hatte den propagandistischen Wert des neuen Mediums zwar früh erkannt, zunächst wegen seiner strikten Geheimhaltungsvorschriften aber gezögert, Filmaufnahmen von Truppen oder Schiffen zu erlauben.[26] Das änderte sich spätestens im Oktober 1915, als das Ministerium und die Vereinigung der Filmproduzenten eine Zusammenarbeit vereinbarten, die arbeitsteilig organisiert war.[27] Die lose Struktur auf freiwilliger Basis entsprach der bisherigen Entwicklung der Filmindustrie, die unkontrolliert und frei von staatlichem Einfluss abgelaufen war.[28] Mit der Vereinbarung unterstellten sich die Filmemacher jetzt allerdings der Zensur des *Army Council*, des Direktoriums des Kriegsministeriums bzw. des Großen Hauptquartiers, dem alle Produktionen vorgelegt werden mussten.[29]

Im Mai 1917 entschloss sich das Ministerium dann, die alleinige Kontrolle über Herstellung und Verleih der an der Front gedrehten Filme zu überneh-

---

24 Ebd.

25 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 105f.

26 Ebd., S. 106.

27 Teil der Abmachung war, dass die Filmindustrie die nötige Ausrüstung und die Gutachten bereitstellte, während das Kriegsministerium für die laufenden Kosten aufkam und für den Transport sorgte. Alle Negative, Kopien und das Copyright verblieben bei der Regierung. Ebd.

28 PRONAY und SPRING, Politics and Film, S. 14. Was schon vor dem Krieg stattgefunden hatte, war eine moralische bzw. soziale Kontrolle der Filminhalte. So nutzten viele Lokalverwaltungen ihr Lizenzierungsrecht, das ihnen nach dem *Cinematograph Act* von 1909 zustand, um bei der Genehmigung von Kinosälen Einfluss auf die Auswahl der Filme zu nehmen. Die Industrie reagierte darauf 1913 mit der freiwilligen Gründung des *British Board of Film Censors* (BBFC), das Filme danach klassifizierte, ob sie nur für Erwachsene oder auch für Kinder tauglich waren oder gar nicht gezeigt werden durften. Finanziert wurde das BBFC durch die Filmproduzenten, der Vorsitzende wurde vom Innenministerium bestimmt. Anfangs richtete sich die Arbeit nur nach zwei Prinzipien: keine Nacktszenen und keine Darstellungen von Jesus Christus. Im ersten Jahresbericht hieß es aber schon viel weiter gefasst, dass das Ziel des BBFC die Eliminierung „of anything repulsive and objectionable to the good taste and better feeling of the English audiences" war. Nach dieser Vorgabe waren Ende 1913 insgesamt 166 Filme gekürzt oder ganz verboten worden. WILLIAMS, Mass Communication, S. 72f.

29 SANDERS und TAYLOR, Propaganda, S. 106.

men.[30] Dazu erwarb es die Mehrheit an der *Topical Film Company* und benannte die bekannte Wochenschau in *War Office Official Topical Budget* um.[31] Die ursprüngliche Intention war, die Heimatfront regelmäßig mit Bildern von britischen Truppen im Kampfeinsatz zu versorgen und auf diese Weise den Durchhaltewillen der Nation zu stärken.[32] Tatsächlich jedoch nahm der Anteil solcher Berichte bis September 1918 stetig ab.[33] Die Produzenten zollten damit dem Publikumsgeschmack Tribut, der nach einer möglichst großen Vielfalt an filmischen Themen verlangte.[34] Die Balance zwischen Kommerz und Propaganda, die für den Erfolg einer offiziellen *Newsreel* nötig war, tat ihrem Wert als Instrument der Massenbeeinflussung nach Meinung Lord Beaverbrooks, der die Zusammenarbeit zwischen Filmindustrie und Kriegsministerium von Anfang an nach Kräften gefördert hatte, keinen Abbruch.[35]

It is sometimes found desirable to produce and distribute films which have no apparent propaganda value. This applies more particularly to The Pictorial News, which as a bi-weekly news service must necessarily include many pictures having no direct bearing on propaganda aims. As a whole, however, The Pictorial News is an instrument of undoubted propaganda value.[36]

Mit Beaverbrook als neuem Informationsminister erfolgte eine Restrukturierung der amtlichen Propagandaaktivitäten, in deren Verlauf das *Ministry of Information* die direkte Kontrolle über die *Topical Film Company* erhielt.[37] Die *Newsreels* blieben eine wichtige Waffe im Arsenal der Filmpropaganda, allerdings nicht die einzige. Das Ministerium nutzte auch so genannte „film tags" zu Propagandazwecken, worunter monothematische Stücke von zwei bis drei Minuten Länge zu verstehen sind, die entweder einzeln vertrieben oder in die Nachrichtenfilme eingebaut wurden. Der Berüchtigtste ist unter dem Titel

---

30 Die Produktion von Propagandafilmen, die weder Heer noch Flotte zum Thema hatten, blieb den privaten Firmen überlassen. Ebd.

31 McKernan, Topical Budget, S. 12.

32 Ebd.

33 Wie Reeves herausgefunden hat, zeigten im Juni 1917 18 von 48 Berichten britische Soldaten, was einer Quote von 37,5 Prozent entsprach. Im September 1918 waren es nur noch 10 von 47 oder 21,3 Prozent. Reeves, Film Propaganda, S. 198f.

34 Die steigenden Verkaufszahlen gaben ihnen Recht. Diese verdoppelten sich zwischen November 1917 und Februar 1918. McKernan, Topical Budget, S. 46. Schon Talbot hatte erkannt, dass die Themenauswahl ähnlich wichtig und komplex wie bei einer Zeitung war. „It is essential that it should be diversified in its contents so as to appeal to the tastes of all classes of the community." Talbot, Moving Pictures, S. 282.

35 Beaverbrook hatte im Juli 1916 eine ähnliche Absprache zur Zusammenarbeit zwischen der Filmindustrie und der kanadischen Regierung eingefädelt, wie sie bereits mit der britischen bestand. Ab Oktober hatte er den Vorsitz in dem neu geformten Filmkomitee des Kriegsministeriums, das die Einhaltung der Vereinbarungen überwachte. Sanders und Taylor, Propaganda, S. 107.

36 Zit. nach McKernan, Topical Budget, S. 46. Der etwas sperrige Name *War Office Official Topical Budget* war im Februar 1918 in *Pictorial News (Official)* geändert worden.

37 Im Juni 1918. Ebd., S. 50.

Once a Hun, always a Hun bekannt geworden und zeigte zuerst, wie zwei deutsche Soldaten in einer völlig zerstörten französischen Stadt eine Frau niederschlagen, die ein Baby auf dem Arm hält. Dann beschrieb er, wie dieselben Soldaten nach dem Krieg als Handelsvertreter nach England kommen, um ihren Geschäften nachzugehen. Einer betritt einen Dorfladen, um dem Inhaber eine Bratpfanne zu verkaufen. Der ist beeindruckt, bis seine Frau dazu kommt und die Aufschrift „Made in Germany" entdeckt. Sie beschimpft den Vertreter und ruft einen Polizisten, der ihn aus dem Laden wirft. Danach erschien die Aussage, dass man mit solchen Leuten nach dem Krieg unmöglich Handel treiben könne.[38] Dieser Film schlachtete alle Vorurteile des nationalen Stereotyps vom „bestialischen Hunnen" aus, welches die britische Presse in den vorangegangenen Jahren mit Vorliebe verbreitet hatte. Ob er tatsächlich die „enorme Wirkung auf die Festigung" dieses Stereotyps hatte, die ihm von verschiedenen Seiten zugeschrieben wird, ist schwer zu belegen.[39] In jedem Fall war seine Produktion ein Hinweis darauf, dass das Informationsministerium bereit war, auf den Zug der antideutschen Hasskampagne aufzuspringen.[40]

Bei Ende des Krieges waren also zwei für die folgenden Ausführungen wichtige Entwicklungen eingetreten: Aus dem Film im Allgemeinen und dem Nachrichtenfilm im Besonderen war erstens ein Massenmedium neuer Art geworden, das über bewegte Bilder eine starke emotionale Wirkung entfalten konnte. Die *Newsreels* und andere filmische Darstellungsformen hatten zweitens in der unmittelbaren Vorkriegszeit und später in der Propaganda in erheblichem Maß zur Verbreitung eines negativen Deutschlandbildes in Großbritannien beigetragen.

3.2 Produktion und Publikum der Newsreels in den 1920er Jahren

Während die Kriegsjahre neue Perspektiven für den Einsatz des Nachrichtenfilms zur Beeinflussung der Massen eröffnet und das Medium Film allgemein als festen Bestandteil der öffentlichen Kommunikation endgültig im Bewusst-

---

38 Reeves, Film Propaganda, S. 203f. Der Film hieß eigentlich *The Leopard's Spots. Once a Hun, always a Hun* war lediglich der erste Zwischentitel. Die Idee stammte von einer Kampagne der *British Empire Union* (BEU), die sich einem Boykott deutscher Waren verschrieben hatte und Großbritannien von deutschem Einfluss säubern wollte. Die BEU hatte ein Poster plakatieren lassen, auf dem unter der Überschrift „Once a German, always a German" dieselbe Verbindung zwischen deutschem Militarismus während des Krieges und deutschem Handel danach hergestellt wurde. Der Text lautete: „REMEMBER: This man, who has shelled churches, open boats at sea, this robber, traitor, murderer – This man, who after the war will want to sell you his German goods ARE ONE AND THE SAME PERSON!" Ebd., S. 205. Hervorhebung im Original.

39 So von Sanders und Taylor, Propaganda, S. 135, die sich dabei auf die Studie von Marwick berufen, für den *Once a Hun, always a Hun* einer der „berüchtigsten" Propagandafilme des Informationsministeriums war. Marwick, Deluge, S. 230.

40 Reeves betont, dass dieser Film mit seiner unverhüllten Botschaft des Hasses eine Ausnahme in der amtlichen Filmpropaganda darstellte. Reeves, Film Propaganda, S. 205.

sein der Politik verankert hatten, war die wirtschaftliche Lage der Produktionsfirmen schwierig geworden. Wichtige Märkte der international operierenden englisch-französischen Unternehmen in der Mitte und im Osten Europas wie Deutschland und Russland waren weggebrochen.[41] Kleinere, kapitalschwache Produzenten mussten schon am Anfang des Krieges aufgeben. Der *Warwick Bioscope Chronicle* und die *Williams Animated News* beispielsweise überlebten den Ausbruch der Feindseligkeiten nicht lang.[42] Wegen der Bedeutung insbesondere der Nachrichtenfilme für Propagandazwecke zögerten die Regierungen der ehemaligen Feindstaaten auch nach Kriegsende, ihre Märkte wieder zu öffnen, so dass die Industrie nationaler strukturiert blieb, als sie es vor dem Ersten Weltkrieg gewesen war.[43]

In Großbritannien beherrschten in den 20er Jahren nur mehr drei *Newsreels* den Markt: *Pathé Gazette*, *Gaumont Graphic* und *Topical Budget*. Letztere war wieder vollständig in privatem Besitz. Das Kriegsministerium hatte seine Anteile an der *Topical Film Company* im Februar 1919 an den Zeitungsverleger Sir Edward Hulton verkauft, der ein persönlicher Freund des ehemaligen Informationsministers und Förderers der Filmpropaganda Lord Beaverbrook war.[44] Dieser wiederum übernahm zusätzlich zu seinem Engagement beim *Daily Express* im Februar 1920 die Kontrolle bei der *British Pathé*.[45] Zum ersten Mal entstanden somit Medien übergreifende Eigentümerstrukturen nicht unähnlich denen moderner Medienkonzerne.

Die Filmwirtschaft reagierte auf die Verflechtung und Ballung publizistischer Macht alarmiert. Der *Kinematograph Weekly* kommentierte:

> We are […] anxious that the probable use he [Beaverbrook, der Verf.] would make of his power shall be realised, and that the public, as well as the trade, should have its eyes open to the real danger that some of its film material may eventually show the same signs of doping as the ‚news' it gets.[46]

Diese Befürchtungen waren jedoch übertrieben. Sowohl Beaverbrook als auch Hulton verstanden ihr Engagement in der Filmproduktion in erster Linie als ein profitables Investment. Hinzu kam, dass die *Newsreels* nicht der Grund für einen Kinobesuch waren. Der eigentliche Anreiz war immer noch der Hauptfilm. Deshalb mussten alle Produzenten darauf achten, dass ihre Nachrichten-

---

41 Pronay, Newsreel, S. 108.

42 McKernan, Topical Budget, S. 10.

43 Pronay, Newsreel, S. 108.

44 McKernan, Topical Budget, S. 12f. Nach der Übernahme führte Hulton wieder den alten, kürzeren Namen *Topical Budget* ein. Für einen kurzen Zeitraum zwischen 1922 und 1923 hieß sie *Daily Sketch/Topical Budget* nach der gleichnamigen Zeitung in Hultons Besitz. Der Einfachheit halber wird in den folgenden Ausführungen die kurze Version benutzt.

45 Ebd., S. 127.

46 Kinematograph Weekly, 4. März 1920, „The Newspaper ‚Boss' – and the Kinema". Zit. nach ebd., S. 127.

filme möglichst viele Geschmäcker befriedigten und niemand durch Einseitigkeit vom Besuch abhielten.[47]

Dementsprechend gab es zwischen den drei Produktionen *Pathé Gazette*, *Gaumont Graphic* und *Topical Budget* keine gravierenden Unterschiede. Bei der Herstellung und Präsentation wie bei der Häufigkeit der Erscheinung hatten sich inzwischen ohnehin einheitliche Standards herausgebildet. Aktuelle Ausgaben kamen zwei Mal wöchentlich in die Kinos und orientierten sich mit diesem Rhythmus am Wechsel des Spielfilmprogramms.[48] Die Form, in der die Nachrichtenfilme gestaltet wurden, war im Prinzip immer die gleiche. So bestand eine *Newsreel*-Ausgabe meist aus fünf Beiträgen zu unterschiedlichen Themen, die jeder etwa eine Minute lang waren.[49] Zu bedenken ist, dass das neue Bildmedium weder vom Umfang noch hinsichtlich der Aktualität mit den Printmedien konkurrieren konnte. Während Informationen mündlich über das Telefon und schriftlich über den Telegraphen innerhalb von Sekunden um den Globus geschickt werden konnten, dauerte der Transport von Filmrollen länger, so dass Nachrichten in bewegten Bildern mit größerer zeitlicher Verzögerung auf die Leinwand kamen. Die Zuschauer wussten daher bei der Vorführung im Kino meist schon aus der Zeitung, um was es bei den einzelnen Berichten ging. Die *Newsreel* war deshalb eher eine Ergänzung als ein Ersatz für die Presse, wie Talbot schon 1912 feststellte.

> It acts rather as an illustrated supplement to printed details; it renders the latter more comprehensive by bringing scenes and actors vividly and naturally before the eye, thereby causing a more living and detailed impression than can be obtained through the medium of words.[50]

Zur filmischen Umsetzung von aktuellen Ereignissen hatten Kameraleute und Produzenten völlig neue Techniken entwickeln müssen, denn die Aufnahme von bewegten Bildern unterlag systembedingten Beschränkungen. So konnten die Kameras nicht mehr als zehn Minuten am Stück filmen.[51] Bei Außenaufnahmen war das Wetter ein entscheidender Faktor, denn nur bei guten Lichtverhältnissen gelangen die Aufnahmen.[52] Mit der vorhandenen Ausrüstung gestaltete sich das Filmen von unvorhergesehenen, nicht planbaren Ereignissen wie Unfällen oder Naturkatastrophen besonders schwierig, wohingegen sich Paraden oder Zeremonien gut eigneten, da hier die Kameras vorher aufgestellt und der Ablauf geprobt werden konnte.[53] Wegen dieser Schwierigkeiten wurden schon früh Möglichkeiten getestet, Szenen nachzustellen oder sogar Trickaufnahmen mit Modellen zu verwenden. Letzteres war in der Branche als

47 Ebd., S. 127f.
48 Ebd., S. 4.
49 Ebd.
50 Talbot, Moving Pictures, S. 285.
51 Pronay, Newsreel, S. 101.
52 Talbot, Moving Pictures, S. 283f.
53 Pronay, Newsreel, S. 99.

„faking" bekannt.[54] Die Zulässigkeit dieser Methoden wurde vielfach diskutiert, wobei eine Mehrheit der *Newsreel*-Produzenten der Auffassung war, dass diese nicht authentischen Filmsequenzen im Notfall durchaus eingesetzt werden durften.[55]

Wegweisend war die Erkenntnis, dass auch Nachrichten in einer „story" erzählt werden mussten, um das Interesse der Zuschauer zu wecken. Dies wurde durch den Wechsel der Perspektiven und Motive, Nah- und Großaufnahmen sowie die anschließende Montage der Bilder erreicht.[56] Zur Erklärung, welche Personen zu sehen waren oder um was es ging, kamen Überschriften und Zwischentitel zum Einsatz, die in die Filme hinein geschnitten wurden.[57] Dafür wie auch für die Auswahl der Sequenzen und die Festlegung der Reihenfolge war ein Redakteur zuständig, der das Material, das die Kameraleute von den Drehterminen mitbrachten, sichtete und bearbeitete.[58] In den meisten Fällen war dieses viel umfangreicher als für einen einminütigen Beitrag nötig, so dass

> in almost every situation, the finished film represents only a small proportion of footage actually shot, and while a number of things determine what footage survives […], the film-maker still has to make his selection, decide how long his film will be and in which its various parts will relate to one another. All this can only amount to a ‚creative treatment' of the actuality with which he began.[59]

Insbesondere der Faktor Zeit erfuhr durch die kreative Auswahl und Bearbeitung eine Verzerrung, da es unmöglich war, den Ablauf der realen Ereignisse eins zu eins auf der Leinwand wiederzugeben.[60] Der fertige Film war folglich kein exaktes Abbild der Realität, sondern entsprach ebenso der Interpretation des Redakteurs, wie sich im Zeitungsbericht die subjektive Sicht des Reporters spiegelte.[61]

Obwohl hier durchaus eine Parallele bestand, war das Bild- dem Printmedium in vielen Bereichen unterlegen, einfach weil die Möglichkeit, Informationen verbal zu transportieren, fehlte. Da lange Erklärungen zu den gezeigten Sequenzen nicht gegeben werden konnten, mussten die Bilder möglichst für sich sprechen.[62] Dies hatte Auswirkungen auf die Auswahl der Ereignisse, die

---

54 Damit ließen sich z.B. Seegefechte, Vulkanausbrüche oder Hochhausbrände imitieren. Ebd., S. 100.
55 Ebd.
56 Ebd., S. 99f.
57 ALDGATE, Cinema, S. 19.
58 Talbot, Moving Pictures, S. 281. Mit der Einführung eines *Editors* in den Produktionsprozess hatte der Nachrichtenfilm die Schwelle zum Journalismus überschritten. PRONAY, Newsreel, S. 101.
59 REEVES, British Film Propaganda, S. 5.
60 Dinge, die zur gleichen Zeit in der Realität passierten, konnten z.B. gar nicht dargestellt werden, da es in jedem Kino nur eine Leinwand gab. PRONAY, Newsreel, S. 100.
61 Ebd., S. 101.
62 ALDGATE, Cinema, S. 19.

in die *Newsreels* aufgenommen wurden. Politische Geschehnisse waren mit diesen Mitteln nur sehr schwer darzustellen und kamen entsprechend seltener vor.[63] Royale Zeremonien, Auftritte von Stars und sportliche Großveranstaltungen hingegen ließen sich mit der Kamera sehr gut einfangen. Diese Schwerpunktsetzung, die auch derjenigen der Massenpresse glich, lässt sich u.a. an der Art der Aufträge der Kameramänner ablesen. Zwischen November 1922 und November 1923 nahm beispielsweise John Bunney Hutchins für die *Topical Budget* 176 Termine wahr. Davon ging es bei 38 um die königliche Familie, bei 24 um Pferderennen, bei 13 um Fußball, bei 11 um Hochzeiten und nur weitere 11 befassten sich mit Politik.[64] Die Verantwortlichen in den Produktionsfirmen waren zudem ausdrücklich darauf bedacht, jeden Anschein von Parteilichkeit zu vermeiden. Während des Wahlkampfes 1924 versicherte der Chefredakteur der *Topical Budget* allen Vorführern, dass für politische Propaganda in den *Newsreels* kein Platz sei.[65] Um die Überparteilichkeit nach außen zu kommunizieren, wurde ein Poster mit dem Slogan „Political Crisis, *all* the Pictures but no Politics" gedruckt, das vor den Kinos plakatiert wurde.[66]

In einer Hinsicht war der Nachrichtenfilm allerdings den Zeitungen ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen: bei der Anzahl der Rezipienten, die pro Ausgabe erreicht wurde. Wie groß die Zuschauerzahl war, lässt sich relativ zuverlässig über den Verkauf der Eintrittskarten nachvollziehen. Einen ersten Höhepunkt hatte der Ansturm auf die Kinos während des Krieges erreicht. Im Januar 1917 wurden 21 Millionen Besucher pro Woche registriert.[67] Das Publikum setzte sich überwiegend aus der Arbeiterschaft zusammen, denn mit Preisen zwischen einem Dime und einem Schilling war ein Kinobesuch ein vergleichsweise günstiges Vergnügen.[68] Viele Menschen fanden deshalb mehrmals in der Woche den Weg in eines der Lichtspielhäuser. „Going to the cinema had become a natural pastime for many people."[69] Das Kino diente aber nicht nur der Unterhaltung, sondern erfüllte auch eine soziale Funktion. Es war ein

---

63 Pronay beklagt, dass diese Entwicklung mit dem Kriegsende eingesetzt habe und die *Newsreels* keine „echten" Nachrichten mehr zeigten, sondern nur noch spektakuläre Ereignisse wie „coronations, state openings, civic ceremonies, military tattoos and the like". Der Stummfilm habe deshalb als ernsthafter Vermittler von Information und als journalistisches Medium versagt. PRONAY, Newsreels, S. 108. Aldgate hingegen verweist darauf, dass dies auch vor dem Krieg schon so war und die Produzenten in den 20er Jahren lediglich zu der üblichen Mischung von unterhaltenden Themen zurückkehrten. ALDGATE, Cinema, S. 19.

64 MCKERNAN, Topical Budget, S. 14.

65 Ebd., S. 123.

66 Ebd. Hervorhebung im Original.

67 HILEY, Cinema Auditorium, S. 162.

68 Die Masse der Zuschauer bezahlte nur ein bis vier Dime pro Karte. Viele Kinobesitzer hatten die Preise absichtlich so niedrig angesetzt, um Theater und Konzertveranstalter zu unterbieten und ihre neu gebauten Säle zu füllen. HILEY, Cinema Auditorium, S. 161f.

69 WILLIAMS, Mass Communication, S. 71.

Treffpunkt und ein Ort der Kommunikation. Während der Vorführung unterhielten sich viele Zuschauer oder quittierten das Geschehen auf der Leinwand mit lautstarken Kommentaren und Witzen, so dass das Publikum zu einem „Teil der Performance" wurde.[70]

Der große Erfolg der Filmindustrie veranlasste die Regierung, im Mai 1916 eine so genannte „Entertainment Tax" einzuführen, die auf die Eintrittskarten erhoben wurde.[71] Die Verteuerung durch die Steuer hatte einen signifikanten Rückgang der Zuschauerzahlen zur Folge. Viele Leute wichen entweder auf die billigeren Plätze aus oder gingen weniger häufig ins Kino.[72] Bis in die frühen 1920er Jahre sank der Umfang der verkauften Tickets auf nur noch 9 Millionen wöchentlich.[73] Vor allem Arbeiterhaushalte aus den unteren Einkommensschichten hatten Probleme, den Aufschlag auf die Eintrittspreise aufzubringen und blieben den Kinos deshalb immer häufiger fern.[74] Die Kinobetreiber wehrten sich naturgemäß gegen die Besteuerung, die dem Wachstum dieser neuen Industrie einen erheblichen Rückschlag versetzt hatte und die in Kombination mit der wirtschaftlichen Krise in den ersten Nachkriegsjahren sowie wenig attraktiven Filmproduktionen die entstandene Kinokultur bedrohte.[75] Nach wiederholten Interventionen der *Cinematograph Exhibitors' Association* entschloss sich die Regierung im Jahr 1924, die Steuer auf die Karten der unteren Preiskategorien aufzuheben.[76] Daraufhin schnellten die Besucherzahlen wieder hoch und erreichten schon 1925 erneut 20 Millionen pro Woche.[77]

Aus diesen Daten ist es möglich hochzurechnen, wie viele Menschen eine einzelne *Newsreel*-Ausgabe sahen. Der drittgrößte Produzent, *Topical*, fertigte zwischen 175 und 200 Kopien pro Ausgabe, die in bis zu 1000 Kinos gezeigt wurden. Das bedeutet, dass theoretisch etwa ein Viertel des wöchentlichen

---

70 Immer wieder kam es auch zu ernsthafteren Zwischenfällen. Nicht selten randalierte das Publikum, wenn das Programm nicht gefiel, oder Gruppen von Jugendlichen provozierten Streitereien, weshalb fast alle Kinomanager dazu übergingen, uniformierte Aufpasser in den Sälen zu postieren. Hiley, Cinema Auditorium, S. 163–165.

71 Ebd., S. 166.

72 Hiley, Pictures, S. 40.

73 Ebd.

74 Hiley, Cinema Auditorium, S. 166f. Die zurückgehenden Besucherzahlen bewirkten, dass kleinere Säle mit bis zu 500 Sitzplätzen nicht mehr profitabel betrieben werden konnten und schließen mussten. Gewinner waren die größeren Lichtspielhäuser mit 800 bis 1000 Plätzen, deren Anteil sich zwischen 1914 und 1925 von 16 auf 32 Prozent verdoppelte (in absoluten Zahlen von 780 auf 1138 Häuser). Der Anteil der Kinos mit bis zu 500 Plätzen sank im gleichen Zeitraum von 28 auf 19 Prozent (in absoluten Zahlen von 1410 auf 693 Häuser). Die Gesamtzahl aller Kinos in England reduzierte sich von 5000 auf 3584. Es fand also auch hier ähnlich wie in der Presse auf Grund des Wettbewerbsdrucks ein Konzentrationsprozess statt. Hiley, Pictures, S. 41.

75 Ebd.

76 Ebd.

77 Ebd.

Gesamtpublikums also fünf Millionen Zuschauer erreicht wurden.[78] Da die Nachrichtenfilme zweimal in der Woche wechselten, dürfte jede Ausgabe von 2,5 Millionen Menschen gesehen worden sein.[79] Bei der *Pathé Gazette*, der beliebtesten britischen Wochenschau in den 1920er Jahren, lag diese Zahl sogar bei geschätzten 7,5 Millionen.[80] Die Nachrichtenfilme waren zudem „gern gesehen" im wahrsten Sinne des Wortes. Bei einer Umfrage 1927 antworteten 82 Prozent der Männer und 87 Prozent der Frauen, dass sie diese gut fänden.[81] Der Erfolg der *Newsreels* bewies laut Pronay drei Dinge:

> First, the film coverage had shown beyond any doubt that film was capable of communicating something of the feel and character of events which was different in kind from what had lain within the powers of news media before. Second, the reception of the films had shown that the cinematic presentation of news could evoke a greater degree of rapport and emotional involvement from the audience than printed words and pictures could, especially so in the case of the semi-literate majority of the ordinary people. The films themselves, third, proved again beyond doubt that despite its photographic technology, film was neither a less ‚flexible' nor a less ‚imaginative' medium of reportage in the hands of skilful, or unscrupulous reporters than either the written or the spoken word had been – only it carried more conviction.[82]

Aus den genannten Gründen galt der Film in der Zwischenkriegszeit allgemein als das wirkungsvollste der neuen Kommunikationsmedien.[83]

3.3 Die Deutschen auf der Leinwand

Die ersten bewegten Bilder, die das britische Kinopublikum nach Abschluss des Waffenstillstands aus Deutschland zu sehen bekam, waren Aufnahmen von den britischen Besatzungstruppen in Köln. Die Bilder waren symbolisch stark aufgeladen und dokumentierten anschaulich den Sieg der Alliierten über das deutsche Kaiserreich. Unter dem bezeichnenden Titel „The Watch On The Rhine" präsentierte die *Topical Budget* Ende Dezember 1918 den Wachwechsel eines britischen Postens an einer der Brücken über den Rhein, dem Fluss, der seit den Beschreibungen englischer Reisender zur Zeit der Romantik als der

---

78 Unter der Annahme, dass die meisten der rund 4000 Kinos eine *Newsreel* zeigten. McKernan, Topical Budget, S. 64.

79 Die wöchentliche Gesamtzuschauerzahl beider Ausgaben lässt sich nicht mit den 5 Millionen gleichsetzen, denn viele Menschen gingen zweimal in der Woche ins Kino. McKernan geht davon aus, dass *Topical Budget* pro Woche 3,5 Millionen Menschen erreichte. Ebd.

80 Zum Vergleich: Die Auflage der *Daily Mail* lag in dieser Zeit bei etwa 1,75 Millionen Exemplaren. Wenn man annimmt, dass die tatsächliche Leserschaft drei- bis vier Mal höher war – was realistisch ist – erreichten beide Medien eine vergleichbare Zahl an Menschen. Ebd., S. 128.

81 Ebd., S. 67.

82 Pronay, Newsreel, S. 98f.

83 Pronay und Spring, Politics and Film, S. 14.

„deutscheste" aller Ströme galt.[84] In einem weiteren Beitrag derselben Ausgabe war ein britischer Maschinengewehrtrupp zu sehen, der an der Hohenzollern-Brücke Stellung bezogen hatte und den eine Gruppe ziviler deutscher Ordnungskräfte neugierig, aber offenbar nicht unfreundlich beobachtete.[85] Weitere Szenen zeigten, wie britische Panzerwagen und deutsche Zivilisten die Brücke passierten, sowie eine Menschenmenge, die in die Kamera winkte und weiße Tücher oder britische und französische Flaggen schwenkte. Die Schlusseinstellung bestand aus einer Panoramaansicht Kölns. Leider lässt sich nicht mehr nachvollziehen, unter welchen Umständen diese Aufnahmen zustande gekommen sind. Unklar ist beispielsweise, ob die Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich Freude über das Kriegsende bekundete und die Besatzer als Befreier willkommen hieß, wie die Bilder von der Menge suggerierten. Jedenfalls musste beim britischen Kinopublikum genau dieser Eindruck entstehen. Die Zeitungskorrespondenten hingegen beschrieben in ihren Berichten die Reaktion der Kölner Bevölkerung eher als neutral bis abwartend und weniger als freudig oder gar enthusiastisch.[86]

Das Thema Krieg und seine Folgen dominierte die *Newsreels* aller drei Produktionsfirmen, *Topical*, *Pathé* und *Gaumont*, in der ersten Hälfte des Jahres 1919. In verschiedenen Ausgaben wurden die Zerstörungen in Nordfrankreich und Belgien sowie das Leid britischer Gefangener dokumentiert – ein bildlicher Beweis für die verbrecherische Art der deutschen Kriegsführung.[87] Be-

---

[84] Pictorial News/War Office Official Topical Budget, Ausgabe Nr. 383-1, 26. Dezember 1918. IWM Nr. 380. Das Informationsministerium ließ auch einen Film vom Einmarsch der Truppen drehen, der noch symbolträchtigere Bilder enthielt, u.a. wie der Kommandierende General Sir Herbert Plumer mit seinen Offizieren unterhalb der Statue Wilhelms II. an der Hohenzollern-Brücke die Siegesparade seiner Soldaten abnahm. Das Ministerium wurde jedoch Ende Dezember aufgelöst, und es existierte keine offizielle Direktive mehr, wie mit diesem Material verfahren werden sollte. Deshalb ist unklar, ob der Film jemals in einem Kino gezeigt wurde. Pictorial News/War Office Official Topical Budget, „The British Entry Into Cologne – General Plumer Takes The Salute Near Emperor's Statue.", IWM 376. Zum Stellenwert des Rheins in der englischen Literatur und seiner Symbolik als Inbegriff des pittoresken, des sagenhaften Deutschlands sowie als Emblem für das träumerische Suchen der Deutschen nach dem Ideal vgl. Blaicher, Deutschlandbild, S. 110–135.

[85] Dieses Stück lief unter dem Titel: „British Machine Gunner Guarding A Bridge, While German Civilian Guards Stand By." Pictorial News/War Office Official Topical Budget, Ausgabe Nr. 383–1, 26. Dezember 1918, IWM Nr. 380.

[86] Vgl. Teil II, Kapitel 2.1.3. In dem offiziellen Film über den britischen Einmarsch in Köln sind zahlreiche Schaulustige am Straßenrand zu sehen, die allenfalls neugierig wirken, die britischen Soldaten aber keinesfalls voller Freude begrüßen.

[87] Vgl. z.B. Gaumont Graphic, Ausgabe Nr. 813, 6. Januar 1919, „Victims Of German Outrage. A Few Of Our Boys Home From German Prison Camps"; Pictorial News/War Office Official Topical Budget, Ausgabe Nr. 385-1, 9. Januar 1919, „British And Allied Prisoners Of War Struggling Through Germany"; Gaumont Graphic, Ausgabe Nr. 823, 10. Februar 1919, „Devastated Rheims. President Wilson With Cardinal Lucon As Guide, Is Shown Many Scenes Of German Savagery"; Gaumont Graphic,

sonders symbolträchtig waren in diesem Kontext die Friedensverhandlungen in Paris. Dabei kam die *Topical* in den Genuss des Privilegs, als einzige einen Kameramann entsenden zu dürfen, der Zugang zum Spiegelsaal von Versailles hatte, wo die Vertragsunterzeichnung stattfand.[88] Den Auftrag erhielt der erfahrene Harold Jeapes, einer der Pioniere des tonlosen Nachrichtenfilms.[89] In seinem Beitrag war die Ankunft der Delegierten zu sehen, die Prozedur der Signatur im Spiegelsaal – wobei auch hier der Hinweis auf die Proklamation des Deutschen Reiches an eben diesem Ort 1871 nicht fehlte – sowie die Menschenmenge, von der die alliierten Staatsmänner hinterher im Garten gefeiert wurden.[90] Jeapes hatte zuvor schon die Übergabe des Vertragsentwurfs im Trianon Hotel gefilmt. Das Skript mit den Zwischentiteln zu diesem Beitrag vermittelt einen noch lebendigeren Eindruck von der Atmosphäre der Verhandlungen und den Charakteren der Beteiligten.

THE PEACE CONFERENCE
„Germany sentenced at Versailles. … „General view of the Trianon Palace." … „Guard of Honour for Allied Delegates only. ‚The Tiger' salutes, followed closely by Marshal Foch, who inspects the guard." … „The stream of delegates pour in – Mr. Lloyd George, Mr. Bonar Law, Mr. Balfour and President Wilson, and Allied Delegates having arrived, guard marches away, leaving common enemy to come in silence and unhonoured." … „Arrival of German delegates." … „Brockdorff-Rantzau leaves the meeting." … „Grim looks on faces of spectators." … „Departure of the delegates."[91]

Zwei Tage nach Erscheinen würdigte der *Kinematograph and Lantern Weekly* den Film wegen seiner Qualität und seines Inhalts als außergewöhnlich.

Harold Jasper [sic. Jeapes, der Verf.], the cameraman responsible for a work which will go down to posterity as a record of a wonderful event, has given us some splendid photography. The features of the protagonists in this great world drama stood out prominently and clearly. First of the Big Four to arrive, Clemenceau […] his features relaxed into a smile as he saluted the guard of honour. […] Lloyd George smilingly acknowledges the greetings of the crowd; President Wilson also all smiles; Bonar Law, Sonino, Orlando, Paderewski – the camera gives perfect views of them all. Then the guard marches off and the delegates from Berlin – no smiles among them, by the way – arrive in a chilly silence, showing by their nervous department that they were ill at ease.

Ausgabe Nr. 826, 20. Februar 1919, „Ghent. Belgian Soldiers Repairing The Railway Station Which Was Destroyed By Mines During The German Retreat" Alle noch vorhandenen Kopien der *Gaumont Graphic* befinden sich im Archiv der ITN, die der *Topical Budget* im *British Film Institute* und die der *Pathé Gazette* im Archiv der *British Pathé*, das kürzlich von ITN übernommen worden ist.

88 Im Spiegelsaal war noch ein zweiter Kameramann anwesend, vermutlich ein Amerikaner. McKernan, Topical Budget, S. 147, Fn. 104. *Topical* war jedenfalls die einzige Firma, die mehrere Filme über die Deutschen in Versailles, die Übergabe und die Unterzeichnung des Versailler Vertrags zum Vertrieb in Großbritannien produzierte.

89 Ebd., S. 62. Jeapes hatte zusammen mit Herbert Wrench 1911 die *Topical Film Company* gegründet.

90 Topical Budget, Ausgabe Nr. 410-1, 3. Juli 1919.

91 Pictorial News/Topical Budget, Ausgabe Nr. 403-2, 19. Mai 1919.

[…] The proceedings over, the Germans were the first to emerge, and while they were awaiting the cars which were to take them back to their quarters the men behind the cameras had opportunities which they did not waste, and the whole civilised world now has the opportunity of seeing for themselves what manner of men these are. […] a capital work from every point of view."[92]

Die Dramatik der Ereignisse wurde für den Betrachter vor allem durch die Personen und weniger durch den Gegenstand greifbar. Dieser Kunstgriff der Reduktion von komplizierten politischen Sachverhalten auf die beteiligten Persönlichkeiten war die einzige Möglichkeit, Politik überhaupt filmisch darzustellen, solange es noch keinen Ton und damit auch keine verbale Kommentierung gab.[93] In diesem Fall war die Spannung zwischen den ehemaligen Kriegsparteien durch die Mimik der Akteure sowie die Ächtung Deutschlands durch Gesten wie die abgezogene Wachformation deutlich sichtbar. Die Bilder bestätigten darüber hinaus den von Brockdorff-Rantzau hinterlassenen Eindruck, dass die Deutschen die Niederlage nicht akzeptierten, und der von der konservativen Presse unter der Überschrift „defiant in defeat" verbreitet wurde.

Das aus der Propaganda bekannte Stereotyp von den Deutschen als Monarchisten und Militaristen hatte in den *Newsreels* auch während der ersten Nachkriegsjahre ein deutliches Übergewicht. Abzulesen ist dies vor allem an der Häufigkeit, in der über Relikte des Kaiserreichs berichtet wurde. Immer wieder waren beispielsweise die vor Scapa Flow versenkte Schlachtflotte wie auch die U-Boote ein Thema.[94] Ebenfalls hoher Aufmerksamkeit erfreuten sich Traditionen, die den Sturz der Monarchie in Deutschland überlebt hatten. In dieser Hinsicht waren die inoffiziellen Feiern anlässlich des fünfzigsten Jahrestags der Reichsgründung im Januar 1921 von besonderer Symbolik. Die *Topical Budget* brachte dazu einen Bericht, in dem deutsche Studenten zu sehen waren, die in alten Trachten und mit Flaggen bewehrt in Reih und Glied an der Kamera vorbei marschierten, um des Ereignisses zu gedenken. Der Titel dazu lautete: „The Same Old Germany! Berlin's students with the pre-war pageantry glorifying ‚Militarism' celebrate 50th Anniversary of the German State."[95] Die Botschaft, die hier transportiert wurde, nämlich dass in Deutschland trotz Niederlage und Revolution keine wirklichen Veränderungen stattgefunden hatten, war nicht neu. Sie lässt unabweisbar Anklänge an die Warnungen der konservativen Presse zwischen dem Waffenstillstand und der Unterzeichnung des Friedensvertrags erkennen, wonach die inneren Unruhen nur ein Täuschungsmanöver und den Deutschen nicht zu trauen sei.

---

92 Kinematograph and Lantern Weekly, 21. Mai 1919, S. 77.

93 McKernan, Topical Budget, S. 69f.

94 Topical Budget, Ausgabe Nr. 455-2, 17. Mai 1920, „German Fleet"; Topical Budget, Ausgabe Nr. 477-2, 18. Oktober 1920, „Last of U-Boats"; Gaumont Graphic, Ausgabe Nr. 1095, 19. September 1921, „An Inglorious End. The Ex-German Battleship ‚Westfalen', Once The Pride Of The German Navy, Arrives At Birkenhead To Be Broken".

95 Pathé Gazette, Ausgabe Nr. 750, 28. Februar 1921.

Im Mittelpunkt dieser Vergangenheit bezogenen Perspektive standen jedoch die Hohenzollern um Wilhelm II. Sein Schicksal und das seiner Familie boten Stoff für zahlreiche Ausgaben der *Newsreels*. Die *Topical Budget* berichtete beispielsweise 1920 über den Tod seines jüngsten Sohns, des Prinzen Joachim, genauso wie ein Jahr später über die Beerdigung seiner Gemahlin, der ehemaligen Kaiserin Auguste Viktoria. Die Bilder des Trauerzugs vermittelten eindringlich, dass die alte Ordnung noch viele Anhänger in Deutschland hatte.

„Ex-Kaiserin's Funeral Takes Place in Germany – Laid to rest in the Antike Temple, of her old home at Potsdam." / Aufnahmen der Menschenmenge vor dem Neuen Palais in Potsdam / Abordnungen von Burschenschaften in vollem Ornat marschieren vorbei / Polizisten bilden Kordon um Zuschauer zurückzuhalten / Sarg auf einer Lafette fährt an Offizieren vorbei, die ihre alten Uniformen mit Pickelhauben tragen / „Hindenburg and Von Tirpitz." / Feldmarschall und Admiral sind in der Prozession der Offiziere hinter dem Sarg zu erkennen / Schlusseinstellung: Meer von Blumen und Kränzen[96]

Die erneute Hochzeit Wilhelms II. im Herbst 1922 fand noch größeren Anklang bei den Produzenten der Nachrichtenfilme. Trotz Geheimhaltung und somit fehlender Bilder der eigentlichen Zeremonie berichteten sowohl die *Topical Budget* als auch die *Pathé Gazette* darüber, letztere sogar zweimal.[97]

Die Tendenz, monarchische und militaristische Klischees zu bedienen, ist ein Gradmesser dafür, dass die Redakteure ein solches Deutschlandbild als bei ihrem Publikum vorherrschend voraussetzten, denn bei der Produktion der Filme war die allgemeine Akzeptanz des Gezeigten – wie skizziert – ein wichtiges Kriterium. Die häufige Beschäftigung mit der ehemaligen kaiserlichen Familie lässt sich aber auch damit erklären, dass die Aristokratie insgesamt und Monarchen im Besonderen einen sehr hohen Stellenwert genossen, wobei die britische Königsfamilie das beliebteste Motiv war. „Royalty were the newsreels' favourite subject, the aristocracy a regular feature. Photography and cinematography, in the popular press and the cinema, had brought the royal family close to the British public in a way never known before."[98] Bei den Hohenzollern konnte ein ähnlich großes Interesse der britischen Öffentlichkeit wie bei den Windsors vorausgesetzt werden, da Wilhelm II. als Hauptkriegsverbrecher gebrandmarkt war und in Großbritannien aufmerksam verfolgt wurde, wie er sein Leben im Exil verbrachte, ob er nicht doch noch zur Verantwortung gezogen wurde oder am Ende gar nach Deutschland zurückkehren würde. Hinzu kam aus Sicht der *Newsreel*-Produzenten, dass Bilder der versenkten Flotte oder des vormaligen Kaisers für sich sprachen, d.h. den Produktionsbedingungen der Stummfilmzeit entgegen kamen.

---

96 Topical Budget, Ausgabe Nr. 504-1, 21. April 1921.

97 Daily Sketch/Topical Budget, Ausgabe Nr. 583-2, 30. Oktober 1922, „Ex-Kaiser's Approaching Wedding"; Pathé Gazette, Ausgabe Nr. 925, 2. November 1922, „Kaiser's Secret Wedding At Doorn"; Pathé Gazette, Ausgabe Nr. 927, 9. November 1922, „Ex-Kaiser's Wedding At Doorn".

98 McKernan, Topical Budget, S. 117.

Die aktuellen politischen Beziehungen beider Länder ließen sich sehr viel schwerer und nur unter Zuhilfenahme von aussagekräftigen Überschriften in die Bildsprache umsetzen. Die Nachrichtenfilme über die Reparationskonferenzen sind ein gutes Beispiel dafür. Sequenzen, in denen Politiker in alltäglichen Situationen zu sehen waren, sagten weder aus, um was es ging, noch erzählten sie eine „story". Die *Pathé Gazette* etwa drehte die Anreise Lloyd Georges zur interalliierten Konferenz in Paris im Januar 1921 und zeigte, wie der Premierminister in London in einen Zug stieg. Es folgten weitere Szenen von der Überfahrt auf einer Kanalfähre, in denen Lloyd George allein oder in Gesprächen mit seinen Ministern und Mitarbeitern zu sehen war.[99] Nur durch den Titel wussten die Zuschauer, wohin der Regierungschef unterwegs und warum seine Reise von Bedeutung war: „To ‚Search Their Pockets' – Premier leaves for Inter-Allied Conference on Germany's Indemnity."[100] Mit dem Ausdruck „Search Their Pockets" wurde ein Slogan aus dem Wahlkampf von 1918 wieder aufgenommen, der in drei Wörtern ausdrückte, dass die Deutschen die Reparationszahlungen verweigerten und die Siegermächte entschlossen waren, in ihren „Geldbeuteln" nachzuforschen. Ganz ähnlich sah die entsprechende Ausgabe der *Topical Budget* aus, die betitelt war „Searching Germany's Pockets" und u.a. den Zwischentext enthielt: „Premier goes to Paris to ensure that Germany pays to the ‚littlemost farthing'."[101] Letzteres war eine Anspielung auf das Wahlversprechen von Lloyd George, Deutschland müsse bis zum „letzten Heller" für die Kriegskosten aufkommen.

Das so in den *Newsreels* vermittelte Bild von den sich widersetzenden Deutschen und den hart bleibenden Alliierten war ein durchgängiges Motiv in der weiteren Berichterstattung über die Verhandlungen. Durch ihr Verhalten trug die deutsche Politik zur Bestätigung dieses Bildes ihren Teil bei. Auf der Reparationskonferenz in London Anfang März 1921 unterbreitete Außenminister Simons einen Plan, der in britischen Augen viel zu niedrige Summen enthielt, und stritt die Verantwortung Deutschlands für den Krieg ab. Das Treffen führte zu heftigen Auseinandersetzungen und endete ergebnislos.[102] Die *Gaumont Graphic* und die *Topical Budget* brachten in ihren jeweiligen Ausgaben Bilder von der Abreise des deutschen Außenministers und seiner Delegationsmitglieder und texteten dazu: „To the Uttermost Farthing. German delegates leave England. Allies firm in demanding reparation"[103] und „Off, Bag and Baggage, to Berlin – Return of Dr. Simons and the men who wouldn't pay."[104] Botschaft und Bilder dieser zwei Filme verdeutlichen in ihrer schlaglichtartigen Zuspit-

---

99 Pathé Gazette, Ausgabe Nr. 741, 27. Januar 1921.
100 Ebd.
101 Topical Budget, Ausgabe Nr. 492-1, 27. Januar 1921.
102 Als Sanktionsmaßnahme besetzten französische Truppen am 8. März Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Vgl. Bergmann, Reparationen, S. 88–93.
103 Gaumont Graphic, Ausgabe Nr. 1040, 10. März 1921.
104 Topical Budget, Ausgabe Nr. 498-1, 10. März 1921.

zung bzw. Verkürzung die Grenzen des Nachrichtenmediums Stummfilm. Die Zurückweisung der alliierten Vorschläge durch die Deutschen entsprach den Tatsachen. Eine ausführliche Darstellung der Hintergründe für ihr Verhalten war jedoch filmisch ebenso unmöglich wie eine Erklärung der gesamten komplizierten Materie der Reparationen. Diese Aufgabe blieb der Presse vorbehalten. Die Redakteure der *Newsreels* beschränkten sich in diesem Fall folglich auf den Ausgang des Treffens und auf eine allgemeine Chronologie der Konferenzen, die oberflächlich bleiben musste.

Der Topos von den „unverbesserlichen" Deutschen blieb zunächst weiter dominierend und begann sich erst mit der Ruhrbesetzung zu wandeln. Der lange Vorlauf der Krise erlaubte es den Produktionsfirmen, rechtzeitig Kameraleute in das Ruhrgebiet zu schicken, so dass der Einmarsch der französischen Truppen im Januar 1923 umfassend dokumentiert werden konnte. Die dabei entstandenen Bilder zeigten eindringlich den Invasionscharakter des Unternehmens und vermittelten den Eindruck von einer Unverhältnismäßigkeit der eingesetzten militärischen Mittel. Die *Pathé Gazette* präsentierte in ihrer Ausgabe vom 15. Januar Aufnahmen von französischen Einheiten, die sich in ihren Aufmarschräumen in Wäldern rund um Essen auf die Besetzung der Stadt wie vor einem Gefecht vorbereiteten.[105] Anschließende Sequenzen zeigten, wie lange Kolonnen französischer Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Panzer durch Wohngebiete und am Bahnhof vorbei marschierten, während die Bevölkerung schweigend zusah.[106] Nicht viel anders sah die korrespondierende Ausgabe der *Topical Budget* aus. Auch diese war von der Demonstration militärischer Stärke durch die Franzosen beherrscht. Neben den Marschkolonnen war hier außerdem die Besetzung des Postamtes zu sehen, vor dem bewaffnete französische Posten aufzogen und deutsche Zivilisten kontrollierten.[107]

Die Ruhrbesetzung und der sich anschließende Ruhrkampf waren im Januar 1923 die beherrschenden Themen über Deutschland in den *Newsreels* und blieben es auch im weiteren Verlauf des Jahres. Von Anfang an waren die Auswirkungen der Besetzung auf das alltägliche Leben der Menschen ein wichtiger Aspekt der Berichterstattung. Der *Gaumont Graphic* nahm knapp drei Wochen nach Beginn des französischen Einmarsches folgenden Film in eine seiner Ausgaben auf.

SCENES OF RUHR VALLEY – LATEST PICTURES OF FRENCH MILITARY OCCUPATION
Französische Soldaten geben Essen an Menschenmenge aus / Nahaufnahme von deutschen Kindern, die Gulaschkanone umlagern / „The little Huns appreciate the French Chef's soup." / Nahaufnahme eines abgemagerten Kindes, das Suppe löffelt / Aus fahrendem Zug aufgenommene Szenerie des Ruhrgebiets mit rauchenden Schornsteinen / „The French tanks at Dortmund." / Reihe von Panzern vor einer Kirche / Französische

105 Pathé Gazette, Ausgabe Nr. 946, 15. Januar 1923.
106 Ebd.
107 Daily Sketch/Topical Budget, Ausgabe Nr. 594-2, 15. Januar 1923.

Soldaten patrouillieren die überfüllten Bahnsteige des Dortmunder Bahnhofs / Straßenszenen mit französischen Soldaten zwischen Fußgängern / Wechsel zum Bahnhof nach Bochum / Französische Soldaten graben sich an einer Straßenecke der Stadt ein und bauen ein Maschinengewehr auf / „Pit head scenes at Bochum." / Schwenk über ein Bergwerk[108]

Obwohl zu Beginn französische Soldaten in der Rolle von Wohltätern zu sehen waren, die der offenbar Not leidenden Bevölkerung halfen, so transportierten die nachfolgenden Bilder doch sehr deutlich, dass unbewaffnete Zivilisten einer überlegenen militärischen Macht ausgeliefert waren. Unterschwellig schwang dabei mit, dass die Deutschen an der Ruhr Opfer der aggressiven französischen Außenpolitik geworden waren.

Durch eine geschickte Kommentierung von Filmsequenzen konnten Redakteure den Bildern eine neue, mitunter tendenziöse Bedeutung geben. Die Ruhrbesetzung lieferte auch hierfür ein Beispiel.

MORE CAMERA PEEPS AT RUHRITANIA
„Snapshot of Gen. Degoutte who has a ‚way' with Brother Boche." … „This mighty building in Dusseldorf is for an Exhibition. Will the exhibits include a lump of coal?" … „The Germans are building enormous Banks. Does the paper money take up so much room?" … „Rhineland, bursting with tears, is in flood and – " … „ – the Cologne ‚penny steamers' have struck!"[109]

Der Titel enthält eine Anspielung auf die Versenkung der *Lusitania*, in britischen Augen eines der schlimmsten Verbrechen der Deutschen während des Ersten Weltkriegs. Offenbar sollte damit beim Zuschauer die Assoziation geweckt werden, dass Deutschland jetzt gerechterweise etwas Vergleichbares erlebte. Die anschließenden Kommentare zielten offenkundig darauf ab, die Folgen der Ruhrbesetzung zu relativieren und ins Lächerliche zu ziehen sowie Misstrauen gegenüber den Deutschen zu schüren. Vor dem Hintergrund der Eskalation des Ruhrkampfes durch die Ausrufung des passiven Widerstands und entsprechender Gegenmaßnahmen der französischen Besatzungsmacht erschien dieser Bericht von Anfang März 1923 als eine Rechtfertigung der französischen Politik. Wertende Texte in solch massiver Form waren allerdings die Ausnahme. Es lässt sich auch nicht mit Sicherheit sagen, welchen Einfluss die Zwischentitel auf die Wahrnehmung der Bilder hatten. „Intertitles were avidly read in the silent era of course (sometimes out loud), and absorbed, but they could not have had the commanding effect of sound. What is vital is that words and pictures were separated: the viewer read, then saw."[110]

Die deutsche Innenpolitik hatte bis dato in den Wochenschauen trotz der Krisen, Putsche und Attentate keine große Rolle gespielt. Das änderte sich erst

---

108 Gaumont Graphic, Ausgabe Nr. 1237, 29. Januar 1923.
109 Daily Sketch/Topical Budget, Ausgabe Nr. 601-2, 5. März 1923. Zit. nach McKernan, Topical Budget, S. 79.
110 Ebd.

mit den Wahlen zum Reichstag 1924 sowie im darauf folgenden Jahr mit dem überraschenden Tod Friedrich Eberts und der anschließenden Reichspräsidentenwahl. Impressionen aus Berlin vom Dezember 1924 in der *Pathé Gazette* illustrierten die Wahlkampfmethoden der Parteien, die Lastwagen durch die Straßen fahren ließen, auf denen ihre Anhänger Fahnen und Banner schwenkten und Passanten Flugblätter zuwarfen.[111] Erahnen ließ sich die Heftigkeit der politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik an Bildern von Polizisten, die eine Ansammlung wütender junger Männer aufzulösen versuchten.

Eine ausführliche Würdigung erfuhren im Frühjahr 1925 die Trauerfeierlichkeiten für Ebert. Alle drei *Newsreels* nahmen Bildmaterial vom Trauerzug durch das Zentrum Berlins in ihre aktuellen Ausgaben auf.[112] Die Filme dokumentierten eindrucksvoll die Anteilnahme der Bevölkerung, die die Straßen entlang der Route des Sarges säumte, der durch das Brandenburger Tor zum Reichstag gefahren wurde, wo Reichstagspräsident Löbe eine Ansprache hielt. Die Aufnahmen hinterließen zweifellos den Eindruck, dass mit dem Ableben des ersten Reichspräsidenten eine tiefgreifende Zäsur in der deutschen Politik statt gefunden hatte.

Das wurde umso deutlicher, als Hindenburg zu Eberts Nachfolger gewählt wurde. Mit dem Kriegshelden, der wie kaum ein anderer außer Wilhelm II. das Kaiserreich personifizierte, schien eine Restauration der Monarchie in Deutschland durchaus im Bereich des Möglichen zu liegen. Die *Pathé Gazette* transportierte diese Befürchtung in ihrer entsprechenden Ausgabe sowohl im Bild als auch im Text.

BY 886759 VOTES
„Germany elects 78 year-old Field Marshal Von Hindenburg – Monarchist President in succession to Herr Ebert, Republican." / Lastwagen mit Monarchisten fahren an Schaulustigen vorbei, Wahlkämpfer werfen Flugblätter und schwenken Reichskriegsflaggen bzw. Hakenkreuzfahnen / Kolonne von Marx-Anhängern fährt ebenfalls mit Lastwagen durch Berlin / Beide Züge begegnen sich, Anhänger diskutieren von Ladeflächen aus miteinander / „Dr. Marx defeated Republican candidate." / Portraitaufnahmen des Zentrumspolitikers / „Whither will ‚the old War Idol' now lead his Country?" / Offizielle Zeremonie, Hindenburg in kaiserlicher Uniform mit Pickelhaube inmitten einer Menschenmenge / Hindenburg inspiziert angetretene Reichswehreinheiten / Hindenburg im Gespräch mit anderen Offizieren der kaiserlichen Armee / Portraitaufnahme von Hindenburg in Zivil[113]

Bei den letzten Szenen handelt es sich deutlich erkennbar um Archivaufnahmen, die den Zuschauern Hindenburgs Vergangenheit ins Gedächtnis rufen sollten. Die Schlusseinstellung, die ihn im Anzug zeigte, sollte augenscheinlich die Bot-

111 Pathé Gazette, Ausgabe Nr. 1146, 10. Dezember 1924.
112 Topical Budget, Ausgabe Nr. 706-2, 9. März 1925, „Herr Ebert"; Pathé Gazette, Ausgabe Nr. G1170, 9. März 1925, „The Last Tribute"; Gaumont Graphic, Ausgabe Nr. 1457, 1925 [genaues Datum unbekannt, höchstwahrscheinlich ebenfalls 9. März 1925].
113 Pathé Gazette, Ausgabe Nr. G1185, 30. April 1925.

schaft vermitteln, dass sich hinter dem jetzigen Zivilisten Hindenburg in Wirklichkeit nach wie vor der alte kaiserliche Feldmarschall verbarg.

Auffallend ist, in welchem Umfang diese retrospektive Betrachtungsweise Deutschlands in den *Newsreels* zwischen 1918 und 1925 vorherrschte. Hier sind Parallelen zur Berichterstattung der *Daily Mail* unverkennbar, die ebenfalls dazu tendierte, Veränderungen zu negieren oder zu ignorieren und die Gegnerschaft Großbritanniens und des Deutschen Reiches als von Dauer darzustellen. Die technischen Grenzen des Bildmediums begünstigten eine Beschreibung der Weimarer Republik als das alte Kaiserreich „in neuen Kleidern". Bilder von gehobenen deutschen Schlachtschiffen,[114] von Wilhelm II. im holländischen Exil oder über das Votum für Hindenburg, dem ein auf die Kandidaten konzentrierter Wahlkampf vorausgegangen war, kamen dem Nachrichtenfilm entgegen. Die Produzenten zeigten zwar auch immer wieder eine andere, positivere Seite Deutschlands. Darunter fielen etwa Berichte über eine Demonstration des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold für den Erhalt der Republik,[115] der Transatlantikflug des Zeppelins ZR3[116] oder ein Fußballspiel zwischen Frankreich und Deutschland unter der Überschrift „Sport Has No Frontiers. France beaten by Germans in soccer match".[117] Der Eindruck, dass negative Images und Stereotype über die Deutschen aus der Kriegspropaganda und der Vorkriegszeit in den *Newsreels* am längsten überlebten, lässt sich jedoch nicht von der Hand weisen. Welcher Faktor dafür letztlich ausschlaggebend war – die technischen Beschränkungen des Stummfilms oder die Annahme der Produzenten, damit die Erwartungen des Publikums zu erfüllen – ist schwer zu beurteilen.

---

114 Pathé Gazette, Ausgabe Nr. 1099, 4. Juli 1924, „Success – First Of Germany's Scuttled Fleet Raised"; Pathé Gazette, Ausgabe Nr. 1110, 6. August 1924, „German Battleship Raised".

115 Pathé Gazette, Ausgabe Nr. G1168, 2. März 1925, „150 000 Republicans".

116 Gaumont Graphic, Ausgabe Nr. 1419, 27. Oktober 1924, „ZR3 Reaches America. First Pictures Of Great Transatlantic Flight".

117 Pathé Gazette, Ausgabe Nr. 1129, 1. November 1924.

ERGEBNISSE: BRITISCHE AUSSENPOLITIK UND DAS DEUTSCHLANDBILD IN DEN MASSENMEDIEN

Um den Anspruch einlösen zu können, nicht nur das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien darzustellen und die Kommunikation dieses Bildes aufzuschlüsseln, sondern darüber hinaus auch die Funktion von Fremdbildern sowie das Zusammenwirken von Außenpolitik und Öffentlichkeit zu beleuchten, reicht es nicht, Theorie und Empirie nebeneinander zu stellen. Vielmehr fördert erst eine Synthese aus den empirischen Befunden und den eingangs erwähnten theoretischen Grundlagen Ergebnisse zu Tage, die über das bisher Gesagte hinausweisen, und eine abschließende Bewertung ermöglichen. Dazu erschien es sinnvoll, eine Untergliederung des Fazits vorzunehmen, die sich an den zentralen, in der Einleitung aufgeworfenen Problemstellungen orientiert.

Der erste Abschnitt behandelt die Wirkung von Stereotypen und Vorurteilen bei der Entstehung von Länderimages und fragt nach anderen Faktoren, die dabei noch eine Rolle spielen. Insbesondere geht es darum zu belegen, welche Prinzipien aus der Theorie die Formung des britischen Deutschlandbildes in den 1920er Jahren tatsächlich beeinflussten. Zudem wird hier der Frage nachgegangen, welcher Zusammenhang zwischen dem Deutschlandbild in Politik und Medien bestand bzw. in welchem Verhältnis diese beide Sphären generell zueinander standen.

Der zweite Abschnitt zeigt Kontinuitäten und Wandel des Deutschlandbildes in den untersuchten britischen Massenmedien zwischen dem Waffenstillstand 1918 und dem Locarno-Pakt 1925 auf, untersucht, inwieweit die Vorstellungen in Politik und Medien übereinstimmten, und identifiziert Ursachen für Veränderungen in der Perzeption.

Der dritte Abschnitt bezieht das außenpolitische Umfeld mit ein, in diesem Fall konkret den Faktor Frankreich, denn wegen des Versailler Vertrags, der die Alliierten und das Deutsche Reich in einer Dreiecksbeziehung aneinander band, hing die britische Sicht auf Deutschland ganz wesentlich von der französischen Außenpolitik ab.

Der vierte Abschnitt befasst sich mit der Bedeutung des Versailler Vertrags, der bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs die zentrale Determinante der beiderseitigen Beziehungen blieb. Dabei wird ein Bogen geschlagen von den kurzfristigen Folgen der britischen Kontroverse um den Friedensvertrag in der unmittelbaren Nachkriegsphase bis zu den Langzeitwirkungen, die sich in der *Appeasementpolitik* manifestierten.

1. Entstehung und Kommunikation des Deutschlandbildes in den Massenmedien: Theorie und Praxis

Der empirische Teil der Arbeit hat verdeutlicht, wie Stereotype und Vorurteile die Wirklichkeit strukturieren und wie schon bei der Aufnahme von Informationen eine Selektion danach stattfindet, was in die eigene Vorstellungswelt passt und was nicht. Besonders gut ist dies in der Phase zwischen Waffenstillstand und endgültigem Friedensschluss zu beobachten gewesen. Wie Redakteure reagierten, wenn Berichte ihrer Korrespondenten ihrem bestehenden Perzeptionsraster widersprachen, wenn also das Deutschlandbild in ihren Köpfen nicht mit den eingehenden Informationen übereinstimmte, haben die angeführten Beispiele anschaulich belegt: Bei der *Times* und der *Daily Mail* wurde der Inhalt der Berichte durch Redigieren oder konterkarierende Überschriften so verändert, dass er nicht mehr im Widerspruch zu den eigenen Vorstellungen stand. War das nicht möglich, blieb immer noch eine Negierung der Wirklichkeit. Ein Beispiel dafür ist die Kommentierung der Revolution, die als Bluff der Militärs und Junker abgetan wurde. Hier zeigen sich sowohl die praktischen Folgen der Konfrontation von Fremdbildern mit einer inkongruenten Realität als auch die Mechanismen, die ein Festhalten an den bisherigen Vorstellungen ermöglichten. Darüber hinaus wurde deutlich, welche Konsequenzen eine solche „kognitive Dissonanz" haben kann, und damit auch die Gültigkeit von Festingers gleichnamiger Theorie bestätigt, dergemäß jeder Mensch bemüht ist, Informationen der Außenwelt in schon bestehende Wahrnehmungs- und Deutungsmuster einzupassen und Unstimmigkeiten möglichst zu vermeiden.[1]

Was Formung und Veränderung des Deutschlandbildes in den britischen Massenmedien angeht, so ist auffallend, dass bestimmte Phänomene, die bei der Bildung von Länderimages allgemein zu beobachten sind, nach dem Waffenstillstand verstärkt zum Tragen kamen. An erster Stelle ist hier das Prinzip der Ähnlichkeit zu nennen, demzufolge zwei Nationen Sympathien füreinander entwickeln, wenn tatsächliche oder vermeintliche Übereinstimmungen auf politischem, ökonomischem, sozialem oder kulturellem Gebiet bestehen und beide Seiten sich dieser Gleichartigkeit bewusst werden. Während des Krieges mussten zwangsläufig die Gegensätze zwischen Deutschland und England betont werden, um das Feindbild von den Hunnen aufbauen zu können. Nach der Entlarvung vieler Gräuelgeschichten als Übertreibungen oder gar Erfindungen durch deren Urheber war jedoch klar, dass hier eine Fehlperzeption vorgelegen hatte. Zudem bestand nach Kriegsende auf britischer Seite keine zwingende Notwendigkeit der Abgrenzung von den Deutschen mehr. Dadurch war es prinzipiell eher wieder möglich, auch die positiven Seiten Deutschlands wahrzunehmen. Dies geschah u.a. mit dem Verweis auf bestehende Gemeinsamkeiten wie etwa der Zugehörigkeit zum gleichem Kultur-

[1] Siehe dazu ausführlich Teil I, Kapitel 1.2.

und Wertesystem, was seinen Ausdruck in der Forderung fand, Deutschland durch eine Aufnahme in den Völkerbund die Rückkehr in die internationale Völkerfamilie zu ermöglichen, wie sie von linken und liberalen Kreisen propagiert wurde. Das bolschewistische Gegenmodell in Russland verstärkte den Eindruck noch, dass das Deutschland der Weimarer Zeit zum Kreis der westlichen Demokratien gehörte. Hinzu kam die Erkenntnis, auf wirtschaftlichem Gebiet aufeinander angewiesen zu sein, denn die ökonomischen Probleme, mit denen Großbritannien und Deutschland als Folge des Krieges zu kämpfen hatten, waren nur gemeinsam zu lösen. Die weit verbreitete Auffassung, dass der Krieg sinnlos gewesen war, beförderte zudem die Einsicht, künftig zusammenarbeiten zu müssen, um eine Wiederholung auszuschließen.

Die wachsenden Sympathien für Deutschland, die insbesondere im Zuge der Ruhrbesetzung zu beobachten waren, bestätigen außerdem die Korrelation von Macht und Image. Denn allgemein gilt die Regel, je machtloser ein Land desto positiver ist sein Bild. Deutschland hatte nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg, dem Verlust seiner Flotte, der Beschränkung auf ein Heer von 100 000 Mann sowie auf Grund seiner extremen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze sein Machtpotenzial erst einmal eingebüßt und wurde daher als für Großbritannien ungefährlich eingeschätzt. Dieser Umstand war bereits nach Abschluss des Versailler Vertrags peu à peu ins britische Bewusstsein gedrungen. Die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen und die deutsche Antwort in Form des passiven Widerstands lenkten nun die mediale und damit auch die öffentliche Aufmerksamkeit erst recht auf die außen- und innenpolitische Schwäche Deutschlands, was das Bild in England fast automatisch positiver werden ließ. Eine Wahrnehmung, die im Übrigen deutliche Parallelen zur britischen Perzeption der deutschen Staaten in der Mitte des 19. Jahrhunderts aufweist.

Bezeichnend ist darüber hinaus, wie räumliche Nähe oder Distanz das Fremdbild beeinflusste. Damit ist hier nicht so sehr die geographische Lage Großbritanniens zu Deutschland gemeint, die ja beide nicht unmittelbar nebeneinander liegen, so dass nach dem Gesetz der Nachbarschaft die Ausbildung positiver Heterostereotype logisch gewesen wäre. Vielmehr geht es um das persönliche Erleben der Realität in Deutschland, das bei den Auslandskorrespondenten ganz überwiegend zu einer eher positiven Sichtweise führte. Die Redakteure in London oder auch die Politiker, die weniger oder gar keinen direkten Kontakt mit dem Land und den Menschen hatten, hielten dagegen meist sehr viel länger an ihren negativen Urteilen fest.[2]

---

[2] Die Reisetätigkeit zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich kam allerdings in den 1920er Jahren im Vergleich zur Vorkriegszeit nur schleppend wieder in Gang. Besonders schwierig gestaltete sich der persönliche Austausch im Bereich der Wissenschaft und Kultur. Erst Mitte der 1920er Jahre lief der Boykott deutscher Wissenschaftler und Künstler allmählich aus, und auch danach blieb auf diesem wichtigen Feld bilateraler Kontakte nahezu alles privater Initiative oder dem Zufall überlassen. Auf Regierungsebene sah

Neben der Bedeutung des Länderimages als Orientierungsrahmen für die Journalisten und Politiker ist ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis der Inhaltsanalyse, welchen Stellenwert historische Analogien hatten. Die Interpretation aktueller Ereignisse unter Zuhilfenahme geschichtlicher Vergleiche kommt in historischen Umbruchsituationen, in denen bisherige Deutungsmuster ihre Gültigkeit verlieren, oft zum Einsatz. Das Ziehen von Parallelen zwischen einem jetzigen und einem vergangenen Geschehnis dient dazu, Vorhersagen über die Folgen aktueller Ereignisse zu treffen oder aus der Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die historische Analogie wird also häufig benutzt, um aus der Geschichte Regeln für das politische Handeln in einer ähnlichen gegenwärtigen oder sich scheinbar wiederholenden Situation abzuleiten.[3] Geschichtliche Parallelen werden zudem als Argument eingesetzt, um eine bestimmte Politik zu begründen oder zu rechtfertigen, indem Alternativen mit dem Verweis auf die Vergangenheit verworfen, wenn nicht sogar diskreditiert werden.[4]

Insbesondere die unterschiedlichen Interpretationen des Friedensschlusses nach dem deutsch-französischen Krieg von 1871 illustrieren, in welcher Art und Weise Geschichte in den hier untersuchten englischen Zeitungen um den Jahreswechsel 1918/19 instrumentalisiert wurde.[5] Die Verbindung, die zum Versailler Vertrag gezogen wurde, diente dazu, in der Diskussion um einen gerechten Frieden die eigene Argumentation zu stützen, indem Emotionen geweckt und der eigenen Sache ein moralischer Anstrich gegeben wurden, wo-

---

es nicht anders aus. Staatsbesuche gab es keinen einzigen, und die Regierungschefs fuhren erst in den 30er Jahren in das jeweils andere Land. Die Besuche Brünings in England im Jahr 1931 blieben die einzigen eines deutschen Reichskanzlers. Von den Premierministern kamen lediglich Ramsay MacDonald und Neville Chamberlain nach Deutschland, Ersterer ebenfalls 1931, Letzterer während der Krise um die Tschechoslowakei 1938, dafür dann aber gleich dreimal. ALTER, Beschwerliche Reise, S. 145–151.

3 Vgl. BUFFET und HEUSER, Haunted by History, S. 266f. Die Verwendung solcher Vergleiche ist allerdings mit Risiken behaftet. Auf der einen Seite stellen sie eine „praktische Abkürzung zur Rationalität" dar, indem sie Einsichten aus vergangenem Geschehen nutzbar machen. Andererseits besteht immer die Gefahr, dass sie die Aspekte verschleiern, die gegenwärtige von historischen Situationen unterscheiden, d.h. die Singularität geschichtlicher Ereignisse nicht ausreichend in Rechnung gestellt wird. „For this reason, a dramatic and important experience often hinders later decision-making by providing an analogy that will be applied too quickly, easily, and widely." JERVIS, Perceptions, S. 220.

4 „What is striking is the way in which historical analogy is used, or indeed, misused. Almost invariably, there is the implication that an alternative policy might lead to some negative perhaps catastrophic development, with the further suggestion that a particularly black episode of history would in some way repeat itself. History is used here as a ‚myth'." BUFFET und HEUSER, Haunted by History, Einleitung S. VIII.

5 Auch Politiker machten davon Gebrauch. So versprach etwa Lloyd George im Wahlkampf 1918 mit Hinweis auf die Annexion Elsass-Lothringens durch das Deutsche Reich 1871, dass es im kommenden Frieden kein „Alsace-Lorraining" geben werde. Vgl. THE MANCHESTER GUARDIAN, 10. Dezember 1918.

bei auf die Lehre aus dem geschichtlichen Präzedenzfall verwiesen wurde.[6] Dies traf vor allem auf die Gegner des Versailler Vertrags zu. Sie waren davon überzeugt, die Lektion des deutsch-französischen Krieges bestehe darin, dass ein von den Siegern diktierter Frieden, der von den Besiegten als ungerecht empfunden wird, zwangsläufig zu einem neuem Krieg führen müsse. Sowohl in der Kritik an dem Vertragswerk aber auch in dem Zwang, es unter Hinweis auf das Bismarck'sche Vorbild zu rechtfertigen, deuteten sich darüber hinaus erste Anzeichen eines aufkommenden britischen Schuldkomplexes an.[7]

Die Frage, ob und wenn ja wie sich solche Diskussionen in der massenmedialen Öffentlichkeit auf außenpolitische Entscheidungen auswirkten, berührt die zentrale und gleichzeitig weitreichendste Problemstellung dieser Untersuchung: Wie hängen Politik, Medien und Öffentlichkeit zusammen? Oder auf den konkreten Fall bezogen: Inwiefern bestand eine Verbindung zwischen den Deutschlandbildern politischer Entscheidungsträger auf der einen und denen medialer Vermittler auf der anderen Seite? Gab es eine Beeinflussung in die eine oder andere Richtung und was hatte das für Folgen für die britische Deutschlandpolitik in dieser Zeit? Ein Nachweis ist zwar schwer zu führen. Die Synthese der beiden Analyseebenen „Akteure" und „Inhalte" mit dem theoretischen Teil führt dennoch zu einer Reihe von Erkenntnisgewinnen.

Der Wahlkampf in Großbritannien im November und Dezember 1918 ist ein gutes Beispiel für die Rolle, die die Presse in der Kalkulation der Politiker spielte. Insbesondere Premierminister Lloyd George war nicht gewillt, das Risiko einzugehen, seine Kampagne gegen die geballte publizistische Macht des Pressekonzerns von Lord Northcliffe zu führen. Der Druck, den der Pressebaron in seinen Zeitungen aufbaute, bewirkte, dass die Regierungsparteien sogar ihr Wahlprogramm änderten. Teile der Presse bestimmten also erkennbar die

---

[6] Dies ist laut Buffet und Heuser prinzipiell der Zweck geschichtlicher Vergleiche bzw. die Wirkung historischer Mythen: „they bring emotions and moral appeal to support the good cause into play where the issue really requires a careful and dispassionate balancing of different courses of action, all of them painful, none of them fully satisfactory or fully ‚good', none of them promising clear success." Buffet und Heuser, Haunted by History, S. 266.

[7] Das Gefühl, den Deutschen in Versailles Unrecht getan zu haben, verstärkte sich im Zuge der anhaltenden Debatte um die Fehler des Vertrags zusehends und erhielt durch Publikationen wie der von Keynes zusätzliche Nahrung. Für Gilbert war das Erscheinen von Keynes' Buch über die ökonomischen Folgen des Friedens die Geburtsstunde des britischen *mea culpa*, da nun die Kritik einer Minderheit mehrheitsfähig wurde und nach eingehender Betrachtung aller Klauseln die Auffassung Verbreitung fand, der Versailler Vertrag sei ein Instrument des Unrechts. Gilbert, Roots, S. 62–65. Die kontrovers geführte Diskussion trug schließlich nicht unwesentlich dazu bei, dass Versailles selbst Gegenstand geschichtlicher Vergleiche und damit zum historischen Mythos geworden ist. Dem Begriff „Mythos" liegt dabei die Definition von Buffet und Heuser zu Grunde: „Myth is [...] a shorthand for a particular interpretation of a historical experience or policy, or a policy with some acknowledged historical antecedents, that is invoked in the present to justify certain policies." Buffet und Heuser, Haunted by History, Einleitung S. IX.

politische Agenda und das mit Forderungen, die sich deutlich negativ auf das britische Deutschlandbild auswirkten. Insofern ist der Beleg gelungen, dass durch das „System der massenmedialen Öffentlichkeit" Themen und Meinungen aufgenommen, verarbeitet und korrigiert werden und sich in bestimmten Konstellationen derart verdichten, dass sie für die Politik handlungsrelevant werden.[8]

Die Darstellung und die Diskussion der Ruhrbesetzung im Jahr 1923 wiederum haben sehr klar gezeigt, welche Akteure mit welchem Rollenverständnis am Kommunikationsprozess beteiligt waren. Tatsächlich existierte in diesem Kampf um die Meinungsführerschaft in der britischen Presse ein komplexes Mit- und Gegeneinander: Deutsche und französische Regierungsstellen setzten die ihnen zur Verfügung stehenden propagandistischen Mittel ein, um sowohl die britischen Korrespondenten an Rhein und Ruhr als auch die Chefredakteure und Leitartikler in der Fleet Street in ihrem eigenen Sinne zu beeinflussen. Letztere versuchten ihrerseits, auf die britische Regierung einzuwirken, und drängten in ihren Artikeln und ihren privaten Kontakten auf Initiativen zur Lösung des Konflikts. Die Politiker wiederum nutzten die Presse, um ihren Standpunkt darzulegen und Alternativen aufzuzeigen, hatten aber letztlich nur wenig Handlungsspielraum, da sie weder die deutsche noch die französische Regierung zum Einlenken zwingen konnten. Die Diskussion um die Ruhrbesetzung bildete dieses Dilemma ab und markierte einen Wendepunkt in der Wahrnehmung Deutschlands. Selbst im bisher antideutschen, konservativen Lager mehrten sich Stimmen, dass den Deutschen durch die französische Aktion Unrecht widerfuhr.

Das Agieren der britischen Regierung im Vorfeld sowie auf der Konferenz von Locarno im Jahr 1925 bietet weitere Indizien dafür, dass die massenmediale Öffentlichkeit ein wichtiger Faktor im außenpolitischen Entscheidungsprozess geworden war. Die Berichte und Kommentare der Presse dienten dem *Foreign Office* als Wegweiser dafür, welche vertraglichen Verpflichtungen für die britische Bevölkerung akzeptabel waren. Die genaue Beobachtung der Meinungsbildung in der Presse und die Versuche, durch gezielte Stellungnahmen des Außenministers darauf einzuwirken, sind Ergebnis einer methodischen Pressearbeit, die man heute als Kommunikationsstrategie bezeichnen würde. Im Zentrum stand dabei die Vermittlung, dass Deutschland sechs Jahre nach Ende des Krieges der Status eines gleichberechtigten, vertrauenswürdigen Verhandlungspartners gebührt.

Damit waren die wesentlichen Charakteristika, nach denen sich die so genannte Mediendiplomatie im Zeitalter der modernen Massenkommunikation definiert,[9] erfüllt: Die Medien dienten der Politik als Informationsquelle; sie

---

[8] Nach der Definition von Gerhards und Neidhardt sind diese Validierungs- bzw. Orientierungsfunktion typische Kennzeichen des intermediären Systems „massenmediale Öffentlichkeit". Vgl. dazu ausführlich Teil I, Kapitel 1.3.

[9] Zum Begriff der Mediendiplomatie vgl. die von Cohen aufgestellten Kriterien in ebd.

bildeten ein Forum zum Austausch von Meinungen; sie hatten die Macht, unter bestimmten Umständen die politische Agenda zu bestimmen; und die Medien wurden von der Regierung benutzt, um Stimmungen auszuloten und Unterstützung für ihren Kurs zu organisieren. Eine Interdependenz zwischen Politik und Medien ist folglich nicht zu leugnen. Sie zu quantifizieren ist jedoch kaum möglich.

2. Kontinuitäten und Diskontinuitäten britischer Deutschlandinterpretationen

In einen größeren Zusammenhang und einen weiter gefassten zeitlichen Rahmen gestellt, sind in dem Deutschlandbild, so wie es die britischen Massenmedien zwischen dem Waffenstillstand und der Locarno-Konferenz zeichneten, sowohl Elemente des Wandels als auch der Kontinuität erkennbar. Im Vergleich zu den Interpretationsmustern, die in der Politik kursierten, bestand ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den unterschiedlichen politischen Strömungen und den ihnen nahe stehenden Publikationen. Generell sind zwei Varianten der Deutung festzustellen, die sich aufeinander beziehen, die in der Tradition der Zwei-Deutschland-Theorie stehen und die politisch-ideologisch motiviert sind. Sie lassen sich deshalb nach Inhalt und Anhängerschaft abgrenzen.

Auf der konservativen Rechten blieben die alten, negativen Stereotype in Anlehnung an die These „Once a Hun, always a Hun!" virulent. Im fortwirkenden Prisma des „Prussianism" wurden die Deutschen weiter als Militaristen wahrgenommen, die ihrer Macht- und Autoritätsgläubigkeit verhaftet blieben. Die Fähigkeit, sich zu ändern, wurde ihnen abgesprochen, weshalb an der Kriminalisierung und Diskriminierung Deutschlands, die in der Kriegspropaganda stattgefunden hatte, festgehalten wurde. Eine Aufgabe des Freund-Feind-Schemas und eine Rückkehr zu einer Beziehung unter Gleichen kamen für diese Seite des Meinungsspektrums erst dann in Frage, wenn Deutschland für den Krieg und seine Folgen gebüßt und Wiedergutmachung geleistet hatte.

Dieses Stereotyp von den „unverbesserlichen" Militaristen erfuhr einen Funktionswechsel. Während es im Krieg einem referenziellen Zweck diente, indem es eine Erklärung für die Abirrungen der Deutschen lieferte und mithin einen Versuch darstellte, wahre Aussagen über die Motivation des Feindes zu treffen, erfüllte es nach Kriegsende eine rhetorische Funktion.[10] Es wurde nicht mehr zur Beschreibung eines für real gehaltenen Fremdbildes benutzt, sondern als Instrument um nicht auf die Veränderungen der Wirklichkeit, sprich: die Novemberrevolution und die Gründung der Weimarer Republik, reagieren zu müssen. Auf diese Weise ließen sich die Forderungen nach einem möglichst harten Frieden rechtfertigen, obwohl das deutsche Kaiserreich mit seiner militaristischen Führungsschicht, gegen das man den Krieg eigentlich geführt hatte, nicht mehr existierte.

Als Beweis für die Richtigkeit ihrer Perzeption galt den konservativen Kreisen die Unbeliebtheit der Weimarer Republik, deren Defekte u.a. auf die autoritären Traditionen der deutschen Vergangenheit zurückgeführt wurden, sowie die Stärke der politischen Rechten, die pauschal unter den Etiketten „Reaktionäre" und „Monarchisten" zusammengefasst wurden. Wie zu Zeiten des

---

10 Die Einteilung in referenzielle und rhetorische Funktion von Fremdbildern stützt sich auf Blaicher, Konstanten, S. 252.

wilhelminischen Kaiserreichs blieb Deutschland nach 1918 bei den Vertretern dieser konservativen Richtung ein Gegenmodell. Ihre Grundhaltung gegenüber den Deutschen war folgerichtig lange von Misstrauen bestimmt. Noch nach Abschluss des Locarno-Vertrags zirkulierte beispielsweise im *Foreign Office* ein Memorandum, das in Anspielung auf den bereits erwähnten Propagandafilm *Once a Hun, always a Hun!* zu dem Schluss kam, die erreichte Verbesserung der Beziehungen „will not succeed in changing the Leopard's spots".[11]

Den Gegenpol bildeten die sozialistische Linke und die Liberalen. Auf dieser Seite wurde ein klarer Trennungsstrich zwischen deutschem Militarismus und reaktionärem Junkertum einerseits sowie fortschrittlicher Sozialdemokratie und deutscher Kultur andererseits gezogen. Die Weimarer Republik war dementsprechend der positive Inbegriff des „besseren" Deutschland. In ihrer Gründungsphase wurde dieser Wandel durch den „saddler-president" Ebert und den „compositer-premier" Scheidemann personifiziert.[12] Die konsequente Demokratisierung, so wie sie in der neuen Verfassungsordnung ihren Niederschlag fand, galt bei nicht wenigen sogar als vorbildlich. Dass die Deutschen, oder zumindest eine Mehrheit unter ihnen, sich nach der Niederlage und der Novemberrevolution tatsächlich geändert hatten und dass die Generalisierungen der Propaganda falsch gewesen waren, wurde hier allgemein anerkannt. Der Grund, warum der jungen Demokratie das feste Fundament fehlte und alte Überzeugungen nach wie vor viele Anhänger hatten, war nach dieser Lesart die Politik der Alliierten. Die Ungerechtigkeit des Versailler Friedenssystems, das von Großbritannien gestützt wurde, so die Argumentation, war Wasser auf die Mühlen der Republikgegner in Deutschland.[13] Die positive Interpretation der politischen Umwälzungen wurde durch den Fortbestand der Zwei-Deutschland-Theorie erheblich erleichtert. Die darin enthaltene Vorstellung von der Existenz eines „anderen", friedliebenden, demokratischen Gegenmodells zum autokratischen, preußischen Machtstaat erlaubte es ohne größere Schwierigkeiten, den ehemaligen Feind nicht weiter als Besiegten, sondern zukünftig als potenziellen Partner zu sehen.

Durch die Turbulenzen und Wirrungen in den schwierigen Anfangsjahren der Republik sahen sich beide Seiten zunächst bestätigt. Die Putschversuche von Kapp und Lüttwitz 1920 sowie von Hitler und Ludendorff 1923 passten

---

11 Memorandum von Joseph Addison, Counsellor der Britischen Botschaft Berlin: „German Attitude towards Locarno Treaties", 10. Dezember 1925, PRO, FO 371/10747, C15928/459/18. Das Papier wurde von der gesamten Leitungsebene des *Foreign Office* zur Kenntnis genommen, darunter vom *Permanent Undersecretary of State*, Sir William Tyrrell, sowie dem Leiter des *Central Department*, Miles Lampson, und traf auf breite Zustimmung. Zu Inhalt des Films und Genese des Titels vgl. Teil II, Kapitel 3.1.

12 The Daily Herald, 30. Juni 1919, LA „Germany's Right To Work".

13 Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Meyers für die 1930er Jahre, wobei sich nach seinem Befund das britische Deutschlandbild weiter ausdifferenzierte. Vgl. Meyers, Grundzüge, S. 133–136.

genauso in das Bild der konservativen Skeptiker, wie die Versuche der von den demokratischen Parteien getragenen Regierungen in Berlin, die Bestimmungen des Versailler Vertrags abzumildern oder zu umgehen. Mit ihren Revisionsansprüchen agierte die Weimarer Republik von dieser Warte aus gesehen nicht selten genauso ungeschickt und realitätsfern wie das wilhelminische Reich.[14] Vertreter der Linken und Liberalen, die mit Deutschland sympathisierten, führten die ausbleibende Konsolidierung der Republik und die wenig kompromissbereite Außenpolitik dagegen nicht auf den unveränderten Charakter der Deutschen zurück, sondern deuteten sie als Folgen des verfehlten Friedens. Spätestens seit der Ruhrbesetzung fand jedoch eine merkliche Gewichtsverschiebung innerhalb dieses dichotomen Interpretationsmusters statt. Vertreter der konservativen Richtung waren jetzt zunehmend geneigt, sich den Schlussfolgerungen der Gegenseite anzuschließen, auch wenn sie ihre Vorstellungen über Deutschland nicht komplett revidierten.[15]

Dass sich im Vergleich zur Kriegspropaganda tatsächlich ein Wandel vollzog, ist unübersehbar. Eine Ursache waren die veränderten politischen Bedingungen. Das Deutschland der Weimarer Zeit unterschied sich deutlich von dem Deutschland der Ära Wilhelms II. Dies hatte Dissonanzen in der Wahrnehmung zur Folge, denn die Vorstellungen in den Köpfen stimmten immer weniger mit den Informationen über die veränderte Realität überein. Diese Dissonanzen wurden dann entweder durch eine Ausblendung oder Umdeutung der Veränderungen (bei den Konservativen) oder durch eine Anpassung des Bildes an den modifizierten Gegenstand (bei Linken und Liberalen) aufgehoben. Eine zweite Ursache waren Korrekturen im Voraussetzungssystem, das der Perzeption zu Grunde lag. Nach der Erfahrung des Ersten Weltkriegs wurden die britischen Interessen neu definiert. Langfristige Ziele waren die Wahrung des Friedens und die Wiederherstellung der ökonomischen Prosperität, wofür die Kooperation Deutschlands eine Bedingung war. Das Resultat bestand darin (vor allem bei Linken), dass positive Seiten stärker beachtet und negative eher übersehen wurden. Das britische Deutschlandbild in den 1920er

---

[14] Die englische Presse führte dies auf den fehlenden politischen Instinkt der Deutschen zurück. Daniels sprach stellvertretend für viele seiner Kollegen, als er feststellte: „It is not one of the mental qualities of the German people to be able to project themselves into the situation of their opponents, appraise questions from that point of view, and derive the advantages to be obtained from detachment." DANIELS, German Republic, S. 95. Der britische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, vertrat den gleichen Standpunkt. KAISER, D'Abernon, S. 456.

[15] Die Resultate der quantitativen Inhaltsanalyse bestätigen dieses Ergebnis. Eine Wahrnehmungsveränderung ist auch auf der sprachlichen Ebene nachzuweisen, teilweise sogar mit überraschend eindeutigen Zahlen. Das heißt nicht, dass alte Stereotype und Vorurteile aus dem Bewusstsein verschwanden. Wenn Sprache aber Wirklichkeit konstruiert, dann erlebte diese konstruierte Wirklichkeit einen nicht zu übersehenden Umbau. Zur Wechselwirkung zwischen Sprache und gesellschaftlicher Realität vgl. GIRNTH, Sprache und Sprachverwendung, S. 6.

Jahren war demzufolge das Ergebnis einer „conscience-led phase of reflection".[16]

Die Spaltung der Perzeption verlief nicht nur entlang politischer Linien, sondern es wurde für den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit auch ein Auseinanderlaufen des in den Medien vermittelten Bildes über Deutschland festgestellt: Auf der einen Seite das des Massenblattes *Daily Mail* und der *Newsreels*, auf der andere Seite das der Qualitätszeitungen. Sowohl in der *Mail* als auch in den Wochenschauen, mithin in den Medien mit den größten Reichweiten, blieben die Stereotype und Vorurteile aus der Kriegspropaganda vergleichsweise lange präsent. Ihren Ausdruck fand diese vergangenheitsbezogene Perspektive in der fortgesetzten Verwendung der Bezeichnung „Hun" sowie des Stereotyps vom preußischen Offizier mit der Pickelhaube. Die retrospektive Darstellung Deutschlands hatte eine innenpolitische und eine wirtschaftliche Komponente. Mit der kontinuierlichen Erinnerung an die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Verbrechen der Deutschen wollte die konservativ ausgerichtete *Mail* eine Politik des Entgegenkommens diskreditieren, die die so genannten „pro-Germans" unter den Linken und Liberalen in England forderten. Wirtschaftliche Erwägungen spielten insofern eine Rolle, als dass die Redakteure offenbar davon ausgingen, den Publikumsgeschmack zu treffen, indem sie an einem negativen Deutschlandbild festhielten und auf den Wiedererkennungswert bereits bekannter Klischees setzten.[17]

In den Qualitätszeitungen, unter denen der *Daily Herald* und der *Manchester Guardian* eine Vorreiterrolle übernahmen, setzte sich dagegen die Erkenntnis durch, dass die fortwährende Beschwörung sowohl der alten Stereotype als auch des Antagonismus von Siegern und Besiegten einer konstruktiven Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen im Wege stand. Die Entwicklung in Deutschland wurde eher aus einem zukunftsorientierten Blickwinkel betrachtet, der auf eine Normalisierung des beiderseitigen Verhältnisses abzielte. Die Presse konnte dazu nach dem Verständnis der Zeit ihren Teil beitragen. War sie noch während des Krieges an der Verbreitung der Gräuelpropaganda beteiligt gewesen und hatte mitgeholfen, Hass zu schüren, so konnte sie nach Kriegsende eine Verständigung zwischen den Völkern fördern, indem sie das Wissen über den jeweils anderen vergrößerte.[18] In diesem Sinn

---

16 MacIntyre, Images of Germany, S. 129.

17 Der Chefredakteur der *Daily Mail*, Thomas Marlowe, war davon überzeugt, dass die britische Bevölkerung im Unterschied zu anderen Konflikten ihrem Gegner diesmal nicht mit einem „shake hands" vergeben und vergessen werde. Vgl. seine entsprechende Äußerung gegenüber Northcliffe zit. in Teil II, Kapitel 2.1.2.

18 Der ehemalige Generalkonsul in Zürich, George Beak, kam in seiner Denkschrift zum künftigen Verhältnis von Presse, Öffentlichkeit und Außenpolitik nach der Propagandaschlacht des Ersten Weltkriegs zu dem Schluss: „The chief means by which the different peoples can arrive at a mutual knowledge and understanding of each other is the Press." Memorandum von George B. Beak: „Policy and Propaganda", 2. Dezember 1918, PRO, FO 395/301 00409.

sahen sich verschiedene englische Korrespondenten in Deutschland als Mittler zwischen den beiden Nationen. Der Rheinlandkorrespondent der *Times*, George Gedye, beispielsweise wollte ganz bewusst durch die konsequente Präsentation der Fakten das „hässliche Gespenst" vom „Boche" oder „Hunnen" widerlegen.[19]

Neben den Reaktionen von Journalisten und Politikern auf die Widersprüche in ihrer Wahrnehmung ist dieses Auseinanderlaufen des Bildes in den Massenmedien ein weiterer Indikator für eine bewusste Reflexion bzw. Instrumentalisierung der Perzeption Deutschlands. Sowohl die Beibehaltung traditioneller Vorstellungen als auch die vorgenommene Neujustierung zeigen, dass die politische und publizistische Führungsschicht ein bestimmtes Deutschlandbild verbreitete, um damit den jeweiligen außenpolitischen Kurs in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und Unterstützung zu mobilisieren. Dieses Ringen um die Meinungsführerschaft zwischen Presse und Politik bedeutete allerdings nicht, dass die eine Seite Einfluss ausübte und die andere Seite sich beeinflussen ließ. Vielmehr ist dies als ein wechselseitiger Prozess der Kommunikation aus Dialog und Diskurs zu verstehen, der sowohl über die Medien (öffentliche Kommunikation) als auch über private Kontakte (Individualkommunikation) lief.

Trotz dieser Veränderungen gab es ein Feld, auf dem das Propagandaklischee von den barbarischen Deutschen sehr lange nachwirkte: die bis vor dem Krieg positiv besetzte Vorstellung von Deutschland als Kulturnation. Diese war fast gänzlich aus dem britischen Blickfeld verschwunden. In konservativen Blättern wurde sogar ernsthaft diskutiert, ob die Musik deutscher Komponisten in Großbritannien wieder aufgeführt, oder in Anbetracht der jüngsten Ereignisse nicht auf absehbare Zeit boykottiert werden sollte.[20] Bis die Leistungen vergangener und gegenwärtiger deutscher Künstler, Literaten und Komponisten in der britischen Presse wieder Beachtung fanden, vergingen Jahre. Eine Wende leiteten erst die deutschen Stummfilmproduktionen ein. Filme wie *Das Kabinett des Dr. Caligari*, *Der Golem* oder *Dr. Mabuse*, die ab 1923 in die englischen Kinos kamen, wurden von den Kritikern als Meilensteine der Kinematographie gefeiert.[21] In ihrem Gefolge sorgten auch Konzerte und Opern-

---

19 GEDYE, Reconciliation, S. 122.

20 Ein Kolumnist mit dem Synonym „Musicus" forderte im *Daily Telegraph*, britischen Komponisten den Vorzug zu geben. THE DAILY TELEGRAPH, 22. Februar 1919. Ein Autor namens Edwin Evans ging sogar noch weiter. Er verwahrte sich gegen Versuche von „pro-Germans to push German music in London" und warnte, dass dies nur der Auftakt zu einer „peaceful penetration" sei. THE DAILY MAIL, 21. Mai 1919. Eine Leserbriefschreiberin verlangte einen Boykott deutscher Komponisten für mindestens zehn Jahre. Ebd., 4. Juni 1919.

21 Der *Film Correspondent* der *Times* bezeichnete *Dr. Mabuse* als Werk eines Genies. THE TIMES, 12. März 1923, Rubrik „The Film World". Der Kritiker des *Guardian* lobte die Qualitäten der deutschen Regisseure, eine Geschichte zu erzählen, und ihre technisch perfekte Umsetzung in Bilder. THE MANCHESTER GUARDIAN, 3. November 1923, Rubrik

aufführungen aus der Feder deutscher Komponisten wieder für positive Schlagzeilen.[22]

„The Week On Film". Eine Ausnahme bildete auch hier die *Daily Mail*, die im deutschen Filmexport eine unbotmäßige Konkurrenz für die britische Filmindustrie sah und die deutschen Produktionen inhaltlich wie künstlerisch als ungeeignet für das britische Kinopublikum einstufte. THE DAILY MAIL, 2. April 1924.

22 So z.B. THE MANCHESTER GUARDIAN, 14. November 1923, „Richard Strauss ‚Alpine' Symphony". Opernproduktionen deutscher Komponisten erfreuten sich wachsender Beliebtheit. Nach einem Bericht der *Daily Mail* über die Kartenverkäufe in Covent Garden lagen sie 1925 noch vor italienischen an der Spitze. THE DAILY MAIL, 31. Oktober 1925.

3. Frankreichs Aussenpolitik als Katalysator für eine Neubewertung Deutschlands

Die Suche nach den Faktoren, die den britischen Blick auf Deutschland in den frühen 1920er Jahren determinierten, bleibt ohne die Einbeziehung Frankreichs unvollständig, denn in dem Mächtedreieck Deutschland–Frankreich–Großbritannien gab es keine ausschließlich bilaterale Beziehung. Durch den Rahmen der Versailler Friedensordnung waren immer auch die Interessen der jeweils dritten Partei berührt. Dies schlug sich zwangsläufig in der Berichterstattung der britischen Presse nieder. Sobald es um die deutsch-britischen Beziehungen ging, die von den Folgeproblemen des Friedensvertrags beherrscht wurden, rückte automatisch die französische Außenpolitik mit ins Blickfeld. Wie die Auswertung der hier ausgewählten Zeitungen ergeben hat, bestand ein direkter Zusammenhang zwischen der Perzeption Frankreichs und der Neubewertung Deutschlands. Je kompromissloser und aggressiver Paris gegenüber seinem östlichen Nachbarn auftrat, desto mehr Verständnis zeigten die britischen Korrespondenten und Kommentatoren für die Probleme Berlins.

Nirgendwo war das so augenfällig wir bei der Ruhrbesetzung 1923, die beinahe das Ende der *Entente* bedeutet hätte. Das einseitige Vorgehen Frankreichs, die Eskalation im Verlauf des Ruhrkampfes und nicht zuletzt die französische Unterstützung des rheinischen Separatismus, die in der englischen Presse als „amazing attempt to procure a bogus rebellion“[23] kommentiert wurden, hatten ein Imageproblem für Paris zur Folge. Die Berichte und Bilder in den britischen Massenmedien widersprachen der französischen Darstellung, dass es sich um eine rein „ökonomische Besetzung“ handelte, mit der die Deutschen zur Einhaltung der Reparationsverpflichtungen gezwungen werden sollten, was auch zum Nutzen Großbritanniens gewesen wäre. Vielmehr entstand der Eindruck, dass die Zivilbevölkerung an der Ruhr von den französischen Besatzungstruppen drangsaliert wurde sowie das industrielle Kerngebiet Deutschlands wirtschaftlich ausgebeutet und das Reich territorial zerstückelt werden sollte. Die Ruhrbesetzung wurde so zu einem Synonym für eine ungerechtfertigte Aggression gegen einen wehrlosen Gegner ähnlich der deutschen Invasion Belgiens 1914, ein Vergleich, der von Vertretern des linken, antiimperialistischen Lagers in England offen angestellt wurde. Das Resultat war, dass negative Stereotype, die vor dem Krieg auf das Kaiserreich gemünzt waren, jetzt mit Frankreich assoziiert wurden, wie z.B. Hegemoniestreben, Aggressivität, Rücksichtslosigkeit und Skrupellosigkeit im Einsatz militärischer Macht.

Die Ursache für die wachsende Entfremdung zwischen Paris und London und damit einhergehend für den Ansehensverlust Frankreichs in England ist in den konträren außenpolitischen Konzeptionen zu suchen, die beide Seiten bei der Implementierung und Aufrechterhaltung des Versailler Friedenssystems in

---

23 The Manchester Guardian, 28. April 1925, LA „Hindenburg's Success“.

den frühen 1920er Jahren verfolgten. Großbritannien strebte einen Zustand der internationalen Beziehungen an, in dem alle Nationen einschließlich der Deutschen gleichberechtigt ihren Beitrag zu Frieden, Prosperität und Stabilität leisteten. Von einer Erhöhung des Drucks auf Berlin erwartete man sich in London keinen Gewinn.[24] Im Gegensatz dazu wollte Frankreich die potenzielle Macht Deutschlands mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dauerhaft so weit reduzieren, dass ein militärischer Wiederaufstieg ausgeschlossen war.[25] Ein Grund für die unterschiedlichen Prioritäten war die diametral entgegengesetzte Wahrnehmung Deutschlands. In England wurde vorrangig die momentane Schwäche und Instabilität gesehen, die keine akute Gefahr erkennen ließen. In Frankreich war man sich vor allem des weiterhin vorhandenen militärischen Potenzials bewusst und fürchtete für die Zukunft eine erneute Bedrohung.

Erste Anzeichen für die Friktionen zwischen den Alliierten waren schon auf der Pariser Friedenskonferenz unübersehbar. Die Differenzen setzten sich fort und verstärkten sich in den folgenden Jahren noch, bis es eben mit der Ruhrbesetzung fast zum Bruch zwischen den *Entente*-Partnern gekommen wäre. Aus britischer Sicht sorgte der kompromisslose Kurs Frankreichs gegenüber Deutschland dafür, dass der Kontinent politisch nicht zur Ruhe kam, wodurch Großbritannien gezwungen war, sich weiter zu engagieren. Die generelle Stimmung in England tendierte jedoch eigentlich in dieser Zeit zu einer Abkehr vom Kontinent. Angestrebt wurde eine Reduzierung der Verpflichtungen. Die europäischen Mächte sollten ihre Probleme nach Möglichkeit selbst lösen. Sorge bereitete London auch die eingetretene Verschiebung im Kräfteverhältnis auf dem Kontinent. Frankreich verfügte nach der Abrüstung Deutschlands über die mit Abstand größte Armee. Großbritannien hatte jedoch nicht geholfen, die Deutschen zu besiegen und ihre Hegemonie in Europa zu verhindern, nur um den Franzosen zur Vormacht zu verhelfen.[26]

Die negativ perzipierte französische Außenpolitik begünstigte und beschleunigte den Wandel der Wahrnehmung Deutschlands in Großbritannien, denn als Urheber für die anhaltenden Spannungen in Europa erschienen nun nicht mehr die Deutschen, sondern die Franzosen: „in British eyes it was the French, at least up to 1925, who created the ‚German problem' by threatening German unity and economic revival. It was the French who stirred in Germany the desire for revenge."[27] Diese Neubewertung unterstreicht erneut die Relation von Macht und Image: Frankreich, nach dem siegreichen Krieg die stärkste Macht auf dem Kontinent, wurde zunehmend negativ beurteilt, Deutschland, Verlierer des Kriegs und deutlich geschwächt, erfuhr wachsende Sympathie.

---

24 Northedge, Troubled Giant, S. 160.
25 Kennedy, Background Influences, S. 215.
26 Robbins, Appeasement, S. 13.
27 Robbins, Present and Past, S. 34.

4. Die Diskussion um den Versailler Vertrag – Wegbereiter für die Appeasement-Politik?

Der Versailler Vertrag war in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg der Faktor, der die Wahrnehmung Deutschlands in Großbritannien am nachhaltigsten beeinflusste und die öffentliche Debatte am stärksten polarisierte. Es entstanden so schon in den 1920er Jahren argumentative Traditionslinien, die sich bis in die 30er Jahre fortsetzten, denn bei einem Vergleich fällt auf, dass sowohl die Probleme, die der Friedensvertrag aufgeworfen hatte, als auch mögliche Lösungsvorschläge in beiden Jahrzehnten ganz ähnlich diskutiert wurden.

Auf britischer Seite gab es – wie ausführlich beschrieben – sowohl in der Presse als auch in der Politik früh kritische Stimmen, dass der Vertrag kein adäquates Instrument der Friedenssicherung war, da Deutschland mit ihm bestraft und erniedrigt worden war und auf Revanche sinnen würde. Bereits auf der Friedenskonferenz in Paris prägte der südafrikanische General und Ministerpräsident Smuts das Schlagwort vom „Carthagian Peace", das Keynes in seinem Buch aufnahm und das schnell die Runde machte.[28] Solche Kritik stieß vor allem bei der Labour-Opposition, den Radikalliberalen und den Pazifisten auf offene Ohren. Bemängelt wurden die Tatsache, dass Deutschland die alleinige Kriegsschuld zugeschrieben wurde, der Umfang der Reparationen sowie die Grenzziehung im Osten mit der freien Stadt Danzig, dem polnischen Korridor und der Teilung Oberschlesiens.[29] Aber auch das Ungleichgewicht zwischen Deutschland, das abgerüstet blieb, und Frankreich, das weiter eine große Armee unterhielt, wurde beanstandet. Auf den ersten Blick bot dieses Arrangement auch für Großbritannien mehr Sicherheit, in Wirklichkeit verstärkte es aber nur „a German sense of grievance".[30] So fand die Forderung, den Vertrag einer Revision zu unterziehen, immer mehr Anhänger.

---

28 Lentin, Guilt, Einleitung S. XI.

29 Im *Foreign Office* ging man davon aus, dass eine Veränderung der territorialen Bestimmungen in Osteuropa zu Gunsten Deutschlands langfristig unvermeidlich war. Vgl. z.B. das schon angeführte Memorandum von Joseph Addison, Counsellor der Britischen Botschaft Berlin: „German Attitude towards Locarno Treaties", 10. Dezember 1925, PRO, FO 371/10747, C15928/459/18. Addison argumentierte darin, dass die Abtrennung einer rein deutschen Stadt vom Reich genauso wenig aufrecht erhalten werden könne wie die Ostpreußens. Das gleiche treffe auf weite Teile der Gebiete Oberschlesiens zu, die Polen zugesprochen worden waren und die Deutschland sich notfalls mit Gewalt zurückholen werde. Auch den Anschluss Österreichs schloss Addison nicht aus: „sooner or later the question will have to be faced, for, as matters stand, it will in the long run be as impossible to prevent the ‚Anschluss' as it would be to keep Lancashire as an entity separate from the United Kingdom." Sein Memo zirkulierte nicht nur im Außenministerium, sondern auch im Kabinett und ging an den König und die Regierungen der Dominions.

30 Robbins, Appeasement, S. 16.

Men argued that where clauses were punitive, they should be removed; where demands were incapable of fulfilment, they should be modified, where frontiers created national animosities, they should be redrawn; and that only by drastic Treaty modification could European peace be secured.[31]

Der Chefredakteur des *Manchester Guardian*, C.P. Scott, war es, der in einem seiner Leitartikel für diese Politik erstmals die Bezeichnung *Appeasement* verwendete.[32] Die Vertragskritik, die in der englischen Presse schon vor Abschluss der Pariser Friedenskonferenz begann, löste eine permanente öffentliche Diskussion aus mit dem Ergebnis, dass bis 1925 kaum noch jemand in Großbritannien bezweifelte, dass die Deutschen sich zu Recht über viele Bestimmungen des Friedensvertrags beschwerten. Aus dem Gefühl heraus, dass Deutschland in Versailles zu Unrecht bestraft worden war, entwickelte sich in der Tat so etwas wie ein britischer Schuldkomplex.[33]

So ist es wenig überraschend, dass es kaum einen führenden englischen Politiker in der Zwischenkriegszeit gab, der sich nicht irgendwann für *Appeasement* als Prinzip britischer Außenpolitik aussprach. Besonders in der turbulenten Phase Anfang der 20er Jahre war dies der Fall. Selbst Winston Churchill, eine Dekade später einer der wenigen, die lautstark gegen eine solche Politik opponierten, erklärte im Jahr 1921, dass sein Ziel sei, „to get an appeasement of the fearful hatreds and antagonisms which existed in Europe".[34] Indem sie nach Lösungen suchten, die Situation zu entschärfen und den Kontinent dauerhaft zu befrieden, verfolgten zwischen 1919 und 1925 im Grunde alle Regierungen in London, ob die Koalitionsregierung von Lloyd George, die konservativen unter Bonar Law und Stanley Baldwin oder die Labour-Administration Ramsay MacDonalds, eine Form der *Appeasementpolitik*.[35]

Das außenpolitische Konzept, das dem zu Grunde lag, war keineswegs neu. Seine Anfänge lassen sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverfol-

---

31 Gilbert, Roots, S. 52.

32 The Manchester Guardian, 10. Mai 1919, LA „The German Protests". Dieser Artikel Scotts gilt als „epitome" des *Appeasement*. Vgl. Gilbert, Roots, S. 54.

33 Nach Einschätzung von Wheeler-Bennett speiste sich dieser „guilt complex" aus drei Quellen: „born partly of a national and traditional tendency to resuscitate a defeated enemy; partly as a result of the masterly propaganda campaign from Berlin to ‚mobilize sympathy' for Germany and to defeat the Treaty of Versailles as a dictated peace; partly from a disapproval of the attitude of France." Wheeler-Bennett, Munich, S. 231.

34 Robbins, Appeasement, S. 31. Zu diesem Zeitpunkt war Churchill Minister für die Kolonien. Auch in folgenden Jahren befürwortete er eine solche Politik gegenüber Deutschland, insbesondere zur Lösung des Reparationsproblems. In einer Unterhausdebatte bezeichnete er 1925 beispielsweise Erleichterungen bei der technischen Abwicklung der deutschen Zahlungen als „a small but real step upon that path of European appeasement and restoration on which this country, without distinction of party, had entered." The Daily Telegraph, 8. April 1925.

35 Gilbert, Roots, S. 54f.

gen, also weit vor die Zeit als der Begriff des *Appeasement* geprägt wurde.[36] Abstrakt ausgedrückt war damit eine Politik gemeint

> of settling international (or, for that matter domestic) quarrels by admitting and satisfying grievances through rational negotiation and compromise, thereby avoiding the resort to an armed conflict which would be expensive, bloody, and possibly very dangerous.[37]

Allgemein gilt diese Strategie als Reaktion auf die erodierende Weltmachtposition Englands, das nicht mehr über die Mittel verfügte – weder die ökonomischen noch die militärischen –, Bedrohungen des Empires in mehreren Regionen der Welt gleichzeitig zu begegnen und deshalb auf eine friedliche Konfliktlösung dringend angewiesen war.[38] Die logische Konsequenz aus dem schleichenden Machtverfall fasste Premierminister Balfour in einem Brief an den König im Jahr 1903 in einem einzigen Satz zusammen: „The interest of this country is now and always – peace."[39]

Nach dem Ersten Weltkrieg, der die Ressourcen Großbritanniens und seiner Dominions bis an die Grenzen strapaziert hatte, war die Sehnsucht nach Frieden in großen Teilen der Bevölkerung und der Politik erst recht verbreitet. Es existierte ein unausgesprochener nationaler Konsens, dass die Beteiligung Englands an einem neuen Krieg zu vermeiden sei und die primäre Aufgabe der Außenpolitik darin bestünde, die Wahrscheinlichkeit eines neuerlichen bewaffneten Konflikts zu reduzieren. Sollte dennoch ein Krieg ausbrechen, sollte zumindest sichergestellt sein, dass Großbritannien nicht hineingezogen würde.[40]

Dieses Prinzip lag sowohl der britischen Deutschlandpolitik gegenüber der Weimarer Republik als auch gegenüber dem Dritten Reich zugrunde. Allerdings gab es zwei gravierende Unterschiede und das waren die Wahrnehmung der eigenen Situation und die Motivation. In den 1920er Jahren basierte die Politik des *Appeasement* auf einer Position der Stärke, aus der heraus großzügig Zugeständnisse gewährt werden konnten. In der Wahrnehmung der Zeitgenossen befanden sich Großbritannien und das Empire nach 1919 nämlich nicht in einem Zustand des stetigen Verfalls.[41]

> The appeasing of Germany, which was already being urged by those who felt guilty at the Versailles settlement, was understood by its advocates to demonstrate British magnanimity, fair-mindedness and wisdom, not cravenness. These were gestures – prudent gestures, admittedly – from those in a position of strength to the forlorn and defeated.[42]

---

36 Vgl. hierzu KENNEDY, Tradition of Appeasement, S. 195–215.
37 Ebd., S. 195. In diesem Sinn auch ROBBINS, Appeasement, S. 7: „It can be summarized as a disposition to anticipate and avoid conflict by judicious concession and negotiation."
38 ROBBINS, Appeasement, S. 30f. Vgl. auch EBERSOLD, Machtverfall, S. 9–46.
39 Zit. nach NIEDHART, Britische Deutschlandpolitik, S. 26.
40 ROBBINS, Appeasement, S. 12.
41 KENNEDY, Realities, S. 224.
42 Ebd.

Das *Appeasement* in den 1930er Jahren wurde hingegen mit dem Gefühl betrieben, sich in einer Position der Schwäche zu befinden, die es nicht erlaubte, der Herausforderung Nazi-Deutschlands unmittelbar begegnen zu können.[43] Das Ziel war deshalb, Zeit zu gewinnen, um sich auf einen kommenden Konflikt vorbereiten zu können.[44]

Auch wenn die *Appeasementpolitik* der 1930er Jahre vor diesem Hintergrund nicht ausschließlich und unmittelbar auf das aus dem Versailler Vertrag entstandene Schuldgefühl zurückzuführen ist,[45] sind die Wirkungen dieses Gefühls doch nachweisbar. So wurden für den Aufstieg des Nationalsozialismus der demütigende Frieden und die versäumte Revision direkt verantwortlich gemacht. Der ehemalige außenpolitische Berater von Lloyd George und einer seiner engsten Vertrauten, Philip Kerr, schrieb im *Manchester Guardian*: „National Socialism in its brutal aspects, both at home and abroad, is in considerable measure due to the fact that her neighbours were not able to make reasonable revisions in the treaties as war passions died down."[46] Die Streitpunkte, um die es zwischen London und Berlin nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 ging, waren folglich immer noch dieselben wie in der ersten Hälfte der 20er Jahre. Ob Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen oder Revision der deutschen Ostgrenzen, Hitlers außenpolitische Ziele unterschieden sich in britischen Augen nicht wesentlich von früheren Forderungen und erschienen zunächst gerechtfertigt. Es lag deshalb nahe, dem bisher gültigen Axiom zu folgen und mithilfe von Konzessionen die deutschen „grievances" auszuräumen, um eine offene Konfrontation zu vermeiden.

In der britischen Presse wurde diese Strategie mit den gleichen Argumenten unterstützt wie eine Dekade zuvor. Ablesen lässt sich das an den Reaktionen auf das Vorgehen Hitlers, der das Versailler Friedenssystem Schritt für Schritt aushöhlte und die Westmächte dabei immer wieder vor vollendete Tatsachen stellte. Die Bekanntgabe, dass Deutschland unter Verletzung des Versailler Vertrags eine Luftwaffe aufgebaut und die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hatte, kommentierte der *Economist* Anfang März 1935 mit dem Hinweis, dass die Alliierten eine Mitschuld daran trügen. Großbritannien habe über Jahre ein System der militärischen Überlegenheit auf dem Kontinent unterstützt, „which left a great nation disarmed and resentful".[47] Im Vorfeld des Einmarsches deutscher Truppen ins Rheinland ein Jahr später schrieb

---

43 Nach einem Memorandum des *Foreign Office* vom November 1935 hatte die britische Außenpolitik nur drei Optionen: gar nichts zu tun, eine antideutsche Koalition zu schmieden oder den Ausgleich mit Deutschland zu suchen. JAHR, Weg nach München, S. 122.

44 Ebd.

45 Ebd.

46 Am 9. Mai 1935. Zit. nach GILBERT, Britain and Germany, S. 17.

47 THE ECONOMIST, 9. März 1935. Zit. nach MORRIS, Appeasement, S. 72.

Voigt – sonst einer der wenigen, die den Nationalsozialismus unverblümt kritisierten – im *Manchester Guardian*: „Germany is dissatisfied and we cannot dismiss her dissatisfaction as a mere piece of Hitlerite aggressiveness. Nor can the insolence of Dr. Goebbels do away with the feeling present in the minds of every objective observer that Germany has a case."[48] Im Verlauf der Krise, die dem Anschluss Österreichs vorausging, kam der *Daily Herald* zu dem Schluss, dass nur ein neues europäisches Übereinkommen einen Krieg verhindern könne, das nicht auf dem „rotten Versailles treaty" basiere,[49] und die *Times* ergänzte: „One of the least rational, most brittle, and most provocative artificialities of the peace settlement was the ban on the incorporation of Austria in the German Reich."[50] Weitere Beispiele in dieser Richtung aus anderen Zeitungen ließen sich anführen.

Die öffentliche Debatte, die in der ersten Hälfte der 1920er Jahre die moralische Legitimität des Friedensvertrags in Großbritannien erschüttert und in deren Verlauf sich über die Rechtmäßigkeit der deutschen Revisionsbestrebungen ein weit gehender Konsens eingestellt hatte, hatte so der Akzeptanz der *Appeasementpolitik* den Boden bereitet. Bis zum Münchner Abkommen wurde diese weder in der englischen Presse noch in der Öffentlichkeit insgesamt ernsthaft in Frage gestellt.[51] Gleichzeitig wurde dadurch das Erkennen der wahren Absichten Hitlers erschwert, denn man glaubte, dass sich seine Außenpolitik im traditionellen Rahmen seiner Vorgänger bewegte. Erst als klar wurde, dass der Diktator mit dem „Sprengen der Ketten von Versailles" viel weiter gehende Expansionsabsichten verband, was spätestens mit der Sudetenkrise offensichtlich wurde, setzte in Großbritannien ein Stimmungsumschwung ein.[52] Das englische Schuldgefühl wegen Versailles, das das Ergebnis der Diskussion um den Friedensvertrag war, hatte also zur Folge, dass das Konzept des *Appeasement* nicht früher kritisch hinterfragt wurde, und es verhinderte außerdem eine zutreffende Analyse der wahren Ziele Hitler'scher

---

48 THE MANCHESTER GUARDIAN, 11. Februar 1936. Zit. nach GANNON, British Press, S. 91.

49 THE DAILY HERALD, 1. Februar 1938. Zit. nach GANNON, British Press, S. 146.

50 THE TIMES, 17. Februar 1938. Zit. nach GANNON, British Press, S. 147.

51 „Until 1938 British policy towards Germany was dictated by the belief among the majority of the British public that Germany had real grievances which should be rectified [...]. This view was reinforced by consciousness of British military inadequacies. At that time Chamberlain expressed and formed part of a consensus in foreign policy." PARKER, Chamberlain, S. 11.

52 JAHR, Weg nach München, S. 123.

Politik.[53] Der Versailler Vertrag bestimmte auf diese Weise also nicht nur kurzfristig den britischen Blick auf das Deutschland der Weimarer Zeit, sondern langfristig auch die Wahrnehmung des Dritten Reichs – mit den bekannten Konsequenzen.

[53] Der Kurs, den die britische Außenpolitik in den 1930er Jahren gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland Hitlers verfolgte, hat in der Geschichtswissenschaft fraglos eine der am längsten andauernden Forschungskontroversen ausgelöst. Ohne in die Details gehen zu wollen, ist festzustellen, dass sich zwei Lager gegenüberstehen: das der Kritiker, die das Schlagwort von den „guilty men" geprägt haben und argumentieren, dass aufeinander folgende Regierungen in London es versäumt hatten aufzurüsten, die aggressiven, expansiven Ziele Hitlers wissentlich ignoriert hatten und die britische Öffentlichkeit darüber getäuscht hatten; und das der Revisionisten, die betonen, dass es in Anbetracht der militärischen Überdehnung Großbritanniens, der anhaltenden Wirtschaftskrise und des weit verbreiteten Pazifismus in der Bevölkerung eigentlich keine Alternative zur *Appeasementpolitik* Chamberlains und seiner Vorgänger gegeben hatte. Einen sehr guten kurzen Abriss zu Verlauf und Ergebnissen der Forschungsdiskussion bieten Doerr, Foreign Policy, S. 16–24 und Robbins, Appeasement, S. 1–8. Als Reaktion auf die Revisionisten sind inzwischen eine Reihe von gegenrevisionistischen Studien erschienen, die die ursprüngliche Kritik an Chamberlain erneuerten. Die umfassendste ist die von Parker, Chamberlain and Appeasement.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten zur deutschen Auswärtigen Politik
BBFC	British Board of Film Censors
BBK	Beaverbrook Collection
BEU	British Empire Union
BL	British Library
BLO	Bodleian Library Oxford
BVP	Bayerische Volkspartei
CAB	Cabinet Office
CID	Committee of Imperial Defence
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNB	Dictionary of National Biography
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FO	Foreign Office
HLRO	House of Lords Record Office
HMC	Historical Manuscripts Commission
ILP	Independent Labour Party
IMKK	Interalliierte Militärkontrollkommission
IWM	Imperial War Museum
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LA	Leitartikel
MGA	Manchester Guardian Archive
MP	Member of Parliament
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
NADM	Northcliffe Additional Manuscripts
NRA	National Register of Archives
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWAC	National War Aims Committee

PA	Politisches Archiv
PD/C	Parliamentary Debates, House of Commons
PID	Political Intelligence Department
PRO	Public Record Office
PUS	Permanent Undersecretary of State
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TNL	Times Newspaper Limited
UDC	Union of Democratic Control
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VV	Versailler Vertrag
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WTB	Wolffs Telegraphisches Büro
Z	Zentrumspartei

QUELLEN UND LITERATUR

Quellen

1. Ungedruckte Quellen

a) Nachlässe

British Library
Northcliffe Papers
Scott Papers

House of Lords Record Office
Beaverbrook Papers
Bonar Law Papers
Lloyd George Papers

Times Newspaper Limited Archive
Dawson Papers
Steed Papers
Williams Papers
Korrespondenzen
Brain – Scott
Brain – MacGregor
Daniels – Deakin
Daniels – Kennedy
Daniels – MacGregor
Daniels – Williams
Gedye – Deakin
Gedye – Kennedy
sowie
Memoranda by Daniels
Memoranda by Gedye
Cederschiold: Managerial File
Poliakoff: Managerial File

Manchester Guardian Archive, John Rylands Library, Manchester
Montague Papers
Scott Papers

Burnham Papers, Barn Hall, Beaconsfield
Dawson Papers, Bodleian Library Oxford
Gedye Papers, Imperial War Museum London
Lansbury Papers, London School of Economics Library
Zimmern Papers, Bodleian Library Oxford

b) Akten

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Bestand
Politische Abteilung III. Allgemein/England
Presseabteilung

Public Record Office
Serien
FO 440 – Miscellanea
FO 366 – Foreign Office and Diplomatic Service Administration Office: Correspondence
FO 371 – Political Department: General Correspondence, Germany
FO 372 – Treaty Department: General Correspondence
FO 395 – News Department
FO 800 – Foreign Office Private Offices: Various Ministers' and Officials' Papers
FO 840 – Various International Conferences
CAB 23, 24 – Cabinet Minutes

c) Newsreels

Gaumont Graphic, Independent Television News Archive, London
Pathé Gazette, British Pathé Archive, Pathé/Pinewood Film Studios, Averheath
Topical Budget, British Film Institute and National Film Archive, London
Pictorial News/War Office Official Topical Budget, Imperial War Museum London

2. Gedruckte Quellen

a) Zeitungen

The Daily Herald
The Daily Mail
The Daily Telegraph
The Manchester Guardian
The Times

b) Akteneditionen, amtliche Mitteilungen, Quellensammlungen, etc.

Akten zur deutschen Auswärtigen Politik, Serie A.
Baker, Ray Stannard (Hrsg.), Woodrow Wilson. Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles anno MCMXIX, 3 Bde., Leipzig 1923.
Barnes, John und David Nicholson, The Leo Amery Diaries, 2 Bde., London 1980.
Documents on British Foreign Policy, First Series.
Headlam-Morley, Agnes, Russell Bryant und Anna Cienciala (Hrsg.), James Headlam-Morley. A Memoir of the Paris Peace Conference 1919, London 1972.
Hölzle, Erwin (Hrsg.), Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkriegs. Internationale Dokumente, 1901–1914, 2. Aufl. Darmstadt 1995.
McEwen, John M. (Hrsg.), The Riddell Diaries, 1908–1923, London 1986.
Morgan, Kenneth O. (Hrsg.), David Lloyd George: Family Letters, Cardiff 1973.
Parliamentary Debates, House of Commons, begr. v. Thomas C. Hansard, Serie III (1830–91) u. V (1909–81).
Petrie, Charles, The Life and Letters of Sir Austen Chamberlain, 2 Bde., London 1939/40.
Price, Morgan Philips, Dispatches from the Weimar Republic. Versailles and German Fascism, hrsg. v. Tania Rose, London 1999.
Reichsgesetzblatt
Schwabe, Klaus (Hrsg.), Quellen zum Friedensschluß von Versailles, Darmstadt 1997.
Self, Robert (Hrsg.), The Austen Chamberlain Diary Letters, London 1995.

Taylor, Alan J.P. (Hrsg.), Frances Stevenson: Lloyd George. A Diary, London 1971.
Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. u. bearb. v. H. Michaelis u. E. Schraepler, 26 Bde., Berlin 1958–1980.
Wilson, Keith M. (Hrsg.), George Saunders on Germany 1919–20. Correspondence and Memoranda, Leeds 1987.
Wilson, Trevor (Hrsg.), The Political Diaries of C.P. Scott, 1911–1928, London 1970.

c) Memoiren

Amery, Leopold C., My Political Life, 2 Bde., London 1954.
Bethmann Hollweg, Theobald von, Betrachtungen zum Weltkriege, 2 Bde., hrsg. v. Jost Dülffer, Kommentierte Neuausgabe Essen 1989.
Blumenfeld, Ralph D., The Press in My Time, London 1933.
Brailsford, Henry N., Across the Blockade. A Record of Travels in Enemy Europe, London 1919.
Chamberlain, Austen, Englische Politik. Erinnerungen aus 50 Jahren, Essen 1938.
D'Abernon, Helen, Red Cross and British Embassy 1915–1926. Extracts from the Diaries of Viscountess D'Abernon, London 1946.
D'Abernon, Lord, An Ambassador of Peace, 3 Bde., London 1929.
Fyfe, Hamilton, My Seven Selves, London 1935.
Gärtner, Margarete, Botschafterin des Guten Willens. Außenpolitische Arbeit 1914–1950, Bonn 1955.
Gedye, George E.R., Die Revolver-Republik. Frankreichs Werben um den Rhein, Köln 1931.
Gibbs, Philip, The Pageant of the Years. An Autobiography, London 1946.
Gregory, John Duncan, On the Edge of Diplomacy, London 1928.
Hindle, Wilfrid (Hrsg.), Foreign Correspondent. Personal Adventures in Search of the News by 12 British Journalists, London 1939.
Huddleston, Sisley, In My Time. An Observer's Record of War and Peace, New York 1938.
Lansbury, George, My Life, London 1931.
Lloyd George, David, Memoirs of the Peace Conference, 2 Bde., New Haven 1939.
Lloyd George, David, The Truth about the Peace Treaties, 2 Bde., London 1938.
Montague, Charles E., Disenchantment, London 1922.
Nevinson, Henry W., Last Changes, Last Chances, London 1928.
Price, George Ward, Extra-special Correspondent, London 1957.
Price, Morgan Philips, My Three Revolutions, London 1969.
Slocombe, George E., The Tumult and the Shouting. The Memoirs of George Slocombe, London 1936.
Steed, Henry Wickham, Through Thirty Years 1892–1922. A Personal Narrative, 2 Bde., London 1924.
Thomas, William Beach, A Traveller in News, London 1925.
Vansittart, Robert, Lessons of My Life, London 1943.
Voigt, Frederick Augustus, The Red Army in the Ruhr, in: Wilfrid Hindle (Hrsg.), Foreign Correspondent. Personal Adventures in Search of the News by 12 British Journalists, London 1939, S. 171–187.
Voigt, Frederick Augustus, Combed Out, London 1920.

Literatur

Addison, Paul, Patriotism under Pressure. Lord Rothermere and British Foreign Policy, in: Chris Cook und Gillian Peele (Hrsg.), The Politics of Reapprisal, 1918–39, London 1975, S. 189–208.

Albrecht, Richard, F.A. Voigts Deutschlandberichte im „Manchester Guardian", 1930–35, in: Publizistik, 31 (1986), S. 108–117.

Aldgate, Anthony, Cinema and History. British Newsreels and the Spanish Civil War, London 1979.

Allport, Gordon W., Die Natur des Vorurteils, Köln 1971.

Alter, Peter, „Beschwerliche Reise über den Kanal". Großbritannien und Deutschland zwischen den Weltkriegen, in: Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), Die ungleichen Partner. Deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999, S. 140–154.

Alter, Peter, Herausforderer der Weltmacht. Das Deutsche Reich im britischen Urteil, in: Klaus Hildebrand (Hrsg.), Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn, 1871–1945, München 1995, S. 159–177.

Angell, Norman, The Press and the Organisation of Society, London 1922.

Artaud, Denise, Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923. Das Problem der interalliierten Schulden, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 27 (1979), S. 241–259.

Ayerst, David, The Manchester Guardian. Biography of a Newspaper, London 1971.

Bariéty, Jacques, Die französische Politik in der Ruhrkrise, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt in den internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, 2. Aufl. Paderborn 1985, S. 11–27.

Bariéty, Jacques, Sicherheitsfrage und europäisches Gleichgewicht. Betrachtungen über die französische Deutschlandpolitik, 1919–1927, in: Josef Becker (Hrsg.), Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert (Schriften der philosophischen Fakultät der Universität Augsburg, Bd. 24), München 1983, S. 319–345.

Bauer, Peter, Die Organisation der amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit. Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes, Diss. Berlin 1962.

Baumgart, Constanze, Stresemann und England, Köln 1996.

Baylen, J., The British Press, 1861–1918, in: Dennis Griffiths (Hrsg.), The Encyclopedia of the British Press, London 1992, S. 33–46.

Beaverbrook, Lord, Politicians and the War, 1914–16, London 1960.

Beaverbrook, Lord, Politicians and the Press, London 1925.

Becker, Josef (Hrsg.), Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert (Schriften der philosophischen Fakultät der Universität Augsburg, Bd. 24), München 1983.

Beckmann, Jürgen, Kognitive Dissonanz. Eine handlungstheoretische Perspektive, Berlin 1984.

Bell, Philip M.H., France and Britain 1900–1940. Entente and Estrangement, London 1996.

Bennett, George H., British Foreign Policy during the Curzon Period, 1919–24, London 1995.

Bentley, E.C., Harry Webster Levy-Lawson, in: Dictionary of National Biography, 1931–1940, 4. Aufl. Oxford 1965, S. 533.

Berghoff, Hartmut, Großbritannien und Deutschland 1880–1914. Wirtschaftliche Rivalität oder internationale Arbeitsteilung?, in: Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), Die ungleichen Partner. Deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999, S. 82–97.

Berg-Schlosser, Dirk und Theo Stammen, Einführung in die Politikwissenschaft, 7. Aufl. München 2003.

Bernd, Martin (Hrsg.), Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick, Potsdam 1992.
Beyme, Klaus von (Hrsg.), Politikwissenschaften. Eine Grundlegung, Bd. 3: Außenpolitik und Internationale Politik, Stuttgart 1987.
Birke, Adolf M., Britain and Germany. Historical Patterns of a Relationship, London 1987.
Blaich, Fritz, Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918–30, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 3. Aufl. Bonn 1998, S. 158–178.
Blaicher, Günther, Konstanten in der englischen Wahrnehmung Deutschlands, in: Hans Süssmuth (Hrsg.), Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden, Baden-Baden 1996, S. 251–266.
Blaicher, Günther, Das Deutschlandbild in der englischen Literatur, Darmstadt 1992.
Blaicher, Günther (Hrsg.), Erstarrtes Denken. Studien zu Klischee, Stereotyp und Vorurteil in englischsprachiger Literatur, Tübingen 1987.
Boadle, Donald Grame, Winston Churchill and the German Question in British Foreign Policy, 1918–22, The Hague 1973.
Boemeke, Manfred F., Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser (Hrsg.), The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, Cambridge 1998.
Bonfadelli, Heinz, Medieninhaltsforschung. Grundlagen – Methoden – Anwendungen, Zürich 2002.
Booth, Meyrick, Social Reconstruction in Germany, London 1919.
Bourne, Richard, Lords of the Fleet Street. The Harmsworth Dynasty, London 1990.
Boyce, George, The Fourth Estate. The Reappraisal of a Concept, in: Ders., Newspaper History from the 17th Century to the Present Day, London 1978, S. 19–40.
Boyce, George, Crusaders without Chains. Power and the Press Barons, 1896–1951, in: James Curran (Hrsg.), Impacts and Influences. Essays on Media Power in the Twentieth Century, London 1987, S. 97–112.
Bracher, Karl Dietrich, Schlüsselwörter in der Geschichte, Düsseldorf 1978.
Bracher, Karl Dietrich, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 3. Aufl. Bonn 1998.
Brown, Percy, Germany in Dissolution, London 1920.
Buchanan, William und Hadley Cantril, How Nations See Each Other. A Study in Public Opinion, Urbana 1953.
Buchner, Bernd, Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik, Bonn 2001.
Buchow, Wolfgang, Deutschland in der englischen Presse, 1945–49, Erlangen-Nürnberg 1973.
Buffet, Cyril und Beatrice Heuser (Hrsg.), Haunted by History. Myths in International Relations, Oxford 1998.
Buffet, Cyril und Beatrice Heuser, Historical Myths and the Denial of Change, in: Ebd., S. 259–274.
Buitenhuis, Peter, The Great War of Words. British, American and Canadian Propaganda and Fiction, 1914–1933, Vancouver 1987.
Burkart, Roland, Kommunikationswissenschaft – Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft, 3. Aufl. Wien 1998.
Burnham, Lord, Peterborough Court. The Story of the Daily Telegraph, London 1955.
Burns, Tom, The Organization of Public Opinion, in: James Curran, Michael Gurevitch und Jaret Woollacott (Hrsg.), Mass Communication and Society, London 1977, S. 44–69.

Butler, James R., Lord Lothian (Philip Kerr), 1882–1940, London 1960.
Camrose, Viscount, British Newspapers and their Controllers, London 1947.
Carsten, Francis L., Britain and the Weimar Republic. The British Documents, London 1984.
Clarke, Tom, Northcliffe in History. An Intimate Story of Press Power, London 1950.
Clarke, Tom, My Northcliffe Diary, London 1931.
Clemens, Detlev, Herr Hitler in Germany. Wahrnehmung und Deutung des Nationalsozialismus in Großbritannien, 1920–1939, Göttingen 1996.
Cohen Yoel M., Media Diplomacy. The Foreign Office in the Mass Communications Age, London 1986.
Connell, John, The Office. A Study of British Foreign Policy and its Makers, 1919–1951, London 1958.
Cook, Chris und Gillian Peele (Hrsg.), The Politics of Reappraisal, 1918–1939, London 1975.
Cooper, Robert, The Myth of Prussia, in: Cyril Buffet und Beatrice Heuser (Hrsg.), Haunted by History. Myths in International Relations, Oxford 1998, S. 223–234.
Craig, F.W.S., British Electoral Facts, 1832–1987, 5. Aufl. Aldershot 1989.
Craig, Gordon A. und Felix Gilbert, The Diplomats, 1919–1939, Princeton 1953.
Craig, Gordon A., The British Foreign Office from Grey to Austen Chamberlain, in: Ebd., S. 15–48.
Crowe, Sibyl, Our Ablest Public Servant. Sir Eyre Crowe, 1864–1925, Braunton/Devon 1993.
Crozier, William P., „C.P.S." in Office, in: C.P. Scott 1846–1932. The Making of the Manchester Guardian, London 1946 (Nachdruck 1974), S. 91–113.
Cullingford, Cedric und Harald Husemann (Hrsg.), Anglo-German Attitudes, Aldershot 1995.
Cullingford, Cedric, My Country Right or Wrong? Nationalism and Cultural Values, in: Ebd., S. 1–18.
Cunningham, John, National Daily Newspapers and their Circulations in the UK 1908–1978, in: Journal of Advertising History, 4 (1981), S. 16–22.
Curran, James, Media and Power, London 2002.
Curran, James und Jean Seaton, Power without Responsibility. The Press and Broadcasting in Britain, 4. Aufl. London 1995.
Curran, James, (Hrsg.), Impacts and Influences. Essays on Media Power in the Twentieth Century, London 1987.
Curran, James, Michael Gurevitch und Jaret Woollacott (Hrsg.), Mass Communication and Society, London 1977.
Curran, James, Capitalism and Control of the Press, 1800–1975, in: Ebd., S. 195–230.
Dane, Eric Surrey, A Report on the Economic Conditions Prevailing in Germany, London 1922.
Daniels, Harold G., The Rise of the German Republic, London 1927.
Dawson, William H., The Evolution of Modern Germany, London 1919.
De Halsalle, Henry, Degenerate Germany, London 1916.
Delhaes, Daniel, Politik und Medien. Zur Interaktion zweier sozialer Systeme, Wiesbaden 2002.
Desmond, Robert William, Crisis and Conflict. World News Reporting, 1920–1940, Iowa City 1982.
Deutsch Karl W. und Richard L. Merritt, Effects and Events on National and International Images, in: Herbert Chanoch Kelman (Hrsg.), International Behavior. A Social-Psychological Analysis, New York 1965, S. 130–187.
Dibbets, Karel und Bert Hogenkamp (Hrsg.), Film and the First World War, Amsterdam 1994.
Dictionary of National Biography, 1912–1921, 6. Aufl. Oxford 1966.

Dictionary of National Biography, 1951–1960, Oxford 1971.
Dilks, David (Hrsg.), Retreat from Power. Studies in Britain's Foreign Policy of the Twentieth Century, Bd. 1: 1906–1939, London 1981.
Diller, Hans-Jürgen (Hrsg.), Images of Germany, Heidelberg 1986.
Dockrill, Michael und Brian McKercher (Hrsg.), Diplomacy and World Power. Studies in British Foreign Policy, 1890–1950, Cambridge 1996.
Doerr, Paul W., British Foreign Policy 1919–1939. „Hope for the Best, Prepare for the Worst", Manchester 1998.
Dollinger, Heinz, Horst Gründer und Alwin Hanschmidt (Hrsg.), Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer, Münster 1982.
Donsbach, Wolfgang (Hrsg.), Chancen und Gefahren der Mediendemokratie (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Bd. 30), Konstanz 2003.
Dose, Gerd, „The Soul of Germany". Bemerkungen zum angloamerikanischen Deutschlandbild vor und zu Beginn des Ersten Weltkriegs, in: Hans-Jürgen Diller (Hrsg.), Images of Germany, Heidelberg 1986, S. 21–55.
Downs, Roger M. und David Stea, Kognitive Karten. Die Welt in unseren Köpfen, New York 1982.
Dreyer, Michael und Oliver Lembke, Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19, Berlin 1993.
Dülffer, Jost und Gerd Krumeich (Hrsg.), Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, Bd. 15), Essen 2002.
Dülffer, Jost, Frieden schließen nach einem Weltkrieg? Die mentale Verlängerung der Kriegssituation in den Friedensschluß, in: Ebd., S. 19–38.
Dutton, David, Austen Chamberlain. Gentleman in Politics, London 1985.
Ebersold, Bernd, Machtverfall und Machtbewusstsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien, 1918–1956, München 1992.
Elton, Oliver, C.E. Montague. A Memoir, London 1929.
Esser, Frank, Die Kräfte hinter den Schlagzeilen. Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich, Freiburg i.B. 1998.
Feldman, Gerald D., Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen, 1870–1924, München 1998.
Feldman, Gerald D., The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1924, New York 1993.
Festinger, Leon, Theorie der kognitiven Dissonanz, Bern 1978.
Fienburgh, Wilfred, Twenty-five Momentous Years. A 25th Anniversary in the History of the Daily Herald, London 1955.
Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland, 1914–1918, 3. Verbesserte Auflage Düsseldorf 1964.
Fischer, Heinz-Dietrich, Auslandskorrespondenten in der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1982.
Fischer, Heinz-Dietrich, Akkreditierte Journalisten als Vermittler der Weltpolitik. Entwicklung, Funktion und Problematik von Auslandsberichterstattung im internationalen Kommunikationssystem, in: Ebd., S. 15–54.
Fischer, Manfred S., Literarische Imagologie am Scheideweg. Die Erforschung des „Bildes vom anderen Land" in der Literatur-Komparatistik, in: Günther Blaicher (Hrsg.), Erstarrtes Denken. Studien zu Klischee, Stereotyp und Vorurteil in englischsprachiger Literatur, Tübingen 1987, S. 55–71.
Fischer, Walther Paul, Deutscher Kultureinfluß am viktorianischen Hofe bis zur Gründung des Deutschen Reiches, Gießen 1951.
Franck, Henry A., Vagabonding Through Changing Germany, London 1920.
Friedrichs, Jürgen, Methoden empirischer Sozialforschung, 14. Aufl. Opladen 1990.

Fyfe, Hamilton, Sixty Years of Fleet Street, London 1949.
Gade, Christel, Gleichgewichtspolitik oder Bündnispflege? Maximen britischer Außenpolitik, 1909–1914, Göttingen 1997.
Gannon, Franklin Reid, The British Press and Germany, 1936–1939, Oxford 1971.
Gebele, Hubert, Die Probleme von Krieg und Frieden in Großbritannien während des Ersten Weltkriegs. Regierung, Parteien und Öffentliche Meinung in der Auseinandersetzung über Kriegs- und Friedensziele, Frankfurt a.M. 1987.
Gebhardt, Hartwig, Das Interesse an Pressegeschichte. Zur Wirksamkeit selektiver Wahrnehmung in der Medienhistoriographie, in: Presse und Geschichte II. Neue Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung, München 1987, S. 11–20.
Gedye, George E.R., The Anglo-German Reconciliation, in: Hindustan Review, 50 (1927), S. 121–125.
Gerhards, Jürgen und Friedhelm Neidhardt, Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze, in: Stefan Müller-Doohm (Hrsg.), Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991, S. 31–88.
Gilbert, Martin, The Roots of Appeasement, London 1966.
Gilbert, Martin, Britain and Germany between the Wars, 2. Aufl. London 1966.
Gilmour, David, Curzon, London 1994.
Girnth, Heiko, Sprache und Sprachverwendung in der Politik, Tübingen 2002.
Golding, Peter und Graham Murdoch, The Structure, Ownership and Control of the Press, 1914–1976, in: George Boyce (Hrsg.), Newspaper History from the 17th Century to the Present Day, London 1978, S. 130–148.
Goldstein, Erik, Great Britain – The Home Front, in: Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser (Hrsg.), The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, Cambridge 1998, S. 147–166.
Goldstein, Erik, Winning the Peace. British Diplomatic Strategy, Peace Planning and the Paris Peace Conference, Oxford 1991.
Gooch, George Peabody, Germany etc., London 1925.
Gottlieb, Gunther, Von der Macht der Geschichte. Drei Beiträge zum theoretischen und praktischen Umgang mit der Geschichte, München 1997.
Grant, Mariel, Propaganda and the Role of the State in Inter-War Britain, Oxford 1994.
Granzow, Brigitte, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler, 1929–1933, London 1964.
Greene, Hugh, George Eric Rowe Gedye, in: Dictionary of National Biography, 1961–1970, Oxford 1981, S. 425–426.
Griffiths, Dennis (Hrsg.), The Encyclopedia of the British Press, London 1992.
Grundmann, Herbert (Hrsg.), Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, 9. Aufl. Stuttgart 1973.
Gruner, Wolf D., L'Image de l'Autre. Das Deutschlandbild als zentrales Element der europäischen Diskussion der deutschen Frage in Geschichte und Gegenwart, in: Günter Trautmann (Hrsg.), Die häßlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn, Darmstadt 1991, S. 29–59.
Gruner, Wolf D., Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich. Aspekte eines britischen Deutschlandbildes vor der Reichsgründung, in: Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Deutsche England-Forschung, Bd. 3), Bochum 1984, S. 55–80.
Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 3. Aufl. Frankfurt a.M. 1968.
Hahn, Hans Hennig (Hrsg.), Historische Stereotypenforschung. Methodische Überlegungen und empirische Befunde, Oldenburg 1995.
Hahn, Hans Hennig, Stereotypen in der Geschichte und Geschichte im Stereotyp, in: Ebd., S. 190–204.

Harris, Wilson, The Daily Press, Cambridge 1943.
Hammond, John L., C.P. Scott 1846–1932. The Making of the Manchester Guardian, London 1946 (Nachdruck 1974).
Hammond, John L., C.P. Scott and the Manchester Guardian, London 1934.
Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.
Hennock, E. Peter, German Models for British Social Reform. Compulsory Insurance and the Eberfeld System for Poor Relief, in: Rudolf Muhs, Johannes Paulmann und Willibald Steinmetz (Hrsg.), Aneignung und Abwehr. Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert, Bodenheim 1998, S. 127–142.
Hildebrand, Klaus (Hrsg.), Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn, 1871–1945, München 1995.
Hildebrand, Klaus, Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts, 1870–1914, in: Heinz Dollinger, Horst Gründer und Alwin Hanschmidt (Hrsg.): Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer, Münster 1982, S. 305–332.
Hildebrand, Klaus, Großbritannien und die deutsche Reichsgründung, in: Historische Zeitschrift, Beiheft 6 (1980), S. 9–62.
Hildebrand, Klaus, Von der Reichseinigung zur „Krieg-in-Sicht"-Krise. Preußen-Deutschland als Faktor der britischen Außenpolitik, 1866–1875, in: Michael Stürmer (Hrsg.), Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft, 1870–1918, Düsseldorf 1970, S. 205–234.
Hiley, Nicholas, „Let's Go to the Pictures". The British Cinema Audience in the 1920s and 1930s, in: Journal of Popular British Cinema, 2 (1999), S. 39–51.
Hiley, Nicholas, The British Cinema Auditorium, in: Karel Dibbets und Bert Hogenkamp (Hrsg.), Film and the First World War, Amsterdam 1994, S. 160–170.
Hirschfeld, Gerhard und Gerd Krumeich (Hrsg.), Keiner fühlt sich mehr als Mensch... Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Essen 1993.
History of the Times, Bd. 4: The 150th Anniversary and Beyond, 1912–1948, 2 Teilbde., London 1952.
Hobhouse, Leonard T., Liberal and Humanist, in: C.P. Scott 1846–1932. The Making of the Manchester Guardian, London 1946 (Nachdruck 1974), S. 84–90.
Hohenberg, John, Foreign Correspondent. The Great Reporters and Their Times, New York 1964.
Hohendahl, Peter Uwe (Hrsg.), Öffentlichkeit. Geschichte eines kritischen Begriffs, Stuttgart 2000.
Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation, 1914–1923, Berlin 1980.
Horne, John und Alan Kramer, Deutsche Kriegsgreuel 1914, Hamburg 2004.
Howard, Michael, Die deutsch-britischen Beziehungen im 20. Jahrhundert – Eine Haßliebe, in: Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), Die ungleichen Partner. Deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999, S. 125–139.
Huddleston, Sisley, In My Time. An Observer's Record of War and Peace, New York 1938.
Hudson, Derek, British Journalists and Newspapers, London 1945.
Hürten, Heinz, Bürgerkriege in der Republik. Die Kämpfe um die innere Ordnung von Weimar, 1918–1920, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 3. Aufl. Bonn 1998, S. 81–94.
Husemann, Harald (Hrsg.), As Others See Us. Anglo-German Perceptions, Frankfurt a. M. 1994.

Husemann, Harald, Stereotypes. Shall We Join Them if We Cannot Beat Them?, in: Cedric Cullingford und Harald Husemann (Hrsg.), Anglo-German Attitudes, Aldershot 1995, S. 19–37.
Jahr, Christoph, Der lange Weg nach München. Britische Außenpolitik unter dem Eindruck von Versailles, in: Gerd Krumeich (Hrsg.), Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001, S. 113–125.
Jeffery, Tom und Keith McClelland, A World Fit to Live in. The Daily Mail and the Middle Classes, 1918–1939, in: James Curran (Hrsg.), Impacts and Influences. Essays on Media Power in the Twentieth Century, London 1987, S. 27–52.
Jenkins, Roy, Baldwin, London 1987.
Jervis, Robert, Perceptions and Misperceptions in International Politics, Princeton 1976.
Johnson, Gaynor, The Berlin Embassy of Lord D'Abernon, 1920–1926, Basingstoke 2002.
Jones, Aled, The British Press, 1919–1945, in: Dennis Griffiths (Hrsg.), The Encyclopedia of the British Press, London 1992, S. 47–55.
Jürgs, Michael, Der kleine Frieden im Großen Krieg: Westfront 1914. Als Deutsche, Franzosen und Briten gemeinsam Weihnachten feierten, München 2003.
Kaiser, Angela, Lord D'Abernon und die englische Deutschlandpolitik, 1920–1926, Frankfurt a.M. 1989.
Kehoe, Barbara Beuge, The British Press and Nazi Germany, Chicago 1981.
Kelman, Herbert Chanoch (Hrsg.), International Behavior. A Social-Psychological Analysis, New York 1965.
Kennedy, Aubrey L., Geoffrey Dawson, in: The Quarterly Review, 294 (1956), S. 155–168.
Kennedy, Aubrey L., Old Diplomacy and New 1876–1922. From Salisbury to Lloyd George, London 1922.
Kennedy, Paul M., Aufstieg und Fall der Großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt 1500 bis 2000 (dt.Taschenbuchausgabe), Frankfurt a.M. 1991.
Kennedy, Paul M., The Rise of the Anglo-German Antagonism, London 1980.
Kennedy, Paul M., The Realities Behind Diplomacy. Background Influences on British External Policy, 1865–1980, London 1980.
Kennedy, Paul M., The Tradition of Appeasement in British Foreign Policy, 1865–1939, in: Journal of International Studies, 2 (1976), S. 195–215.
Kennedy, Paul M., Idealists and Realists. British Views of Germany, 1864–1939, in: Transactions of the Royal Historical Society, 25 (1975), S. 137–156.
Kielinger, Thomas, Die Kreuzung und der Kreisverkehr. Deutsche und Briten im Zentrum der europäischen Geschichte, Bonn 1996.
Kieser, Rolf, Englands Appeasement-Politik und der Aufstieg des Dritten Reiches im Spiegel der britischen Presse, 1933–1939, Diss. Winterthur 1964.
Kingsley, Martin, Henry Noel Brailsford, in: Dictionary of National Biography, 1951–1960, Oxford 1971, S. 137–138.
Klein, Fritz, Between Compiègne and Versailles. The Germans on the Way from a Misunderstood Defeat to an Unwanted Peace, in: Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, (Hrsg.), The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, Cambridge 1998, S. 203–220.
Kleine-Ahlbrandt, William Laird, The Burden of Victory. France, Britain and the Enforcement of the Versailles Peace, 1919–1925, Lanham 1995.
Kleinsteuber, Hans J., Stereotype, Images und Vorurteile. Die Bilder in den Köpfen der Menschen, in: Günter Trautmann (Hrsg.), Die häßlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn, Darmstadt 1991, S. 60–68.
Klineberg, Otto, Die menschliche Dimension in den internationalen Beziehungen, Bern 1966.
Knipping, Franz (Hrsg.), Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870, Bonn 1988.

Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16), 6. Aufl. München 2002.
Koszyk, Kurt, Deutsche Presse, 1914–1945 (Geschichte der deutschen Presse, Teil III), Bd. 7, Berlin 1972.
Kramer, Alan, „Greueltaten" – Zum Problem der deutschen Kriegsverbrechen in Belgien und Frankreich 1914, in: Gerhard Hirschfeld und Gerd Krumeich (Hrsg.), Keiner fühlt sich mehr als Mensch... Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Essen 1993, S. 85–114.
Krieger, Wolfgang, Labour Party und Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Außenpolitik der britischen Arbeiterbewegung zwischen Programmatik und Parteitaktik, 1918–1924, Bonn 1978.
Kromrey, Helmut, Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung, 6. Aufl. Opladen 1994.
Krumeich, Gerd und Joachim Schröder (Hrsg.), Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 69), Essen 2004.
Krumeich, Gerd, Der „Ruhrkampf" als Krieg. Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, in: Ebd., S. 9–24.
Krumeich, Gerd, Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001.
Krumeich, Gerd, Versailles 1919. Krieg in den Köpfen, in: Ebd., S. 53–64.
Krumeich, Gerd, Das „Zweite Reich". Das Wilhelminische Deutschland von seinen Nachbarn aus gesehen, in: Martin Bernd (Hrsg.), Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick, Potsdam 1992, S. 168–184.
Koch-Hillebrecht, Manfred, Das Deutschenbild. Gegenwart, Geschichte, Psychologie, München 1977.
Koss, Stephen, The Rise and Fall of the Political Press in Britain, 2 Bde., London 1981/84.
Kühnhardt, Ludger, Wahrnehmung als Methode. Mentalität, Kultur und Politik „des Anderen" vor neuen Herausforderungen, in: Birgit Aschmann und Michael Salewski (Hrsg.), Das Bild „des Anderen". Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2000, S. 9–20.
Kühnl, Reinhard, Die Weimarer Republik. Errichtung, Machtstruktur und Zerstörung einer Demokratie, Heilbronn 1993.
Kuropka, Joachim, „Militarismus" und das „Andere Deutschland". Zur Entstehung eines Musters britischer Deutschlandinterpretationen, in: Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Deutsche England-Forschung, Bd. 3), Bochum 1984, S. 103–124.
Lansbury, George, Miracle of Fleet Street. The Story of the Daily Herald, London 1925.
Leersson, Joep, As Others See, Among Others, Us. The Anglo-German Relationship in Context, in: Harald Husemann (Hrsg.), As Others See Us. Anglo-German Perceptions, Frankfurt a.M. 1994, S. 69–79.
Lejeune, Anthony, The Gentlemen's Clubs of London, London 1979.
Lehmann, Ines, Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse, Bd. 1: Die Presse der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, Frankfurt a.M. 1996.
Lentin, Antony, Lloyd George, Woodrow Wilson and the Guilt of Germany. An Essay in the Pre-History of Appeasement, Leicester 1984.
Lethbridge, Alan, Germany as it is today, London 1921.
Leventhal, Fred Marc, The Last Dissenter. H.N. Brailsford and his World, Oxford 1985.
Lippmann, Walter, Die öffentliche Meinung, München 1964.
List, Juliane und Hans-Willi Nolden, Zerrbild Deutschland. Wie uns Engländer, Franzosen und Amerikaner seit der Wiedervereinigung sehen, Köln 1992.

Loohs, Alexa, Das Deutschlandbild in der britischen Satirezeitschrift Punch von der Zweiten Marokkokrise bis zum Vertrag von Locarno, München 1998.
Lowe, John, The Great Powers and the German Problem, 1865–1925, London 1994.
Luhmann, Niklas, Die Realität der Massenmedien, 2. Aufl. Opladen 1996, S. 9.
Luhmann, Niklas, Soziologische Aufklärung 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, 3. Aufl. Opladen 1972.
MacIntyre, Duncan, Images of Germany. A Theory Based Approach to the Classification, Analysis and Critique of Attitudes towards Germany, 1890–1940, Glasgow 1990.
Maisel, Ephraim, The Foreign Office and Foreign Policy, 1919–1926, Brighton 1994.
Manz, Wolfgang, Der Stereotyp. Zur Operationalisierung eines sozialwissenschaftlichen Begriffs, Meisenheim 1968.
Margach, James, The Abuse of Power. The War between Downing Street and the Media from Lloyd George to Callaghan, London 1978.
Marks, Sally, Smoke and Mirrors. In the Smoke-Filled Rooms and the Galerie des Glaces, in: Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser (Hrsg.), The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, Cambridge 1998, S. 337–370.
Marquand, David, Ramsay MacDonald, London 1998.
Marquis, Alice Goldfarb, Words as Weapons. Propaganda in Britain and Germany During the First World War, in: Journal of Contemporary History 13 (1978), S. 467–498.
Mattl, Siegfried (Hrsg.), Bild und Geschichte, Innsbruck 1997.
Mautner, Gerlinde, Der britische Europa-Diskurs. Methodenreflexion und Fallstudien zur Berichterstattung in der Tagespresse, Wien 2000.
Mayer, Arno, Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918-1919, London 1968.
McKercher, Brian, Old Diplomacy and New. The Foreign Office and Foreign Policy, 1919–1939, in: Michael Dockrill und Brian McKercher (Hrsg.), Diplomacy and World Power. Studies in British Foreign Policy, 1890–1950, Cambridge 1996, S. 79–114.
McKernan, Luke, Topical Budget. The Great British News Film, London 1992.
Messinger, Georg S., British Propaganda and the State in the First World War, Manchester 1992.
Meyers, Reinhard, Das Dritte Reich in britischer Sicht. Grundzüge und Determinanten britischer Deutschlandbilder in den dreißiger Jahren, in: Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Deutsche England-Forschung, Bd. 3), Bochum 1984, S. 127–144.
Middlemas, Keith und John Barnes, Baldwin. A Biography, London 1969.
Möller, Horst, Europa zwischen den Weltkriegen (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 21), München 1998.
Mommsen, Hans, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, 2. Aufl. München 2004.
Mommsen, Wolfgang J., War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten, 2. Aufl. München 2003.
Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.), Die ungleichen Partner. Deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999.
Mommsen, Wolfgang J., Das Englandbild der Deutschen und die britische Sicht seit Ende des 18. Jahrhunderts, in: Hans Süssmuth (Hrsg.), Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden, Baden-Baden 1996, S. 215–234.
Morgan, John Hartmann, The Present State of Germany, London 1924.
Morgan, Kenneth O., Lloyd George and Germany, in: Historical Journal, 39 (1996), S. 755–766.
Morris, Benny, The Roots of Appeasement. The British Weekly Press and Nazi Germany during the 1930s, London 1991.

Morris, Benny, Two Centuries of Anglo-German Relations A Reappraisal, London 1984.
Müllenbrock, Heinz-Joachim, Trugbilder. Zum Dilemma imagologischer Forschung am Beispiel des englischen Deutschlandbildes, 1870–1914, in: Anglia, 113 (1995), S. 303–329.
Müller, Carmen, Weimar im Blick der USA. Amerikanische Auslandskorrespondenten und öffentliche Meinung zwischen Perzeption und Realität, Münster 1997.
Müller, Hans J., Auswärtige Pressepolitik und Propaganda zwischen Ruhrkampf und Locarno 1923–1925. Eine Untersuchung über die Rolle der Öffentlichkeit in der Außenpolitik Stresemanns, Frankfurt a.M. 1991.
Müller, Oscar, Regierung, Presse und Pressechef, in: Deutsche Presse, 16 (1926), Nr. 30, S. 1–3.
Müller-Doohm, Stefan (Hrsg.), Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg 1991.
Muhs, Rudolf, Johannes Paulmann und Willibald Steinmetz (Hrsg.), Aneignung und Abwehr. Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert, Bodenheim 1998.
Murray, John, The Truth about Germany, Leeds 1922.
Nakata, Jun, Der Grenz- und Landesschutz in der Weimarer Republik 1918 bis 1933. Die geheime Aufrüstung der deutschen Gesellschaft, Freiburg i.B. 2002.
Naylor, John F., A Man and an Institution. Sir Maurice Hankey, the Cabinet Secretariat and the Custoday of Cabinet Secrecy, Cambridge 1984.
Negrine, Ralph, Politics and the Mass Media in Britain, London 1989.
Newton, Douglas J., British Policy and the Weimar Republic, Oxford 1997.
Nicolson, Harold, Modern Diplomacy and British Public Opinion, in: International Affairs, 14 (1935), S. 599–618.
Nicolson, Harold, Friedensmacher 1919, Berlin 1933.
Niedhart, Gottfried, Länderimages. Vorstellungen vom Anderen zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung, in: Hans Süssmuth (Hrsg.), Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden, Baden-Baden 1996, S. 79–86.
Niedhart, Gottfried, Perzeption und Image als Gegenstand der Geschichte von den Internationalen Beziehungen. Eine Problemskizze, in: Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Deutsche England-Forschung, Bd. 3), Bochum 1984, S. 39–52.
Niedhart, Gottfried, Britische Deutschlandpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 13 (1977), S. 26–39.
Northedge, Frederick S., The Troubled Giant. Britain Among the Great Powers, 1916–1939, London 1966.
Orde, Anne, Great Britain and International Security, 1920–1926, London 1978.
Otto, Frank und Thilo Schulz (Hrsg.), Großbritannien und Deutschland. Gesellschaftliche, kulturelle und politische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Festschrift für Bernd Jürgen Wendt, Rheinfelden 1999.
Parker, Robert A.C., Chamberlain and Appeasement. British Policy and the Coming of the Second World War, London 1993.
Peter, Matthias, John Maynard Keynes und die britische Deutschlandpolitik. Machtanspruch und ökonomische Realität im Zeitalter der Weltkriege, 1919–1946. München 1997.
Postgate, Raymond, The Life of George Lansbury, London 1951.
Postgate, Raymond, und Aylmer Vallance, England Goes to the Press. The English People's Opinion on Foreign Affairs as Reflected in Their Newspapers since Waterloo, 1815–1937, London 1937.
Pound, Reginald und Geoffrey Harmsworth, Northcliffe, London 1959.

Presse und Geschichte II. Neue Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung, München 1987.
Pribram, Alfred Francis, England and the International Policy of European Great Powers, 1871–1914, Oxford 1931.
Price, Morgan Philips, Germany in Transition, London 1923.
Pronay, Nicholas, The Newsreel – the Illusion of Actuality, in: Paul Smith, The Historian and the Film, New York 1976, S. 95–119.
Pronay, Nicholas, und D.W. Spring (Hrsg.), Propaganda, Politics and Film, 1918–1945, London 1982.
Pulzer, Peter, Vorbild, Rivale und Unmensch. Das sich wandelnde Deutschlandbild in England, 1815–1945, in: Hans Süssmuth (Hrsg.), Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden, Baden-Baden 1996, S. 235–250.
Rattinger, Hans, Joachim Behnke und Christian Holst (Hrsg.), Außenpolitik und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Datenhandbuch, Frankfurt a.M. 1995.
Rebentisch, Jost, Die vielen Gesichter des Kaisers. Wilhelm II. in der deutschen und britischen Karikatur, 1888–1918, Berlin 2000.
Recker, Marie-Louise und Adolf M. Birke (Hrsg.), Das gestörte Gleichgewicht. Deutschland als Problem britischer Sicherheit im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990,
Recker, Marie-Louise, Demokratische Neuordnung oder „Prussianism" in neuem Gewand? Großbritannien und die Weimarer Republik, in: Ebd., S. 97–112.
Reeves, Nicholas, Official British Film Propaganda during the First World War, London 1986.
Reinermann, Lothar, Der Kaiser in England. Wilhelm II. und sein Bild in der britischen Öffentlichkeit, Paderborn 2001.
Requate, Jörg, Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: Geschichte und Gesellschaft, 25 (1999), S. 5–32.
Requate, Jörg, Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert – Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1995.
Reynolds, David, Britannia Overruled. British Policy and World Power in the Twentieth Century, London 1991.
Richards, Huw George, Constriction, Conformity and Control. The Taming of the Daily Herald, 1921–1930, Open University Diss. 1992.
Riddell, Lord, An Intimate Diary of the Peace Conference and after 1918–23, London 1933.
Ritter, Gerhard A. und Peter Wende (Hrsg.), Rivalität und Partnerschaft. Studien zu den deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 1999.
Ritter, Gerhard A., Die britische Arbeiterbewegung und die deutsche Sozialdemokratie, 1900–1923, in: Ebd., S. 93–132.
Robbins, Keith, Present and Past. British Images of Germany in the First Half of the Twentieth Century and their Historical Legacy, Göttingen 1999.
Robbins, Keith, Appeasement, 2. Aufl. Oxford 1997.
Robbins, Keith, „Experiencing the Foreign". British Foreign Policy Makers and the Delights of Travel, in: Michael Dockrill und Brian McKercher (Hrsg.), Diplomacy and World Power. Studies in British Foreign Policy, 1890–1950, Cambridge 1996, S. 19–42.
Rogasch, Wilfried, Zwei Jahrhunderte deutsch-englischer dynastischer Beziehungen, in: Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), Die ungleichen Partner. Deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999, S. 112–124.
Rose, Kenneth, Curzon. A Most Superior Person, London 1985.
Rose, Norman, Vansittart. Study of a Diplomat, London 1978.
Rosenau, James N., Public Opinion and Foreign Policy, New York 1961.

Royal Commission on the Press 1947–1949, Report presented to Parliament June 1949, His Majesty's Stationary Office (Hrsg.), London 1949.
Ruf, Werner K., Der Einfluß von Bildern auf die Beziehungen zwischen Nationen, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 23 (1973), S. 21–29.
Ruf, Werner K., Bilder in der Internationalen Politik, Saarbrücken 1973.
Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland, 1919–1927, München 1966.
Sanders, Michael L. und Philip M. Taylor, Britische Propaganda im Ersten Weltkrieg, Berlin 1990.
Schaarschmidt, Thomas, Außenpolitik und öffentliche Meinung in Großbritannien während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71, Frankfurt a.M. 1993.
Schalenberg, Marc, Die Rezeption des deutschen Universitätsmodells in Oxford, 1850–1914, in: Rudolf Muhs, Johannes Paulmann und Willibald Steinmetz (Hrsg.), Aneignung und Abwehr. Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert, Bodenheim 1998, S. 198–226.
Schmidt, Siegfried J., Der Radikale Konstruktivismus. Ein neues Paradigma im interdisziplinären Diskurs, in: Ders., Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus, Frankfurt a.M. 1987, S. 11–88.
Schmidt, Siegfried J., Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus, Frankfurt a. M. 1987.
Schöneberger, Markus, Diplomatie im Dialog. Ein Jahrhundert Informationspolitik des Auswärtigen Amtes, München 1981.
Schuker, Stephen, The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes-Plan, Chapel Hill 1976.
Schulz, Andreas, Der Aufstieg der „vierten Gewalt". Medien, Politik und Öffentlichkeit im Zeitalter der Massenkommunikation, in: Historische Zeitschrift, 270 (2000), S. 65–97.
Schulze, Hagen, Weimar. Deutschland, 1917–1933, 2. Aufl. Berlin 1983.
Schwabe, Klaus, Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 3. Aufl. Bonn 1998, S. 95–133.
Schwabe, Klaus, Germany's Peace Aims and the Domestic and International Constrains, in: Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser (Hrsg.), The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, Cambridge 1998, S. 37–68.
Schwabe, Klaus, Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 3. Aufl. Bonn 1998, S. 95–133.
Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt in den internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.
Schwabe, Klaus, Großbritannien und die Ruhrkrise, in: Ebd., S. 53–87.
Schwarz, Angela, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland, Göttingen 1993.
Scott, William A., Psychological and Social Correlations of International Images, in: Herbert Chanoch Kelman (Hrsg.), International Behavior. A Social-Psychological Analysis, New York 1965, S. 70–103.
Seaton, Jean, Politics and the Media. Harlots and Prerogatives at the Turn of the Millennium, Oxford 1998.
Seymour-Ure, Colin, The Press and the Party System, in: Chris Cook und Gillian Peele (Hrsg.), The Politics of Reappraisal, 1918–1939, London 1975, S. 232–257.

Sharp, Alan, The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris 1919, London 1991.
Skog-Södersved, Mariann, Wortschatz und Syntax des außenpolitischen Leitartikels, Frankfurt a.M. 1993.
Smith, Ernst A., A History of the Press, London 1970.
Smith, Paul, The Historian and the Film, New York 1976.
Soutou, Georges-Henri, Vom Rhein zur Ruhr. Absichten und Planungen der französischen Regierung, in: Gerd Krumeich und Joachim Schröder (Hrsg.), Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 69), Essen 2004, S. 63–83.
Soutou, Georges-Henri, Deutschland, Frankreich und das System von Versailles. Strategien und Winkelzüge der Nachkriegsdiplomatie, in: Franz Knipping (Hrsg.), Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870, Bonn 1988, S. 73–84.
Steed, Henry Wickham, The Press, Harmondsworth 1938.
Steinbach, Peter, Zeitgeschichte und Massenmedien aus der Sicht der Geschichtswissenschaft, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999, S. 32–54.
Stürmer, Michael (Hrsg.), Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918, Düsseldorf 1970.
Stutterheim, Kurt von, The Press in England, London 1934.
Süssmuth, Hans (Hrsg.), Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden, Baden-Baden 1996.
Talbot, Frederick A., Moving Pictures. How They Are Made and Worked, London 1912.
Taylor, Alan J.P., Beaverbrook, London 1970.
Taylor, Alan J.P., English History, 1914–1945, London 1965.
Taylor, Henry A., The British Press. A Critical Survey, London 1961.
Taylor, Philip M., British Official Attitudes Towards Propaganda Abroad, 1918–1939, in: Nicholas Pronay und D.W. Spring (Hrsg.), Propaganda, Politics and Film, 1918–1945, London 1982, S. 23–49.
Taylor, Philip M., The Projection of Britain. British Overseas Publicity and Propaganda, 1919–1939, Cambridge 1981.
Taylor, Philip M., Publicity and Diplomacy. The Impact of the First World War upon Foreign Office Attitudes towards the Press, in: David Dilks (Hrsg.), Retreat from Power. Studies in Britain's Foreign Policy of the Twentieth Century, Bd. 1: 1906–39, London 1981.
Taylor, Philip M., The Foreign Office and British Propaganda during the First World War, in: Historical Journal, 23 (1980), S. 875–898.
Taylor, Sally J., The Great Outsiders, Northcliffe, Rothermere and the Daily Mail, London 1996.
Theine, Burkhard, Separatistische Bewegungen im Rheinland während der Ruhrbesetzung. Wirtschaftsentwicklung und Rheinstaatpropaganda im Jahre 1923 im Spiegel der zeitgenössischen Presse, in: Rheinische Vierteljahresblätter, 57 (1993), S. 253–292.
Thompson, J. Lee, Northcliffe. Press Baron in Politics, 1865–1922, London 2000.
Trautmann, Günter (Hrsg.), Die häßlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn, Darmstadt 1991.
Tunstall, Jeremy, The Media in Britain, London 1983.
Tunstall, Jeremy und Michael Palmer, Media Moguls, London 1991.
Vansittart, Robert, The Mist Procession, London 1958.
Voelker, Judith, „Unerträglich, unerfüllbar und deshalb unannehmbar". Kollektiver Protest gegen Versailles im Rheinland in den Monaten Mai und Juni 1919, in: Jost Dülffer und Gerd Krumeich (Hrsg.), Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, Bd. 15), Essen 2002, S. 229–241.

Vogt, Martin, Parteien in der Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 3. Aufl. Bonn 1998, S. 134–157.
Wadsworth, Alfred P., Special Correspondence, in: C.P. Scott 1846–1932. The Making of the Manchester Guardian, London 1946 (Nachdruck 1974), S. 146–147.
Walter, Dirk, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.
Weidenfeld, Werner, Die Englandpolitik Gustav Stresemanns, Bonn 1972.
Wellesley, Victor, Diplomacy in Fetters, London 1944.
Watt, Donald C., Personalities and Policies. Studies in the Formulation of British Foreign Policy in the Twentieth Century, London 1965.
Wendt, Bernd Jürgen (Hrsg.), Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Deutsche England-Forschung, Bd. 3), Bochum 1984.
Wheeler-Bennett, John, Munich. Prologue to Tragedy, London 1948, (Nachdruck London 1966).
Who's Who, London 1938.
Wilke, Jürgen (Hrsg.), Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999.
Willert, Arthur, Washington and Other Memories, Boston 1972.
Willert, Arthur, Publicity and Propaganda in International Affairs, in: International Affairs, 17 (1938), S. 809–826.
Willert, Arthur, British News Controls, in: Foreign Affairs, 17 (1939), S. 712–722.
Williams, Kevin, Get me a Murder a Day! A History of Mass Communication in Britain, Oxford 1998.
Williamson, David G., The British in Germany 1918–30. The Reluctant Occupiers, New York 1991.
Williamson, David G., Great Britain and the Ruhr Crisis, 1923–1924, in: British Journal of International Studies, 3 (1977), S. 70–91.
Wilson, Derek, The Astors. Landscape with Millionaires, London 1993.
Wintour, Charles, The Rise and Fall of Fleet Street, London 1989.
Wirsching, Andreas, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 58), München 2000.
Wirsching, Andreas, Großbritanniens Europapolitik und das deutsch-französische Problem nach den beiden Weltkriegen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 47 (1996), S. 209–224.
Wiskemann, Elizabeth, Frederick Augustus Voigt, in: The Dictionary of National Biography, 1951–1960, Oxford 1971.
Wisotzky, Klaus, Der „blutige Karsamstag" 1923 bei Krupp, in: Gerd Krumeich und Joachim Schröder (Hrsg.), Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 69), Essen 2004, S. 265–287.
Wolff, Dieter, Statistische Untersuchungen zum Wortschatz englischer Zeitungen, Saarbrücken 1969.
Wrench, Evelyn, Geoffrey Dawson and our Times, London 1955.
Wrench, Evelyn, I loved Germany, London 1940.
Wurm, Clemens A., Das Treffen deutscher und britischer Industrieller in Broadlands im Oktober 1926. Hintergrund und Entstehung, in: Frank Otto und Thilo Schulz (Hrsg.), Großbritannien und Deutschland. Gesellschaftliche, kulturelle und politische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Festschrift für Bernd Jürgen Wendt, Rheinfelden 1999, S. 33–56.
Wurm, Clemens A., Die deutsche und britische Stahlindustrie in Europa und die internationalen Stahlkartelle in der Zwischenkriegszeit, in: Gerhard A. Ritter und Peter

Wende (Hrsg.): Rivalität und Partnerschaft. Studien zu den deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 1999, S. 163–188.
Wurm, Clemens A., Internationale Kartelle und Außenpolitik. Beiträge zur Zwischenkriegszeit, Stuttgart 1989.
Wurm, Clemens A., Politik und Wirtschaft in den internationalen Beziehungen. Internationale Kartelle, Außenpolitik und wirtschaftliche Beziehungen, 1919–1939, in: Ebd., S. 1–31.
Young, George M., Stanley Baldwin, London 1952.
Young, John W., Britain and the World in the Twentieth Century, London 1997.
Younger, Kenneth, Public Opinion and British Foreign Policy, in: International Affairs, 40 (1964), S. 22–33.
Zechlin, Walter, Pressechef bei Ebert, Hindenburg und Kopf, Hannover 1956.
Zijderveld, Anton C., On the Nature and Function of Clichés, in: Günther Blaicher (Hrsg.), Erstarrtes Denken. Studien zu Klischee, Stereotyp und Vorurteil in englischsprachiger Literatur, Tübingen 1987, S. 26–40.
Zuber, Terence, Inventing the Schlieffen Plan. German War Planning, 1871–1914, Oxford 2002.

ABSTRACT

The period between the end of the First World War in 1918 and the signing of the Locarno Treaties in 1925 saw a noticable shift in the way the British mass media reported on Germany. In the immediate aftermath of the war the image was still overshadowed by the propaganda cliché of the "Huns". When seven years later the Germans were admitted to the negotiation table at Locarno – for the first time on an equal footing – this had given way to a much more balanced and in some instances even sympathetic view on the former foe, who had become a potential partner.

Two schools of thought about Germany re-emerged in Britain after World War I, both of which the mass media, that is the newspapers and the newsreels, reflected. In conservative circles the negative image of the "Huns" invented by the wartime propaganda prevailed. Despite the abdication of the Emperor, the November revolution and the founding of the Weimar Republic, there was still the conviction that the Germans remained nationalists and militarists at heart, who preferred to be ruled by an authoritarian régime and could therefore not be trusted. Followers of this particular way of thinking did not change their sentiments, even when Anglo-German relations improved during the first half of the 1920's.

Among the labour movement and in liberal circles, however, the newborn German democracy was welcomed. Here real sympathy evolved for the socialist and liberal representatives of the Republic, who tried to re-evoke positive images of Germany as a European country of art, literature and science. By 1925 the perception of the press in general had shifted towards the latter interpretation. The reasons were twofold: on the one hand, the growing guilt complex over the Versailles Treaty led to the belief that the Germans were victims of an unjust treatment by the victors. On the other hand, attempts by French foreign policy to enforce the peace culminating in the Ruhr occupation, let the Germans appear as victims of an unfair aggression. Both developments stirred up sympathy for the perceived underdog, which from a British perspective had lost its military and political power and therefore its threat.

In the dawning mass communication age, images of other nations subject to public opinion via the media, were not to be neglected in the foreign policy decision-making process. Politicians listened more and more to „what the papers said". At the same time successive British governments in the 1920's tried to re-establish good relations with Germany to stabilise the continent politically and to stimulate the European economy. It is therefore safe to assume that the political élite used the means at their disposal to portray Germany and the Germans in a more favourable light.

The ongoing and extremely controversial discussion about the Versailles Treaty served as one example, where politics and the media interacted and showed what role the perception of Germany played in the formulation of

British foreign policy between the armistice and Locarno. At the same time, it demonstrated which institutions and instruments the British government used to communicate its policies towards Germany via the press to the wider public.

On a more personal level it was possible to reconstruct the network of contacts and even friendships that existed between leading politicians and journalists, which served as an informal channel of communication to exchange views and opinions. This again underlined how important the mass media were for the formulation of British foreign policy at that time. However, the extent of this influence remained impossible to quantify.

The image of Germany in the British mass media after the First World War has so far been largely ignored by contemporary historians. This book, based on a wide selection of sources, is the first monograph on the subject, which it approaches from a variety of different perspectives. This includes the complex relation between politics and the mass media, which puzzles historians, political scientists and experts in communication studies to this day.

REGISTER

Acres, Birt 370 f.
Albert von Coburg, Englischer Prinzgemahl 75, 143
Amery, Leo 155, 191, 220, 303
Angell, Norman 58, 106
Ashmead-Bartlett, Ellis 310
Asquith, Herbert 86, 187, 226, 286
Astor, John Jacob 62, 152
Astor, Waldorf 191

Baden, Prinz Max von 200, 202
Baldwin, Stanley 57, 153, 164–166, 184, 190–192, 288, 302 f., 407
Balfour, Arthur J. 175, 190, 383, 408
Barnes, George 223
Beak, George 170
Beaverbrook, Lord (Aitken, William Maxwell) 51, 55, 57–59, 64, 88, 90, 167, 188, 191, 312, 374, 376
Bebel, August 205
Bell, Moberly 61
Berry, William 63
Bethmann Hollweg, Theobald von 239
Bevin, Ernest 67
Birkenhead, Lord (Smith, Frederick E.) 155, 222 f., 284, 303
Bismarck, Otto von 74, 76, 78 f., 154, 203, 250 f.
Blatchford, Robert 147
Blumenfeld, Ralph D. 55
Bonar Law, Andrew 56, 153, 184, 190 f., 223, 225, 286-288, 383, 407
Brailsford, Henry N. 101, 103-110, 203, 213 f., 247, 249, 252, 254, 262, 318, 321
Brain, Ernest 326, 344
Brammer, Karl 274 f.
Breitscheid, Rudolf 160
Briand, Aristide 314
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 240, 255–261, 263, 383 f.
Bryce, Lord (Bryce, James) 93
Burnham, Lord (Levy-Lawson, Edward) 63, 187
Burnham, Lord (Levy-Lawson, Harry) 63 f., 182 f., 187–188, 195 f.
Buxton, Charles R. 285

Cederschiold, Gunnar 232, 319 f., 353
Chamberlain, Austen 153–155, 166, 172, 182 f., 222 f., 268, 302-305, 307, 309, 311-314
Churchill, Winston 56, 86, 155, 188, 193, 222, 284, 303, 407
Clarke, Tom 44
Clemenceau, Georges B. 241, 258, 383
Clynes, John R. 286
Cook, Edward T. 88
Crookshank, Harry 310
Crowe, Eyre 80, 157–158, 173, 179, 303
Cuno, Wilhelm 328
Curzon, Lord (Curzon, George Nathaniel) 153, 156, 164-165, 172 f., 177, 179, 183, 190

Dalziel, Davidson 50
Daniels, Harold 101, 134, 137, 289, 294, 301, 311 f., 329, 332, 347, 362
Davison, William H. 286
Dawes, Charles 297
Dawson, Geoffrey 61–63, 148, 150–152, 190–193, 217, 219, 223, 280, 287 f., 305
Deakin, Ralph 113, 115
Delbrück, Hans 160 f., 240
Delmer, Sefton 219, 229, 232
Derby, Lord (Derby, Edward Stanley) 45, 79
Disraeli, Benjamin 76
Dore, Harold 117 f.
Dufour-Feronces, Albert 193–196, 198

Ebert, Friedrich 112, 160, 204–210, 212–215, 255, 260 f., 323 f., 330, 333–335, 343, 350, 389, 399
Eisner, Kurt 218, 238, 348
Erzberger, Matthias 318, 348, 350
Ewer, William 135

Fehrenbach, Konstantin 327
Flanagan, John W. 211, 263, 338
Foch, Ferdinand 383
Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich 122
Fyfe, Hamilton 49, 54, 67 f., 88, 92, 122 f., 144

Gareis, Karl 348
Geddes, Eric 223

Gedye, George E. R. 101, 110–116, 275, 402
Georg IV, König von England 73, 75
Gerothwohl, Maurice 181–182, 195 f., 307, 312
Gibbs, Philip 115, 229
Gladstone, William E. 77
Gregory, John D. 179, 184
Greoner, Wilhelm 212
Grey, Edward 158, 171
Guest, Frederick 221, 227

Haase, Hugo 209, 210
Hamilton, J. G. 117 f., 127 f.
Hardinge, Lord (Hardinge, Charles) 157
Harmsworth, Cecil 221
Headlam-Morley, James 160–162
Helfferich, Karl 345, 350
Henderson, Arthur 67, 145, 204
Herriot, Edouard 297, 307
Hilferding, Rudolf 120
Hindenburg, Paul von 336–339, 347, 385, 389 f.
Hitler, Adolf 120, 329 f., 346 f., 349, 399, 409 f.
Horne, Robert 169
House, Edward 248
Huddleston, Sisley 58, 244
Hughes, William 244
Hulton, Edward 376
Hurd, Percy 310
Hutchins, John Bunny 379

Jagow, Gottlieb von 239
Jarres, Karl 335
Jeapes, Harold 383
Jones, Kennedy 50, 168, 170, 245 f.

Kahr, Gustav von 328 f., 345, 349, 363
Kapp, Wolfgang 342, 344, 399
Kautsky, Karl 160
Kennedy, Aubrey Leo 192, 311
Kerr, Philip 173, 176 f., 190, 409
Keynes, John Maynard 160, 243 f., 269, 270, 278, 406
Kilmarnock, Lord 270
Kipling, Rudyard 81
Koppel, Percy 183
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 365

Lampson, Miles 162, 314
Lansbury, George 66–68, 107, 143, 253
Leeper, Rex 179
Liebknecht, Karl 205, 209, 211 f., 343, 348
Lloyd George, David 56, 62, 66, 78, 89 f., 97, 108, 129, 150, 153, 162–164, 173–180, 184, 187–189, 191–193, 200, 215 f., 218, 220–226, 237 f., 241, 243–247, 258, 263, 268, 273, 284, 352, 383, 386, 395, 407, 409
Löbe, Paul 140, 389
Lossow, Otto Hermann von 349
Ludendorff, Erich 120, 330, 347, 349, 399
Lüttwitz, Walther Freiherr von 344, 399
Lumière, Louis Jean und Auguste Marie 369 f.
Luther, Hans 304, 314
Luxemburg, Rosa 211 f., 343, 348

MacDonald, Ramsey 68, 106, 153, 158–160, 172, 184, 189, 285, 407
MacGregor, Hugh 134
MacKenzie, John E. 232
Marlowe, Thomas 121, 146, 220, 263
Marx, Wilhelm 301, 336, 389
Mendelssohn-Bartholdy, Albrecht 240
Milner, Lord (Milner, Alfred) 148, 190, 192, 221
Montague, Charles E. 145, 230, 278, 338
Montgelas, Maximilian Graf von 240
Morel, Edmund D. 106
Morgan, John H. 292, 295
Mühsam, Erich 341, 349
Müller, Alfred 330
Müller, Hermann 128

Nevinson, Henry W. 230
Nicolson, Harold 37, 162, 305
Northcliffe, Lord (Harmsworth, Alfred) 49, 51, 53 f., 56–58, 60–62, 86, 88–90, 113, 122 f., 144, 146-152, 167, 177, 187, 191, 200 f., 215-217, 219–221, 223–225, 227, 244–246, 254, 263, 269, 341, 354 f., 370, 395
Norton, C. J. 312
Noske, Gustav 127 f., 212, 262, 326, 341

Palmerston, Lord (Temple, Henry John) 72
Pathé, Charles 372
Paul, Robert 371
Phillips, Percival 274, 295
Ponsonby, Arthur 106

Poincaré, Raymond 165, 272 f., 278, 289, 297
Poliakoff, Vladimir 182–183, 196–197, 311 f.
Poncet, Francois 274
Preuss, Hugo 319
Price, George Ward 100, 121–126, 231, 331, 346 f., 364
Price, Morgan Philips 101, 119, 127 f., 209, 211, 229, 342, 344–346, 349, 363

Rathenau, Walther 345, 348
Reeve, Henry 46
Remer, John 286
Reynolds, Rothay 315, 329
Riddell, George 87, 175–179, 245 f., 258
Robinson, Percy 231 f.
Rothermere, Lord (Harmsworth, Harold) 51, 56 f., 59, 61, 148, 188, 277, 284, 295, 356
Russell, Lord (Russell, Bertrand A. W.) 79, 106

Saunders, George 232, 271, 344
Scheidemann, Philipp 204, 206, 208, 215, 255, 260–262, 264, 324, 399
Schmidt-Elskop, Arthur 134
Scott, Charles Prestwich 64-66, 113, 117 f., 129, 145 f., 188-190, 214, 226, 248 f., 252, 262, 287 f., 300 f., 407
Seeckt, Hans von 126, 295, 330 f.
Seton-Watson, Robert W. 88, 236
Shaw, Tom 285 f.
Shaw, George Bernard 191
Simons, Walter 160, 386
Slocombe, George 364
Smuts, Jan Christian 189, 406
Spray, Leonard 210
Stead, William T. 47-50
Steed, Henry Wickham 51, 62 f., 88, 134, 149–152, 243 f., 271, 280
Sterndale-Bennett, John C. 162
Sthamer, Friedrich 134, 193, 195–196, 276, 287
Stinnes, Hugo 126, 160, 329, 364–368
Stresemann, Gustav 138 f., 301, 304, 314 f., 328–330, 336, 343, 366
Sutherland, William 173

Thälmann, Ernst 336
Thomas, William Beach 228 f., 231 f., 283
Thyssen, Fritz 365
Tirpitz, Alfred von 385
Toller, Ernst 341, 349
Tower, Charles 204, 206, 209, 218, 230, 255, 324, 341, 355
Trevelyan, Charles 106
Tyrrell, William 157, 171, 173, 177–179, 181, 183, 185

Vansittart, Robert 156, 172, 179
Viktoria, Königin von England 41, 74
Voigt, Frederick Augustus 101, 116–120, 121, 128 f., 294, 327, 329, 331, 338, 345, 349, 359, 361, 410

Waterlow, Sidney P. 162
Weber, Max 240
Wellesley, Victor 37
Wilcox, E. H. 197, 330, 339, 343, 346 f.
Wile, Frederic William 121, 204, 207, 323
Wilhelm II, Deutscher Kaiser und König von Preußen 79 f., 92, 96, 107, 148, 154, 156, 161, 203, 217, 219, 222, 237–239, 241, 334, 336, 385, 389 f., 400
Wilhelm IV, König von England 75
Willert, Arthur 152, 173, 179–185
Williams, Harold 280, 289, 299, 305, 309, 311
Williams, John Fischer 287
Wilson, Herbert W. 146 f.
Wilson, Woodrow 107 f., 175, 235 f., 241, 248, 254 f., 258, 260, 263, 383
Wirth, Joseph 345

Zechlin, Walter 194, 274 f.